

**Beteiligungsbericht 2014
des Kreises Düren**

Der Beteiligungsbericht 2014 ist grundsätzlich dem Gesamtabschluss 2014 (§ 116 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW) als Anhang beizufügen (§ 117 Abs. 1 S. 2 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 49 Abs. 2 GemHVO).

Er enthält folgende Informationen über die Beteiligungen des Kreises Düren:

- Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Organe des Unternehmens
- Besetzung der Organe
- Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Verbindungen zum Kreishaushalt
- Auszug aus dem Lagebericht 2014

Die betriebswirtschaftlichen Daten sind in einer Zeitreihe abgebildet, die das abgelaufene Geschäftsjahr 2014, das Vorjahr 2013 und das Vorvorjahr 2012 auf der Grundlage der geprüften und testierten Jahresabschlüsse umfasst. In den letzten beiden Spalten werden die Werte des Abschluss zum 31.12.2014 mit denen des Vorjahres verglichen. Die dargestellte Gesellschafterstruktur bezieht sich ebenfalls auf den Berichtsstichtag 31.12.2014, während die Angaben zu den Organen der Gesellschaften und deren Besetzung entsprechend dem aktuellen Stand (20.06.2016) zur Verfügung gestellt werden.


Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Technologiezentrum Am Europaplatz
52068 Aachen
Telefon: 0241/963-1001
Telefax: 963-1005
E-Mail: info@agit.de
Homepage: www.agit.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden. Die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen. Die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist ehrenamtlich. Dem Aufsichtsrat obliegen die ihm durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag übertragenden Aufgaben, insbesondere

1. Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft,
2. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
3. Überwachung der Geschäftsführung,
4. Zustimmung zu den in § 7 des Gesellschaftsvertrages genannten zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften der Geschäftsführung,
5. Beratung über die Wirtschafts- und Stellenpläne und Empfehlungen an die Gebietskörperschaften,
6. Bestellung des Außenprüfers,
7. Beratung der Jahresabschlüsse und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,
8. Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegenheiten.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die ihr durch Gesellschaftsvertrag und Gesetz vorbehaltenen Angelegenheiten, insbesondere über:

1. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Stellenplans,
2. die Feststellung der Jahresabschlüsse, die Gewinnverwendung gem. § 29 des GmbH-Gesetzes und die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
3. Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
4. Auflösung, Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
5. Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer,
6. Bestellung und Abberufung von Liquidatoren,
7. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 Absatz 1 AktG,
8. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dr. Greif, Helmut	Aachen	bis 30.06.2016
	Dr. Lothar Mahnke	Aachen	ab 01.07.2016
Aufsichtsrat:	Stadt Aachen	5 Sitze	29,41 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	11,76 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Düren	1 Sitz	5,88 %
	IHK zu Aachen	2 Sitz	11,76 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	5,88 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	5,88 %
	Sparkassen der Region Aachen	2 Sitze	11,76 %
	Fachhochschule Aachen	1 Sitz	5,88 %

**Gesellschafter-
versammlung:**Die Gesellschafter sind in der Gesellschafter-
versammlung durch einen von ihnen schrift-
lich benannten Vertreter vertreten.

1 Stimme

je 1.000,00 € Stammkapital

Siehe hierzu die Hinweise unter "Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse.

Vertreter des Kreises Düren**Aufsichtsrat:** Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor**Gesellschafter-
versammlung:** Beyß, Georg Kreis Düren Kreisdirektor**Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse**

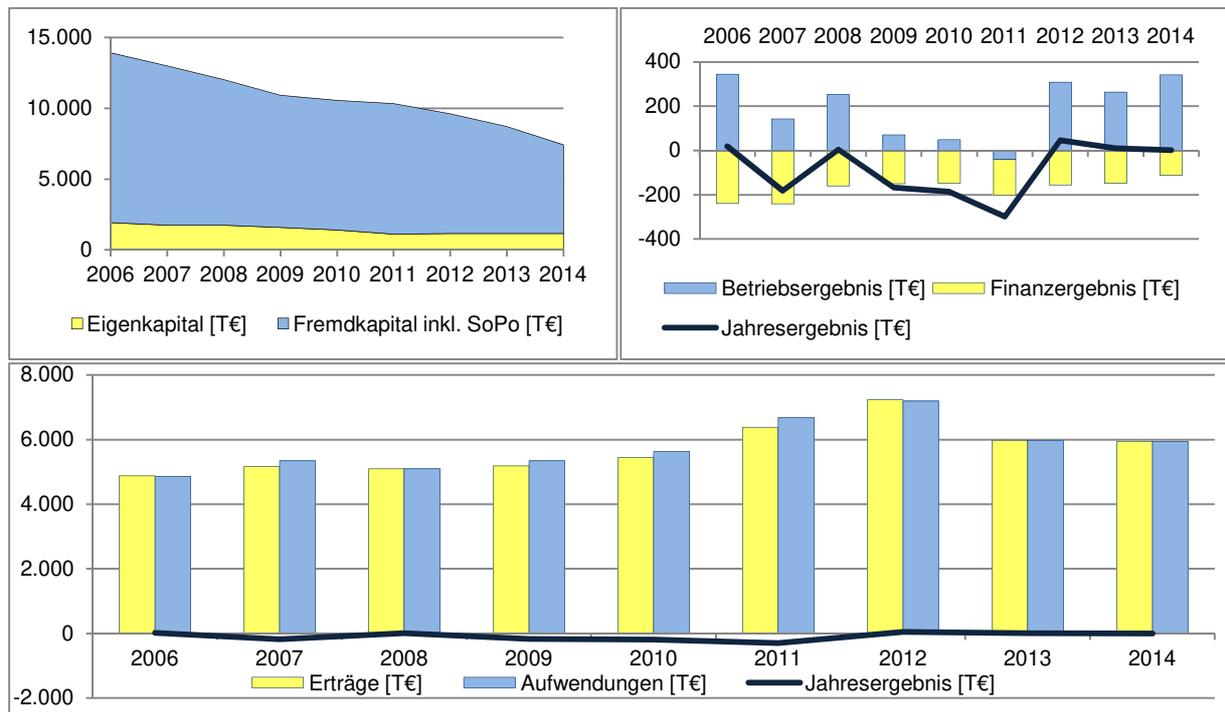
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	55068 Aachen
gezeichnetes Kapital:	3.253.000 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	380.925,00 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,86%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Aachen mbH	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Kreis Euskirchen	138.0934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075,00 €	0,09%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
<u>Aktiva</u>					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.349,04 €	174,00 €	8.921,00 €	8.747,00 €	5027,01%
II. Sachanlagen	7.892.328,81 €	7.035.499,71 €	6.153.410,66 €	-882.089,05 €	-12,54%
III. Finanzanlagen	50.530,26 €	48.996,38 €	48.996,38 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.540.436,61 €	1.355.522,35 €	877.315,18 €	-478.207,17 €	-35,28%
II. Kassenbestand	130.687,30 €	272.615,87 €	338.354,66 €	65.738,79 €	24,11%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	372,04 €	2.006,84 €	168,00 €	-1.838,84 €	-91,63%
Summe Aktiva	9.616.704,06 €	8.714.815,15 €	7.427.165,88 €	-1.287.649,27 €	-14,78%
<u>Passiva</u>					
A. Eigenkapital					

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	3.253.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Verlustvortrag	-2.150.095,41 €	-2.103.488,79 €	-2.093.075,38 €	10.413,41 €	-0,50%
III. Jahresfehlbetrag	46.606,62 €	10.413,41 €	1.538,39 €	-8.875,02 €	-85,23%
B. Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum Anlage- vermögen	3.550.867,05 €	2.900.709,20 €	2.256.386,35 €	-644.322,85 €	-22,21%
C. Rückstellungen	138.600,00 €	174.600,00 €	92.700,00 €	-81.900,00 €	-46,91%
D. Verbindlichkeiten	4.772.725,80 €	4.479.581,33 €	3.916.616,52 €	-562.964,81 €	-12,57%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	5.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Passiva	9.616.704,06 €	8.714.815,15 €	7.427.165,88 €	-1.287.649,27 €	-14,78%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	3.368.646,17 €	3.697.228,51 €	3.534.699,60 €	-162.528,91 €	-4,40%
2. sonstige betriebliche Erträge	3.865.810,74 €	2.279.622,62 €	2.412.523,08 €	132.900,46 €	5,83%
3. Materialaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.907.419,51 €	1.324.604,21 €	1.281.874,56 €	-42.729,65 €	-3,23%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	489.875,34 €	339.053,05 €	340.999,15 €	1.946,10 €	0,57%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Ver- mögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	913.530,54 €	902.094,77 €	900.408,23 €	-1.686,54 €	-0,19%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.615.035,00 €	3.147.144,94 €	3.081.450,73 €	-65.694,21 €	-2,09%
Betriebsergebnis	308.596,52 €	263.954,16 €	342.490,01 €	78.535,85 €	29,75%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	825,17 €	270,08 €	470,19 €	200,11 €	74,09%
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	156.679,42 €	148.080,39 €	113.305,58 €	-34.774,81 €	-23,48%
Finanzergebnis	-155.854,25 €	-147.810,31 €	-112.835,39 €	34.974,92 €	-23,66%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	152.742,27 €	116.143,85 €	229.654,62 €	113.510,77 €	97,73%
10. sonstige Steuern	106.135,65 €	105.730,44 €	228.116,23 €	122.385,79 €	115,75%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	46.606,62 €	10.413,41 €	1.538,39 €	-8.875,02 €	-85,23%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	42	31	31

Verbindungen zum Kreishaushalt

Den Zuschuss zur Verlustabdeckung teilen sich die Gesellschafter Stadt Aachen, StädteRegion Aachen, Kreis Düren, Kreis Euskirchen, Kreis Heinsberg im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander. Damit betrug der Zuschuss des Kreises Düren für das Geschäftsjahr 2014 96.492,12 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Vorbemerkung zum Jahr 2014

Das Jahr 2014 war das Jahr 2 der AGITneu nach dem Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Die AGIT hat sich von einem Teil ihrer Aufgaben getrennt und sich ihrem Auftrag gemäß neu aufgestellt. Die nach den Prinzipien des Profit Center zu führenden Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ haben zu einer Veränderung der finanziellen Bewertung beider Bereiche geführt. Bei der Darstellung der AGIT-Leistungen wird auf diese Aufteilung so weit wie möglich Bezug genommen.

Dadurch ist das Jahr 2013 geprägt durch diese Aufgabenverteilung zwischen Zweckverband (ZV) der Region Aachen und der AGITneu bzw. AGIT 2.0. Mitarbeiter wurden vom ZV übernommen oder haben das Unternehmen verlassen; Aufgaben und Projekte wurden übergeben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen weitergeführt. 2014 wurde dieser Prozess weitgehend abgeschlossen.

Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einer strategischen Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte AGITneu oder AGIT 2.0 hat ihre Linie einer verstärkten Konzentration auf ihre klassischen Aufgaben konsequent weitergeführt und weiterentwickelt und den weltweit in Bewegung geratenen Umfeldbedingungen angepasst: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support, aber auch dem klassischen Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext einen großen Platz eingeräumt. Durch diese Arbeitsteilung mit dem ZV und der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert, jedoch in 2014 konnte das 2013er Niveau beibehalten werden.

Entsprechend diesem neuen Aufgabenprofil hat sich die AGIT in 2013 eine neue Organisationsstruktur mit den Geschäftsbereichen „Technologiezentrumsmanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ gegeben, das in 2014 stabilisiert wurde. Beide Bereiche arbeiten finanziell streng getrennt als Profit Center. Der vorliegende Bericht nimmt deswegen weitgehend Bezug auf diese Geschäftsbereichsaufteilung.

Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer sowie der Innovationsförderung. Die FH Aachen verfügt über einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Anzahl der Aufsichtsratssitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt. In 2014 gab es im Gesellschafterkreis und im Aufsichtsrat keine Veränderung. Bei den Beteiligungen gab es eine Veränderung, denn die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde verkauft; die aus dem Verkauf erzielte Einnahme (vollständige Rückerstattung des Gesellschafteranteils) wird als Sonderertrag jedoch erst 2015 bilanziell wirksam werden.

Betonen sollte man nochmals, dass sowohl inhaltliche als auch finanzielle Vergleiche zum Jahr 2012 wg. der Aufteilung der AGIT in AGITneu und Zweckverband Region Aachen (ZV) ab dem Jahre 2013 nur mit Einschränkungen möglich sind.

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist eine Agentur für Innovation und Technologietransfer, die eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung betreibt. Gegenstand des Unternehmens sind laut Satzung die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil hat die AGIT ab 2013 zwei finanziell streng voneinander geteilte Geschäftsbereiche:

- Der Geschäftsbereich „Technologiezentrenmanagement“ betreibt das TZA BA I, das sich im Eigentum der AGIT befindet, und das TZA BA II, das nach Auslauf des Leasingvertrages 7/2019 von der AGIT erworben wird. Das MTZ und das ZBMT werden von der AGIT als DL-Auftrag für die Stadt Aachen betrieben.
- Der Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ ist unterteilt in die Geschäftsfelder „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU), „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) sowie „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS).

Forschung und Entwicklung

Die AGIT hat keine eigene F+E-Abteilung. Neue Dienstleistungen werden in Abstimmung mit der Region Aachen und den Stake- und Shareholdern der AGIT in Form von Pilotprojekten erarbeitet, die meist öffentlich gefördert und durch Eigenanteile der Gesellschafter hinterlegt sind. Nach dieser Pilot- und Testphase wird über die Einführung dieser Dienstleistung durch die AGIT und die Finanzierung der Dienstleistung entschieden. Auch in 2014 wurden neue Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Projekten entwickelt (z. B. TeTRRA, The Locator), die bereits als neue Dienstleistungen seitens der AGIT unseren Kunden angeboten werden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Natürlich wirken sich die europäische Wirtschaftskrise und die Weltwirtschaftskrise auf das Nachfrageverhalten bei Ansiedlungen aus, in den letzten Jahren aber deutlich weniger als in der Phase nach dem 11. September 2001. Genau genommen ist sogar ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn Deutschland ist wirtschaftlich erstaunlich robust und damit für Investoren interessanter als andere vergleichbare europäische Länder.

Die gute Konjunktur in Deutschland und die hervorragenden beruflichen Chancen für Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen und technischen Disziplinen führen in ganz Deutschland zu einem Rückgang von innovativen und technologieorientierten Gründungen. Auch hier bildet die Region Aachen, zumindest was die Gründungsfirmen angeht, die die AGIT betreut, eine Ausnahme.

Im Bereich der Aufträge konnte die AGIT ihre Position in 2014 halten. In der öffentlichen Projektförderung ergeben sich in 2014 jedoch deutliche Einschränkungen, denn die Ziel-2-Programme und Interreg-Programme liefen in 2013 aus. Es wurden nur noch die laufenden Projekte bearbeitet, die jedoch wegen Projektverlängerungen noch in das Jahr 2014, teilweise in das Jahr 2015 hineinreichen. Die neue Programmperiode begann zwar offiziell in 2014, jedoch sind die Durchführungsbestimmungen zurzeit nur für die EFRE-Programme bekannt, jedoch noch nicht für die Interreg-Programme und viele Ausschreibungen stehen noch aus. Neue Projekte kommen somit nur verzögert zur Anwendung und deshalb fand ein deutlicher Rückgang dieser Projektaktivitäten in 2014 statt, da viele Projekte in der zweiten Jahreshälfte ausliefen. Erste Neuansträge in 2015 laufen gerade an. Zudem sind auch heute noch nicht nach aktuellem Stand die konkreten Zuwendungsbedingungen (z. B. Förderungsanteile) in vielen Details bekannt, so dass nicht gewährleistet ist, ob die AGIT-Gesellschafter ggf. diese deutlich höheren, jedoch notwendigen Eigenleistungsanteile aufbringen wollen und werden.

Geschäftsverlauf

Die zwei Geschäftsbereiche der AGIT „Technologiezentriertes Management“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die konkreten Projekte und Aufträge werden inhaltlich nur summarisch dargestellt. Sie sind im Jahresbericht aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden.

Das Jahr 2014 war weiterhin geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind bzw. Projekte an den ZV überführt wurden, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 40 Personen in 2012 auf ca. 28 Personen in 2014 reduziert. In 2015 wird sich der Personalbestand ein weiteres Mal möglicherweise reduzieren, weil dann alle Projekte endgültig auslaufen und die neuen Projektanträge noch nicht genehmigt sind.

Geschäftsbereich I: Technologiezentriertes Management (TZM)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen und Technologieunternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2014 in den drei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA, MTZ und ZBMT fort.

Die Auslastung des Technologiezentrums am Europaplatz konnte bezogen auf das gesamte Jahr wieder auf einem hohen Niveau von fast 100 % beibehalten werden, nachdem Mitte des Jahres 2013 der größte Mieter des TZA über 10 % der Fläche freigemacht hat. Der dadurch erwartete Erlösrückgang trat in 2014 nicht ein, im Gegenteil sind die realisierten Umsätze und das Ergebnis in Summe für das TZA positiv und deutlich besser als 2013. Das MTZ war in 2014 wie in den letzten Jahren mit 100 % wieder voll ausgelastet und erzielte vor Umlage zentraler Dienste ein leicht negatives Ergebnis. Erfreulicherweise konnte auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT in 2014 am Ende des Jahres Vollausslastung vermelden. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass wegen erheblicher technischer Mängel am Gebäude Mietminderungen entstanden sind. Trotzdem ist das Ergebnis um 58 T€ besser als 2013, so dass der Verlustausgleich durch die Stadt Aachen in 2014 mit -133 T€ deutlich geringer ausfällt.

Mehr als erfreulich entwickelt sich der Bereich Seminarraum- und Kongressraumvermietung im TZA. Mit über 45.000 Personen in 2014 (ca. 40.000 Personen in 2013) wurde nochmals eine Steigerung auf die bisher größte Teilnehmerzahl erreicht und der bisher höchste Umsatz erzielt.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2014 qualitativ und quantitativ noch deutlich über dem hohen Niveau der Vorjahre und erreichte den bisher höchsten Wert. Die 47 (Vorjahr 27) neu gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 121 Arbeitsplätze (Vorjahr 67) schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 15,5 Mio. € (Vorjahr 4,4 Mio. €). Die Region Aachen bleibt damit bei den technologieorientierten Gründungen stabil, wogegen deutschlandweit ein deutlicher Rückgang der Gründer zu verzeichnen ist.

Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde in 2014 zum zweiten Mal das neue Konzept des Innovationspreis Region Aachen in Kooperation mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben durchgeführt.

b. Investorenberatung (Geschäftsfeld II)

Im Jahr 2014 betreute die AGIT 68 potenzielle Investoren (Vorjahr 60). Insgesamt 5 Unternehmen (Vorjahr 13), die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen. Bei 9 Unternehmen (Vorjahr 4) handelt es sich um Unternehmen, die bereits in der Region Aachen ansässig waren und sich bei der kreisübergreifenden Suche nach einem neuen Standort an die AGIT gewandt haben.

Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die von NRW.INVEST GmbH verantwortet wird und die mit dem Slogan "Germany at its best" wirbt, auch im Jahr 2014. In Kooperation mit NRW.INVEST wurden Investorenseminare in Russland, der Türkei und in China sowie Korea durchgeführt. 2014 besuchten 17 Delegationen (Vorjahr 14) aus dem In- und Ausland die AGIT.

c. Technologietransfer & Business Development Support (Geschäftsfeld III)

Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region Aachen stellt die Betreuung der bereits hier ansässigen, insbesondere technologieorientierten, kleinen und mittleren Unternehmen für die AGIT eine wichtige Aufgabe dar. Dabei geht es einerseits um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen regionaler Hochschul- bzw. Forschungslandschaft und Wirtschaft (Science to Business – S2B), andererseits um die Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander (Business to Business – B2B).

Im Bereich S2B stehen Aktivitäten des Technologietransfers im Vordergrund. Im Jahr 2014 sind hier insbesondere die zahlreichen Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projektes TeTRRA hervorzuheben, das die Zusammenarbeit zwischen mittelständischem Gewerbe und Hochschulen intensiv in der gesamten Region Aachen unterstützt. Dieses Projekt wurde bis Mitte 2015 als B-Projekt verlängert. Ebenfalls zu nennen sind die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath (GALLILEO), die demselben Ziel dienen und die Chancen, die durch das europäische Satellitensystem möglich werden, in den Vordergrund der Aktivitäten rücken.

Nachdem die AGIT in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Business-Netzwerke in den technologischen Stärkefeldern der Region Aachen mit gegründet und unterstützt hat, die nunmehr eigene Strukturen und Aktivitäten entfalten, konzentrieren wir uns nunmehr im Bereich B2B vor allem auf die neuen Herausforderungen, die sich im erweiterten grenzüberschreitenden Umfeld stellen. Hier geht es insbesondere darum, die besonderen Stärken der „Hochtechnologie-Hot Spots“ im gesamten Raum zwischen Eindhoven (NL), Leuven (B) und Aachen (D) noch deutlich stärker für die Wirtschaft zu erschließen. Mit zwei grenzüberschreitenden Modellprojekten, TTC und GCS, konnten hier in 2014 markante Zeichen gesetzt werden, in dem über zwanzig KMU-getriebene Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von rd. 15 Mio. €

über die Grenzen hinweg stimuliert und begleitet werden konnten. Das Projekt GCS erhielt den europäischen Preis für eine vorbildliche europäische Zusammenarbeit (Sail of Papenburg). Die mit der südlimburgischen Industriebank LIOF (NL) in 2013 geschlossene strategische Partnerschaft wurde in 2014 konkretisiert und sie stärkt insbesondere die euregionale Zusammenarbeit deutlich.

Sowohl für Technologietransfer als auch Business Development Support relevant waren darüber hinaus die Aktivitäten im Rahmen des „Industrie-Dialogs Region Aachen“, die gemeinsam mit anderen Akteuren aus der gesamten Region initiiert worden sind, um die Bedürfnisse der Unternehmen aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe in den Mittelpunkt neuer Aktivitäten zu stellen.

Diese Aufgaben werden in wesentlichen Teilen mittels Dienstleistungsauftrag oder über Projekte durchgeführt. Dabei greift die AGIT auf die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel-2-Programm 2007-2013 (EFRE) bzw. auf die Interreg-Förderung zu, die ebenfalls von NRW kofinanziert wird. Die fehlende Implementierung dieser für die AGIT so wichtigen Förderprogramme, die beide ab 2014 in Kraft treten sollten – und es zurzeit immer noch nicht bzw. erst in ersten Ansätzen sind – haben dazu geführt, dass die AGIT über keine direkten Anschlussprojekte verfügt und deshalb in 2015 viele befristete Verträge nicht verlängern kann und damit Personal abbauen muss.

Unternehmenskommunikation

Im Rahmen ihrer Unternehmenskommunikation wurde wegen der regionalen Strukturreform das Magazin Region Aachen 46 letztmalig 2013 mit dem neuen ZV der Region Aachen herausgegeben. Der im Mai 2012 neu gestaltete Internetauftritt wurde auf die AGIT 2.0 angepasst. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2013 im Rahmen der Pressearbeit insgesamt 40 (Vorjahr 37) Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden 144 (Vorjahr 176) Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region Aachen konnten bis 2014 insgesamt 53 Firmen für die Standortwerbekampagne „Wussten Sie schon, dass...?“ gewonnen werden, davon 12 in 2014. Für diese Kampagne wurde die AGIT in 2013 – wie bereits berichtet - mit dem zweiten „Platz des Aachener Marketingpreises“ ausgezeichnet.

Lage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014 brachte wiederum wie in 2013 eine deutliche Reduzierung des Projektvolumens, was mit der Strukturreform zusammenhängt. AGIT 2.0 wurde um wesentliche Aufgabenbereiche, wie etwa die „Regionalagentur“ (RA) oder die Projekte „Frau und Beruf“, „SAG AN“, „Region Aachen Innovativ“, „Region Aachen vis-à-vis“, „Region Aachen.think“ sowie die „Landesinitiative zur Fachkräftesicherung“ etc. reduziert. Hierdurch ergaben sich natürlich entsprechend reduzierte Projekteinnahmen in 2013, die durch das Auslaufen vieler Projekte in 2014 nochmals erheblich rückläufig waren.

Die Umsatzerlöse nahmen deutlich gegenüber 2013 mit einem Wert von -162 T€ (Vorjahr 328 T€) auf jetzt 3.535 T€ (Vorjahr 3.697 T€) ab, was primär mit dem Auslaufen großer Projekte Mitte 2014 zusammenhängt, obwohl die Mieteinnahmen aufgrund der hohen Auslastung gegenüber 2013 und mit der Seminarraumvermietung im TZA, die in 2014 ihren bisher größten Umsatz erzielte, deutlich gestiegen sind. Für das ZBMT war 2014 das dritte volle Geschäftsjahr und die Auslastung stieg auf 100 % an. Die Umsatzerlöse im ZBMT stiegen leicht um 20 T€ gegenüber dem Jahr 2013 an und gleichzeitig stiegen die Mietaufwendungen nur leicht. Die Umsatzerlöse werden insbesondere im Bereich des Technologiezentrumsmanagement erwirt-

schaftet. Das Ergebnis für das TZM liegt bei 107 T€ (Vorjahr 41 T€), die nachrichtlich in die Instandhaltungsrücklage überführt wird. Dieser Wert ist deutlich besser als der Planwert für 2014, was mit der sehr guten Entwicklung der Umsatzerlöse im TZA in 2014 und geringeren Instandhaltungsaufwendungen in 2014 als in 2013 zusammenhängt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 133 T€ auf nunmehr 2.412 T€ (Vorjahr 2.280 T€). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuschüssen der Gesellschafter in Höhe von 1.056 T€ (Vorjahr 1.241 T€), Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 647 T€ (Vorjahr 650 T€) sowie Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt in Höhe von 650 T€ (Vorjahr 308 T€) zusammen. Die Gesellschafterzuschüsse in der Grundfinanzierung der AGIT in 2014 konnten somit gegenüber 2013 deutlich reduziert werden. Gesellschafterzuschüsse und Projekterlöse werden primär im Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ verausgabt.

Das Gesamtergebnis 2014 muss betrachtet werden unter der Prämisse der strikten Trennung der Geschäftsbereiche „TZM“ und „Wirtschaftsförderung“, die als jeweils eigene Profit Center fungieren. In dem Ergebnis laut GuV von knapp 2 T€ (Vorjahr 10 T€) hat die AGIT ihr Wirtschaftsziel in 2014 weitgehend erreicht, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass hierin das negative Ergebnis des TZA BA II in Höhe von -191 T€ (Vorjahr -286 T€) bereits enthalten ist. Hingewiesen werden sollte zudem noch auf die Tatsache, dass die jährlich steigende Leasingrate mit ihrem hohen Tilgungsanteil von 344 T€ (Vorjahr 310 T€) erheblich zur Reduzierung der Darlehensschuld des TZA BA II beiträgt, so dass 2019 der Rückkaufswert von 1.800 T€ erreicht werden kann. Das Ergebnis hätte deutlich besser ausfallen können, wenn in 2014 eine Umsatzsteuersonderprüfung nicht zu einer Rückerstattung an das Finanzamt in 2014 in Höhe von 65 T€ für die Jahre 2009-2013 geführt hätte.

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresüberschuss in Höhe von 2 T€ (Vorjahr 10 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich und er fällt nicht besser aus, da die AGIT in 2014 noch einige Projekte abschließen musste aufgrund der vertraglichen Bindungen, die von den Gesellschaftern jedoch nicht wie in 2013 mit den entsprechenden Eigenanteilen unterlegt wurden, sondern von der AGIT aus den laufenden Geschäften aufgebracht werden mussten.

Die sehr gute Leistung der AGIT drückt deshalb eher die Zahl für das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ in der Gewinn- und Verlustrechnung aus, das gegenüber 2013 um 114 T€ auf 230 T€ gestiegen ist, sich somit fast verdoppelt hat.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Trotz der hohen Instandhaltungsaufwendungen und des Auszugs des größten AGIT-Mieters im TZA BA II in 2013 sowie der Neuregelungen im Profit-Center-Bereich „TZM“ mit der Verrechnung des negativen Ergebnisses vom TZA BA II mit dem Überschuss aus dem TZA BA I konnte ein Überschuss von insgesamt 107 T€ (Vorjahr 41 T€) erzielt werden; dieser Überschuss wird vertragsgemäß nachrichtlich in eine außerbilanzielle Instandhaltungsrücklage überführt. Das Geschäftsbereichsergebnis ist umso erfreulicher, als mit dem Auszug des größten Mieters des TZA in 2013 eine Fläche von über 10 % freigemacht wurde. Diese Lücke konnte jedoch noch in 2013 weitgehend durch eine schnelle Neuvermietung weitgehend geschlossen werden und hatte damit keine Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2014; durch eine nochmalige Steigerung der Seminarraum- und Kongressraumvermietung in 2014 kam dieses solide Ergebnis zustanden. Positiv wirkte sich zudem die Tatsache aus, dass verschiedene Darlehen ausliefen und neu verhandelt wurden, so ein Darlehen für das TZA I und das Darlehen für den Leasingvertrag für das TZA II in 2013. Letzteres führte zu deutlich besseren Finanzierungskonditionen (ca. 45

T€) in 2013 und für die folgenden Jahre. Die notwendigen und geplanten Instandhaltungsmaßnahmen wurden alle durchgeführt, wobei die Planungskosten mit den üblichen Abweichungen nach oben und unten eingehalten wurden.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten und der Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 298 T€ (Vorjahr 327 T€) erzielt. Die Gründe für diesen relativ geringen Überschuss gegenüber 2013 liegen eindeutig in den erhöhten Instandhaltungsaufwendungen vom 35 T€ gegenüber 2013, die zur Ertüchtigung des über 21 Jahre alten TZA BA I jetzt jedes Jahr notwendig sind und von den Gesellschaftern auch so gewünscht und beschlossen wurden. Auch in 2014 wurde die Dachsanierung im TZA BA I weiter durchgeführt. Im TZA BA II entstand ein Verlust von rund -191 T€ (Vorjahr -286 T€), der deutlich geringer als in 2013 ausfiel und zu dem besseren Ergebnis in 2014 beiträgt. Gründe hierfür sind die gestiegenen Erlöse von 41 T€ und die um 48 T€ geringeren Instandhaltungsaufwendungen gegenüber 2013. Da durch die AGIT-Neuregelung die Zuschussregelung durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen für das negative Ergebnis des TZA BA II (2012 = -98 T€) nicht mehr angewendet, sondern durch die neue Regelung der Ergebnisverrechnung mit dem TZA BA I ersetzt wird, ergibt sich hier ein positives Ergebnis, das für die Instandhaltungsrücklage verwendet werden kann. Hierbei sollte zumindest erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2014 immerhin 344 T€ für das TZA BA II betrug und dem Ergebnis hinzugeschlagen muss.

Im MTZ, das in 2014 wiederum zu 100 % ausgelastet war, lag das Ergebnis vor Verlustübernahme bei knapp -21 T€ (Vorjahr -9 T€). Das negative Ergebnis, das gegenüber 2013 etwas schlechter ist, ergibt sich aus der Tatsache, dass trotz einer leichten Zunahme der Umsatzerlöse um 4 T€ in 2014 bei den Kosten die Leistungen der AGIT und GEWOGÉ aus dem Jahr 2015 mit einbezogen werden müssen, da das MTZ zum 31.12.2014 an die GEGRA zurückgegeben bzw. an das UKA übergeben wurde. Die Nebenkostenabrechnung für das MTZ für das Jahr 2014 erfolgt erst in 2015, die entstehenden Verwaltungskosten müssen jedoch im letzten Jahresabschluss (2014) berücksichtigt werden. Der Fehlbetrag wird von der Stadt, Aachen wegen der Vereinbarung über eine Verlustabdeckung, ausgeglichen.

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, was damit zu erheblichen Mietminderungen geführt hat. Auch in 2014 konnten nicht alle diese Mängel beseitigt werden, so dass weiterhin Mietminderungen entstanden sind, die das Ergebnis negativ beeinflussen. Ebenso mussten weiterhin wie in 2013 Forderungsverluste im Bereich der Nebenkosten eingeplant werden. Das Ergebnis von ca. -133 T€ vor Verlustübernahme durch die Stadt Aachen (Vorjahr -191 T€) ist jedoch deutlich besser als 2013, insbesondere auch weil ein leichtes Umsatzplus gegenüber 2013 erzielt werden konnte. Das Ergebnis ist noch nicht zufriedenstellend, wir erwarten aber 2015 deutlich geringere Aufwendungen, so dass auch hier eine akzeptable Verlusthöhe - ähnlich dem MTZ – eintreten wird. Es belastet die AGIT jedoch nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass ab 2013 trotz immer noch erheblicher Mietmängel im ZBMT der Vermietungsstand bei 100 % liegt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ konnte kein ausgeglichenes Ergebnis vorweisen, also ein Ergebnis, das dem Planergebnis entspricht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Projekte aus AGITalt bzw. aus den Vorjahren zwar erfolgreich durchgeführt und die Zuwendungen fast vollständig realisiert werden konnten, jedoch oft verlängert werden mussten, was die Frage des Eigenanteils aufwirft. In 2014 haben die Gesellschafter

nicht mehr den Eigenanteil für die Projekte übernommen, wie noch in 2013 mit 169 T€. Die Projekte, die oft zeitlich verlängert werden, müssen aber aufgrund vertraglicher Bindungen zu Ende gebracht werden. Forderungsverluste bei den Projekten, die an den Zweckverband weitergeben wurden, halten sich bisher im Rahmen, allerdings liegt in manchen Fällen noch keine offizielle Stellungnahme vor. 2014 haben die Gesellschafter nur noch die finanzielle Grundausstattung der AGIT in Höhe von 866 T€ (Vorjahr 845 T€) getragen, jedoch nicht die laut Zuwendungsbescheid aufzubringenden Eigenanteile für die auslaufen Projekte, die im Vorjahr 169 T€ betragen. Die AGIT musste in 2014 diesen Anteil selbst aufbringen. Bei einer Gesamtzuwendung seitens der AGIT-Gesellschafter in Höhe von 866 T€ (Vorjahr 1.014 T€) und bei einem Gesamtkostenblock für den Bereich „Wirtschaftsförderung“, einschließlich der durchgeführten Projekte, in Höhe von 1.569 T€ (Vorjahr 1.565 T€), wären höhere Gesellschafterzuschüsse erforderlich gewesen für den zu leistenden Eigenanteil im Rahmen der Projektabwicklung. Laut Gesellschaftervertrag sind diese Mittel von den Gesellschaftern aufzubringen. Insgesamt zeigt sich, dass die von den Gesellschaftern bereitgestellten Mittel für die Kernaufgaben der AGIT auskömmlich waren, jedoch nicht für die Projektaufgaben (Eigenanteile), die vertraglich zu Ende geführt werden mussten. Durch Transferleistungen aus dem anderen AGIT-Bereich konnte jedoch ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

Finanzlage

Auf Grund des Rückgangs der Projekte und der Projektförderung, die in der Vergangenheit zu hohen bis sehr hohen Außenstände geführt haben, und eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2014 hat sich eine deutliche Verbesserung der Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Der Kontokorrentkredit in Höhe von 850 T€ musste in 2014 selten mit mehr als 400 T€ in Anspruch genommen werden. Wenn man berücksichtigt, dass die durchgeführten Projekte meistens vorfinanziert werden müssen (die Forderungen aus Projekten zum Stichtag 31.12.2014 betragen 581 T€), so ist die Liquidität der AGIT für ihre Kernaufgaben ausgesprochen gut. Die daraus resultierende Zinsbelastung war mit ca. 10 T€ jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus überschaubar und lag noch unter dem Wert des Vorjahres (ca. 12 T€ in 2013). Insgesamt konnte die Zinsbelastung jedoch auch in 2014 deutlich reduziert werden, da ein Darlehen in 2013 für das TZA BA I neu verhandelt wurde; ebenso wurde der Leasingvertrag für das TZA BA II in 2013 neu verhandelt mit dem Ergebnis deutlich besserer Konditionen. An der oben angeführten immer noch zu niedrigen Liquidität hatten in 2014 auch zugestandene Mietminderungen im ZBMT und verminderte Nebenkostenzahlungen seitens der Mieter im ZBMT einen erheblichen Anteil.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Liquiditätsmäßig ergeben sich im TZA und MTZ keinerlei Probleme. Lediglich machen sich die baulichen Mängel im ZBMT noch negativ bemerkbar, denn die NK-Abrechnung für 2013 konnte noch nicht vollständig abgeschlossen werden. In 2014 konnte aber die NK-Vorauszahlung den Ist-Kosten angepasst werden. Teilweise bestehen noch Nebenkostenforderungen aus 2012 und 2013, jedoch nur noch in geringem Umfang in 2014, und belasten die Liquidität der Gesellschaft. Im Umfang von 156 T€ (Vorjahr 153 T€) wurden Darlehen für das TZA BA I zurückgezahlt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Im Bereich der Wirtschaftsförderung führt die AGIT öffentlich geförderte Projekte durch, meist mit Mitarbeitern, die über Zeitverträge vertraglich gebunden sind. Durch die späte und verzögerte Auszahlung der Zuwendungen in dem geförderten Projektbereich wurde die Liquiditätssituation der AGIT in 2014 immer noch stark belastet. Die Projektbearbeitung erfolgt nach dem Kostendeckungsprinzip. Jedoch müssen die Projekte größtenteils immer noch vorfinanziert werden, da die Projektabrechnung nach dem Kostenerstattungsprinzip sehr zeitverzögert stattfindet und

Auszahlungen oft erst 1,5 Jahre nach erbrachter Leistung erfolgen; zudem gibt es keine Projektvorschüsse. Die Forderungen im Projektbereich haben sich gegenüber 2013 durch den Rückgang der Projekte jedoch deutlich entspannt; sie liegen zum Stichtag 31.12.2014 aber immer noch bei 581 T€ (Vorjahr 973 T€).

Vermögenslage

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) von 84 % (Vorjahr 81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen durch die Abschreibung des Gebäudes rückläufig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich deutlich von 68 T€ in 2013 auf 14 T€ in 2014. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen verringerten sich deutlich aufgrund reduzierter Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln auf 581 T€ (Vorjahr 973 T€); sie sind aber immer noch sehr hoch und belasten die Liquidität der Gesellschaft erheblich. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Reduzierung bzw. der Beendigung vieler Projekte in 2014. Da sich der Bestand an liquiden Mitteln verglichen mit dem Vorjahr deutlich erhöht hat, war unterjährig nur noch etwa die hälftige Inanspruchnahme des Euribor-Kredites notwendig.

Das positive Ergebnis 2014 laut GuV hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital nicht weiter aufgebraucht wird. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 15,6 % (Vorjahr 13 %). Unter Berücksichtigung des Sonderpostens ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 46 % (Vorjahr 47 %). Der Sonderposten wird entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. Im Berichtsjahr ist der Sonderposten um 644 T€ gesunken.

Die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ in Höhe von 2.904 T€ in 2014 haben sich deutlich um 606 T€ gegenüber 2013 reduziert; ebenso reduziert haben sich die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ um 88 T€ (der Wert in 2014 betrug 243 T€), wogegen sich die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ um 132 T€ auf den Wert von 630 T€ erhöht haben, was steuerliche Gründe hatte.

Unter strategischen Gesichtspunkten hält die AGIT acht Beteiligungen an Betreibergesellschaften für TGZ (Technologie- und Gründerzentren) und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Weitere wesentliche Sachverhalte zu diesen Beteiligungen als die beiden unten angeführten gibt es nicht zu berichten.

- Bei der Beteiligung an der TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesellschafterversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 3,7 T€ (Vorjahr 1,8 T€) geleistet.
- Die Mess- und Prüfzentrum Krafffahrzeugtechnik Alsdorf GmbH in Alsdorf wurde in 2014 verkauft. Die AGIT erhält ihre Einlage vollständig zurück, jedoch wird der Zufluss dieses Sonderertrags erst in 2015 wirksam.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die AGIT arbeitet in jedem Geschäftsfeld mit Leistungsindikatoren, die anforderungsgerecht monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich erhoben und bewertet werden. Nach unserem QM-System steht der jeweilige „Kunde“ und Auftraggeber (AG) und dessen Zufriedenheit mit dem Ergebnis im Vordergrund. Folgende Kennzahlen werden, für jeden Geschäftsbereich (GB) spezifiziert, verwandt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzieller Leistungsindikator für den GB „TzM“ wird das Ergebnis herangezogen. Ein „positives Ergebnis“ wird unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Maßnahmen für die Werterhaltung des TZA durchgeführt werden, als Zielerreichung akzeptiert. In 2014 wurde dieses Ziel unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) in Höhe von 154 T€ (Vorjahr 200 T€) erreicht. Das TZA erwirtschaftete einen Überschuss von 107 T€, der in die Instandhaltungsrücklage nachrichtlich überführt wurde. Weiter wird die Anlagenintensität zur finanziellen Bewertung der AGIT hinzugezogen. Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität 84 % (Vorjahr 81 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig.

Für den GB „Wirtschaftsförderung“ wird als finanzieller Leistungsindikator die Budgeteinhaltung bzw. Kostendeckung als Kriterium festgelegt. Dies wird auf die einzelnen Aufgabenfelder (BTOU, A&I, TT&BDS) heruntergebrochen. Auch hier wurde in 2014 wie in 2013 das Ziel der Budgeteinhaltung erreicht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

GB „Technologiezentramsmanagement“ (TzM)

Nach den Leistungsindikatoren „Auslastung“ sowie „Einzüge/Auszüge“ erfüllt die AGIT ihr Soll, denn alle Zentren sind mit 100 % voll ausgelastet (95 % gilt als „Vollauslastung“) und der Einzug von neuen Firmen mit 12 Einzügen (Vorjahr 12 Einzüge) bei einem durchschnittlichen Jahresbestand von 88 Firmen bzw. korrespondierend mit dem Auszug von etablierten Firmen liegt ebenfalls im Soll (> 12,5 % pro Jahr).

GB „Wirtschaftsförderung“

Nach dem Leistungsindikator „Gründung“ von Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU) liegt die AGIT mit 47 technologieorientierten Gründungen in 2014 deutlich über dem Durchschnitt und Soll der letzten Jahre. Das Jahr 2014 war ein Rekordjahr.

Nach dem Leistungsindikator „Angesiedelte Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) ist in 2014 erwartungsgemäß deutlich zurückgegangen, nachdem 2013 das bisher beste Ergebnis seit 10 Jahren festzustellen war. Bezogen auf die geschaffenen Arbeitsplätze war 2014 ein Durchschnittsjahr.

Im Geschäftsfeld „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS) werden insbesondere Aufträge und Projekte bearbeitet. Inhaltlich wird die „Zufriedenheit“ der Auftraggeber (AG) bzw. Zuwendungsgeber als Indikator verwendet. Je nach Auftrag und Projekt wird dies unterschiedlich ermittelt. In 2014 wurde dieses Ziel, bis auf kleine Schwankungen im Projektbereich, erreicht.

Weitere Parameter bzw. Indikatoren, die systematisch beobachtet werden, sind:

- Forecast: Projekte und Aufträge (vierteljährliche Erfassung)
- Liquiditätsplan (monatlich)
- Forderungsmanagement (Forderung aus Projekten / monatlich).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität

Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben in den letzten Jahren zu einer angespannten Liquidität der AGIT geführt. In 2014 hat sich gezeigt, dass die getroffenen Maßnahmen einer deutlichen Reduzierung der Projekte, die in großen Teilen zum ZV übergegangen sind, zu einer deutlichen Verringerung der Vorfinanzierungsleistungen und damit auch zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität geführt haben. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Diese Inanspruchnahme resultiert auch weiterhin aus der Vorfinanzierung der Projekte, aber auch aus den NK des ZBMT. Die dargelegte Verbesserung ist auch dadurch eingetreten, dass die Gesellschafter den Eigenanteil der Projekte für 2013 durch zusätzliche Zuschüsse in Höhe von ca. 169 € finanziert haben, so dass sich für 2014 hieraus keine weiteren finanziellen Belastungen ergeben haben. Die Eigenanteile der Projekte in 2014 hat die AGIT selbst erwirtschaftet.

Projektprüfungen

In 2014 haben verschiedene Projektprüfungen im Auftrag der Zuwendungsgeber stattgefunden. Soweit die Ergebnisse der Prüfungen bekannt sind, wurden sie in den Jahresabschluss übernommen. Die Projektprüfungen fanden meist gemeinsam mit dem Zweckverband statt, da viele Projekte ab 2013 vom neu gegründeten Zweckverband mit den früheren AGIT Mitarbeitern übernommen wurden.

Prognosebericht

Liquidität

Wie im Nachtragsbericht ausgeführt, hat sich durch die getroffenen Maßnahmen die Liquidität der AGIT in 2014 deutlich verbessert. Der Euribor-Kreditrahmen wird ab 4/2014 nur noch knapp zur Hälfte in Anspruch genommen. Die Situation hat sich seitdem deshalb deutlich entspannt. Die ZBMT-Problematik mit der NK-Vorauszahlung ist im Klärungsprozess begriffen und Mitte 2015 wird der notwendige Umbau bezüglich der neuen Verbrauchsmesseinrichtungen abgeschlossen sein. Damit werden verbrauchgerechte NK-Abrechnungen möglich. Ab Mitte 2015 dürften sich keinerlei Liquiditätsprobleme mehr für die AGIT ergeben, unter der Voraussetzung einer stabilen Wirtschaftslage.

GB „Technologiezentramsmanagement“ (TZM)

Inspektionen am Technologiezentrum am Europaplatz, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 eine größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich wurde. Die ersten Dachsanierungen erfolgten in 2012. Weitere Sanierungen wurden in 2013 und 2014 entsprechend der Planung durchgeführt. Die vom Gutachten ermittelten Instandhaltungsaufwände von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre sind aus heutiger Sicht realistisch, da sich immer wieder neue Problemlagen auftun. Die hohe Auslastung von 100 % im TZA in 2015 hat die Kostensituation weiter gemildert, so dass in diesem Jahr unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen für das ZBMT (Stadt Aachen) auch mit einem positiven Ergebnis im TZM gerechnet werden kann. Dies gilt bei stabiler Wirtschaftslage auch für die nächsten Jahre. Auch wenn die Leasingrate im TZA BA II jährlich deutlich ansteigt, kann für die Jahre 2015 bis 6/2019 bei einer hohen Auslastung durchaus ein positives Ergebnis für das gesamte TZA erreicht werden.

Mittels Dienstleistungsvertrag betreut das Technologiezentramsmanagement der AGIT auch das MTZ und ZBMT. Das MTZ ist vertragsgemäß zum 1.1.2015 an die GEGRA zurück bzw. das UKA übergeben worden. Der Betreuungsvertrag der AGIT mit GEGRA bzw. der Stadt Aachen und dem UKA endet damit. Alle Verträge wurden gekündigt. Ein Risiko besteht nicht mehr. Die AGIT betreut in 2015 noch die Nebenkostenabrechnung für das MTZ. Die hieraus entstehenden Kosten wurden im JA 2014 bereits berücksichtigt.

Obwohl erhebliche bauliche Mängel am ZBMT in 2013 und auch in 2014 zu Mietminderungen geführt haben, belasten diese nicht die AGIT, da die Stadt Aachen die Gesamtverluste mittels einer Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht. In 2014 sind diese Mängel (Aufzug) inzwischen behoben, jedoch taten sich in 2013 im Zuge der Nebenkostenabrechnung neue Probleme auf. Somit ist in 2014 zwar eine deutliche Ergebnisverbesserung eingetreten, eine endgültige Klärung kann erst in 2015 erfolgen, da für eine verbrauchsgerechte Nebenkostenabrechnung neue Messeinrichtungen in 2015 eingebaut werden. Erst nach dieser Neuberechnung der Nebenkosten können die gesamten Forderungsverluste angemessen bewertet werden. Ende 2015 dürften alle Probleme mit den Mietern, die sich aus der Nebenkostenabrechnung ergeben haben, ausgeräumt sein.

Obwohl in 2014 wiederum 12 neue Mieter - davon 9 Gründerfirmen - in das TZA eingezogen sind, können wir die Nachfrage von Gründern nicht mehr alle befriedigen, da alle Aachener Zentren zu 100 % ausgelastet sind. Hier sollten perspektivisch Erweiterungsmöglichkeiten, ggf. auf dem CAMPUS-Gelände, geprüft werden.

GB „Wirtschaftsförderung“

Das im Jahre 2011 entwickelte Reformkonzept, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll, wurde ab dem 1.1.2013 mit der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen (ZV) und der AGITneu umgesetzt. Die AGITneu konzentriert sich im Bereich der technologieorientierten Wirtschaftsförderung auf ihre Kernaufgaben und führt deutlich weniger Projekte durch als bisher oder ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finanziert sind. In 2013 betrug das Auftrags- und Projektvolumen für die AGITneu 1.070 T€ und in 2014 war der Ist-Wert 877 T€. In 2015 werden noch langlaufende Projekte zu Ende geführt. Neue Projekte, auch für die Folgejahre, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, sind noch keine zugesagt, obwohl schon erste Projekte skizziert und Anträge gestellt wurden. Neue Projekte sind somit erst ab 2016 zu erwarten. Hierzu müssen die Gesellschafter allerdings die Eigenanteile noch beschließen. Dies betrifft insbesondere die Weiterführung von ARIC in Wegberg-Wildenrath, wo der Projektstand sehr stark zurückgegangen ist und erst 2016 mit neuen Aufträgen und Projekten gerechnet werden kann (ein Auftrag über ca. 160 T€ ab der zweiten Jahreshälfte liegt bereits vor). Eine Schließung des Standortes ist nicht mehr auszuschließen, wenn die Gesellschafter hier keine Sonderlösung finden. Hierzu hat die Geschäftsleitung ein Strategiepapier entwickelt, das dem Vorstand des Aufsichtsrates vorgelegt wurde.

In 2015 kann damit gerechnet werden, dass alle Projekte, die die AGIT noch aus 2012 aufgrund rechtlicher Verpflichtungen übernommen hat, vollständig geprüft sind. Erst dann kann definitiv gesagt werden, ob alle Leistungen anerkannt und genehmigt wurden. Die Prüfungen in 2013 und 2014 haben gezeigt, dass dies in dem einen oder anderen Falle eintritt und zu Forderungsverlusten geführt hat und somit können auch in 2015 weitere Forderungsverluste eintreten. Über das Volumen dieser möglichen Verluste können keine Aussagen getroffen werden, da erst die offiziellen Bescheide abgewartet werden müssen. Zudem mussten Projekte aufgrund von Verträgen über den ursprünglichen Zeitraum hinaus weitergeführt werden, die nicht durch Eigenanteile hinterlegt sind. Eindeutig zeichnet sich aber die Tatsache ab, dass durch die Beendigung von Projekten und das Fehlen von Anschlussprojekten der Personalbestand sich deutlich reduzieren wird. Dies bedeutet ein Substanzverlust der AGIT gegenüber früheren Jahren, auch wenn die von den Gesellschaftern finanzierten Kernaufgaben der AGIT auf sehr hohem Niveau fortgeführt werden. Gerade mittels der Projekte konnte die AGIT in der Vergangenheit wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft und Industrie leisten.

Für 2015 laufen die Kernaufgaben der AGIT stabil. Die Ergebnisse im Arbeitsfeld BTOU lassen ähnlich hohe Gründerraten erkennen wie in 2014. Das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2015 pendelt sich auf dem relativ niedrigen Niveau von 2014 ein, was oft der Fall ist nach einem sehr guten Jahr wie in 2013. Die vorhandenen Aufträge und Projekte werden in 2015 vertraglich zu Ende geführt. Neue Projekte wurden in geringem Umfang eingeworben und sie werden nur dann durchgeführt, wenn sie mit 100 % der Kosten durch Einnahmen gedeckt sind. Das Auftrags- und Projektvolumen kann aus heutiger Sicht planmäßig abgearbeitet werden. Hinsichtlich der Anerkennung der Projektkosten müssen die Projektprüfungen in 2015 abgewartet werden. Für 2015 lässt sich zurzeit die Prognose stellen, dass die geplanten Ziele und Ergebnisse des Wirtschafts- und Stellenplanes 2015 – verbunden mit dem geplanten Stellenabbau - erreicht werden können.

Gesamtergebnis 2015

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Nachdem das erste Quartalergebnis vorliegt, kann diese Einschätzung bestätigt werden.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

In 2014 wurde ein Plan-Auftrags-/Projektvolumen von 876 T€ (Vorjahr 1.070 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2012 sowie 2013 deutlich – wie geplant – unterschritten. Das Projektvolumen wurde seitens der AGIT-Gesellschafter durch entsprechende Eigenanteile in 2013 hinterlegt, so dass nur noch durch nicht anerkannte Projektkosten Risiken entstehen. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt- und Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

Mit dem Beschluss der Gesellschafter vom 21.11.2012, den Eigenanteil der Projekte zzgl. Gemeinkosten in 2013 zu genehmigen, hat sich diese Problematik ab 2013 deutlich entschärft. Diese Regelung wurde 2014 jedoch nicht mehr beibehalten und hat damit das Gesamtergebnis 2014 negativ belastet. Die Liquidität ist aber wegen der guten Auslastung des TZA - nach einer begründbaren Übergangszeit in 2013 - ab Mitte 2014 deutlich verbessert, was sich auch in 2015 mehr als deutlich zeigt.

In 2015 liegt das Plan-Projektvolumen in der AGITneu mit etwas über 400 T€ deutlich unter dem Niveau von 2014. Dies reduziert deutlich etwaige Liquiditätsprobleme, da das Vorfinanzierungsvolumen geringer ausfällt. Natürlich können auch für 2015 – wie die Jahre 2013 und 2014 gezeigt haben – leichte Forderungsverluste in Projekten entstehen.

Hauptproblem im Projektbereich sind die fehlenden Projekte ab 7/2015. Sollten sich bis zu diesem Zeitpunkt keine neuen Folgeprojekte ergeben, sind aktuell 5 Arbeitsplätze gefährdet, auch wenn sich aufgrund der befristeten Verträge für die AGIT keine direkten finanziellen Auswirkungen ergeben. Neben diesen arbeitsrechtlichen Fragestellungen hat sich jedoch in 2014 gezeigt, dass ein wesentliches finanzielles Problem darin besteht, dass insbesondere die größeren Projekte in der Regel nicht im Rahmen der Laufzeit komplett abgeschlossen werden können, sondern Nacharbeiten nach Projektende erforderlich sind (Mittelanforderungen, Berichtswesen, Projektaudits), die von dem Projektpersonal bearbeitet werden müssen. Dadurch kann es zu höheren Personalkosten kommen, als im Projektrahmen kalkuliert; es hat sich gezeigt, dass der bürokratische Abwicklungsaufwand deutlich höher ist, als von Zuwendungsgeberseite vorgesehen.

Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung für TZA BA II im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen auf der einen Seite sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages / Auslauf des Leasingvertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Risiken für die AGIT. Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des TZA BA I und BA II wurden auch in 2014 und werden in 2015 durchgeführt. Das in Auftrag gegebene Instandhaltungsgutachten hat einen Finanzierungsrahmen von 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre ermittelt. Diese Werte wurden bereits in die Wirtschaftspläne der nächsten Jahre übernommen.

Zur Verbesserung ihrer Prozessabläufe hat die AGIT im Rahmen der Neuausrichtung in 2013 ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) entwickelt, das als Test in 2014 eingeführt wer-

den sollte. In 2015 wurde ein neues ERP/CRM-System eingeführt, das das QM-System in seinen Prozessstabilität unterstützt. Teil des QM-Systems ist ein Risikomanagementsystem (RM-System), das wesentliche Kennzahlen periodisch verfolgt.

Chancenbericht

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von „Technologiezentrummanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne ab 2013. In einer Arbeitsgruppe wurden alle Kostengruppen der „Zentralen Dienste“ (ZD) bewertet und weitgehend den Sparten zugeordnet. Die verbleibenden Kosten der „ZD“ wurden mit unterschiedlichen sachgerechten Schlüsseln auf die Bereiche verteilt. Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise der Verteilung der „ZD“ auf die Bereiche nach „Personenanzahl“ (VZÄ) wurde der Schlüssel „Personalkosten“ gewählt, der als sachgerechter für die AGIT neu als der bisherige Schlüssel eingestuft wurde.

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2013 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ sowie das ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung von fast 100 % nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind, dass umgekehrt die Werte aber auch gehalten werden können. Die geplanten Maßnahmen zur Werterhaltung des TZA können damit wie vorgesehen durchgeführt werden. Ein Ankauf des TZA BA II ab 7/2019 durch die AGIT kann dann planmäßig erfolgen.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind entsprechende Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (ARIC), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In 2012 wurden eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg erarbeitet, die in 2013 unterzeichnet und in Kraft treten sollen. Dies ist nun in 2015 erfolgt. Der Zuwendungsbescheid wurde vom Kreis Heinsberg ab dem 01.07.2013 vollzogen. Der Kooperationsvertrag mit der RWTH Aachen konnte zwar nicht wie geplant Mitte 2014 unterzeichnet werden, jedoch jetzt Anfang 2015. Diese Vereinbarungen sind die Voraussetzungen für die Weiterführung der AGIT-Aktivitäten im Arbeitsbereich GALILEO vor Ort in Wegberg-Wildenrath, auch wenn hier der Auftragsvorlauf nur bis Mitte 2015 reicht, jedoch bereits Projekte für 2016 und 2017 genehmigt sind.

Gesamtaussage

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsfirmen, der Förderung von Innovation und Technologietransfer, der Ansiedlungswerbung und Investorenberatung sowie der Unterstützung des Business Development Supports in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten Aufgaben. Die weltweite Arbeitsteilung und die Wirtschaftskrise in Europa, die sich in Ansiedlungsveränderungen niederschlagen, und die hohe weltweite Innovationsdynamik, die eine rein regionale Innovationspolitik immer schwieriger macht, führen zu immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen, denen die AGIT begegnen muss. Der Lösungsraum für die Anforderungen wird immer komplexer.

Die Bewältigung dieser Aufgaben ist durch die Neuaufstellung der AGIT in 2013 und die Fokussierung der AGIT auf diese Schwerpunkte deutlich erleichtert und verbessert worden. Das neue

Finanzierungsmodell der AGIT ab 2013, das eine konsequente finanzielle Trennung von „Technologiezentrummanagement“ (das quasi als Profit Center arbeitet) und technologieorientierter „Wirtschaftsförderung“ (die rein durch Zuwendungen der Gesellschafter getragen wird) vorsieht, hat sich als richtige Entscheidung und Perspektive für die AGIT herausgestellt. Diese Aussage gilt nicht nur für die finanzielle Situation, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Fokussierung auf die Kernkompetenzen der AGIT.

Die Risiken im Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“, die sich noch aus den alten Vertragsbindungen ergeben können, insbesondere aus den Projekten aus dem Jahr 2012, die nicht alle an den ZV übergeben wurden und die in 2013 und 2014 von der AGIT fortgeführt werden mussten, sind überschaubar. Hier können nach erfolgter Projektprüfung durch die Zuwendungsgeber Forderungsverluste entstehen bzw. es sind auch in 2015 noch Eigenleistungen zu erbringen, die sich aus den Verträgen ergeben. Aufgrund der hohen Auslastung und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der vertraglich vereinbarten Verlustübernahmeregelungen ergeben sich für den Zeitraum bis Mitte 2019 im GB „Technologiezentrummanagement“ aus heutiger Sicht keine wesentlichen finanziellen Risiken für die AGIT.

Für 2015 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte eintreten. Die strategische Ausrichtung der AGIT 2.0 ist deshalb auf einem guten Weg.

Beteiligungen des Unternehmens

1. CMC Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH, Übach-Palenberg
2. DLZ Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung Stolberg GmbH, Stolberg
3. EBC Eurode Business Center GmbH & Co KG, Herzogenrath
4. HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH, Monschau
5. MPZ Mess- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH i.L., Alsdorf
6. TAE GmbH - Technik-Agentur Euskirchen, Euskirchen
7. TPH Technologie-Park Herzogenrath GmbH, Herzogenrath
8. TZJ Technologiezentrum Jülich GmbH, Jülich

Eine weiter Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der AGIT selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

Beteiligungsgesellschaft



mbH

Beteiligungsgesellschaft
Kreis Düren mbH

Moltkestraße 16

52351 Düren

Telefon: 02421 / 22 160 20

Telefax: 02421 / 22 160 10

E-Mail:

d.huertgen@btg-kreis-dueren.de

g.emunds@btg-kreis-dueren.de

Homepage:

<http://www.kreisdueren.de/wirtschaft/gesellschaften/btg/index.php>

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung der Beteiligungen des Kreises Düren, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, des öffentlichen Nahverkehrs und der allgemeinen Ergänzungs- und Ausgleichsfunktion des Kreises.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so soll der jeweilige Kämmerer des Kreises Düren als einer dieser Geschäftsführer bestellt werden. Die Gesellschafterversammlung kann einem oder mehreren der weiteren Geschäftsführer Einzelvertretungsbefugnis einräumen und einen oder mehreren der weiteren Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht neben dem Landrat des Kreises Düren aus sämtlichen ordentlichen Mitgliedern des Kreisausschusses des Kreises Düren. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind jeweils für die Amtszeit des Kreistages mit der Maßgabe berufen, dass die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder jeweils drei Monate nach dem erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Kreistages endet.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,

4. Übernahme neuer Aufgaben,
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.g. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000,00 € überschreiten,
7. Schenkung und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. Rechtsgeschäfte gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages,
9. Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
10. Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

Die in § 52 GmbH Gesetz aufgeführten Vorschriften des Aktiengesetzes finden auf den Aufsichtsrat keine Anwendung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Kreis Düren als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung aufgrund Beschluss des Kreistages durch den Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO/§ 53 Abs. 1 KrO).

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlassung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5 betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. die Festlegung der Aufwandsentschädigung für die Aufsichtsratsmitglieder,
10. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
12. die Auflösung der Gesellschaft

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Hürtgen, Dirk Emunds, Guido Böhnke, Bernd	Kreis Düren Düren Merzenich	Kreiskämmerer bis 10. Juli 2013	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	17 Sitze		100 %
Gesellschafter- versammlung:	Der Kreis Düren als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung aufgrund Beschluss des Kreistages durch den Landrat des Kreises Düren vertreten.	1 Stimme		100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Braumüller, Heinz-Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dohmen, Hans-Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hintzen, Michael	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hohn, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Natus-Can M.A., Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Strack, Birgit	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Veithen, Valentin Raimund	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Voß, Bruno	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

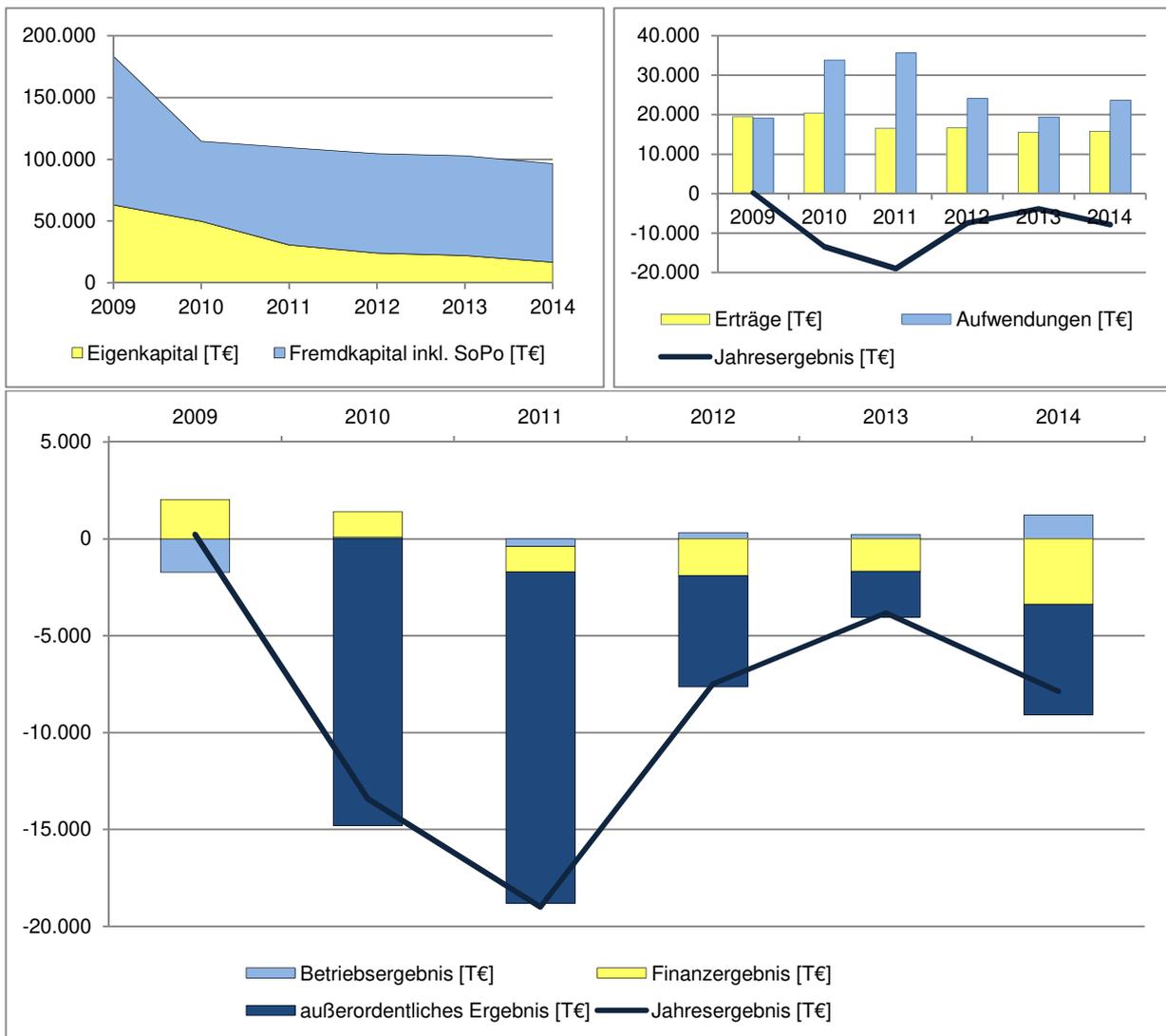
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	2.160.400,00 €	(Kapitalerhöhung zum 26.11.2013)

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	2.160.400,00 €	100%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.859,00 €	4.775,06 €	10.147,51 €	5.372,45 €	112,51%
II. Sachanlagen	41.788.632,98 €	38.512.108,06 €	37.310.795,81 €	-1.201.312,25 €	-3,12%
III. Finanzanlagen	47.579.076,19 €	49.291.973,51 €	45.473.579,88 €	-3.818.393,63 €	-7,75%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	151.877,69 €	490.046,71 €	382.703,78 €	-107.342,93 €	-21,90%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	13.766.215,09 €	12.799.086,75 €	12.503.144,46 €	-295.942,29 €	-2,31%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.164.302,43 €	1.745.185,21 €	850.145,53 €	-895.039,68 €	-51,29%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	986,50 €	1.821,96 €	835,46 €	84,69%
Summe Aktiva	104.453.963,38 €	102.844.161,80 €	96.532.338,93 €	-6.311.822,87 €	-6,14%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.075.000,00 €	2.160.400,00 €	2.160.400,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	24.796.155,81 €	25.596.155,81 €	27.996.155,81 €	2.400.000,00 €	9,38%
III. Gewinnrücklagen	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	4.933.966,66 €	0,00 €	0,00%
IV. Gewinn-Verlustvortrag	812.255,42 €	-6.675.293,01 €	-10.506.899,66 €	-3.831.606,65 €	57,40%
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-7.487.548,43 €	-3.831.606,65 €	-7.869.713,15 €	-4.038.106,50 €	105,39%
B. Sonderposten					
I. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
II. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen	32.623.086,75 €	30.742.168,75 €	28.536.837,69 €	-2.205.331,06 €	-7,17%
C. Rückstellungen	3.990.816,00 €	3.311.802,00 €	1.956.654,00 €	-1.355.148,00 €	-40,92%
D. Verbindlichkeiten	43.709.456,02 €	46.606.568,24 €	49.324.937,58 €	2.718.369,34 €	5,83%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	775,21 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	104.453.963,44 €	102.844.161,80 €	96.532.338,93 €	-6.311.822,87 €	-6,14%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	485.453,44 €	519.316,93 €	634.154,39 €	114.837,46 €	22,11%
2. Einnahmenausgleich Verkehrsverbund	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	10.008.308,06 €	8.849.884,33 €	10.265.569,80 €	1.415.685,47 €	16,00%
4. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	2.617.336,03 €	2.661.800,85 €	2.575.106,41 €	-86.694,44 €	-3,26%
5. Materialaufwand	83.197,07 €	16.414,40 €	118.775,49 €	102.361,09 €	623,61%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	5.131.938,93 €	5.199.658,31 €	5.629.879,11 €	430.220,80 €	8,27%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.639.943,72 €	1.467.516,59 €	1.604.056,81 €	136.540,22 €	9,30%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.687.988,05 €	3.722.800,00 €	3.638.827,55 €	-83.972,45 €	-2,26%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.247.495,36 €	1.396.274,81 €	1.257.928,31 €	-138.346,50 €	-9,91%
Betriebsergebnis	320.534,40 €	228.338,00 €	1.225.363,33 €	997.025,33 €	436,64%
9. Erträge aus Beteiligungen	351.381,84 €	384.971,71 €	410.473,14 €	25.501,43 €	6,62%
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.801.716,79 €	2.822.747,11 €	1.528.135,65 €	-1.294.611,46 €	-45,86%
11. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	368.478,28 €	345.964,19 €	378.428,22 €	32.464,03 €	9,38%
12. auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages erhaltene Gewinne	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen des Umlaufvermögens	0,00 €	5.949,00 €	0,00 €	-5.949,00 €	-100,00%
14. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.176.033,79 €	1.132.567,49 €	1.401.541,72 €	268.974,23 €	23,75%
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.267.043,12 €	4.103.915,10 €	4.307.210,69 €	203.295,59 €	4,95%
Finanzergebnis	-1.921.500,00 €	-1.688.748,58 €	-3.391.715,40 €	-1.702.966,82 €	100,84%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-1.600.965,60 €	-1.460.410,58 €	-2.166.352,07 €	-705.941,49 €	48,34%
16. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
17. Außerordentliche Aufwendungen	5.725.044,00 €	2.361.660,24 €	5.683.638,40 €	3.321.978,16 €	140,66%
Außerordentliches Ergebnis	-5.725.044,00 €	-2.361.660,24 €	-5.683.638,40 €	-3.321.978,16 €	140,66%
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
19. sonstige Steuern	161.538,83 €	9.535,83 €	19.722,68 €	10.186,85 €	106,83%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	-7.487.548,43 €	-3.831.606,65 €	-7.869.713,15 €	-4.038.106,50 €	105,39%
20. Öffentliche Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Personenverkehr und auf verbundspezifische Kosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag II	-7.487.548,43 €	-3.831.606,65 €	-7.869.713,15 €	-4.038.106,50 €	105,39%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	144,5	143,75	141,0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat in 2014 eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 2.400.000 € geleistet.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erstattete in 2014 einen Betrag i.H.v. insgesamt 143.651,85 € für entstandene Sach- und Personalkosten an den Kreis Düren.

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH insgesamt 112.482,81 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2014 erhalten.

Der Kreis Düren und die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren haben am 23. Juli 2014 einen Darlehensvertrag über insgesamt 5 Mio. € geschlossen. Zum 31.12.2014 hat die Gesellschaft 1.377.750 € abgerufen. Für das Kalenderjahr 2014 hat der Kreis Düren aus diesem Darlehensvertrag Zinsen in Höhe von 15.462,95 € erhalten.

Die Gesellschaft nutzt seit 2013 Büroräume inklusive Stellplätze des Kreises Düren. Für 2014 hat die BTG eine Mietzahlung in Höhe von 25.440 € geleistet.

Das Straßenverkehrsamt des Kreises Düren befindet sich in einem Gebäude der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Der Kreis Düren hat in 2014 dafür Miet- und Nebenkosten in Höhe von 270 T€ gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde mit Verschmelzungsvertrag Nr. 2117/2008 vor dem Notar Dr. Monath durch die Verschmelzung der vorherigen Gesellschaften „Dürener Kreisbahn GmbH“ und „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH“ gebildet. Beide Gesellschaften waren zu 100 % im Besitz des Kreises Düren. Die Dürener Kreisbahn GmbH fungierte bei diesem Prozess als gesamtwirtschaftlicher Überlegung als aufnehmender Rechtsträger. Sodann wurde die Dürener Kreisbahn GmbH umfirmiert in „Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)“. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte zum 13.08.2009. Gleichwohl agiert die Gesellschaft wirtschaftlich bereits seit dem 01.01.2009 als Einheit. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Düren und generiert Umsätze im Wesentlichen aus Personalgestaltung sowie der Erbringung von Geschäftsbesorgungsleistungen.

Die Gesellschaft hält folgende Geschäftsanteile an weiteren Unternehmen und stellt einen Konzernabschluss auf:

Wirtschafts- und Strukturförderung	100,00 %	DGA Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH
	100,00 %	Freizeitbad Kreuzau GmbH
	100,00 %	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)
	51,00 %	ATC – Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH
	1,00 %	regio iT GmbH
Verkehr	100,00 %	Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)
	25,10 %	Rurtalbahn GmbH
	23,80 %	Rurtalbus GmbH
	1,00 %	beka GmbH
Wasserwerke	49,00 %	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH
	1,21 %	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH
Regenerative Energien	50,10 %	RURENERGIE GmbH

3,00 %	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH
0,58 %	EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Bis Dezember 2013 wurde die ACI gemeinsam mit der Gemeinde Aldenhoven gehalten. Im Zuge der Fertigstellung des Automobiltestzentrums in Aldenhoven durch die Tochtergesellschaft der ACI, die ATC GmbH, wurde der satzungsgemäße Zweck der ACI GmbH erfüllt. Die Bewirtschaftung des Autotestzentrums erfolgt ausschließlich durch die ATC GmbH. In Folge dessen wurde die ACI GmbH nach Übernahme der Anteile der Gemeinde Aldenhoven auf die Muttergesellschaft BTG verschmolzen. Hierdurch ergibt sich nunmehr die unmittelbare Beteiligung an der ATC.

In Folge der Einführung des Tariftreuegesetzes in Nordrhein Westfalen musste das Geschäftsmodell der Rurtalbus GmbH überdacht werden. Die Gesellschafter haben sich dazu entschlossen, die im Auftrag der Dürener Kreisbahn GmbH erbrachten Verkehrsleistungen an diese zurückzugeben und das Personal von der Rurtalbus GmbH zur Dürener Kreisbahn GmbH hin wechseln zu lassen. Der Betrieb wurde vorläufig eingestellt. Die BTG hat ihre Geschäftsanteile an der Rurtalbus GmbH dementsprechend abgewertet. Es wurde von den Gesellschaftern beschlossen, die Rurtalbus GmbH zu liquidieren.

Bis zum 31.12.2008 hat die Dürener Kreisbahn GmbH, nunmehr firmierend unter Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG), als satzungsgemäße Hauptaufgabe Personenverkehrsleistungen im Kreis Düren erbracht. Dieser Hauptgeschäftszweig wurde zum 01.01.2009 auf die im Jahre 2008 gegründete Tochtergesellschaft DKB Verkehr GmbH, nunmehr firmierend unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) übertragen. Die historisch gewachsenen Strukturen – insbesondere im Bereich der Aufbauorganisation und der Stellenzuordnungen – aus dieser Aufgabenerfüllung finden sich weiterhin prägend auch bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Insbesondere ist das gesamte Personal – auch das für die Verkehrsleistungserbringung vorgesehene – beim aufnehmenden Rechtsträger verblieben und wird von diesem im Rahmen einer genehmigten Arbeitnehmerüberlassung an die Verkehrsgesellschaften verliehen. Weiterhin ist sämtliches Anlagevermögen bei der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH verblieben. Das für die Verkehrsleistungserbringung notwendige Anlagevermögen wird im Rahmen von Miet- und Pachtverträgen der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zu deren Aufgabenerfüllung entgeltlich überlassen. Neubeschaffungen im Bereich des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs werden nun direkt von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) vorgenommen. Nach Rücksprache mit dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund als Fördergeber für Zuschüsse zur Beschaffung von Kraftomnibussen wurde entschieden, in 2015 die bei der Gesellschaft verbliebenen Busse, die bisher an die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) vermietet wurden, nun in Gesamtheit an die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zu verkaufen. Dies zieht die faktische Bereinigung der Vermögensverhältnisse um mehrere Jahre vor und ist auf Grund der Höhe des Vermögens und des noch zu Buche stehenden Restwertes der Beschaffungsförderung wirtschaftlich möglich.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erbringt im Rahmen von Geschäftsbesorgungen kaufmännische Leistungen für verschiedene Unternehmen. Im Jahre 2014 konnte hier die Rettungsdienst Kreis Düren AÖR zugewonnen werden. Die Leistungspalette soll mittelfristig erweitert werden und für die Tochtergesellschaften zu Vereinheitlichungen im Bereich des Planwesens und des Controllings führen. Im Bereich des Beteiligungscontrollings des Gesellschafters Kreis Düren und bei der Konzernrechnungslegung sowie bei der Erstellung des Gesamtab-

schlusses ergeben sich hieraus nicht unwesentliche Synergien. Wo es sinnvoll ist, soll die konzerninterne Auftragsvergabe forciert werden.

Die produktiven Gesellschaften agieren im Wesentlichen im regionalen Bereich – überwiegend im Kreis Düren. Die Tätigkeitsfelder haben eine hohe Affinität zum kommunalen Charakter des Gesellschafters. Internationale und nationale wirtschaftliche Rahmenbedingungen wirken insofern auf die Gesellschaft auf Grund des beschränkten Marktumfeldes nicht immer vollumfänglich. Trotz der Erschwernisse bei der Mittelbeschaffung, insbesondere im Bereich der Darlehensbesicherungen, ist die bisherige Entwicklung der Kreditzinssätze für die Gesellschaft derzeit von Vorteil.

Ergebnisabführungsverträge bestehen derzeit mit den 100 %igen Tochtergesellschaften Freizeitbad Kreuzau GmbH und Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der in den letzten Jahren erhebliche Kursverfall der Aktien der deutschen Energieversorger trifft die Gesellschaft mit wesentlichen Auswirkungen. So waren wiederholt Abschreibungen der gehaltenen Aktien der RWE notwendig. Die darauf beruhenden negativen Folgen auf die Eigenkapitalausstattung sind erheblich. Im Jahresabschluss 2014 wurde die RWE-Aktie auf den Stichtagswert 25,63 € abgewertet. Dies führt zu einem außerordentlichen Buchwertverlust in Höhe von ca. 4,4 Mio. €.

Es ist anzunehmen, dass mögliche Einsparungen in der Förderung von Infrastruktur und ÖPNV über die Wirkungen in den Tochtergesellschaften auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH betreffen können. Die Situation der kommunalen Unternehmen bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungszwang auf Grund der schlechten Haushaltslagen der Kommunen/Eigentümer. Diesem unterliegt auch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, insbesondere über die mit Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen produktiven Tochterunternehmen.

Geschäftsverlauf

In 2014 wurden die dem in 2012 erstellten Gutachten zu entnehmenden Optimierungen und die Entflechtung der Gesellschaft von ihrer Tochtergesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) weiter umgesetzt und vertieft. Für 2014 konnten bei der DKB in den benannten Bereichen Verbesserungen erzielt werden. Insgesamt steigt die Verlustübernahme für die DKB zwar um ca. 5 %, jedoch wurden im Vergleich zum Vorjahr die Konditionen der Personalverrechnung den Marktgegebenheiten angepasst und die BTG erhielt von der DKB eine wesentlich höhere Personalkostenerstattung. Auf Grund der Entflechtung im Bereich der einheitlichen Geschäftsführung musste die umsatzsteuerliche Organschaft zwischen BTG und DKB aufgegeben werden.

Das Geschäftsergebnis des Jahres 2014 wird ganz wesentlich beeinflusst von der Anpassung der Personalverrechnung und der damit verbundenen Auflösung der bisherigen Drohverlustrückstellung, dem Rückgang der Dividendenerträge um ca. 1,2 Mio. €, höheren Zinsaufwendungen und den außerordentlichen Aufwendungen aus der Verschmelzung mit der ACI GmbH sowie der notwendigen Abwertung der RWE-Aktien in Höhe von insgesamt ca. 5,7 Mio. €.

Mit der Rurtalbahn GmbH konnten im Vorgriff auf den Ablauf des Pachtvertrages für die Eisenbahninfrastruktur im Kreis Düren Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Die ausgelöste Verlängerungsoption erweitert nunmehr den Pachtvertragszeitraum bis zum Jahre 2033. Dies bietet gerade im hochinvestiven Bereich der Eisenbahninfrastruktur einen zuverlässigen

langjährigen Planungshorizont. Ergänzend zum bisherigen Pachterlös erhält die BTG nunmehr eine zusätzliche Bodenwertverzinsung.

Die Gesellschaft hat in 2014 weitere Gesellschaftereinlagen in die **RURENERGIE** getätigt, welche dort zur Investition in Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung genutzt wurden. Hiermit verbunden ist die strategische Planung, die Gesellschaft auch in Folgejahren in diesem Bereich durch Einlagen der Gesellschafter zu stärken. Weiterhin wurde eine Kapitalerhöhung bei den Geschäftsanteilen an der GREEN mit vollzogen.

Der überwiegende Anteil der Beschäftigten wird noch nach den historischen Lohn- und Gehaltstarifen BAT bzw. BMT-G bezahlt. Die Gesellschaft hat mit dem Betriebsrat eine betriebsindividuelle Entwicklung verhandelt, die es den Beschäftigten erlaubt, an Stelle einer Entgelterhöhung alternativ die persönlichen Urlaubsansprüche zu erhöhen. Dies ist auch im Kontext zur – insbesondere im Fahrdienst wahrnehmbaren – demographischen Entwicklung bzw. sehr hohem Altersdurchschnitt zu sehen.

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bildet in Anerkennung der unternehmerischen wie gesellschaftlichen Verpflichtung junge Menschen – über den eigenen notwendigen Rahmen – in den ihr möglichen Berufsbildern aus. Im Jahre 2014 befanden sich drei kaufmännische Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis. Zukünftig wird angestrebt, mögliche kaufmännische Ausbildungsabschnitte im Unternehmensverbund mit dem Gesellschafter und anderen Tochterunternehmen kooperativ anzubieten. Bereits in 2015 konnte so in Zusammenarbeit mit der Rettungsdienst Kreis Düren AÖR eine nahtlose Übernahme aus einem Ausbildungsverhältnis erreicht werden. Die Übernahme von Auszubildenden nach abgelegter Prüfung in die Gesellschaft selbst ist nach Entflechtung nur noch sehr eingeschränkt möglich.

Die Gesellschaft hat aus eigener Betriebstätigkeit im Bereich der Anlagenbewirtschaftung nur einen sehr geringen Kundenstamm. Eine sich aus dieser Betriebstätigkeit heraus ergebende ökologische Einflussnahme auf die Umwelt findet nahezu nicht statt. Anders verhält es sich bei der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und Rurtalbahn GmbH, die durch ihre Tätigkeit im öffentlichen Personennahverkehr einen wesentlichen Beitrag zur Energieeffizienz bei der Raumüberwindung beitragen. Die von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) jährlich neu beschafften Fahrzeuge werden nach EEV-Standard bestellt und erhalten darüber hinaus einen Rußpartikelfilter. Im Bereich der Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde 2012 ein Blockheizkraftwerk eingebaut.

Die Gesellschaft ist an drei Gesellschaften beteiligt, die sich mit dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung beschäftigen. Die Investitionen in die **RURENERGIE** sind in 2014 abermals angestiegen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert sich die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH selbst nicht. Hier agieren insbesondere die Verkehrsunternehmen sowie die Freizeitbad Kreuzau GmbH im lokalen Bereich, insbesondere auch in Begleitung öffentlicher Großveranstaltungen.

Die durch die Verschmelzung mit der ACI GmbH nunmehr zur direkten Tochtergesellschaft gewordene ATC GmbH, an welcher die BTG mit 51 % beteiligt ist, baut, unterhält und betreibt im Bereich Aldenhoven ein Autotestzentrum. Diese Anlage dient insbesondere sich dort einmietender Unternehmen zu Entwicklungs- und Forschungszwecken im Bereich Kraftfahrzeug- und Navigationstechnik. Die BTG und die ATC selbst forschen nicht.

Lage**Ertragslage**

Die Gesellschaft erbringt Leistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen für verschiedene Unternehmen. Die Umsatzerlöse stiegen 2014 um ca. 22 %, insbesondere in Folge der Verschmelzung mit der ACI GmbH und der Gewinnung der Rettungsdienst Kreis Düren AÖR als weiteren Kunden im Rahmen der Geschäftsbesorgung bei Finanzbuchhaltungsleistungen. Die Umsatzerlöse betragen 634 T€ (Vj. 519 T€).

Weitere Erträge generiert die Gesellschaft aus dem Besitz und der Verwaltung ihrer Beteiligungen (insbesondere RWE-Aktien) sowie der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften. Ferner erzielt sie Erträge aus der Überlassung von Personal an ihre Tochtergesellschaften Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und Rurtalbahnhof GmbH. Diese Erträge finden sich im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge und korrespondieren mit den Personalkosten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Gesellschaft betragen 10.266 T€ (Vj. 8.850 T€). Ursächlich für den Anstieg sind insbesondere die positiven Effekte aus der Anpassung der Personalverrechnungsverträge mit der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) an die aktuellen Marktbedingungen. Eine Drohverlustrückstellung für dieses Geschäftsfeld konnte aufgelöst werden. Die Erträge hieraus (1.164 T€) waren im Wirtschaftsplan für 2014 nicht enthalten. Mieterträge aus der Verpachtung der Infrastruktur sind auf Grund der Anpassung des Abrechnungsmodells niedriger als geplant.

Im Vorjahr konnten aus Ausgleichszahlungen für die Übernahme von Unterhaltungslasten ca. 562 T€ eingenommen werden. In 2014 sind aus diesem Bereich plangemäß lediglich 291 T€ zugeflossen. Die Baukosten der Eisenbahnüberführung A4, deren Kosten vollständig durch den Straßenbaulastträger übernommen werden, sind wesentlich gestiegen. Eine höhere Ausgleichszahlung wurde beantragt und wird erwartet. Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses ein Bescheid noch nicht vorlag, wurden die erwarteten Beträge aus kaufmännischer Vorsicht noch nicht im Jahresabschluss 2014 berücksichtigt.

Die Gesellschaft hat 2014 Grundstücke in Jülich und Jülich-Koslar veräußert. Hieraus ergibt sich ein Ertrag in Höhe von ca. 588 T€. Der Verkauf des Grundstücks in Jülich noch in 2014 führt zur Ergebnisverbesserung in Bezug auf den Planansatz.

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich darüber hinaus überwiegend aus folgenden Positionen zusammen:

- Personalentleihung Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) 3.785 T€ (Vj. 3.241 T€).
- Personalentleihung Rurtalbahnhof GmbH 1.769 T€ (Vj. 1.768 T€).
- Erträge aus der Verpachtung der Betriebswerkstatt und der Eisenbahnstrecken 808 T€ (Vj. 907 T€) an die Rurtalbahnhof GmbH. Der Pachtvertrag wurde in 2014 vorzeitig verlängert. In diesem Zusammenhang erhält die Gesellschaft erstmals zusätzlich eine Bodenwertverzinsung. Gleichzeitig wurde das Verfahren der auf den Abschreibungen beruhenden Pacht verändert. Die zukünftig fällig werdende – jährlich sinkende – Erstattung wurde über die Laufzeit erhoben und wird jährlich gemittelt angesetzt. Hierdurch ist der in den ersten Jahren erhaltene Pachtanteil geringer, bleibt dafür über die gesamte Laufzeit konstant und entwickelt sich nicht wie im vorher angewendeten Verfahren auf einen Nullwert.
- Abschlag Ablösebetrag Lastenübernahme zu Bauprojekten Eisenbahninfrastruktur 291 T€ (Vj. 562 T€).
- Erträge aus Zuschreibungen zum Finanzanlagevermögen 91 T€ (Vj. 438 T€).

- Fahrzeugvermietung an die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) 303 T€ (Vj. 361 T€). Die Weiterbelastung basiert auf bei der Gesellschaft angefallenen Abschreibungen. Der Rückgang resultiert daher, dass neue Fahrzeuge direkt von der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) beschafft werden. In 2015 soll nach Wegfall der meisten Zweckbindungen das Eigentum an der gesamten Busflotte auf die DKB übergehen.

Die Gesellschaft erzielt Erträge aus der zeitanteiligen Auflösung von Zuschüssen zu Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 2.575 T€ (Vj. 2.662 T€). Da größere Baumaßnahmen abweichend zur Planung in 2014 noch nicht aktiviert wurden, lagen die Planansätze in diesem Bereich zu hoch. Demgegenüber steht eine – im Vergleich zum Planansatz – wesentlich geringere Belastung aus Abschreibungsaufwand.

Die Personalkosten stellen für die Gesellschaft im Bereich der Aufwendungen den wesentlichsten Kostenblock dar. Sie betragen inkl. der Aufwendungen für verliehenes Personal im Bereich der Löhne und Gehälter 5.630 T€ (Vj. 5.200 T€). Im Vorjahr wurden die Kosten durch anteilige Inanspruchnahme der entsprechenden Drohverlustrückstellung um ca. 328 T€ gemindert. Seit dem 01.01.2014 zahlt die DKB die vollständigen Personalkosten der entliehenen Mitarbeiter. Dadurch ist der Grund für die Drohverlustrückstellung weggefallen. Daher wurde diese in 2014 aufgelöst. Die Erträge aus der Auflösung sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Ohne Wirkung der Inanspruchnahme der Rückstellung im Vorjahr steigen die Personalaufwendung 2014 zu 2013 um 102 T€ = ca. 1,8 %. Die hierdurch eingetretenen Veränderungen waren in der Planrechnung für 2014 nicht einkalkuliert.

Der Bereich der Sozialabgaben inkl. Altersversorgung beläuft sich auf 1.604 T€ (Vj. 1.468 T€). Der Auflösungsbetrag für Pensionsrückstellungen betrug 2013 ca. 108 T€ (Todesfall einer Berechtigten).

Die Abschreibungen auf Anlagen, insb. Eisenbahninfrastruktur betragen 3.639 T€ (Vj. 3.723 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 1.258 T€ (Vj. 1.396 T€). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Rechts- und Beratungskosten um 49 T€ gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die Verschmelzung mit der ACI zurückzuführen. Kosten für Gas, Strom und Wasser (-21 T€) und für den Ausgleich für zusätzliche Leistungen von Werkstattpersonal an die Dürener Kreisbahn GmbH (-30 T€) sind hingegen gesunken. Zudem ist der Buchverlust aus Abgängen des Anlagevermögens gegenüber dem Vorjahr um 75 T€ geringer.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Gebäude- und Grundstücksaufwendungen (338 T€), Aufwendungen für Gas, Strom und Wasser (134 T€), Rechts- und Beratungskosten (131 T€).

Die Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen betragen 410 T€ (Vj. 385 T€).

Beim Finanzergebnis dominiert die Dividende aus RWE-Aktien. Diese betrug in 2014 für das RWE-Geschäftsjahr 2013 nur noch 1,00 € je Aktie (Vj. 2,00 € je Aktie). Insgesamt hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Dividendenerträge aus RWE-Aktien in Höhe von 1.203 T€ (Vj. 2.406 T€) erzielt.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betragen 1.402 T€ (Vj. 1.133 T€). Trotz des z.Zt. stabilen niedrigen Zinsniveaus steigt die Zinsbelastung in 2014 über Plan, insbesondere durch die Neuaufnahme von Darlehen zum Zwecke der Erhöhung der Eigenkapitalausstattung der

Tochtergesellschaft **RURENERGIE** für Investitionen in Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung.

In die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH sind die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und die Freizeitbad Kreuzau GmbH mit Ergebnisabführungsverträgen eingebunden. Die Aufwendungen aus diesen Ergebnisabführungsverträgen betragen 4.307 T€ (Vj. 4.104 T€). Die Erhöhung der Ergebnisübernahme für die DKB ergibt sich aus der angepassten Personalkostenverrechnung.

Im Bereich der außerordentlichen Aufwendungen zeigen sich Verluste aus der Verschmelzung mit der ACI GmbH, da durch den Verschmelzungsprozess aufgelaufene Verluste der ACI aus Vorjahren nun in der Gewinn- und Verlustrechnung der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wirken. Stille Reserven der ACI GmbH bzw. der produktiven Tochtergesellschaft ATC GmbH können dem noch nicht gegengerechnet werden. Wesentlicher ist die abermalige Abwertung der Buchwerte für RWE-Aktien auf Grund des fortgesetzten Kursverfalles. Der Aufwand aus der Berichtigung der Buchwerte der RWE-Aktie beträgt ca. 4,4 Mio. €. Es ergibt sich in Folge ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 7,9 Mio. € (Vorjahr 3,8 Mio. €).

Insgesamt schließt die Gesellschaft mit einem Defizit, welches insbesondere in der Wahrnehmung der nicht vollständig durch Erträge gedeckten Aufgaben der Daseinsfürsorge begründet ist und über die Ergebnisabführungsverträge auf die Gesellschaft wirkt. Ohne außerordentlichen Aufwand, im Wesentlichen aus der Buchwertberichtigung der RWE-Aktie, und sonstige Steuern erzielte die Gesellschaft in 2014 ein Ergebnis im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von -2.166 T€. Geplant war ein Ergebnis von -2.798 T€. Die Abweichungen ergeben sich aus oben erläuterten, insbesondere der Abwertung der RWE-Aktien sowie dem Verschmelzungsverlust. Dem stehen die Erträge aus der Auflösung einer Drohverlustrückstellung (1.164 T€) gegenüber. Im Vorjahr fiel das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit -1.460 T€ um 706 T€ besser aus als in 2014. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass der Gesellschaft im Vorjahr auch um 1.203 T€ höhere RWE-Dividendenerträge zugeflossen sind.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2014:

Jahresfehlbetrag	-7.870
Verlust aus der Verschmelzung mit der ACI	1.282
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.639
Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen	4.390
Zuschreibungen zum Anlagevermögen	-91
Abnahme der Rückstellungen	-1.518
Abnahme Sonderposten	-2.206
Abnahme der Vorräte	107
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-472
Abnahme der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	737
Abnahme der Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	225
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-40
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	130
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-134
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.013
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	1.732

Laufende Geschäftstätigkeit	924
Anlagenabgänge zu Buchwert	288
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.528
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-7
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-869
Investitionstätigkeit	-3.116
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	2.400
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	3.778
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-4.925
Finanzierungstätigkeit	1.253
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.745
Übernommener Finanzmittelfonds der ACI	44
Zahlungswirksame Veränderungen	-939
Liquide Mittel am Ende der Periode	850

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr – wie in Vorjahren – im Wesentlichen in die Schieneninfrastruktur, welche vollständig an die Rurtalbahn GmbH verpachtet ist, investiert. Die Finanzierung erfolgt durch öffentliche Zuwendungen nach dem ÖPNV-Gesetz. Der Eigenanteil wird durch die Rurtalbahn GmbH beigestellt und mit den Forderungen aus der Verpachtung verrechnet.

Die Liquiditätslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist angespannt. Hauptgrund hierfür ist, dass die Gesellschaft in Folge der Ergebnisabführungsverträge die eingebundenen Tochtergesellschaften auch unterjährig mit Liquidität versorgt. So erhält die Freizeitbad Kreuzau GmbH regelmäßig Abschläge auf die Verlustabdeckung. Auf Grund der gewachsenen Struktur ist die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) zur Einbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter Liquidität über ein Verrechnungskonto bei der Muttergesellschaft und so in die dortige Liquiditätsversorgung direkt einbezogen. Auf Grund des durch den Kreistag des Kreises Düren beschlossenen und durch die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) umgesetzten Nahverkehrsplanes des Kreises Düren sowie des sichernden Leistungspaketes im Bereich Daseinsvorsorge, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖSPV erwartungsgemäß defizitär.

Zur Sicherung der Liquidität wurde die Geschäftsführung durch Aufsichtsratsbeschluss ermächtigt, einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 7 Mio. € zu vereinbaren. Davon wurden im Berichtsjahr wurden maximal 5,3 Mio. € (Vj. 4,3 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für das Geschäftsjahr 2013 mit Auszahlung in 2014 wurde die Dividendenzahlung der RWE auf 1,00 € je Aktie gekürzt. Der hieraus in 2014 erfolgte Rückgang im Liquiditätszufluss wurde durch den Gesellschafter durch eine Einlage in die Gesellschaft in Höhe von 2,4 Mio. € kompensiert. Zum 31.12.2014 betragen die liquiden Mittel im Kassenbestand und aus Guthaben bei Kreditinstituten 850 T€ (Vj. 1.745 T€). Das Eigenkapital beträgt 16,7 Mio. €, der Sonderposten für Investitionszuschüsse 28,5 Mio. €. Es bestehen Rückstellungen von 1,9 Mio. € und Verbindlichkeiten in Höhe von 49,3 Mio. €. In Bezug auf die Art sowie Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf den Anhang verwiesen.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme um ca. 6,3 Mio. € gesunken. Auf der Aktivseite hängt die Veränderung insbesondere mit der Abwertung der RWE-Aktien zusammen. Dem Verlust aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit steht in Berücksichtigung der rückläufigen Dividenden-

erträge eine Zuführung des Gesellschafters zur Kapitalrücklage gegenüber. Das Gesamtvermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 96,5 Mio. € (Vj. 102,8 Mio. €).

Der Rückgang im Bereich Sachanlagen beruht insbesondere auf Abschreibungen im Bereich Schieneninfrastruktur und Kraftomnibusse. Im Bereich der Finanzanlagen ist es durch die Verschmelzung mit der ACI GmbH zu Verschiebungen gekommen. Die Beteiligung an der ACI ist ebenso wie die Ausleihung an die ACI weggefallen. Die Beteiligung an der ATC ist hinzugekommen. Der Zuführung zur Kapitalrücklage der **RURENERGIE** steht die Berichtigung von Buchwerten (Abwertung der RWE-Aktien) gegenüber. Hierdurch verringert sich das Finanzanlagevermögen um 3,8 Mio. € auf 45,5 Mio. €. Die Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) beträgt 85,77 % (Vj. 85,38 %).

Das Eigenkapital beträgt 16,7 Mio. €. Der Sonderposten für erhaltene Zuschüsse wird in Bezug auf die zweckgebundene Verwendung der geförderten Investitionsgegenstände aufgelöst. Er beträgt 28,5 Mio. € (Vj. 30,7 Mio. €). Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 17 % (Vj. 22 %). Unter Berücksichtigung des anteiligen Sonderpostens (65 %) ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 37 % (Vj. 41 %).

Der Rückgang im Bereich Rückstellungen beruht auch auf der Auflösung der Drohverlustrückstellung für Personalentlehnung. Die Verbindlichkeiten steigen um ca. 6 % auf 49,3 Mio. €, insbesondere durch Investitionstätigkeit in die Eisenbahninfrastruktur, durch Darlehensübernahme in Folge der Verschmelzung mit der ACI GmbH und der Abgrenzung noch nicht verwendeter Investitionszuschüsse von ca. 2,1 Mio. € (Vj. 0,7 Mio. €).

Aufgrund der anlagenintensiven Vermögensstruktur ist das Vermögen mit ca. 39 % (Vj. 37 %) in Sach- und mit ca. 47 % (Vj. 48 %) in Finanzanlagen gebunden.

Kritisch betrachtet werden muss die Liquiditätslage des Unternehmens. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zur Finanzlage.

Gesamtaussage

Das Jahr 2014 war geprägt von vertiefenden Maßnahmen zur Entflechtung und Umsetzung der Optimierungsmaßnahmen. Neue Geschäftsfelder wurden bei der DGA und im Rahmen der Geschäftsbesorgung für die Rettungsdienst Kreis Düren AÖR übernommen. Im Bereich der Darlehen wurde unter Zuhilfenahme von Bürgschaften des Kreises Düren eine Umschuldung vollzogen, welche die Besicherungsmöglichkeiten leicht verbesserte. Die Personalverrechnung zu entleihenden Unternehmen wurde umgestellt. Kosteneinsparungen im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten teilweise erreicht werden. Das operative Ergebnis (GuV-Posten 1. - 7.) beträgt 1.225 T€ und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 996 T€ verbessert. Bis hierhin wäre das Ergebnis als zufriedenstellend zu bewerten. Durch die Kürzung der RWE Dividende um 1,2 Mio. € und einer Erhöhung der Aufwandszinsen bei nahezu gleicher Belastung aus Verlustübernahmen verschlechterte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (inkl. Verlustübernahmen in Höhe von ca. 4,3 Mio. €) um ca. 706 T€ auf minus 2.166 T€. Nach den enormen Einbrüchen der Dividendenerträge in den vergangenen Jahren von 4,2 Mio. € in der Spitze auf jetzt nur noch 1,2 Mio. € sind Umgestaltungen in der Finanzierung der Lasten aus dem ÖPNV-Betrieb unumgänglich. Die Abschreibung der RWE-Aktien sowie der Verschmelzungsverlust in Höhe von zusammen fast 5,7 Mio. € dominieren das unbefriedigende Jahresergebnis mit einem Defizit von insgesamt 7,9 Mio. € (Vorjahr 3,8 Mio. €).

Nachtragsbericht

Sowohl für die Liquidität (Dividendenausschüttung) wie auch für die Vermögenslage (Kurswert) ist die RWE-Aktie für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Der Kurs hat sich seit dem Bilanzstichtag weiterhin wesentlich verschlechtert. Zum Bilanzstichtag belief er sich auf 25,63 €. Derzeit zeigt sich ein Kurswert von 19,61 € je RWE-Aktie. Analysten bewerten die Kursentwicklung derzeit sehr unterschiedlich in einer Spanne zwischen 17,50 € und 30,00 €, mehrheitlich jedoch im Bereich zwischen 21,00 € und 22,00 €. Die Dividende wurde nur in Höhe des Vorjahreswertes mit 1,00 € je Aktie wie geplant ausgeschüttet. Die Dividendenberechnung für zukünftige Ausschüttungen wurde geändert, beinhaltet mehr Parameter und ist damit in der Höhe sowohl nach oben als auch nach unten flexibler gestaltbar. Kommunale Eigentümer (ca. 20 % der RWE sind im kommunalen Anteilsbesitz) setzen sich für eine Dividende in gleichbleibender Höhe ein.

Bereits im Vorfeld hat der Gesellschafter Kreis Düren eine Kompensation durch Kapitaleinlage in Höhe von 2,4 Mio. € für 2014 und in 2015 in die Haushaltsplanung einbezogen.

Im Bereich der durch Ergebnisabführungsvertrag eingebundenen Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) wird im Verkehrsverbund Rhein Sieg die notwendige Einstimmigkeit bei der Einnahmenaufteilung weiterhin nicht erreicht. Derzeit stehen mehrere Rechtstreitigkeiten zwischen dem VRS und Verkehrsunternehmen über die Gültigkeit der neuen Einnahmenaufteilungsrechnung an. In einem Gerichtsverfahren Anfang Mai 2015 wurde eine Prozessunterbrechung für 3 Monate vereinbart. In diesem Zeitraum soll nochmals ergründet werden, ob eine gütliche Beilegung des Streites möglich ist.

Auf Grund der beschlossenen Investitionsstrategie wurde eine weitere Einlage von ca. 1,4 Mio. € in die **RURENERGIE** getätigt. Der Gesamtwert der Kapitaleinlagen der Gesellschaft in Gesellschaften zur regenerativen Energiegewinnung beträgt nun mehr als 3 Mio. €.

Zum Mai 2015 wurde entsprechend der durch das Optimierungsgutachten empfohlenen Entflechtung mit der Gesellschaft für Infrastruktur des Kreises Düren (GIS) ein Geschäftsbesorgungsvertrag zur Verwaltung und Bewirtschaftung der Liegenschaften der BTG abgeschlossen. Die bisher bei der BTG eigenständig angesiedelte Abteilung für Liegenschaftsverwaltung und Hausmeisterei wurde im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung auf die GIS übertragen.

Weiterhin hat der bisher von der Gesellschaft an die Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) entlehnte Geschäftsführer im Rahmen der Arbeitnehmerverleihung an den Kreis Düren dort die Stabsaufgabe des Mobilitätsbeauftragten für den Kreis Düren übernommen. Die Geschäftsführung der DKB wurde von bisher zwei auf nunmehr nur noch einen Geschäftsführer verkleinert.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 wird von einer leichten Steigerung bei den Beteiligungs-, Miet- und Pächterträgen ausgegangen. Mit der Rurtalbahn GmbH konnte der Pachtvertrag vorzeitig langjährig verlängert werden. Im Bereich der Personalausleihungen erfolgten marktkonforme Anpassungen, welche die Refinanzierung der Personalaufwendungen wesentlich verbessern. Die Vermögenslage und Eigenkapitalquote steht in direktem Zusammenhang mit der hohen Anlagenintensität. Insgesamt wird sie wesentlich durch die Kursentwicklung des RWE-Aktienpaketes beeinflusst. Weiterhin besteht eine Abhängigkeit von der Zinssatzentwicklung für langfristige Darlehen. Es wird erwartet, dass die Liquiditätslage in 2015 aufgrund der weiterhin niedrigen Dividende sowie der Versorgung der Tochterunternehmen Dürener Kreisbahn GmbH und Freizeitbad Kreuzau GmbH mit Liquidität angespannt bleibt. Für 2015 wurde die Dividende auf 1,00 € je Aktie festgelegt. Für 2016 wird z.Zt. keine Erhöhung der Dividende angenommen.

Kommunale Eigentümer der RWE mit einem Besitzanteil von ca. 20 % setzen sich vehement für eine stabile Dividendenausschüttung ein. Im Bereich der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist die Hebung der vom Gutachter und Betriebsführer aufgezeigten Optimierungspotentiale fortzusetzen. Derzeit wird gemeinsam mit dem Gesellschafter und dem Verkehrsverbund geprüft, wie ab 2016 das zwangsläufig im ÖPNV eintretende Defizit dauerhaft gemindert und ein Ausgleich herbeigeführt werden kann. Für 2018 befindet sich derzeit ein neuer Nahverkehrsplan in Erstellung. Verbunden hiermit sind intensive Überlegungen über die rechtssichere Betrauung des eigenen Verkehrsunternehmens im Rahmen der EU VO 1370 mit den gesamten ÖSPV-Leistungen im Kreis Düren.

Im Bereich des Freizeitbades ist die geplante Entwicklung einer Schwimm- und Saunaanlage in Euskirchen und der hieraus resultierende Einfluss auf die Anlage Kreuzau zu beobachten.

Neue Geschäftsfelder für den Verwaltungsbereich der BTG sind dort wo möglich im Rahmen der Zusammenarbeit kommunaler Unternehmen auszubauen bzw. neu zu erschließen. Für das Kalenderjahr 2015 erwartet die Gesellschaft auf Grund des erwähnten Dividendeneinbruchs ein Jahresdefizit von ca. 3 Mio. €, dem eine Zuführung zur Kapitalrücklage in Höhe von 2,4 Mio. € gegenübersteht. Für das Ergebnis 2016 sind die Entwicklungen im Bereich der RWE Dividende und die Umsetzung der ÖPNV-Finanzierungsmaßnahmen des Gesellschafters maßgeblich.

Es wird ein leichter Rückgang der Eigenkapitalquote und der Sachanlagenintensität (Sachanlagevermögen / Gesamtvermögen) erwartet. In Bezug auf die Finanzanlagenintensität (Finanzanlagevermögen / Gesamtvermögen) wird eine leichte Steigerung erwartet. Es wird damit gerechnet, dass der Kontokorrentkredit maximal in Höhe von 4,3 Mio. € in Anspruch genommen werden muss.

Risiko- und Chancenbericht

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH refinanziert einen erheblichen Teil ihrer Personalkosten durch Verleihung des Personals an ihre Tochtergesellschaften Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) und der Rurtalbahn GmbH. Ein Wegfall der Möglichkeiten der Personalverleihung würde sich wesentlich auf die Ertragslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH auswirken. Die Fortsetzung der Entleihverhältnisse konnte bei der Rurtalbahn durch vorzeitige Verlängerung des Pachtvertrages flankiert werden. Bei der Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist sie ganz wesentlich davon abhängig, ob es gelingt, die Betrauung der DKB nach der EU VO 1370 ab 2018 umzusetzen und eine dauerhafte Refinanzierung der Verlust generierenden Erbringung von Verkehrsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr im Rahmen der Daseinsvorsorge sicher zu stellen.

Für die DKB gilt weiterhin: das Wegbrechen öffentlicher Ausgleichzahlungen für Verbund- und Investitionsförderung sowie das Fortbrechen öffentlicher Ausgleichzahlungen für die Beförderungen von Schülern und/oder Schwerbehinderten stellt für die Ertragslage ein wesentliches Risiko dar. Durch die Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wurden die Investitionszuschüsse pauschaliert. Eine weitere Zuwendung erhält die Gesellschaft über den Verkehrsverbund für das Tarifangebot „Mobilticket“. Diese Zuwendung ist wesentlich für die Wirtschaftlichkeit des Angebotes und ein Wegfall der Zuwendung gefährdet die Ertragslage, sofern das Tarifangebot aufrechterhalten wird. Verbundintern besteht weiterhin ein Risiko im Bereich der Einnahmenaufteilung. Diese erfolgt auf Zählungen / Teilerhebungen, ergänzt durch buchhalterische Verfahren, die im Anschluss oft mehrjährig fortgeschrieben werden. Tatsächliche Veränderungen der Vertriebstätigkeit und Nachfrageverschiebungen bei einzelnen Unternehmen können dadurch u.U. erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Zählungen festgestellt werden und müssen mehrjährig kumuliert unter den Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Insbesondere sei hier auf die

fehlende Einstimmigkeit zur Einnahmenaufteilung im VRS für die Jahre ab 2009 hingewiesen. Die DKB bildet hier nach Kenntnislage entsprechende Rückstellungen. Mit dem AVV werden Verhandlungen dahingehend geführt, wie die Risikokumulation bei den Verkehrsunternehmen zukünftig verhindert oder abgemildert werden kann. Im Rahmen einer angedachten Zusammenlegung der Verkehrsverbände in NRW steht auch die Überlegung, den AVV und den VRS zu einem Verkehrsverbund zusammen zu fassen oder die Zusammenarbeit als „Tarifverbund Rheinland“ zu intensivieren. Zum 01.01.2015 ist der „Tarifverbund Rheinland (TVR)“ in Kraft getreten. Er umfasst das gesamte Tarifsortiment einschließlich JobTicket in AVV und VRS. Es besteht ein Risiko, dass durch neue Tarifbildung (Angebotsanpassungen und Durchtarifierungen) eventuell auftretende tarifliche Mindererlöse oder Durchtarifierungsverluste nicht verhindert oder ausgeglichen werden können.

Im Bereich des operativen Geschäfts ist die Gesellschaft über den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen – eine Versicherung auf Gegenseitigkeit – versichert. Risiko besteht hier insofern für den Fall eines durch ein Mitglied verschuldeten Großschadensereignisses, das die Höchsthaftungsgrenzen des Versicherungsverbandes (seit März 2012 = 50 Mio. Euro je Schadenereignis) übersteigt.

Die Liquiditätslage der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH ist durchgehend angespannt. Maßnahmen im Bereich der überbrückenden Kreditbeschaffung und der Anlagenbewirtschaftung (wie dem Verkauf von nicht betriebsnotwendigen Grundstücken) sind weiterhin wo möglich erforderlich. Die Vermögenslage der Gesellschaft erlaubt es ihr derzeit, über einen angemessenen Kreditrahmen zu verfügen. Die RWE-Aktien stellen weiterhin in den Finanzanlagen einen der wesentlichsten Vermögensbestandteile. Ein weiterer Kursverfall der RWE-Aktien verbunden mit einer Minderung der Dividendenausschüttung stellt für die Gesellschaft einen wesentlichen Risikofaktor für die Vermögens- und Ertragslage, für die Liquidität und die Kreditbesicherung dar. Insofern trifft die Gesellschaft das allgemeine Kursrisiko des Aktienmarktes wesentlich. In Verbindung mit dem Gesellschafter werden hierzu derzeit Konzepte zur alternativen Sicherstellung des Ausgleichs der – insbesondere durch die ÖPNV-Leistungen – eintretenden Defizite erarbeitet.

Neben den Beteiligungserträgen aus der Ergebnisausschüttung ist die Rurtalbahn GmbH (frühere Abteilung Schiene) als Mieter der Eisenbahnstrecken, Werkstatt- und Betriebsgelände einer der umsatzstärksten Kunden der Gesellschaft. Ein Wegfall der Geschäftsbeziehungen mit der Rurtalbahn GmbH würde zumindest mittelfristig die Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Im Vorgriff auf die Verschmelzung mit der ACI GmbH wurde im Vorjahr das Eigentum an einem Grundstück in Aldenhoven, auf dem eine Filmautobahn steht, auf die Gesellschaft übertragen. Diesbezüglich besteht ein Pachtvertrag mit der FTL GmbH. Nachdem mit der FTL GmbH die Vertrags- und Darlehensbeziehungen neu geordnet sind, haben sich dortseits keine Zahlungsverzögerungen ergeben. Ein Risiko besteht jedoch bei einer negativen Nachfrageentwicklung im Bereich der Fernseh- und Filmproduktionen.

Für die Tochtergesellschaft ATC zeigt sich in den ersten Betriebsjahren eine positive Geschäftsentwicklung. Risiken bestehen in der Nachfrageentwicklung nach Forschungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich der Automobilindustrie.

Für die Ertragslage der Tochtergesellschaft GIS ist es von Bedeutung, dass sie auf Grund ihrer besonderen Eignung und kommunalen Nähe auch in den Folgejahren mit der Begleitung von

Bauprojekten beauftragt wird. Weitere Beauftragungen der GIS, in bereits praktizierter Form durch den Bau von kommunalen Gebäuden, befinden sich in der Akquise.

Im Bereich der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung ist es von besonderer Bedeutung, dass die der Firmierung zu entnehmende soziale Aufgabenstellung auch zukünftig bundes- und landespolitisch gefördert und erhalten wird. Das insgesamt von der DGA erbrachte Leistungsspektrum im Rahmen der sozialen Arbeitsförderung und -eingliederung ist ein Betätigungsfeld, das langfristig auf Eigenwirtschaftlichkeit ausgerichtet ist.

Die Mehrzahl der von der Gesellschaft aufgenommenen Finanzierungsdarlehen läuft mittel- bis langfristig. Die Entwicklung des Zinsmarktes stellt insofern ein direktes Risiko im Bereich der Kontokorrentmittel und mittel- bis langfristig im Bereich der Investitionsdarlehen dar. Teilweise kann dem entgegen gesteuert werden durch den neuen Abschluss langfristiger Darlehen im Zuge der derzeitigen guten Zinslage und der Bindung der Refinanzierung an die Zinsentwicklung (z.B. Finanzierung der SPNV-Fahrzeuge).

Die Geschäftsführung sieht folgende Chancen im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Unternehmens.

Mit der Rurtalbahn GmbH konnte bereits im Vorgriff eine wesentliche Verlängerung der Pachtvertragslaufzeit vereinbart werden. Dies garantiert eine langfristig gesicherte kostendeckende Pachteinnahme für die Gesellschaft und gibt dem Tochterunternehmen entsprechende Sicherheit bei der langfristigen Planung im Investitions- und Angebotsbereich.

Durch die Planungen der Umfinanzierung der ÖPNV-Kosten im Kreisgebiet Düren soll eine Finanzierung in direkter Form über die AVV-Umlage durch den Aufgabenträger erfolgen. Dies würde die negative Wirkung auf die Gesellschaft aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der DKB ganz erheblich entlasten.

Die Gesellschaft führt derzeit Gespräche mit weiteren Gesellschaften im Konzern Kreis Düren bezüglich der Erbringung von Geschäftsbesorgungsleistungen im Bereich der Finanzbuchhaltung.

Die Gesellschaft hat in Folge der besonderen Förderung regenerativer Energien ihre Investitionstätigkeit in ihre Tochtergesellschaft **RURENERGIE** GmbH und in geringerem Umfang auch in ihre Beteiligung an der GREEN GmbH verstärkt. Mittelfristig werden auf Grund der dort umgesetzten Projekte Renditen und Rückführungen erwartet.

Gesamtaussage

Maßgeblich für die Entwicklung der Gesellschaft ist neben der Teilrefinanzierung durch den Betrieb der operativen Gesellschaften, die z.B. im Bereich des ÖPNV nur bedingt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst wird und im Bereich der regenerativen Energien abhängig von bundespolitischen Zielsetzungen ist, die grundsätzliche Bereitschaft und Mittelausstattung durch die öffentliche Hand zur Wahrnehmung, zur Verbesserung und zum Ausbau der kommunalen Aufgaben im Bereich der Daseinsfürsorge für Maßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung von schwervermittelbaren Arbeitssuchenden, der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Düren.

Beteiligungen des Unternehmen

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

1)	ATC Automotive Testing Center of RWTH Aachen University GmbH	siehe Seite	279
2)	Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)	siehe Seite	293
3)	Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)	siehe Seite	305
4)	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschafts für Verkehrsunternehmen mbH (beka)	siehe Seite	317
5)	EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH	Siehe Seite	325
6)	Freizeitbad Kreuzau GmbH	siehe Seite	351
7)	Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)	siehe Seite	363
8)	GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	siehe Seite	377
9)	regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH	siehe Seite	403
10)	RURENERGIE GmbH	siehe Seite	417
11)	Rurtalbahn GmbH	siehe Seite	429
12)	Rurtalbus GmbH	siehe Seite	445
13)	Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	siehe Seite	455
14)	Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH	siehe Seite	467

**Dürener Deponiegesellschaft
mbH****Dürener Deponiegesellschaft
mbH (DDG)**

Pfarrer Pleus Str. 46
 52393 Hürtgenwald
 Telefon: 02429/9494-0
 Telefax: 02429/9494-25
 E-Mail: info@ddg-mbh.de
 Homepage: www.ddg-mbh.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung von Aufgaben der Abfallentsorgung, die der Kreis Düren auf die Gesellschaft übertragen hat oder übertragen wird oder die mit Zustimmung des Kreises Düren von dritten Auftraggebern auf die Gesellschaft übertragen werden.

Der eingeschränkte Betrieb der Deponie seit dem 01.01.2005 führt zu einem Wegfall der wesentlichen Aufgaben der DDG. zudem hat der Kreis Düren wesentliche Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft ab dem 01.01.2005 auf den Zweckverband Entsorgungsregion (ZEW) West übertragen. Die Gesellschaft hat seit dem 01.01.2005 ihre Schwerpunkte auf die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horm verlagert.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer berufen, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten, soweit nicht durch Beschluss der Gesellschafterversammlung Geschäftsführern die Berechtigung zur Alleinvertretung eingeräumt wird.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung und entscheidet insbesondere über

1. die Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages bestimmten Geschäfte,
2. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufgestellten Unternehmensplans,
3. Erlass und Änderung der Geschäftsordnung mit Geschäftsverteilung für die Geschäftsführung.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung beschließt über folgende Angelegenheiten:

1. Zustimmung zu den in § 5 Abs. 2 letzter Satz des Gesell-

- schaftsvertrages bestimmten Geschäfte, ferner die Erteilung von Weisungen an die Geschäftsführung;
2. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
 3. Wahl des Abschlussprüfers;
 4. Feststellung des Jahresabschlusses und Gewinnverwendung;
 5. Kapitalerhöhung;
 6. Auflösung oder Teilauflösung von Rücklagen;
 7. Übertragung und sonstige Verfügung über einen Geschäftsanteil;
 8. Änderung der Rechtsform des Unternehmens,
 9. Veräußerung des Unternehmens im Ganzen;
 10. Verschmelzung des Unternehmens mit einem anderen Unternehmen;
 11. Auflösung der Gesellschaft;
 12. Änderung und Ergänzung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Gesellschafterrat: Neben der Gesellschafterversammlung besteht ein Gesellschafterrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaften entsandt werden. Seitens des Kreises Düren wurden die Mitglieder des Kreisausschusses und der Landrat benannt.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Jamrozy, Dieter Steins, Hans Martin	Jüchen Kreis Düren	Dezernent	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	3 Sitze 4 Sitze		33,33 % 57,57 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Gesellschafter sind in der Gesellschafter- versammlung durch einen von ihnen schrift- lich benannten Vertreter vertreten.	1 Stimme	je 1.000,00 € Stammkapital	

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	von Laufenberg, Reiner Szadkowski, Heike Spelthahn, Wolfgang stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Beyß, Georg beratendes Mitglied Hürtgen, Dirk beratendes Mitglied Clemens, Gerhard kooptiertes Mitglied Hohn, Astrid kooptiertes Mitglied Metz, Gudula kooptiertes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Landrat Kreisdirektor Kreiskämmerer Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Sachkundige Bürgerin
Gesellschafter- versammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafterrat:	Braumüller, Heinz-Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Dohmen, Hans Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Natus-Can, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Bozkir, Sandra	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Oetjen, Hans Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Strack, Birgit	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Hohn, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
Voß, Bruno	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Hintzen, Michael	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Veithen, Valentin	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000,00 €	

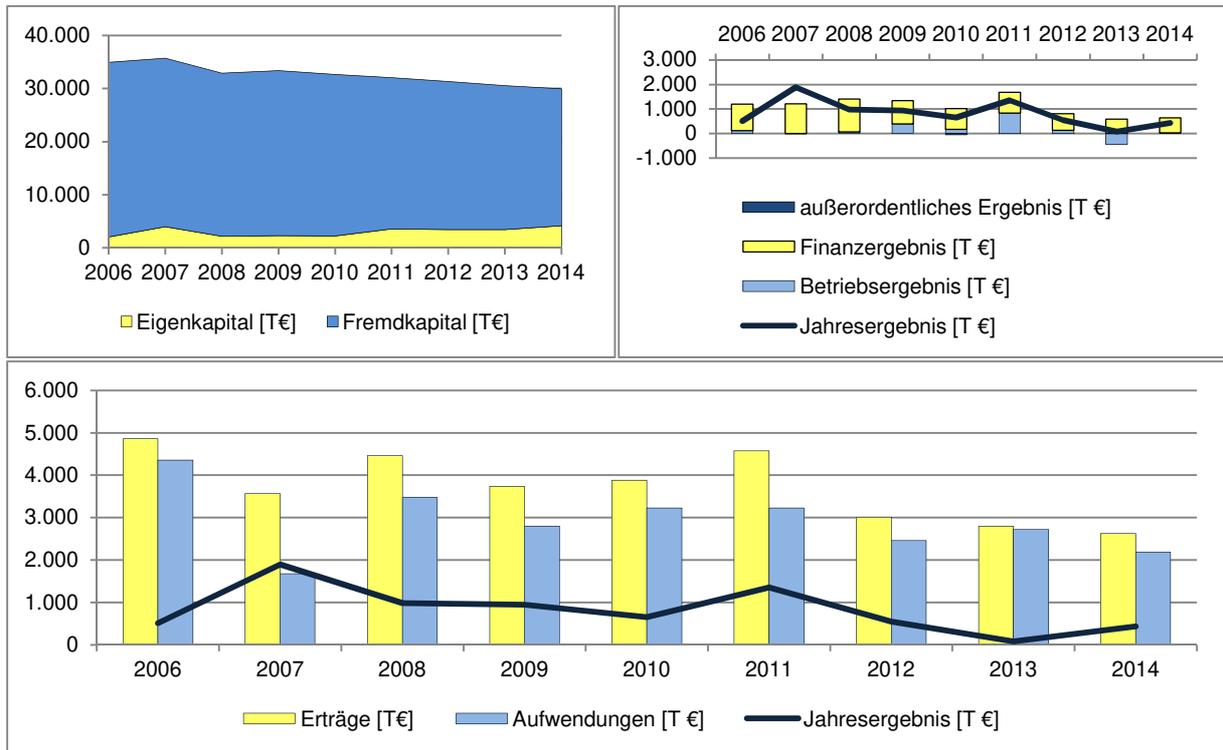
Gesellschafter:	direkter Anteil ab 02.03.2009	Anteil in % ab 02.03.2009
Kreis Düren (durch Sacheinlage)	251.000,00 €	25,1%
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	749.000,00 €	74,9%

Die Sacheinlage wurde durch die Abtretung von Ansprüchen aus der Überlassung von unbeweglichen Deponievermögen erbracht.

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1.292.146,47 €	678.789,87 €	583.969,25 €	-94.820,62 €	-13,97%
II. Finanzanlagen	8.800.000,00 €	26.800.000,00 €	21.600.000,00 €	-5.200.000,00 €	-19,40%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €	0,00 €	0,00%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	479.798,00 €	1.053.050,64 €	880.668,51 €	-172.382,13 €	-16,37%
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	20.731.422,64 €	2.011.085,67 €	6.856.811,13 €	4.845.725,46 €	240,95%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	533,30 €	533,30 €	574,54 €	41,24 €	7,73%
Summe Aktiva	31.306.400,41 €	30.545.959,48 €	29.924.523,43 €	-621.436,05 €	-2,03%
Passiva					
A. Eigenkapital					

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	0,00 €	2.381.676,64 €	2.721.529,19 €	339.852,55 €	14,27%
III. Gewinnvortrag	1.906.793,74 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
IV. Jahresüberschuss	549.379,83 €	78.509,85 €	435.222,91 €	356.713,06 €	454,35%
B. Rückstellungen	20.345.602,46 €	18.852.961,46 €	17.593.639,05 €	-1.259.322,41 €	-6,68%
C. Verbindlichkeiten	7.504.624,38 €	8.232.811,53 €	8.174.132,28 €	-58.679,25 €	-0,71%
Summe Passiva	31.306.400,41 €	30.545.959,48 €	29.924.523,43 €	-621.436,05 €	-2,03%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.004.548,32 €	643.664,79 €	275.918,12 €	-367.746,67 €	-57,13%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.303.792,77 €	1.561.146,32 €	1.740.034,28 €	178.887,96 €	11,46%
3. Materialaufwand	321.268,59 €	399.619,06 €	368.648,33 €	-30.970,73 €	-7,75%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	320.658,05 €	326.970,18 €	326.759,29 €	-210,89 €	-0,06%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	71.701,24 €	82.018,95 €	74.426,18 €	-7.592,77 €	-9,26%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	563.214,74 €	835.243,06 €	269.469,15 €	-565.773,91 €	-67,74%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	900.246,55 €	995.352,11 €	951.631,50 €	-43.720,61 €	-4,39%
Betriebsergebnis	131.251,92 €	-434.392,25 €	25.017,95 €	459.410,20 €	-105,76%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	697.110,19 €	596.716,32 €	610.828,52 €	14.112,20 €	2,36%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	14.109,45 €	9.224,55 €	598,00 €	-8.626,55 €	-93,52%
Finanzergebnis	683.000,74 €	587.491,77 €	610.230,52 €	22.738,75 €	3,87%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	814.252,66 €	153.099,52 €	635.248,47 €	482.148,95 €	314,93%
11. außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	261.342,70 €	261.342,70 €	-
12. außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	256.354,00 €	65.080,63 €	195.703,49 €	130.622,86 €	200,71%
14. Sonstige Steuern	8.518,83 €	9.509,04 €	4.322,07 €	-5.186,97 €	-54,55%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	549.379,83 €	78.509,85 €	435.222,91 €	356.713,06 €	454,35%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	6,8	6,8	6,8

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2014 eine Netto-Dividende i.H.v. 2.744,19 € erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH führt im Kreis Düren Aufgaben der Abfallentsorgung aus. Hierzu hat der Kreis Düren als entsorgungspflichtige Körperschaft der DDG auf Basis einer Rahmenvereinbarung vom 30. September 1994 und dazugehörigen Einzelverträgen Aufgaben der Abfallentsorgung übertragen:

- Einrichtung, Betrieb, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Horn
- Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Inden und Stetternich

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Im Dezember 2010 erhielt die DDG von der Bezirksregierung Köln die endgültige Genehmigung zur Durchführung von Stilllegungsmaßnahmen auf der Deponie Horn.

Im Rahmen der Stilllegungsphase wurde die Herstellung eines Grundwassersicherungsbauwerkes mit Deponieersatzbaustoffen (Abfälle zur Verwertung) in einer Größenordnung von ca. 500.000 m² abgeschlossen. Somit konnte der Deponiekörper so gesichert werden, dass eine Reduzierung der Sumpfungmaßnahmen ermöglicht wurde.

Im März 2014 reichte der Kreis Düren einen Antrag zur Herstellung eines einheitlichen Gefälles der Deponieoberfläche bei der Bezirksregierung Köln ein. Diesem Antrag wurde mit Zustimmungsbescheid vom 19.08.2014 stattgegeben. In der Umsetzung des Bescheides können weitere ca. 385.000 m³ mit Deponieersatzbaustoffen verfüllt werden.

Das von der Bezirksregierung Köln geforderte Grund- und Sickerwassermonitoring, welches sich über einen Zeitraum von 4 Jahren erstreckt, wurde in 2014 weitergeführt. Die Grundwasserstände, die Grundwasserbeschaffenheit und die Beschaffenheit des Sickerwassers im zentralen Pumpenschacht werden der Bezirksregierung in regelmäßigen Abständen gemeldet.

Besondere Ereignisse im Geschäftsjahr

Ausweislich zweier Klageschriften vom 27.12.2013 und 11.01.2014 begehrten zwei Verkäufer von Teilgrundstücken der heutigen Deponie Inden aus den 1992 notariell geschlossenen Grundstückskaufverträgen nachträgliche Wertausgleichszahlungen von insgesamt T€ 208. Die Kläger beriefen sich auf eine vertragliche Regelung, wonach ein Wertausgleich durch die DDG zu leisten ist, wenn die Deponiegrundstücke innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren ab dem Zeitpunkt des Verkaufs einer Nutzung als Industrie- oder Gewerbeflächen zugeführt werden. Diese Anspruchsgrundlage war aus Sicht der Grundstücksverkäufer durch die heutige Nutzung der relevanten Flächen für Zwecke der Photovoltaikanlage „Solarpark Inden“ erfüllt.

Mit Urteil vom 11.09.2014 wies das Landgericht Aachen die Klagen ab. Beide Kläger gingen in Berufung. Mit Beschluss vom 26.11.2014 und 28.11.2014 stellte das Oberlandesgericht Köln fest, dass die Verfahren durch Zurücknahme der Berufung zu Gunsten der DDG beendet sind. Die Kläger tragen die Kosten der Verfahren.

Lage

Ertragslage

Die DDG erzielt ihre Umsatzerlöse aus dem von dem Kreis Düren beauftragten Betrieb der Deponie Horm. Mit der Verlagerung des Tätigkeitsschwerpunktes der DDG auf Nachsorge und Rekultivierung findet dieser Betrieb allerdings im Vergleich zur Deponiephase in einem weit geringeren Umfang statt. Er beschränkt sich im Wesentlichen auf die Annahme und den Einbau mineralischer Abfälle.

Die Aufwendungen aus der Rekultivierung und Nachsorge werden durch den Verbrauch der hierfür gebildeten Rückstellungen gedeckt.

Die Kosten des Betriebes werden seit dem 01. Januar 2014 von der Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen, übernommen.

Die folgende Tabelle stellt die Mengen und Umsätze für 2014 und 2013 dar:

	2014		2013	
	Menge t	Umsatz T€	Menge t	Umsatz T€
Nachkalkulation		-176		-21

Gewerbeabfall	106.079	452	159.391	665
Gesamt operatives Geschäft	106.079	276	159.391	644

Das Betriebsergebnis beträgt T€ 23 (Vorjahr: T€ 84). Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von T€ 610 (Vorjahr: T€ 588), dem neutralen Ergebnis von T€ 260 (Vorjahr: T€ - 528) und dem Steueraufwand in Höhe von T€ 196 (Vorjahr: T€ 65) erzielt die Gesellschaft in 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 697 (Vorjahr: T€ 79).

Finanzlage

Die DDG ist der Verpflichtung nachgekommen, während der Verfüllungszeit der Deponie Horm, Mittel für die Rekultivierung und Nachsorge anzusammeln. Die Ansammlung von Mitteln und die Bildung von Rückstellungen bis Ende 2004 erfolgte entsprechend dem Beschluss des Kreistages aus 2002 im Umfang von ursprünglich 32 Mio. €. Zum Bilanzstichtag werden die Rückstellungen, unter Berücksichtigung des Verbrauchs in 2014 und Vorjahren, mit T€ 17.554 ausgewiesen. Entsprechend dem Gutachten vom 19. Juli 2011 zur Kostenermittlung für einen Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2041, werden die Rückstellungen voraussichtlich nicht ausreichen, um alle künftigen Aufwendungen für Nachsorge und Rekultivierung zu decken. Die über die gebildeten Rückstellungen hinausgehenden Aufwendungen sind aufgrund der vertraglichen Regelungen durch den Kreis Düren zu tragen.

Die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel zeigt folgende Übersicht:

Liquide Mittel am Jahresanfang	T€	2.011
Mittelzufluss/-abfluss aus		
Geschäftstätigkeit	T€	-179
Investitionstätigkeit	T€	+5.025
Finanzierungstätigkeit	T€	±0
Liquide Mittel am Jahresende	T€	6.857

Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt T€ 618 verringert. Die Anlagendeckung beträgt 18,74 % (Vorjahr: 12,59 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 13,89 % (Vorjahr: 11,33 %).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Prognosebericht

Nach Abschluss des Grundwassersicherungsbauwerkes wird in 2015 mit der Herstellung eines einheitlichen Gefälles der Deponieoberfläche begonnen.

Für 2015 wird ausweislich der Unternehmensplanung mit einem Ergebnis vor Steuern von T€ 1.388 gerechnet.

Chancen- und Risikobericht

Chancenbericht

Im Frühjahr 2012 wurden von der DDG erste Überlegungen zum Weiterbetrieb der Deponie Horm im Aufsichtsrat diskutiert. Nach einem weiteren Zwischenbericht im Aufsichtsrat, erhielt die Geschäftsführung den Auftrag, die Planungen zum Weiterbetrieb weiterzuführen.

Eine vom Planungsbüro Umtec, Aachen, erstellte Machbarkeitsstudie wurde im Oktober 2012 der Bezirksregierung Köln vorgestellt. Nach Abschluss der Genehmigungsplanung wurde im Dezember 2014 ein Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung Köln eingereicht.

Risikobericht

Aufgrund der seit Jahren stark rückläufigen Zinserträge am Kapitalmarkt führt das auch für die DDG dazu, dass die Zinserträge nicht mehr in dem Maße am Markt zu realisieren sind, wie es ursprünglich von der Geschäftsführung geplant wurde. Dies wird langfristig dazu führen, dass die für Rekultivierung und Nachsorge angesparten Gelder eher als geplant aufgezehrt sein werden. Dieses Risiko liegt aufgrund der vertraglichen Regelungen jedoch nicht bei der DDG sondern beim Kreis Düren als Auftraggeber.

Gesamtaussage

Sollte der Genehmigungsantrag zum Weiterbetrieb einer Deponie auf Deponie von der Bezirksregierung positiv beschieden werden, so könnte dieser noch für einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren als gesichert angesehen werden. Wird dies nicht der Fall sein, bestehen die Aufgaben der DDG weiterhin in der Nachsorge und Rekultivierung der Deponie Horm.

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Risikomanagement

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen, eingebunden. Dieses Risikomanagementsystem besteht im Wesentlichen aus den folgenden Bausteinen: Mittelfristplanung mit fünfjährigem Planungshorizont, monatliches Berichtswesen, institutionalisierte Gesprächsrunden und Prüfung durch die interne Revision. Ergänzt werden diese Bausteine durch die quartalsweise Aktualisierung der Risikolandschaft (Risikoatlas).

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Deponiegesellschaft mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.


indeland
**Entwicklungsgesellschaft
indeland GmbH**

 Bismarckstr. 16
 52351 Düren
 Telefon: 02421/22-2752
 Telefax: 02421/22-2017
 E-Mail: j.broeker@kreis-dueren.de
 Homepage: www.indeland.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

- 1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- 2) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.
- 3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der in vorstehenden Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigten Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in Abs. 2 genannten steuerbegünstigten Zwecken dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

- 4) Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch
 - die konzeptionellen Arbeiten i.S. des erstellten Masterplans fortsetzen und weiterentwickeln;
 - die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren unterstützen;
 - an Maßnahmen zur Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein

Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen gemeinschaftlich oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter entsendet drei Mitglieder in den Aufsichtsrat. Die Gesellschafterversammlung kann die Aufnahme weiterer Mitglieder, als beratende Mitglieder, beschließen und diese benennen. Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit im Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nicht anders bestimmt ist.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
2. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
4. die Wahl des Abschlussprüfers,
5. die Pflicht zur Abtretung, zur Belastung und zur Teilung von Geschäftsanteilen,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen, welche der Gesellschaft aus der Gründung und/oder der Geschäftsführung gegen Geschäftsführer oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen einen Geschäftsführer zu führen hat,
7. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung und die Festsetzung ihrer Anstellungsbedingungen; das Gleiche gilt auch für Prokuristen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Bröker, Jens	Düren	seit 01.05.2012	
	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	bis 31.08.2013	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	3 Sitze		12,5 %
	Stadt Eschweiler	3 Sitze		12,5 %
	Stadt Jülich	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Aldenhoven	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Merzenich	3 Sitze		12,5 %
	Stadt Linnich	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Langerwehe	3 Sitze		12,5 %
	Gemeinde Niederzier	3 Sitze		12,5 %

**Gesellschafter-
versammlung:**

Je 50 € Stammkapital haben die Gesellschafter einer Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

1 Stimme

je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Spelthahn, Wolfgang
Schavier, Karl
Schmitz, Josef-Johann

Kreis Düren Landrat
Kreis Düren Kreistagsabgeordneter
Kreis Düren Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Spelthahn, Wolfgang

Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

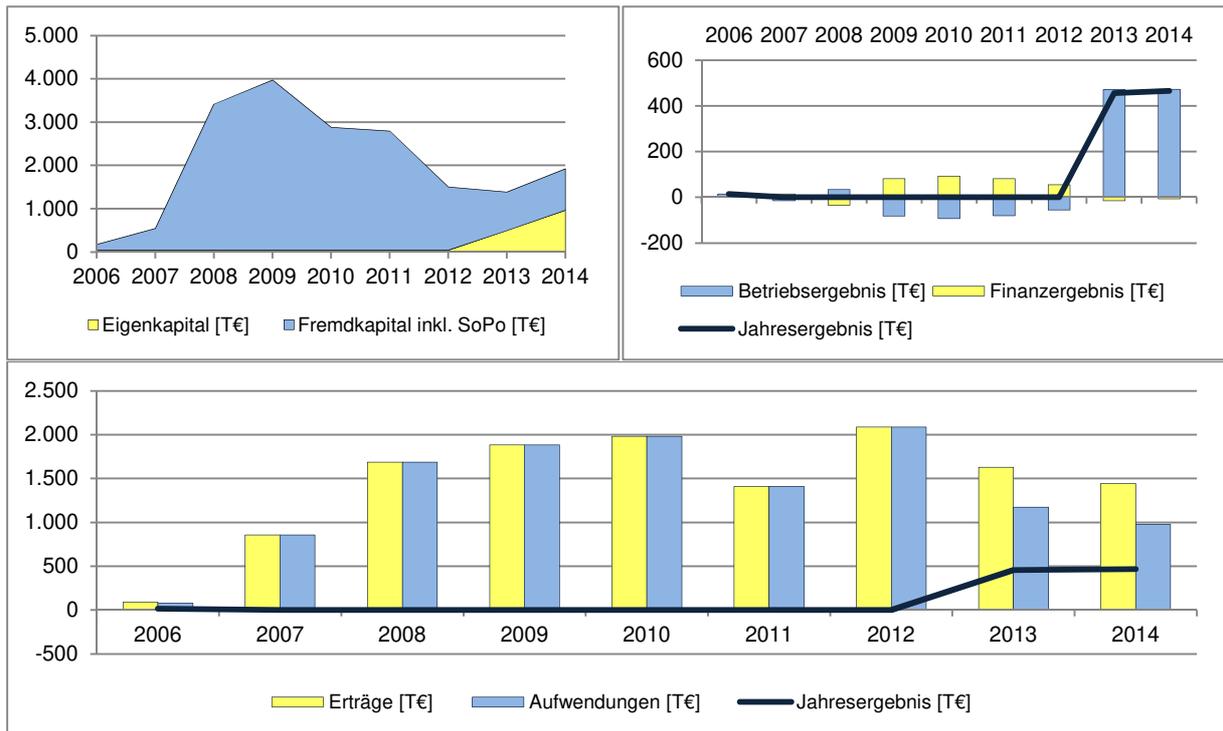
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	9.250,00 €	37,0 %
Stadt Eschweiler	2.250,00 €	9 %
Stadt Jülich	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Aldenhoven	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Inden	2.250,00 €	9 %
Stadt Linnich	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Langerwehe	2.250,00 €	9 %
Gemeinde Niederzier	2.250,00 €	9 %

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
<u>Aktiva</u>					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	19.026,00 €	8.709,00 €	2.745,00 €	-5.964,00 €	-68,48%
II. Sachanlagen	3.216,00 €	5.117,00 €	4.528,00 €	-589,00 €	-11,51%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte (geleistete Anzahlungen)	0,00 €	0,00 €	33.600,00 €	33.600,00 €	-
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	25.644,54 €	115.106,42 €	94.648,81 €	-20.457,61 €	-17,77%
III. Kassenbestand	1.451.118,77 €	42.542,78 €	655.841,33 €	613.298,55 €	1441,60%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.490,77 €	1.214.278,04 €	1.128.522,80 €	-85.755,24 €	-7,06%
Summe Aktiva	1.500.496,08 €	1.385.753,24 €	1.919.885,94 €	534.132,70 €	38,54%

Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnrücklage	0,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnvortrag	14.210,64 €	0,00 €	444.742,53 €	444.742,53 €	-
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
IV. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	465.995,89 €	465.995,89 €	-
V. Bilanzgewinn	0,00 €	444.742,53 €	0,00 €	-444.742,53 €	-100,00%
B. Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum An- lagevermögen	11.007,40 €	6.572,60 €	3.627,20 €	-2.945,40 €	-44,81%
C. Rückstellungen	51.590,58 €	65.233,47 €	52.760,08 €	-12.473,39 €	-19,12%
D. Verbindlichkeiten	1.398.687,46 €	819.205,04 €	542.760,24 €	-276.444,80 €	-33,75%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	360.000,00 €	360.000,00 €	-
Summe Passiva	1.500.496,08 €	1.385.753,64 €	1.919.885,94 €	534.132,30 €	38,54%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Verände- rung in €	Verände- rung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	1.981.659,71 €	1.618.223,78 €	1.443.240,56 €	-174.983,22 €	-10,81%
2. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	114.480,91 €	242.260,93 €	274.370,09 €	32.109,16 €	13,25%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	14.025,61 €	40.340,88 €	46.456,82 €	6.115,94 €	15,16%
3. Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	16.094,50 €	14.121,77 €	7.731,52 €	-6.390,25 €	-45,25%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.893.073,38 €	850.815,11 €	641.898,37 €	-208.916,74 €	-24,55%
Betriebsergebnis	-56.014,69 €	470.685,09 €	472.783,76 €	2.098,67 €	0,45%
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	104.713,64 €	10.321,23 €	768,51 €	-9.552,72 €	-92,55%
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	49.077,84 €	25.211,88 €	7.209,17 €	-18.002,71 €	-71,41%
Finanzergebnis	55.635,80 €	-14.890,65 €	-6.440,66 €	8.449,99 €	-56,75%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-378,89 €	455.794,44 €	466.343,10 €	10.548,66 €	2,31%
9. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	0,00 €	262,55 €	0,00 €	-262,55 €	-100,00%
10. sonstige Steuern	-378,89 €	0,00 €	347,21 €	347,21 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	455.531,89 €	465.995,89 €	10.464,00 €	2,30%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	1,5	4,5	9

Verbindungen zum Kreishaushalt

Für das Geschäftsjahr 2014 leistete der Kreis Düren ein Gesellschafterbeitrag i.H.v. 50.700,00 € (Mitfinanzierung laufender Geschäfts- Kommunikation- und Planungskosten, Verwaltungskostenzuschuss). Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH erstattete in 2014 einen Betrag i.H.v. insgesamt 29.004,58 € für entstandene Sach- und Personalkosten an den Kreis Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens Geschäftsmodell des Unternehmens Firma, Rechtsform, Handelsregister

Die Firma der Gesellschaft lautet "Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH". Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und im Handelsregister beim Amtsgericht Düren unter der Nummer HRB 5025 eingetragen.

Gesellschaftssitz

Der Sitz der Gesellschaft ist in 52351 Düren, Bismarckstraße 16.

Gegenstand

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des

Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Umwelt- und Landschaftsschutz sowie der Jugendhilfe und des Sports im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Beschaffung von Mitteln für andere gemeinnützige Körperschaften, die die Förderung der vorgenannten steuerbegünstigten Zwecke verfolgen, und für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 58 Nr. 1 AO) im Bereich und Umfeld des Tagebaus Inden verwirklicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft auch eigene Projekte, die unmittelbar und ausschließlich den in § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages genannten steuerbegünstigten Zwecke dienen, durchführen, damit der Bereich und das Umfeld des Tagebaus Inden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Dies soll insbesondere durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Publikationen geschehen.

Um sicher zu stellen, dass die vorstehend beschriebenen steuerbegünstigten Zwecke auch im weiteren Planungsverlauf Berücksichtigung finden, soll die Gesellschaft auch

- konzeptionelle Arbeiten i.S. des erstellten Masterplanes fortsetzen und weiterentwickeln;
- die Gesellschafter in dem beantragten Braunkohlenplanänderungsverfahren bzw. dessen Umsetzung unterstützen;
- an Maßnahmen zum Standortmarketing und zur Akquisition von Investoren sowie zur Beratung und Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen mitwirken.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Organe

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag vom 14.08.2006 (URNr. 0280 für 2006 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) wurde geändert am 23.06.2010 (URNr. 1308 für 2010/M des Notars Dr. Hagen Monath in Düren) und erneut geändert am 21.03.2013 (URNr. 915 für 2013 des Notars Dr. Hagen Monath in Düren).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingen

Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH ist durch ihre Gemeinnützigkeit nicht so abhängig von volks- und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, da ihr Unternehmenszweck in der Erfüllung der gemeinnützigen Ziele und nicht in der Gewinnerlangung liegt.

Einige Entwicklungstendenzen seien aber punktuell benannt, da sie auch Auswirkungen auf Inhalte und Ziele der Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH haben können:

- Im Berichtsjahr hat sich die Weltwirtschaft noch nicht vollständig erholt. Sie legte um 2,6 Prozent zu, obwohl Ökonomen von 2,8 Prozent ausgegangen waren. Von der Erholung auf den Arbeitsmärkten und der lockeren Geldpolitik der Notenbanken profitierten besonders die USA und Großbritannien, während es in der Euro-Zone und Japan nur zögerlich voranging. Durch die Wirtschaftssanktionen des Westens gegenüber Russland aufgrund der Besetzung der Krimhalbinsel und des militärischen Konflikts in der Ostukraine wurde vor allem die exportorientierte deutsche Wirtschaft getroffen. Der scharfe Rückgang der Ölpreise seit Mitte 2014 hat der Weltwirtschaft zwar einen Schub verliehen, das Wachstum in den Öl exportierenden Ländern aber zugleich abgeschwächt. Flankiert wurde diese Problematik in Deutschland durch weiterhin sinkende Renditen der Stromerzeuger, vor allem auf der Basis von Braunkohle. Davon betroffen ist in starkem Maße das Rheinische Braunkohlerevier mit seinem Kern des indelandes. Dies führte - auch in Kombination mit der Problematik des CO²-Ausstosses bei der Verstromung von Braunkohle - bereits dazu, dass der benachbarte Tagebau Garzweiler möglicherweise früher als geplant geschlossen wird. Dies birgt die Gefahr eines frühzeitigen Rückzugs des Bergbautreibenden aus der Region.
 - Im Jahr 2014 waren nach ersten vorläufigen Berechnungen in Deutschland Rund 42,7 Millionen Menschen erwerbstätig, 371.000 oder 0,9 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich der seit 2006 anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit in Deutschland weiter fort. Gleichzeitig erreichte 2014 die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im achten Jahr in Folge einen neuen Höchststand.
 - Das indeland liegt in der Arbeitsmarktregion Aachen. Die Arbeitslosenquote Ende Dezember 2014 war gegenüber Ende Dezember 2013 relativ stabil und verbesserte sich lediglich um 0,33 %.
 - Die Jahresteuerrate sank in 2014 weiter auf 0,9% gegenüber dem Vorjahr. Diese geringe Inflation war vor allem dem weiteren Rückgang der Preise für Mineralölprodukte geschuldet.
 - Die weiterhin expansive Geldpolitik sorgte dafür, dass die Leitzinsen in 2014 noch mehr gesunken sind. So wurde im Laufe von 2014 der Leitzins durch die EZB in zwei Stufen von 0,25 % auf 0,05 % gesenkt. Für investive Maßnahmen des Strukturwandels im Indeland wären dies momentan aus finanzieller Sicht günstige Konditionen.
 - Insgesamt werden die Aussichten für die deutsche Konjunktur im internationalen Vergleich als positiv angesehen. So werden je nach Quelle Wachstumsraten zwischen 1% und 1,9% erwartet. Dies dürfte zu einer weiteren Verbesserung im Bereich der Arbeitslosigkeit und der Öffentlichen Finanzen führen.

Geschäftsverlauf

Wie in den Vorjahren auch, befindet sich die Gesellschaft mit Herrn Jens Bröker unter der Führung eines alleine verantwortlichen Geschäftsführers.

In 2014 wurde die letzte entwicklungsrelevante Maßnahme der EuRegionale 2008-Projekte am Blausteinsee in Stadt Eschweiler abgeschlossen und schlussgerechnet. .

Die Planungsarbeiten zum Rahmenplan - Zwischennutzungskonzept - für die Rekultivierung nach Ende der bergbaulichen Tätigkeit wurden auf einer Anrainerkonferenz der interessierten Öffentlichkeit durch das beauftragte Planungsbüro vorgestellt. Vorgestellt wurden Gestaltungs-

optionen sowie eine Zeitschiene bis hin zu einem möglichen Endzustand des Restsees Inden. Parallel wurden auch die Arbeiten am Masterplan für das gesamte indeland weiter geführt. In einem iterativen Entwicklungsprozess wurde der Masterplan zusammen mit dem Planungsbüro und Vertretern aus Gesellschafterkommunen sowie dem Bergbautreibenden so weit voran getrieben, dass er in 2015 in den entsprechenden Gremien beraten und beschlossen werden kann.

In der Landesinitiative „Innovationsregion Rheinisches Revier“ sitzt die Entwicklungsgesellschaft indeland im operativen Beirat der IRR und wird an den zukünftigen „Runden Tischen“ der definierten Innovationsräume „indeland“, „Hambach Süd“ und „terra nova“ teilnehmen. Somit wird gewährleistet, dass Projekte mit regionaler Bedeutung frühzeitig mit den Nachbarräumen abgestimmt werden können.

Die Gespräche mit der Stadt Düren mit dem Ziel der Erweiterung des Gesellschafterkreises wurden in 2014 fortgeführt. Durch veränderte Mehrheitsverhältnisse ist man dem Beitritt der Stadt Düren bereits in 2015 erheblich näher gekommen. Um dies umzusetzen, wird sich ein bilateraler Arbeitskreis konstituieren, um gegenseitige Erwartungshaltungen und Forderungen abzugleichen.

Die interkommunale Kooperation zur Entwicklung eines regional bedeutsamen Gewerbegebietes auf der ehemaligen Fläche der Sendeanlage der Deutschen Welle in Jülich-Mersch, wurde in Zusammenarbeit mit der IRR und den beteiligten Kommunen weiter betrieben. Die Entwicklungsgesellschaft der Stadt Jülich ist erste Schritte in Richtung Umsetzung gegangen. Der weitere Prozess wird von Seiten der Entwicklungsgesellschaft indeland unterstützend begleitet.

In 2014 wurden im Projekt „Strukturentwicklung indeland“ weitere wichtige Schritte gegangen. Mit diesem durch die Europäische Union und das Land Nordrhein-Westfalen geförderten Projekt werden im Rahmen des satzungsmäßigen Gesellschaftszwecks wesentliche Elemente einer zukunftsfähigen Entwicklung des indelandes als Tagebaufolgelandschaft thematisiert.

Nachfolgend sind die wichtigsten Zwischenergebnisse komprimiert dargestellt:

- Veranstaltung „Zukunftslabor indeland“ am 03.05.2014 im Science College Jülich mit drei Workshops und einer Plenumsveranstaltung. Die Veranstaltung erhielt eine große öffentliche Resonanz. Eine abschließende Zukunftskonferenz ist für 2015 bereits in Planung
- Abschluss der Vertiefungsstudien zu den Branchenschwerpunkten Forschung und Entwicklung, Energie und Umwelt, Materialien und Werkstoffe sowie Logistik
- Vergabe einer Studie zur „Interkommunalen Gewerbegebietentwicklung im indeland“
- Fortentwicklung des Ansatzes Faktor-X-Siedlungen im indeland
- Problemanalyse des Siedlungsbestandes im indeland unter dem Aspekt der Wohnstandort- und Wohnqualitätssicherung
- Beauftragung einer Studie „Businessplan Tourismusstelle indeland“.

Die Projektfortschritte sowie die Abbildung von Eigenleistungen gegenüber ursprünglich beabsichtigten Fremdvergaben werden regelmäßig mit der Bewilligungsstelle kommuniziert.

In 2014 wurde durch die Entwicklungsgesellschaft indeland eine Bewerbung als LEADER-Region unter dem Label „Rheinisches Revier an Inde und Rur“ angestoßen. Dabei handelt es sich um einen Bottom-Up-Prozess. Die Bewerbungsunterlagen sollen bis Mitte Februar 2015 abgegeben werden. Eine Entscheidung wird im Sommer erwartet. Das indeland erfüllt viele Rahmenbedingungen, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung sind. Der begonnene indeland-Prozess könnte durch LEADER einen weiteren kräftigen Impuls erhalten.

Basierend aus dem Ansatz einer Faktor-X-Siedlung initiierte die Gesellschaft einen Arbeitskreis, der es sich zum Ziel gesetzt hat, ein sog. Faktor-X- Haus mit Faktor 4+ zu entwickeln unter dem Label „indelandhaus“ zu entwickeln. Es soll modellhaft als innovativer und beispielgebender Anreiz für umweltverträgliches bauen eine Leuchtturmfunktion erfüllen. Ein Musterhaus soll in Kooperation mit Projektpartnern gebaut und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Nach wie vor nimmt die Kommunikation der Marke „indeland“ eine unverändert hohe Bedeutung für die Gesellschaft ein. Alle Gesellschafterkommunen halten die finanzielle Unterstützung von lokalen Projekten für identitätsstiftend und finden bei der Bürgerschaft hohe Anerkennung. Die in 2013 angestoßene Schärfung der Marke indeland führte im November 2014 zur gemeinsamen Auswahl eines neuen Claims, der ab 2015 helfen soll, ein einheitliches Markenimage zu entwickeln

Lage

Ertragslage

Das Jahresergebnis 2014 der Gesellschaft beinhaltet folgende wesentlichen Erträge (gerundet auf 1.000 €):

Fördergelder des Landes NRW	110.000 €
Mittel der RWE AG	817.000 €
Sparkasse Düren	320.000 €
Eigenanteile Gesellschafter	236.000 €

Den Erträgen stehen folgende wesentlichen Aufwendungen gegenüber:
(gerundet auf 1.000 €)

Für Projekte der Gesellschafter:

Projekte Stadt Eschweiler	35.000 €
Projekte Gemeinde Inden (inkl. anteilige Zuwendung Betrieb und Unterhalt Indemann)	75.000 €

Für Projekte/Aufwendungen der Gesellschaft:

Energiewelt indeland	0 €
Strukturentwicklung im indeland (ohne Investitionen)	137.000 €
Allgemeine Kommunikation	92.000 €
Lokale Kommunikation	138.000 €
Grundlagenstudien	13.000 €
Triathlon	30.000 €
Via Belgica	25.000 €
Netzaufbau wissenschaftliche Einrichtungen	0 €
Rechts- und Beratungskosten	70.000 €
Abschluss- und Prüfungskosten	21.000 €
Zinsaufwendungen	7.000 €

Vermögens- und Finanzlage

Die Herkunft der Mittel der Gesellschaft zum 31.12. 2014 stellt sich wie folgt dar:
(gerundet auf 1.000 €)

Eigenkapital	1.035.000 €
--------------	-------------

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	4.000 €
Rückstellungen	53.000 €
Verbindlichkeiten	536.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit > 1 Jahr)	467.000 €
- davon gegenüber Gesellschaftern	0 €

Die Mittel der Gesellschaft wurden zum Bilanzstichtag wie folgt verwendet:
(gerundet auf 1.000 €)

Investitionen in Anlagevermögen 2014	1.000 €
- davon immaterielle Vermögensgegenstände	0 €
- davon Sachanlagen	
(davon Strukturentwicklung im indeland 0,9 T€)	1.000 €
Anlagevermögen zum 31.12. 2014	7.000 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	102.000 €
- davon langfristig (Restlaufzeit > 1 Jahr)	0 €
Sichtguthaben bei Kreditinstituten	656.000 €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1.129.000 €

Die Förderung der EuRegionale 2008-Projekte des „indelandes“ erfolgte hauptsächlich über Mittel der RWE Power AG und über Fördergelder des Landes NRW mit folgenden wesentlichen Zuwendungsbescheiden:

<u>Bescheid</u>	<u>Fördersumme</u>
05/98/05 vom 30.12.2005	620.000 €
05/53/06 vom 08.12.2006	794.000 €
05/66/07 vom 30.10.2007	1.224.000 €
05/39/08 vom 29.10.2008	1.948.000 €
05/53/09 vom 04.09.2009	1.146.000 €
05/26/10 vom 30.09.2010	835.000 €

Die Auszahlungen der Zuwendungen waren auf die Jahre 2007 bis 2013 verteilt. Alle beschiedenen Beträge sind zwischenzeitlich eingegangen. Der fördertechnisch festgesetzte Durchführungszeitraum ist am 31.12.2013 abgelaufen. Die Schlussverwendungsnachweise sind abgeschlossen und wurden der Bezirksregierung in Köln vorgelegt. Mit Schreiben vom 27.08.2014 des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes wurde das Prüfverfahren ohne Beanstandung abgeschlossen.

Zusätzlich erhielt die EwiG für das Projekt „Strukturentwicklung im indeland“ noch in 2012 einen Bewilligungsbescheid in Höhe von 375.953,60 € an Fördergeldern. Durch Mittelabruf konnte in 2013 ein Betrag in Höhe von 14.979,48 € und in 2014 ein Betrag in Höhe von 174.591,52 € vereinnahmt werden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Da die Gesellschaft als steuerbefreite gemeinnützige Körperschaft in erster Linie nicht nach Gewinn sondern nach Verwirklichung ihrer gemeinnützigen Zwecke strebt, haben Eckdaten und

Kennzahlen zur Ertragslage bzw. zur Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft wenn überhaupt nur eine eingeschränkte Aussagekraft.

Finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft in 2014 sind:
(gerundet auf 1.000 €)

Eigenkapitalrentabilität	52,18 %
Gesamtkapitalrentabilität	28,39 %
Personalintensität	21,34 %
Anlagenintensität	0,38 %
Anlagendeckung	14.225,00 %
Eigenkapital	1.035.000 €
Eigenkapitalquote	53,69 %
Cashflow	549.000 €
Kapitaldienstfähigkeit	556.000 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	0 Jahre

Die finanziellen Leistungsindikatoren wurden dabei wie folgt definiert:

Eigenkapitalrentabilität =	Jahresüberschuss, -fehlbetrag / Eigenkapital
Gesamtkapitalrentabilität =	(Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Ertragsteuern + Zinsaufwand) / Gesamtkapital
Personalintensität =	Personalaufwand / Gesamtleistung
Anlagenintensität =	Anlagevermögen / Gesamtvermögen
Anlagendeckung =	Eigenkapital / Anlagevermögen
Eigenkapital =	Eigenkapital lt. Bilanz
Eigenkapitalquote =	Eigenkapital / Gesamtkapital
Cashflow =	Jahresüberschuss, -fehlbetrag + Abschreibungen + Erhöhung langfristige Rückstellungen
Kapitaldienstfähigkeit =	Cashflow + Zinsaufwand
Dynamischer Verschuldungsgrad =	Nettofinanzschulden* / Cashflow
* Verbindlichkeiten - liquide Mittel	

Nachtragsbericht

Erst nach Abschluss des Geschäftsjahres 2013 hat der Kreis Düren die vereinbarte Sachkostenpauschale in Höhe von 4.000 € für das Jahr 2013 in Rechnung gestellt. Zusätzlich hatte der Kreis Düren eine Nachforderung für die Personalkostenerstattung für die Jahre 2007-2013 in Höhe von 20.298,71 € angekündigt. Vor dem Hintergrund einer festgestellten steuerpflichtigen Personalgestellung wurde die bisher geltend gemachte Personalkostenerstattung nachträglich der Umsatzsteuer unterworfen und die Beträge in 2014 an den Kreis Düren gezahlt.

Prognosebericht

Zur Verstärkung des freizeitorientierten Angebots ist beabsichtigt, z.B. das Angebot an E-Bikes und Ladestationen im indeland auszubauen und durch den Umbau eines vorhandenen Gebäudes am Bahnhof Langerwehe ein attraktives „Eingangstor“ ins indeland zu schaffen. Im freizeitwirtschaftlichen Bereich können weitere Impulse durch Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus der Studie zum Businessplan Tourismusstelle indeland erwartet werden. Auch von einem evtl. Zuschlag als LEADER-Region sind durch Umsetzung von Projekten mittelfristig positive Effekte für die Regionalentwicklung zu erwarten.

Insgesamt gibt die positive finanzielle Lage der Gesellschaft keinen Grund zur Sorge. Eine Anschlussvereinbarung zu der am 31.12.2013 ausgelaufenen Unterstützungsvereinbarung mit der RWE Power AG konnte unterzeichnet werden, so dass die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft auch weiterhin aufrechterhalten werden kann. Sollte es zu einem Beitritt der Stadt Düren kommen, wird durch die zuwachsenden Aufgaben eine entsprechende Ressourcenausstattung sichergestellt werden müssen. Dazu werden mit der Sparkasse Düren und der RWE Power AG als Hauptsponsoren Gespräche zu führen sein. Aus den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln sind zusätzliche Aufgaben nicht zu bewältigen.

Mit dem Auslaufen des Förderprojektes "Strukturentwicklung indeland" Ende Juni 2015 wird auf der Grundlage der Ergebnisse des Projektes die weitere Planung der betrieblichen Aktivitäten konkretisiert werden müssen.

Chancen und Risikobericht

Risikobericht

Maßnahmen der Gesellschaft waren in der Vergangenheit geprägt von Förderzusagen des Landes, die entsprechend der erteilten Bewilligungsbescheide auch realisiert und inzwischen abgeschlossen werden konnten. Die Förderkorridore Ziel-2, Interreg oder andere wurden seitens der EU oder des Landes NRW regelmäßig für eine bestimmte Förderperioden ausgerufen. Diese Förderphasen sind in 2013 abgelaufen. In 2014 liefen die Konsultationen der absehbar neuen Auflage dieser Förderphasen, z. B. ab 2015 bis zum Jahr 2021 auf EU-Ebene aber auch auf Landesebene. Das bedeutet, dass für das Jahr 2014 noch nicht umfängliche Möglichkeiten bestanden haben. Förderprojekte anzumelden und über diese Instrumente eine Co-Finanzierung einzuwerben. Eine positive Ausnahme bildet die bereits erwähnte Bewerbung als LEADER-Region. Andererseits hat sich die Geschäftsführung ausweislich der Wirtschaftsplanung an diesen Perspektiven orientiert.

Nach wie vor hat die Bezirksregierung Köln bezüglich einer bereits stattgefundenen Prüfung der Verwendung von EuRegionale 2008-Fördergeldern durch das Staatliche Rechnungsprüfungsamt keine Rückforderungen gegenüber dem Kreis Düren bzw. den Projektträgern geltend gemacht. Die Schlussverwendungsnachweise zur Abwicklung der Fördermittel wurde in 2014 vorgelegt. Es wurden keinerlei Mängel festgestellt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich hieran erneut eine Prüfung anschließen könnte.

Die Betriebsprüfung der Gesellschaft durch das zuständige Finanzamt dauerte in 2014 weiterhin an, ohne dass bislang belastbare Aussagen oder aber Zwischenergebnisse seitens der Finanzbehörde kommuniziert worden wären. Da der Fokus der Prüfung auf die Gemeinnützigkeit der Gesellschaft liegt, bedarf es nach wie vor einer intensiven und konsequenten Unterordnung aller Geschäftsvorfälle unter den gemeinnützigen Satzungszweck.

Chancenbericht

Im Hinblick auf den vorerwähnten Anschlussvertrag hat RWE Power in 2014 für die Jahre 2014 bis 2016 weitere Unterstützungsleistungen gewährt. Die unterstützenden Leistungen haben sich strukturell etwas geändert. So wurde z.B. die projektorientierte Zusammenarbeit intensiviert. Die direkte finanzielle Unterstützung von 150.000 €/Jahr für den Zeitraum 2014 bis 2016 wurde in einer Summe ausgezahlt.

Nach den bisherigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass die Kreditmittelbindung für EuRegionale 2008-Projekte absehbar in 2018 auslaufen wird. Dies wird die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft insgesamt begünstigen.

Die Geschäftsführung hat bereits in 2013 eine Bewerbung als „LEADER-Region“ angestoßen. Das indeland erfüllt die für diese Förderkulisse formulierten Vorgaben zur Größenklasse, insbesondere aber auch zur Homogenität hinsichtlich geographischer, wirtschaftlicher und sozialer Kriterien. Insofern ist die Geschäftsführung zuversichtlich, dass sich Wettbewerbsbeitrag in 2015 durchsetzen kann und das indeland und die Kommunen Titz und Merzenich anerkannte LEADER-Region werden können. Hiermit verbindet sich eine Förderperiode voraussichtlich bis ins Jahre 2021 und der Option, dass künftige zwar kleinere, lokal geprägte Maßnahmen aber durchaus wichtige Projekte innerhalb des indelandes durch Fördergelder bis zu einer Größenordnung von 80 % co-finanziert werden könnten.

Im Falle eines erfolgreichen Wettbewerbs eröffnen sich folgerichtig weitere finanzielle Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten.

Gesamtaussage

Nach den o. a. Darstellungen erscheinen die Risiken überschaubar, während die Aussichten für die künftigen Jahre durchaus positive Wirkung haben dürften. Die finanzielle Basis ist bei weiterer aufwandsorientierter Weitsicht der Gesellschaft als gesichert anzusehen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**IRR-Innovationsregion
Rheinisches Revier GmbH**

Karl-Heinz-Beckurts-Straße 13
52428 Jülich
Tel.: 02461/690-180
Fax: 02461/690-189
E-Mail: innovationsregion@rheinisches-revier.de
Homepage: www.rheinisches-revier.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

- 1) Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel.
- 2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von den Gesellschaftern bestellt. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Die Gesellschaft wird, wenn nur ein Geschäftsführer bestellt ist durch diesen, wenn jedoch mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Unbeschadet ihrer im Außenverhältnis nicht einschränkbaren Vertretungsmacht benötigen die Geschäftsführer zur Vornahme von Handlungen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes hinausgehen, die vorherige Zustimmung der Gesellschafter. Die Zustimmung wird erteilt durch Beschluss der Gesellschafterversammlung. Der Zustimmung bedürfen insbesondere:

- a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
- b) Erwerb, Verpfändung, Veräußerung und Löschung von Hypotheken und Grundschulden,
- c) Aufnahme von Darlehen aller Art,
- d) Gewährung von Darlehen aller Art,
- e) Abschluss und Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- f) Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- g) Erteilung und Widerruf von Prokuren und Handlungsvollmach-

- ten,
- h) Einstellung von Beschäftigten über den Stellenplan des Wirtschaftsplanes hinaus,
 - i) Abschluss von Pacht- und Miet- oder sonstigen Verträgen, bei welchen der Gesellschaft Verpflichtungen auf längere Dauer als 1 Jahr auferlegt werden.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 20 Mitgliedern besteht. Die Sitze werden wie folgt verteilt:

- Landrat Rhein-Erft Kreis
- Landrat Rhein-Kreis Neuss
- Landrat Kreis Heinsberg
- Landrat Kreis Düren
- Landrat Kreis Euskirchen
- StädteRegionsrat Aachen
- ein benannter Vertreter des Zweckverbandes der Region Aachen
- ein benannter Vertreter der Industrie- und Handelskammer Aachen
- ein benannter Vertreter der Industrie- und Handelskammer zu Köln
- ein benannter Vertreter der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederhein
- ein benannter Vertreter der Handwerkskammer Aachen
- ein benannter Vertreter der Handwerkskammer zu Köln
- ein benannter Vertreter der Handwerkskammer Düsseldorf
- ein benannter Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie
- ein benannter Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen
- zwei benannte Vertreter des Landtages von Nordrhein-Westfalen
- ein benannter Vertreter der RWE Power AG
- ein benannter Vertreter der Bezirksregierung Köln
- ein benannter Vertreter der IRR Revierkonferenz.

Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt die Vertretung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW. Jede Einrichtung benennt das Mitglied im Aufsichtsrat, das den von ihr gehaltenen Sitz innehat, soweit der Gesellschaftsvertrag keine Regelung enthält. Die Tätigkeit der Aufsichtsratsmitglieder ist ehrenamtlich. Für ihren Zeit- und Arbeitsaufwand erhalten sie keine Entschädigung. Dem Aufsichtsrat obliegen die ihm durch den Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben, insbesondere

1. Beratung über die Wirtschafts- und Stellenpläne und Empfehlung an die Gesellschafterversammlung,
2. Bestellung des Abschlussprüfers,
3. Beratung der Jahresabschlüsse und Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung,
4. Vorbereitung der Sitzungen der Gesellschafterversammlung und der Revierkonferenz,
5. Empfehlungen an die Gesellschafterversammlung zu grundsätzlichen Aktivitäten der Gesellschaft und ihrer strategischen Ausrichtung,

6. Bestellung der Mitglieder der Revierkonferenz,
7. Überwachung der Geschäftsführung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Diehl, Joachim		
Aufsichtsrat:	Rhein-Erft Kreis	1 Sitz	5 %
	Rhein-Kreis Neus	1 Sitz	5 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	5 %
	Kreis Düren	1 Sitz	5 %
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	5 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	5 %
	Zweckverband Region Aachen	1 Sitz	5 %
	Industrie- und Handelskammer Aachen	1 Sitz	5 %
	Industrie- und Handelskammer Köln	1 Sitz	5 %
	Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	1 Sitz	5 %
	Handwerkskammer Aachen	1 Sitz	5 %
	Handwerkskammer zu Köln	1 Sitz	5 %
	Handwerkskammer Düsseldorf	1 Sitz	5 %
	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie	1 Sitz	5 %
	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW	1 Sitz	5 %
	Land Nordrhein-Westfalen	2 Sitze	10 %
	RWE Power AG	1 Sitz	5 %
	Bezirksregierung Köln	1 Sitz	5 %
	IRR Revierkonferenz	1 Sitz	5 %
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsmitglied

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Jülich	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10%
Rhein-Neus-Kreis	2.500,00 €	
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	
Kreis Düren	2.000,00 €	
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	
IHK Köln	1.750,00 €	
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft bergbau un Energie mbH	1.000,00 €	
IHK Mittlerer Niederrhein	1.500,00 €	
HWK Aachen	1.500,00 €	
HWK Düsseldorf	1.500,00 €	
HWK Köln	1.500,00 €	
IHK Aachen	1.750,00 €	

Bilanz	2014 Rumpfwirtschaftsjahr 01.04.2014-31.12.2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva			
A. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände			
1. sonst. Vermögensgegenstände	672.280,00 €		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	96.281,11 €		
Summe Aktiva	768.561,11 €		
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €		
II. Jahresüberschuss	20.000,00 €		
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen	2.380,00 €		
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	76.527,57 €		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	66.445,82 €		
3. sonst. Verbindlichkeiten	578.207,72 €		
Summe Passiva	768.561,11 €		

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011 Rumpfwirtschaftsjahr 01.04.2014-31.12.2014	Veränderung in €	Veränderung in %

1. Umsatzerlöse	70.000,00 €		
2. sonstige betriebl. Erträge	228.525,22 €		
3. Materialaufwand	86.450,51 €		
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	107.489,38 €		
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	42.243,29 €		
5. sonstige betriebl. Aufwendungen	42.342,04 €		
Betriebsergebnis	20.000,00 €		
6. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	0,00 €		
Finanzergebnis	0,00 €		
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	20.000,00 €		
7. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	0,00 €		
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	20.000,00 €		

	2014		
Anzahl der Mitarbeiter	4		

Verbindungen zum Kreishaushalt

Für das Geschäftsjahr 2014 leistete der Kreis Düren einen Gesellschafterbeitrag i.H.v. 2.073 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2014 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird durch das Innovationsprojekt „IRR Strukturentwicklung“ (Laufzeit: Juni 2014 – Oktober 2015) finanziert. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% werden aus Zuschüssen der Gesellschafter sowie einem Sponsoring der RWE Power AG bestritten. Somit ist das durch die IRR GmbH durchgeführte Projekt grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Zusätzlich zum oben erwähnten Innovationsprojekt „IRR Strukturentwicklung“ organisiert die IRR GmbH das Projekt „Bildungscloud“. Dieses Projekt ist eine reine Fremdleistung, die keine

weiteren Aufwände innerhalb der IRR GmbH auslöst. 80 % der Kosten tragen das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS) sowie der europäische Sozialfonds (ESF). Die übrigen 20% tragen 13 der 14 Gesellschafter. Somit ist auch dieses Projekt grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die beiden o.g. Projekte (Geschäftsbereiche) in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 70.000,00 € erzielen. Die 2014 erfolgswirksam verbuchten Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 228.525,22 €.

Insgesamt ergab sich für das Jahr 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von 20.000,00 €.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 5,9%. Die Liquidität 2. Grades beträgt 106,2%.

In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die zu berichten wäre.

Prognosebericht

Im Oktober 2015 läuft das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ aus. Zur Grundfinanzierung der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH muss ab November 2015 (bis vrs. mindestens Ende 2017) ein Nachfolgeprojekt anschließen.

Für dieses Nachfolgeprojekt wird wiederum eine Förderquote von 80% (MWEIMH/EFRE) angestrebt. Die Gesellschafter leisten laut Gesellschaftsvertrag für diesen Geschäftsbereich einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben (maximal 25.000 Euro) deckt.

Das Projekt „Bildungscloud“ läuft im Dezember 2015 ebenfalls aus.

Im Rahmen des Aufrufs Regio.NRW hat die IRR GmbH die Projektskizze „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“ eingereicht. Die Jury hat die Projektskizze befürwortet, so dass die Bezirksregierung Köln die IRR GmbH aufgefordert hat, nunmehr einen förmlichen Antrag auf Projektfinanzierung zu stellen.

Risikobericht

Derzeit werden fast alle Aufwendungen der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH vollumfänglich über das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ mit 80% öffentlicher Förderung bedacht. Entsprechend der Zusage des Landes NRW kann auch für die am 1.11.2015 beginnende neue Förderphase die Förderung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 in Höhe von 500.000 EUR p.a. mit einem Fördersatz von 80% erfolgen, sofern die Gesamtfinanzierung gesichert ist. Die Förderung beinhaltet eine Gemeinkostenpauschale auf die Personalausgaben, mit der nicht unmittelbar abzurechnende Ausgaben finanziert werden können. Der Förderantrag und die Bereitstellung des Eigenanteils (125.000 EUR p.a. – das sind 20% - an der Projektfinanzierung sowie

nicht förderfähige Ausgaben bis zu einer Höhe von insgesamt 25.000 EUR p.a.) müssen von den Gesellschaftern im Laufe des Oktober 2015 beschlossen werden.

Der steuerrechtliche Status des Beitrages der RWE Power AG (70.000 EUR p.a.) wird derzeit vom zuständigen Finanzamt Jülich geprüft. Nach einem Schriftwechsel zwischen Finanzamt, Steuerberater der IRR GmbH und Geschäftsführung ist jetzt nach einer aktuellen Information des Steuerberaters der IRR GmbH davon auszugehen, dass die bisherige Vorsteuerabzugsberechtigung entfällt. Damit würden Steuer- Rückzahlungen an das Finanzamt fällig. Nach einem zu erwartenden Bescheid des Finanzamtes ist über den Einsatz des RWE-Beitrages zu entscheiden.

Da die Garantieerklärung des Landes zur Finanzierung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 besteht, ist derzeit davon auszugehen, dass die notwendige Förderung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier danach nur noch über konkrete Projekte erfolgen kann, auf die sich die Gesellschaft zu verständigen hat.

Die Gesellschaft ist also gehalten, neben dem Nachfolgeprojekt ab November 2015 weitere (im besten Falle nicht geförderte) Projekte/Aufträge zu generieren. In diesem Sinne hat die IRR GmbH im Rahmen des Aufrufs Regio.NRW zwei Projektskizzen eingereicht. Mit einer dieser beiden Projektskizzen, „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“, konnte die IRR vor der Jury bestehen. Im Rahmen der nun anstehenden Qualifizierungsphase wird auch hier über die Förderquote des Projektes verhandelt.

Es wäre wünschenswert, dass die IRR GmbH neben dem geförderten auch einen nicht-geförderten Bereich ausweist. Da die GmbH Aufgaben der Daseinsvorsorge im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftsentwicklung für ihre Gesellschafter zu übernehmen hat, wäre eine Beauftragungen der Gesellschafter an die IRR GmbH denkbar.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Vielmehr sollen Projekte finanziert werden, deren Kosten zu einem Großteil öffentlich gefördert werden. Öffentliche Förderung erfolgt jedoch (fast) immer nach dem Ausgabenerstattungsprinzip. Das heißt, dass die Gesellschaft alle entstehenden Kosten zunächst vorfinanzieren muss, um anschließend eine Förderung der entstanden Kosten zu beantragen.

Kommt es zu Verzögerungen beim Abruf dieser Fördermittel, können der Gesellschaft zwischenzeitlich Liquiditätsprobleme entstehen. Aufgrund von Personalwechslern und – engpässen beim Zuwendungsgeber sind solche Liquiditätsprobleme im laufenden Jahr bereits mehrfach aufgetreten und konnten nur durch die Aufnahme eines Dispositionskredites gedeckt werden. Auch für die Zukunft sind solche Liquiditätsengpässe aufgrund der oben beschriebenen dünnen Kapitaldecke der Gesellschaft grundsätzlich nicht auszuschließen. Diese dünne Kapitaldecke resultiert nicht zuletzt daraus, dass der Aufsichtsrat der IRR GmbH im Juni 2014 beschlossen hat, die Zuschüsse der Gesellschafter zum Projekt „IRR Strukturentwicklung“ anteilig um die Einnahmen aus dem RWE Sponsoringvertrag zu reduzieren. Des Weiteren wurden den Gesellschaftern Zuschüsse zu den nicht-förderfähigen Kosten erlassen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die IRR-Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Kreis Düren
VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

Kreis Düren
VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH

Bismarckstr. 16
52351 Düren
Telefon: 02421/22 - 2353
Telefax: 02421/22 - 2010
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des Bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von ihnen die Befugnis zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden.

Gesellschafterversammlung: Als Vertreter der Gesellschaft sollen der Gesellschafterversammlung der Landrat des Kreises Düren, die Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen sowie ein Vertreter der S-Beteiligungsgesellschaft Düren mbH an.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftervertrages,
2. die Auflösung der Gesellschaft,
3. die Feststellung des Jahresabschlusses innerhalb von acht Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres und die Verwendung des Ergebnisses,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. Kapitalerhöhungen, Gesellschafterdarlehen und ggf. Nachschüsse,
6. den Wirtschaftsplan und Finanzplan,
7. die Beteiligung an Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW)
8. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen,
9. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der §§ 291, 291 Abs. 1 AktG,
10. Bestellung, Anstellung, Abberufung und Entlastung des/ der

Geschäftsführer(s), sowie den Abschluss und die Änderung von Anstellungsverträgen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Kaptain, Peter Kreis Düren Dezernent

Gesellschafterversammlung: Der Gesellschafterversammlung gehören als Vertreter der Gesellschafter der Landrat des Kreises Düren, die Bürgermeister der beteiligten kreisangehörigen Kommunen an. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorschreibt. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je 100 EURO eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

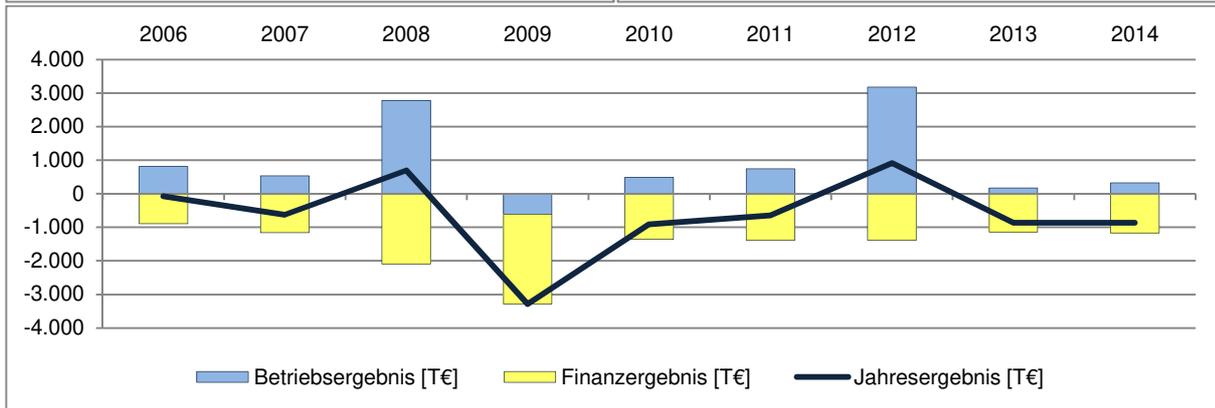
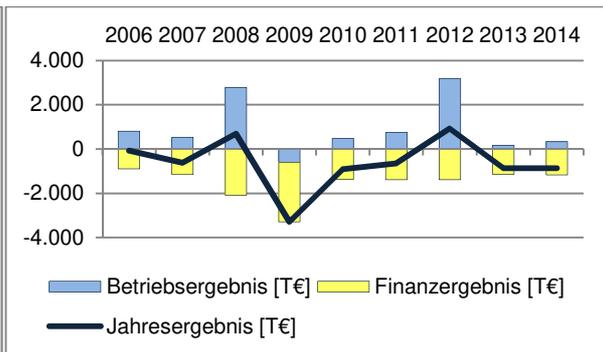
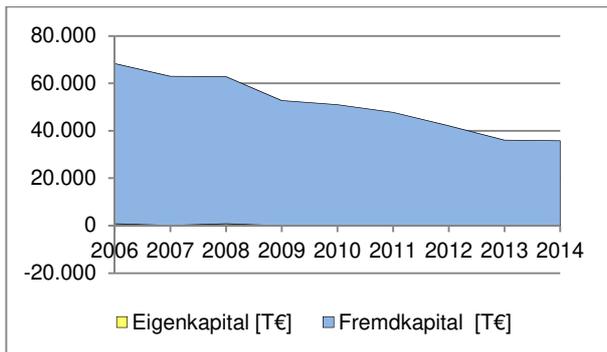
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52349 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.540.000,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	1.386.000,00 €	90,00%
Stadt Heimbach	38.500,00 €	2,50%
Stadt Nideggen	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Hürtgenwald	38.500,00 €	2,50%
Gemeinde Vettweiß	38.500,00 €	2,50%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Sachanlagen	28.019.894,58 €	26.992.707,58 €	26.077.372,34 €	-915.335,24 €	-3,39%
III. Finanzanlagen	118.010,00 €	118.009,00 €	97.394,00 €	-20.615,00 €	-17,47%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.055.924,00 €	964.000,00 €	675.000,00 €	-289.000,00 €	-29,98%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	3.176.528,07 €	3.247.069,68 €	3.491.504,44 €	244.434,76 €	7,53%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.786.637,69 €	988.603,42 €	803.776,14 €	-184.827,28 €	-18,70%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19.149,94 €	29.031,25 €	50.677,69 €	21.646,44 €	74,56%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.928.042,35 €	3.789.231,96 €	4.653.575,60 €	864.343,64 €	22,81%
Summe Aktiva	42.104.186,63 €	36.128.652,89 €	35.849.300,21 €	-279.352,68 €	-0,77%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	1.540.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	150.000,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-5.538.394,98 €	-4.618.042,35 €	-5.479.231,96 €	-861.189,61 €	18,65%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	920.352,63 €	-861.189,61 €	-864.343,64 €	-3.154,03 €	0,37%
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.928.042,35 €	3.789.231,96 €	4.653.575,60 €	864.343,64 €	22,81%
B. Rückstellungen	515.000,05 €	479.210,23 €	543.824,16 €	64.613,93 €	13,48%
C. Verbindlichkeiten	40.702.807,37 €	2.609.922,66 €	2.718.590,05 €	108.667,39 €	4,16%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	16.379,21 €	32.269.520,00 €	31.906.886,00 €	-362.634,00 €	-1,12%
E. Passive latente Steuern	870.000,00 €	770.000,00 €	680.000,00 €	-90.000,00 €	-11,69%
Summe Passiva	42.104.186,63 €	36.128.652,89 €	35.849.300,21 €	-279.352,68 €	-0,77%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	2.936.296,46 €	2.627.673,01 €	2.995.009,92 €	367.336,91 €	13,98%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-280.540,92 €	-91.924,00 €	-289.000,00 €	-197.076,00 €	214,39%
3. sonstige betriebliche Erträge	3.021.533,59 €	874,89 €	32.409,25 €	31.534,36 €	3604,38%
4. Materialaufwand	91.448,89 €	389.038,01 €	611.343,88 €	222.305,87 €	57,14%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	1.225.617,75 €	1.028.985,82 €	842.316,41 €	-186.669,41 €	-18,14%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.182.468,38 €	941.444,40 €	956.153,35 €	14.708,95 €	1,56%
Betriebsergebnis	3.177.754,11 €	177.155,67 €	328.605,53 €	151.449,86 €	85,49%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7.600,00 €	7.600,00 €	3.800,00 €	-3.800,00 €	-50,00%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	74.883,74 €	68.064,84 €	46.154,85 €	-21.909,99 €	-32,19%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	27.320,60 €	0,00 €	20.615,00 €	20.615,00 €	-
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	1.442.564,62 €	1.213.938,32 €	1.195.527,77 €	-18.410,55 €	-1,52%
Finanzergebnis	-1.387.401,48 €	-1.138.273,48 €	-1.166.187,92 €	-27.914,44 €	2,45%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	1.790.352,63 €	-961.117,81 €	-837.582,39 €	123.535,42 €	-12,85%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	870.000,00 €	-100.000,00 €	-90.000,00 €	10.000,00 €	-10,00%
13. sonstige Steuern	0,00 €	71,80 €	116.761,25 €	116.689,45 €	162520,13%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	920.352,63 €	-861.189,61 €	-864.343,64 €	-3.154,03 €	0,37%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	

Verbindungen zum Kreishaushalt

Als Mieter des in Besitz der VVG stehenden Feuerschutztechnischen Zentrums in Kreuzau-Stockheim, des Verwaltungsgebäudes Haus C in Düren und der ARENA zahlt der Kreis Düren Miete, Neben-, Wartungs- und Instandhaltungskosten.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell

Mit Gesellschaftsvertrag nach dem Stand vom 1. Januar 2011 wurde die in „Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH“ umbenannte vormalige „Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Düren mbH“ umfirmiert und entsprechend den durch Gremienbeschlüsse beabsichtigten Umstrukturierungen im Rahmen des Gesellschaftsvertrages angepasst. Nach § 2 des Gesellschaftsvertrags ist Gegenstand des Unternehmens die Verwaltung, Betreuung und Vermarktung des bestehenden Infrastrukturvermögens der Gesellschaft. Hierbei wirtschaftet die Gesellschaft nach § 109 GO NRW, die Erreichung des öffentlichen Zwecks hat Vorrang vor der Gewinnerzielung.

Da die Gesellschaft seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr über eigenes Personal verfügt, wird die Verwaltung des Gesellschaftsvermögens über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) abgewickelt, der auch die Betriebsführung und die Vermarktung der ARENA Kreis Düren beinhaltet.

Ziele und Strategien

Die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH konzentriert nach der erfolgten Umstrukturierung ihre Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien Haus C, Feuertechnisches Zentrum und ARENA. Die Finanzierung dieser Immobilien ist infolge des in 2011 realisierten Forward-Forfaitierungsgeschäfts mit der Landesbank Baden-Württemberg bis zum Jahr 2041 gesichert. Die Gesellschaft hat danach keine langfristigen Kreditverpflichtungen mehr.

Der weitere Schwerpunkt liegt im Betrieb der ARENA Kreis Düren. Der Hallenbetrieb konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin optimiert werden. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf den Bereich der Akquisition von Werbepartnern, deren Bestand seit Übernahme der Arena konstant ist, und auf den Bereich eines veranstaltungsspezifischen Controllings, das künftig quartalsweise implementiert werden soll.

Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt die jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplanung dar.

Zu Rechnungswesen und Administration wird auf die Ausführungen unter Geschäftsmodell verwiesen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2014 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,5% mit einem guten Start zu Beginn des Jahres und einem etwas gedämpften Verlauf zum Ende des Jahres hin. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen 2,91 Mio. und lag unter Vorjahresniveau. Die Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen sind aufgrund der angespannten Haushaltslagen teilweise schwierig. Diese Rahmenbedingungen haben keinen Einfluss auf den Geschäftsverlauf der Gesellschaft, da durch die Forward-Forfaitierung der Geschäftsverlauf bis 2041 planmäßig verläuft. Das Veranstaltungsgeschäft der Arena Kreis Düren läuft ebenso auf konstantem Niveau.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt:

Der Prozess der Neuausrichtung der Gesellschaft wurde auch im Jahr 2014 erfolgreich fortgesetzt. Die Geschäftstätigkeit reduzierte sich auf die Immobilienverwaltung, den Betrieb der ARENA Kreis Düren und die Abwicklung der Erschließungsmaßnahmen.

Die Gesellschaft arbeitet ohne eigenes Personal.

Einen Arbeitsschwerpunkt bildeten dabei die Bemühungen zur Vermarktung der ehemaligen Jugendherberge in Nideggen, Rather Straße und des Laborgebäudes in Jülich. Für das Grundstück Rather Str. konnte zum Ende des Geschäftsjahres der Verkauf einer Teilfläche mit dem aufstehenden Gebäude der alten Jugendherberge notariell beurkundet werden. Hierdurch konnten mögliche Abrisskosten in nicht unerheblicher Höhe von der Gesellschaft abgewendet werden. Der Kaufpreis ging im Februar des Folgejahres ein und zu diesem Zeitpunkt ging das wirtschaftliche Eigentum an der veräußerten Grundstücksfläche auf den Verkäufer über. Derzeit laufen weitere Gespräche über die Veräußerung der Restflächen.

Für das Laborgebäude in Jülich konnte in Zusammenarbeit mit dem Technologiezentrum Jülich (TZJ) eine Interimslösung gefunden werden, indem das Gebäude komplett vermietet wurde.

Bei der Treuhandmaßnahme in Vettweiß-Jakobwüllesheim ist die Erschließung einschließlich des Straßenendausbaus abgeschlossen.

Mit einer der beiden Treugebergemeinschaften konnte der Dienstleistungsvertrag im beiderseitigen Einvernehmen unter Auskehrung einer Kaufpreissumme vorzeitig beendet werden. Für die zweite Treugebergemeinschaft wurde in 2012 ein Kaufpreisteilbetrag ausgezahlt. Über die Restsumme ist derzeit eine gerichtliche Auseinandersetzung anhängig.

Im Bereich des Erschließungsgebiets Germeter ist der erste Bauabschnitt nach Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen sowie der Baustraße abgeschlossen. Im Berichtsjahr konnten zwei Grundstücke verkauft werden. Die Vermarktungssituation ist nachhaltig schwierig. Es laufen derzeit Bemühungen, das gesamte Projekt auf einen Investor zu übertragen.

Im Erschließungsgebiet Vettweiß, Waldweg-Tannenweg ist das gesamte Baugebiet nach Verlegung der Ver- und Entsorgungsleitungen sowie der Baustraße erschlossen.

Aus dem ersten Bauabschnitt wurden alle 15 Grundstücke veräußert; aus dem zweiten Bauabschnitt sind noch drei Grundstücke in der Vermarktung, aus dem dritten Bauabschnitt noch elf Grundstücke, wobei die Nachfrage anhaltend positiv ist.

Nach 2012 und 2013 konnte auch in 2014 eine Auskehrung an die Treugeber erfolgen. Der aktuelle Stand der Maßnahme berechtigt zu der Erwartung, dass von einem ausgeglichenen Projektabschluss ausgegangen werden kann.

Der Betrieb der ARENA Kreis Düren läuft erfolgreich „in eigener Regie“. Die Anzahl der Veranstaltungen ist konstant; die Strukturierung laufender Verträge und Arbeitsabläufe ist erfolgreich umgesetzt worden und wird weiter optimiert.

Lage

Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Umsatzerlöse mit TEUR 368 über dem Vorjahresniveau.

Die Abweichungen resultieren einerseits aus dem Leistungsbezug für die treuhänderischen Erschließungsmaßnahmen, die als Gegenposition in den Erlösen aus Lieferungen und Leistungen gezeigt wird, sowie aus den vertraglich vorgesehenen Mieterhöhungen der Großimmobilien sowie aus der Einnahmensteigerung bei der ARENA.

Im Rahmen des Vorratsvermögens wirkte sich eine Abwertung auf einen niedrigeren beizulegenden Wert des Grundstücks Rather Str. in Nideggen i.H. von TEUR 289 aus.

Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Aufwendungen für bezogene Leistungen haben ihren Ursprung in den Aktivitäten im Rahmen der Treuhandmaßnahmen insbesondere im Erschließungsbereich.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres erfolgten planmäßig.

Das Finanzergebnis, welches sich aufgrund der abnehmenden Zinsbelastung stetig, wenn auch im negativen Bereich verbessern sollte, verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Zinsaufwendungen aufgrund der BP sowie aufgrund einer außerplanmäßigen Abschreibung des RWE Aktienbestandes auf den Stichtagskurs von 25,63 € zum 31.12.2014.

Insgesamt weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag i.H. von TEUR 864 (VJ TEUR 861) für das Geschäftsjahr aus.

Zum Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verschlechterung um rd. 250 TEUR, die hauptsächlich aufgrund der Auswirkungen aus der Betriebsprüfung und einer angemessenen Abwertung des Grundstücks Rather Str. entstanden ist.

Als Folgewirkung aus der Betriebsprüfung wird die Gesellschaft ab 2015 aufgrund des Wegfalls der Steuerpflicht der Miete ARENA pro Jahr eine ergebnis- und liquiditätsmäßige Verbesserung erwirtschaften. Darüber hinaus besteht nun endgültige Planungssicherheit für künftige Geschäftsjahre.

Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft verringerten sich um TEUR 185.

Die Einnahmen der Gesellschaft werden künftig nur noch aus dem Hallenbetrieb der ARENA Kreis Düren generiert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. TEUR 279 auf EUR 35,8 Mio. verringert. Dies resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen des Sachanlagevermögens.

Das bisher langfristige DKB-Darlehen wurde zwar im Mai 2013 aus dem Forfaitierungserlös außerplanmäßig vorzeitig getilgt; hierfür entsteht aber ein langfristig gebundener passiver Rechnungsabgrenzungsposten. Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind daher durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Immobilieninvestitionen wurden laufzeitkongruent durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Im Rahmen des Forfaitierungsgeschäfts wurden die Mietverträge für die drei betroffenen Großimmobilien FTZ, Haus C und ARENA an die Erfordernisse dieses Vertrages angepasst. Es erfolgte sowohl eine Mietvertragsverlängerung als auch die Anpassung der Indexierungsklausel für das FTZ an die von Haus C und ARENA.

Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung für die Jahre 2015 – 2019 wird von der Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft trotz weiterhin negativer Ertragslage des Unternehmens ausgegangen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Risikomanagement des Unternehmens wurde aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der GIS und deren konzernabhängiger Integrierung in das Mutterunternehmen, die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, in deren Controlling- und Überwachungssystem einbezogen.

1. Bilanzzahlen	31.12.2014
Bilanzsumme	TEUR 35.849
Sachanlagevermögen	TEUR 26.077
Eigenkapital	TEUR -4.654
 2. Gewinn- und Verlustrechnung	 2014
Umsatzerlöse	TEUR 2.995
Gesamtleistung	TEUR 2.706
Rohergebnis	TEUR 2.127
Betriebsergebnis	TEUR 329
Finanzergebnis	TEUR - 1.166
Ertragsteuern (latenter Steuerertrag)	TEUR 90
Sonstige Steuern	TEUR -117
Jahresfehlbetrag	TEUR -864

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht in der Verwaltung der drei Großimmobilien sowie des Hallenbetriebs der ARENA Kreis Düren.

Als Steuerungselemente dienen die jährlich aufzustellenden Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die laufende Liquiditätsüberwachung. Daraus werden Rentabilitätskennziffern und Cash-flow-Analysen abgeleitet.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren (Hauptgesellschafter) von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erreicht wird.

Nachtragsbericht

Bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres wird ein weiterer Gesellschafter, nämlich die Stadt Nideggen, als Gesellschafter ausscheiden.

Gleichzeitig wird derzeit geprüft, ob die Sparkasse Düren als weiterer Minderheitsgesellschafter grunderwerbsteuerunschädlich in die GmbH eintreten kann. Eine entsprechende Auskunft wurde beim Finanzamt Düren beantragt, die Antwort steht zum Zeitpunkt der Jahresabschlussstellung noch aus.

Die seit mehreren Jahren laufende Betriebsprüfung für die Jahre 2002 bis 2012 konnte beendet werden. Die Ergebnisse wurden im Jahresabschluss 2014 verarbeitet.

**Prognose-, Risiko- und Chancenbericht
Prognosebericht**

Für die Geschäftsjahre 2015 ff geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens wegen stetig sinkender Zinsbelastungen von einer Reduzierung der Jahresfehlbeträge aus. Durch die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf die Verwaltung der drei Großimmobilien sowie den Hallenbetrieb der ARENA wird die Planung künftiger Wirtschaftsjahre erleichtert.

Der Abschluss der langen und arbeitsintensiven Betriebsprüfung für den außergewöhnlichen Prüfungszeitraum der Jahre 2002 - 2012 mit den daraus folgenden Konsequenzen gibt dem Unternehmen zusätzliche Planungssicherheit für die künftigen Wirtschaftspläne.

Risikobericht

Unter Berücksichtigung der verfügbaren finanziellen Mittel, der Steuernachzahlungen aufgrund eines 10-jährigen Betriebsprüfungszeitraumes und einer kurz- bis mittelfristigen Veräußerung des Restgrundstücks Rather Straße und der zwischenzeitlich erfolgten Vermietung des Laborgebäudes in Jülich ist nicht von Liquiditätsengpässen auszugehen. Es wird von fortbestehender Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ausgegangen.

Eine insolvenzrechtliche Überschuldung wird nach der Entfristung des Überschuldungsbegriffs im Sinne des § 19 InsO demnach nicht entstehen.

Chancenbericht

Durch die Restrukturierung der Gesellschaft und die Neuausrichtung durch den Abschluss langfristiger Verträge im Bereich der Miet- und Finanzierungsverträge besteht für den Immobilienbereich langfristige Planungssicherheit.

Im Bereich der ARENA wurden entscheidende Maßnahmen zur positiven Entwicklung des Geschäftsbereichs und zur Vermeidung bzw. Abwendung von Defiziten ergriffen. Hierzu gehören insbesondere die Einführung von neu strukturierten Vergütungssystemen für Werbung, Sponsoring und Hallenmiete. Die Position des ausgeschiedenen Hallenmanagers wurde personell nicht wieder besetzt.

Aus dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2015-2019 ist die Tendenz abnehmender Jahresfehlbeträge ablesbar.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Kreis Düren VermögensVerwaltungsGesellschaft mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



GEMEINNÜTZIGE
WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT
FÜR STADT UND KREIS DÜREN e.G.

gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G.

Grüngürtel 31
52351 Düren
Telefon: 02421/3909-0
Telefax: 02421/390970
E-Mail: info@wohnungsbaugenossenschaft-dn.de
Homepage: www.wohnungsbaugenossenschaft-dn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Mitglieder können natürliche Personen, Personenhandelsgesellschaften sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Der Vorstand besteht mindestens aus 5 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein. Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet,

1. die Geschäfte entsprechend genossenschaftlicher Zielsetzung zu führen,
2. die für einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb notwendigen personellen, sachlichen und organisatorischen Maßnahmen rechtzeitig zu planen und durchzuführen,
3. für ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen gemäß §§ 37 ff, der Satzung der Genossenschaft zu sorgen,
4. über die Zulassung es Mitgliedschaftserwerbs und über die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen zu entscheiden,
5. die Mitgliederliste nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes zu führen und
6. im Prüfbericht festgehaltene Mängel abzustellen und dem Prüfungsverband darüber zu berichten.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat zu berichten über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung). Der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich nach Aufstellung den Aufsichtsrat vorzulegen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht mindestens 3 Mitgliedern. Er hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu fördern und zu überwachen. Der Aufsichtsrat vertritt die Genossenschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern. Er hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und die Vorschläge des Vorstandes für die Verwendung eines Jahresabschlusses und der Deckung eines Jahresfehlbetrages zu prüfen und der Mitgliederversammlung vor Feststellung des Jahresabschlusses darüber Bericht zu erstatten. Beschlüsse des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden ausgeführt.

Mitgliederversammlung In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Die Mitgliederversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und die in der Satzung bezeichneten Angelegenheiten (insbesondere in § 34 der Satzung).

Besetzung der Organe

Allgemein

Vorstand: Mannheims, Heinz (Vorsitzender)
Grehl, Walter
Knappe, Hermann Josef
Vosen, Ingo

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 3 Mitgliedern.

Mitgliederversammlung: In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. 1 Stimme

Vertreter des Kreises Düren

Vorstand: Der Kreis Düren entsendet kein Mitglied.

Aufsichtsrat: Der Kreis Düren entsendet kein Mitglied.

Mitgliederversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Sitz:	52351 Düren
--------------	-------------

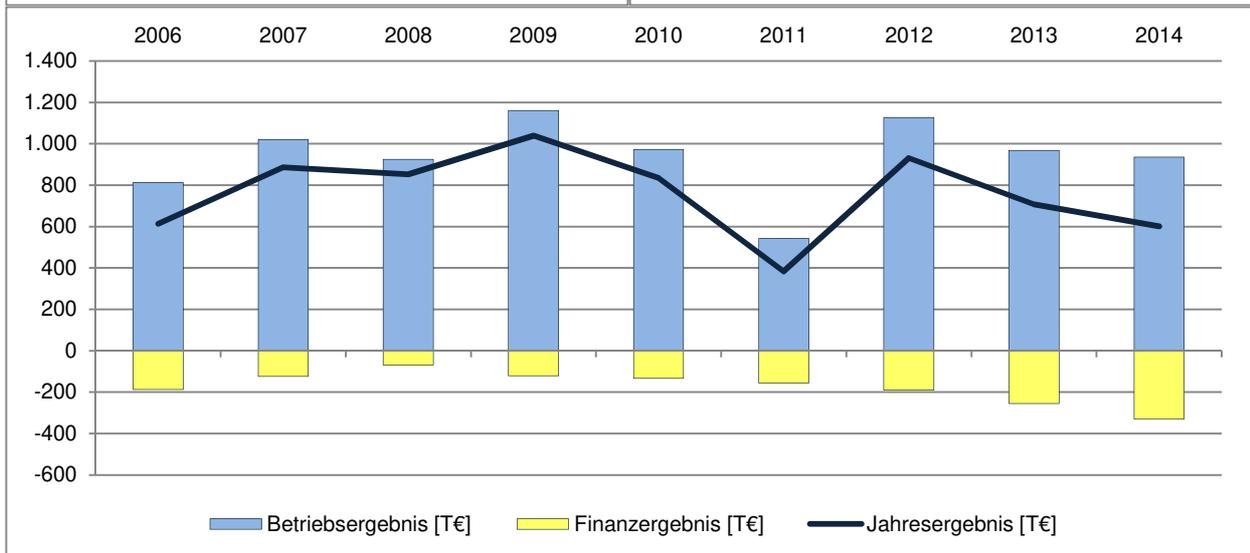
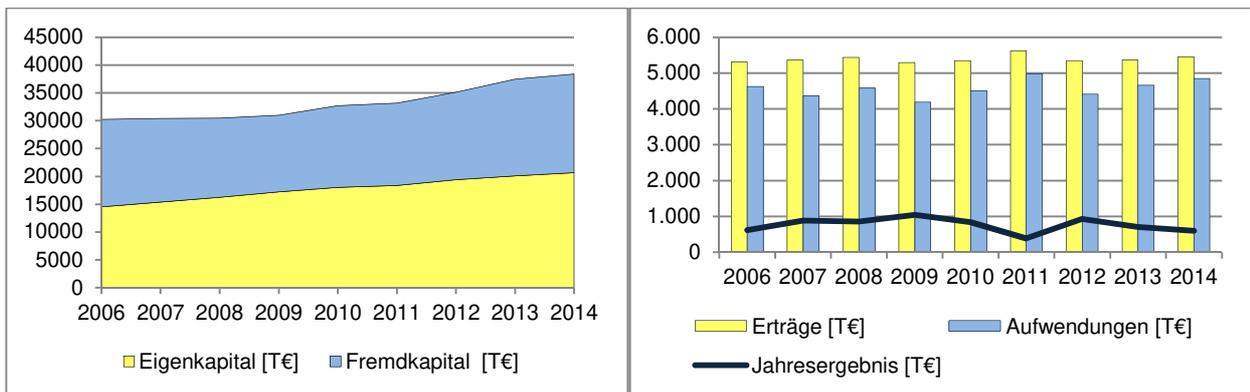
Geschäftsguthaben (Stand 31.12.2012)	785.942,57 €
--	--------------

Mitglieder (Stand 31.12.2014)	Anteile (Stand 31.12.2014)	Anteil in %	Wert je Anteil	Wert insgesamt
1.971	3.772			
Kreis Düren	10	0,27%	205,00 €	2.050,00 €

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	27.293.225,46 €	29.791.200,27 €	31.914.530,74 €	2.123.330,47 €	7,13%
II. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	1.390.429,50 €	1.402.511,97 €	1.443.740,99 €	41.229,02 €	2,94%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	155.615,82 €	101.930,60 €	51.919,69 €	-50.010,91 €	-49,06%
III. Kassenbestand	6.241.650,51 €	6.161.642,20 €	4.975.728,12 €	-1.185.914,08 €	-19,25%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	33.022,50 €	3.867,50 €	1.522,00 €	-2.345,50 €	-60,65%
Summe Aktiva	35.113.943,79 €	37.461.152,54 €	38.387.441,54 €	926.289,00 €	2,47%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Geschäftsguthaben der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	19.952,59 €	16.810,00 €	14.350,00 €	-2.460,00 €	-14,63%
II. Der verbleibenden Mitglieder	765.989,98 €	761.899,01 €	771.953,29 €	10.054,28 €	1,32%
III. Aus gekündigten Geschäfts- anteilen	0,00 €	7.585,00 €	7.790,00 €	205,00 €	2,70%
IV. Ergebnisrücklagen	18.606.977,66 €	19.283.674,01 €	19.853.618,41 €	569.944,40 €	2,96%
V. Bilanzgewinn	25.177,90 €	30.615,00 €	30.631,76 €	16,76 €	0,05%
B. Rückstellungen	21.904,00 €	20.320,00 €	22.210,00 €	1.890,00 €	9,30%
C. Verbindlichkeiten	15.673.941,66 €	17.340.249,52 €	17.686.888,08 €	346.638,56 €	2,00%
Summe Passiva	35.113.943,79 €	37.461.152,54 €	38.387.441,54 €	926.289,00 €	2,47%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	5.024.565,47 €	5.177.289,33 €	5.313.141,52 €	135.852,19 €	2,62%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	34.164,56 €	12.082,47 €	41.229,02 €	29.146,55 €	241,23%
3. sonstige betriebliche Erträge	166.823,91 €	74.159,95 €	45.721,91 €	-28.438,04 €	-38,35%
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.339.833,77 €	2.297.238,74 €	2.384.631,72 €	87.392,98 €	3,80%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	36.575,00 €	37.985,00 €	93.540,00 €	55.555,00 €	146,26%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00 €	0,00 €	10.615,61 €	10.615,61 €	
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	784.207,85 €	872.794,10 €	1.001.029,31 €	128.235,21 €	14,69%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	937.351,23 €	1.088.003,86 €	975.223,00 €	-112.780,86 €	-10,37%
Betriebsergebnis	1.127.586,09 €	967.510,05 €	935.052,81 €	-32.457,24 €	-3,35%

8. Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	117.964,52 €	102.516,01 €	52.198,69 €	-50.317,32 €	-49,08%
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Zinsen u. ähnlich Aufwendungen	307.783,14 €	356.778,97 €	381.858,60 €	25.079,63 €	7,03%
Finanzergebnis	-189.818,62 €	-254.262,96 €	-329.659,91 €	-75.396,95 €	29,65%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	937.767,47 €	713.247,09 €	605.392,90 €	-107.854,19 €	-15,12%
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.104,23 €	2.190,73 €	1.071,73 €	-1.119,00 €	-51,08%
13. sonstige Steuern	3.745,01 €	3.745,01 €	3.745,01 €	0,00 €	0,00%
Jahresüberschuss	930.918,23 €	707.311,35 €	600.576,16 €	-106.735,19 €	-15,09%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Geschäftsbesorgung durch die Gemeinnützige Dürener Bauverein AG			

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2014 erhielt der Kreis Düren eine Dividende in Höhe von 82,00 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Angaben zum Unternehmen

Das im Jahre 1913 als Genossenschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Düren.

Die Geschäftsräume befinden sich in Düren, Grüngürtel 31.

Die Genossenschaft ist eine steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft mit partieller Besteuerung einzelner Geschäfte.

Das Unternehmen beschäftigt bis auf 2 befristete eingestellte Teilzeitmitarbeiter kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden durch das Personal der Dürener Bauverein AG, Düren, besorgt. Grundlage der Geschäftsbesorgung ist der Geschäftsbesorgungsvertrag aus 2008.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2014 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

Gesamtwirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. Die konjunkturelle Lage hat sich nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der folgenden Schwächephase im vergangenen Sommer zum Jahresende 2014 stabilisiert. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1 %, die des Staates um 1,0 %. Auch die Investitionen legten zu: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,7 % mehr in Ausrüstungen als ein Jahr zuvor. Die preisbereinigten Bauinvestitionen erzielten ebenfalls ein kräftiges Plus von 3,4 %. Die Sonstigen Anlagen lagen um 1,2 % über dem Vorjahresniveau. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresdurchschnitt 2014 trotz eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds etwas an Dynamik: Deutschland exportierte preisbedingt 3,7 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2013. Die Importe legten aber fast genauso stark zu (+ 3,3 %). Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – leistete dadurch einen vergleichsweise geringen Beitrag von + 0,4 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum 2014.

Arbeitsmarkt

Im Dezember 2014 waren 2.764.000 Arbeitslose (- 110.000 gegenüber Dezember 2013) zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2014: 6,4 % (Dezember 2013: 6,7 %). Im November 2014 gab es 43.063.000 Erwerbstätige, was einer Steigerung von 1,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht. Für 2015 gehen die Prognosen von einer Arbeitslosenquote von 6,8 % aus.

Kapitalmarkt

Die Zinsenentwicklung zwischen Anfang und Ende 2014 war durchweg negativ. In allen Fristigkeitsbereichen gingen die Effektivzinssätze zurück.

Die von der deutschen Bundesbank veröffentlichten Effektivzinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften unter 1 Mio. Euro mit einer Laufzeit über 5 Jahren zwischen Dezember 2013 und November 2014 sanken von 2,74 % auf 2,16 %. Für Kredite über 1 Mio. Euro mit gleicher Laufzeit sank der Zinssatz von 2,75 % auf 2,02 %.

Immobilienmarkt

Von Januar bis November 2013 wurde in Deutschland der Bau von 259.849 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 5,3 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2014 genehmigten Wohnungen waren 229.584 Neubauwohnungen. Das waren 4,3 % mehr als im Vorjahreszeitraum.

Ausweislich der dVV-Jahresstatistik betragen die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt im Berichtsjahr 2013 5,15 (+ 2,1 %) €/qm, in den alten Bundesländern 5,41 (+ 2,5 %) €/qm und in den neuen Bundesländern 4,85 (+ 1,9 %) €/qm.

Vor diesen wirtschaftlichen Hintergründen ist der geschäftsverlauf für unser Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu kennzeichnen. Die Erlösschmälerungen durch Leerstand sind von 14,2 % auf 13,4 % gesunken. Die Ursachen der Senkung liegen im Wesentlichen im Wiederbezug der Wohnungen in den Um- und Ausbaubjekten Blumenthalstraße. Bereinigt um den Leerstand in den Modernisierungsobjekten liegen die Erlösschmälerungen 2014 bei 1,7 %. Die Fluktuationsrate ist mit 8,4 % gegenüber dem Vorjahr (10,5 %) gesunken.

Wohnungsmarkt in Düren

Auf der Homepage der Stadt Düren unter der Rubrik "Zahlen der Stadt Düren" – Herausgeber: Stadt Düren – werden die allgemeine Situation und die wichtigsten Trends zusammengefasst.

Düren hatte Ende 2013 90.139 Einwohner.

Der Ausländeranteil beträgt 13.104 Einwohner; das sind 14,5 %.

Am 31.12.2011 lag der Gesamtwohnungsbestand bei 42.129 Wohnungen. bei Erstellung des Berichtes lagen die Zahlen von 2012 bis 2014 noch nicht vor.

Die im März 2014 vom Büro "Schulten – Stadt- und Raumentwicklung" für die Stadt Düren erarbeitete Studie "Düren Wohnen 2030" kennzeichnet den lokalen Wohnungsmarkt Düren u.a. wie folgt:

- Der Rückgang der Bautätigkeit und die Zunahme der Bestandskauffälle führen dazu, dass in Düren der Wohnungsbestand gegenüber dem Neubau an Bedeutung für die Wohnraumversorgung gewonnen hat.
- Große Teile des Wohnungsbestandes in Düren sind energetisch und hinsichtlich der Barrierefreiheit sanierungsbedürftig.
- Für eine alternde und singularisierte Stadtgesellschaft werden weitere Eigentums- und Mietwohnungen mit kleinerer Wohnfläche benötigt.
- Ein Hemmnis für investive Maßnahmen in Neubau und Bestand ist das im Vergleich zu den Oberzentren Köln und Aachen geringe Mietpreinsniveau in der Stadt Düren.

Abschließend ist festzustellen, dass auch die Steigerungen der Betriebskosten das Wohnen in Düren teuer machen.

Geschäftsentwicklung

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Jahresüberschuss von 601 T€, der oberhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses lag. Zur Wahrung des bisherigen Wohnungsstandards wurden Mittel in Höhe von 3.681 T€ für Instandhaltung und Modernisierung aufgewandt, die zu einer durchweg guten Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes führen. Für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Jahresüberschuss von 601 T€ (Vorjahr: 707 T€) erwirtschaftet.

Es ist beabsichtigt, satzungsgemäß 4 % Gewinnanteile auf Geschäftsguthaben auszuschütten. Satzungsgemäß wurde ein Betrag in Höhe von 569.944 € in die Gewinnrücklagen eingestellt. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziffer B. 2. verwiesen.

Geschäftstätigkeit**Neubautätigkeit**

Im Geschäftsjahr wurden keine Neubaumaßnahmen durchgeführt, da der Schwerpunkt der Tätigkeit auf die Modernisierung und Instandhaltung gelegt wurde.

Modernisierung (Um- und Ausbau) und Instandsetzung**Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 46-48**

Die am 01.12.2013 begonnene Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 46-48 mit 16 Wohnungen wurde zum 01.11.2014 fertig gestellt. Die Wohnungen wurden altengerecht umgebaut, energetisch saniert und dem heutigen Standard angepasst. Weiterhin wurden Aufzüge eingebaut. Die mit Gesamtkosten von 1.493 T€ kalkulierte Maßnahme wurde mit 1.393 T€ abgerechnet. Die Unterschreitung der Gesamtkosten beträgt 100 T€ = 6,7 %. Die Mieten betragen 6,80 €/m²/Wohnfläche.

Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 41-43

Am 22.04.2014 wurde mit der Um- und Ausbaumaßnahme Blumenthalstr. 41-43 mit 16 Wohnungen begonnen. Die Wohnungen wurden altengerecht umgebaut, energetisch saniert und dem heutigen Standard angepasst. Weiterhin wurden Aufzüge eingebaut. Die Gesamtkosten betragen 1.514 T€. Haus 41 wurde am 01.01.2015 und Haus 43 am 01.02.2015 wieder bezogen. Die Schlussabrechnung stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch aus. Die Mieten betragen 6,80 €/m²/Wohnfläche.

Um- und Ausbaumaßnahme Kopernikusstr. 55

Am 24.03.2014 wurde mit dem Umbau des Einfamilienhauses Kopernikusstr. 55 begonnen. Die Fertigstellung der Umbauarbeiten erfolgte zum 01.11.2014. Durch die Modernisierung wurde das Haus dem heutigen Standard angepasst. Die mit Gesamtkosten von 101 T€ kalkulierte Maßnahme wurde mit 62 T€ abgerechnet. Die Unterschreitung der Gesamtkosten beträgt 39 T€ = 38,6 %. Die Miete beträgt 5,20 €/m²/Wohnfläche.

Allgemeine Modernisierungstätigkeit

Im Verwaltungsgebäude Grüngürtel 31 wurde ein Aufzug eingebaut. Die Kosten beliefen sich auf 52 T€.

Die Modernisierungsmaßnahmen zur Bestandsverbesserung wurden weitergeführt. In 21 Wohnungen wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Wesentlichen handelt es sich um Heizungseinbauten, Badsanierungen, Erneuerung der Türen, Erneuerung

der Elektroinstallation und des Fußbodenbelages, sowie Anstrich- und Tapezierarbeiten. Die Gesamtkosten betragen 597 T€.

Instandhaltung

Für die Bestandserhaltung des Hausbesitzes wurden im Jahr 2014 insgesamt 747 TE aufgewendet. Das sind rd. 9,44 €/m² Wohn- Nutzfläche im Jahr inkl. Aufwendungen für die Behebung von Versicherungsschäden.

Abriss

Im Rahmen der Um- und Ausbauarbeiten und Neugestaltung der Außenanlage des Objektes Blumenthalstr. 41-43 wurden im Jahr 2014 insgesamt 4 Garagen abgebrochen.

Planung und Vorbereitung**Grunderwerb**

Konkrete Planungen hierzu existieren nicht.

Neubau

Es ist vorgesehen, auf den Grundstücken der abgerissenen Häuser Blücherstraße 79 und 94 in naher Zukunft Neubauten zu errichten.

Um- und Ausbauprogramm 2015 und folgende Jahre

Die Schwerpunkte der Tätigkeit sollen bei der Bestandpflege und Modernisierung liegen. Es wurde bis 2009 ein Modernisierungskonzept bis 2015/2016 erstellt. Ziel des Modernisierungskonzeptes ist es, eine Verbesserung der Vermietbarkeit durch Änderungen der Wohnungsgrundrisse bzw. Ausstattungsmerkmale sowie der energetischen Verbesserung zu erreichen. Entscheidungshilfe ist ein datenbankgestütztes Portfoliosystem. Der Bestand wird durch die im Jahre 2014 eingestellten Teilzeitmitarbeiter unter technischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht. Diese Erkenntnisse werden Grundlage der Bestandpflege und des Modernisierungskonzeptes ab 2017.

Vorgesehen für das Jahr 2015 sind folgende Maßnahmen:

Modernisierung

der folgenden Objekte:

- Blumenthalstr. 42, 44
- Blumenthalstr. 45, 47, 49
- Grüngürtel 3
- Grüngürtel 8
- Grüngürtel 14

Weiterhin werden die Sanierungsarbeiten in leerstehenden Wohnungen, insbesondere im Althausbestand, fortgeführt.

Wohnungsbewirtschaftung**Grundbesitz, haus- und Wohnungsbestand**

Der Grundbesitz der Genossenschaft beträgt flächenmäßig am 31.12.2014

a) bebaute Grundstücke	159.745 m ²
b) unbebaute Grundstücke	26.459 m ²
insgesamt	186.204 m ²

Hierhin sind Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 7.353 m² enthalten.

Am 31.12.2014 waren 256 Häuser mit insgesamt 1.213 Mietwohnungen, 5 gewerblichen Einheiten, 165 Garagen, 70 Einstellplätzen in 2 Tiefgaragen und 107 Stellplätzen vorhanden. Die gesamte Wohn-Nutzfläche beträgt 79.139 m².

Im Geschäftsjahr fanden 102 Mieterwechsel statt. Das entspricht einer Fluktuationsrate von 8,4 %. Am 31.12.2014 standen insgesamt 142 Wohnungen und 49 Garagenstellplätze leer. Darin enthalten sind 15 Wohnungen, in denen Umbauarbeiten durchgeführt werden. Diese Wohnungen sind deshalb nicht mehr belegt worden. Von den verbleibenden 27 Wohnungen konnten für 18 Wohnungen kurzfristig wieder Anschlussmietverträge abgeschlossen werden.

Unser Wohnungsbestand:

	Häuser	Wohnungen	gewerbl. Einheiten	Garagen	Einstellplätze in Tiefgaragen	Stellplätze	Wohn-/ Nutzfläche
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	255	1.213	1	162	20	107	77.953
Grundstücke mit geschäfts- und anderen Bauten	1	0	4	3	50	0	1.186
	256	1.213	5	165	70	107	79.139

Von den insgesamt 1.213 Wohnungen sind 345 öffentlich gefördert und 868 freifinanziert. Die 868 Wohnungen teilen sich auf in 29 Altbauwohnungen und 569 Neubauwohnungen.

Die Nettodurchschnittsmieten je Wirtschaftseinheit und je m² Wohnfläche und Monat stellten sich zum 31.12.2014 wie folgt dar:

bis	3,50 €	76 Wohnungen
	4,00 €	454 Wohnungen
	4,50 €	377 Wohnungen
	5,00 €	123 Wohnungen
	5,50 €	86 Wohnungen
	6,00 €	33 Wohnungen
	6,50 €	48 Wohnungen
	7,00 €	<u>16 Wohnungen</u>
		<u>1.213 Wohnungen</u>

Die Erlösschmälerungen aus Sollmieten betragen 415 T€. Auf nicht vermietete Wohnungen und Gewerbe entfällt ein Betrag von 402 T€ und auf nicht vermietete Garagen/Stellplätze 13 T€. In dem Betrag in Höhe von 401 T€ sind 342 T€ modernisierungsbedingter Leerstand enthalten. Die Erlösschmälerungen sind gegenüber dem Vorjahr um 16 T€ gesunken.

Die Abschreibungen auf Mietforderungen betragen 7 T€.

Die Entwicklung in den letzten Jahren ergibt sich aus den folgenden Kennzahlen:

Kennzahlenübersicht		2014	2013	2012	2011	2010
1. Bestandszahlen Bewirtschafteter Bestand						
Wohneinheiten	Anzahl	1.213	1.213	1.217	1.218	1.244
Gewerbeeinheiten	Anzahl	5	5	4	4	5
Garagen	Anzahl	165	169	177	190	197
Einstellplätze	Anzahl	70	70	70	70	70

Stellplätze	Anzahl	107	100	88	84	84
Wohnfläche/Nutzfläche	m ²	79.139	79.261	79.401	79.531	81.339
Durchschnittliche Wohnungsgröße	Wohn- m ²	64,27	64,37	64,37	64,42	64,51
Wohnungswirtschaftliche Kennzahlen						
Durchschnittliche Wohnungsmiete	Wohn- €/m ²	4,46	4,34	4,22	4,15	3,97
Durchschnittliche Betriebskosten	Be- €/m ²	1,76	1,77	1,73	1,59	1,67
Wohnungswechsel	Anzahl	102	127	114	92	110
Fluktuationsrate	%	8,4	10,5	9,4	7,6	8,8
Wohnungsleerstände	Anzahl	142	136	150	107	72
davon Modernisierungsbedingt	Anzahl	115	119	119	72	42
Sonstige	Anzahl	27	17	31	35	30
Neuvermietung						
angeschriebene Bewerber	Anzahl	511	915	706	794	959
davon Interessierte Bewerber	Anzahl	150	195	152	138	146
Absagen	Anzahl	223	393	322	405	513
nicht gemeldet	Anzahl	138	327	232	251	300

Mitglieder

Die ordentliche Mitgliederversammlung fand am 25. Juni 2014 statt.

Mitgliederbewegung

Bestand am 1.1.2014	1.953 Mitglieder mit	3.723 Anteilen
Zugang durch Neuaufnahmen	97 Mitglieder mit	172 Anteilen
	2.050 Mitglieder mit	3.895 Anteilen

	Mitgl.	Anteile		
Abgang				
durch Todesfälle	27	30		
durch Kündigungen	40	42		
durch Anteilsündigung	0	38		
durch Ausschluss	5	5		
durch Übertragungen	7	8	79 Mitglieder mit	123 Anteilen
Bestand am 31.12.2014			1.971 Mitglieder mit	3.772 Anteilen

Die Stadt Düren hat hiervon 817 Anteile, das sind 21,66 % der Gesamtanteile.

Mitgliederbewegung seit 2010

Jahr	Bestand am 1.1.	Zugänge	Abgänge	Bestand am 31.12.	Mit Anteilen
2010	2.008	85	108	1.985	3.104
2011	1.985	63	90	1.958	3.072
2012	1.958	67	97	1.928	3.742

2013	1.928	118	93	1.953	3.723
2014	1.953	97	79	1.971	3.772

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder betragen zum Ende des Geschäftsjahres 772 T€ (Vorjahr 762 T€).

Darstellung der Lage (§ 289 Abs. 1 HGB)

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 926 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen hat sich bei Zugängen von 3.125 T€ und Abschreibungen von 1.001 T€ um 2.124 T€ erhöht. Das Umlaufvermögen verminderte sich um 1.194 T€. Die Rechnungsabgrenzungsposten verminderten sich um 4 T€. Die Sachanlagen belaufen sich auf 83,1 % der Bilanzsumme.

Auf der Passivseite stieg das bilanzielle Eigenkapital um 577 T€. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 347 T€. Die Rückstellungen erhöhten um 2 T€. Die Verbindlichkeiten umfassen 46,1 % der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquote ist von 53,7 % in 2013 auf 53,9 % in 2014 gestiegen.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch entsprechend langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt.

Die Investitionen für Modernisierung, Ausbau und Erweiterung wurden fristgerecht durch Eigenmittel aus dem geldrechnungsmäßigen Überschuss und durch Aufnahme von Darlehen finanziert. In 2014 erfolgten die Auszahlung der Darlehen für die Um- und Ausbaumaßnahmen Blumenthalstr. 38-40, Blumenthalstr. 46-48 und Blumenthalstr. 37-39. Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für 2015 gewährleistet.

	31.12.2014		31.12.2013		
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Anlagevermögen	31.915	83,1	29.791	79,5	2.124
Umlaufvermögen	6.472	16,9	7.666	20,5	-1.194
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	4	0,0	-4
Gesamtvermögen	33.387	100,0	37.461	100,0	926
Passiva					
Eigenkapital	20.678	53,9	20.101	53,7	577
Rückstellungen	22	0,0	20	0,0	2
Verbindlichkeiten	17.687	46,1	17.340	46,3	347
Gesamtvermögen	38.387	100,0	37.461	100,0	926

Ertragslage

Der Jahresüberschuss im Jahr 2014 beträgt 601 T€. Er setzt sich zusammen aus dem Ergebnis der Hausbewirtschaftung in Höhe von + 619 T€, dem Ergebnis der Bautätigkeit von – 36 T€, dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von + 42 T€, dem außerordentlichen Bereich von – 23 T€ und Steuern von – 1 T€.

Die Minderung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 107 T€ ist im Wesentlichen bedingt durch gesunkene Sonstige betriebliche Erträge, gestiegenen Aufwendungen für die

Hausbewirtschaftung, gestiegenem Personalaufwand, sowie gestiegenen Abschreibungen auf Wohnbauten.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind um 136 T€ gestiegen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen die Erhöhung der Sollmieten. Die Sollmieten stiegen aufgrund von durchgeführten Mieterhöhungen, insbesondere durch Erhöhung wegen Vollmodernisierung.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 128 T€ aufgrund der Zugänge im Anlagevermögen.

Die Zinserträge sind um 50 T€ infolge von Habenzinssenkungen in 2014 gesunken.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird ein Überschuss gemäß Wirtschaftsplan von 466 T€ erwartet. Die Ertragslage ist unter Einbeziehung unserer Erfolgsplanung für die nächsten Jahre gesichert.

Finanzielle Leistungsindikatoren

der Vorstand hat aufgrund des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)** ein Risikomanagement eingerichtet. In verschiedenen Beobachtungsbereichen und Beobachtungsfeldern werden Risikoindikatoren ermittelt, die Frühwarninformationen liefern können. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklungen unterrichtet. Eine Kennziffernübersicht wurde erstellt, die auszugsweise nachstehend veröffentlicht wird:

		2014	2013	2012	2011	2010
1. Jahresabschlusszahlen						
Bilanzsumme	T€	38.387	37.461	35.114	33.175	32.698
Sachanlagevermögen	T€	31.915	29.791	27.293	24.236	24.003
Sachanlagenintensität	%	83,14	79,53	77,73	73,06	73,41
Investitionen in Sachanlagen	T€	3.124	3.371	3.842	1.313	1.212
Eigenkapital (langfristig)	T€	20.626	20.046	19.373	18.329	17.977
Eigenkapitalquote	%	53,70	53,51	55,17	55,25	54,98
Fremdkapital (langfristig)	T€	15.703	15.327	13.799	12.566	12.836
Fremdmittelquote	%	40,91	40,91	39,30	37,88	39,26
Umsatzerlöse	T€	5.313	5.177	5.025	5.210	5.085
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	T€	601	707	931	383	834
Cash-flow	T€	1.602	1.580	1.715	1.186	1.557
Tilgung (planmäßig)	T€	422	398	350	421	283
Ausschüttung	T€	31	25	25	25	26
Durchschnittlicher Buchwert Hausbesitz	€/m ²	398,84	371,46	339,47	300,17	291,04
Durchschnittliche Verschuldung	€/m ²	198,42	193,37	173,79	158,00	157,81
2. Kennzahlen zur Rentabilität						
Eigenkapitalrentabilität	%	2,91	3,54	4,82	2,08	4,65
3. Gewinn- und Verlustrechnung						
Sollmieten	T€	4.233	4.129	4.024	3.958	3.878
Erlösschmälerungen	T€	415	435	415	271	239
In Relation zur Sollmiete	%	9,80	10,54	10,31	6,85	6,16
Instandhaltungskosten	T€	719	611	680	1.523	1.113
Durchschnittliche Instandhaltungskosten	€/m ²	9,08	7,68	8,56	19,20	13,68

Abschreibungen auf Mietforderungen	T€	7	15	12	7	13
Verwaltungskosten	T€	931	891	720	695	669
Abschreibungen auf Sachanlagen (planmäßig)	T€	989	867	774	803	705
Zinsaufwendungen	T€	382	357	308	263	244

Voraussichtliche Entwicklung

Geschäftspolitische Grundlage der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozialverantwortbare Wohnungsversorgung. Zu dieser sozialen Verpflichtung hat die Genossenschaft seit der Gründung ihren Beitrag geleistet und wird diese Zielsetzung auch in Zukunft verfolgen.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird gemäß dem detaillierten Wirtschaftsplan mit einem Überschuss von 466 T€ gerechnet. bei der Planung wurde davon ausgegangen, dass sich die Vermietungssituation und die Kostenentwicklung ähnlich wie im Jahr 2014 entwickeln werden. Da der Wohnungsmarkt im Raum Düren von leicht rückläufiger Tendenz gekennzeichnet ist, gehen wir davon aus, dass die Vermietungssituation weiterhin schwierig bleibt. Ertragsverbesserungen durch Mietanpassungen sind nur noch in geringem Umfang möglich. Mit steigenden Mietausfällen muss gerechnet werden.

Die Schwerpunkte unserer zukünftigen Tätigkeit werden auch weiterhin die Erhaltung von kontinuierliche Verbesserung des Wohnungsbestandes im Rahmen der genossenschaftlichen Möglichkeiten sein. Ziel ist, die langfristige Vermietbarkeit unter Berücksichtigung der Mieterstrukturen und der Nachfrage am Wohnungsmarkt zu erhalten. Dieses kann dauerhaft nur über ein Wohnungsangebot mit entsprechenden Wohnungsgrößen, ansprechendem Wohnumfeld und gesteigertem Wohnungsausstattungsstandard, auch unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben, wie z.B. Energieeinsparmaßnahmen, erreicht werden. Der mittelfristige Ausbau der Modernisierungs- und Instandhaltungskontingente ist daher notwendig. Die Planung von Umbau- und evtl. Neubauvorhaben muss hierauf ausgerichtet sein.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2015 erwarten wir keine Steigerungen des Zinsniveaus für Kredite zur Finanzierung von Modernisierungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Inflationsrate ist zu beobachten. Eine Weitergabe von Preissteigerungen über die Miethöhe ist nicht unbegrenzt möglich. Verschärfend kommt in Düren hinzu, dass das verfügbare Einkommen der Bevölkerung im Durchschnitt unter dem von NRW liegt, was die Entwicklung der Sozialstruktur auch in den Fokus der Betrachtungen legt.

Diese Situation fordert jetzt eine solide Finanzierungspolitik unter Berücksichtigung öffentlicher Kreditprogramme und langfristig gesicherter Einnahmeströme. Diese Einnahmeströme der Genossenschaft sind nur gesichert, wenn die Mietwohnungen vermietbare Standards aufweisen. Hieran muss die Genossenschaft arbeiten.

Kritisch ist die Situation der öffentlichen Haushalte zu nennen. Die Genossenschaft betrachtet Wohnung, Haus und Umfeld als eine Einheit, die einen Mietwert darstellt. In Zukunft muss sich die Genossenschaft aufgrund der Finanzlage der öffentlichen Haushalte auch der Aufgabe der Umfeldgestaltung intensiver als bisher widmen.

Die Mietpreise unter dem Bundesdurchschnitt in Düren haben bei veränderten Inflationssätzen negative Auswirkungen auf das Instandhaltungs- und Modernisierungsprogramm.

Chancen der künftigen Entwicklung

Die bundesweit zu beobachtenden Trends, dass immer mehr ältere Menschen aus den Vororten zurück in die Stadt ziehen und junge Familien Wohnraum in der Stadt suchen, ist auch in Düren festzustellen. Durch eine Verstärkung der Betreuung der Mieter rund um die alltäglichen kleineren Wohnungsprobleme sowie durch soziale Projekte kann die Genossenschaft die Chance einer starken Mieterbindung ausbauen und dadurch zu einer stabilen wirtschaftlichen Lage der Genossenschaft beitragen. Nach wie vor bilden die in den letzten Jahren kontinuierlich durchgeführten Investitionen in den Bestand die Grundlage zukünftiger Erfolgspotentiale. Die positiven Auswirkungen des Modernisierungskonzeptes zeigen sich bereits jetzt nach der Modernisierung der Wohnhäuser in der Blumenthalstraße.

Der von der Stadt Düren aufgelegte Masterplan Innenstadt kann sich günstig auf die Entwicklung der Innenstädtischen Immobilien der Genossenschaft hinsichtlich der Finanzierbarkeit auswirken und ist daher zu beachten.

Ein zielgruppenorientiertes Marketing, das die Vorteile des genossenschaftlichen Wohnens in Düren für alte und neue Mieter herausstellt, wird die Vermarktungssituation in 2015 verbessern. Zu diesen Aktivitäten zählen, wie genannt, auch durchaus soziale Projekte zum Ausbau der Mieterbindung und zur Stärkung der Bestandsentwicklungspotentiale im Quartier Grüngürtel. Die derzeitige Erarbeitung eines Planes durch den Vorstand als konsequente Fortsetzung der bisher tragfähigen und erfolgreichen Strategien hat das Ziel, die Genossenschaft weiterhin wirtschaftlich abzusichern und auch zukünftig den Mitgliedern eine qualitativ ansprechende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu garantieren. Die Immobilien der Genossenschaft haben in der Stadt Düren ortsteilprägenden Charakter, sie haben Ecken und Kanten, sind markant und stehen für gewachsene soziale Mieterstrukturen. Derjenige, der das Besondere darin sieht, wir es nutzen wollen und dafür auch Miete zahlen, ein Umstand, den die Genossenschaft positiv belegt und der weiter auszubauen ist.

Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten. Insbesondere sind gravierende Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage negativ beeinflussen könnten, nicht erkennbar.

Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und besondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätsdarlehen mit 10-jähriger Zinsbindungsfrist. Aufgrund steigender Tilgungsanteile und gleichmäßig über die Jahre verteilter Prolongationstermine halten sich die Zinsänderungsrisiken in beschränktem Rahmen. Die Zinsentwicklung Umschuldungen vorgenommen.

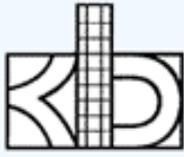
Weitere Finanzinstrumente wendet das Unternehmen nicht an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren e.G. ist mit einem Anteil von 2.556,46 € an der Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH

(WRW), Düsseldorf, beteiligt. Die Beteiligung wurde im Geschäftsjahr 2009 außerplanmäßig abgeschrieben, da die WRW Insolvenz angemeldet hat und dadurch die Beteiligung nicht mehr werthaltig war.

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung an der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft für Stadt und Kreis Düren eG selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Krankenhaus Düren gGmbH

Roonstraße 30
 52351 Düren
 Telefon: 02421/30-0
 Telefax: 02421/30-1387
 E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
 Homepage: www.krankenhaus-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses mit Krankenpflegeschule in Düren. Ziel des Betriebes ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH mit Sitz in Düren verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer und einen stellvertretenden Geschäftsführer. Jeder von ihnen ist allein vertretungsberechtigt. Die Geschäftsführung bedarf zum Abschluss der folgenden Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
2. Anschaffungen und sonstige Investitionen von über 80.000,00 € im Einzelfall, soweit solche zusätzlich zum Wirtschaftsplan erforderlich sind,
3. Aufnahme und Gewährungen von Krediten außerhalb des Wirtschaftsplanes,
4. Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen,
5. Erteilung und Rücknahme von Handlungsvollmachten,
6. Abschluss von Miet- und Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtpreis von mehr als 100.000,00 € in einem Jahr,
7. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 50.000,00 € liegt,
8. Eingehung oder Kündigung von Beteiligungen,
9. Übernahme von Betriebsführungen von anderen Krankenhäusern und Krankenhausgesellschaften.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus den Landrat des Kreise Düren und dem Bürgermeister der Stadt Düren sowie weiteren sechzehn Mitgliedern. Je

acht Mitglieder des Aufsichtsrates werden unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren und den Stadtrat der Stadt Düren benannt. Der Geschäftsführer, der stellvertretende Geschäftsführer, der leitende Arzt, die leitende Pflegekraft und der Betriebsratsvorsitzende nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil. Der Aufsichtsrat kann Ausschüsse bilden und ihnen einzelne Zuständigkeiten übertragen. Zu den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse können sachkundige Personen beratend hinzugezogen werden. Der Aufsichtsrat beschließt unbeschadet gesetzlicher Zuständigkeiten

1. die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers, der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte für den gesamten Geschäftsbereich,
2. den Inhalt der Anstellungsverträge des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers,
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
4. die Entlastung der Geschäftsführung,
5. die Einstellung, Anstellungsbedingungen und Kündigungen der Fachbereichsärzte, der Belegärzte, des Apothekers und der leitenden Pflegekraft und ihrer Vertreter,
6. die Bestellung des leitenden Arztes und seiner Stellvertreter auf Vorschlag des ärztlichen Vorstandes,
7. die Aufgliederung des medizinischen Bereichs des Krankenhauses in Fachabteilungen,
8. die Genehmigung des jährlich von der Geschäftsführung im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplanes und Stellenplanes),
9. den in der Gesellschafterversammlung vorzulegenden Jahresabschluss,
10. die Genehmigung der in § 20 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Rechtsgeschäfte.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Die Gesellschafterversammlung hat unbeschadet gesetzlicher Vorschriften insbesondere zu beschließen über

1. Änderungen der Satzung, insbesondere Änderungen des Zwecks der Gesellschaft, sowie den Beitritt weitere Mitglieder und Erhöhung bzw. Herabsetzung des Stammkapitals,
2. die Genehmigung der Abtretungen von Geschäftsanteilen und Teilen von Geschäftsanteilen,
3. die Auflösung der Gesellschaft,
4. die Beteiligung an anderen Unternehmen und die Aufgabe solcher Beteiligungen,
5. die Bestellung der Abschlussprüfers für das laufende Geschäftsjahr,
6. die Feststellung der Jahresabschlusses nach Entgegennahme der Berichte der Geschäftsführung, des Abschlussprüfers und des Aufsichtsrates,
7. die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates,
8. die Geldendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft

gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter und die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen gegen die Geschäftsführung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dr. med. Blum, Gereon	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	50 %
	Stadt Düren	9 Sitze	50 %
Gesellschafterversammlung:	Die Gesellschafterversammlung besteht aus zwei Mitgliedern. Je ein Mitglied der Gesellschafterversammlung wird vom Kreistag und vom Stadtrat bestellt. Die Mitglieder sind an die Beschlüsse ihrer Vertretungskörperschaft gebunden. Je 55.000 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden.	je 1 Sitz	je 50 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Balen, Yvonne	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dr. Schoeller, Maria	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Korn, Axel	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Strack, Birgit	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Weingartz, Hermann Josef	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

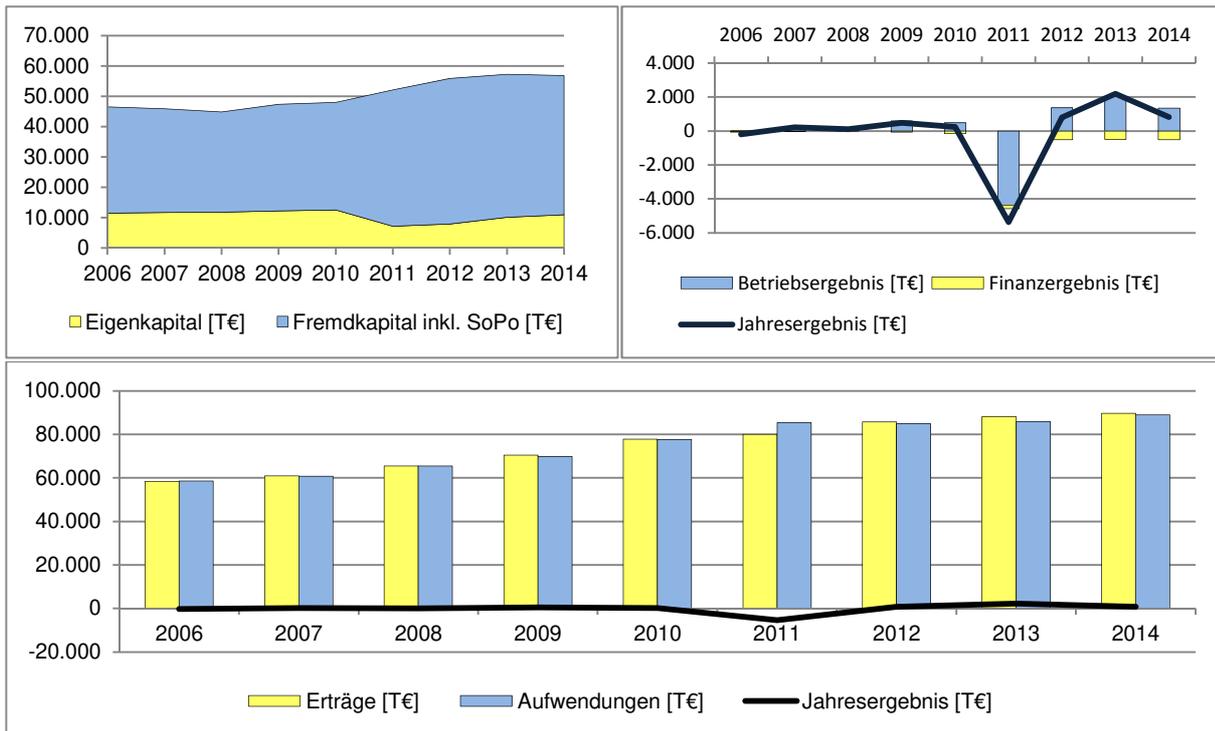
Rechtsform:	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.100.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	550.000,00 €	50%
Stadt Düren	550.000,00 €	50%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.039.789,63 €	971.754,45 €	936.007,13 €	-35.747,32 €	-3,68%
II. Sachanlagen	39.981.224,78 €	38.643.707,17 €	37.620.722,53 €	-1.022.984,64 €	-2,65%
III. Finanzanlagen	106.584,69 €	1.344.983,41 €	1.344.983,41 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	3.439.206,97 €	3.138.941,18 €	3.014.436,25 €	-124.504,93 €	-3,97%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	9.744.951,37 €	11.515.297,27 €	12.361.635,43 €	846.338,16 €	7,35%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	387.905,03 €	423.709,42 €	273.329,98 €	-150.379,44 €	-35,49%
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	1.170.327,91 €	1.173.735,25 €	1.177.142,58 €	3.407,33 €	0,29%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	21.988,49 €	50.470,69 €	61.715,80 €	11.245,11 €	22,28%
Summe Aktiva	55.891.978,87 €	57.262.598,84 €	56.789.973,11 €	-472.625,73 €	-0,83%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	1.100.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	4.224.113,19 €	4.184.018,93 €	4.143.924,67 €	-40.094,26 €	-0,96%
III. Gewinnrücklagen	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	1.533.875,64 €	0,00 €	0,00%
V. Bilanzgewinn	1.105.522,01 €	3.332.730,75 €	4.184.480,63 €	851.749,88 €	25,56%
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	21.665.706,80 €	21.420.941,53 €	20.796.156,22 €	-624.785,31 €	-2,92%
C. Rückstellungen	4.296.919,00 €	3.942.358,00 €	3.516.702,00 €	-425.656,00 €	-10,80%
D. Verbindlichkeiten	21.405.282,23 €	21.245.482,49 €	21.050.568,31 €	-194.914,18 €	-0,92%
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	560.560,00 €	484.390,64 €	408.221,30 €	-76.169,34 €	-15,72%
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	37.243,48 €	37.243,48 €	-
G. Passive latente Steuern	0,00 €	18.800,86 €	18.800,86 €	0,00 €	0,00%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	75.243.885,07 €	77.482.044,45 €	79.260.727,39 €	1.778.682,94 €	2,30%
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	526.937,27 €	-249.058,44 €	-2.264,24 €	246.794,20 €	-99,09%
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	111.366,46 €	4.420,43 €	-106.946,03 €	-96,03%
4. Zuweisungen und Zuschüsse der öfftl. Hand	145.312,41 €	347.778,59 €	245.722,50 €	-102.056,09 €	-29,35%
5. sonstige betriebliche Erträge	4.889.305,82 €	5.350.954,41 €	5.139.745,75 €	-211.208,66 €	-3,95%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	40.571.602,65 €	41.502.044,66 €	43.142.319,32 €	1.640.274,66 €	3,95%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.605.687,32 €	9.889.004,38 €	10.205.492,55 €	316.488,17 €	3,20%
6. Materialaufwand	22.258.640,71 €	22.304.581,88 €	21.266.316,52 €	-1.038.265,36 €	-4,65%
7. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.088.323,58 €	2.147.889,92 €	2.155.352,98 €	7.463,06 €	0,35%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
8. Erträge aus der Einstellung der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	3.407,33 €	3.407,34 €	3.407,33 €	-0,01 €	0,00%
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.700.430,90 €	2.742.317,91 €	2.834.405,44 €	92.087,53 €	3,36%
10. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	76.169,34 €	76.169,36 €	76.169,34 €	-0,02 €	0,00%
11. Aufwendungen aus der Zuführung von Sonderposten/verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.135.454,09 €	2.182.416,55 €	2.529.570,87 €	347.154,32 €	15,91%
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	285.548,23 €	415.265,09 €	641.332,37 €	226.067,28 €	54,44%
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	4.139.102,14 €	4.162.349,84 €	3.969.657,99 €	-192.691,85 €	-4,63%
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.312.889,86 €	5.517.177,79 €	6.623.648,45 €	1.106.470,66 €	20,06%
Betriebsergebnis	1.364.846,72 €	2.040.029,81 €	1.339.348,85 €	-700.680,96 €	-34,35%
15. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	8.702,35 €	89.024,61 €	1.521,00 €	-87.503,61 €	-98,29%
16. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	526.864,24 €	585.218,72 €	522.327,87 €	-62.890,85 €	-10,75%
Finanzergebnis	-518.161,89 €	-496.194,11 €	-520.806,87 €	-24.612,76 €	4,96%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	846.684,83 €	1.543.835,70 €	818.541,98 €	-725.293,72 €	-46,98%
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41.668,85 €	-643.278,78 €	6.886,36 €	650.165,14 €	-101,07%
19. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	805.015,98 €	2.187.114,48 €	811.655,62 €	-1.375.458,86 €	-62,89%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	1151	1135	1218

Verbindungen zum Kreishaushalt

Verlustausgleiche sind in den letzten Jahren nicht mehr zu leisten gewesen. Gewinnabführungen dürfen nach den Bestimmungen der Abgabenordnung wegen der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft nicht erfolgen.

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Krankenhaus Düren gGmbH insgesamt 27.176,99 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2014 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Kommunale Trägerschaft und regionaler Wirtschaftsfaktor

Als kommunales Krankenhaus sind wir ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. Am 31.12. des Berichtsjahres beschäftigte die Gesellschaft 1.180 Mitarbeiter, von denen rd. 38% unmittelbar in Düren und rd. 72% im erweiterten Kreisgebiet (PLZ-Bereich 523..) wohnhaft sind.

Der Umsatz mit regional ansässigen Firmen (PLZ-Bereich 523..) betrug im Berichtsjahr rund 6,1 Mio. EUR (Vorjahr 6,3 Mio. EUR). Das entspricht rd. 18% (Vorjahr 19%) der gesamten Lieferantumsätze. Damit sind wir ein wesentlicher Motor der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung.

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH genießt zudem eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung der Region Düren. Im Jahr 2014 wurden 16.568 (Vorjahr 16.427) stationäre Patienten aus dem Kreis Düren, davon 8.983 (Vorjahr 8.908) Patienten unmittelbar aus dem Stadtgebiet Düren behandelt. Die voraussichtlich 2015 abgeschlossenen Umbaumaßnahmen der Patientenzimmer werden sich in Zukunft durch eine deutlich verbesserte Unterbringung der Patienten positiv auswirken.

Die Sicherstellung der ortsnahen Patientenversorgung bei moderner und qualitativ hochwertiger Medizin zählt zu den primären Aufgaben des Krankenhauses. Ein Anteil von über 87% (Vorjahr 88%) regional ansässiger stationär behandelter Patienten spiegelt somit die Verankerung der Krankenhaus Düren gem. GmbH in der Region wider.

Rahmenbedingungen der Geschäftsentwicklung Geschäftsverlauf 2014

Das Geschäftsjahr 2014 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 812 TEUR abgeschlossen. Insbesondere die um 3,5% (2.202 TEUR) gestiegenen Erlöse aus Krankenhausleistungen sowie die um 7,0% (308 TEUR) gestiegenen Erlöse aus Wahlleistungen haben das Jahresergebnis positiv beeinflusst. Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen gegenüber dem Vorjahr um 4,0% (211 TEUR) ab. Sie enthalten mit 960 TEUR aus dem Verkauf von Grundstücken mit aufstehenden Gebäuden an die KHD Träger GmbH resultierende Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen. Da Teile des veräußerten Anlagevermögens im Zuge des Krankenhausneubaus aus Fördermitteln finanziert wurden, wurde aus Gründen der Vorsicht ein Betrag in Höhe von 453 TEUR ergebnisbelastend den Verbindlichkeiten nach dem KHG zugeführt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass eine Bindungsfrist bzgl. der Fördermittel nicht mehr besteht. Im Falle eines zu erwartenden positiven Bescheides der zuständigen Fördermittelbehörde kann dieser Betrag im nächsten Geschäftsjahr ergebniswirksam aufgelöst werden.

Ergebnis belastend ist der weiterhin hohe Anteil der eigenmittelfinanzierten Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.719 (im Vorjahr 1.756 TEUR).

Details zu der Entwicklung der Erlöse sowie zu den Betriebs- und Jahresergebnissen der letzten Jahre sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	2014	2013	2012	2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen	65.773	63.572	61.989	58.822
Erlöse aus Wahlleistungen	4.743	4.434	4.176	3.029
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	7.633	7.884	7.325	6.830
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.112	1.592	1.754	2.334
Sonstige betriebliche Erträge	5.140	5.351	4.889	3.671
Betriebsergebnis	2.080	2.642	1.874	-988

Jahresergebnis	812	2.187	805	-5.368
----------------	-----	-------	-----	--------

Die Wahlleistungserlöse aus Zimmerzuschlägen konnten im Berichtsjahr um weitere 200 TEUR gesteigert werden.

Details zur Leistungsentwicklung der letzten 3 Jahre sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	2014	2013	2012	Differenz 2014 gegenüber 2013
Patienten / Fälle	18.381	18.058	18.986	323
zzgl. Patienten amb. Operieren	2.784	2.292	2.024	492
Verweildauer in Tagen	6,62	6,59	6,50	0,03
Geburten	608	551	554	57
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt VK)	778,1	772,7	765,3	5,4

Da neben dem Finanzbudget auch das Leistungsprogramm mit den Krankenkassen vereinbart wird, sind Abweichungen hiervon auszugleichen. Dies führt zu positiven oder negativen finanziellen Ansprüchen des Krankenhauses an die Krankenkassen bzw. umgekehrt.

Zum 31.12.2014 bestehen per Saldo Ausgleichsforderungen gegenüber den Kostenträgern in Höhe von 855 TEUR.

Der Rückgang der Fallzahlen in 2013, bedingt durch die Schließung der Kinderklinik zum 31.03.2013, konnte im Berichtsjahr teilweise wieder kompensiert werden.

Kooperationen wurden mit dem St. Marien-Hospital Birkesdorf als kooperatives Brustzentrum und in der Palliativmedizin mit dem St. Augustinus-Krankenhaus Lendersdorf vereinbart. Die Kooperationen sind von der Bezirksregierung Köln genehmigt.

Die zum 01.11.2009 im Rahmen eines modernisierten Ausbildungskonzeptes neu geschaffenen Teilzeitausbildungsplätze haben sich ebenfalls als erfolgreich erwiesen.

Das Leistungs- und Kostenniveau unseres Krankenhauses wird maßgeblich durch den Case-Mix-Index, sprich die Fallschwere der Patienten, beeinflusst. Der Case-Mix-Index (CMI) stieg im Berichtsjahr um rd. 1,1 % auf 1,087 (Vorjahr 1,075) und bildet den steigenden Anteil an komplexer medizinischer Behandlung ab.

Mit notariellem Vertrag vom 17. Dezember 2014 wurde eine Teilfläche des Krankenhausgrundstückes in der Größe von ca. 2.520 m² nebst aufstehenden Gebäuden an die KHD Träger GmbH unter Aufdeckung stiller Reserven veräußert.

Personal und Soziales

Im Jahresmittel 2014 wurden 778,1 Vollkräfte (VK) beschäftigt (Stand 31.12.: 780,5 VK). Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Vollkräfte.

Der Anteil der ärztlichen Mitarbeiter erhöhte sich im Jahresmittel um 2,4 VK auf 147,8 VK (Stand 31.12.: 149,4 VK). Der Anteil der pflegerischen und medizinischen Fachkräfte reduzierte sich um 2,5 VK auf 481,6 VK (Stand 31.12.: 483,3 VK).

Die gesetzlichen Sozialabgaben und Abgaben für Altersvorsorge in Höhe von 10.205 TEUR machten 19,1 % der Lohn- und Gehaltsaufwendungen aus. Darin enthalten sind Kosten für den Sanierungsbeitrag zur Rheinischen Zusatzversorgungskasse in Höhe von 1.360 TEUR.

Als personalintensiver Gesundheitsdienstleister achten wir darauf, dass unsere Mitarbeiter Professionalität und ein hohes Maß an Qualität in ihre Arbeit einbringen. Sie richten sich in ihrer Arbeitsweise auf die individuellen Bedürfnisse unserer Patienten aus. Das entspricht unseren Unternehmensleitlinien, die Maßstab unseres Handelns sind. Die Qualitätsziele werden durch Weiterbildungsmaßnahmen kontinuierlich unterstützt. Das Wissen und Können unserer Mitarbeiter beeinflusste das Ergebnis positiv.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

	2014		2013		Ergebnis- veränderung
	T€	%	T€	%	
Anlagevermögen	39.902	71,7	40.961	73,0	-1.059
Umlaufvermögen einschl. Rechnungsabgrenzungsposten	15.711	28,3	15.128	27,0	583
	55.613	100,0	56.089	100,0	-476
Eigenkapital abzgl. Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung	9.785	17,6	8.974	16,0	811
Sonderposten zzgl. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	21.204	38,1	21.902	39,0	-698
Rückstellungen	3.517	6,3	3.942	7,0	-425
Verbindlichkeiten	21.107	38,0	21.271	37,9	-164
	55.613	100,0	56.089	100,0	-476

Die Eigenkapitalquote beträgt 17,6 % (im Vorjahr 16,0%). Das Anlagevermögen ist zu 53,1 % (im Vorjahr 53,5%) mit Fördermitteln finanziert.

Finanzlage	2014 TEUR	2013 TEUR
Finanzmittelfonds am 1.1.	424	388
operativer Cash-Flow	1.212	1.286
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-971	-2.779
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-392	1.529
Veränderungen des Finanzmittelfonds	-151	36
Finanzmittelfonds am 31.12.	273	424

Ertragslage

	2014		2013		Ergebnis- veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Laufende Erträge						
Gesamtleistung aus dem Krankenhausbetrieb (einschließlich Ausbildungsfonds)	79.262	95,4	77.381	95,1	1.881	2,4
Sonstige betriebliche Erträge	3.596	4,3	3.624	4,5	-28	-0,8
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht zur Investitionsförderung	246	0,3	348	0,4	-102	-29,3
	83.104	100,0	81.353	100,0	1.751	2,2
Laufende Aufwendungen						
Personalaufwendungen	53.348	64,2	51.256	63,0	-2.092	-4,1
Lebensmittel	1.206	1,5	1.178	1,4	-28	-2,4
Medizinischer Bedarf	15.903	19,1	16.759	20,6	856	5,1
Wasser, Energie, Brennstoffe	1.618	1,9	1.813	2,2	195	10,8
Wirtschaftsbedarf	2.539	3,1	2.555	3,1	16	0,6
Verwaltungsaufwand	2.145	2,6	1.809	2,2	-336	-18,6
Instandhaltung	2.735	3,3	2.127	2,6	-608	-28,6
Steuern, Abgaben, Versicherungen	1.000	1,2	963	1,2	-37	-3,8
Sonstiger Betriebsaufwand	530	0,6	251	0,3	-279	-111,2
	81.024	97,5	78.711	96,6	-2.313	-2,9
Betriebsergebnis	2.080	2,5	2.642	3,4	-562	-21,3
Neutrales Ergebnis	972	1,2	1.795	2,2	-823	-45,8
Finanz- und Investitionsergebnis	-2.240	-2,7	-2.250	-2,8	10	-0,4
Jahresergebnis	812	1,0	2.187	2,8	-1.375	-62,9

Die Kosten für Honorarärzte sind mit 69 TEUR (im Vorjahr 197 TEUR) im medizinischen Bedarf enthalten.

Die betrieblichen Erträge haben sich im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf Grund eines Anstiegs der Erlöse aus Krankenhausleistungen um 2.201,8 TEUR sowie der Erlöse aus Wahlleistungen um 308,2 TEUR positiv entwickelt.

Das neutrale Ergebnis ist mit 641 TEUR geprägt durch die im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Grundstücks mit aufstehenden Gebäuden an die KHD Träger GmbH erzielten Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen.

Abweichungen des Jahresergebnisses zum Wirtschaftsplan ergeben sich im Wesentlichen wie folgt:

	Plan	Ist	Abw.
Fallzahl	18375	18381	6
Casemix-Index	1,100	1,087	-0,013
Casemix	20.213	19.984	-229
Vollkräfte	758	778	20

Erlöse aus Krankenhausleistungen	65.411	65.773	362
Erlöse aus Wahlleistungen	4.519	4.743	224
Erlöse aus ambulanten Leistungen	7.754	7.633	-121
Sonstige Erlöse	5.218	6.499	1.281
Personalaufwand	51.234	53.348	2.114
Materialaufwand	22.771	21.266	-1.505
Sonstige Aufwendungen	8.225	9.222	997
Jahresüberschuss	672	812	140

Risikobericht

Risiken bestehen derzeit insbesondere im Zusammenhang mit der Zubereitung und Verabreichung von Zytostatika an ambulante Patienten durch die Apotheke des Krankenhauses. Hier sind in jüngster Vergangenheit verschiedene Finanzgerichts- bzw. BFH-Urteile ergangen, die sich sowohl mit der ertrags- als auch umsatzsteuerlichen Behandlung dieser Thematik beschäftigen. Es wird derzeit auf Ebene der Deutschen Krankenhausgesellschaft mit den Kostenträgern eine einheitliche Vorgehensweise abgestimmt. Eine abschließende Beurteilung und somit abschließende Risikoeinschätzung kann somit erst später erfolgen.

Der Orientierungswert für das Jahr 2015 beträgt 1,44 % und ist bereits in die Landesbaserate eingerechnet. Dieser liegt deutlich unterhalb der von den Tarifparteien in der Lohnrunde 2015/16 abgeschlossenen Ergebnisse. Die Mehrkosten können nur zum Teil durch Maßnahmen im Personalbereich aufgefangen werden. Ein Großteil muss sich aus dem Umsatzwachstum generieren. Bei weiterhin hohem Investitionsbedarf in Gebäude und Technik ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit von eigenmittelfinanzierten Investitionen, weil die Investitionsförderung des Landes nicht ausreicht, die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren. Dies führt zu erhöhten Abschreibungen mit entsprechenden Belastungen der Jahresergebnisse und zum Entzug von Betriebsmitteln zu Investitionszwecken bei gleichzeitig gedeckeltem Budget. Gleichwohl setzt die Wirtschafts- und Finanzplanung des Krankenhauses auf eine solide Finanzierungspolitik und die Sicherstellung der Kapitaldienstfähigkeit, um auch weiterhin zukunftsichere Investitionen tätigen zu können. Hier sind korrigierende gesetzliche Maßnahmen notwendig und zurzeit in der politischen Diskussion.

Aus dem bisher bekannten Entwurf des Krankenhausrahmenplans 2015 ergeben sich nach heutigem Stand keine erkennbaren negativen Auswirkungen auf den Versorgungsauftrag des Krankenhauses. Der geplante Wegfall der Teilgebietsplanung bietet sowohl Chancen als auch Risiken für das Krankenhaus durch Verschiebungen im Wettbewerb. Da diese Fragestellung aber viele Krankenhäuser betreffen könnte, ist sie Bestandteil von weiteren Erörterungen zwischen der KGNW und der Landesregierung.

Weitere nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand des Krankenhauses betreffen könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Chancen- und Prognosebericht

Die laufende Wirtschaftsplanung sieht für die Jahre 2015 und 2016 Jahresüberschüsse in Höhe von 652 TEUR und 721 TEUR vor. Der Planung liegt ein Anstieg des Landesbasisfallwertes in Höhe von rd. 1,8% p.a. zu Grunde. Der geplante Leistungszuwachs liegt bei rd. 1,5% p.a. Nach derzeitigen Erkenntnissen sind diese Prognosen realistisch erreichbar.

Durch eine Straffung der medizinischen Ausrichtung und einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit gelang es, das Krankenhaus als den Schwerpunktversorger der Region weiter zu

stärken. Die Erfolgsfaktoren in der medizinischen Qualität entwickeln sich weiterhin positiv. Es ist weiterhin mit einem stabilen, kontrollierten Wachstum zu rechnen.

Das Krankenhaus wird aufgrund des finanziellen Zugewinns und steigender Leistungszahlen bei strenger Kostenkontrolle seine wirtschaftliche Lage weiter stabilisieren und ausbauen. Für das Jahr 2015 finden die Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern voraussichtlich im Juni 2015 statt.

Für 2015 erwarten wir weitere Wachstumsimpulse und weitere Verbesserungen in der Ertragslage. Getrieben werden diese durch einen wachsenden Bedarf an Gesundheitsleistungen infolge einer immer älter werdenden Bevölkerung und hausindividuell durch verbesserte Infrastruktur durch die im Januar 2012 in Betrieb gegangene Privatstation und umfangreiche Zimmersanierungen. Damit sind strukturelle Wettbewerbsnachteile der Vergangenheit behoben, die sich positiv auf Wachstumsimpulse und optimierte wirtschaftliche Prozesse im Krankenhaus auswirken werden. Wichtige Zertifizierungsprozesse und damit verbundenen Prozessverbesserungen werden Ende 2015 weitestgehend abgeschlossen sein und legen die Basis für eine Stärkung der Ertragskraft und weitere Wachstumsmöglichkeiten über das Jahr 2015 hinaus.

Das strategische Ziel der mittel- und langfristigen Ausrichtung ist eine hochwertige medizinische Versorgung in allen Bereichen sowie einer Konzentration der Spezialisierungen auf die Bereiche Tumorerkrankungen, Herz- und Kreislauferkrankungen, Erkrankungen der Verdauungs- und Stoffwechselorgane sowie auf Erkrankungen des Bewegungsapparates. Dadurch kann sich das Krankenhaus als Schwerpunktversorger zwischen Aachen und Köln sowie Eifel und Niederrhein weiter etablieren und durch die verzahnten und optimierten Angebote auch überregional Patienten anziehen.

Um sich der demographischen Entwicklung mit neuen Konzepten zu stellen, arbeitet das Krankenhaus an einer Langzeitstrategie „Krankenhaus 2030“, in die vor allem die generationengerechte Versorgung der Patientinnen und Patienten im Vordergrund steht.

Zur weiteren Sicherung des Standortes dient u. a. die Errichtung von zwei Ärztehäusern an der Merzenicher Straße im Rahmen eines umfänglichen Gebäudemanagementkonzeptes. Zentraler Punkt ist dabei die konstruktive Vernetzung mit niedergelassenen Arztpraxen unter Nutzung von Synergieeffekten. Die Fertigstellung der Ärztehäuser wird am 01.04.2015 bzw. am 01.07.2015 sein.

Neben der hochwertigen medizinischen Versorgung sind die positive Wahrnehmung des Krankenhauses in der Öffentlichkeit und das stabile Fundament der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag traten keine erwähnenswerten Ereignisse mehr im Krankenhaus ein. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmen

Die Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- 1) KHD Träger GmbH siehe Seite **245**

2) AGKAMED Holding GmbH

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung der Krankenhaus Düren gGmbH an der AGKAMED Holding GmbH unter 1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

**Standortentwicklungsgesellschaft
Vogelsang mbH (SEV)**

Vogelsang 71
53937 Schleiden
Telefon: 02444/915779-10
Telefax: 02444/915779-19
E-Mail: Thomas.Fischer-Reinbach@vogelsang-ip.de
Homepage: www.vogelsang-ip.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem "Internationalen Platz im Nationalpark Eifel". Die Gesellschaft führt die begonnenen Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanungen, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
- Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordinierung der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbliebener Fläche von ca. 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investitionsakquisition,
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs-/Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
- Betrieb und Unterhaltung der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltungskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die Dauer der Gesellschaft war befristet. Sie endete mit Ablauf des 31.12.2014. Die Gesellschafter haben 03.12.2014 am eine Verlängerung der Gesellschaft bis zum 31.12.2016 beschlossen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei von ihnen gemeinschaftlich oder durch einen von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer haben die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe des Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages und der Beschlüsse der Gesellschafter und des Aufsichtsrates zu führen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Dieser besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der Städteregion Aachen und Düren jeweils 1 Mandat zu. Das MWME wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt 2 Mitglieder. Der Aufsichtsrat berät über die Vorlagen für die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und gibt Beschlussempfehlungen ab. Er hat die Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und überwachen. Er beschließt insbesondere über die in § 7 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages aufgeführten Geschäfte.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i.S. d. §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. die Beteiligung an anderen Unternehmen,
3. der Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
4. Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,
6. die Zustimmung zur Abtretung, zur Belastung oder zur Teilung von Geschäftsanteilen,
7. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen welche der Gesellschaft aus der Gründung und/oder der Geschäftsführung gegen Geschäftsführung oder Gesellschafter zustehen sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen einen Geschäftsführer zu führen hat und
8. die Bestellung, Anstellung, Abberufung und Kündigung der Geschäftsführung und die Festsetzung ihrer Anstellungsbedingungen; das Gleiche gilt auch für die Prokuristen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Fischer-Reinbach, Thomas		
Aufsichtsrat:	Kreis Euskirchen	3 Sitze	23,08 %
	Stadt Schleiden	2 Sitz	15,38 %
	StädteRegion Aachen	1 Sitz	7,69 %
	Kreis Düren	1 Sitz	7,69 %
	MWME-NRW	4 Sitz	30,77 %
	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	2 Sitze	15,38 %

Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.	1 Stimme	je 240,00 € Stammkapital
-----------------------------------	--	----------	--------------------------

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafterversammlung:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent

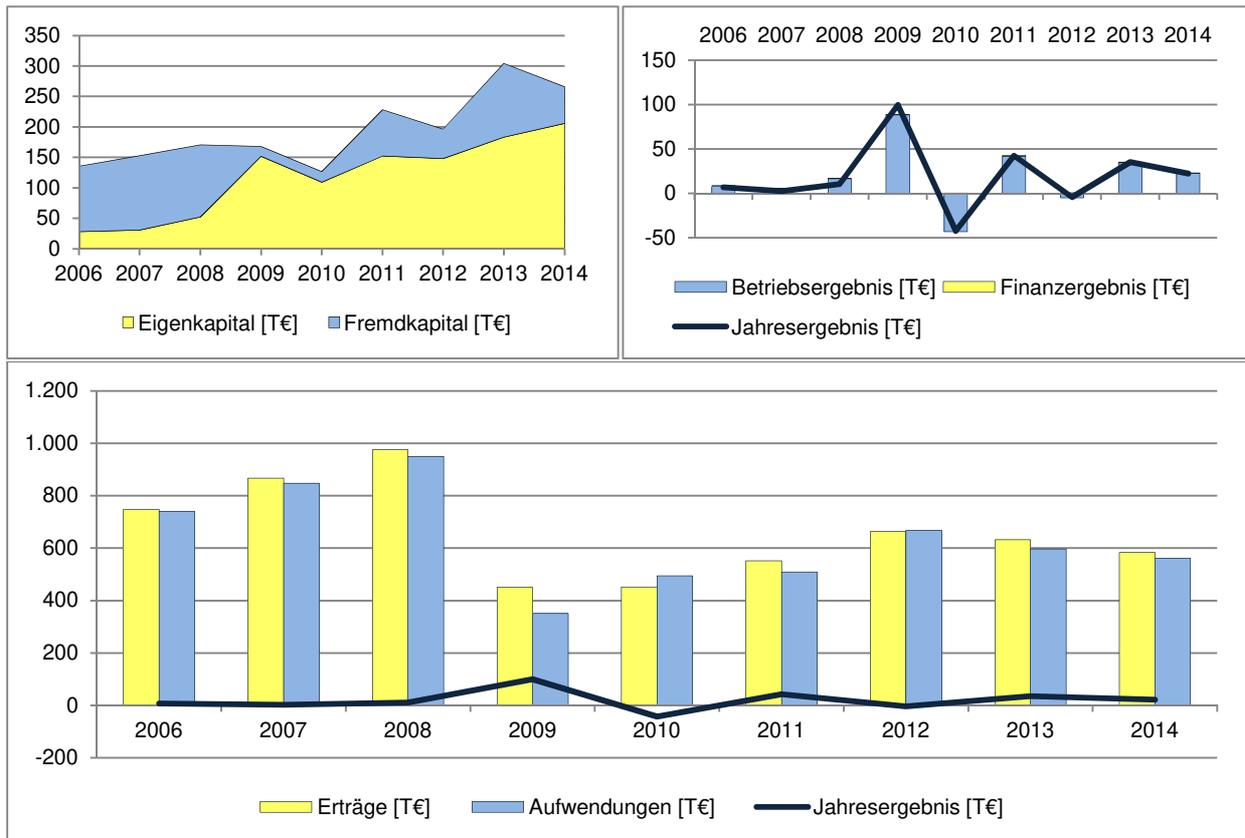
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	53937 Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	36.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00 €	33%
Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (MWME)	12.000,00 €	33%
Kreis Euskirchen	6.480,00 €	18%
StädteRegion Aachen	2.160,00 €	6%
Kreis Düren	2.160,00 €	6%
Stadt Schleiden	1.200,00 €	3%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,00 €	3,00 €	3,00 €	0,00 €	0,00%
II. Sachanlagen	26.927,00 €	20.172,00 €	15.369,00 €	-4.803,00 €	-23,81%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	11.874,40 €	15.626,98 €	15.515,03 €	-111,95 €	-0,72%
III. Wertpapiere	36.000,00 €	36.000,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00%
IV. Kassenbestand	119.354,41 €	230.914,97 €	196.564,65 €	-34.350,32 €	-14,88%
C. Rechnungsabgrenzungs- posten	2.288,90 €	1.721,42 €	2.434,82 €	713,40 €	41,44%
Summe Aktiva	196.447,71 €	304.438,37 €	265.886,50 €	-38.551,87 €	-12,66%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	36.000,00 €	36.000,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	115.999,11 €	111.875,74 €	147.177,24 €	35.301,50 €	31,55%
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-4.123,37 €	35.301,50 €	22.521,94 €	-12.779,56 €	-36,20%
B. Rückstellungen	13.710,00 €	14.274,00 €	17.424,00 €	3.150,00 €	22,07%
C. Verbindlichkeiten	34.861,97 €	106.987,13 €	42.763,32 €	-64.223,81 €	-60,03%
D. Rechnungsabgrenzungs- posten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Passiva	196.447,71 €	304.438,37 €	265.886,50 €	-38.551,87 €	-12,66%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	101.873,66 €	81.545,67 €	102.970,97 €	21.425,30 €	26,27%
2. Erhöhung/Minderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
3. sonstige betriebliche Erträge	560.952,62 €	549.474,97 €	480.291,00 €	-69.183,97 €	-12,59%
4. Materialaufwand	36.898,17 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
5. Personalaufwand	151.889,47 €	143.236,35 €	102.752,25 €	-40.484,10 €	-28,26%
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	12.393,05 €	11.006,43 €	10.012,66 €	-993,77 €	-9,03%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	466.501,25 €	442.060,40 €	447.607,85 €	5.547,45 €	1,25%
Betriebsergebnis	-4.855,66 €	34.717,46 €	22.889,21 €	-11.828,25 €	-34,07%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	978,29 €	781,08 €	333,69 €	-447,39 €	-57,28%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	978,29 €	781,08 €	333,69 €	-447,39 €	-57,28%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-3.877,37 €	35.498,54 €	23.222,90 €	-12.275,64 €	-34,58%
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	246,00 €	197,04 €	700,96 €	503,92 €	255,75%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-4.123,37 €	35.301,50 €	22.521,94 €	-12.779,56 €	-36,20%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Geschäfte werden durch die Mitarbeiter der LEG Stadtentwicklung Service GmbH sowie der LEG Management GmbH besorgt.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat für die laufende Finanzierung der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH in 2013 27.000 € gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die ursprünglich bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde zunächst um fünf Jahre bis Ende 2013, dann um ein weiteres Jahr bis Ende 2014 und zuletzt um zwei weitere Jahre bis

zum 31.12.2016 verlängert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €. Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2014

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2014 war die Projektentwicklung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe.

Die im Jahr 2012 begonnen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Besucher- und Bildungszentrum mit den beiden Kernaussstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum verlaufen nicht so zügig wie geplant. Diverse bautechnische Probleme führen zu Mehrkosten von mehr als 3,0 Mio. € und damit zu einem Investitionsvolumen von insgesamt über 45,0 Mio. €. Die Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination vogelsang ip ist im Dezember 2015 geplant. Der Baubetrieb sowie Infrastrukturmaßnahmen, wie die neue Buswendeschleife, haben Auswirkungen auf den Gesamtbetrieb und bedürfen der intensiven Abstimmung durch die SEV.

Für die als Internationale Begegnungsstätte geplante Jugendherberge konnte sich auch im Jahr 2014 mit dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Rheinland nicht auf ein endgültiges Finanzierungskonzept verständigt werden. Ziel ist die Einigung in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2015.

Für das Kernprojekt Nationalparkforstamt hatte sich das Land NRW Ende des Jahres 2013 entgegen bisheriger Absprachen auf die Realisierung eines Neubaus festgelegt. Nachdem eine grundsätzliche Klärung zwischen dem Land NRW und der BImA Ende des Jahres 2014 erfolgte, kann mit der Projektierung des Neubaus im Jahr 2015 begonnen werden.

Mit dem Rotkreuz-Zentrum Schleiden im ehemaligen NBC-Gebäude westlich des Malakoff-Komplexes konnte am Standort bereits die dritte Nutzung durch das DRK realisiert werden. Das DRK hat das Areal im Jahr 2014 erworben und wird es nach Umbauarbeiten im Jahr 2015 in Betrieb nehmen.

Die Ansiedlung privater Nutzer bleibt weiterhin schwierig. Allerdings war im Jahr 2014 im Gegensatz zu den Vorjahren ein deutlich gestiegenes Interesse privater Investoren zu verzeichnen. Für die sogenannten Kameradschaftshäuser befinden sich mehrere Nutzungskonzepte in der Entwicklung. Die Astronomie-Werkstatt „Sterne ohne Grenzen“ hat im Frühjahr 2014 ihren Betrieb aufgenommen, nachdem der Nationalpark Eifel in einem ersten Schritt von der International Dark-Sky Association als Sternenpark anerkannt wurde.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen konnte die SEV die Sanierung des Schmutzwassernetzes abschließen. Die Baumaßnahmen für die Versickerung der Regenwässer für einen Teil der nicht übertragenen Gebäude wurden im Frühjahr 2014 durchgeführt. Im September 2014 wurde nach Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden mit der Erstellung der neuen ÖPNV-Wendeschleife am Forum Vogelsang begonnen.

Zum Erhalt der historischen Bausubstanz am Schwimmbad wurden im Sommer 2014 die aufwendigen Sanierungsmaßnahmen der unterirdischen Räume durchgeführt. Für die Denkmalsubstanz wurde ein Schadenskataster erstellt.

Das ab Mai 2011 betriebene Geländemanagement-Modell „Bürgerarbeit“ musste im Frühjahr 2014 wegen der Einstellung der Förderung durch das Bundesverwaltungsamt beendet werden. Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2014 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern mit reduziertem eigenem Personal fortgeführt.

Die Eintragungen der Liegenschaft Vogelsang als Flächendenkmal und des nördlichen, etwa 54 ha umfassenden Bereichs als Bodendenkmal in die Denkmalliste der Stadt Schleiden sind Anfang 2014 erfolgt.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Trotz der Großbaustelle für das neue Forum Vogelsang und der derzeitigen unattraktiven Besucherführung sind die Besucherzahlen am Standort im Jahr 2014 wieder angestiegen. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2011 noch 200.000 betrug, sank 2012 zunächst auf 172.500 und 2013 nochmals auf 150.000 ab. Nach einer vorläufigen Auswertung der vogelsang ip gemeinnützige GmbH besuchten im Jahr 2014 mit ca. 165.000 wieder mehr Menschen Vogelsang. Mit Eröffnung des „Forum Vogelsang“ im Dezember 2015 wird für die kommenden Jahre ein stetiger Anstieg der Besucherzahlen auf 300.000 erwartet.

Ungebrochen ist nach wie vor auch im Jahr 2014 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino vogelsang ip weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als fünfzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der letzten Jahre im Jahr 2014 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren hat deutlich zugenommen. Für die „Astronomie-Werkstatt“ wurde die erste Phase realisiert, das DRK hat für sein Rotkreuz-Zentrum Schleiden das sogenannte NBC-Gebäude erworben. Die Projektentwicklungen für zwei Kameradschaftshäuser durch Privatpersonen aus der Region sollen im Jahr 2015 realisiert werden. Weitere Nutzungsideen für Bestandsgebäude befinden sich in der Entwicklungsphase.

Gleichzeitig führt allerdings die teilweise sehr negative Berichterstattung in der Presse über die Kostenentwicklung und Bauverzögerungen beim Forum Vogelsang zu Irritationen und Verunsicherung bei potenziellen Nutzern. Umso wichtiger für die weitere Gesamtentwicklung ist es daher, dass bei dem Leitprojekt „Forum Vogelsang“ und der Vogelsang ip gemeinnützige GmbH wieder Ruhe einkehrt.

Darüber hinaus wird es für den Verlauf des weiteren Entwicklungsprozesses entscheidend sein, ob es gelingt, die Finanzierungsfragen im Falle der Jugendherberge zeitnah zu lösen und eine klare Umsetzungsperspektive zu schaffen. Auch für die Realisierung des Neubaus des Nationalparkforstamtes sollten kurzfristig die weiteren Planungsschritte gegangen werden.

Die Impulse, die von der Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe für die Privatwirtschaft zu erwarten sind, werden dringend zur Akquisition weiterer Nutzungen benötigt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2014 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 22.521,94 € (Vorjahr: Jahresüberschuss von 35.301,50 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 265.886,50 € (Vorjahr: 304.438,37 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 15.372,00 € (Vorjahr: 20.175,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 250.514,50 € (Vorjahr: 284.263,37 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 205.699,18 € (Vorjahr: 183.177,13 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 60.187,32 € (Vorjahr: 121.261,13 €) gegenüber.

Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 196.564,65 € (Vorjahr: 230.914,97 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 205.699,18 € (Vorjahr: 183.177,24 €) gegenüber.

Ertragslage

Im Jahr 2014 entsteht ein Jahresüberschuss in Höhe von 22.521,94 € gegenüber einem Jahresüberschuss in Höhe von 35.301,50 € im Jahr 2013. Erträgen in Höhe von 583.595,66 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 561.073,72 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr

(450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das gesunkene Jahresergebnis ist ein Rückgang von Fördermitteln für „Bürgerarbeit“.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,04 € (Vorjahr: 302.260,00 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 102.752,25 € (Vorjahr 143.236,35 €) im Jahr 2014 für die Personalkosten.

Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 265.886,50 € (Vorjahr: 304.438,37 €) beträgt das Eigenkapital 205.699,18 € (Vorjahr: 183.177,24 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 77 % (Vorjahr: 60 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 196.564,65 € (Vorjahr: 230.914,97 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 23 % (Vorjahr: 40 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen und Risiken

Mit dem sich im Bau befindlichen Forum Vogelsang zum zentralen Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wird das Leitprojekt des Standorts voraussichtlich im Dezember 2015 in Betrieb genommen. Die reale Konversion, die vor neun Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit den schon betriebenen Einrichtungen Kulturkino vogelsang ip, Rotkreuz Museum, Umweltbildungshaus „Transit 59“, DRK-Zentrum Schleiden, Astronomie-Werkstatt und Schwimmbad auf einem guten Weg. Gute Chancen auf eine zeitnahe Umsetzung werden weiterhin für die Kernprojekte Internationale Begegnungsstätte, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt gesehen. Erfreulich ist auch, dass für zwei der sogenannten Kameradschaftshäuser private, leitbildkonforme Nutzungskonzepte vorliegen. Die Infrastruktur des Standortes konnte gegenüber dem Jahr 2006 qualitativ entscheidend verbessert werden.

Insgesamt verläuft die Konversion der ca. 100 ha großen „Camp Vogelsang“-Fläche aber langsamer als zu Beginn des Prozesses prognostiziert. Die vergangenen zwölf Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass die Überführung des geschichtsbeladenen, mitten im Nationalpark Eifel gelegenen Ortes in eine tragfähige zivile Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt.

Um das Vertrauen des Marktes in den Standort zu stärken und damit auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zu beleben, ist es entscheidend, dass das Forum Vogelsang mit den beiden zentralen Ausstellungen den Betrieb aufnimmt und dass für die schon lange angekündigten Kernprojekte Internationale Begegnungsstätte, Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Die zeitnahe Inbetriebnahme der in der Entwicklung befindlichen privaten Nutzungen würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination vogelsang ip stärken.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer fast ausschließlich öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und der kommunalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2016 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2016. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis Ende des Jahres 2016 nicht erkennbar.

Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2016 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Insbesondere die letzten Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass vor allem die Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe nicht so zügig verläuft wie im Jahr 2008 geplant. Der Großteil der sich interessierenden privaten Nutzer macht seine Investitionsentscheidung von einem funktionierenden Forum Vogelsang abhängig. Mit der Inbetriebnahme im Dezember 2015 wird sich die Nachfrage Privater weiter beleben. Gleichzeitig benötigt der Standort für einen nachhaltigen Bildungs- und Kulturbetrieb dringend die Errichtung der Internationalen Begegnungsstätte, d.h. die Schaffung ausreichender Übernachtungsmöglichkeiten.

Auch das Investitionsumfeld muss noch verbessert, d. h. die Infrastruktur in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

Innerhalb der bestehenden Laufzeit bis Ende 2016 wird die Gesellschaft nicht alle in der Entwicklung befindlichen Nutzungen und Infrastrukturprojekte umsetzen können und auch nicht für alle Bestandsgebäude eine neue Nutzung finden. Die Gesellschafter sollten sich darum frühzeitig darüber verständigen, wie und durch wen der Konversionsprozess im Jahr 2017 fortgeführt wird.

Für das kommende Geschäftsjahr werden geringe Überschüsse erwartet.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Technologiezentrum Jülich GmbH

Karl Heinz Beckurts Straße
52428 Jülich
Telefon: 02461/690-0
Telefax: 02461/690-100
E-Mail: info@tz-juelich.de
Homepage: www.tz-juelich.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines multifunktionalen Technologiezentrums, insbesondere für innovative Unternehmen und Existenzgründer.

Dies umfasst die An- und Vermietung geeigneter Räumlichkeiten, den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen und –räumen sowie das Angebot von Beratungs-, technischen und sonstigen Dienstleistungen. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligungen an Gesellschaften, die unter anderem den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an innovativen Unternehmen sowie die Betreuung und die Beratung dieser Unternehmen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind je zwei von ihnen zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam berechtigt. Durch Beschluss des Aufsichtsrates kann einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. Auf den Kreis Düren entfallen zwei Sitze.

Der Aufsichtsrat beschließt über:

1. die Festlegung der Grundsätze der Aktivitäten der Gesellschaft
2. die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer und Stellvertreter sowie über den Inhalt ihrer Anstellungsverträge
3. den Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer
4. die Empfehlung des von den Geschäftsführern jährlich in voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes (Finanz-, Investitions- und Erfolgsplan) und Stellenplanes sowie der Jahresabschluss an der Gesellschafterversammlung
5. die Vorbereitung aller der Gesellschafterversammlung durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag vorbehaltenden Angelegen-

heiten

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich mindestens einmal vor Ablauf des laufenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, die Einberufung einer Gesellschafterversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe zu verlangen. Außerdem muss die Gesellschafterversammlung unverzüglich einberufen werden, wenn dies der Aufsichtsrat oder die Geschäftsführung für erforderlich hält. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. die Feststellung der Wirtschafts- und Stellenpläne,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses,
3. die Verwendung des Bilanzgewinnes oder Abdeckung des Bilanzverlustes.
4. die Entlastung des Aufsichtsrates und des Geschäftsführers,
5. die Beauftragung der Abschlussprüfer,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter, gegen den Geschäftsführer bzw. den stellvertretenden Geschäftsführer,
7. die Änderung des Gesellschaftervertrages,
8. den Erwerb von Beteiligungen und Mitgliedschaften,
9. die Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft,
10. die Auflösung,
11. die Bestellung und Abberufung von Liquidatoren.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:

Dipl.-Kaufmann Aretz, Carlo

Aufsichtsrat:

Stadt Jülich	3 Sitze	23,08 %
AGIT GmbH	2 Sitze	15,38 %
Kreis Düren	2 Sitze	15,38 %
Forschungszentrum Jülich GmbH	1 Sitz	7,69 %
Hans Lamers GmbH & Co. KG	./.	0,00 %
RWE Power AG	./.	0,00 %
Enrichment Technology Company Limited	1 Sitz	7,69 %
Zuckerfabrik Jülich AG	1 Sitz	7,69 %
Sparkasse Düren	1 Sitz	7,69 %
Aachener Bank e.G.	1 Sitz	7,69 %
Deutsche Bank AG	1 Sitz	7,69 %

**Gesellschafter-
versammlung:**

Jeder Gesellschafter ist stimmberechtigt. 1 Stimme je 250,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Beyß, Georg	Kreis Düren	Kreisdirektor
Bertrams, Hans-Jürgen bis 31.12.2014	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Thiel, Stephan ab 26.03.2015

Kreis Düren Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Beyß, Georg

Kreis Düren Kreisdirektor

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

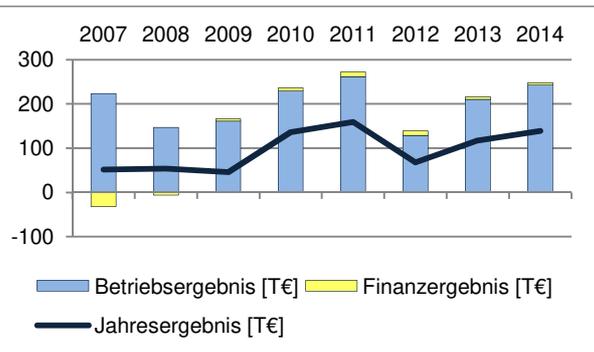
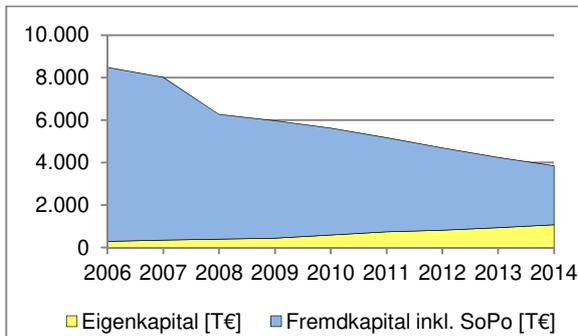
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52428 Jülich	
gezeichnetes Kapital:	153.387,57 €	

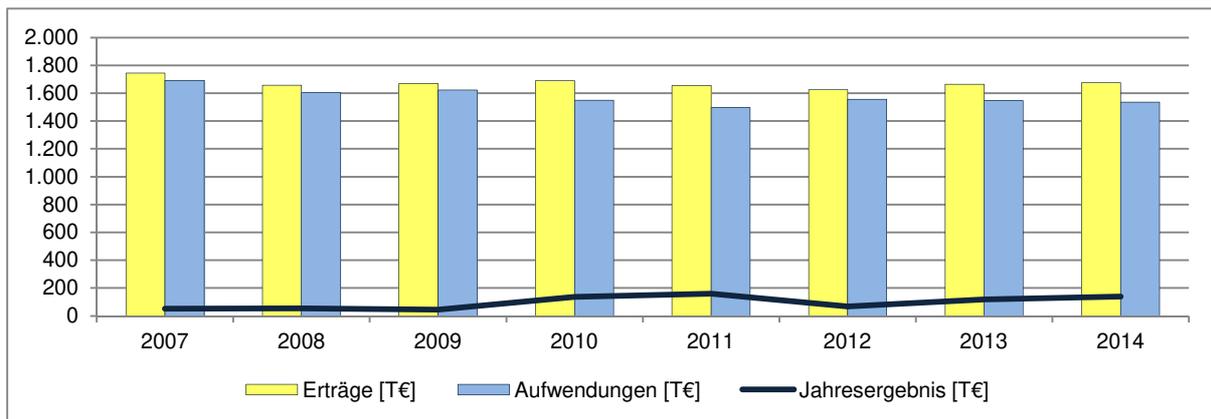
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Stadt Jülich	42.948,51 €	28%
AGIT GmbH	19.940,37 €	13%
Kreis Düren	15.338,76 €	10%
Forschungszentrum Jülich	7.669,38 €	5%
H. Lamers GmbH & Co KG	7.669,38 €	5%
Rheinbraun AG	7.669,38 €	5%
Urenco Deutschland GmbH	7.669,38 €	5%
Zuckerfabrik Jülich	7.669,38 €	5%
Sparkasse Düren	12.271,01 €	8%
Aachener Bank e.G	12.271,01 €	8%
Deutsche Bank	12.271,01 €	8%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
II. Sachanlagen	3.420.300,00 €	2.803.426,96 €	2.198.625,73 €	-604.801,23 €	-21,57%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. Sonstige Vermögensgegenstände	55.432,66 €	22.819,72 €	49.630,73 €	26.811,01 €	117,49%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.210.069,05 €	1.415.213,75 €	1.607.953,44 €	192.739,69 €	13,62%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	112,11 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Summe Aktiva	4.685.913,82 €	4.241.460,43 €	3.856.209,90 €	-385.250,53 €	-9,08%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	153.387,57 €	153.387,57 €	153.387,57 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinnvortrag	593.311,32 €	660.654,58 €	778.206,98 €	117.552,40 €	17,79%
III. Jahresüberschuss	67.343,26 €	117.552,40 €	139.308,81 €	21.756,41 €	18,51%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.819.116,00 €	2.280.544,96 €	1.741.973,92 €	-538.571,04 €	-23,62%
C. Rückstellungen	929.540,27 €	904.462,34 €	901.844,84 €	-2.617,50 €	-0,29%
D. Verbindlichkeiten	119.398,06 €	118.170,60 €	130.340,08 €	12.169,48 €	10,30%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	3.817,34 €	6.687,98 €	11.147,70 €	4.459,72 €	66,68%
Summe Passiva	4.685.913,82 €	4.241.460,43 €	3.856.209,90 €	-385.250,53 €	-9,08%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	870.712,33 €	923.741,26 €	1.014.521,40 €	90.780,14 €	9,83%
2. sonstige betriebliche Erträge	744.082,43 €	734.081,32 €	655.238,99 €	-78.842,33 €	-10,74%
3. Personalaufwand	277.457,26 €	278.841,83 €	268.597,63 €	-10.244,20 €	-3,67%
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	621.211,18 €	620.362,61 €	619.334,01 €	-1.028,60 €	-0,17%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	586.900,27 €	548.477,25 €	539.094,96 €	-9.382,29 €	-1,71%
Betriebsergebnis	129.226,05 €	210.140,89 €	242.733,79 €	32.592,90 €	15,51%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	9.540,85 €	6.086,52 €	5.377,05 €	-709,47 €	-11,66%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	9.540,85 €	6.086,52 €	5.377,05 €	-709,47 €	-11,66%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	138.766,90 €	216.227,41 €	248.110,84 €	31.883,43 €	14,75%
8. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	30.748,68 €	55.241,84 €	65.450,81 €	10.208,97 €	18,48%
10. sonstige Steuern	40.674,96 €	43.433,17 €	43.351,22 €	-81,95 €	-0,19%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	67.343,26 €	117.552,40 €	139.308,81 €	21.756,41 €	18,51%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Verbindungen zum Kreishaushalt

Ein Verlustausgleich, der von den Gesellschaftern – außer Forschungszentrum Jülich – im Verhältnis ihrer Stammanteile, jedoch höchstens bis zu dem zehnfachen jeweiligen Stammkapitalanteil zu leisten ist (für den Kreis Düren also höchstens 153.387,56 €), ist in 2014 nicht angefallen.

Der Kreis Düren ist zu 361/1000 Eigentümer am Grundstück des Technologiezentrums. Dieser Anteil ist an das Technologiezentrum verpachtet. Z.Zt. ist die Pacht ausgesetzt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Geschäftsverlauf

Die wirtschaftliche Lage der Technologiezentrum Jülich GmbH ist auch im Geschäftsjahr 2014 weiterhin von einer hohen Konstanz geprägt.

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft kann als ausgesprochen zufriedenstellend bezeichnet werden. Bestätigung finden diese positiven Beurteilungen des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses in den verschiedenen Kennzahlen.

Tätigkeit der Gesellschaft

Gründen und Forschen – beides ist ganz entscheidend für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Deutschlands lebendige Gründerszene schafft immer wieder neuen Schwung und ist Wachstumstreiber unserer Wirtschaft. Das gleiche gilt für die forschenden Unternehmen mit ihren neuen Technologien und innovativen Produkten.

Innovations- und Gründerzentren in Deutschland bringen diese Partner in idealer Weise zusammen. In den Zentren werden junge Unternehmen in allen die Unternehmensgründung betreffenden Fragen betreut. Gleichzeitig finden sie dort hervorragende Rahmenbedingungen im Hinblick auf Infrastruktur und Serviceleistungen.

Diese idealen Rahmenbedingungen sind für Gründer beste Voraussetzungen für ein erfolgreiches und schnelles Wachstum. Da sich die Innovationszentren vorrangig an innovative, technologieorientierte Gründer richten, sind sie idealerweise an Standorten mit Nähe zu Hochschulen, Universitäten oder Forschungsinstituten ansässig.

Insbesondere diese aus wissensbasierten und forschungsintensiven Gründungen entstandenen Unternehmen tragen wesentlich zur Wertschöpfung bei und schaffen neue Arbeitsplätze. Als Instrumente regionaler Wirtschaftsförderung leisten Innovationszentren damit einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der Volkswirtschaft. Im Jahr 2013 betreuten sie rund 1.400 Unternehmensgründungen und trugen bis heute zur Schaffung rund einer viertel Million Arbeitsplätze bei.

Aktuell arbeiten deutschlandweit etwa 84.000 Mitarbeiter in den 11.600 Unternehmen, die in einem Technologiezentrum beheimatet sind. Fast 30.000 Unternehmen haben die Zentren nach einer Gründungs- und Wachstumsphase bereits wieder verlassen und sich in den Regionen angesiedelt.

Stand der Vermietung

In 2014 bewegt sich die Auslastung stabil auf hohem Niveau und liegt im Jahresdurchschnitt bei 99 %.

Zum 01.01.2015 liegt die Auslastung des Hauses bei 99,26 %.

Die durchschnittliche Verweildauer der Unternehmen im TZJ beträgt ca. 3,5 Jahre und liegt damit in den Größenordnungen, die den Zielvorstellungen des Geschäftskonzeptes des TZJ entsprechen.

Im Technologiezentrum sind 33 Firmen ansässig, die ca. 280 festangestellte Mitarbeiter, studentische Aushilfskräfte sowie Diplomanden beschäftigen. Das Spektrum reicht von Einzelunternehmen bis zu Unternehmen mit über 80 Mitarbeitern.

Seit dem Beginn der Vermietungstätigkeit vor über 20 Jahren haben zwischenzeitlich insgesamt 181 Unternehmen die komplexen Angebotsstrukturen im TZJ im Rahmen ihrer Mietverhältnisse genutzt. Fast die Hälfte davon (85) fallen in die Kategorie der „klassischen“ Existenzgründer, so dass sich das TZJ mit Fug und Recht auch als ein Existenzgründungszentrum bezeichnen kann.

Bis zum Stichtag 1. Januar 2015 haben insgesamt 150 Unternehmen das TZJ wieder verlassen:

54 dieser Unternehmen verblieben im Kreis Düren, 37 weitere im Technologie-Region Aachen. Damit ist es gelungen, über 50 Prozent dieser Firmen im engeren Sprengel zu halten, 20 Firmen fanden ihren Standort innerhalb von NRW, weitere 16 in anderen Bundesländern. 13 Firmen nahmen ihren neuen Firmensitz im Ausland und lediglich zehn der im Hause betreuten und begleiteten Unternehmen mussten einen Insolvenzantrag stellen.

Seit Juni 2014 hat die TZJ-GmbH die Vermietung der „HighTech Mall“ für die Kreis Düren Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mbH übernommen und im Laufe des Jahres das gesamte Gebäude vermietet.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In Deutschland wird wieder gegründet! Die aktuellen Gründungszahlen sprechen für eine Belebung des Geschehens, vor allem im Nebenerwerb. Immer häufiger basieren Gründungen auf eigenen Geschäftsideen und werden nicht mehr aus Notsituationen heraus getätigt, denn viele

der Nebenverdiener besitzen bereits eine Vollzeitstelle in der freien Wirtschaft, in der Regel sicher und ausreichend dotiert. So bietet eine Gründung im Nebenerwerb die Chance, eigene Geschäftsideen zu verwirklichen, solange diese noch keine ausreichende Existenzgrundlage bieten.

Gründungen – vor allem technologisch motivierte – gelten weiterhin als wichtige Triebfeder für die stetige und notwendige Erneuerung der deutschen Volkswirtschaft.

Auch wenn sich das Gründungsklima wieder aufhellt und das Ansehen von Gründern in der Gesellschaft offenbar wieder wächst, so müssen dennoch zahlreiche Hausaufgaben gemacht werden, damit Deutschland ein wirklich attraktiver Gründerstandort wird.

Am besten fängt man damit bei den Jungen an, in den Schulen und bei den Erst-Semestern, z.B. indem StartUp-Unternehmen Schulpraktikumsplätze zur Verfügung stellen, Vorträge halten und sich mit Jugendlichen über ihre Einschätzung neuer Produkte und Geschäftsmodelle austauschen.

Sonstiges

Zahlreiche Unternehmen und Institutionen haben in den vergangenen sechs Monaten das Technologiezentrum Jülich GmbH als Veranstaltungsort angenommen.

Die Gesellschafter Forschungszentrum Jülich (FZJ), Stadt Jülich, Enrichment Technology, die Partnerunternehmen und diverse Berufsverbände führen in unregelmäßigen Abständen Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen im TZJ durch.

Besuch des Lions Clubs Kreuzau-Rureifel (10.02.2014)

Auf Einladung des Beiratsvorsitzenden der TZJ-GmbH, Herrn Prof. Dr. Johannes Gartzten, besucht der Lions Club Kreuzau-Rureifel das Technologiezentrum Jülich.

Herr Aretz begrüßt die Gäste und stellt die Aufgaben eines Technologiezentrums anhand einer Präsentation dar.

Herr Prof. Peter Tass, Direktor des Instituts für Neurowissenschaften und Medizin im Forschungszentrum Jülich, der für seine Forschungen zusammen mit Prof. Volker Sturm von der Universität Köln mehrfach ausgezeichnet wurde, referiert anschließend zu den Themen Tinnitus und Parkinson.

Grundlage für die innovative Therapie gegen Parkinson und Tinnitus ist der von Prof. Tass patentierte Coordinated Reset (CR). CR steht dabei für einen komplexen mathematischen Stimulationsalgorithmus: Dieser steuert gezielt und individuell angepasste Therapiesignale an Nervenzellen Tinnitus oder Parkinson assoziierten Bereichen im Gehirn an.

5. Workshop des Arbeitskreises Solarthermische Kraftwerke (20.02.2014)

Zum fünften Mal lädt die ee energy engineers GmbH in Kooperation mit dem DLR e.V. (Netzwerk Kraftwerkstechnik der Energieregion NRW) zu einem Workshop zahlreiche Vertreter der Firmen und Einrichtungen, die im Bereich Solartechnik tätig sind, ins Technologiezentrum Jülich ein. In Vorträgen und Diskussionen beschäftigen sie sich mit den Möglichkeiten, die die unterschiedlichen Märkte für Solarwärmekraftwerke bieten und besuchen mit Prof. Hoffschmidt und Herrn Hartz vom DLR den Solarturm Jülich.

Kundenforum der Stadtwerke Jülich (02.04.2014)

Der zweite Gesprächsabend bzw. Kundenforum der Stadtwerke Jülich steht unter dem Leit-Thema „Energieeffizienz“.

Energie einsparen, Energieberatung und die entsprechenden Dienstleistungen der Stadtwerke Jülich werden ausführlich diskutiert.

Besuch des Lions-Clubs Jülich (14.05.2014)

Auf Einladung von Herrn Ass. Mewis, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der TZJ-GmbH, besucht der Lions Club Jülich das TZJ.

Herr Aretz referiert über die „Entwicklung und Funktion des Technologiezentrums Jülich - Fazit und Perspektive“.

Ferner erläutert Herr Werner, MeteoViva GmbH, deren Leitthema „Mit der Natur statt gegen die Natur – aktiver Klimaschutz mit MeteoViva Climate“.

„Climate“ ist ein neuer Standard in der intelligenten Beheizung und Klimatisierung von Gebäuden und soll zu einer Senkung des Energieverbrauchs zwischen 15 und 40 % führen und damit aktiv einen ökologisch wie ökonomisch wertvollen Beitrag zur Energiewende beitragen.

Podiumsdiskussion zu den Pannen am Jülicher Versuchsreaktor (10.06.2014)

Der Störfallbericht über die Pannen am Jülicher Versuchsreaktor - betrieben von 1967 bis 1988 – hat bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Das Papier wurde von einer Expertengruppe erstellt, unter Vorsitz von Christian Küppers (Öko-Institut Darmstadt).

Zu diesem Bericht findet eine öffentliche Informationsveranstaltung im TZJ statt. Im Mittelpunkt steht die Beantwortung von Fragen an die Expertengruppe, die im Vorfeld der Veranstaltung per Mail eingereicht wurden. Die Moderation der Veranstaltung übernimmt Herr Volker Uerlings, Redakteur der Aachener Zeitung.

Aus der Veranstaltung überträgt der WDR in seiner Lokalzeit für ca. 3 Minuten live aus dem Palmengarten.

7. Sonnenweg-Kongress (18. – 19.10.2104)

In Kooperation mit der Gesellschaft für Biologische Krebsabwehr e.V. veranstaltet der Verein Sonnenweg e.V. Jülich den 7. Sonnenweg-Kongress im Technologiezentrum Jülich. Referenten und Aussteller informieren über Gesundheitsvorsorge und individuelle Krebstherapien unter besonderer Berücksichtigung naturheilkundlicher Methoden.

Ausblick

Bau eines „Modularen Hochleistungsstrahlen (MHLS)-Gebäudes

Die TZJ-GmbH betreibt ein multifunktionales Technologiezentrum in Jülich, insbesondere für innovative Unternehmen und Existenzgründer. Dies umfasst die An- und Vermietung geeigneter Räumlichkeiten, den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen und –räumen sowie das Angebot von Beratungs-, technischen und sonstigen Dienstleistungen. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligung an Gesellschaften, die unter anderem den Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an innovativen Unternehmen sowie die Betreuung und die Beratung dieser Unternehmen betreiben.

Seit September 2010 ist das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) Mieter im Technologiezentrum Jülich und betreibt seit Juli 2011 mit seinem „Institut für Solarforschung“ im angrenzenden Gewerbegebiet Königskamp den „Solarturm“ zu Forschungs- und Entwicklungszwecken.

Das DLR benötigt zu Forschungszwecken weitere Hallenflächen, die jedoch derzeit im TZJ nicht zur Verfügung stehen. Nach zahlreichen Gesprächen plant die TZJ-GmbH - insbesondere auch im Hinblick auf eine festere Bindung des DLR an den Standort Jülich - eine Testanlage (MHLS) für das DLR zu errichten. In dieser möchte das DLR einen „Modularen Hochleistungsstrahler“ („künstliche Sonne“) aufbauen, der eine weltweit einzigartige Strahlungskonzentration mittels elektrischer Lampen ermöglicht. Hiermit möchte das DLR Tests und Qualifizierungen von Komponenten der konzentrierten Solartechnik durchführen. Mit der künstlichen Sonne können Experimente unabhängig von der Tageszeit und den Wetterbedingungen ermöglicht und die Forscher in die Lage versetzt werden, die Geschwindigkeit bei der Entwicklung neuer Solartechnologien zu erhöhen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Technologiezentrum Jülich GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Telefon: 0201/22 1377
Telefax: 0201/22 2974
E-Mail: info@vka-rwe.de
Homepage: www.vka-rwe.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlicher und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die kommunalen Anteilseigner der RWE AG haben ihre gesellschaftsvertragliche Struktur (Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 12.01.2006) den Anforderungen eines modernen, europäisch geprägten Gesellschaftsrechts angepasst. Die VKA's haben das kommunale Engagement in der Energiewirtschaft im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge bekräftigt und die Form ihrer Zusammenarbeit sowie die Strukturen ihrer Beteiligungen an der RWE AG modernisiert. Neben eher formellen Änderungen der Gesellschaftsverträge, wie der Umstellung des Stammkapitals auf EURO und der Einstellung auf neue, insbesondere elektronischer Medien wurden die Gesellschaftsverträge an die Erfordernisse moderner Anlegerschutzvorschriften in Umsetzung europäischer Richtlinien an die Praxis, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, angepasst.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2013/2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Soweit nicht kraft zwingenden Rechtes etwas anderes vorgeschrieben ist entscheidet der Verwaltungsrat in allen Angelegenheiten der Gesellschaft, die aufgrund des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes der Bestimmung der Gesellschafter unterliegen und weder der Gesellschafterversammlung (§ 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages) noch der laufenden Geschäftsführung (§ 10 des Gesellschaftsvertrages) vorbehalten sind. Der Verwaltungsrat hat insbesondere die Geschäftsführung zu überwachen. Er kann wichtige Angelegenheiten an sich ziehen.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung ist ausschließlich zuständig, soweit nicht Zuständigkeiten kraft zwingenden Rechtes festgelegt sind, in folgenden Angelegenheiten:

1. Erhöhung oder Herabsetzung des Stammkapitals sowie sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
2. Erwerb, Aufgabe oder Weiterveräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich der vorübergehenden Übernahme solcher Beteiligungen zur Weiterveräußerung an Gesellschafter; der Beschluss setzt eine Änderung des Gesellschaftsvertrages voraus;
3. Zustimmung zur Übertragung, Veräußerung, Verpfändung, Zusammenfassung und Teilung von Geschäftsanteilen oder Teilgeschäftsanteilen;
4. Wahl des Vorsitzenden, des ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und der neun weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates;
5. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern;
6. Änderung der bestehenden Bindungsverträge über den kommunalen Aktienbesitz;
7. Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung) sowie Ergebnisverwendung;
8. Festsetzung der Nachschüsse
9. Entlastung der Geschäftsführung;
10. Entlastung des Verwaltungsrates;
11. Bestellung des Abschlussprüfers;
12. Aufnahme von Darlehen;
13. Auflösung der Gesellschaft. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Gesellschafter sowie von drei Vierteln des Stammkapitals.

Gebietsausschuss: Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet. Die Gebietsausschüsse haben die Aufgabe

1. regionale Probleme ihres Gebietes zu erörtern;
2. die Teilnahme der Gesellschafter an der Tätigkeit der Gesellschaft zu fördern und die Arbeit der Gesellschafterversammlung des Verwaltungsrates auf eine breitere und lebendigere Grundlage zu stellen;

3. die Interessen der Gesellschafter an den Aufgaben der Gesellschaft zu vertiefen;
4. Anregungen für die zuständigen Organe zu erarbeiten und
5. auf Anforderung der Gesellschafterversammlung oder des Verwaltungsrates sich gutachterlich zu äußern.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Graef, Roger Landrat a.D.
Gerlach, Ernst Staatssekretär a.D.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und neun weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt

Gesellschafterversammlung: In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Gebietsausschuss: Dem Gebietsausschuss Nord: Alle Gesellschafter aus dem Land Niedersachsen und dem Regierungsbezirk Münster mit Ausnahme des Gebietes des Regionalverbandes Ruhr und aus den Regierungsbezirk Detmold.

Dem Gebietsausschuss Süd: Alle Gesellschafter aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland.

Dem Gebietsausschuss Mitte: Alle Gesellschafter aus dem Regierungsbezirk Köln und Arnsberg sowie den Städten Remscheid und Solingen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf.

Dem Gebietsausschuss West: Alle Gesellschafter aus Nordrhein-Westfalen, die nicht einem der übrigen Gebietsausschüsse angehören.

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Vertreter des Kreises Düren

Verwaltungsrat: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Gebietsausschuss Mitte: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	45128 Essen	
gezeichnetes Kapital:	127.822,97 €	

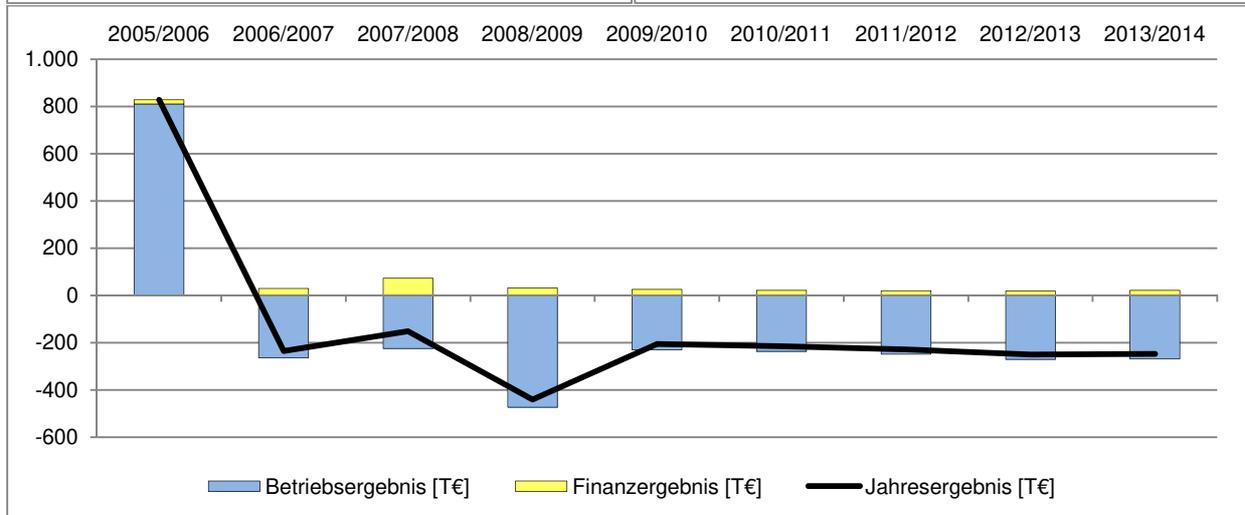
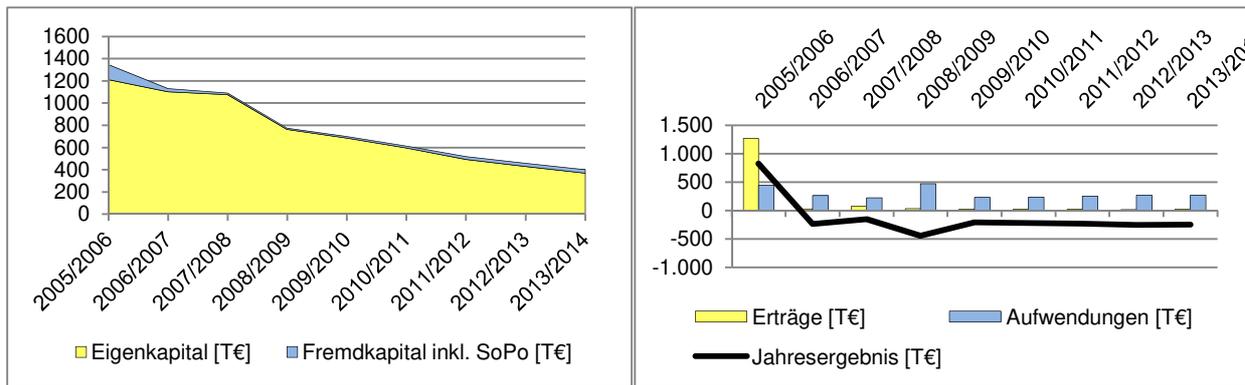
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Kreis Düren	536,86 €	0,42%

Auf eine weitere Darstellung wird wegen der hohen Anzahl der Gesellschafter verzichtet.

Bilanz	2011/2012	2012/2013	2013/2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	4.912,00 €	1.231,00 €	1.992,00 €	761,00 €	61,82%
II. Finanzanlagen	273.467,00 €	273.467,00 €	273.467,00 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	11.040,67 €	10.387,02 €	10.619,25 €	232,23 €	2,24%
II. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Guthaben bei Kreditinstituten	229.619,09 €	173.087,43 €	115.641,26 €	-57.446,17 €	-33,19%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	519.038,76 €	458.172,45 €	401.719,51 €	-56.452,94 €	-12,32%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97 €	127.822,97 €	127.822,97 €	0,00 €	0,00%
Eigene Anteile	-2.045,16 €	-2.556,45 €	-2.556,45 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	805.585,68 €	993.517,68 €	1.181.449,68 €	187.932,00 €	18,92%
III. Gewinnrücklagen	402.045,16 €	402.556,45 €	402.556,45 €	0,00 €	0,00%
IV. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
V. Jahresergebnis ab 2008/2009 Bilanzergebnis	-840.395,27 €	-1.091.493,57 €	-1.338.887,06 €	-247.393,49 €	22,67%
B. Rückstellungen	20.800,00 €	21.600,00 €	22.584,45 €	984,45 €	4,56%
C. Verbindlichkeiten	5.225,38 €	6.725,37 €	8.749,47 €	2.024,10 €	30,10%
Summe Passiva	519.038,76 €	458.172,45 €	401.719,51 €	-56.452,94 €	-12,32%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2011/2012	2012/2013	2013/2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. sonstige betriebliche Erträge	3.807,00 €	451,65 €	813,40 €	361,75 €	80,10%
2. Personalaufwand	172.350,15 €	176.824,28 €	179.297,10 €	2.472,82 €	1,40%
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	2.368,39 €	1.652,00 €	683,66 €	-968,34 €	-58,62%
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	78.391,29 €	91.754,30 €	89.350,93 €	-2.403,37 €	-2,62%
Betriebsergebnis	-249.302,83 €	-269.778,93 €	-268.518,29 €	1.260,64 €	-0,47%
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlage- vermögens	16.650,00 €	16.650,00 €	19.610,00 €	2.960,00 €	17,78%

	2011/2012	2012/2013	2013/2014	Veränderung in €	Veränderung in %
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	3.594,37 €	2.541,92 €	1.514,80 €	-1.027,12 €	-40,41%
Finanzergebnis	20.244,37 €	19.191,92 €	21.124,80 €	1.932,88 €	10,07%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-229.058,46 €	-250.587,01 €	-247.393,49 €	3.193,52 €	-1,27%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-229.058,46 €	-250.587,01 €	-247.393,49 €	3.193,52 €	-1,27%



	2011/2012	2012/2013	2013/2014
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3

Verbindungen zum Kreishaushalt

Die Gesellschafter sind verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse in jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzender Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse sind nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festzusetzen und einzuzahlen. In 2014 hat der Kreis Düren 806,00 € (Nachschusszahlung; Kostenanteil nach Verhältnis Geschäftsanteile) geleistet.

Auszug aus dem Lagebericht 2013/2014

Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2013/2014 ein Jahresfehlbetrag von € 247.393,49. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von € 187.932,00 in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 92,0 % der Bilanzsumme.

Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 24. November 2011 zur Minimierung zukünftiger Fehlbeträge einstimmig beschlossen, die Nachschüsse der Gesellschafter ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 um 50 % zu erhöhen.

Zurzeit werden Verhandlungen mit der Schwestergesellschaft VKA VEW (alt) (seit dem 1. Januar 2014 umbenannt in VKA RWE Westfalen) über eine zukünftige Kooperation und die Bündelung der Interessen der Gemeinden in Rheinland und Westfalen geführt. Die Verhandlungen sollen bis 2015 bzw. 2016 abgeschlossen und der Zusammenschluss der Gesellschaften bis zum 1. Januar 2017 vollzogen werden.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Vka Verband der kommunalen Aktionäre der RWE GmbH ist im Besitz von RWE-Aktien. Eine weitere Darstellung dieser Beteiligung entfällt, da die Beteiligung an der Vka selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.

	<p>vogelsang ip GmbH Vogelsang 71 53937 Schleiden Tel.: 02444/91579 23 Fax: 02444/91579 29 E-Mail: Albert.Moritz@vogelsang-ip.de Homepage: www.vogelsang-ip.de</p>
---	---

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von
 - a) Wissenschaft und Forschung
 - b) Bildung und Erziehung,
 - c) Kunst und Kultur
 - d) internationaler Gesinnung
 - e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur
 - f) Völkerverständigung
 - g) Umwelt- und Landschaftsschutz
 - h) Denkmalschutz
 - i) regionaler Identität sowie
 - j) demokratischen Gesellschaftsstrukturen
3. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich
 - a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - b) die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
 - d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.
4. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
5. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt. Die Mitglieder werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. Dem Aufsichtsrat obliegen insbesondere die

8. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan der Gesellschaft,
9. regelmäßige Beurteilung der Umsetzung des Wirtschaftsplans und Information der Gesellschafterversammlung über wesentliche Abweichungen,
10. Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und des Vorschlags für die Verwendung des Ergebnisses,
11. Entgegennahme des Prüfberichtes und Führen eines Abschlussgesprächs mit dem Wirtschaftsprüfer.

Vor der Umsetzung der folgenden Rechtshandlungen ist, soweit sie nicht bereits detailliert im Wirtschaftsplan ausgewiesen sind, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich.

1. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten sowie Rechten an Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten,
2. die Errichtung oder Veränderungen an Gebäuden,
3. die Übernahme von Bürgschaften und die Aufnahme von Darlehen,
4. die Eingehung von Wechselverbindlichkeiten,
5. die Einleitung, Führung und Beendigung von Rechtsstreitigkeiten, soweit der Streitgegenstand mehr als 25.000 € beträgt,
6. die Vergabe von Aufträgen, die Veräußerung von Gegenständen, der Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen sowie das Geschäften jegliche Art, die eine Wertgrenze von 50.000 € pro Geschäftsvorfall überschreiten,
7. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
8. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhande-

ner Tätigkeitsbereiche.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Die Gesellschafterversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von 75 % des Stammkapitals. Je 1 € Stammkapitaleinlage haben die Gesellschafter eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere über:

1. Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage, die Teilung sowie Einziehung von Geschäftsanteilen,
2. Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers, Abschluss und Kündigung der Geschäftsführungsanstellungsverträge, Weisungen an den Geschäftsführer,
3. Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung der Ergebnisse im Rahmen der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften,
4. Auswahl und Bestellung des Abschlussprüfers der Gesellschaft; sie kann den Gegenstand und den Umfang der Prüfung generell oder im Einzelfall über den in § 317 des Handelsgesetzbuches geregelten gesetzlichen Gegenstand und Umfang der Prüfung hinaus erweitern,
5. Entlassung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrats,
6. Sitzverlegung und Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von wesentlichen Teilen desselben,
7. Ausschluss bzw. Aufnahme von Gesellschaftern,
8. Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen, insb. Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
9. Strukturmaßnahmen, die Gegenstands- oder Zweckveränderungen gleichkommen,
10. Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren,
11. Änderung des Gesellschaftsvertrages,
12. Feststellung des Wirtschaftsplans,
13. die Erhöhung und Reduzierung des Gesellschaftskapitals,
14. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
15. alle Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungspflichtig erklärt,
16. die Übernahme neuer Aufgaben sowie die Aufgabe vorhandener Tätigkeitsfelder,
17. Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Beirats und Kuratoriums,
18. Erteilung und Widerruf von Prokura.

Die Einstellung und Entlassung von Personal bedarf der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Moritz, Albert		
	Hammers, Ulrich		ab 24.11.2015
Aufsichtsrat:	Landschaftsverband Rheinland	6 Sitze	40,00 %
	Kreis Euskirchen	3 Sitze	20,00 %
	Stadt Schleiden	1 Sitz	6,67 %
	StädteRegion Aachen	2 Sitze	13,32 %
	Kreis Düren	1 Sitz	6,67 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	6,67 %
	Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1 Sitz	6,67 %
Gesellschafterversammlung:	Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen.	1 Stimme	je 1,00 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent
Gesellschafterversammlung:	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

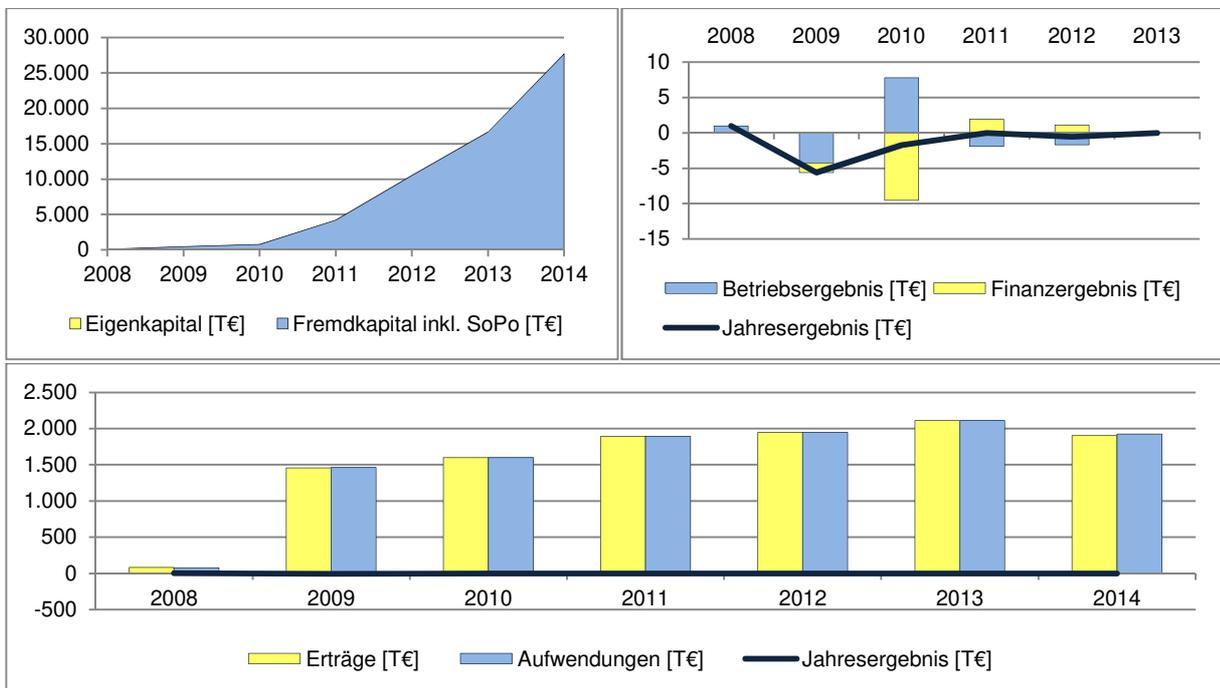
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Schleiden	
gezeichnetes Kapital:	27.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.650,00 €	50%
Kreis Euskirchen	7.800,00 €	28,57%
StädteRegion Aachen	1.950,00 €	7,14%
Kreis Düren	1.300,00 €	4,76%
Kreis Heinsberg	650,00 €	2,38%
Stadt Schleiden	1.300,00 €	4,76%
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650,00 €	2,38%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	20.272,00 €	27.931,00 €	17.169,00 €	-10.762,00 €	-38,53%
II. Sachanlagen	7.631.101,44 €	14.532.424,13 €	24.689.256,06 €	10.156.831,93 €	69,89%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	13.516,78 €	16.876,27 €	17.956,79 €	1.080,52 €	6,40%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.063.184,64 €	1.185.108,55 €	1.093.155,06 €	-91.953,49 €	-7,76%
III. Kassenbestand, Bundesbank guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.758.083,71 €	844.246,92 €	1.841.927,07 €	997.680,15 €	118,17%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.684,49 €	24.714,97 €	15.477,74 €	-9.237,23 €	-37,38%
Summe Aktiva	10.512.843,06 €	16.631.301,84 €	27.674.941,72 €	11.043.639,88 €	66,40%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	27.300,00 €	27.300,00 €	27.300,00 €	0,00 €	0,00%
II. Gewinn-/Verlustvortrag	-6.349,02 €	-6.891,62 €	-6.891,62 €	0,00 €	0,00%
II. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-542,60 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	6.513.344,50 €	11.753.589,93 €	21.325.779,17 €	9.572.189,24 €	81,44%
C. Rückstellungen	122.006,35 €	58.471,69 €	52.752,18 €	-5.719,51 €	-9,78%
D. Verbindlichkeiten	3.857.083,83 €	4.790.706,84 €	6.274.126,99 €	1.483.420,15 €	30,96%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	8.125,00 €	1.875,00 €	-6.250,00 €	-76,92%
Summe Passiva	10.512.843,06 €	16.631.301,84 €	27.674.941,72 €	11.043.639,88 €	66,40%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	464.486,31 €	412.099,90 €	375.901,46 €	-36.198,44 €	-8,78%
2. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	21.116,55 €	21.116,55 €	-
3. sonstige betriebliche Erträge	1.478.010,49 €	1.690.911,80 €	1.525.041,50 €	-165.870,30 €	-9,81%
4. Materialaufwand	55.203,90 €	40.186,36 €	56.618,74 €	16.432,38 €	40,89%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.003.894,55 €	1.036.926,09 €	1.022.204,09 €	-14.722,00 €	-1,42%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	198.842,97 €	218.757,39 €	227.540,84 €	8.783,45 €	4,02%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	68.774,51 €	110.174,61 €	104.304,32 €	-5.870,29 €	-5,33%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	617.448,02 €	696.969,51 €	501.457,46 €	-195.512,05 €	-28,05%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Betriebsergebnis	-1.667,15 €	-2,26 €	9.934,06 €	9.936,32 €	-439660,18%
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.679,66 €	8.519,20 €	4.468,26 €	-4.050,94 €	-47,55%
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.555,11 €	8.516,94 €	14.402,32 €	5.885,38 €	69,10%
Finanzergebnis	1.124,55 €	2,26 €	-9.934,06 €	-9.936,32 €	-439660,18%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-542,60 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-47,46%
9. Sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-542,60 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-47,46%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	35	38	35

Verbindungen zum Kreishaushalt

Für das Geschäftsjahr 2014 wurde ein Gesellschafterzuschuss i.H.v. insgesamt 23.809,52 € gezahlt (Finanzierungsanteil für den laufenden Betrieb der Gesellschaft).

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlage der Gesellschaft

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 ihres Gesellschaftsvertrages zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Im Jahr 2014 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR | (50 %)
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR | (28,57%)
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR | (7,14%)
- Kreis Düren mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR | (2,38%)
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR | (2,38%)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wird im jährlichen Wechsel durch Vertreter des LVR und des Kreises Euskirchen wahrgenommen.

Wirtschaftsbericht unkl. Geschäftsverlauf und VFE Lage

Geschäftsverlauf

Laufender Betrieb

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums von vogelsang ip mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,

- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

2012 erfolgte der temporäre Umzug des gesamten Betriebes vom Forum Vogelsang in das Kulturkino. Bedingt war dieser Umzug durch die zum gleichen Zeitpunkt beginnenden Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des „Forum Vogelsang“, was mit einer kompletten Einzäunung und Sperrung dieses zentralen Geländeteils sowie gravierenden Einschränkungen für den Besucherbetrieb einher ging (Wegfall der zentralen Besucherattraktion am „Adlerhof“, Wegfall der Turmaufstiege, Einschränkungen bei den Geländeführungen, baustellenbedingte Störungen, diversen Provisorien, etc. ...).

Trotz der wesentlich eingeschränkten Nutzungsbedingungen und der damit einhergehenden negativen Mund-zu-Mund-Propaganda unter potenziellen Besuchern konnte die Nachfrage auch in 2014 auf hohem Niveau gehalten werden, mit

- +/- 156.500 Besuchern, das sind plus 4% zum Vorjahr bzw. minus 22% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 200.500 Besuchern),
- +/- 1.260 Bildungsformaten mit +/- 23.700 Teilnehmenden, das sind minus 5% zum Vorjahr bzw. minus 43% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit +/- 2.200 Bildungsformaten mit +/- 38.000 Teilnehmenden),
- +/- 300 Formaten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen, das sind gegenüber dem Vorjahr annähernd gleichviele.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2014 zudem mehrere Sonderprojekte durchgeführt. Neben einem größeren, bildungsbezogenen

- Förderprojekt „Mensch, hast Recht!“ (gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft) sowie
- diversen vertiefenden Jugendbildungsprojekten (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter)

war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen

- Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen.

Investitionsprojekte

Neben dem laufenden Betrieb wurden im Jahr 2014 die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (Volumen: 35,1 Mio. EUR zzgl. 3 Mio. EUR Mehrkosten durch Unvorhergesehenes),
2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (Volumen: 3 Mio. EUR) und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (Volumen: 1,2 Mio. EUR)

durchgeführt. Der 10%ige Eigenanteil wird durch Finanzierungsanteile der Gesellschafter sichergestellt.

Im Jahre 2014 sind Mehrkosten von 3 Mio. EUR im Projekt Sanierung und Umbau absehbar. Die Klärung und Sicherstellung der Finanzierung der 3 Mio. EUR ist zum 31.12.2014 noch im Gange. Ein Nachfinanzierungsantrag an das Land NRW ist in Vorbereitung, erste kommunale Beschlüsse zur Gewährung des darauf entfallenden 10%igen Eigenanteils sind bereits gefasst. Die Sicherstellung der - bei Nichtförderung - ggf. erforderlichen Eigenfinanzierung durch die GmbH ist in Vorbereitung.

Der Abschluss der o.g. investiven Maßnahmen ist für August 2015 avisiert.

Die Rohbaumaßnahmen zum Umbauprojekt sind nahezu abgeschlossen, der Innenausbau des Forums ist gestartet. Ende 2014 sind +/- 70 % der Mittel für Sanierung und Umbau verausgabt.

Die Projekte NS-Dokumentation und Besucherzentrum sind aktuell innerhalb des jeweiligen finanziellen, fördertechnisch gesicherten Rahmens realisierbar. Wesentliche Gewerke der beiden Ausstellungsprojekte sind vergeben.

Geschäftsergebnis

Der lfd. Betrieb im Jahr 2014 kann angesichts der unter 2.2.1 genannten Nachfragewerte trotz der enorm eingeschränkten Besuchersituation durch die Großbaustelle am Forum noch als erfolgreich bewertet werden. Laufender Betrieb und Förderprojekte konnten im satzungsgemäß vorgegebenen Finanzrahmen realisiert werden.

öffentliche Zweckerreichung

Im Geschäftsjahr 2014 wurde zusätzlich zum laufenden Betrieb insbesondere durch die Verfolgung der drei o.g. infrastrukturellen Projekte die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut.

Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 24.689 TEUR (Vorjahr 14.532 TEUR; + 70 %) geprägt, darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 311 TEUR, durch
- Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 671 TEUR (Vorjahr 780 TEUR; - 14 %) sowie
- liquide Mittel in Höhe von 1.842 TEUR (Vorjahr 844 TEUR, + 118 %)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 21.326 TEUR (Vorjahr 11.754 TEUR; + 81 %),

- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 5.204 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 4.401 TEUR; + 18 %),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 820 TEUR (Vorjahr 240 TEUR; + 242 %) sowie
- Rückstellungen in Höhe von 53 TEUR (Vorjahr 58 TEUR; - 9 %) gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschaftsverband Rheinland LVR sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur
- Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Ertragslage

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2014 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Die im Oktober 2014 in dieser Dimension offenkundig gewordenen investiven Projektmehrkosten für Unvorhergesehenes bei Sanierung und Umbau des Forum wurden bei der Aufsichtsratsitzung und nachfolgenden Gesellschafterversammlung am 21.11.2014 zur Kenntnis genommen und die Schritte zur Sicherung der Finanzierung (siehe oben) eingeleitet.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2014 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 498.764,75 EUR (Vorjahr 498.202,46 EUR) aus. Der Verlust liegt geringfügig unter dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird. Der Verlustvortrag aus den Vorjahren von insgesamt 6.891,62 EUR wird vorgetragen.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2014 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 375.901 EUR, d.h. – 9 %
2. Sonstige betriebliche Erträge | 1.525.042 EUR, d.h. -10 %
3. Materialaufwand | 56.619 EUR, d.h. + 41 %
4. Personalaufwand | 1.249.745 EUR, d.h. - 0 %
5. Abschreibungen | 104.304 EUR, d.h. - 5 %
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 501.457 EUR, d.h. – 28 %
7. Zinserträge | 4.468 EUR, d.h. – 48 %
sowie

8. Zinsaufwand | 14.402 EUR, d.h. + 69 %

Nachtragsbericht

Mit Stand 31.03.2015 sind die zur Sicherung der Finanzierung der Mehrkosten im Projekt Sanierung und Umbau erforderlichen gesellschafterseitigen bzw. kommunalen Beschlüsse gefasst; die Durchführung der Maßnahme ist hierdurch gesichert.

Dies betrifft zum einen den am 30.01.2015 durch den Kreis Euskirchen beim Land NRW eingereichten Nachfinanzierungsantrag über 3 Mio. EUR an baufachlich hinterlegten Mehrkosten. Komplementär zu diesem Antrag konnte zwischenzeitlich durch positive Beschlüsse bei den sieben Gesellschaftern der GmbH die Sicherstellung des im Förderfall erforderlichen 10%igen Eigenanteils der Gesellschafter gewährleistet werden.

Um auch für den eventuellen Fall der Versagung der landesseitigen Nachförderung die Durchführbarkeit der Maßnahmen zu gewährleisten, erfolgte die Sicherung einer in diesem Fall erforderlichen Darlehensaufnahme durch die GmbH. Hierzu ergingen entsprechende Beschlüsse der GmbH-Gremien einerseits sowie Beschlüsse für die eventuelle Übernahme von Bürgschaften durch kommunalpolitische Gremien der beiden Hauptgesellschafter LVR und Kreis Euskirchen andererseits.

Hierdurch sowie durch Berücksichtigung dieser Option in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung der GmbH ist die Durchführung der Maßnahmen bis zu einem Volumen von 40,1 Mio. EUR (35,1 Mio. EUR + „max. 5 Mio. EUR) gesichert.

Prognosebericht

In 2015 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die konzentrierte Durchführung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des Umbaus des "Forums Vogelsang" sowie den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ unverändert an Volumen behalten, d.h. sich weitestgehend auf dem Niveau 2014 bewegen.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, bis Spätsommer 2015 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH sowie des Besucherzentrums in das „Kulturkino“ einerseits sowie die anhaltende Baustellensituation rund um das Forum andererseits werden weiterhin zu Einschränkungen im Besucherverhalten und möglicher Weise auch im Jahre 2015 – zumindest bis zur Geländeöffnung rund um das Forum – das Besucherverhalten beeinträchtigen.

Wir erwarten auch für das Geschäftsjahr 2015 ein ausgeglichenes Ergebnis im Rahmen des durch die Satzung definierten Rahmens von „500.000 EUR“ an maximalem Gesellschafterzuschuss. Basis für das prognostizierte ausgeglichene Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Umsatzerlöse,
- Projektförderungen sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Im Geschäftsjahr 2015 wird der Geschäftsbetrieb von zwei wesentlichen Komponenten geprägt sein:

- 1.) den Abschluss der investiven Maßnahmen und den damit verbundenen, sukzessiven Umzug zurück ins Forum; hierdurch werden grundsätzlich neue betriebliche Randbedingungen eintreten.
- 2.) die mit dem Forum Vogelsang zuwachsenden neuen räumlichen Dimensionen, zusätzlichen Nutzungskomponenten (insbesondere NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum, aber

auch Besucherzentrum sowie Panoramagastronomie und -terrasse) sowie die insgesamt deutlich aufwändigere Haustechnik; hierdurch werden der Personal- und Betriebsaufwand, aber auch die Erlöse deutlich steigen.

Durch die insgesamt wesentlich erhöhte, im Jahresverlauf sukzessive steigenden Attraktivität wird bereits für das Jahr 2015 mit einer insgesamt erhöhten Anzahl an Besuchern gerechnet.

Chancen-/Risikobericht

Die Wirtschaftsplanung 2015 beinhaltet insofern ein Risiko, als die genaue Prognose des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem „Übergangsjahr“ nicht exakt prognostizierbar sind.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und dort beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf und die Komplexität der Projekte können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Durch die erfolgten Beschlüsse der Gesellschaft und Gesellschafter sowie die mittelfristig bestehenden Spielräume in der Personaldisposition können auch unvorhergesehene Entwicklungen bei den Investitionsprojekten bis zu einem Mehraufwand von 2 Mio. EUR notfalls aufgefangen werden.

Im Förderbereich kann angesichts der förderrechtlichen Vorgaben und der Dimension der Projekte erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne, zunächst anerkannte und abgerechnete Projektausgaben im Nachhinein, z.B. im Rahmen von Prüfungen durch übergeordnete Stellen wie LRH, BRH oder EU-Prüfstellen, als nicht förderfähig erkannt werden.

Durch die gesellschafterseits gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Gesamtprojekt „Forum Vogelsang“ sowie ein für die Investitionsprojekte genehmigtes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters LVR bis zu einer Höhe von 6,7 Mio. € ist für das Jahr 2015 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2015 werden zur Zeit außer den oben genannten keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und der Aufsichtsrat bei jeder Sitzung über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten ein kontinuierliches Projektcontrolling mit Berichten an den Aufsichtsrat und die Fördergeber, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel bzw. des Finanzierungsrahmens sicherzustellen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die vogelsang ip GmbH ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.



ATC - Aldenhoven Testing Center of RWTH-Aachen University GmbH

Industriepark Emil Mayrisch
52457 Aldenhoven
Telefon: 0241/80-25639
Telefax: 0241/80-22147
E-Mail: info@atc-aldenhoven.de
Homepage: www.atc-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines Innovations- und Forschungszentrums sowie die nachhaltige Förderung der Wirtschaftsregion und die Verbesserung der Wirtschaftssituation.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere zu Folgendem berechtigt:

- Initiierung, Entwicklung und Vermarktung eines Testzentrums im Rahmen der strukturellen Entwicklung im interregionalen Industriepark Aldenhoven-Siersdorf als Teil des Kreises Düren;
- Erwerb, Beplanung, Erschließung und Bebauung der erforderlichen Grundstücke sowie Vermarktung dieser durch Verkauf, Verpachtung, Vermietung und Leasing;
- Bewirtschaftung der im Eigentum befindlichen Grundstücke.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen:

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter ist berechtigt einen Geschäftsführer zu bestellen. Hat sie nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann die Gesellschafterversammlung den Geschäftsführer, der von Seiten des Gesellschafters RWTH Aachen bestellt wurde, zum Vorsitzenden (Sprecher) der Geschäftsführung ernennen. Den Geschäftsführern kann von den Beschränkungen des § 181 BGB Befreiung erteilt werden.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung; er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und kann Untersuchungen durchführen

oder durch Dritte durchführen lassen. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses zu prüfen und der Gesellschafterversammlung eine Beschlussempfehlung vorzulegen. In dem Bericht hat der Aufsichtsrat auch mitzuteilen, in welcher Art und in welchem Umfang er die Geschäftsführung während des Geschäftsjahres überwacht hat. Die Bestimmungen der §§ 170, 171 AktG gelten analog. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Bestellung und die Anstellung sowie Abberufung und Entlastung des/der Geschäftsführer(s).

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen des Geschäftsführers /der Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates:

1. Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäfts- bzw. des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer festzulegenden Betrag übersteigt.
2. Der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern er die in der Geschäftsordnung festzulegende Wertgrenze für die Geschäftsführung übersteigt.
3. Die Empfehlung an die Gesellschafterversammlung zur Gründung von Unternehmen, zum Erwerb und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zur Änderung von Beteiligungsquoten an diesen Unternehmen.
4. Die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung, der Abschluss von Vergleichen und der Erlass von Forderungen ab einer in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegenden Wertgrenze.
5. Die Erteilung von Prokura und Handlungsvollmacht.
6. Maßnahmen der Tarifbindung und Tarifgestaltung, die Festlegung von Richtlinien für die Gewährung von Reise- und Umzugskostenvergütung, von Trennungsgeld, Beihilfen in Krankheitsfällen und für die Benutzung von gesellschaftseigenen Kraftfahrzeugen.
7. Soweit für ein Geschäft im Einzelfall bei Überschreitung der in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung festgelegten Wertgrenze zwar die Zuständigkeit des Aufsichtsrates gegeben ist, dieses Geschäft jedoch keine Aufschiebung duldet und eine unverzügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrates nicht möglich ist, kann die Geschäftsführung mit Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates handeln.
8. Aufnahme von Bankdarlehen und Gewährung von Darlehen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung hat jährlich mindestens einmal vor Ablauf des achten Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres als ordentliche Gesellschafterversammlung stattzufin-

den. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind, abgesehen von den im Gesetz bestimmten Fällen, dann einzuberufen, wenn ein Gesellschafter, der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung oder die Geschäftsführung dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich verlangt. Die Gesellschafterversammlung wird durch den bzw. die Geschäftsführerin vertretungsberechtigter Zahl einberufen. Die Ladung erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung, bei der jährlichen Versammlung unter Beifügung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und des Prüfungsberichtes des Abschlussprüfers. Die Ladungsfrist beginnt mit der Einlieferung zur Post, wobei der Tag der Absendung der Einladungsschreiben und der Tag der Versammlung nicht mitzurechnen sind. Bei Eilbedürftigkeit kann die Einberufung mit angemessen kürzerer Frist erfolgen. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Sie kann aus begründetem Anlass an einem anderen Ort abgehalten werden. Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Bestimmungen nicht eingehalten worden sind. Jeder Gesellschafter – die ACI GmbH unter Beachtung der §§ 113 Abs. 1 und 2 / § 53 Abs. 1 KrO – entsendet einen Bevollmächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Stellvertreter vertreten werden. Bevollmächtigter können nicht der Geschäftsführer bzw. der stellvertretende Geschäftsführer sein. Die Vollmachten zur Vertretung sind in Schriftform vorzulegen. Die Erteilung von Dauervollmachten ist zulässig. Die Gesellschafter wählen aus ihrer Mitte mit qualifizierter Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen einen Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und dessen Stellvertreter. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung mit qualifizierter Mehrheit, d.h. mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht die Satzung oder das Gesetz zwingend eine andere Mehrheit vorschreiben. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je Euro 500,00 (i.W.: Euro Fünfhundert) eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Ausnahmsweise können Beschlüsse auch durch schriftliche Stimmabgabe, die von der Geschäftsführung einzuholen ist, herbeigeführt werden, sofern keiner der Gesellschafter dieser Form der Abstimmung widerspricht. Dabei ist für den Eingang der Stimme eine Frist festzulegen. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 80 v.H. des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Die Einladung erfolgt mittels Einschreibebrief. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne die Einschränkung in Satz 1 beschlussfähig. Über die Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Es ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben und dem Geschäftsführer auszuhändigen. Dieser sendet je eine Abschrift des Protokolls jedem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat zu. Einwendungen gegen die Richtigkeit des Protokolls müs-

sen binnen fünf Tagen nach Empfang des Protokolls bei dem Vorsitzenden geltend gemacht werden. Über die Einwendungen entscheidet die nächste Gesellschafterversammlung. Die unwidersprochene oder ergänzte bzw. berichtigte Niederschrift hat die Vermutung der Richtigkeit und Vollständigkeit. Gesellschafterbeschlüsse können nur binnen zwei Monaten nach Beschlussfassung angefochten werden. Die Frist wird nur durch Klageerhebung gewahrt.

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

- a. Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhung und –herabsetzung sowie Gesellschafterdarlehen;
- b. die Feststellung des Jahresabschlusses;
- c. die Einforderung von Einzahlungen auf die Geschäftsanteile;
- d. die Verwendung des Ergebnisses einschl. Bildung, Zuführung und Verwendung von Rücklagen und des Verlustausgleiches;
- e. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder;
- f. Auflösung der Gesellschaft;
- g. Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates;
- h. die Berufung, Anstellung und Abberufung der Geschäftsführer;
- i. Beschluss nach § 5 (Übertragung, Teilung, Verpfändung oder Veräußerung von Geschäftsanteilen);
- j. Bestellung des Abschlussprüfers;
- k. den Wirtschaftsplan nach § 17;
- l. Beteiligung an Unternehmen;
- m. Erwerb oder Veräußerung von Unternehmen oder Beteiligungen;

Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S. der §§ 291, 292 (1) AktG.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Lesemann, Micha (Sprecher) Aachen Günther, Marco Aachen Heßeler, Frank-Josef Langerwehe Winkler, Anette Kreis Düren Stabsstellenleiterin
Aufsichtsrat:	Kreis Düren 4 Sitze 50 % RWTH-Aachen 4 Sitze 50%
Gesellschafter-	Jeder Gesellschafter entsendet einen Bevoll- 1 Stimme je 500,00 € Stammkapital

versammlung: mächtigten in die Gesellschafterversammlung. Dieser kann durch einen persönlichen, vom Gesellschafter benannten Vertreter Stellvertreter benannt werden.

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kolonko-Hinssen, Eva-Maria	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Pöhler, Raoul	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Hürtgen, Dirk beratendes Mitglied	Kreis Düren	Gesellschaftervertreter

Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	BTG	Geschäftsführer
-----------------------------------	---------------	-----	-----------------

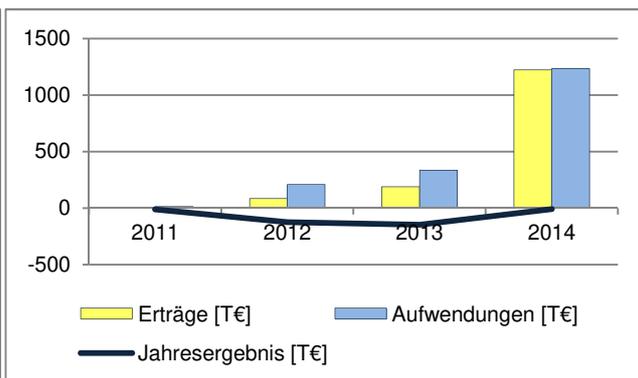
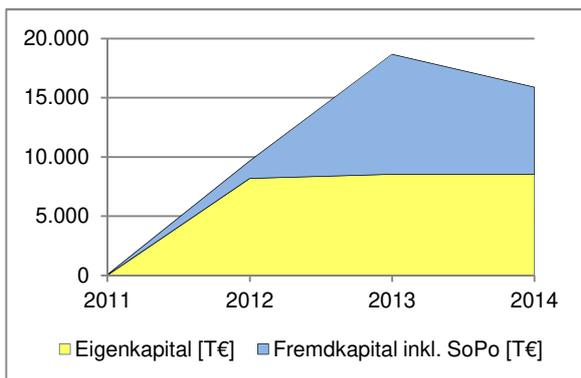
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

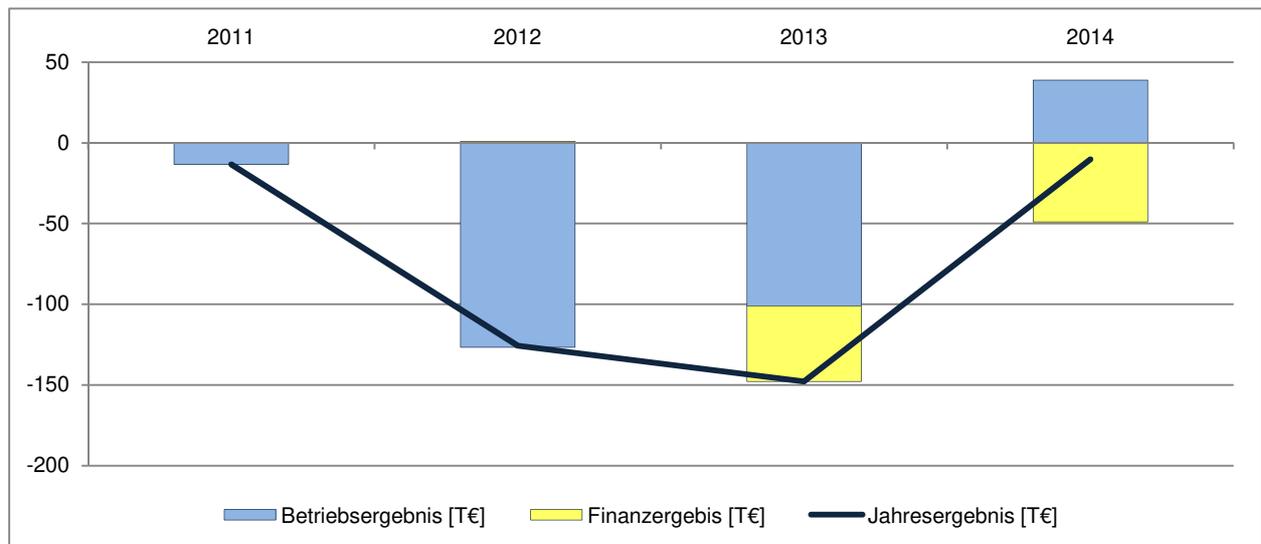
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	12.750,00 €	51%
RWTH-Aachen	12.250,00 €	49%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	2.100,00 €	2.100,00 €	
II. Sachanlagen	7.810.288,66 €	16.137.182,22 €	15.613.863,10 €	-523.319,12 €	-3,24%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	108.859,09 €	2.515.508,14 €	97.181,88 €	-2.418.326,26 €	-96,14%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.746.840,10 €	29.305,71 €	187.803,77 €	158.498,06 €	540,84%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	2.179,10 €	2.179,10 €	
Summe Aktiva	9.665.987,85 €	18.681.996,07 €	15.903.127,85 €	9.016.008,22 €	93,28%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	8.300.000,00 €	8.800.000,00 €	8.800.000,00 €	0,00 €	
III. Verlust-/Gewinnvortrag	-13.396,97 €	-139.096,35 €	-286.834,56 €	-147.738,21 €	106,21%
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-125.699,38 €	-147.738,21 €	-10.199,71 €	137.538,50 €	-93,10%
B. Sonderposten	0,00 €	5.632.451,45 €	7.162.087,92 €	1.529.636,47 €	27,16%
C. Rückstellungen	11.000,00 €	19.000,00 €	38.236,72 €	19.236,72 €	101,25%
D. Verbindlichkeiten	1.469.084,20 €	4.492.379,18 €	174.714,98 €	-4.317.664,20 €	-96,11%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	122,50 €	122,50 €	
Summe Passiva	9.665.987,85 €	18.681.996,07 €	15.903.127,85 €	9.016.008,22 €	93,28%

ewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	81.338,92 €	179.899,03 €	722.123,80 €	542.224,77 €	301,41%
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00 €	6.558,27 €	500.294,94 €	493.736,67 €	7528,46%
3. Materialaufwand	1.950,00 €	0,00 €	63.485,50 €	63.485,50 €	
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	9.930,84 €	12.852,00 €	117.737,43 €	104.885,43 €	816,10%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.989,20 €	3.652,80 €	23.010,26 €	19.357,46 €	529,93%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	146.501,51 €	205.044,33 €	823.426,23 €	618.381,90 €	301,58%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	46.656,07 €	65.902,07 €	155.958,62 €	90.056,55 €	136,65%
Betriebsergebnis	-126.688,70 €	-100.993,90 €	38.800,70 €	139.794,60 €	-138,42%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	1.401,79 €	2.231,39 €	515,34 €	-1.716,05 €	-76,90%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	412,47 €	48.975,70 €	49.340,75 €	365,05 €	0,75%
Finanzergebnis	989,32 €	-46.744,31 €	-48.825,41 €	-2.081,10 €	4,45%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-125.699,38 €	-147.738,21 €	-10.024,71 €	137.713,50 €	-93,21%
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
10. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	175,00 €	175,00 €	
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-125.699,38 €	-147.738,21 €	-10.199,71 €	137.538,50 €	-93,10%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	1

Verbindungen zum Kreishaushalt

In 2014 hat die Gesellschaft eine Projektförderung über 40.000,00 € für das Projekt "galileo above" in Form eines Zuschusses erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die ATC – Aldenhoven Testing Center of RWTH Aachen University GmbH (im Folgenden: ATC GmbH) [HRB 6080] wurde am 10.12.2010 gegründet und wird von zwei Gesellschaftern gehalten: der Beteiligungsgesellschaft des Kreis Düren mbH (BTG) mit einem Anteil von 51 % und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH Aachen University) mit 49 % Gesellschaftsanteil. Die bisherige Anteilseignerin ACI GmbH wurde mit Wirkung zum 01.01.2014 mit der BTG verschmolzen.

Zweck der ATC GmbH ist der Bau, der Betrieb und die Instandhaltung eines Testzentrums für mobile Anwendungen. Ziel ist die diskriminierungsfreie Zurverfügungstellung von Erprobungsinfrastrukturkapazitäten für den Automobilbereich, aber auch andere Domänen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die über keine eigenen Testzentren verfügen. Aufgrund der umfassenden Finanzierung aus der öffentlichen Hand durch das Land NRW und die Europäische Union (EU) steht die Erreichung der Förderziele vor der Gewinnerzielung im Vordergrund. Ein weiterer Aspekt ist die nachhaltige Förderung der Wirtschaft, die Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialsituation, der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die damit einhergehende Begünstigung des Strukturwandels in der Region.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2014 um 1,5 % höher als im Vorjahr. Das Ergebnis zeigt, dass sich die deutsche Wirtschaft insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden weltweiten Krisen behaupten konnte. Hierzu beigetragen haben vor allem die starke Binnennachfrage, der gesunkene Ölpreis, sowie der gefallene Eurokurs. Dies gilt jedoch nicht für alle Mitgliedsstaaten der EU, die teilweise eine schwächelnde konjunkturelle Entwicklung besitzen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wie auch der EU wird stark von der Russland-Ukraine-Krise und den in diesem Zusammenhang verhängten Sanktionen beeinflusst, so dass die Prognosen für das Jahr 2015 gesamtwirtschaftlich gesehen geringer ausfallen.

Neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind für die ATC GmbH vor allem die Entwicklungen in der Automobil- und Zulieferindustrie maßgebend, da der überwiegende Teil ihrer Kunden aus dieser Branche stammen. Ein Maß für die wirtschaftliche Lage der Automobilbranche ist u.a. die Zahl der von deutschen Herstellern produzierten Personenkraftwagen. Im Jahr 2014 konnten die deutschen Hersteller eine Steigerung bei den Neuzulassungen in Deutschland von ca. 3 % im Vergleich zum Vorjahr verbuchen. Auch der Export konnte um ca. 3 % gesteigert werden, sodass insgesamt die Produktion von Personenkraftwagen im Jahr 2014 um ca. 3 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist [Quelle: VDA, Monatszahlen Dezember 2014]. Aufgrund der soliden wirtschaftlichen Lage der Automobilindustrie wurde in die Entwicklung neuer Fahrzeuge investiert. Hiervon konnte die ATC GmbH profitieren, da sie entsprechende Testinfrastruktur zur Entwicklung neuer Fahrzeuge bereitstellt.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Ertragslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	2014	2013
	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	722,1	179,9
Sonstige betriebliche Erträge	500,3	6,6
Materialaufwand/Fremdleistungen	-63,5	0,0
Personalaufwand	-140,7	-16,5
Abschreibungen	-823,4	-205,0
Sonst betr. Aufwand	-156,0	-65,9
Finanzerträge	0,5	2,2
Finanzaufwand	-49,3	-49,0
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	-10,0	-147,7
Sonstige Steuern	0,2	0,0
Jahresergebnis	-10,2	-147,7

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtszeitraum TEUR 722,1. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr 2013 (TEUR 179,9) um 301,4 % erhöht. Die Steigerung lässt sich vor allem auf die Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes des Aldenhoven Testing Centers Ende 2013 zurückführen. Bis zur Eröffnung im April 2014 wurde zur Überprüfung und Verfeinerung des Sicherheitskonzepts ein Probetrieb durchgeführt. Seit der Eröffnung findet der reguläre Betrieb statt, der überwiegend aus der stundenweisen Vermietung der Streckenelemente sowie der weiteren Infrastruktur wie Büros und Werkstattflächen besteht. Darüber hinaus konnten im Jahr 2014 auch einige Eventveranstaltungen auf dem ATC durchgeführt werden.

Die Löhne und Gehälter 2014 betragen TEUR 117,7 gegenüber TEUR 12,9 im Vergleichszeitraum 2013. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 816,1 % und einem absoluten Anstieg von TEUR 104,8. Die Steigerung lässt sich vor allem auf die Aufnahme des regulären Betriebs der gesamten Anlage zurückführen. Hierzu wurden ein Betriebsleiter in Vollzeit, ein Techniker als Halbtagskraft sowie eine Sekretärin als Halbtagskraft eingestellt. Darüber hinaus beschäftigt die ATC GmbH sechs Beschäftigte in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis.

An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen im Berichtsjahr 2014 TEUR 23,0 an. In 2013 belief sich der entsprechende Wert auf TEUR 3,7. Der Betrag der absoluten Erhöhung in Höhe von TEUR 19,31 entspricht einer Steigerungsrate von 529,9 %.

Die Abschreibungen 2014 betragen TEUR 823,4. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr 2013 (TEUR 205,0) um 301,6 % erhöht. Der Anstieg resultiert aus der Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts zu Beginn des Jahres 2014.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 2014 betragen TEUR 156,0 gegenüber TEUR 65,9 im Vergleichszeitraum 2013. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 136,7 %. Neben den noch erforderlichen Prüfungen der Mittelabrufe und des Schlussverwendungsnachweis lässt sich die Steigerungsrate auf den aufgenommenen Vollbetrieb zurückführen.

Im Geschäftsjahr 2014 entstand ein Finanzierungsaufwand zur kurzfristigen Zwischenfinanzierung der getätigten Investitionen in Höhe von TEUR 49,3 (VJ TEUR 49,0). Die Zwischenfinanzierung wurde zum Ende des Geschäftsjahrs vollständig getilgt. Zur Sicherstellung der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit über die Wintermonate, in denen aufgrund der Witterungs- und Dämmungsverhältnissen weniger Betrieb zu erwarten ist, wurde ein Gesellschafterdarlehen mit der BTG mbH über TEUR 100 aufgenommen.

Als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden in 2014 TEUR -10,0 erzielt. Im Vorjahr 2013 wurde demgegenüber ein Betrag von TEUR -147,7 ausgewiesen. Die Steigerungsrate gegenüber 2013 beträgt 93,2 %. Bei dem erzielten Ergebnis ist zu beachten, dass die Auszahlung eines Betriebszuschusses in Höhe von TEUR 40 durch den Kreis Düren für die Galileo-Tätigkeiten das Ergebnis einmalig positiv beeinflusst.

Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:

31.12.2014	
T€	
Jahresfehlbetrag	-10
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	823
Zunahme der Rückstellungen	19
Zunahme Sonderposten	1.530
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-9
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	2.426
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-432
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	<u>114</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>4.461</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-300

Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2
Investitionstätigkeit	<u>-302</u>
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-4.000
Finanzierungstätigkeit	<u>-4.000</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	29
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>159</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>188</u>

Vermögenslage

Das Vermögen und die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.779,2 von TEUR 18.682,0 auf TEUR 15.903,1 vermindert. Als Grund hierfür ist im Wesentlichen die vollständige Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 4.000,0 zu nennen. Darüber hinaus führten der Werteverzehr des Anlagevermögens sowie die korrespondierende Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen zu einer weiteren Minderung des Vermögens.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	15.616,0	16.137,2
Gesamtvermögen	15.903,1	18.682,0
Anlagenintensität in %	98,2	86,4

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	13.541,4	12.480,9
Gesamtkapital	15.903,1	18.682,0
Eigenkapitalanteil in %	85,1	66,8

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	2.361,7	6.201,1
Eigenkapital	13.541,4	12.480,9
Verschuldungsgrad in %	17,4	49,7

Kennzahlendefinition:

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- Kapitalrücklage
- Bilanzgewinn

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (70%)

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkung auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nicht ergeben.

Prognosebericht

Der Ende 2013 fertiggestellte zweite Bauabschnitt des Aldenhoven Testing Centers wurde im April 2014 offiziell eröffnet. Die Vermietungen im Jahr 2014 übertrafen deutlich die Prognosen, so dass auch der Wirtschaftsplan für die nächsten Jahre positiv korrigiert werden konnte.

Insbesondere wurde das Streckenelement Oval sehr häufig für Applikationsfahrten sowie Dauerläufe angemietet. Diese Tests sind bei jeder Fahrzeugentwicklung notwendig und werden auch zukünftig einen großen Anteil der Testfahrten im ATC einnehmen. Die in 2014 sehr schnell gestiegene Auslastung des Ovals unterstreicht zudem, dass es trotz seiner Größe zur Durchführung der erforderlichen Testfahrten sehr gut geeignet ist. Daher kann auch für das Jahr 2015 mit einer guten Auslastung des Ovals gerechnet werden.

Weiterhin stellten exklusive Vermietungen im Jahr 2014 einen nennenswerten Anteil an den Einnahmen dar. Das Aldenhoven Testing Center ist neuwertig und in der Event-Szene noch weitestgehend unbekannt. Dies ist beispielsweise für Produktpräsentationen von Vorteil, da hierfür vornehmlich neue, noch unbekannte Testgelände gesucht werden. Zudem ist es aufgrund seiner Kompaktheit gut für kleine bis mittlere Gruppengrößen geeignet. Daher wird davon ausgegangen, dass die Anzahl an exklusiven Vermietungstagen leicht gesteigert werden kann.

Zum Ende des vorherigen Geschäftsjahrs wurde mit der Entwicklung einer neuen Corporate Identity begonnen, um das Erscheinungsbild der ATC GmbH zu professionalisieren. Gleichzeitig wird das Vermarktungskonzept weiter verfeinert. Dies beinhaltet z.B. die Etablierung von KMU-Tagen am ATC, die sich speziell an kleine und mittelständische Unternehmen richten und über die vielfältigen Testmöglichkeiten im ATC informieren sollen. Weiterhin sollen kleinere Events beispielsweise für Autohäuser konzipiert werden, bei denen die Autohäuser ihren Kunden die technischen Möglichkeiten der Fahrzeuge im realen Betrieb demonstrieren können. Aufgrund der bisher sehr positiven Resonanz der verschiedenen Testfahrer sowie die positiven Presseberichte über das ATC ist davon auszugehen, dass sein Bekanntheitsgrad weiter steigt. Hierdurch werden zukünftig neue Kunden auf das ATC aufmerksam, sodass der Kundenstamm wächst, was sich positiv auf den Umsatz auswirkt.

Neben den genannten Aspekten ist es weiterhin wichtig, das ATC auf dem aktuellen Stand der Forschung und Technik zu halten. Hierzu gehört es beispielsweise, Testmöglichkeiten im Bereich der Fahrzeugkommunikation und im Themenumfeld des (hoch-)automatisierten Fahrens anbieten zu können. Im Rahmen eines internen Forschungsvorhabens der RWTH Aachen University sollen die genannten Aspekte am Beispiel einer Kreuzung erforscht werden. Hierzu ist angedacht, dass die ATC GmbH eine geeignete Kreuzung als weiteres Streckenelement als ersten Bauabschnitt zum Aufbau eines gesamtheitlichen, urbanen Testfeldes realisiert. In einer weiteren Ausbaustufe könnten anschließend Themen rund um das (hoch-) automatisierte Fahren im urbanen Umfeld erprobt werden. Aufgrund der hohen Aktualität dieses Entwicklungsthemas wird die Attraktivität des Standortes enorm gesteigert, so dass hierdurch mittelfristig weitere Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen gewonnen werden können.

Insgesamt wird aus den genannten Gründen mit einer Steigerung des Umsatzes im Vergleich zum Vorjahr gerechnet. Einhergehend mit der Steigerung des Umsatzes ist geplant, die Mitarbeiterzahl der ATC GmbH im Jahr 2015 bedarfsgerecht leicht zu erhöhen.

Chancen- und Risikobericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Wie bereits erwähnt, ist für die ATC GmbH vor allem die Entwicklung in der Automobil- und Zulieferindustrie entscheidend. Laut Prognose des Verbands der Automobilindustrie (VDA) kann die deutsche Automobilindustrie für 2015 mit einem deutlichen Wachstum rechnen. Dabei kann aufgrund der weiterhin hohen Nachfrage aus China und den USA mit einer Steigerung von rund 4 % der produzierten PKW gerechnet werden.

Darüber hinaus ist aufgrund der polyvalenten Ausrichtung des gesamten Prüfgeländes mit den umfangreichen Streckenelementen die Erforschung und Entwicklung unterschiedlichster Systeme im Fahrzeug, aber auch die Weiterentwicklung der Interaktion von Fahrzeugen mit weiterer Infrastruktur („Car-to-X“) zur Steigerung von Effizienz und Verkehrssicherheit im umfassenden Maße möglich. Hierdurch wird das ATC nicht nur für die klassischen Automobilzulieferer, sondern auch für andere Domänen (z.B. Elektronik, IT/Software etc.) zunehmend interessant. Mit den geplanten Erweiterungen in diesem Bereich kann sich das ATC sehr gut im Vergleich zu anderen Testzentren positionieren. Die ATC GmbH kann demzufolge insgesamt von einem guten Branchenumfeld für das Jahr 2015 ausgehen.

Unternehmensspezifische Chancen und Risiken

Das Geschäftsjahr 2014 war das erste Geschäftsjahr, in dem das gesamte Testgelände vermarktet werden konnte. Das bisherige Ergebnis zeigt grundsätzlich, dass das realisierte Testgelände für die Kunden gut nutzbar ist. Es wurden bisher jedoch vornehmlich das Oval und die Fahrdynamikfläche von den Kunden angemietet. Die weiteren Streckenelemente Bremsenstrecke, Handlingkurs und Steigungshügel wurden im ersten Geschäftsjahr noch weniger angefragt. Wenn dies so bliebe, würde dies langfristig die Abhängigkeit der ATC GmbH von den beiden gut laufenden Streckenelementen erhöhen. Da für die weniger genutzten Streckenelemente jedoch im abgelaufenen Geschäftsjahr noch keine Akquisetätigkeiten durchgeführt wurden, besteht durch gute Werbemaßnahmen die Chance, dass alle Streckenelemente ausreichend ausgelastet werden. Als generelle Chance ist der diskriminierungsfreie Zugang zu den Streckenelementen anzusehen, wodurch sich das Aldenhoven Testing Center von bestehenden Teststrecken unterscheidet.

Mit den neuen und qualitativ sehr hochwertigen Teststreckenelementen besitzt das Aldenhoven Testing Center im Vergleich zu anderen Testgebieten einen großen Vorteil in Hinblick auf die erzielbaren Testergebnisse und deren Reproduzierbarkeit. So werden die Messungen aufgrund der sehr guten Oberflächenqualität des Asphalts weniger durch störende Einflüsse beeinträchtigt, wie sie beispielsweise bei anderen Prüfgeländen oder bei öffentlichen Straßen vorliegen. Es ist daher eine zentrale Aufgabe der ATC GmbH, den Zustand der Teststreckenelemente über einen langen Zeitraum in einem sehr guten Zustand zu halten. Bei der Fahrdynamikfläche (Fertigstellung im Jahr 2009) zeigen sich erste Risse im Asphalt, die zurzeit keine Beeinträchtigungen darstellen. Für den Fall, dass sich diese Risse in Zukunft weiter ausdehnen und der Asphalt durch Frost stärker beschädigt wird und die ATC GmbH die Sanierung nicht durchführen könnte, wäre die Asphaltfläche für einige Messfahrten, die sehr hochgenau arbeitende Messverfahren einsetzen, nicht mehr geeignet. Dies könnte zu Umsatzeinbußen bei der Fahrdynamikfläche führen.

Der Kreis Düren hat in der zweiten Jahreshälfte 2014 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, in der die Entwicklungschancen des Industrieparks Emil Mayrisch zu einem interkommuna-

len Gewerbegebiet betrachtet werden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, das mit Hilfe des ATC der Standort langfristig zu einem Gewerbegebiet mit automobilem Fokus ausgebaut werden kann. Die Entwicklung des Standortes wird nun mittels des Projekts campus aldenhoven vom Kreis Düren vorangetrieben. Durch Ansiedlung automobilaffiner Firmen würde auch das ATC langfristig profitieren.

Die im Prognosebericht bereits beschriebene angedachte Erweiterung des ATC um ein Streckenelement zum Thema des (hoch-)automatisierten Fahrens im urbanen Umfeld birgt die Chance, das ATC auf dem Stand der Forschung zu halten und damit international wie national konkurrenzfähig zu bleiben. Wie bei jeder Investition besteht hier das Risiko, dass die Investitionskosten nicht erwirtschaftet werden können. Um dieses Risiko zu minimieren, wird angestrebt, die Maßnahme mittels eines Förderantrags beim Land NRW zu unterstützen.

Mit Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes Ende 2013 begann die 15-jährige Zweckbindungsfrist der Fördermaßnahme. Nach Abschluss der Zweckbindungsfrist ist eine wirtschaftliche Analyse aller Einnahmen und aller Ausgaben in Form einer Discounted-Cash-Flow-Rechnung anzufertigen. Ein etwaiger Cash-Flow Überschuss der Maßnahme würde mithin zu einer Rückzahlungsverpflichtung führen. Um diesem latenten Risiko entsprechend Rechnung zu tragen, wird jährlich in Zusammenarbeit mit dem Steuerberater und dem Wirtschaftsprüfer geprüft, ob eine entsprechende Rückstellungsbildung zu erfolgen hat.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die ATC Automotive Testing Center of RWTH-Aachen-University GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH (DGA)

Friedrichstr.4
52351 Düren
Telefon: 02421/121988-0
Telefax: 02421/121988-2
E-Mail: info@dga-dueren.de
Homepage: www.dga-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH soll einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie nur einen, so vertritt dieser die Gesellschaft alleine. Bei mehreren Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Bestellung von mehreren Geschäftsführern kann einem oder mehreren von Ihnen die Befugnis zu alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilt werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen folgende Angelegenheiten:

1. Aufstellung des Wirtschaftsplanes,
2. Übernahme neuer Aufgaben,
3. Aufnahme und Gewährung von Krediten und Darlehen, Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, Übernahme von Bürgschaften und Garantieverpflichtungen sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlichen gleichkommen,
4. Abschluss von Miet- oder Pachtverträgen mit einem Miet- oder Pachtzins von mehr als 20.000,00 DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
5. Prozessführung als klagende oder beklagte Partei, wenn das mutmaßliche Gesamtrisiko über 20.000,00 DM zzgl. jeweils geltenden Umsatzsteuer liegt,
6. Eingehung und Kündigung von Beteiligungen,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken sowie

Anschaffung und sonstige Investitionen, soweit sie im Wirtschaftsplan unberücksichtigt sind und im Einzelfall 20.000,00 DM zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuer übersteigen,

8. Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten sowie Festlegung und Änderung ihrer Anstellungsbedingungen,
9. die weiteren in diesem Vertrag festgelegten Angelegenheiten.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaft hat eine Gesellschafterversammlung. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Verwendung des Reingewinns und Abdeckung des Verlustes,
3. Bestimmung des Abschlussprüfers,
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern,
5. Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung,
6. Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Küpper, Astrid Deutz, Hans-Joachim	Düren Aachen	bis 31.03.2014
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bär, Britta	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Clemens, Gerhard	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Geistler, Ingrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Heinrichs, Stefanie	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Küpper, Anne	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Veithen, Gisela beratendes Mitglied	Kreis Düren	Sachkundige Bürgerin
	Hintzen, Birgit beratendes Mitglied	Kreis Düren	Sachkundige Bürgerin
Gesellschafterversammlung:	Emunds, Guido	BTG	Geschäftsführung

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

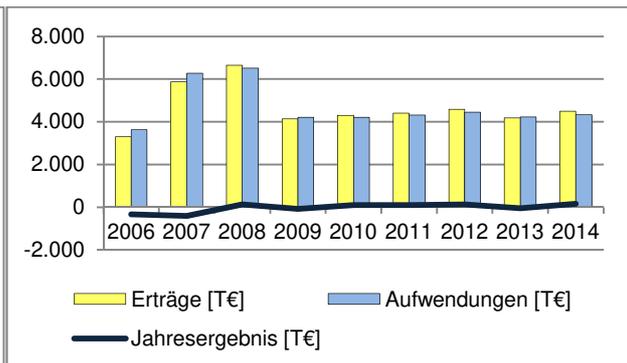
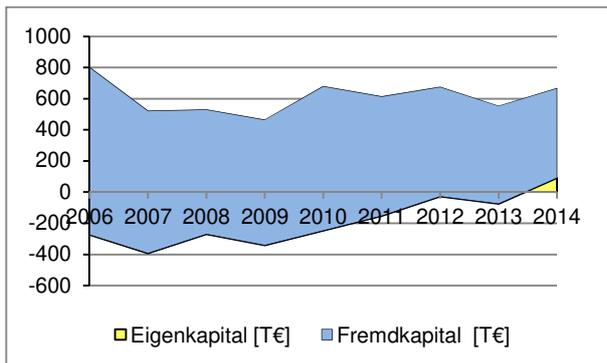
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	30.678 €	

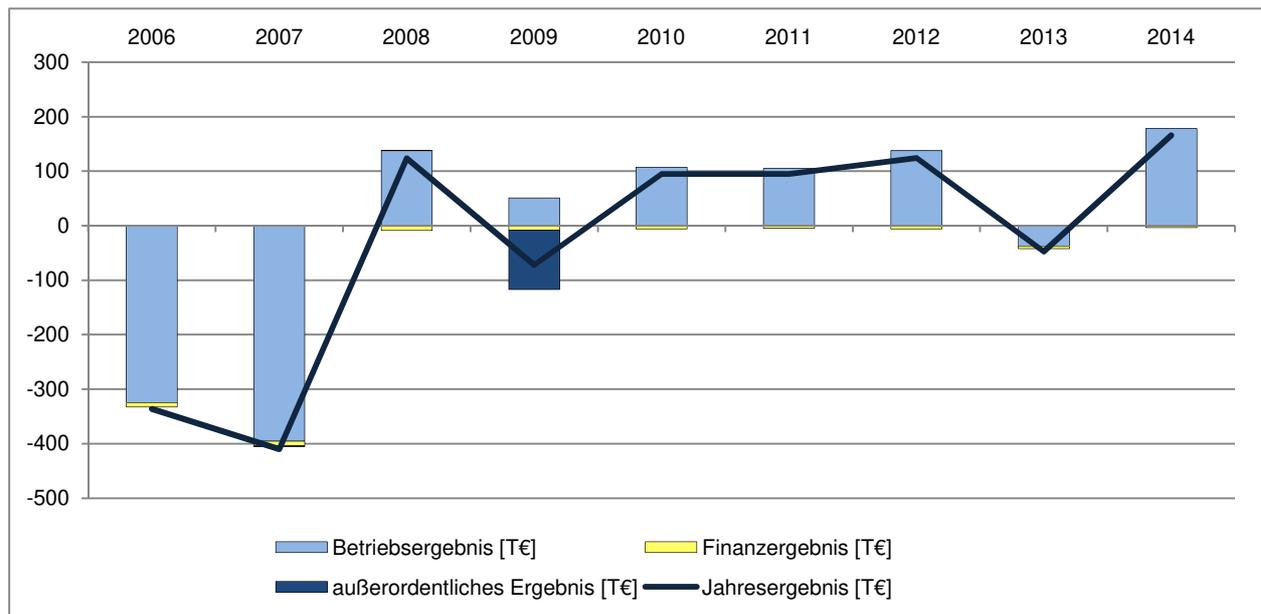
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	30.678,00 €	100%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,50 €	1,50 €	466,50 €	465,00 €	31000,00%
II. Sachanlagen	127.616,50 €	113.093,14 €	110.562,50 €	-2.530,64 €	-2,24%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	19.936,92 €	23.193,94 €	30.192,32 €	6.998,38 €	30,17%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	168.809,08 €	154.781,18 €	267.785,30 €	113.004,12 €	73,01%
III. Kassenbestand	354.867,91 €	257.164,86 €	252.191,16 €	-4.973,70 €	-1,93%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.802,65 €	5.149,78 €	5.549,30 €	399,52 €	7,76%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	28.107,72 €	75.336,18 €	0,00 €	-75.336,18 €	-100,00%
Summe Aktiva	704.142,28 €	628.720,58 €	666.747,08 €	38.026,50 €	6,05%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51 €	30.677,51 €	30.677,51 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	697.464,82 €	697.464,82 €	697.464,82 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Verlustvortrag	-880.204,91 €	-756.250,05 €	-803.478,51 €	-47.228,46 €	6,25%
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	123.954,86 €	-47.228,45 €	165.657,82 €	212.886,27 €	-450,76%
nicht gedeckter Fehlbetrag	28.107,72 €	75.336,18 €	0,00 €	-75.336,18 €	-100,00%
B. Rückstellungen	144.765,95 €	165.734,55 €	167.514,93 €	1.780,38 €	1,07%
C. Verbindlichkeiten	370.661,89 €	272.290,95 €	266.624,03 €	-5.666,92 €	-2,08%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	188.714,44 €	190.695,08 €	142.286,48 €	-48.408,60 €	-25,39%
Summe Passiva	704.142,28 €	628.720,59 €	666.747,08 €	38.026,49 €	6,05%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.045.699,82 €	974.308,23 €	1.125.697,91 €	151.389,68 €	15,54%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. sonstige betriebliche Erträge	3.533.351,94 €	3.209.404,10 €	3.365.514,86 €	156.110,76 €	4,86%
4. Materialaufwand	321.925,21 €	277.756,37 €	298.476,66 €	20.720,29 €	7,46%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	2.286.901,08 €	2.149.730,70 €	2.266.862,29 €	117.131,59 €	5,45%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unter- stützung	535.279,15 €	490.364,14 €	514.586,33 €	24.222,19 €	4,94%
6. Abschreibungen a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	44.146,74 €	40.555,09 €	42.425,47 €	1.870,38 €	4,61%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.253.108,52 €	1.263.302,20 €	1.190.580,71 €	-72.721,49 €	-5,76%
Betriebsergebnis	137.691,06 €	-37.996,17 €	178.281,31 €	216.277,48 €	-569,21%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	175,25 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	6.276,53 €	3.898,83 €	3.359,76 €	-539,07 €	-13,83%
Finanzergebnis	-6.101,28 €	-3.898,83 €	-3.359,76 €	539,07 €	-13,83%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	131.589,78 €	-41.895,00 €	174.921,55 €	216.816,55 €	-517,52%
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Außerordentliches Ergeb- nis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
12. Steuern vom Einkom- men und Ertrag	2.562,00 €	195,00 €	3.767,00 €	3.572,00 €	1831,79%
13. sonstige Steuern	5.072,92 €	5.138,46 €	5.496,73 €	358,27 €	6,97%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	123.954,86 €	-47.228,46 €	165.657,82 €	212.886,28 €	-450,76%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	169	168	168

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der überwiegende Ertrag der Gesellschaft wird aus Aufträgen generiert, die die job-com im Bereich der Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Personen vergibt, die im Leistungsbezug nach dem SGB II stehen.

Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH insgesamt 367,98 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2014 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung hat sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur dauerhaften beruflichen Integration von besonderen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z. B. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Langzeitarbeitslose, Behinderte) im Kreisgebiet Düren zu leisten. Diesem Personenkreis soll durch Betreuung, Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung eröffnet werden.

Im Kreis Düren sind drei lokale und mehrere regional und bundesweit agierende Träger tätig. Der überwiegende Teil der Erträge wurde im Jahre 2014 durch Aufträge des Kreises Düren (job-com) erzielt. Zusätzlich wird die in 2013 begonnene REHA-Ausbildung fortgesetzt, die 2014 mit neuen Auszubildenden aufgestockt wurde. Die Maßnahme wird in Kooperation mit der lowtec und dem Sozialwerk Dürener Christen durchgeführt, Auftraggeber ist die Agentur für Arbeit. Ebenfalls in Kooperation mit den oben genannten Trägern ging im September 2014 die Produktionsschule an den Start. Dabei handelt es sich um eine Maßnahme für Jugendliche ohne Schulabschluss, die an ausbildungsvorbereitende Maßnahmen herangeführt werden.

Neu geschaffen wurde die Integrationsabteilung „Vielwerker“. Sie umfasst die Bereiche KFZ-Werkstatt und Elektroabteilung. Die Genehmigung des Landschaftsverbands Rheinland erfolgte im März 2014. Die DGA wird damit ihrem Auftrag gerecht, in der Arbeitsmarktpolitik auf die Zielgruppe Behinderte einzugehen.

Während in den Vorjahren die Kürzungen im Budget der job-com das Ergebnis der DGA maßgeblich beeinflussten, konnte in 2014 ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden. Die organisatorische Anpassung an die durch die Kürzungen erfolgten veränderten Rahmenbedingungen wurde bewältigt, dazu kam eine hohe Nachfrage bei den Zweckbetrieben der DGA sowie im wirtschaftlichen Geschäftszweig der Gastronomie.

Die DGA erzielte in 2014 einen Gewinn von 166 Tsd. €, der verabschiedete Wirtschaftsplan wurde erheblich übertroffen. Damit konnte die bilanzielle Überschuldung, die durch die Zusage des Gesellschafters zur Einbringung einer Einlage in Höhe von 450 Tsd. € zum Ausgleich des Verlustes nicht zur Insolvenz führte, beseitigt werden.

Die Umsatzerlöse Gesamt sowie die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 7,4% auf nunmehr 4.491 Tsd. €. Sowohl die Höhe der Maßnahmezuschüsse als auch die Umsatzerlöse der Zweckbetriebe konnten gesteigert werden.

Die Personalkosten inklusive Honorarkräfte stiegen entsprechend auf nunmehr 3.018 Tsd. € (+4,5%) zurück.

Der Umsatz der mit 2013 vergleichbaren Zweckbetriebe stieg um 9 % auf nunmehr 928 Tsd. €. Das Sozialmöbelhaus Nutz und Nippes verbunden mit den Wohnwerkern (+7%) sowie Baum & Borke (+26%) konnten den Umsatz steigern und den Trend des letzten Jahres fortführen.

Der Umsatz des gemeinnützigen Gastronomiebereichs veränderte sich minimal auf 500 Tsd. € (Vorjahr 505 Tsd. €). Im wirtschaftlichen Bereich ist ein Plus von 35% zu verzeichnen, so dass in Summe der gemeinnützige und wirtschaftliche Bereich auf ein Plus von 5% kommt.

Weiterhin muss an einer dauerhaften Auslastung der vorhandenen Infrastruktur kontinuierlich gearbeitet werden. Die Geschäftsführung weist wie in den Vorjahren darauf hin, dass eine Abnahme der Auslastung zu einer Verlustsituation führt.

Die Position der DGA in der Branche beurteilen wir durch die Vergabepaxis des Kreises Düren (Optionskommune) nach wie vor als sehr wichtig.

Vom 08.04. – 09.04.2014 konnte das Überwachungsaudit des Unternehmens nach ISO 9001 und AZWV erfolgreich abgeschlossen werden. Die weiterhin bestehende Zertifizierung trägt dazu bei, die Organisationsstruktur des Unternehmens ständig zu überprüfen. Dies greift in alle Unternehmensteile ein und ist Voraussetzung für eine positive Geschäftsentwicklung. Weiterhin ist die Zertifizierung bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF (europäische Sozialfonds) Voraussetzung zur Abgabe eines Angebots. Ihr kommt in Zukunft aufgrund der Instrumentenreform im SGB II/III – Bereich eine wichtige Rolle zu.

Für 2015 ist mit ähnlichen Zuschüssen der job-com wie in 2014 zu rechnen. Eine Erhöhung ist zurzeit nicht in Sicht. Damit ist das Ziel der DGA wie auch in den Vorjahren, eine optimale Nutzung der vorhandenen Infrastruktur zu erreichen.

Die Infrastruktur der DGA wurde in 2014 nicht erweitert. In 2015 kann es durch neue Projekte, die zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht endgültig feststehen, zu einer Erweiterung kommen.

Ertragslage

Die Ertragslage unterliegt den Rahmenbedingungen der Unternehmensaufgabe sowie der Gemeinnützigkeit. Sie wird entscheidend beeinflusst durch die Kostenstruktur; dabei spielen weiterhin die Personalkosten die herausragende Rolle.

Die Ertragslage zum 31.12.2014 hat sich erheblich verbessert. Die Gesamtleistung stieg auf 4.490 Tsd. €.

Der Materialeinsatz betrug 298 Tsd. € und stieg damit um 7,5 % gegenüber dem Vorjahr. Dies hängt mit dem Anstieg des Umsatzes insbesondere bei den Zweckbetrieben zusammen.

Der Personalaufwand stieg um 4,5 % auf nun 3.018 Tsd. €.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 6% auf nunmehr 43 Tsd. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 26% auf 306 Tsd. €.

Bei den Raumkosten ist ein minimaler Anstieg um 1% auf 485 Tsd. € festzustellen. In den sonstigen Kostenpositionen kam es zu folgenden Veränderungen:

Versicherungen, Beiträge, Gebühren: -9,8% (59 Tsd. €)

Reparaturen und Instandhaltung: -18,0% (47 Tsd. €)

KFZ-Kosten: +3,6% (36 Tsd. €)

Reise- und Werbekosten: +5,1% (16 Tsd. €)

Die Belastung mit Zinsen und ähnlichen Aufwendungen verringerte sich leicht von 4 Tsd. € auf 3 Tsd. €. Die Restschuld gegenüber der RZVK beträgt zum Stichtag 10 Tsd. € (ursprünglich 114 Tsd. €) und wird in 2015 vollständig getilgt sein.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die Ertragslage entsprechend positiv beeinflusst worden. Die eingeräumte Kontokorrentlinie in Höhe von 250 Tsd. € bei der Sparkasse Düren reichte aus, um einerseits die Zinsen und die Tilgung für den Investitionskredit und den Zahlplan RZVK zu bedienen, andererseits die Zusage des Gesellschafters zur Einbringung einer Einlage in Höhe von 450 Tsd. € zum Ausgleich des Verlustes nicht in Anspruch zu nehmen.

Der Investitionskredit konnte in 2014 vollständig zurückgeführt werden.

Mit der Muttergesellschaft Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH wurde ein Vertrag zur Einräumung gegenseitiger Kontokorrentlinien abgeschlossen. Dieser bietet nun die Möglichkeit, kurzfristige Liquiditätsausfälle nach oben oder unten schnell zu beseitigen.

Finanzierungen erfolgen für zwei Dienstfahrzeuge (Leasing) sowie für alle Drucker und Kopierer (Mietvertrag). Dazu wurde ein Darlehensvertrag für ein Dienstfahrzeug abgeschlossen.

Die für 2015 zu erwartende Gesamtbelastung beträgt 13 Tsd. € (VJ: 10 Tsd. €).

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Höhe des Anlagevermögens aufgrund planmäßiger Abschreibungen auf 111 Tsd. €. Neuanschaffungen sind i.d.R. Reinvestitionen. Für die Integrationsabteilung Vielwerker wurden Investitionen getätigt, für die von Seiten des LVR Zuschüsse gewährt wurden. Diese haben die Anschaffungskosten entsprechend gekürzt.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich von 435 Tsd. € auf 550 Tsd. €.

Es erhöhten sich der Bestand an fertigen Erzeugnissen und Waren auf 30 Tsd. € und der Forderungen aus Lieferungen und Leistung von 123 Tsd. € auf 234 Tsd. €. Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich geringfügig von 32 Tsd. € auf 33 Tsd. €. Der Kassenbestand

zum Jahresende betrug 252 Tsd. € (VJ: 257 Tsd. €). Ursächlich sind hierfür Zahlungen in 2014, die erst in 2015 zu Ertrag führten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 629 Tsd. € auf nunmehr 666 Tsd. €. Der zum 31.12.2013 bestehende nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag konnte ausgeglichen und ein Jahresüberschuss von 166 Tsd. € erzielt werden.

Die Mittelherkunft ergibt sich aus Bankkrediten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstigen Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich auf 6 Tsd. €, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verringerten sich von 81 Tsd. € auf 60 Tsd. €. Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich von 182 Tsd. € auf nunmehr 201 Tsd. €.

Die Abgrenzungsposten in Höhe von 142 Tsd. € wurden gebildet für Zahlungen in 2014, die erst in 2015 zu Ertrag führen.

Die Rückstellungen betragen 168 Tsd. € und wurden damit gegenüber 2014 gering-fügig erhöht. Es wurden Steuerrückstellungen für Körperschaft- und Gewerbesteuer gebildet, die aus dem positiven Ergebnis im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb resultieren.

Der Ansatz der Rückstellungen entspricht handelsrechtlichen Vorschriften sowie dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip.

Nachtragsbericht

Die für 2015 geplanten Maßnahmen werden durch bereits jetzt abzusehende Aufstockungen zu höheren Einnahmen führen als im Wirtschaftsplan angesetzt. Parallel werden die Personalkosten durch Neuanstellungen angepasst.

Die Maßnahme Berufsorientierungsprogramm (BOP) wird nach Einlegung eines Widerspruchs der DGA nun doch bis zur Jahresmitte durchgeführt.

Für 2015 ist die Erweiterung der Integrationsabteilung um den Bereich Gastronomie geplant. Ziel ist der sinnvolle Einsatz der Auszubildenden der Reha-Ausbildung, die in diesem Jahr ihren Abschluss machen.

Zudem ergibt sich durch eine Anfrage des Besitzers der Glashütte die Möglichkeit, mit der Integrationsabteilung Gastronomie im Bistro Rurstrasse eine Kooperation mit dem geplanten Studentenwohnheim auf dem Gelände der Glashütte einzugehen. Spätestens im Oktober 2016 sollen mindestens 70 - 90 Abiturienten aus China und Indien zur Vorbereitung auf das Studium nach Düren kommen (Koordination über das Freshman Institut). Die Versorgung könnte dann über diese Abteilung der DGA erfolgen. Entsprechende Gespräche werden derzeit durch die Geschäftsführung geführt.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb in der ARENA Kreis Düren hat das Catering von drei Karnevalsveranstaltungen erstmals in 2015 komplett übernommen, so dass in 2015 mit einem Wachstum in diesem Bereich zu rechnen ist.

Das Rezertifizierungsaudit für die Zertifizierungen ISO 9001 und AZWV wird Ende März 2015 stattfinden.

Risikobericht

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Einsparungen bei den Eingliederungsmitteln durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales haben gezeigt, dass die Auslastung der vorhandenen Infrastruktur auf mehreren Säulen stehen muss. Dies ist der Geschäftsführung der DGA

mit der Durchführung der Reha-Ausbildung, der Gründung der Integrationsabteilung Vielwerker und der Ausweitung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs gelungen und begründet das Ergebnis 2014.

Die Geschäftsführung führt in dem ihr möglichen Rahmen diese Entwicklung fort, indem sie sich sowohl bei der job-com, bei der Agentur für Arbeit als auch beim Landschaftsverband Rheinland LVR um weitere Maßnahmen und Projekte bemüht und zusätzlich in Abstimmung mit den anderen im Kreis Düren tätigen Trägergesellschaften eine Optimierung bzw. Reduzierung der Infrastruktur prüft. Ebenso wird geprüft, ob die vorhandene Infrastruktur zu Realisierung neuer Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik genutzt werden kann.

Die job-com als Hauptauftraggeberin tendiert in neu aufgelegten Maßnahmen zunehmend hin zu Vermittlungsmaßnahmen, bei der die intensive Nutzung unserer Werkstätten nicht mehr im Vordergrund steht. Trotzdem versucht die Geschäftsführung, mit geeigneten Maßnahmen, die auch einen entsprechenden Praxisanteil enthalten, eine hohe Vermittlungsquote zu erreichen.

Zusätzlich wird festgestellt, dass die Kompetenzen und Ressourcen der zugewiesenen Teilnehmer/innen oft eine Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt erschweren und/oder als unwahrscheinlich erscheinen lassen. Trotzdem notwendige Bausteine wie zum Beispiel die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen und der Abbau von Vermittlungshemmnissen treten durch Verlangen des Auftraggebers in den Hintergrund. Die Nachhaltigkeit der Arbeit wird von Seiten der Geschäftsführung durchaus kritisch gesehen.

Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass eine mangelnde Auslastung der Infrastruktur dazu führt, dass die bestehenden Fixkosten nicht gedeckt werden. Sie sieht dieses Risiko als gleichbleibend hoch an. Personalverträge wurden überwiegend sachgrundbezogen abgeschlossen, so dass im Bereich Personalkosten bedingte Flexibilität besteht. Die Deckung ist jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn die definierten und in der Kalkulation berücksichtigten Verteilerschlüssel zwischen Anleitern und Teilnehmern nicht eingehalten werden können.

Eine Reduzierung der Fixkosten ist nur eingeschränkt möglich, da es besonders im Bereich der Mietkosten feste Laufzeiten gibt.

Die für das Ausbildungswesen aufgebaute Infrastruktur mit den Lehrwerkstätten und den gastronomischen Zweckbetrieben bildet ein breitgefächertes Angebot für Auszubildende und Maßnahmeteilnehmer. Ebenso wird sie für das Berufsorientierungsprogramm (BOP; ab Sommer 2015 KAoA „kein Abschluss ohne Anschluss“) für Schüler und Schülerinnen genutzt, wenn die DGA in der Zuteilung berücksichtigt wird. Für die DGA bestehen hier nach wie vor Risiken: der weitere Erfolg ist abhängig von

- einer ausreichenden Anzahl von finanzierten Auszubildenden bzw. Maßnahmeteilnehmern
- einer ausreichenden Auslastung der Werkstätten und der (Lehr-)Restaurants
- einer guten Zusammenarbeit mit Unternehmen und der lokalen Gastronomie
- der Umsetzung verschiedener Fortbildungs- und Austauschprogramme
- der stetigen Suche und Recherche nach neuen Maßnahmen, Programmen und Ideen.

Aufgrund der bisher bekannten, weiterhin niedrigen Anzahl von Zuweisungen neuer Auszubildender (15) werden diese Risiken als gleichbleibend hoch eingeschätzt.

Die Gastronomieberufe sind bei Jugendlichen insbesondere aufgrund der Arbeitszeiten nicht beliebt. Die job-com wirbt nach wie vor mit Unterstützung unserer Anleiter vermehrt für diese am Arbeitsmarkt gesuchten Ausbildungsberufe. Eine Aufrechterhaltung der sehr guten Infrastruktur im Gastronomiebereich sieht die Geschäftsführung bei mangelnder Zuweisung als gefährdet an.

Zur Vermeidung einer Überschuldung im Sinne von § 19 InsO hat der Gesellschafter der Gesellschaft die Erbringung einer Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 450.000 € zugesagt. Die Gewährung der Einlage steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Überschuldung im Sinne des § 19 InsO bis höchstens 450.000 € vorliegt. Diese Verpflichtung zur Einlage durch den Gesellschafter entfällt jedoch, wenn die Gesellschaft eine Überschuldung im Sinne von § 19 InsO von mehr als 450.000 € aufweist. Die Erbringung der Einlage ist mit Feststellung einer Überschuldung nach § 19 InsO sofort zur Zahlung fällig.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr stark verbessert. Die bilanzielle Überschuldung ist nicht mehr gegeben.

Trotzdem müssen weiterhin sämtliche Geschäfte und Maßnahmen weiterhin sorgfältig hinsichtlich ihrer Auswirkungen, insbesondere auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage untersucht werden. Ein Wegfall von Zuschüssen würde den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Prognosebericht

Die Planung der DGA geht aktuell von einem positiven Ergebnis für das Jahr 2015 in Höhe von 32 Tsd. € aus. Aufgrund der jetzt bekannten Maßnahmen für 2015 wird im laufenden Jahr die Infrastruktur gut ausgelastet sein.

Die Geschäftsführung arbeitet an einer weiteren Konsolidierung des Unternehmens sowie der Ermittlung von Einsparpotenzialen.

Die Zertifizierung verpflichtet die DGA auch für die Zukunft, die erreichten Qualitätsstandards nicht nur beizubehalten, sondern auch zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Die Arbeitsschwerpunkte 2015 liegen in folgenden Bereichen:

- Beobachtung der arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und zeitnahes Reagieren
- Abstimmungsgespräche mit der job-com und anderen Trägergesellschaften zur Optimierung der arbeitsmarktpolitischen Infrastruktur im Kreis Düren
- Umstrukturierung im Bereich des Rechnungswesens
- Weiterentwicklung des Qualitäts-Management-Prozesses
- Durchführung der Maßnahmen, Wiederholung von erfolgreichen und Schaffung neuer Erfolg versprechender Projekte
- Ausbildung in den vorhandenen Gewerken
- Fortführung der in 2013 begonnenen REHA-Ausbildung
- Einrichtung der Integrationsabteilung Gastronomie
- Bewerbung um das Übergangssystem Schule – Beruf: „kein Abschluss ohne Anschluss“ als Nachfolgemaßnahme für das Berufsorientierungsprogramm für Schülerinnen und Schüler (BOP)
- Fortbildung der Mitarbeiter/innen
- Kreative und innovative Konzeptentwicklung und Recherche neuer Aufgabenbereiche

Besondere Bedeutung wird einem stetigen innovativen Prozess beigemessen, Konzepte zu entwickeln und Entwicklungen und Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, um damit den Bedürfnissen sowohl des Arbeitsmarktes als auch der Langzeitarbeitslosen durch neue Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gerecht zu werden.

Die Geschäftsführung sieht nach wie vor einen großen Unterstützungsbedarf für Langzeitarbeitslose und hier besonders im Bereich der arbeitsmarktfremden und behinderten Personen. Die Begründung der Politik für die massiven Budgetkürzungen, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland genug Arbeitsplätze schafft, um die Zahl der Langzeitarbeitslosen markant zu senken, teilt die Geschäftsführung nicht, da diese geschaffenen Arbeitsplätze unserem Kundenkreis mit den multiplen Vermittlungshemmnissen kaum zur Verfügung steht. Nur

durch lange intensive Begleitung und Zielplanung können Vermittlungshemmnisse reduziert bzw. abgebaut und der Kunde in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dies erfordert Ausdauer und passgenaue Qualifizierung und keine schnelle Vermittlung, die ohne den Abbau der Vermittlungshemmnisse nicht nachhaltig ist.

Die Politik beabsichtigt, sich ab 2015 wieder intensiver um Langzeitarbeitslose zu kümmern; ob der Ansatz über Lohnkostenzuschüsse zu einem nachhaltigen Erfolg führen wird, bleibt abzuwarten.

Auch wenn die DGA zunehmend Maßnahmen durchführt, die die Vermittlung der Kunden auf den 1. Arbeitsmarkt zum Ziel haben, liegt ihr Fokus auch auf den arbeitsmarktfernen Personenkreis. Dieser partizipiert nicht kurzfristig von einer besseren Arbeitsmarktsituation. Diese Kunden müssen erst in langwierigen Prozessen notwendige Schlüsselqualifikationen erlernen, um im 1. Arbeitsmarkt eine dauerhafte Chance zu haben oder bei mangelnder Aussicht auf erfolgreiche Integration zumindest eine Beschäftigung dieser Kunden ermöglicht wird, damit auch dieser Kundenkreis eine Perspektive hat.

Das durch jahrelange Arbeitslosigkeit abhanden gekommene Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl sowie das Durchhalten eines Acht-Stunden-Arbeitstages, Bewerbungstraining und Ressourcenstärkung sind nach wie vor Aufgaben der DGA.

Die Geschäftsführung hofft darauf, dass die Bundespolitik eine differenziertere Betrachtung vornimmt und nicht die Beschäftigung und Qualifizierung von schwer vermittelbaren Kunden zu Gunsten der Integration von eher vermittelbaren Kunden ersetzt. Beides hat nach Auffassung der Geschäftsführung einen hohen Stellenwert.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren sieht die Geschäftsführung den Fortbestand der DGA als notwendig und positiv an.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**Dürener Kreisbahn GmbH (DKB)**

Kölner Landstr. 271
 52351 Düren
 Telefon: 02421/3901-0
 Telefax: 02421/3901-88
 E-Mail: service@dkb-dn.de
 Homepage: www.dkb-dn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens für Straßenpersonenverkehr im Gebiet des Kreises Düren sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den Gesellschaftszweck zu fördern geeignet sind.

Am 20.02.2008 wurde die DKB-Verkehr GmbH gegründet, die aufgrund der aktuell verabschiedeten EU-Verordnung 1370 mit Wirkung vom 01.01.2009 das operative Busgeschäft (Straßenpersonenverkehr) der DKB übernommen hat und in Folge auch Träger der entsprechenden Konzessionen nach PBefG ist. Nachdem die DKB-Verkehr GmbH seit dem 07.01.2009 unter DKB GmbH firmierte, firmiert die Gesellschaft seit dem 24.11.2009 unter Dürener Kreisbahn GmbH (DKB).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Beschlussfassung über die Zahl der Geschäftsführer obliegt der Gesellschafterversammlung. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Bei Vorhandensein von mehreren Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss einem Einzelnen die Befugnis zur Alleinvertretung gewährt werden.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 18 Mitgliedern besteht. In diesen Aufsichtsrat entsenden der Kreis Düren den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen, vom Kreistag bestellten Bediensteten, und die Stadt Düren ihren Hauptverwaltungsbeamten sowie ein weiteres vom Stadtrat Düren zu benennendes Mitglied. Die übrigen Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren oder ein vom ihm bestellter Bediensteter; Stellvertreter ist sein Allgemeiner Vertreter. Der Gesellschafterversammlung steht es frei, auf Vorschlag des Kreistages beratende Mitglieder von Fraktionen in den Aufsichtsrat zu entsenden, die im Aufsichtsrat nicht durch

ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten sind. Weiteres beratendes Mitglied des Aufsichtsrates ist der Vorsitzende des für den Betrieb zuständigen Betriebsrates.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. den Beschluss zur Übernahme neuer Aufgaben,
5. den Beschluss zum Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. den Beschluss zur Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, Ausstellen von Wechseln, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. den Beschluss über die Schenkungen und den Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
8. den Beschluss über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Geschäftsführung handelt,
9. die Beschlussfassung über Vorlagen an die Gesellschafterversammlung,
10. die Berufung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten,
11. der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle ihr durch zwingende Gesetzesbestimmungen oder der Gesellschaftssatzung zugeteilten Gegenstände bzw. Maßnahmen, insbesondere über:

1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses und nötigenfalls über die Deckung etwaiger Verluste,
3. die Genehmigung des von der Geschäftsführung aufzustellenden und vom Aufsichtsrat zu beschließenden Wirtschafts-, Investitions- und Finanzplanes,
4. die Aufnahme von Darlehen, die Inanspruchnahme von Krediten und die Übernahme von Bürgschaften außerhalb des Wirtschaftsplanes, sofern der Wert im Einzelnen die Summe von 500.000 € übersteigt,
5. den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und Grundstücksrechten, Verfügungen über und Belastungen von Grundstücken und Grundstücksrechten außerhalb des Wirtschaftsplanes, soweit jeweils ein Wert von 500.000 € über-

- schritten wird,
6. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrates und / oder der Geschäftsführung,
 7. die Entlastung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung,
 8. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
 9. die Entsendung von Vertretern der Gesellschaft, die Mitgliedschaftsrechte in Organen oder Beiräten anderer juristischer Personen wahrnehmen, soweit nicht in den jeweiligen Satzungen der Personenkreis festgelegt ist,
 10. eine Befreiung von Geschäftsführern von den Beschränkungen des § 181 BGB,
 11. die Wahl des Abschlussprüfers,
 12. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Wertpapieren und Beteiligungen,
 13. die Ernennung und die Abberufung von Liquidatoren,
 14. die Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Nießen, Hans-Peter Böhnke, Bernd Emunds, Guido	Düren Merzenich Düren	seit 01.08.2013 bis 30.06.2016 bis 01.06.2015 bis 19.07.2013 und ab 01.06.2016
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	18 Sitze	100 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bertrams, Hans-Jürgen <small>bis 31.12.2014</small> Thiel, Stephan <small>ab 26.03.2015</small> Conzen, Helga Dohmen, Hans-Wilhelm Dr. Peill, Patricia Endrigkeit, Uwe Frey, Heinz Halver, Richard Hockel, Dieter Kessel, Friedrich Dr. Nolten, Ralf <small>seit 24.06.2015</small> Lucas, Manfred Neulen, Leonhard <small>bis April 2015</small> Schavier, Karl Schmitz, Georg	Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordneter Sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter Sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Sachkundiger Bürger
----------------------	---	---	---

Schruff, Hansbert	Kreis Düren	Sachkundiger Bürger
Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
Titz, Paul-Ulrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Zorn, Ralf beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

**Gesellschafter-
versammlung:**

Emunds, Guido	BTG	Geschäftsführer
---------------	-----	-----------------

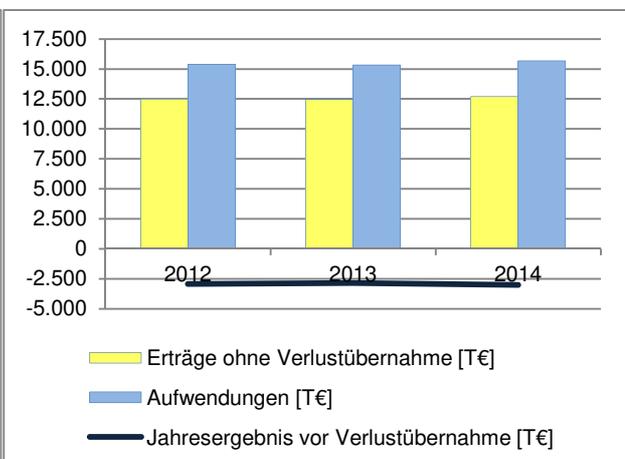
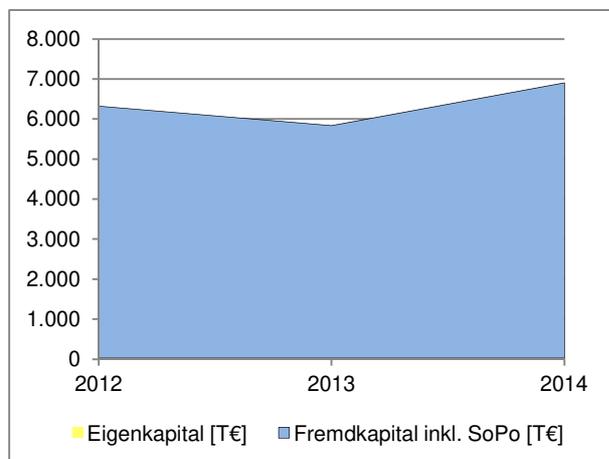
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

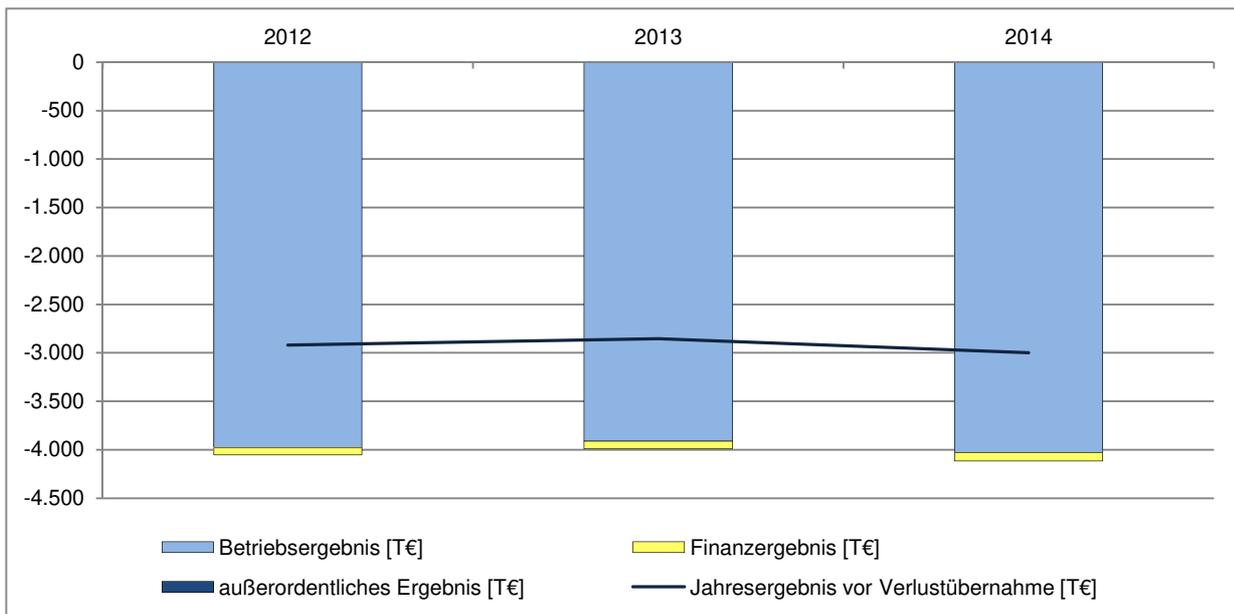
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11.797,51 €	4.622,51 €	67.111,51 €	62.489,00 €	1351,84%
II. Sachanlagen	3.990.791,94 €	3.649.760,99 €	4.446.551,16 €	796.790,17 €	21,83%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.371.639,52 €	1.894.613,40 €	1.901.619,09 €	7.005,69 €	0,37%
II. Kassenbestand, Bundes- bankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	941.533,50 €	288.965,91 €	487.978,60 €	199.012,69 €	68,87%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	5.000,00 €	136,06 €	1.853,92 €	1.717,86 €	1262,58%
Summe Aktiva	6.320.762,47 €	5.838.098,87 €	6.905.114,28 €	1.067.015,41 €	18,28%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	15.201,23 €	15.201,23 €	15.201,23 €	0,00 €	
II. Verlustvortrag	-15.201,23 €	-15.201,23 €	-15.201,23 €	0,00 €	
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Sonderposten für Zu- schüsse und Zulagen	1.197.090,52 €	1.104.413,53 €	1.386.792,34 €	282.378,81 €	25,57%
C. Rückstellungen	1.356.800,00 €	1.079.991,22 €	1.445.412,50 €	365.421,28 €	33,84%
D. Verbindlichkeiten	3.737.934,88 €	3.484.141,82 €	3.905.029,17 €	420.887,35 €	12,08%
E. Rechnungs- abgrenzungsposten	3.937,07 €	144.552,30 €	142.880,27 €	-1.672,03 €	-1,16%
Summe Passiva	6.320.762,47 €	5.838.098,87 €	6.905.114,28 €	1.067.015,41 €	18,28%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	10.023.073,35 €	10.527.773,42 €	10.733.894,78 €	206.121,36 €	1,96%
2. Einnahmeausgleich Verkehrsverbund	-3.037.550,54 €	-3.024.053,22 €	-2.966.758,38 €	57.294,84 €	-1,89%
3. sonstigen betrieblichen Erträge	1.218.276,60 €	676.785,13 €	681.018,56 €	4.233,43 €	0,63%
4. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse des Anlagevermögens	96.200,33 €	125.709,99 €	155.187,98 €	29.477,99 €	23,45%
5. Materialaufwand	9.686.604,38 €	9.323.780,38 €	8.876.714,96 €	-447.065,42 €	-4,79%
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	351.831,78 €	660.204,04 €	1.084.298,21 €	424.094,17 €	64,24%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorg und für Unterstützung	100.969,63 €	191.614,83 €	293.791,05 €	102.176,22 €	53,32%
7. Abschreibungen	474.768,15 €	451.934,34 €	529.984,26 €	78.049,92 €	17,27%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.666.471,51 €	1.589.580,91 €	1.847.749,90 €	258.168,99 €	16,24%
Betriebsergebnis	-3.980.645,71 €	-3.910.899,18 €	-4.029.195,44 €	-118.296,26 €	3,02%
9. Zinsen und ähnliche Erträge	62,34 €	230,72 €	10,38 €	-220,34 €	-95,50%
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	73.039,36 €	78.544,14 €	86.569,68 €	8.025,54 €	10,22%
Finanzergebnis	-72.977,02 €	-78.313,42 €	-86.559,30 €	-8.245,88 €	10,53%
Ergebnis d. gewöhl. Geschäftstätigkeit	-4.053.622,73 €	-3.989.212,60 €	-4.115.754,74 €	-126.542,14 €	3,17%
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Sonstige Steuern	3.546,00 €	1.891,00 €	1.979,00 €	88,00 €	4,65%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag I	-4.057.168,73 €	-3.991.103,60 €	-4.117.733,74 €	-126.630,14 €	3,17%
12. Öffentliche Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Personenverkehr und auf verbundspezifische Kosten	1.136.591,16 €	1.137.460,43 €	1.120.438,86 €	-17.021,57 €	-1,50%
13. Erträge aus Verlustübernahme	2.920.577,57 €	2.853.643,17 €	2.997.294,88 €	143.651,71 €	5,03%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag II	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	10	31	33

Verbindungen zum Kreishaushalt

Neben kleineren Beförderungsaufträgen bestehen Verbindungen zum Kreishaushalt im Wesentlichen beim Schüler-Spezialverkehr, im Bereich der Behinderten-Beförderung und bezüglich der Schülerjahreskarten, bzw. des SchoolPlus-Tickets im Umfang von 1,3 Mio.€..

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2008 von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) gegründet und hat zum 01.01.2009 den Bereich öffentlicher Straßenpersonennahverkehr von dieser übernommen. Die Haupttätigkeit der Gesellschaft ist die Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPNV) – überwiegend im Kreis Düren. Die Leistungen werden größtenteils im Selbsteintritt und alternativ durch Sub-unternehmer erbracht. Auf Grund der Übernahme der Geschäftstätigkeit von der Muttergesellschaft BTG in diesem Bereich bedient sich die Gesellschaft im Rahmen von Anleih- und Anmietverhältnissen noch des dort vorhandenen Fahr- und Betriebspersonals sowie der dort vorhandenen Betriebsausstattung (insbesondere Fuhrpark). Neueinstellungen von Personal sowie Neuanschaffungen von Betriebsausstattung (insbesondere Fahrzeuge) werden durch die Gesellschaft direkt vorgenommen. Hierdurch verringert sich das Anleih- und Anmietvolumen bei der Muttergesellschaft kontinuierlich.

Die Situation der kommunalen Unternehmen – insbesondere im ÖPNV – bleibt angespannt. Es dominiert bei den Unternehmen ein Kostendämpfungszwang auf Grund der schlechten Haushaltslagen der kommunalen Eigentümer. Diesem unterliegt auch die DKB. Verbesserungen des Leistungsangebotes sind nur dort möglich, wo sie kostendeckend erfolgen können. Dies ist

in der Regel nicht im Bereich örtlicher oder zeitlicher Randlagen. Maßgebend für das öffentlich bestellte Leistungspaket der DKB ist der Nahverkehrsplan des Kreises Düren.

Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung insbesondere des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bilden der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und die darauf aufbauende mittelfristige Projektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom Januar 2015 die Grundlage.

Im öffentlichen Straßenpersonenverkehr ist das, vom Nahverkehr geprägte, Beförderungsaufkommen über eine Stagnation nicht hinausgekommen. Angeregt wurde der Nahverkehr von der zunehmenden Zahl der Erwerbstätigen (0,9%); demgegenüber hat sich die Zahl der Auszubildenden, die für die Entwicklung des ÖPNV eine hohe Bedeutung besitzt, im Vergleich zum Vorjahr um 0,3% verringert. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklung der Erwerbstätigen und aller Auszubildenden entsprechend des Anteils am Verkehrsmarkt auf den ÖPNV auswirkt. Die hier wirkenden Gründe – sowohl positiv als auch negativ – sind jedoch vielfältig. So kann eine proportionale Entwicklung im ÖPNV nicht hergeleitet werden.

Im Linienfernverkehr hat sich die kräftige Dynamik im Jahr 2014 fortgesetzt (+120%). Eine maßgebliche Ursache waren hier die Streiks und Arbeitsniederlegungen im Eisenbahnverkehr, die eine Verlagerung zum Busfernverkehr bewirkten. Der Gelegenheitsverkehr setzte seinen langjährigen Abwärtstrend in abgeschwächtem Ausmaß fort. Bei der Fahrtenzahl des gesamten ÖSPV ist der Fernverkehr kaum spürbar, bei der Verkehrsleistung dagegen schon, weshalb sie ein spürbares Wachstum (3,7%) verbuchte. Das ist das günstigste Ergebnis der ÖSPV-Leistung seit 2004.

Im Jahr 2015 sind für die demographischen und gesamtwirtschaftlichen Leitdaten des Nahverkehrs schwächere Impulse zu erwarten als im Vorjahr. Von den niedrigen Kraftstoffpreisen dürfte eine spürbare Bremswirkung ausgehen. Es wird daher eine Stagnation des ÖSPNV erwartet.

Der Linienfernverkehr wird weiter expandieren, prozentual jedoch weit geringer als im Vorjahr. Für den Gelegenheitsverkehr ist mit einer weiteren Schrumpfung zu rechnen.

Im gesamten ÖSPV nimmt das Aufkommen wie im Nahverkehr zu (0,2%). Die Leistung (+1,7%) wächst, entsprechend dem Linienfernverkehr, schwächer als im Vorjahr.

Einen spürbaren Einfluss auf die Verkehrsentwicklung übt der Rohölpreis aus, der sich zwischen der Jahrtausendwende und dem Jahr 2011 mehr als verfünffacht hat. Danach ist er bei längerfristiger Betrachtung bis zur Jahresmitte 2014 annähernd konstant auf dem Niveau von rund 110 USD/Barrel (Bent) geblieben. Anschließend kam es bis zum Jahresende zu einem drastischen Einbruch um rund 50%. Im Jahresdurchschnitt schlug sich das nur begrenzt nieder, sodass der in US-Dollar fakturierte Weltmarktpreis um lediglich 9% auf 99 USD sank. Der jahresdurchschnittliche Wechselkurs des Euro blieb trotz der spürbaren Abwertung im zweiten Halbjahr aufgrund der vorangegangenen Aufwertung konstant bei 1,33 USD. Somit ging der deutsche Einfuhrpreis für Rohöl wie der Weltmarktpreis um 9% zurück.

Für das Jahr 2015 wird in der Mehrheit der Konjunkturprognosen, gestützt auf die Entwicklung an den Warenterminbörsen, angenommen, dass der Rohölpreis gegenüber dem im Januar erreichten Tiefpunkt von unter 50 USD - zumindest nicht weiter sinken wird. Vielmehr wird ein Wiederanstieg der Rohölpreise in einem Korridor von 70 bis gut 80 USD erwartet.

Ferner wird angenommen, dass der Mineralölsteuersatz im Prognosezeitraum nicht erhöht wird. Insbesondere in mittelfristiger Sicht ist diese Erwartung angesichts des Finanzbedarfs für die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur nicht ohne Risiken. Die gegenwärtig geplante Pkw-Maut kann frühestens im Jahr 2016 eingeführt werden. Auswirkungen auf das Verkehrsverhalten bewegen sich unterhalb der Messbarkeitsgrenze.

Die Gesellschaft wird restrukturiert. Grundlagen bilden die gutachterlichen Empfehlungen der KCW. Im Jahr 2012 erfolgte eine vertiefende und eingehende Analyse der Geschäftsprozesse insbesondere in Verbindung mit der Muttergesellschaft sowie der Leistungsprozesse unter Hinzuziehung eines Sachverständigen. Eingeleitete Maßnahmen finden sich im Personalmanage-

ment zur Verringerung einer überdurchschnittlichen Krankenquote im Betrieb, im Bereich Entflechtung von der Muttergesellschaft, im Bereich der Zusammenarbeit mit anderen Verkehrsunternehmen, insbesondere der am Betriebsort ansässigen Rurtalbahnhof GmbH. Mit Wirkung zum 01.08.2013 wurden die diesbezüglichen Beschlüsse des Aufsichtsrates wirksam.

Durch die Beschlüsse zur personellen und strukturellen Trennung der Gesellschaften BTG und DKB wurde insbesondere eine Neugliederung der Zuständigkeiten notwendig. Hierzu wurde für die Gesellschaft ein Managementvertrag mit der R.A.T.H. GmbH zur operativen Führung der Dürener Kreisbahn und ein Interims-Managementvertrag mit Herrn Hans-Peter Nießen abgeschlossen mit dem Ziel der Weiterentwicklung, Neupositionierung und dauerhaften Ergebnisverbesserung.

Der R.A.T.H. GmbH obliegt die kaufmännische Verwaltung und die Aufstellung des Wirtschaftsplans und dessen Überwachung sowie der Jahresabschluss. Dieser Vertrag ist an den Interims-Managementvertrag gekoppelt und hat eine Laufzeit von 2 Jahren mit einer einmonatigen Sonderkündigungsfrist.

Für die Vertriebs- und Einnahmeaufteilung wird derzeit auf die verbliebenen Strukturen der Gesellschaft zurückgegriffen.

Die Gesellschaft ist über einen am 18.12.2008 mit der BTG abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag dort organschaftlich eingebunden. Weiterhin bestehen ein Einnahmeaufteilungsvertrag und ein Kooperationsvertrag mit dem Aachener Verkehrsverbund (AVV) und dem Verkehrsverbund Rhein – Sieg (VRS). Die Gesellschaft wirkt hier im Bereich der Unternehmensbeiräte und zusätzlich im Aufsichtsrat des AVV mit. Abschließende Entscheidungen fallen in der politisch besetzten Zweckverbandsversammlung.

Am 1.1.2013 trat das novellierte Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in Kraft. Die Neuregelung wirkt sich maßgeblich auf den ÖPNV aus und schafft in diesem Sektor nach Jahren der Unsicherheit eine gewisse Rechtssicherheit für die zukünftige Vergabemöglichkeit durch den Aufgabenträger z.B. in Form eines Dienstleistungsauftrages.

Die Möglichkeit einer Inhouse-Vergabe nach dem neuen PBefG erfolgt konform zur VO (EG) Nr. 1370/2007.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse konnten im Jahre 2014 um 2% gesteigert werden. Im Bereich der Linienverkehrseinnahmen waren diverse Verschiebungen in den Fahrscheinsegmenten zu verzeichnen. So verzeichnete das Einzelkartensegment einen Zuwachs von 8% (T€ 83) ; die Einnahmen aus Mobiltickets stiegen um 22 % (T€ 139). Die öffentlichen Zuschüsse zu Mobiltickets sanken um 28 % (T€ 99), ebenfalls reduzierten sich, bedingt durch erhöhte Fahrgastzahlen, die Erlöse für den Schwerbehindertenausgleich nach § 145 SGB IX um 19% (T€ 88). Die Einnahmen aus dem Schülersonderverkehr stiegen durch Vertragsanpassungen um 24% (T€ 130).

Übersteiger und Fremdverkäufe

Seitens des AVV wurden die Schlussrechnungen für Übersteiger- und Einnahmeausgleich der Jahre 2012 - 2013 vorgelegt. Die in den Vorjahren festgestellte Ertragskraftverlagerung bei der RVE zu Lasten des Kreises Düren zwischen den Verkehrsverbundunternehmen hat sich in 2014 fortgesetzt.

Die Einnahmeaufteilung im VRS erfolgt derzeit nach den Zählergebnissen 2004/2005, da die in 2009 durchgeführte Verkehrserhebung als Abrechnungsgrundlage für die Jahresabrechnungen 2009 – 2014 nach dem Vertrag über die Einnahmenaufteilung strittig ist. (s. Risikobericht).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich geringfügig um 1% auf T€ 681. Zwar sanken durch die Übernahme der Rurtalbusleistungen (Aufgabe deren operativer Tätigkeit im Sep-

tember 2013) die Mieteinnahmen für Busse, die die Rurtalbus vormals wesentlich bei der DKB anmietete; gleichzeitig stiegen die sonstigen betrieblichen Erträge durch periodenfremde Erträge aus Mobilticketzuschüssen des AVV sowie aus Endabrechnungen der Einnahmenaufteilung 2013 des VRS und der Rurtalbahn GmbH.

Öffentliche Ausgleichzahlungen

Die öffentlichen Ausgleichszahlungen für Schülerbeförderung gemäß § 11a ÖPNVG NRW sanken leicht um 1,5% (T€ 17).

Materialaufwand

Bedingt durch den anhaltenden Ölpreisverfall sanken die Treibstoffkosten. Die Wartungs- und Werkstattkosten gegenüber der Rurtalbus GmbH fielen um 7,3% (T€ 81). Die Ausgaben für Subunternehmer Bus fielen deutlich in Höhe von T€ 728, da die Rurtalbus den operativen Geschäftsbetrieb in 2013 eingestellt hat und diese Leistungen durch die Gesellschaft selbst erbracht wurden. Durch einen Nachtrag zum Vertrag zur Personalgestellung mit der BTG trägt die DKB ab 2014 die Remanenzkosten der ausgeliehenen Mitarbeiter der BTG. Dies bedingt einen Anstieg der Kosten für bezogenes Personal in Höhe von T€ 562. Die Kosten der Fuhrparkanmietung bei der BTG sanken um T€ 58.

Personalaufwand

Mit Einstellung des Geschäftsbetriebes der Rurtalbus GmbH wechselte deren gesamter Personalbestand im August 2013 zur DKB. Bedingt durch diese unterjährige Mitarbeiterübernahme in 2013 steigen die Personalkosten in 2014 um T€ 526.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen in 2014 T€ 1.848 (Vj.: T€ 1.590). Der Anstieg resultiert aus Forderungsverlusten in 2014 in Höhe von T€ 65 (Vj.: T€ 6), aus dem Anstieg der Beratungskosten in Höhe von T€ 191 (Vj.: T€ 116) durch die ganzjährige Laufzeit des Interims-Managementvertrags mit Herrn Hans-Peter Nießen, aus der variablen Vergütung der R.A.T.H. GmbH gemäß Managementvertrag für 2014 in Höhe von T€ 56 (Vj.: T€ 5) sowie periodenfremden Aufwendungen in Höhe von T€ 239 (Vj.: T€ 74). Diese betreffen überwiegend die Schlussrechnung für Übersteiger- und Einnahmeausgleich mit der RVE des Jahres 2013 (T€ 125), die Auflösung von Schülerausgleichsforderungen für die Jahre 2011 und 2012 (T€ 54) sowie die anteilige Rückzahlung des Schwerbehindertenausgleiches nach § 145 SGB IX für das Jahr 2013 in Höhe von T€ 35.

Abschreibungen, Zuschüsse, Zinsen

Die Abschreibungen stiegen in 2014 auf T€ 530 (Vj.: T€ 452). Der Anstieg resultiert aus dem Abschreibungspotential von 4 Bussen, die in 2014 angeschafft und pro rata temporis abgeschrieben werden.

Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse erhöhten sich analog auf T€ 155 (Vj.: T€ 126).

Der Zinsaufwand für die Fahrzeugfinanzierung betrug in 2014 T€ 87 (Vj.: T€ 79).

In 2012 wurde seitens Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung die öffentlich geförderte Modernisierung und Erweiterung des rechnergestützten Busleitsystems mit einem Investitionsvolumen von 1,9 Mio. Euro genehmigt. Die Umsetzung wurde in 2009 begonnen und wird voraussichtlich in 2015 aktiviert werden.

Jahresergebnis

Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 2.997 Mio. € (Vj.: 2.854 Mio. €) ab, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft aufgerechnet wird. Das Ergebnis ist wesentlich geprägt von Rückstellungen und Ausgaben für Übersteiger/Fremdverkäufe für AVV, VRS und Rurtalbus GmbH.

Das Ergebnis ist mit T€ 562 erstmaliger Übernahme von Remanenzkosten der entliehenen BTG-Mitarbeiter belastet. Das diesjährige Ergebnis entspricht in etwa dem Jahresfehlbetrag des

Jahres 2012. Insofern weisen die erstmals in 2014 von der BTG an die DKB abgerechneten Remanenzkosten des ausgeliehenen BTG Personals auf eine erste Wirkung des ein-geleiteten Restrukturierungsprozess hin.

b. Finanzlage

Die Gesellschaft bediente sich 2014 zur Erbringung erzielter und zur Abdeckung benötigter Liquidität eines Verrechnungskontos bei der Muttergesellschaft und ist so in die dortige Liquiditätsversorgung einbezogen. Die Gesellschaft hat aufgrund ihres Gesellschaftszweckes – verbunden mit dem Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft – keine Möglichkeit, eigene Liquiditätsreserven aufzubauen. Sie ist und bleibt in diesem Bezug von der Muttergesellschaft abhängig. Zum Ende des Jahres 2014 betragen die Kassen- und Bankguthaben ca. T€ 488 (Vj.: T€ 289). Auf Grund des mit dem Nahverkehrsplan des Kreises Düren durch den Kreistag beschlossenen und durch die DKB umgesetzten, die Daseinsvorsorge sicherndem Leistungspaketes, schließt die laufende Geschäftstätigkeit im ÖPNV defizitär.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2014 ca. T€ 6.905 (Vj.: T€ 5.838). Das Sachanlagevermögen beläuft sich auf T€ 4.447 (Vj.: T€ 3.650). Die Gesellschaft beschafft seit der Betriebsübernahme selber Fahrzeuge und mindert dadurch die Fahrzeugentleiher bei der Muttergesellschaft. Den Fahrzeugen in Höhe von T€ 3.662 und dem übrigen Sachanlagevermögen stehen Investitionszuschüsse von insgesamt T€ 1.387 gegenüber.

Die Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten der Gesellschaft resultieren größtenteils aus der eigenen Beschaffung von Fahrzeugen, die durch die Aufnahme von besicherten Darlehen erfolgte. Es bestehen Verbindlichkeiten aus Darlehen bei der Sparkasse Düren, der Mercedes Benz Bank und der Raiffeisenbank Eschweiler.

Ein Großvorhaben im Bereich der Infrastruktur, nämlich die Ausweitung des rechnergesteuerten Busleitsystems (RBL) sowie der Aufbau eines E-Ticketingsystems ist noch nicht abgeschlossen.

Die Gesamtrückstellungen beliefen sich in 2014 auf ca. T€ 1.445 (Vj.: T€ 1.080).

Insbesondere sind hier zu erwähnen die Rückstellungen für evtl. Zahlungen aus der Einnahmeaufteilungsrechnung im VRS und AVV sowie die zu zahlenden Haftpflichtumlagen an den VVDE. Die Eigenkapitalquote ist als Vermögensstatus nur aussagekräftig in Verbindung mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag bis zur Berichterstattung sind keine Verhältnisse bekannt geworden, die eine außerordentliche Abweichung vom Jahresabschluss erwarten lassen. Die Entwicklung der Treibstoffkosten bleibt zu beobachten.

Am 1.1.2013 trat das novellierte Personenbeförderungsgesetz in Kraft. Die Neuregelung wirkt sich maßgeblich auf den ÖPNV aus und schafft in diesem Sektor nach Jahren der Unklarheit vorerst eine gewisse Rechtssicherheit. Die Möglichkeit der Dienstleistungsauftrages i.V. mit den Inhouse-Vergaben für die Dürener Kreisbahn GmbH im Zusammenwirken des neuen PBefG mit der VO (EG) Nr. 1370/2007 bleibt erhalten.

Risikobericht

Das Wegbrechen öffentlicher Ausgleichzahlungen für Verbund- und Investitionsförderung sowie das Fortbrechen öffentlicher Ausgleichzahlungen für die Beförderungen von Schülern und/oder Schwerbehinderten stellt für die Ertragslage ein wesentliches Risiko dar. Durch die Novellierung des ÖPNV – Gesetzes wurden die Investitionszuschüsse pauschaliert. Für die Schülerschulenausgleichszahlung (vormals §45a PBefG) gilt §11a ÖPNVG. Durch die Verschärfung

der Schwerbehindertenerhebung durch das Land sind zusätzliche Dienstleister zu beauftragen, um diese Vorgaben zu erfüllen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft Dürener Kreisbahn GmbH (DKB) ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**beka GmbH**

Von-Werth-Straße 37
 50670 Köln
 Telefon: 0221/951449-0
 Telefax: 0221/951449-20
 E-Mail: info@beka.de
 Homepage: www.beka.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlichen Wirtschaftsgüter.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und der öffentlichen Nahverkehrsunternehmungen durch Geschäfte und Maßnahmen aller Art. Die Gesellschaft kann solche Geschäfte und Maßnahmen im eigenen oder fremden Namen betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Sie wird bei einem Geschäftsführer durch diesen, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Es kann auch jedem Geschäftsführer das Recht verliehen werden, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens fünf, höchstens elf Mitgliedern. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Ihm obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Geschäftsführer, er bestellt sie, schließt mit ihnen die Dienstverträge und beruft sie ab.
2. Er ist befugt, beim Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer jedem das Recht zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft zu verleihen.
3. Er setzt die Richtlinien über Art und Umfang der Geschäftstätigkeit fest.
4. Der Aufsichtsrat stellt den Jahresabschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr durch seine Zustimmung fest. Wird die Zustimmung versagt, hat er den Jahresabschluss mit seiner eigenen Stellungnahme innerhalb eines Monats der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, die den Jahresabschluss dann feststellen.

Seiner Zustimmung bedürfen folgende Handlungen der Geschäftsführung.

1. Vornahme von Rechtsgeschäften, welche über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen,
2. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
3. Investitionen, die im Einzelfall den Betrag von DM 30.000 übersteigen,
4. Beteiligungen an anderen Unternehmen,
5. Abschluss von Arbeitsverträgen mit einer höheren Jahresvergütung als DM 70.000 oder mit einer längeren als der gesetzlichen für die Handlungsgehilfen regelmäßigen Kündigungsfrist,
6. Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten, Aufnahme von Darlehen mit Aufnahme von kurzfristigen Kassenkrediten zur Vorfinanzierung von Warengeschäften,
7. Abschluss von Verträgen mit einem höheren Wert als DM 500.000 (bei Verträgen in Warenhandelsgeschäften DM 2.000.000),
8. Ausstellung von Wechseln,
9. Erteilung und Widerruf von Prokuren und Abschluss von Anstellungsverträgen mit Prokuristen,
10. alle anderen Maßnahmen, für die es der Aufsichtsrat beschließt.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung beschließt außer über die ihr in dem Gesellschaftervertrag sonst zugewiesenen oder im Gesetz vorbehaltenen Maßnahmen insbesondere über:

1. Die Wahl und Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern,
2. die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
3. die Auflösung der Gesellschaft oder ihre Fusion mit einem anderen Unternehmen,
4. die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer oder einer Revisionsabteilung eines Gesellschafterunternehmens oder einer mit den Gesellschafterunternehmen verbundenen Holding-, Schwester- oder Tochterunternehmen,
5. alle Angelegenheiten, für die ein Geschäftsführer oder der Aufsichtsrat eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung fordert,
6. die Verwendung des Jahresüberschusses (Bilanzgewinn) auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Coenen, Robert

Aufsichtsrat: Mitglieder des Aufsichtsrates sollen im Allgemeinen nur leitende Persönlichkeiten der Unternehmungen sein, die als Gesellschafter beteiligt sind, jedoch soll das Recht der Ge-

sellschaferversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern hiervon unberührt bleiben.

Aufgrund der Vielzahl der Gesellschafter dieser Einkaufsgesellschaft entfällt eine weitere Darstellung.

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter in die Gesellschaferversammlung. Werden mehrere Vertreter entsendet, so können diese ihre Stimme nur einheitlich ausüben.

Gesellschafterversammlung:

1 Stimme

je 10 € Kapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:

Die Dürener Kreisbahn GmbH entsendet kein Mitglied in den Aufsichtsrat.

Gesellschafterversammlung:

Emunds, Guido

BTG

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	50672 Köln	
gezeichnetes Kapital:	382.520,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	3.000,00 €	0,78%

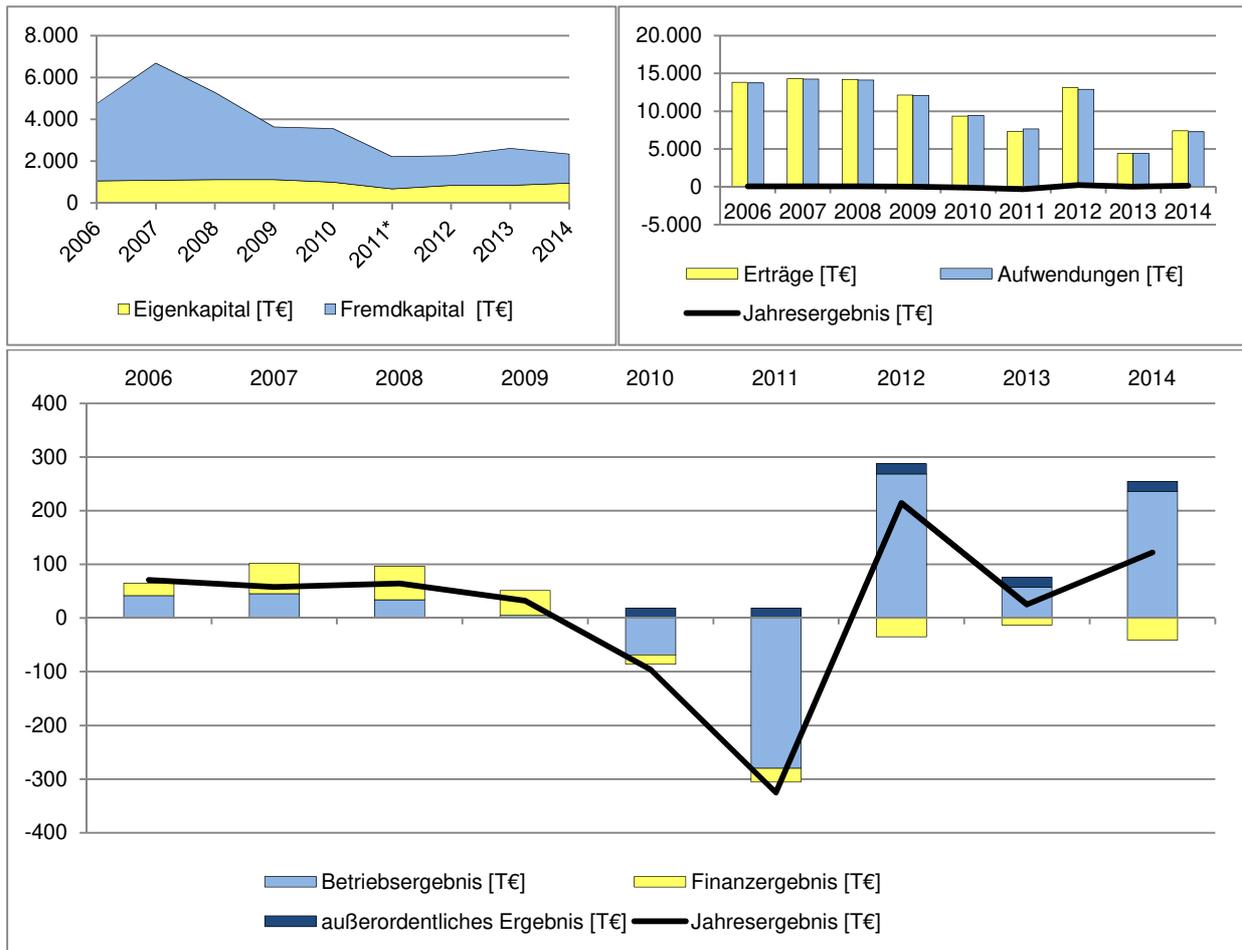
Auf eine weitere Darstellung der Gesellschafter wird wegen der hohen Anzahl verzichtet.

Bilanz	2012	2013	2014*	Veränderung in €	Veränderung in %
<u>Aktiva</u>					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	24.934,00 €	27.833,00 €	51.972,50 €	24.139,50 €	86,73%
II. Sachanlagen	20.516,00 €	14.208,00 €	20.662,00 €	6.454,00 €	45,43%
III. Finanzanlagen	225.000,00 €	250.000,00 €	790.256,50 €	540.256,50 €	216,10%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	0,00 €	0,00 €	22.938,52 €	22.938,52 €	
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.355.737,23 €	1.039.077,01 €	747.347,90 €	-291.729,11 €	-28,08%
III. Kassenbestand	593.611,49 €	1.274.800,99 €	701.528,92 €	-573.272,07 €	-44,97%
IV. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	42.809,16 €	7.935,33 €	5.699,70 €	-2.235,63 €	-28,17%
Summe Aktiva	2.262.607,88 €	2.613.854,33 €	2.340.406,04 €	-273.448,29 €	-10,46%
<u>Passiva</u>					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	335.340,00 €	335.340,00 €	335.340,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	218.658,44 €	218.658,44 €	218.658,44 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinnrücklagen	71.497,71 €	269.033,43 €	277.458,71 €	8.425,28 €	3,13%
IV. Bilanzgewinn	214.302,72 €	25.192,28 €	122.153,72 €	96.961,44 €	384,89%

C. Rückstellungen	210.820,70 €	1.063.870,00 €	1.178.900,98 €	115.030,98 €	10,81%
D. Verbindlichkeiten	1.211.988,31 €	701.760,18 €	207.894,19 €	-493.865,99 €	-70,38%
Summe Passiva	2.262.607,88 €	2.613.854,33 €	2.340.406,04 €	-273.448,29 €	-10,46%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014*	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	13.008.865,02 €	4.341.541,65 €	7.337.548,61 €	2.996.006,96 €	69,01%
2. sonstige betriebliche Erträge	57.621,39 €	25.861,37 €	54.468,19 €	28.606,82 €	110,62%
3. Materialaufwand	11.886.806,35 €	3.428.047,24 €	6.106.295,78 €	2.678.248,54 €	78,13%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	415.702,93 €	419.590,77 €	527.921,22 €	108.330,45 €	25,82%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	113.618,76 €	141.655,33 €	143.944,07 €	2.288,74 €	1,62%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	22.084,34 €	15.583,79 €	29.461,33 €	13.877,54 €	89,05%
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen übersteigen	44.913,49 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	314.909,63 €	305.128,45 €	348.652,09 €	43.523,64 €	14,26%
Betriebsergebnis	268.450,91 €	57.397,44 €	235.742,31 €	178.344,87 €	310,72%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	30.822,48 €	49.378,54 €	16.656,97 €	-32.721,57 €	-66,27%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	65.645,67 €	62.257,45 €	57.436,04 €	-4.821,41 €	-7,74%
Finanzergebnis	-34.823,19 €	-12.878,91 €	-40.779,07 €	-27.900,16 €	216,63%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	233.627,72 €	44.518,53 €	194.963,24 €	150.444,71 €	337,94%
9. außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	300,00 €	300,00 €	
9. Außerordentliche Aufwendungen	18.871,00 €	18.871,00 €	18.871,04 €	0,04 €	0,00%
außerordentliches Ergebnis	-18.871,00 €	-18.871,00 €	-18.571,04 €	299,96 €	-1,59%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	-0,75 €	53.560,48 €	53.561,23 €	
11. sonstige Steuern	454,00 €	456,00 €	678,00 €	222,00 €	48,68%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	214.302,72 €	25.192,28 €	122.153,72 €	96.961,44 €	384,89%

* Zum 01.01.2014 wurde die 100%ige Tochter beka ebusiness GmbH auf die beka GmbH verschmolzen. Somit ist eine Vergleichbarkeit der Zahlen des Geschäftsjahres mit denen der Vorjahre nicht gegeben.



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	13	11	11

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr so stark gewachsen wie seit 2011 nicht mehr – trotz vieler internationaler Krisen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,5 Prozent. Im ÖPNV konnten die Fahrgastzahlen auf hohem Niveau gesteigert werden, ebenso wie die Ticketeinnahmen. Allerdings zeigt der sinkende Kostendeckungsgrad der Unternehmen, dass ihre Einsparungsbemühungen und die Einnahmen durch die Fahrgäste alleine nicht mehr ausreichen, um das immer umfangreichere Bus- und Bahnangebot entsprechend zu finanzieren. Die beka GmbH – nachfolgend beka genannt – ist ein Dienstleistungsunternehmen für den öffentlichen Nahverkehr in Deutschland, insbesondere im Einkaufsbereich. Sie ist aber auch Kooperationspartner für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) – hier beson-

ders als Verleger von Publikationen und Ausrichter von Seminaren und Tagungen. Träger der Gesellschaft sind Beteiligungen von 81 Unternehmen überwiegend aus dem öffentlichen Verkehrssektor.

Die drei Kernbereiche des beka-Geschäfts liegen in den Bereichen „Einkaufsdienstleistungen“, „eProcurement“ sowie „Seminare und Tagungen“. Für die positive Geschäftsentwicklung dieser Bereiche ist das Investitionsverhalten der Unternehmen von entscheidender Bedeutung.

Im Bereich Seminare und Tagungen konnte das gewünschte Ergebnis übertroffen werden. Wichtig ist es hier, weiterhin aktuelle Themen zu besetzen, innovative Veranstaltungen aufzunehmen und in enger Zusammenarbeit mit dem VDV und seiner VDV-Akademie das Geschäft weiter zu konsolidieren und auszubauen.

Im Bereich eProcurement konnten neue Kunden für die Plattform bekaPROCURE gewonnen werden.

Der prognostizierte Umsatzrückgang im Einkauf aufgrund nachlassender Investitionstätigkeiten in den für die beka relevanten Warengruppen ist eingetreten. Es ist hier weiterhin wichtig, neue Dienstleistungen zur Inanspruchnahme durch die Gesellschafter und weitere interessierte ÖPNV-Unternehmen zu etablieren.

In allen Bereichen wurden die organisatorischen Abläufe sowohl intern als auch bei den Vermarktungsaktivitäten modernisiert, optimiert und vereinfacht.

Geschäftsverlauf und Erläuterungen zur Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im 93. Jahr ihres Bestehens hat die Gesellschaft positiv gewirtschaftet.

Im Jahr 2014 konnten Umsatzerlöse von T€ 7.338 (Vj. T€ 4.341 ohne eBusiness, mit eBusiness T€ 9.512) erzielt werden. Das Rohergebnis betrug T€ 1.286 (Vj. T€ 939 ohne eBusiness, mit eBusiness T€ 1.191).

Es wurde ein Jahresüberschuss von 122 T€ (Vj. T€ 25 ohne eBusiness, mit eBusiness T€ 97) erzielt. Hierbei sind (saldierte) Aufwendungen aus der Altersvorsorge des ehemaligen Geschäftsführers mit T€ 110 berücksichtigt.

Die Zinserträge bewegten sich aufgrund des Kapitalmarktes auf sehr niedrigem Niveau.

Die Vermögensstruktur der beka ist gekennzeichnet durch eine hohe Eigenkapitalausstattung, so dass die Gesellschaft im Betrachtungszeitraum ohne Fremdfinanzierung ihre Geschäfte abwickeln konnte. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag rund 40,8 %.

Die hohe Liquidität resultiert im Wesentlichen aus einer guten Zahlungsmoral unserer Kunden.

Die Gesellschaft beabsichtigt, für 2014 eine Dividende i. H. von 5% an die Gesellschafter auszuschütten.

Einkauf

Der Umsatz im Berichtsjahr lag bei T€ 1.890 (Vorjahr T€ 2.951). Zu diesem Ergebnis haben mittel- und langfristige Investitionen aus den alten und neuen Bundesländern beigetragen. Bedingt durch die geänderte Strategie, nicht mehr an Großausschreibungen teilzunehmen ist der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr wie geplant deutlich gesunken. Erstmals konnten neue Einkaufsdienstleistungen („Health Check Einkauf“) zum Ergebnis beitragen. Dieses Standbein soll zukünftig ausgebaut werden. Der Umsatz im zum Einkauf gehörenden Verlagsgeschäft lag im Plan.

Seminare und Tagungen

Das Seminar- und Tagungsgeschäft fand im Berichtsjahr eine gute Akzeptanz bei unseren Kunden. Die Veranstaltungen wurden inhaltlich und organisatorisch überdurchschnittlich mit „gut und besser“ beurteilt. Das Geschäft hat sich auf gutem Niveau stabilisiert. Der Umsatz betrug T€ 1.668 (Vj. T€ 1.265). Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der VDV-Akademie sind hierin enthalten. Die zukünftige Entwicklung des Geschäftsbereiches hängt in nicht unerheblicher

chem Maße von einer für beide Seiten zufriedenstellenden Zusammenarbeit von beka und VDV-Akademie ab, die in 2014 vollumfänglich gegeben war.

eProcurement

Die Hauptumsatzleistung der beka liegt im Bereich eProcurement. Es betrug im Geschäftsjahr 2014 T€ 3.582 (Vj. T€ 5.171). Der Umsatzrückgang ist hauptsächlich durch den verkleinerten Kundenkreis im System beka4business (Ausstieg BVG) entstanden, das Ergebnis konnte jedoch durch Zuwachs aus bekaPROCURE nahezu gehalten werden.

In 2014 wurden bei gleichzeitigem Erhalt der Bestandsgeschäfte neue Kundenkreise für bekaPROCURE erschlossen. Aus dem Gesellschafterbereich konnten u. a. die Kölner Verkehrs-Betriebe AG und die Rheinbahn AG als Kunde gewonnen werden, ein weiteres Wachstum dieser Marktplatzplattform ist für 2015 angestrebt, weitere potentielle Kunden haben bereits ihr Interesse signalisiert.

Risikobericht

Aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Lage und mäßigen Investitionsaufkommen im ÖPNV werden von der Geschäftsführung Risiken im Einkauf und im Bereich Seminare nicht ausgeschlossen. Im Bereich eProcurement bestehen zum einen normale Risiken aus dem Handelsmodell bei beka4business sowie zum anderen übliche Risiken aus dem Betrieb der beiden fremdgehosteten Plattformen. Weiterhin bestehen aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung der beka bei Bietergemeinschaften Risiken in der Projektabwicklung. Hier werden zukünftig andere Vertragskonstellationen zur Risikominimierung angestrebt. Die Eintrittswahrscheinlichkeit der derzeit nicht näher quantifizierbaren Risiken wird als gering eingeschätzt.

Ausblick und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die voraussichtliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2015 ist wie folgt zu beurteilen:

Der Übergang zur Abwicklung von einkaufsnahen Dienstleistungen (Sourcing, Lieferantentwicklung, Abschluss von bundesweiten Rahmenverträgen, Begleitung oder Durchführung von Ausschreibungen mit oder für Dritte) wird weiter vorangetrieben. In 2015 werden diese Geschäfte erstmals einen signifikanten Anteil am Rohergebnis haben, entsprechende Aufträge für diesen Zeitraum liegen vor. Der Großauftrag „Fahrscheinautomaten“ wird als letzter Großauftrag in Bietergemeinschaft bis Mitte des Jahres abgewickelt.

Im Verlag wird die sog. Kiosk-App zum zeitgemäßen Vertrieb der Publikationen des VDV und der beka im Frühjahr produktiv gehen. Hier wird durch das veränderte Geschäftsmodell im ersten Schritt ein Halten des Ergebnisses angestrebt.

Für den Unternehmensbereich Seminare und Tagungen wird ein niedrigerer Umsatz aufgrund der periodisch wiederkehrenden Veranstaltungen - AEE und Marketing-Kongress erst wieder in 2016 - erwartet. In 2015 soll die Vermarktung von Inhouse-Schulungen vorangetrieben werden. Die Aktivitäten mit der VDV-Akademie sind durch den Kooperationsvertrag und Einzelvereinbarungen geregelt und sollen weiter ausgebaut werden. Die gemeinsam durchgeführte Veranstaltung Fachsymposium Multimodalität wird aufgrund der positiven Resonanz mit einer Nachfolgeveranstaltung fortgesetzt.

Im Bereich eBusiness sollen weitere Kunden akquiriert werden. Hier werden für 2015 ff. jeweils drei bis vier zusätzliche Implementierungen bei Neukunden angestrebt – ein entsprechendes Potential und Signale aus der Branche und anderen Unternehmungen sind vorhanden. Weiterhin soll die Bildung strategischer Allianzen mit anderen Marktteilnehmern zum verbesserten Marktangang überprüft werden.

Prognosebericht

Die Unternehmensplanung für die Jahre 2015 und 2016 sieht vor, dass durch die zusätzliche Einführung neuer Dienstleistungen und die Wirksamkeit der bereits begonnenen Umstrukturie-

rungsmaßnahmen weiterhin positive Ergebnisse erzielt werden. Der weiter wachsende Anteil an Erlösen aus der Plattform bekaPROCURE schafft ein solides Fundament für die Umstrukturierungsaktivitäten im Einkauf.

Auf der Umsatzseite bedeutet dies, dass 2015 bei geplanten T€ 6.323 Umsatz ein Rohergebnis (vor Steuern und Tantiemen) von T€ 20 geplant wird. Hierin ist bereits berücksichtigt, dass aufgrund der schwachen Zinsentwicklung die Zinsaufwendungen aus der Altersvorsorge voraussichtlich 2015 das Ergebnis mit T€ 140 belasten. Die im Vorjahr formulierten Erwartungen wurden aus den oben genannten Gründen beim Umsatz nicht erreicht und beim Rohergebnis (vor Steuern und Tantieme) sogar übertroffen.

Insgesamt soll die beka die Aktivitäten ihrer Gesellschafter im Einkauf, im eProcurement, im Verlag sowie bei Tagungen und Seminaren unterstützen – immer mit dem Ziel, den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern!

Vorgänge von Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft eingetreten.

Beteiligungen des Unternehmens

Die beka ebusiness GmbH wurde zum 01.01.2014 auf die Muttergesellschaft verschmolzen. An weiteren Gesellschaften ist die beka GmbH nicht beteiligt.



EWV Energie und Wasserversorgung GmbH

Willy-Brandt-Platz 2
52222 Stolberg
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@ewv.de
Homepage: www.ewv.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und benachbarter Gebieten, die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und -Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligungen an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Einzelprokura wird nicht erteilt.

Die Gesellschafterversammlung beschließt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer, in der insbesondere die Berichtspflichten der Geschäftsführer geregelt werden.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern. 14 Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Gesellschaftern bestellt. Die Energieversorgungs- und Versorgungsgesellschaft der StädteRegion Aachen entsenden den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der StädteRegion Aachen und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städteregionsverwaltung oder Mitglied des Städteregionstages der StädteRegion

Aachen ist. Jede Stadt mit einem Geschäftsanteil von mehr als 12 % entsendet ihren Hauptverwaltungsbeamten in den Aufsichtsrat; die übrigen der 14 von den Gesellschaftern zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Die übrigen sieben Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Arbeitnehmern der Gesellschaft nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gewählt.

Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegen:

1. Festsetzung der Anstellungsbedingungen für Geschäftsführer.
2. Nach Eingang und Vorlage des Prüfberichtes des Abschlussprüfers die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes und des Vorschlages zur Verwendung des Ergebnisses.
3. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung, unbeschadet des Rechts und der Pflicht der Geschäftsführung und der Gesellschafter, die Gesellschafterversammlung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen einzuberufen.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Die Erteilung von Prokuren,
2. Abschluss, Änderung oder Beendigung von Verträgen, deren Laufzeit ein Jahr überschreiten, mit Ausnahme der Verträge des laufenden Geschäftsverkehrs. Zu den Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs gehören die Verträge mit den Kunden und die Bezugsverträge von Energie und Wasser,
3. Die jährlich im Voraus von der Geschäftsführung zu erstellenden Investitions-, Finanz- und Ergebnisplanungen sowie entsprechende 5-Jahres-Pläne,
4. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 50.000 Euro überschreiten, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplanes zugestimmt wurde,
5. Die Vornahme eines Rechtsgeschäftes mit einem Gesellschafter oder einem Geschäftsführer. Dazu zählen nicht der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Verträgen, die den Bezug von Energie und Wasser betreffen,
6. Die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites sowie die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreitigkeiten, wenn der Streitwert mehr als 50.000 Euro beträgt.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Die Mitgliedschaft beruht jedoch nicht auf einer Bestellung durch den Kreistag, da entsprechend des sehr niedrigen Gesellschaftsanteil dem Kreis Düren kein Mandat zusteht. Vielmehr wurde Herr Spelthahn vom Gesellschafter rhenag in den Aufsichtsrat berufen.
Gesellschafterversammlung:	Spelthahn, Wolfgang Schavier, Karl	Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordneter
Beirat:	Spelthahn, Wolfgang Schavier, Karl	Kreis Düren Kreis Düren	Landrat Kreistagsabgeordneter

rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52222 Stolberg	
gezeichnetes Kapital:	18.151.450 €	

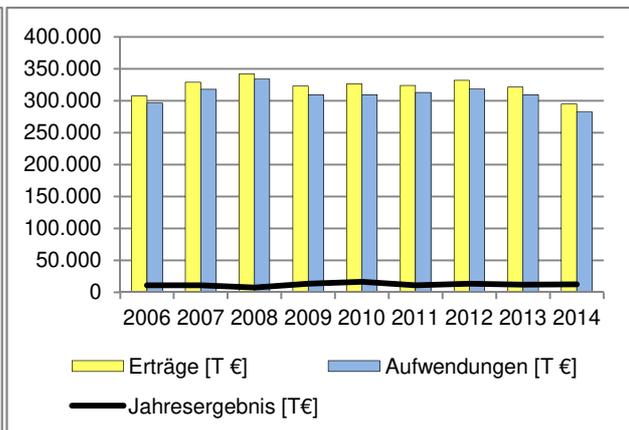
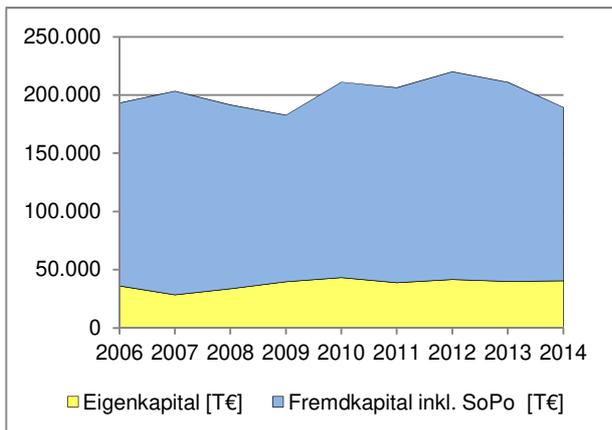
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
rhenag Beteiligungs GmbH	9.750.450,00 €	53,72%
Stadt Stolberg	2.591.650,00 €	14,28%
Stadt Eschweiler	2.394.150,00 €	13,19%
Städteregion Aachen	1.679.300,00 €	9,25%
Kreis Heinsberg	687.950,00 €	3,79%
Stadt Alsdorf	395.750,00 €	2,18%
Stadt Würselen	358.350,00 €	1,97%
Stadt Baesweiler	181.550,00 €	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	105.300,00 €	0,58%
Gemeinde Roetgen	1.050,00 €	0,01%
Gemeinde Simmerath	1.050,00 €	0,01%
Stadt Monschau	1.050,00 €	0,01%
Stadt Heinsberg	550,00 €	0,00%
Gemeinde Aldenhoven	550,00 €	0,00%
Gemeinde Inden	550,00 €	0,00%
Gemeinde Langerwehe	550,00 €	0,00%
Stadt Linnich	550,00 €	0,00%
Gemeinde Niederzier	550,00 €	0,00%
Stadt Geilenkirchen	550,00 €	0,00%

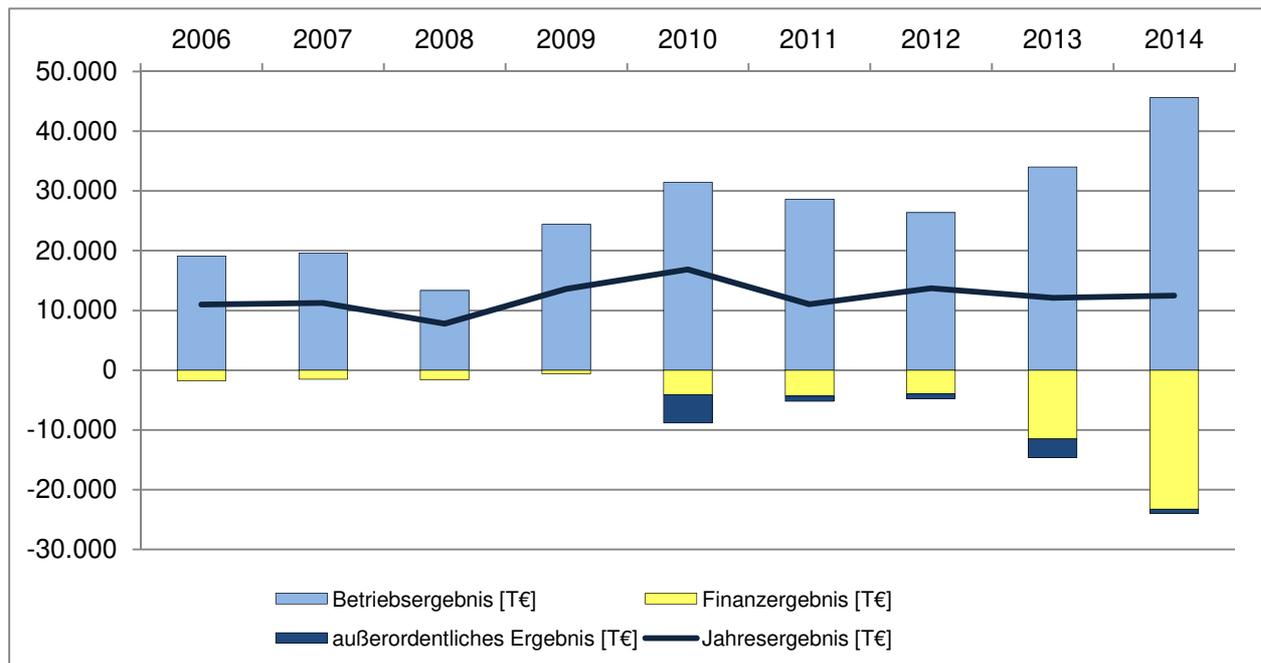
Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung	Veränderung
---------------	-------------	-------------	-------------	--------------------	--------------------

				in €	in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.696.555,00 €	1.417.943,00 €	1.157.174,00 €	-260.769,00 €	-18,39%
II. Sachanlagen	133.230.321,26 €	136.246.997,66 €	138.269.585,48 €	2.022.587,82 €	1,48%
III. Finanzanlagen	9.223.875,71 €	9.019.538,97 €	10.283.416,20 €	1.263.877,23 €	14,01%
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.346.095,18 €	1.697.389,90 €	2.490.814,03 €	793.424,13 €	46,74%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	51.909.853,80 €	58.896.894,84 €	34.913.227,30 €	-23.983.667,54 €	-40,72%
III. Wertpapiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Kassenbestand	21.246.018,07 €	3.325.221,48 €	2.155.260,99 €	-1.169.960,49 €	-35,18%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	334.835,02 €	302.790,37 €	200.381,33 €	-102.409,04 €	-33,82%
Summe Aktiva	219.987.554,04 €	210.906.776,22 €	189.469.859,33 €	-21.436.916,89 €	-10,16%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	18.151.450,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	7.045.123,94 €	0,00 €	0,00%
III. Andere Gewinnrücklagen	2.650.000,00 €	2.650.000,00 €	2.650.000,00 €	0,00 €	0,00%
IV. Gewinnvortrag	0,00 €	103,34 €	764,45 €	661,11 €	639,74%
V. Jahresüberschuss	13.700.103,34 €	12.095.661,11 €	12.506.796,70 €	411.135,59 €	3,40%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	17.997.959,00 €	15.614.109,00 €	12.835.028,00 €	-2.779.081,00 €	-17,80%
C. Rückstellungen	100.386.565,24 €	88.007.277,17 €	84.879.756,48 €	-3.127.520,69 €	-3,55%
D. Verbindlichkeiten	51.464.125,02 €	59.225.959,43 €	40.582.702,98 €	-18.643.256,45 €	-31,48%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	8.592.227,50 €	8.117.092,23 €	10.818.236,78 €	2.701.144,55 €	33,28%
Summe Passiva	219.987.554,04 €	210.906.776,22 €	189.469.859,33 €	-21.436.916,89 €	-10,16%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	323.949.080,46 €	316.854.755,98 €	275.557.164,64 €	-41.297.591,34 €	-13,03%
2. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	404.427,00 €	-605.789,85 €	-83.379,87 €	522.409,98 €	-86,24%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.523.430,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. sonstige betriebliche Erträge	3.467.365,60 €	4.347.001,08 €	18.678.383,34 €	14.331.382,26 €	329,68%
5. Materialaufwand	220.095.838,39 €	231.902.464,41 €	190.341.293,13 €	-41.561.171,28 €	-17,92%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	28.162.658,10 €	14.802.161,27 €	15.080.223,74 €	278.062,47 €	1,88%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.662.246,77 €	3.515.506,30 €	3.077.517,90 €	-437.988,40 €	-12,46%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	12.282.888,00 €	12.278.923,00 €	11.857.682,00 €	-421.241,00 €	-3,43%
8. Pachten für Werksanlagen und Netze	8.591.456,60 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	27.176.003,89 €	24.088.884,05 €	28.173.218,80 €	4.084.334,75 €	16,96%
Betriebsergebnis	26.373.211,31 €	34.008.028,18 €	45.622.232,54 €	11.614.204,36 €	34,15%
10. Erträge aus Beteiligungen	161.850,00 €	422.124,90 €	552.119,54 €	129.994,64 €	30,80%
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	58.153,85 €	69.647,03 €	49.764,47 €	-19.882,56 €	-28,55%
12. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	334.178,83 €	190.010,77 €	96.704,37 €	-93.306,40 €	-49,11%
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	18.883,45 €	13.989,98 €	4.572,43 €	-9.417,55 €	-67,32%
14. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	4.464.016,00 €	4.451.868,11 €	5.060.702,74 €	608.834,63 €	13,68%
15. Aufwand aus Verlustübernahme	0,00 €	7.707.018,44 €	18.876.907,73 €	11.169.889,29 €	144,93%
Finanzergebnis	-3.928.716,77 €	-11.491.093,83 €	-23.243.594,52 €	-11.752.500,69 €	102,27%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	22.444.494,54 €	22.516.934,35 €	22.378.638,02 €	-138.296,33 €	-0,61%
16. außerordentliche Aufwendungen/außerordentliches Ergebnis	831.935,00 €	3.103.171,00 €	669.983,00 €	-2.433.188,00 €	-78,41%
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.556.384,41 €	6.963.570,41 €	8.874.641,28 €	1.911.070,87 €	27,44%
18. sonstige Steuern	356.071,79 €	354.531,83 €	327.217,04 €	-27.314,79 €	-7,70%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	13.700.103,34 €	12.095.661,11 €	12.506.796,70 €	411.135,59 €	3,40%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	434	218	216

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäft und Rahmenbedingungen

Unternehmensgegenstand

Die EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWW) ist ein regionaler Energiedienstleister und versorgt ca. 200.000 Privathaushalte und Unternehmen in der StädteRegion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser. Ihre Tochtergesellschaft regionetz GmbH betreibt die von der EWW gepachteten Strom-, Gas- und Wassernetze in den Versorgungsgebieten.

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWW

Die EWW versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der StädteRegion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen.

In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWW betrieben.

Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWW das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt für die Stadt

Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt.

Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und deren Betriebsführung versorgt die EWV Kunden in der Stadt Würselen u.a. mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWV im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWV Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt.

Daneben erbringt die EWV seit 01.01.2013 die kaufmännische Betriebsführung für ihre 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz GmbH (regionetz), Eschweiler, mit der sie zusätzlich über einen Ergebnisabführungsvertrag verbunden ist. Die regionetz führt seit Anfang 2014 den technischen Netzbetrieb in den Versorgungsnetzen für Gas, Strom und Wärme der EWV durch. Hierzu hat sie zum oben genannten Datum Mitarbeiter der EWV, die dem Netzbereich zugeordnet waren, im Wege eines Betriebsübergangs übernommen, da es nach Auffassung der Regulatorischen Behörden erforderlich ist, dass die zur Bewältigung der Aufgaben des Netzbetriebs fachlich hinreichend qualifizierten Arbeitnehmer unmittelbar bei der Netzgesellschaft angestellt sind.

Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH (GREEN), Stolberg, und deren Betriebsführung ist die EWV gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und der 5%-Beteiligung an der RURENERGIE GmbH (**RURENERGIE**) in 2014 wurde das Gesellschaftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Ebenfalls im Bereich der regenerativen Energien ist Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO) tätig, an der die EWV mit 6,58 % beteiligt ist.

Wirtschaftsbericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2014 nach ersten Schätzungen um ca. 2,5% über das Vorjahresniveau an. Demgegenüber dürfte sich im vergangenen Jahr das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone, insbesondere aufgrund der notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der privaten und staatlichen Haushalte, voraussichtlich nur um knapp 1% erhöht haben. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Währungsgebiets, wird wahrscheinlich im Jahresvergleich um leicht über 1% gestiegen sein. Dabei hatte insbesondere der private Konsum einen positiven Einfluss.

Entwicklungen in der Energiewirtschaft

Witterung

Die Witterung spielt für die Energienachfrage und für die regenerative Erzeugung unseres Unternehmens eine wesentliche Rolle. Im vergangenen Jahr lagen die Temperaturen in Deutschland im Mittel deutlich über dem Wert des Vorjahres sowie dem langjährigen Mittelwert. Das Windaufkommen erreichte 2014 an der Küste höhere Werte, im Binnenland hingegen niedrigere Werte als im Vorjahr. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf 2014 nur geringfügig über den Werten des Jahres 2013.

Strom- und Gasnachfrage

Aus den bisher vorliegenden Daten geht hervor, dass der Stromverbrauch in Deutschland 2014 um schätzungsweise 4% rückläufig war. Hauptgründe dafür sind die relativ schwache Konjunktur energieintensiver Industrien, die im Vergleich zu 2013 insgesamt mildere Witterung sowie generelle Effizienzsteigerungen. Die Gasnachfrage lag mit voraussichtlich 14% deutlich unter

dem Vorjahreswert. Grund für den Rückgang dürften im Wesentlichen die milderen Temperaturen und der weiter rückläufige Einsatz von Gas in der Stromversorgung gewesen sein.

Strompreise

Die Strompreise an der Großhandels-Börse EEX sind im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt merklich gesunken und verringerten sich um 13% auf knapp 33 Euro/MWh (Base-Kontrakt) bzw. um 15% auf rund 37 Euro/MWh (Peak-Kontrakt). Diese Entwicklung kann in wesentlichen Teilen auf den Preisrückgang bei Steinkohle sowie zunehmende Einspeisungen aus Windkraft- und Solaranlagen zurückgeführt werden. Im Endkundengeschäft zeigte sich im vergangenen Jahr folgende Entwicklung:

Haushaltskunden mussten im Durchschnitt knapp über 1% mehr bezahlen, Industriekunden annähernd 2% mehr.

Gaspreise

Der Preis für Gasimporte nach Deutschland (BAFA-Preis) betrug 2014 nach ersten Schätzungen rund 24 Euro/MWh und lag damit etwa 15% unter den Preisen des Jahres 2013. Wesentliche Ursachen für diesen Preisrückgang waren niedrigere Ölpreise (die ölindezierte Verträge verbilligten), Vertragsrevisionen sowie der zunehmend dominierende Anteil von spotpreisbasierten Importen/Verträgen im BAFA-Preis. Die Spotpreise am niederländischen Spotmarkt TTF, dem kontinental-europäischen „Leitmarkt“, lagen mit einem Durchschnittswert von rund 21 Euro/MWh etwa 23% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Tarife für Haushalte lagen nur leicht über dem Vorjahresniveau, während die Preise für Industriekunden um rund 4% sanken.

Energiewende

Die Bundesregierung verfolgt nachhaltig den Umbau der Energiewirtschaft. Die Entwicklung hin zu einer Energieversorgung ohne Kernenergie und mit stetig wachsendem Anteil Erneuerbarer Energien soll konsequent fortgeführt werden. Die Diskussion um die Kohleverstromung in Verbindung mit den angestrebten Zielen zur CO₂ Reduktion erweitert das skizzierte Umbauszenario. Dabei werden die Ziele des energiepolitischen Dreiecks - Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit sowie Wirtschaftlichkeit – weiterhin als gleichrangig bezeichnet. Letzteres gilt sowohl für den privaten Verbraucher als auch für die energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrie.

Die EEG-Umlage, als eine für nahezu alle Kunden spürbare Komponente bei dem Umbau der Energiewirtschaft, wurde in 2014 novelliert: Das zum 1. August 2014 reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz zeichnet sich durch einen Kurswechsel im Vergleich zu seinen Vorgängerversionen aus. Seit dem Jahr 2000 war das primäre Ziel dieses Gesetzes, den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien an der Stromversorgung zu erhöhen. Dies wurde durch die garantierte Abnahme und marktpreisunabhängige EEG-Vergütung als Regelfall gewährleistet. Im EEG 2014 hingegen gibt es definierte Ausbaupfade zur Mengensteuerung der einzelnen Energieträger und um die Marktintegration der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Ebenfalls wird das Prinzip des „atmenden Deckels“ ausgeweitet. Die Direktvermarktung ist für Neu- und Bestandsanlagen mit kleineren Ausnahmen zum Regelfall geworden, Voraussetzung für diese Vermarktungsform ist die Fernsteuerbarkeit der entsprechenden Anlagen. Die Managementprämie, die zuvor für fernsteuerbare Anlagen zusätzlich zur Marktprämie vergütet wurde, gibt es in der Form nun nicht mehr. Stattdessen wird sie in Form von „Direktvermarktungsmehrkosten“ in den anzulegenden Wert des EEGs eingepreist. Damit hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien am Strommarkt teilnehmen und auf Marktpreise reagieren zu lassen. Bis 2017 wird es keine festgesetzten Fördersätze mehr geben, sondern die Förderhöhe von Projekten wird dann durch Ausschreibungen ermittelt.

Neben dem Strommarkt ist die langfristige Umgestaltung des Wärmemarktes mitentscheidend für eine erfolgreiche Energiewende. Das formulierte Ziel ist, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Dies erfordert neben der Senkung des Gebäudeenergieverbrauchs einen gleichzeitigen Ausbau erneuerbarer Energien zur Wärmenutzung. Demzufolge soll das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz fortentwickelt sowie mit den Bestimmungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) abgeglichen werden. Durch die Entwicklung in Osteuropa hat im Bereich Gas der Aspekt der Versorgungssicherheit in 2014 an Bedeutung gewonnen.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Konzession

EWV hat in 2014 (teilweise mit Laufzeitbeginn erst in 2015) die Konzessionen in Monschau (Gas), Aldenhoven (Gas) und Eschweiler Außenbezirke (Strom) erfolgreich verteidigt. Ebenfalls verlängert wurde die Stromkonzession in Aldenhoven mit RWE und im Unterverhältnis mit EWV. In Waldfeucht hingegen hat EWV die Gaskonzession an die Alliander Netz Heinsberg AG (Alliander) verloren. Der Netzübergang erfolgte Ende Dezember 2014, ein Personalübergang fand nicht statt. Ebenfalls in 2014, jedoch bereits mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2014, wurde das Gasnetz in Heinsberg an Alliander übertragen. Die zugehörige Konzession hatte EWV an Alliander bereits in 2013 verloren.

SAP

Seit Januar 2014 erfolgt bei EWV und regionetz die Einführung von SAP als ERPSystem. Im Rahmen einer Ausschreibung hat EWV sich in 2013 für die Einführung des SAP ESM (Energy SAP Master), einer SAP Templatelösung der RWE Deutschland AG, entschieden. Der operative Betrieb unter SAP wurde am 01.01.2015 aufgenommen. Im Rahmen der Einführung gab es in 2014 eine ausführliche Analyse und Konzeption von Prozessen, der Ablauf- und Aufbauorganisation sowie der IT-Schnittstellen, die seit dem 01.01.2015 umgesetzt werden. Hierdurch ist die Grundlage geschaffen, dass EWV und regionetz sich zukunftsorientiert und effizient in den kaufmännischen Prozessen positionieren. Das Projekt wurde sowohl von RWE Deutschland AG als auch von der RWE IT GmbH begleitet.

regionetz

Die EWV hat zu Beginn des Geschäftsjahres 2014 das Anlagevermögen der regionetz vollständig übernommen. Dies waren Software, Fahrzeuge sowie Geräte und Werkzeuge. Die Übernahme diente der effizienten Abbildung von bilanziellen Strukturen für die Anwendung im SAP ESM. Im Übrigen sind alle übrigen Dienstleistungsverträge zwischen den beiden Gesellschaften weiterhin gültig, inklusive des Ergebnisabführungsvertrages.

Pachtvertrag Stromnetze

Zwischen der RWE Deutschland AG (RWE) und der EWV wurde am 21. Dezember 2004 ein Vertrag über die Pacht einer Stromversorgung abgeschlossen. Die EWV hat seit 2006 aufgrund gesetzlich zwingender Vorgaben zur rechtlichen Entflechtung (§ 7 EnWG) die von der RWE gepachteten Stromverteilernetze ihrer Netztochtergesellschaft regionetz im Wege der Unterverpachtung zur Ausübung der dieser obliegenden Netzbetreibertätigkeit überlassen. Die im bisherigen Pachtvertrag vereinbarte Grundpacht konnte zunächst im Rahmen der Erlösobergrenze der regionetz in der 1. Regulierungsperiode voll angesetzt werden. In der 2. Regulierungsperiode (2014 – 2018) wird die Grundpacht jedoch nur noch in erheblich geringerem Umfang bei der Kostenfestsetzung im Rahmen der Erlösübergrenze anerkannt. Vor diesem Hintergrund vereinbarten RWE und EWV, mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2014, eine Anpassung des Pachtvertrags in Gestalt einer Änderungsvereinbarung zum Vertrag über die Pacht einer

Stromversorgung. Damit findet eine Reduzierung der Grundpacht auf das von der BNA regulatorisch zugestandene Niveau statt.

Beteiligungen

In 2014 hat sich EWV von ihrer 49 %-Beteiligung an der Green Bioenergie Cereshof GmbH, Selfkant, getrennt. Das in der Gesellschaft verfolgte Projekt einer Biogasanlage erschien u.a. aufgrund geänderter EEG-Rahmenbedingungen nicht mehr wirtschaftlich realisierbar. Andere Projekte, die eine weitere EWV-Beteiligung in der Gesellschaft begründet hätten, gab es nicht.

Ebenfalls in 2014 hat sich EWV an der **RURENERGIE** GmbH, Düren, mit 5 % beteiligt, neben den anderen Gesellschaftern wie der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (50,1 %), Stadtwerke Düren GmbH (25,1 %) und S-Beteiligungsgesellschaft mbH (19,1 %). Der Gegenstand der **RURENERGIE** GmbH ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien.

In der Beteiligung GREEN wurde in 2014 zur Stärkung der Eigenkapitalbasis im Rahmen von Projektfinanzierung eine Kapitalerhöhung um 600.000 Euro durchgeführt. Die EWV hat nach der Kapitalerhöhung einen Anteil von 39 % an der GREEN. Es ergaben sich Anteilsverschiebungen, da einige Gesellschafter die Kapitalerhöhung nicht mitmachten, einige neue Gesellschafter hinzukamen und andere die Gesellschaft verlassen haben.

Produktwechsel

Zum 31.12.2014 lief das Stromprodukt fix 12/14 aus. Die Fixprodukte haben mittlerweile aufgrund der hohen Anzahl an Kunden in diesen Produkten eine strategische Bedeutung. EWV hat allen Kunden bei Abschluss des Nachfolgeproduktes fix 12/15 einen 50-Euro Bonus angeboten. Es wurden 30.000 Kunden angeschrieben. Im Bereich Gas wurden nach Auslaufen des Produktes regioerdgas-fix 09/14 ca. 20.000 Haushaltskunden in das Nachfolgeprodukt regioerdgas-fix „unlimited“ überführt.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen dabei die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Höhe der jährlichen Investitionen (in die Infrastruktur).

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2014 12,5 Mio. Euro gegenüber 12,1 Mio. Euro im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist etwas höher als dies in der Prognose des Vorjahres (11,5 Mio. Euro) geplant war.

Investitionen: Die Verteilung von Energie und Wasser erfordert umfangreiche Strom-, Gas- und Wassernetze, die regelmäßig erneuert und erweitert werden müssen. Die optimale Höhe der Investitionen berücksichtigt einerseits die Versorgungssicherheit, aber auch die finanziellen Restriktionen und regulatorische Anforderungen. Im Geschäftsjahr 2014 hat die EWV ca. 7,9 Mio. Euro im Bereich Strom investiert (Vorjahr 6 Mio. Euro, geplant waren in 2013 für 2014 11,0 Mio. Euro) und 5,8 Mio. Euro im Bereich Gas (Vorjahr 8,6 Mio. Euro, geplant waren in 2013 für 2014 3,9 Mio. Euro).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWV den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2014 hat die EWV 609 GWh Strom (Vorjahr 624 GWh, geplant waren in 2013 für 2014 661 GWh) und 1.525 GWh Gas (Vorjahr 2.130 GWh, geplant waren in 2013 für 2014 1.933 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2014 belaufen sich auf 275,6 Mio. Euro (Vorjahr: 316,9 Mio. Euro, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 113,7 Mio. Euro (Vorjahr 118,0 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 85,3 Mio. Euro (Vorjahr: 113,3 Mio. Euro) sowie 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting.

Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 52,2 Mio. Euro (Vorjahr: 59,6 Mio. Euro) an Pachtentgelten und Dienstleistungserlösen erzielt. Der Rückgang resultiert insbesondere aus geringeren Pachtentgelten für das Stromnetz. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 22,6 Mio. Euro (Vorjahr: 23,6 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Im Vergleich zur Planung für 2014 (Umsatzerlöse i.H.v. 298 Mio. Euro) ergeben sich insbesondere aus geringeren Gaserlösen geringere Umsatzerlöse aufgrund der milden Witterung.

Entwicklung im Stromsegment

Das vergleichsweise tiefe Preisniveau, welches sich im Laufe des Jahres 2013 nach einem kontinuierlich fallenden Preistrend an den Handelsmärkten eingestellt hatte, wurde in 2014 gehalten. Im April und Oktober waren sogar Allzeit-Tiefststände zu verzeichnen. Dazwischen bewegten sich die Strompreise in einem engen Band und waren vor allem von der politischen und wirtschaftlichen Nachrichtenlage beeinflusst.

Die aktuellen Terminpreise auf den Energiemärkten zeigen die Erwartung, dass die Commodity-Preise für Strom in den kommenden Jahren in etwa auf dem heutigen Niveau verbleiben. Die Marktteilnehmer gehen von einer zunehmenden Überschusssituation am Strommarkt aus, so dass aktuell die niedrigsten Preise für das Jahr 2017 quotiert werden. Dies ist begründet mit einer verstärkten Einspeisung von erneuerbaren Energien bei gleichzeitig noch nicht vollständig erfolgtem Kernenergieausstieg.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWV wurden für das Jahr 2014 insgesamt 77 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 7 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen.

In 2014 erfolgte keine Preisanpassung für die Stromkunden. Trotz weiter gestiegener EEG-Kosten konnte auf eine Preisanpassung verzichtet werden. Insgesamt war der Verlauf der Kundenwechsel ohne besondere Ausschläge. Trotzdem sind monatlich rd. 300 Wechsler zu verzeichnen. Durch den erfolgreichen Aufbau eines eignen Door-to-Door-Vertriebs konnte die Anzahl der zurückgewonnenen Kunden erheblich gesteigert werden. Mehr als 1.000 Kunden kehrten über diesen Vertriebskanal im letzten Halbjahr zur EWV zurück. Insgesamt wirkt sich die Verringerung der Kundenverluste durch verbesserte Kundenbindung und die Erhöhung der Kundenrückgewinnung positiv auf die gesamte Kundenentwicklung aus.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das ge-

samte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere auch die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Die zum 01.01.2015 geplante Neuorganisation innerhalb des B2B-Vertriebes zielt insbesondere auf die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft ab.

Die Marke „Enerswitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab. Der Kundenbestand von rd. 1.400 Kunden wird sukzessive über diverse Vertriebskanäle ausgebaut.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2014 bei 609 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (624 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Verlust von rd. 7 GWh (inkl. periodenfremd) an Key Account Kunden. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 28 GWh (davon 24 operativ und 4 periodenfremd). Rd. 18 GWh/a an Zugewinnen bei der Marke „Enerswitch“ standen weitere Mengenabgänge aufgrund struktureller Veränderungen bei der Beschaffung von Verlustmengen für regionetz gegenüber. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 255 GWh auf private Haushalte, 69 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 285 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Rückgang des Absatzes liegt dabei insgesamt ca. 7 % unterhalb der Prognose für 2014. Der Stromeinkauf erfolgte dabei zu 65 % über RWE und zu 35 % über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Grundsätzlich kann für das Jahr 2014 ein fallender Preistrend in Bezug auf die Großhandelsmarktpreise für Erdgas festgestellt werden. Hier spielen einerseits die warme Witterung mit der Folge voller Gasspeicher eine Rolle, andererseits aber auch der ab Mitte des Jahres deutlich gefallene Rohölpreis.

Wie die nachfolgende Grafik für die Börsenpreise für das Lieferjahr 2015 zeigt, war dieser generelle Trend jedoch überlagert von zahlreichen kurzfristigen Preisschwankungen. Die Gründe für diese Volatilität waren dabei vor allem in der Ukraine-Krise zu finden, wo sich Verschärfungen und Entspannungen der politischen Situation in kurzer Folge abwechselten.

Analog der Beschaffungsstrategien bei der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2014/15 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 21 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 10 verschiedenen Lieferanten geschlossen.

Ganzjährig wurde 2014 auf eine Erhöhung der Erdgaspreise verzichtet. Auch bei den Privatkunden konnten durch den Door-to-Door-Vertrieb im letzten Halbjahr mehr als 400 Kunden zurückgewonnen werden. Die Kundenverluste bewegten sich monatlich bei rd. 250. Eine Ausnahme bildete die Produktablösung im Herbst. In Folge der Umstellung stiegen die Kundenverluste auf über 1.200 in einem Monat. Insgesamt wird für Erdgas in 2014 noch kein Ausgleich von Kundenverlusten und Kundengewinnen erreicht.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einer deutlichen Verstärkung des Wettbewerbs. Dies macht sich insbesondere durch die steigende Zahl der Vertragskündigungen und Abwanderungen von Großkunden bemerkbar. Zunehmend werden die Verträge unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Marktpreise ausgehandelt. Die Gasabsatzmenge im Jahr 2014 verteilt sich mit 841 GWh auf

private Haushalte, mit 147 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 537 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden.

Die Erdgasabsatzmenge 2014 liegt mit rund 1.525 GWh insgesamt 605 GWh (-28 %) unter der des Vorjahres (2.130 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Temperatureffekten und Kundenabgängen. Der Verlust des Absatzes liegt dabei ca. 389 GWh unter der Prognose aus 2013 für 2014. Der Gasabsatz wurde dabei zu 27 % über RWE und zu 73 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 12,5 Mio. Euro (Vorjahr: 12,1 Mio. Euro).

Die Ertragslage wurde im Geschäftsjahr 2014 von drei wesentlichen Faktoren beeinflusst. Negativ wirkten zum einen die milde Witterung und das dadurch gesunkene Ergebnis im Gasbereich und zum anderen die gegenüber dem Vorjahr erhöhte Verlustübernahme bei der regionetz GmbH. Positiv dagegen wirkten die aufgrund der Konzessionsverluste vollzogenen Netzverkäufe und die hiermit einhergehenden einmaligen Verkaufserlöse. Die auf die wesentlichen Posten reduzierende Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2014		2013		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	275.557	100,0%	316.855	100,0%	-41.298	-13,0%
Materialaufwand	-190.341	-69,1%	-231.902	-73,2%	41.561	-17,9%
Rohergebnis	85.216	30,9%	84.953	26,8%	263	0,3%
Anderer betriebliche Erträge	18.596	6,7%	3.742	1,2%	14.853	396,9%
Personalaufwand	-18.158	-6,6%	-18.318	-5,8%	160	-0,9%
Anderer betriebliche Aufwendungen	-40.358	-14,6%	-36.723	-11,6%	-3.635	9,9%
Betriebsergebnis	45.295	16,4%	33.654	10,6%	11.641	34,6%
Außerordentliches Ergebnis	-670	-0,2%	-3.103	-1,0%	2.433	-78,4%
Finanzergebnis	-23.243	-8,4%	-11.491	-3,6%	-11.752	102,3%
Steuerergebnis	-8.875	-3,2%	-6.964	-2,2%	-1.911	27,4 %
Jahresüberschuss	12.507	4,5%	12.096	3,8%	411	3,4 %

Die Umsatzerlöse nahmen um 13 % bzw. 41,3 Mio. Euro auf 275,6 Mio. Euro ab.

Wesentlicher Grund hierfür ist der Mengeneffekt im Gasgeschäft, welcher durch die milde Witterung im Winter zu Beginn und zum Ende des Geschäftsjahres eintraf. Als weiterer Grund sind Kundenabgänge zu verzeichnen.

Diese zwei Effekte führten dazu, dass die Gaserlöse von 113,3 Mio. Euro um 28,0 Mio. Euro (24,8 %) auf 85,3 Mio. abnahmen.

Die Stromerlöse und ihre kwh-Verkaufsmenge nahm u.a. bedingt durch Kundenabgänge von 118,0 Mio. Euro um 4,3 Mio. Euro auf 113,7 Euro Mio. ab.

Des Weiteren sanken vor allem witterungsbedingt die Erlöse aus Fernwärme und Contracting um 0,6 Mio. Euro auf 1,8 Mio. Euro.

Schließlich reduzierten sich auch die Betriebsführungsentgelte, welche insbesondere mit der regionetz erwirtschaftet werden. Die gesamten Betriebsführungserlöse reduzierten sich um 6,4 Mio. Euro auf 67,4 Mio. Euro. Maßgeblicher Grund hierfür sind geringere Pachtentgelte.

Der Materialaufwand nahm in nahezu gleicher Höhe wie die Umsatzerlöse um 41,6 Mio. Euro (17,9%) auf 190,3 Mio. Euro ab; relativ betrachtet nahm dieser sogar um 4,9 %- Pkt. überpro-

portional ab. Die Strombezugskosten sanken aufgrund der überwiegend langfristigen Bezugsverträge lediglich um 1,7 %; die Gasbezugskosten hingegen reduzierten sich in Korrelation zu den gesunkenen Gaserlösen um 34,5 %. Auf Grund der zweiten Regulierungsperiode für die Verteilnetzbetreiber sanken die durch die EWW zu zahlenden Netznutzungsentgelte deutlich. Im Strom reduzierten sich diese um 16,8 %. Im Gas lag zuzüglich der witterungsbedingten Effekte ein Rückgang um 24,2 % vor.

Als weiterer wesentlicher Effekt zeigen sich Einsparungen in den Pachtentgelten für fremde Netzgebiete und deren Betriebsführung.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 85,2 Mio. Euro bzw. 30,9% der Umsatzerlöse und konnte relativ um 4,1%-Pkt. gesteigert werden.

Die Zunahme der sonstigen Erträge i.H.v. 14,9 Mio. Euro resultieren nahezu zur Gänze zum einen aus den Netzabgängen aufgrund des Verlusts der Konzessionen und den damit einhergehenden Veräußerungen der Netzgebiete Heinsberg und Waldfeucht und zum anderen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Personalaufwand bleibt nahezu unberührt bei 18,2 Mio. Euro.

Die Abschreibungen nahmen um 3,4% ab und liegen bei 11,9 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen hingegen erhöhten sich um 4,1 Mio. Euro bzw. 17,0 %. Wesentlicher Grund hierfür ist die Erfassung der Aufstockungsbeträge für 18 im Geschäftsjahr geschlossene ATZ-Verträge. Daneben liegen höhere Aufwendungen für Beratungsleistungen in Zusammenhang mit der Einführung von SAP vor.

Das Betriebsergebnis stieg durch diese Effekte per Saldo um 11,6 Mio. Euro an; es beträgt 45,3 Mio. Euro zu 33,7 Mio. Euro im Vorjahr.

Im außerordentlichen Ergebnis ist der anteilige Auflösungsbetrag des BilMoG Verteilwertes enthalten, welcher sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung durch das BilMoG ergab. Im Geschäftsjahr wurde der Mindestbetrag unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge im Vorjahr aufgelöst. Hingegen wurde im Vorjahr neben den Auflösungsbeträgen aus dem Betriebsübergang auch ein Zusatzbetrag i.H.v. gesamt 2,4 Mio. Euro aufgelöst.

Das Zinsergebnis beträgt 5,0 Mio. Euro und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellungen. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3,5 Mio. Euro). Die Zinsaufwendungen - resultierend aus der Kreditaufnahme - liegen im Geschäftsjahr bei 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro). Ihr Rückgang ist dem aktuell niedrigerem Zinsniveau geschuldet.

Das Beteiligungsergebnis liegt im Geschäftsjahr 2014 bei 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro).

Die Verlustübernahme für die Verteilnetzbetreiber-Tochtergesellschaft, die regionetz, zeigt sich im Geschäftsjahr 2014 mit einem Betrag i.H.v. 18,9 Mio. Euro (Vorjahr: 7,7 Mio. Euro). Diese deutliche Zunahme resultiert überwiegend aus den Auswirkungen der 2. Regulierungsperiode und der damit einhergehenden Absenkung der Netzentgelte; neben der Einführung der Alterszeit und der dadurch zu erfassenden Aufwendungen für die zu zahlenden Aufstockungsbeträge.

Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2014 mit einem Betrag i.H.v. 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 7,0 Mio. Euro) zu Buche. Der steuerliche Mehraufwand resultiert im Wesentlichen aus den steuerlich nicht zu erfassenden Rückstellungen für Aufstockungsbeträge.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr bei 4,5 % (Vorjahr: 3,8 %) und konnte um 0,7 %-Pkt. gesteigert werden. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 12,5 Mio. Euro wurde eine Eigenkapitalrendite von 31,0 % (Vorjahr: 30,3 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 16,4 % (Vorjahr: 10,6 %).

Insgesamt liegt - gleichwohl einer aufgrund der milden Witterungsverhältnisse gegenüber der Planung für 2014 schlechteren Ergebnissituation im Gassegment – ein gleichbleibendes Rohergebnis vor. Unter Berücksichtigung der Netzabgänge und der erhöhten Verlustübernahme für die regionetz konnte die Ergebnissituation leicht verbessert werden.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird vor dem Hintergrund der diesjährigen Winterverhältnisse von einer stabileren Ertragslage ausgegangen.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Finanzanlagen in Höhe 19,3 Mio. Euro (Vorjahr: 16,1 Mio. Euro) getätigt.

Bei der Energieart Gas wurden im Wesentlichen Neubau- und Gewerbegebiete erschlossen sowie erforderliche Sanierungsmaßnahmen im Netz durchgeführt. Des Weiteren wurden ca. 1.500 neue Gasanschlüsse verlegt. Im Bereich der Anlagen wurden einige Umbauten vorgenommen. Im Zuge der Entflechtung des Netzes Waldfeucht wurde ein weiterer Ersatznetzkopelpunkt errichtet.

Bei der Energieart Strom wurde in 2014 schwerpunktmäßig in den Ortschaften Alsdorf, Eschweiler und Stolberg erhebliche Erneuerungsinvestitionen getätigt; insgesamt wurden ca. 17 km Mittelspannungsleitung erneuert. Auslöser für dieses forcierte Programm der Netzmodernisierung war die massive Restwertkürzung der Regulated Asset Base (RAB) durch die Bundesnetzagentur.

Die Finanzinvestitionen waren geprägt durch eine Kapitalzuführung bei der Green GECCO (1,2 Mio. Euro, ohne Berücksichtigung eines Rückführungsbetrags) sowie der Kapitalerhöhung bei der GREEN (0,3 Mio. Euro) und der Beteiligung/Kapitalerhöhung an der RURENERGIE (0,2 Mio. Euro).

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	2014		2013		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	275.557	100,0%	316.855	100,0%	-41.298	-13,0%
Materialaufwand	-190.341	-69,1%	-231.902	-73,2%	41.561	-17,9%
Rohergebnis	85.216	30,9%	84.953	26,8%	263	0,3%
Andere betriebliche Erträge	18.596	6,7%	3.742	1,2%	14.853	396,9%
Personalaufwand	-18.158	-6,6%	-18.318	-5,8%	160	-0,9%
Andere betriebliche Aufwendungen	-40.358	-14,6%	-36.723	-11,6%	-3.635	9,9%
Betriebsergebnis	45.295	16,4%	33.654	10,6%	11.641	34,6%
Außerordentliches Ergebnis	-670	-0,2%	-3.103	-1,0%	2.433	-78,4%
Finanzergebnis	-23.243	-8,4%	-11.491	-3,6%	-11.752	102,3%
Steuerergebnis	-8.875	-3,2%	-6.964	-2,2%	-1.911	27,4 %
Jahresüberschuss	12.507	4,5%	12.096	3,8%	411	3,4 %

Die Bilanzsumme nahm um 21,4 Mio. Euro von 210,9 Mio. Euro auf 189,5 Mio. Euro ab.

Der maßgebliche Effekt auf der Aktivseite liegt in der Reduzierung der Forderungen aus LuL begründet. Auf der Passivseite führt diese Reduzierung zur Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; daneben ist diese Abnahme aber auch aus Netzverkäufen geprägt.

Die Anlagenintensität liegt - in einer bei einem Versorgungsunternehmens typisch zu erwarteten Höhe - bei 79,0% (Vorjahr: 69,6%). Der absolute Anstieg folgt aus der Assetstrategie zur Steigerung der anerkannten Netzkosten. Das Umlaufvermögen sank um 24,3 Mio. Euro auf 39,6 Mio. Euro. Neben der Abnahme der Umsatzerlöse und der damit einhergehenden geringeren Forderungen wurde der Einzug der Abschläge für Dezember 2014 für einen großen Kundenkreis nicht mehr wie im Vorjahr am ersten Bankarbeitstag im neuen Jahr vollzogen, sondern nach Änderung der Kundenverträge am letzten Bankarbeitstag im alten Jahr.

Das Eigenkapital zeigt sich leicht erhöht um 1,3 %-Pkt. bei 21,3 % der Bilanzsumme. Unter Berücksichtigung von 70 % des Sonderpostens beträgt die Eigenkapitalquote 26,0 % (Vorjahr: 24,1 %).

Die Anlagendeckung – Verhältnis von mittel- und langfristigem Eigen- und Fremdkapital sowie unter Berücksichtigung von 70% des Sonderpostens zu Anlagevermögen – beträgt 73,4 % (Vorjahr: 78,4 %).

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 50,8 Mio. Euro (49,7 Mio. Euro) betragen. Diese machen nahezu 26,8 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten konnten im kurzfristigen Bereich um 11,8 Mio. Euro und im langfristigen Bereich gemäß den Tilgungsplänen um 1,4 Mio. Euro reduziert werden.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält Kreditlinien, welche temporär und für die saisonal stark volatilen Zahlungsmittelflüsse in Anspruch genommen werden.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der frühzeitigen Vereinnahmung von adäquaten Kundenabschlägen sowie der bestehenden Kreditlinien das finanzielle Gleichgewicht zu jeder Zeit gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash- Flow aus operativem Geschäft, aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit auf:

Angaben in Mio. €	2014	2013	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	31,7	-11,8	43,5	-368,6%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-7,0	-16,2	9,2	-56,8%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-14,1	10,0	-24,1	-241,0%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	10,6	-18,0	28,6	-158,9%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	-29,1	-11,1	-18,0	162,2%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	-18,5	-29,1	10,6	-36,4%

Im Geschäftsjahr 2014 betrug der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 31,7 Mio. Euro (Vorjahr: -11,8 Mio. Euro). Dieser positive Cash-Flow steht Zahlungsmittelabflüssen aus der Gewinnausschüttung i.H.v. 12,1 Mio. Euro, der Tilgung von Krediten sowie Zinsen i.H.v. 2,0

Mio. Euro sowie dem Saldo aus Einzahlungen aufgrund der Desinvestitionen und Auszahlungen für Investitionen ins Anlagevermögen i.H.v. – 7,0 Mio. Euro gegenüber.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren).

Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWV. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen.

Durch die vorliegende Kreditlinie werden diese Zahlungsstromschwankungen gedeckt.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2014 beschäftigte die EWV durchschnittlich 217 (Vorjahr: 218) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 33 Menschen in einer Ausbildung zur/zum Industriekauffrau/-mann, Elektroniker/in für Betriebstechnik, Industrieelektriker/in Betriebstechnik und in den Ausbildungsberufen mit integriertem Studium zur/zum Industriekauffrau/-mann BWL Praxisverbund Lehre und Studium (PLuS) sowie Elektrotechnik PLuS.

An ehemalige Mitarbeiter und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,5 Mio. Euro gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 485.

Altersteilzeit

Zum Zweck einer ausgewogenen Altersstruktur und der Beschleunigung des Generationenwechsels bot die EWV bereits in 2013 ein erstes Modell zur vorzeitigen Altersrente an. 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Im Frühjahr 2014 hat die EWV beschlossen, weiteren Mitarbeitern/innen der Jahrgänge 1955 – 1962 Altersteilzeitarbeit anzubieten. 40 Mitarbeiter/innen wurden Angebote unterbreitet – 18 Kollegen/innen haben sich für einen vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand entschieden.

Strategische Personalplanung und Erstausbildungsplanung

Im Jahr 2014 wurde das Verfahren zur strategischen Personalplanung bei der EWV eingeführt. Hierbei werden die zukünftigen Anforderungen mit der aktuellen Personalsituation abgeglichen, sowohl was die Qualifikation angeht als auch was die Quantität (altersbedingtes Ausscheiden) angeht. Eine potenzielle Lücke wird anschließend durch Mitarbeiterentwicklungsmaßnahmen geschlossen.

Daran anknüpfend werden die Aktivitäten der Erstausbildung neu ausgerichtet. Neben den bisherigen Ausbildungsberufen zur/zum Industriekauffrau/-mann und Elektroniker/in für Betriebstechnik bildet die EWV ab 2015 auch im Berufsbild Kaufmann/-frau für Büromanagement aus. Ein Ausbildungsplatz wird in Kooperation mit der Agentur für Arbeit als Teilzeitausbildung be-

setzt. Die Ausbildungsberufe mit integriertem Studium werden ab 2015 abgelöst durch eine konventionelle Ausbildung mit der Möglichkeit des berufsbegleitend, gefördertem Studiums.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Zur Weiterentwicklung der Sicherheitskultur im Arbeits- und Gesundheitsschutz wurden für alle Führungskräfte der EWV auf Grundlage des RWE-Sicherheitsprogramms „sicher vorWEg“ ein- und zweitägige Workshops durchgeführt.

Zum 01.01.2015 hat sich die EWV für einen Wechsel im Arbeitsmedizinischen Dienst entschieden. Neuer Vertragspartner ist der AMD TÜV Arbeitsmedizinische Dienste GmbH mit einer neuen Betriebsstelle in Würselen.

Auf Grundlage der Workshopergebnisse wurden im Führungskreis weitergehende Maßnahmen und die Einführung zusätzlicher Instrumente zur Förderung der Sicherheitskultur beschlossen.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWV Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWV den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser.

EWV berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region.

Tätigkeitenabschlüsse

EWV ist ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen im Sinne § 3 Nr. 38 EnWG. In diesem Zusammenhang erstellt die EWV in folgenden Bereichen Tätigkeitenabschlüsse nach EnWG, so wie diese erforderlich wären, wenn diese Tätigkeiten von einem rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung

Getrennte Konten werden darüber hinaus geführt für andere Aktivitäten innerhalb des Elektrizitätssektors, andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors und andere Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Im Regelfall erfolgt in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen eine direkte Zuordnung zu den Unternehmenstätigkeiten. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder aufgrund unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar erscheint, wird eine Zuordnung durch sachgerechte Schlüssel vorgenommen.

Die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Bilanzsumme in den einzelnen Tätigkeiten entwickelte sich wie folgt:

	Elektrizitätsverteilung		Gasverteilung	
	31.12.14	31.12.13	31.12.14	31.12.13
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Umsatzerlöse	13.522	22.595	19.344	20.361
Jahresüberschuss	99	2.986	13.080	8.274
Bilanzsumme	35.693	41.114	80.447	85.840

Die Umsatzerlöse der Elektrizitätsverteilung in Höhe von 13,5 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (5,6 Mio. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (0,9 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (7,0 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der Gasverteilung in Höhe von 19,3 Mio. Euro setzen sich zusammen aus der Verpachtungstätigkeit (17,5. Euro), der Auflösung von Ertragszuschüssen (1,2 Mio. Euro) und den Konzessionsabgaben (0,6 Mio. Euro).

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei EWV ist das Risikomanagementsystem auf Basis der seit 2010 aktualisierten RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut.

Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWV als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Die Grundsätze des Risikomanagementsystems hat die EWV in einem Risikomanagement-Handbuch dokumentiert.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Absatzmarktrisiken

Im Jahr 2014 wurde der signifikante Einfluss der Witterung insbesondere auf den Erdgasabsatz deutlich. Das warme Jahr 2014 führte zu deutlichen Absatzreduzierungen. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken.

Auch in 2015 ist von weiteren Kundenverlusten auszugehen, da es in allen Kundensegmenten anhaltenden Wettbewerb gibt. Dagegen stehen die Chancen aus Kundengewinnen bei Strom und Gas in allen Kundensegmenten. Die EWV ist hier durch die laufenden Maßnahmen zu Kundengewinnung und Kundenbindung auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz.

Die neuen Kundenzentren in Stolberg und Geilenkirchen werden sehr gut angenommen. EWV bietet hier ein umfangreiches Beratungs- und Serviceangebot an. Zusammen mit dem „effeff.ac“ in Aachen gibt es nun für fast alle Kunden der EWV im Nahbereich eine kompetente Beratungsmöglichkeit für Energiefragen.

Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken.

Die für das Jahr 2015 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2012 bis 2014 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2016 bis 2018 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Durch die Verpachtung der Verteilnetze an die regionetz wurde ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf die regionetz übertragen. Diesen wird durch systematische Wartung der Netze und Anlagen sowie kontinuierlicher Verbesserung begegnet. Ziel ist die Erreichung einer hohen Versorgungssicherheit für die Kunden. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnismrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen.

Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Marktrisiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen in Form von Kundenbindungsprogrammen, Produktmanagement und strukturierten Beschaffungsvorgängen beschlossen.

Risiko-Portfolio

Zweimal jährlich wird das Risiko-Portfolio der EWV aktualisiert. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Hoch (>20 bis 50 %)
 - Sehr Hoch (>50 bis 100 %)
- und
- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWV auf 2 Millionen Euro festgelegt.

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Im Berichtsjahr wurden fünf Risiken als wesentlich eingestuft, wovon drei unter besonderer Beobachtung stehen:

1. Haftungsrisiko nach Wegfall der AVB (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEItV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge außerhalb des Anwendungsbereiches der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

2. Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.

3. Politische Krisen (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde (Ukraine, Russland, Naher Osten) infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht und Chancen

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die Energiewende belastet nahezu alle Marktteilnehmer. Konventionelle Kraftwerke werden zunehmend aus dem Erzeugungsportfolio verdrängt oder werden unwirtschaftlich. Dies führt zu signifikanten Ergebniseinbrüchen bei Energieproduzenten oder Unternehmen mit Kraftwerksbeteiligungen.

Die steigenden gesetzlichen Umlagen, allen voran die EEG Umlage, belasten zunehmend die privaten Haushalte aber auch Industrie und Gewerbe. Dies hat die Bundesregierung zu der durchgeführten Reform des EEG veranlasst, um Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs zu bremsen.

Nachdem die Temperaturen des Jahres 2014 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen und damit der Absatz im Bereich Gas deutlich unterhalb des Normaljahres lag, geht die Gesellschaft für das Jahr 2015 von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2015 werden nicht unterstellt.

In Zukunft wird es Aufgabe der EWV sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

Strategische Entwicklung der EWV

Aufbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2014 hat EWV den Ausbau der „neuen Geschäftsfelder“ Dienstleistungen, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Neben dem Bau von BHKW's und zahlreichen Contracting-Anlagen im Wärmemarkt wurden die laufenden Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien weiter verfolgt.

Die EWV hat sich in 2014 mit 5 % an der **RURENERGIE** GmbH beteiligt, die analog zu GREEN ebenfalls in erneuerbare Energien-Anlagen investiert (Projektierung und Betrieb).

Kooperationen

Das im Oktober 2011 mit Unterstützung der drei Energieversorger EWV GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist mittlerweile gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig.

EWV ist mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green Gecco GmbH & Co. KG beteiligt ist.

Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist RWE Innogy GmbH. Insgesamt betreibt Green Gecco GmbH & Co. KG 5 große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide seit April 2014) und Nordrhein-Westfalen (Titz)). Die Weiterentwicklung dieser Projekte war Schwerpunkt in 2014 und wird auch in 2015 fortgesetzt. Neue Projekte sind für 2015 nicht geplant.

Vor dem Hintergrund der sich ständig ändernden regulatorischen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen Auswirkungen auf die EWV über die 100 %-ige Tochtergesellschaft regio-netz, werden in 2015 Kooperationsmöglichkeiten mit einem Netzbetreiber in angrenzenden bzw. überlagerndem Netzgebiet geprüft.

Effizienzsteigerung in bestehenden Geschäftsfeldern

Die Bearbeitung der Teilprojekte im Rahmen des im Oktober 2012 gestarteten Projektes EWV 2016 sind beendet. In 12 Teilprojekten wurden Prozessverbesserungen, Maßnahmen zur Erlössteigerungen sowie zu Kosteneinsparungen erarbeitet. Derzeit befindet sich ein ergebniswirksames Volumen in Höhe von ca. 2,9 Mio. Euro in der Umsetzung.

Zur weiteren Effizienzsteigerung wurde zum 01.01.2015 SAP als neue ERP-Software im Unternehmen eingeführt. Das Einführungsprojekt begann am 16.01.2014 und führte zu diversen organisatorischen Veränderungen und Anpassungen der Prozesse.

Ausblick

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2015 voraussichtlich um etwa 3% steigen. Im Euro-Raum werden die notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der privaten und staatlichen Haushalte das Wachstum wahrscheinlich weiter gedämpft halten. Das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone könnte somit um rund 1% steigen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: Nach einem Wachstum von rund 1% im vergangenen Jahr hält der Sachverständigenrat auch für 2015 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung von 1% für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die robuste Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen in der Heizperiode des Jahres 2014 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2015 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Gas- und Stromverbrauch über den Werten des Vorjahres liegen. Demgegenüber sollte der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage aufgrund der besseren Wirtschaftswachstumsaussichten für 2014 das Vorjahresniveau überschreiten.

Energiepreise

Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2015 werden zur Zeit mit rund 19 Euro/MWh und somit rund 8% unter dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet.

Im Strommarkt erwarten Händler für 2015 eine uneinheitliche Entwicklung: Der Base- Forwardkontrakt notiert zur Zeit mit durchschnittlich rund 32 Euro/MWh ca. 2% unter den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2014, während der Peak-Forwardkontrakt mit etwa 40 Euro/MWh rund 9% über dem durchschnittlichen Peakpreis im Jahr 2014 liegt.

EWV Schwerpunkte

In 2015 wird die Stabilisierung der Prozesse entlang des SAP ESM erfolgen. Darüber hinaus wird die Integration weiterer Subsysteme ins SAP sowie die Optimierung von Schnittstellen im nächsten Jahr im Fokus stehen.

Im Kundenservice ist geplant, Teile der Callcenter Dienstleistungen zurück an den Standort nach Stolberg zu holen, zwecks Effizienzsteigerung und Optimierung im Serviceangebot.

Seitens des Vertriebes steht einerseits die Kundenbindung durch eine neue Image- Kampagne der EWV und diverse Kundenbindungsinstrumente als auch die Kundengewinnung durch den Ausbau bzw. die Optimierung der neuen Vertriebskanäle im Fokus.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wird insbesondere die Planung des Baus eines Windparks auf Stolberger Gebiet weiter vorangetrieben. Im Energiedienstleistungsbereich und im Wärmecontracting ist ebenfalls über diverse Projekte eine weitere Expansion angestrebt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2015 (302,1 Mio. Euro) betragen. Der Anstieg der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus einem steigenden Absatz von Gas und Strom. Für 2015 ist geplant, 721 GWh Strom und 1.862 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2015 mit Stromerlösen i.H.v. 115,0 Mio. Euro und Gaserlösen i.H.v. mit 99,7 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der regionetz ist in der Planung für 2015 mit -5,3 Mio. Euro unterstellt. Der Jahresüberschuss wird in 2015 gemäß Planung ca. 14,5 Mio. Euro betragen. EWV strebt in 2015 an, ca. 22 Mio. Euro zu investieren.

Beteiligungen des Unternehmens

EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

- 1) regionetz GmbH
- 2) Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH, Eschweiler
- 3) EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH
- 4) EWV Baesweiler GmbH & Co.KG
- 5) GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Troisdorf
- 6) GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie GmbH (vgl. Seite 377)
- 7) GREEN Solar Herzogenrath GmbH
- 8) Propan Rheingas GmbH, Brühl
- 9) Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl
- 10) Wärmeversorgung Würselen GmbH, Würselen
- 11) **RURENERGIE** GmbH (vgl. Seite 417)

Die EWV hat sich in 2015 mittelbar über die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH zu 29% an der RWE Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG beteiligt.

Eine weitere Darstellung dieser Beteiligungen entfällt, da die Beteiligung an der EWV selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



Freizeitbad Kreuzau GmbH

Windener Weg 7
 52372 Kreuzau
 Telefon 02422/9426-0
 Telefax: 02422/9426-40
 E-Mail: kreuzau@monte-mare.de
 Homepage: www.monte-mare.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden. Mit Bestellung eines Geschäftsführers ändert sich die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis der vorhandenen Geschäftsführer nicht, es sei denn, die Gesellschafterversammlung beschließt etwas anderes. Die Geschäftsführerbefugnis umfasst nur die gewöhnlichen Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen. Für außergewöhnliche Rechtsgeschäfte bedarf es eines vorherigen zustimmenden Gesellschafterbeschlusses. Hierzu zählen insbesondere:

1. Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, Grundstücksrechten und Rechten an einem Grundstücksrecht; dasselbe gilt für die entsprechenden Verpflichtungsgeschäfte,
2. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder von Teilbetrieben, die Einrichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betriebsstätten,
3. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
4. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
5. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen und Bestellung

sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o.a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder sowie deren Stellvertreter werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist der allgemeine Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. die Übernahme neuer Aufgaben und den Abschluss von Betriebsführungsverträgen,
5. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. Vornahme von baulichen Maßnahmen, seien es Neubauten, Umbauten oder Änderungen, soweit im Einzelfall die Aufwendungen 25.000 € übersteigen,
11. Anschaffung von Anlagegütern mit Anschaffungskosten von mehr als 25.000 €,
12. Anstellung und Entlassung von Arbeitsnehmern mit einem Jahresbruttobezug von mehr als 30.000 € sowie Beteiligung von Arbeitnehmern am Gewinn, Umsatz oder Vermögen der Gesellschaft sowie Versorgungszusagen jeder Art,
13. Abschluss, Aufhebung oder Änderung von Leasing-, Pacht-, Mietverträgen (soweit im Einzelfall Aufwendungen von mehr als 25.000 € p.a. anfallen) oder anderen Dauerschuldverhältnissen unbeschadet von Buchstabe e). Hierunter fallen auch Verträge mit Steuerberatern oder Wirtschaftsprüfern der Gesellschaft,
14. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch den Geschäftsführer vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen der zuständigen Organe der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH bzw. des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben.

Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen außer den im Gesetz genannten Fällen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Einzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder und der Geschäftsführung,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Unternehmen, Wertpapieren und Beteiligungen,
8. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
9. der Abschluss von Beherrschungsverträgen nach dem Aktiengesetz,
10. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
11. die Auflösung der Gesellschaft,
12. Rechtsgeschäfte, die nach § 6 2 des Gesellschaftsvertrages über die Befugnisse der Geschäftsführung hinausgehen.

Besetzung der Organe**Allgemein**

Geschäftsführung:	Butz, Heidi	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze	100 %
Gesellschafter- versammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme	100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Bozkir, Sandra Elisabeth	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Dr. Jorde, Frank	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hohn, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Küpper, Anne	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
Valder, Rainer	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
von Laufenberg, Reiner	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schwindt, Dietmar beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Zorn, Ralf beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Gesellschafter- Hürtgen, Dirk BTG Geschäftsführer
versammlung:

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

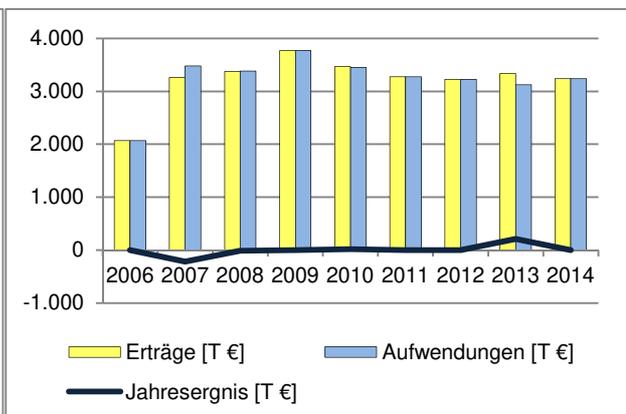
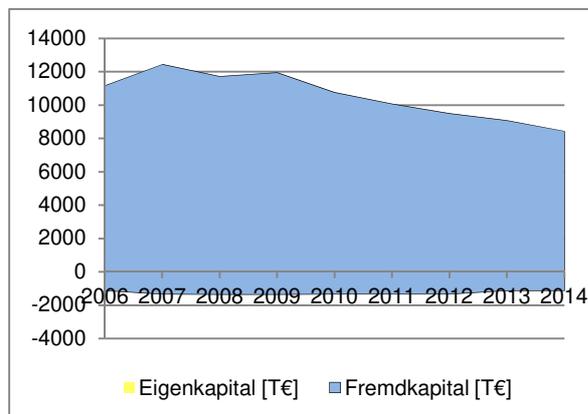
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52372 Kreuzau	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

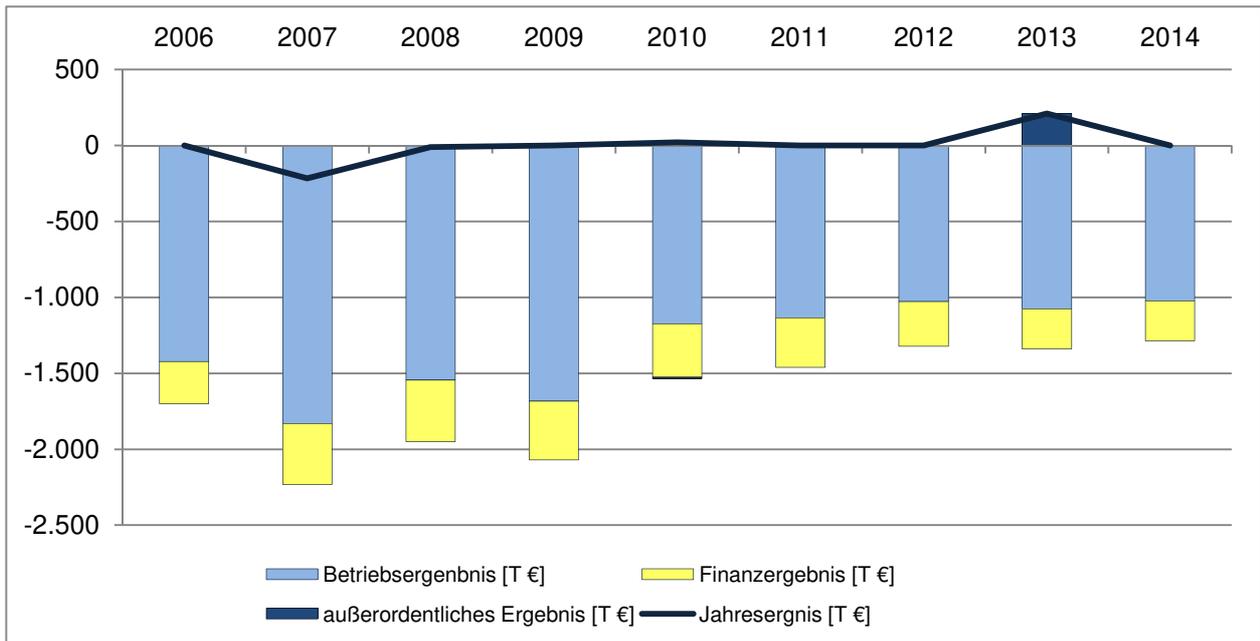
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	161,00 €	3,00 €	3,00 €	0,00 €	
II. Sachanlagen	8.694.274,00 €	8.126.422,00 €	7.581.651,00 €	-544.771,00 €	-6,70%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	36.502,55 €	28.842,46 €	33.475,17 €	4.632,71 €	16,06%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	694.611,13 €	847.817,27 €	737.757,18 €	-110.060,09 €	-12,98%
III. Kassenbestand	77.129,09 €	69.213,44 €	77.891,80 €	8.678,36 €	12,54%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.421,43 €	2.223,93 €	2.484,53 €	260,60 €	11,72%
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.337.991,69 €	1.128.855,15 €	1.128.855,15 €	0,00 €	
Summe Aktiva	10.842.090,89 €	10.203.377,25 €	9.562.117,83 €	-641.259,42 €	-6,28%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	228,09 €	228,09 €	228,09 €	0,00 €	
III. Bilanzverlust	-1.363.219,78 €	-1.154.083,24 €	-1.154.083,24 €	0,00 €	
IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.337.991,69 €	1.128.855,15 €	1.128.855,15 €	0,00 €	
C. Rückstellungen	126.287,79 €	207.805,36 €	95.568,58 €	-112.236,78 €	-54,01%
D. Verbindlichkeiten	10.715.803,10 €	9.995.571,89 €	9.466.549,25 €	-529.022,64 €	-5,29%
Summe Passiva	10.842.090,89 €	10.203.377,25 €	9.562.117,83 €	-641.259,42 €	-6,28%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.689.769,75 €	1.726.924,13 €	1.768.712,80 €	41.788,67 €	2,42%
2. sonstige betriebliche Erträge	191.123,91 €	121.116,87 €	161.931,33 €	40.814,46 €	33,70%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
3. Materialaufwand	633.593,39 €	576.081,04 €	600.074,27 €	23.993,23 €	4,16%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	723.785,42 €	804.524,30 €	835.562,47 €	31.038,17 €	3,86%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	222.130,96 €	165.687,31 €	168.430,21 €	2.742,90 €	1,66%
5. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäfts- betriebes	613.651,04 €	592.404,97 €	572.593,81 €	-19.811,16 €	-3,34%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	716.316,39 €	786.424,60 €	778.747,89 €	-7.676,71 €	-0,98%
Betriebsergebnis	-1.028.583,54 €	-1.077.081,22 €	-1.024.764,52 €	52.316,70 €	-4,86%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	26.502,00 €	9,20 €	-26.492,80 €	-99,97%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	294.620,71 €	289.329,12 €	260.898,96 €	-28.430,16 €	-9,83%
Finanzergebnis	-294.620,71 €	-262.827,12 €	-260.889,76 €	1.937,36 €	-0,74%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-1.323.204,25 €	-1.339.908,34 €	-1.285.654,28 €	54.254,06 €	-4,05%
10. Außerordentliche Erträge	0,00 €	209.136,54 €	0,00 €	-209.136,54 €	-100,00%
11. Außerordentliche Aufwen- dungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	209.136,54 €	0,00 €	-209.136,54 €	-100,00%
10. sonstige Steuern	23.261,30 €	-89.636,41 €	24.261,53 €	113.897,94 €	-127,07%
11. Erträge aus Verlustübernahme	1.346.465,55 €	1.250.271,93 €	1.309.915,81 €	59.643,88 €	4,77%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €	209.136,54 €	0,00 €	-209.136,54 €	-100,00%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	82	68,75	68,25

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH wurde am 21.12.1999 errichtet. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Freizeitanlage (Schwimmbad, Sauna, Gastronomie). Der Sitz der Gesellschaft ist in Kreuzau.

Gesellschafter der Freizeitbad Kreuzau GmbH ist die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG). Mit dieser besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Betriebsführung wird seit dem 13.02.2009 von der monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH wahrgenommen. Das Geschäftsjahr 2014 ist das fünfte reguläre Betriebsjahr nach der Übernahme der Betriebsführung durch die monte mare Bäderbetriebsgesellschaft mbH.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach einem guten Start in das Jahr 2014 hat sich die Konjunktur in Deutschland im Laufe des Jahres 2014 abgeschwächt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war im Jahr 2014 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,5 % höher als im Vorjahr. Die konjunkturelle Grundtendenz in Deutschland befindet sich weiterhin auf einem leicht aufwärts gerichteten Weg.

Qualifizierte vergleichbare Langzeitstudien über die Entwicklung der Schwimmbäder in der Bundesrepublik Deutschland existieren nicht. Trotz der unsicheren und z.T. veralteten Datenlage über die bundesweite Bädersituation kann herausgestellt werden, dass viele öffentliche Bäder wegen unwirtschaftlicher Sanierungs- und Modernisierungskosten (z.B. Investitionen in moderne Bädertechnik), Altersabgang oder wegen der Finanznot der Kommunen geschlossen werden. Die Verbindung von hohen Betriebskosten (z.B. wegen steigenden Energiekosten) mit einem langjährigen Renovierungsstau führt viele Kommunen an die Grenzen ihrer finanziellen Belastungsfähigkeit. Die Bäderschließungen wirken sich besonders negativ in ländlichen und strukturschwachen Regionen aus. Durch die langen Anfahrtswegen zum nächstgelegenen Bad sind besonders die schwächsten Teile der Bevölkerung, die Kinder und lebensalten Menschen betroffen. Der Verlust von Hallenbädern ist problematisch. Sie sind als Ganzjahresbäder Träger der Schwimmausbildung, des Schulschwimmens und der sportlichen Freizeitbetätigung der Bevölkerung (auch in der kalten Jahreszeit) und unverzichtbar für die wasser- insbesondere die schwimmsporttreibenden Verbände. Aspekte, wie der Rückgang der körperlichen Leistungsfähigkeit und Fitness von Kinder und Jugendlichen, die steigende Zahl der Nichtschwimmer in Deutschland und die Anzahl der tödlichen Schwimmunfälle werden immer stärker öffentlich diskutiert. Weniger im Focus der Diskussion steht, dass öffentliche Bäder mehr als nur Sportstätten oder Orte der körperlichen Ertüchtigung sind. Schwimmbäder übernehmen soziale, kommunikative, gesundheitsfördernde Aufgaben und tragen zur Lebensqualität bei. Schwimmen rangiert nach wie vor auf Platz 1 oder 2 der beliebtesten Sportarten in Deutschland.

Zu den Aufgaben einer Kommune zählt es, sich sport- und gesundheitspolitisch zu engagieren, d. h. verhältnis- und verhaltenspräventive Maßnahmen zu initiieren und zu fördern und so für gesundheitsfördernde Lebenswelten und Angebote Sorge zu tragen. Schwimmbäder sind Bestandteil eines sozio-kulturellen und sportlichen Angebotes, das die Lebensqualität einer Region mitbestimmt.

Eine weitere herausragende Veränderung in der Bundesrepublik Deutschland ist subsummiert unter dem Begriff des „Demographischen Wandels“. Dieser hinterlässt branchenübergreifend nachhaltige Einschnitte. Die Dynamik dieser Entwicklung erfordert angemessene Anpassungsprozesse zum Erhalt der Marktkonformität. Die unterschiedlichen Interessen in unterschiedlichen Lebensphasen sorgen damit im Tätigkeitsfeld der Freizeitbad Kreuzau GmbH für nachhaltiges Wachstum in den Bedürfnisbereichen „Erholung und Gesundheit“ einerseits und einem nachlassenden Interesse an „Action und Fun“ auf der anderen Seite. Im Gegensatz zum überwiegend preissensiblen Nutzer des Badeangebotes, ist das Klientel im Saunabereich deutlich stärker qualitätsorientiert. Die Bereitschaft eine gute Dienstleistung auch adäquat zu honorieren ist ebenso weit verbreitet, wie die hohe Erwartungshaltung an das gastronomische Angebot und die sonstigen Nebenleistungen. Der Wachstumsmarkt Sauna/Wellness hat nichts von seiner Dynamik verloren, allerdings hat dieser Erfolg zu einer deutlichen angebotsseitigen Verbreiterung geführt.

Als regionales Freizeitbad mit Sportbecken und Saunabereich leistet das Freizeitbad Kreuzau einen gesellschafts-, gesundheits- und sozialpolitischen Beitrag. Dabei hebt sich das Angebot in Kreuzau ganz bewusst von den deutlich hochpreisigeren Mitbewerbern im Umfeld ab.

2015 eröffnet ein neuer Mitbewerber in Euskirchen eine große Sauna- und Thermalbadanlage.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Betriebsführung in 2014 lagen in den Bereichen Personalakquise, -führung und -entwicklung, Überprüfung und Weiterentwicklung der Betriebsabläufe, Vermark-

tung aller Angebote, Verbesserung der Dienstleistungen, Verbesserung der Pro-Kopf-Erlöse und Kontrolle der Ausgaben.

Die Besucherzahlen im Angebotsbereich „Bad“ und „Sauna“ sind im Jahresverlauf 2014 leicht gestiegen. Das erste Quartal 2014 war im Badebereich aufgrund guter Witterungsumstände im Januar und Februar sehr zufriedenstellend. Im Saunabereich wurden die Vorjahreszahlen knapp verfehlt. Im zweiten Quartal konnten in beiden Angebotsbereichen die Besucherzahlen des Vorjahres nicht ganz gehalten werden. Der Rückgang ist auf eine fröhsummerliche Wetterperiode und die Fußballweltmeisterschaft zurückzuführen. Im dritten Quartal konnte in beiden Bereichen ein erfreulicher Besucherzuwachs generiert werden. Die Sommerferien waren mit unstem Wetter für ein Besucherplus im Freizeitbad und in der Sauna verantwortlich. Die Monate Oktober und November 2014 konnten sich mit kleinen Einschränkungen an 2013 orientieren, doch der Dezember 2014 hat mit relativ milden und sonnigen Abschnitten eher den Besuch der Weihnachtsmärkte begünstigt, als einen Besuch im Bad oder in der Sauna. Schlussendlich konnte das Geschäftsjahr 2014 mit einem Umsatzplus i.H.v. 41.788,67 € beendet werden.

Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen 2013 ergeben sich nachfolgende Veränderungen:

- Badbereich (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen)
von 145.803 auf 147.187 (+0,95 %)
- Saunabereich
von 32.464 auf 33.785 (+4,07 %)

Die Pro-Kopf-Erlöse konnten in allen Bereichen, bis auf die Gastronomie Freizeitbad, Shop und Sonstiges, verbessert werden:

- Eintritte:
 - Bad: 4,20 € (2013: 4,18 €)
 - Sauna: 12,93 € (2013: 12,90 €)
- Gastronomie
 - Bad: 1,56 € (2013: 1,62 €)
 - Sauna: 5,05 € (2013: 4,66 €)
- Wellness: 1,65 € (2013: 1,61 €)
- Shop: 0,17 € (2013: 0,17 €)
- Sonstige: 0,86 € (2013: 0,86 €)

Unter Berücksichtigung der verfolgten Strategie einer umfassenden und qualitätsorientierten Dienstleistung am Gast, sind die Kostenblöcke nach Einschätzung der Geschäftsführung weitgehend optimiert.

Die Personalaufwendungen sind ein stark dominierender Kostenblock für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Diese entwickelten sich im Geschäftsjahr 2014 leicht steigend. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Personalaufwand um ca. 34 T€ gestiegen. Dies ist auf Lohnerhöhungen, Mehrstunden sowie die Tatsache, dass im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich mehr vollzeitbeschäftigte und teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter beschäftigt waren, zurückzuführen. Die Freizeitbad Kreuzau GmbH legt Wert auf gute und umfassende Dienstleistung am Gast. Die Beschwerden nahmen ab. Darin sieht die Geschäftsführung eine Steigerung der Kundenzufriedenheit.

Der Sanierungsbedarf und die Instandhaltungsarbeiten wurden nach dem für 2014 erstellten Prioritäten-Plan abgearbeitet. Die Anlage ist, trotz des teilweise fortgeschrittenen Alters, weiterhin in einem sehr gepflegten Zustand.

Die Besucherzahlen sowie die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme (- 1.310 T€) ist besser als im Wirtschaftsplan für 2014 (- 1.370 T€) vorgesehen. Dies beurteilt die Geschäftsführung als günstigen Geschäftsverlauf.

Lage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Freizeitbad Kreuzau GmbH betragen im Geschäftsjahr 2014 1.769 T€ und wurden damit um 2,4 % gesteigert (2013: 1.727 T€). Maßgebend hierfür war insbesondere die Steigerung der Erlöse Bad (+ 8 T€), Erlöse Sauna (+ 18 T€), Erlöse Massage (+ 4 T€), Erlöse alkoholfreie Getränke (+ 9 T€), Erlöse Küche (+ 2 T€) sowie Erlöse Eis (+ 1 T€). Die Steigerung der Erlöse in den Bereichen Sauna und Bad sind aufgrund leicht gestiegener Besucherzahlen und einer Steigerung der Pro-Kopf-Erlöse zustande gekommen. Die leichte Steigerung der Besucherzahlen entspricht der im Vorjahr getroffenen Prognose.

Verrechnet mit dem Materialaufwand in Höhe von 600 T€ (2013: 576 T€) ergibt sich ein Rohertrag von 1.169 T€ (2013: 1.151 T€). Der höhere Materialaufwand resultiert insbesondere aus den bezogenen Leistungen für Strom (+ 3 T€) und Gas (+ 24 T€), die infolge des zeitweisen Ausfalls des BHKW im Berichtsjahr angestiegen sind. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogenen Waren nahmen im Geschäftsjahr um 3 T€ ab. Der Rohertrag verbesserte sich damit im Geschäftsjahr 2014 um 1,56 %.

Dem Rohertrag stehen Personalaufwendungen, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.356 T€ (2013: 2.348 T€) gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 162 T€ (2013: 121 T€). Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist im Wesentlichen durch die Auflösung der im Vorjahr aufgrund der unterschiedlichen Rechtsauffassung zwischen der Freizeitbad Kreuzau GmbH und monte mare im Hinblick auf die variable Geschäftsbesorgungsgebühr für das Jahr 2013 gebildeten Rückstellung (+ 50 T€) zustande gekommen. Die Erlöse aus Einspeisevergütung BHKW (- 8 T€) waren hingegen aufgrund des zeitweisen Ausfalls des BHKW rückläufig.

Die sonstigen Steuern des Berichtsjahres beinhalten ausschließlich Grundsteuerzahlungen (24 T€). Im Vorjahr waren in diesem Posten zusätzlich Erträge aus Umsatzsteuererstattungen für Vorjahre (112 T€) enthalten.

Vor Berücksichtigung der Abschreibungen in Höhe von 573 T€ (2013: 592 T€) sowie der Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 261 T€ (2013: 289 T€) beträgt das Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ./. sonstige Steuern + Abschreibungen + Zinsen und ähnliche Aufwendungen) ./. 476 T€ (2013: ./. 369 T€). Das Ergebnis verschlechterte sich – hauptsächlich verursacht durch die im Geschäftsjahr 2013 einmalige zu berücksichtigenden Steuererstattung für Vorjahre (112 T€) sowie deren Verzinsung (27 T€) - gegenüber dem Vorjahr um 107 T€.

Bei einem Finanzergebnis in Höhe von ./. 261 T€ (2013: ./. 264 T€) beläuft sich der durch den Gesellschafter zu übernehmende Verlust auf 1.310 T€ (2013: 1.250 T€). In der Prognose des Vorjahres wurde für 2014 von einem durch die BTG zu übernehmenden Verlust in Höhe von 1.370 T€ ausgegangen. Der gegenüber der Prognose geringere Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung kommt im Wesentlichen durch die Erträge aus der Auflösung der Rückstellung in Bezug auf die variable Geschäftsbesorgungsgebühr für das Jahr 2013 (50 T€) zustande.

Unter Berücksichtigung der Verlustübernahme durch den Gesellschafter ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 0 T€ (2013: Jahresergebnis + 209 T€). Der Jahresüberschuss im Vorjahr ergab sich aufgrund einer Korrektur der Ergebnisabführung früherer Jahre.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung:

Jahresergebnis	0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	573
Abnahme der Rückstellungen	-113
Zunahme der Vorräte	-4
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12
Abnahme der Forderungen gegen Gesellschafter	100
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-2
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	107
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	-539
Zunahme der erhaltenen Anzahlungen	19
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-9
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	144

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-29
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-29

Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-106
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-106

Liquide Mittel am Anfang der Periode	69
Zahlungswirksame Veränderungen	9
Liquide Mittel am Ende der Periode	78

Der Finanzmittelbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9 T€ auf 78 T€ erhöht. Das buchmäßige Eigenkapital beträgt 0,00 €.

Die Gesellschaft ist von der Fortführung des mit der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages sowie der unterjährigen Liquiditätsbereitstellung durch die BTG abhängig.

Im Berichtsjahr wurden keine wesentlichen Investitionen getätigt. Auch wurden keine wesentlichen Investitionsvorhaben abgeschlossen.

Vermögenslage

Das Gesamtvermögen der Freizeitbad Kreuzau GmbH beträgt zum 31.12.2014 9.562 T€ und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 641 T€ reduziert. Neben dem Rückgang des Anlagevermögens ist auch der Rückgang der Forderungen gegen Gesellschafter hier maßgebend.

In der Vermögensstruktur überwiegt das Anlagevermögen mit 7.582 T€ (2013: 8.126 T€). Ursächlich für die Verringerung des Anlagevermögens um 544 T€ gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen die Abschreibungen auf Sachanlagen. Die Anlagenintensität (Anlagevermögen/Gesamtvermögen) beträgt 79,29 % (2013: 79,64 %).

Das Umlaufvermögen ist verglichen mit dem Vorjahr um 97 T€ von 946 T€ auf 849 T€ gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Forderungen gegen Gesellschafter sowie den Rückgang von Steuererstattungsansprüchen Folgejahr zurückzuführen.

Die liquiden Mittel sind von 69 T€ auf 78 T€ gestiegen.

Es besteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 1.129 T€ (2013: 1.129 T€), der aus Zeiten vor Inkrafttreten des Ergebnisabführungsvertrages stammt.

Die Veränderungen auf der Passivseite ergeben sich im Wesentlichen durch die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (- 106 T€) und gegenüber dem Gesellschafter, Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (- 539 T€). Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen haben sich um 18 T€ und der aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 107 T€ erhöht.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Prognosebericht

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH erwartet in 2015 verschiedene Änderungen der Rahmenbedingungen für die Anlage, die die Aussagen zum Wirtschaftsplan 2015 erschweren und die Sicherheit der Prognose für 2015 stark belasten. Ein neuer Mitbewerber wird in Euskirchen in 2015 eine große Sauna- und Thermalbadanlage eröffnen. Dort werden ca. 800.000 – 1.000.000 p.a. Besucher erwartet. Zur Vorbereitung auf den neuen Wettbewerber am Markt beabsichtigt die Freizeitbad Kreuzau GmbH sich weiter als familienfreundliches Bad mit günstigen Eintrittspreisen zu positionieren. Sie hat zum 01.01.2015 ein neues Preissystem im Badbereich eingeführt.

Die Umsatzbesteuerung der Saunaleistungen wird zu Mitte des Jahres 2015 nach Beschluss der Bundesregierung von 7 % auf 19 % angehoben werden. Die hieraus resultierenden Umsatzeinbuße i.H.v. 12 % kann nicht vollständig durch die Gesellschaft aufgefangen werden. Die Freizeitbad Kreuzau GmbH beabsichtigt, diese in einem geringen Umfang durch eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise im Saunabereich an die Kunden weiterzugeben.

Eine konkrete und damit realistische Vorausschau der wirtschaftlichen Ertragskraft des Badebereiches ist über mehrere Jahre hinweg nicht möglich. Die Freizeitbad Kreuzau GmbH geht von einer leichten Steigerung der Umsatzerlöse in 2015 i.H.v. insgesamt 1,81 % aus. Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Gesellschaft im Badebereich eine Besucherzahl von 146.500 Gästen (nur zahlende Gäste, ohne Schul- und Vereinsschwimmen) und im Saunabereich eine Besucherzahl von 32.500. Die Eintritte im Badbereich und der dazugehörigen Gastronomie werden sich voraussichtlich durch das neue Preissystem zum 01.01.2015 leicht rückläufig entwickeln. Über eine Verkürzung der Badezeiten nimmt erfahrungsgemäß der Konsum in der Gastronomie im Badbereich ab. Von einer Steigerung der Umsatzerlöse wird aufgrund der Erwartung steigender Pro-Kopf-Erlöse im Saunabereich ausgegangen.

Es wird ein Rohertrag in Höhe von 1.161 T€ und ein Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit in Höhe von - 561 T€ erwartet.

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH wird weiterhin alle Angebote auf den Prüfstand stellen und bei Bedarf im Detail modifiziert. Das Wellnessangebot soll weiterhin auch für externe Besucher vermarktet werden, hierdurch erwartet die Gesellschaft insbesondere in den Sommermonaten eine verbesserte Auslastung. Die Angebote der monte mare Wellness-Welt-reise mit Tages- bzw. Monatsspecials im Bereich Gastronomie, Massage und Sauna wurden in der Vergangenheit von den Gästen sehr gut angenommen und bewertet. Dies bleibt auch weiterhin in 2015 eine wichtige Marketingmaßnahme der Gesellschaft.

Durch einheitliche Angebote (z.B. neue Standard-Speisekarte) innerhalb der monte mare Familie, verbunden mit einem überregionalen Marketing, erwartet die Gesellschaft die Attraktivität und den Bekanntheitsgrad der Anlage in Kreuzau weiterhin zu steigern.

Bei den sonstigen Ausgaben werden in 2015 strikt die Regularien des Vorjahres beachtet, so dass hier voraussichtlich mit ähnlich positiven Ergebnissen zu rechnen ist.

Der Wartungs-, Instandhaltungs- und Sanierungsplan beabsichtigt die Gesellschaft mit den zur Verfügung stehenden Mitteln des Wirtschaftsplans 2015 nach Priorität abzuarbeiten.

Für das Geschäftsjahr 2015 geht die Gesellschaft von einem Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung in Höhe von 1.426 T€ aus (Wirtschaftsplan 2015).

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Zwischen der Freizeitbad Kreuzau GmbH und der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (Beginn 01.01.2003). Der Vertrag kann jeweils zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Die mögliche jährliche Kündigung des Ergebnisabführungsvertrages beinhaltet das Risiko der Zahlungsunfähigkeit für die Freizeitbad Kreuzau GmbH. Für den weiteren Betrieb der Freizeitanlage in Kreuzau durch die Gesellschaft ist die Fortführung des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft erforderlich. Von einem Fortbestehen des Ergebnisabführungsvertrages wird ausgegangen.

Die Eröffnung der Sauna- und Thermalbadanlage in Euskirchen birgt das Risiko sinkender Besucherzahlen im Freizeitbad Kreuzau. Dies hätte voraussichtlich einen Rückgang der Umsatzerlöse zur Folge. Da die Kosten voraussichtlich nicht in gleichem Verhältnis sinken würden, würde ein Rückgang der Umsatzerlöse voraussichtlich zu einem höheren zu übernehmenden Verlust führen.

Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Fortführung der durch die Betreiber-gesellschaft eingeleiteten Maßnahmen und der damit einhergehenden besseren Ausnutzung der Entwicklungspotenziale der Freizeitanlage in Kreuzau.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Freizeitbad Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS)

Marienstr. 15
52351 Düren
Telefon: 02421/4885 - 111
Telefax: 02421/4885 - 15
E-Mail: p.kaptain@kreis-dueren.de
Homepage: www.gis-dueren.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftragsgeberfunktionen bei Planungen und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.

Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd subsidiär tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft einzeln. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder mehreren Geschäftsführern das Recht verleihen, die Gesellschaft einzeln zu vertreten. Sie kann auch einzelne oder alle Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

Im Übrigen werden die Geschäftsführer durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus neun Mitgliedern besteht. Acht Mitglieder werden unmittelbar durch den Kreistag benannt. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren; dessen Stellvertreter im Aufsichtsrat ist sein allgemeiner Vertreter. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Die vom Kreistag entsandten Vertreter des Gesellschafters im Aufsichtsrat unterliegen

den Bestimmungen des § 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW.

Der Aufsichtsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
2. die Beratung des vom Geschäftsführer jährlich im Voraus aufzustellenden Wirtschaftsplanes,
3. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes,
4. die Beschlussfassung über die Übernahme neuer Aufgaben,
5. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
6. die Beschlussfassung über die Aufnahme und Gewährung von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften und Garantien, das Ausstellen von Wechseln, der Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten oder die Durchführung von Rechtsgeschäften, die den o. a. gleichkommen und in jedem Einzelfall eine Wertgrenze von 25.000 € überschreiten,
7. die Beschlussfassung über die Schenkungen und Verzicht auf Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
8. die Beschlussfassung über die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand 10.000 € übersteigt,
9. die Beschlussfassung über den Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der lfd. Verwaltung handelt,
10. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
11. die Beschlussfassung über die Einstellung und Entlassung von hauptamtlichen Personal der Gesellschaft.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleiniger Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung Landrat vertreten. Dieser hat das Stimmrecht gemäß den Weisungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auszuüben (§ 113 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 53 Abs. 1 KrO NRW).

Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegt außer den sonst im Gesetz genannten Fällen:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung der Ergebnisse und die Abdeckung der Verluste,
2. die Erteilung oder der Entzug von Prokuren oder Handlungsvollmachten,
3. die Wahl des Abschlussprüfers,
4. die Entlastung der Geschäftsführung und der Aufsichtsratsmitglieder,
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
6. die Erteilung der Zustimmung nach § 5,
7. die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder

- von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils,
8. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Wertpapieren und Beteiligungen,
 9. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer,
 10. der Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Unternehmensverträgen nach dem Aktiengesetz,
 11. die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
 12. die Auflösung der Gesellschaft.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent	
Aufsichtsrat:	Kreis Düren	9 Sitze		100 %
Gesellschafterversammlung:	Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die Geschäftsführung vertreten.	1 Stimme		100 %

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Fuchs, Elmar	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kessel, Friedrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Kolonko-Hinssen, Eva-Maria	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Mickertz, Wilfried	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Münstermann, Peter	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Neulen, Leonhard <small>bis April 2015</small>	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Szadkowski, Heike	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Weingartz, Hermann Josef <small>seit 24.06.2015</small>	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Ladendorf, Ingo <small>beratendes Mitglied</small>	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
	Pranter, Christoph <small>beratendes Mitglied</small>	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Gesellschafterversammlung:	Emunds, Guido	BTG	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

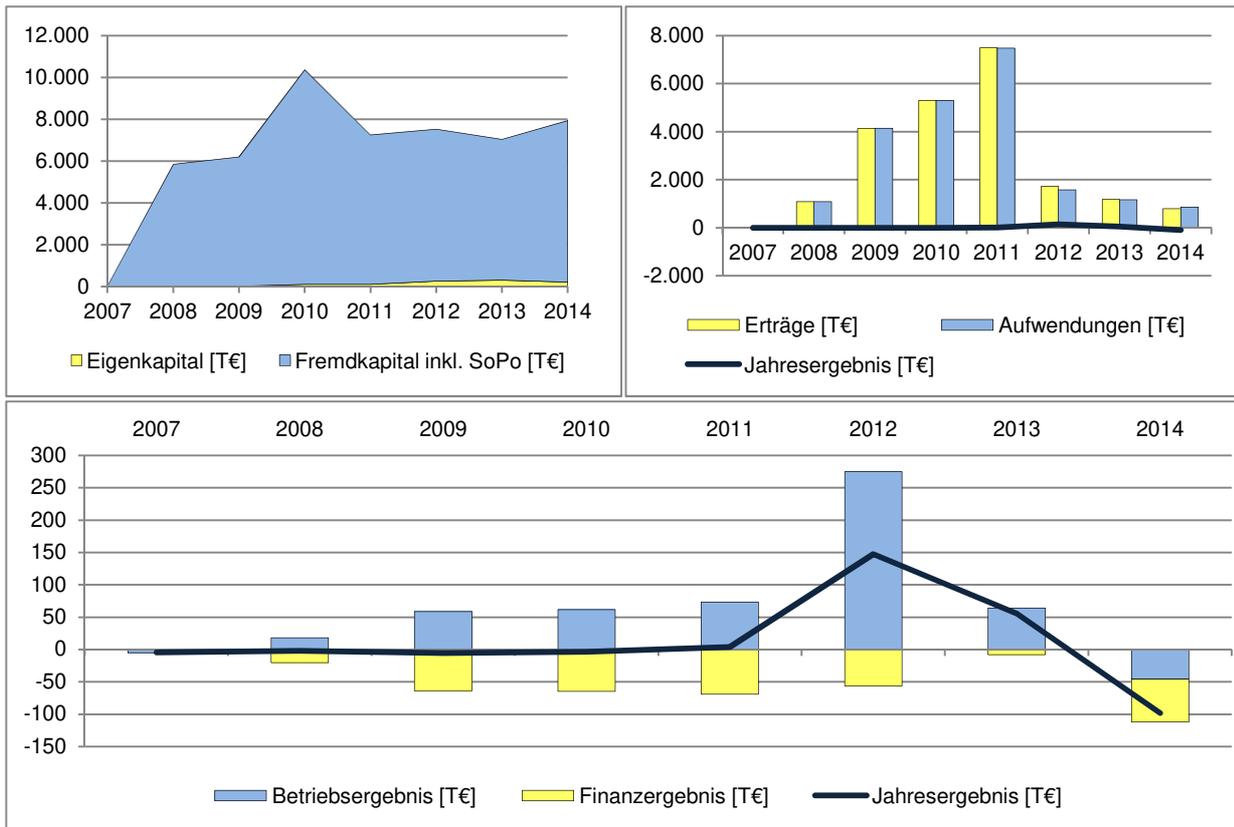
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	25.000,00 €	100%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte u. Bauten, einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	2.669.852,12 €	2.736.964,82 €	3.862.395,82 €	1.125.431,00 €	41,12%
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	174.535,57 €	142.849,57 €	163.281,57 €	20.432,00 €	14,30%
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00 €	285.478,40 €	0,00 €	-285.478,40 €	-100,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	349.499,53 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
2. fertige Erzeugnisse und Waren	0,00 €	76.551,09 €	76.551,09 €	0,00 €	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.142.675,57 €	3.772.995,78 €	3.538.197,04 €	-234.798,74 €	-6,22%
III. Guthaben bei einem Kreditinstitut	189.607,38 €	22.291,12 €	293.146,09 €	270.854,97 €	1215,08%
C. Rechnungsabgrenzungs- posten	1.172,69 €	187,50 €	674,18 €	486,68 €	259,56%
Summe Aktiva	7.527.342,86 €	7.037.318,28 €	7.934.245,79 €	896.927,51 €	12,75%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	0,00 €	
III. Verlustvortrag	-11.710,47 €	135.965,85 €	191.553,44 €	55.587,59 €	40,88%
IV. Jahresergebnis	147.676,32 €	55.587,59 €	-98.084,78 €	-153.672,37 €	-276,45%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.095.074,53 €	1.146.955,93 €	1.099.144,69 €	-47.811,24 €	-4,17%
C. Rückstellungen	556.231,10 €	412.067,14 €	351.168,82 €	-60.898,32 €	-14,78%
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	2.241.900,20 €	2.319.317,91 €	2.069.099,88 €	-250.218,03 €	-10,79%
2. Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
3. Verbindlichkeiten aus Liefer- ungen und Leistungen	22.905,40 €	24.944,36 €	24.260,79 €	-683,57 €	-2,74%
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.843.715,57 €	2.812.918,35 €	2.758.204,93 €	-54.713,42 €	-1,95%
5. Sonstige Verbindlichkeiten	506.550,17 €	4.561,15 €	13.898,02 €	9.336,87 €	204,70%
E. Rechnungsabgrenzungspos- ten	0,00 €	0,00 €	1.400.000,00 €	1.400.000,00 €	
Summe Passiva	7.527.342,82 €	7.037.318,28 €	7.934.245,79 €	896.927,51 €	12,75%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.355.242,10 €	497.745,41 €	576.039,54 €	78.294,13 €	15,73%
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-613.581,08 €	48.177,21 €	0,00 €	-48.177,21 €	-100,00%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	39.600,00 €	42.647,42 €	3.047,42 €	7,70%
4. Sonstige betriebliche Erträge	213.297,58 €	437.530,58 €	85.179,04 €	-352.351,54 €	-80,53%
5. Materialaufwand					
Aufwendungen für Ro-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00 €	0,00 €	80.616,92 €	80.616,92 €	
Aufwendungen für bezogene Leistungen	67.071,82 €	48.177,21 €	0,00 €	-48.177,21 €	-100,00%
6. Personalaufwand	343.166,91 €	308.500,07 €	329.651,00 €	21.150,93 €	6,86%
7. Abschreibungen	73.422,00 €	394.509,65 €	91.033,38 €	-303.476,27 €	-76,92%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	196.453,83 €	207.630,01 €	248.639,53 €	41.009,52 €	19,75%
Betriebsergebnis	274.844,04 €	64.236,26 €	-46.074,83 €	-110.311,09 €	-171,73%
9. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	156.529,86 €	193.176,67 €	138.672,96 €	-54.503,71 €	-28,21%
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	212.669,63 €	201.208,73 €	204.435,65 €	3.226,92 €	1,60%
Finanzergebnis	-56.139,77 €	-8.032,06 €	-65.762,69 €	-57.730,63 €	718,75%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	218.704,27 €	56.204,20 €	-111.837,52 €	-168.041,72 €	-298,98%
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	70.928,95 €	322,11 €	-14.158,73 €	-14.480,84 €	-4495,62%
12. Sonstige Steuern	99,00 €	294,50 €	405,99 €	111,49 €	37,86%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	147.676,32 €	55.587,59 €	-98.084,78 €	-153.672,37 €	-276,45%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	2

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren als Mieter der in Besitz der GIS stehenden Rettungswache in Nörvenich hat in 2014 einen Betrag von insgesamt 27.840,00 € für Mietkaufraten und Nebenkosten an die GIS gezahlt. Für die Brandsimulationsanlage in Stockheim hat der Kreis Düren 67.411,32 € für Mietkaufraten und Nebenkosten gezahlt.

Die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) erstattete für 2014 einen Betrag i.H.v. insgesamt 4.000,00 € für entstandene Sachkosten an den Kreis Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

**Grundlagen der Gesellschaft
Geschäftsmodell der Gesellschaft**

Mit notarieller Urkunde Nr. 1098 für 2007 vom 03.09.2007 des Notars Dr. Christian Kessler, Düren, wurde die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen Kreis Düren mbH (GIS) als hundertprozentige Tochter des Kreises Düren mit einer Stammeinlage von 25 T€ gegründet.

Die Gesellschaft wurde am 07.09.2007 in das Handelsregister, Amtsgericht Düren, HRB 5191 eingetragen. Mit Vertrag vom 4. November 2009 des Notars Dr. Hagen Monath, wurden die

Gesellschaftsanteile zu 100 % vom Kreis Düren auf die "Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH" übertragen.

Nach einem Beschluss der Gesellschafterversammlung der Gesellschafterin, Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, vom 20.07.2010, wurde eine Einlage in die Kapitalrücklage von 100 T€ beschlossen und am 29.12.2010 eingezahlt.

Gegenstand des Unternehmens nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ist:

- 1.) Die wirtschaftliche Entwicklung, Optimierung, Errichtung und Verwaltung von kommunal genutztem Infrastrukturvermögen im Kreis Düren.
- 2.) Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Hierzu zählen sämtliche Auftraggeberfunktionen bei Planung und Bau sowie Sanierung, Unterhaltung und Bewirtschaftung dieses Vermögens.
- 3.) Die Gesellschaft ist im Rahmen des Gesellschaftszwecks ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot strukturentwickelnd und wirtschaftsfördernd tätig.

Zum Geschäftsführer ist Herr Peter Kaptain, Kreuzau, bestellt.

Ziele und Strategien

Die GIS ist als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, deren alleiniger Gesellschafter wiederum der Kreis Düren ist, ausschließlich im kommunalen Umfeld tätig. Die Konzentration der geschäftlichen Aktivitäten auf kommunal genutztes Infrastrukturvermögen bringt demzufolge auch Synergieeffekte durch die jeweiligen Aktivitätsschwerpunkte der öffentlichen Hand mit sich.

Steuerungssystem

Grundlage für die Steuerung des Unternehmens stellt der jährlich aufzustellende 5-jährige Wirtschafts- und Finanzplan dar.

Ab 2010 wurden das Rechnungswesen bzw. das gesamte Finanzmanagement aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der alleinigen Gesellschafterin übernommen. Die Gesellschaft wurde somit in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2014 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,5% mit einem guten Start und einem etwas gedämpften Verlauf. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen 2,91 Mio. und lag unter Vorjahresniveau. Die Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen sind teilweise schwierig. Dennoch besteht für die GIS eine solide Auftragslage aufgrund der abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsverträge für die nächsten Geschäftsjahre.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt:

Geschäftsbesorgungsverträge für die VVG und die SüdKom

Einer der wesentlichen Aufgabenschwerpunkte des abgelaufenen Jahres resultierte aus den Geschäftsbesorgungsverträgen für die Kreis Düren Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (VVG) und die SüdKom. Während für die VVG wichtige Projekte zum Abschluss gebracht werden konnten besteht für die SüdKom eine konstante Auftragslage.

Kindertagesstätte in Langerwehe- Pier

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Kreises Düren und der Gemeinde Langerwehe wurde ein Konzept zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in Langerwehe-Pier erarbeitet. Im September 2013 wurde mit dem Bau begonnen. Die Baumaßnahme wurde pünktlich zum 01.08.2014 fertig gestellt und der Kindergarten wurde von der Gemeinde Langerwehe in Betrieb genommen. Der kalkulierte Kostenrahmen wurde eingehalten und die gewählte Finanzierungsalternative wirkte sich vorteilhaft auf die monatliche Belastung der Gemeinde Langerwehe aus.

Nach Inbetriebnahme wurde ein Installationsschaden an den Wasserrohren festgestellt. Die Behebung des Schadens hat sich über mehrere Monate bis Anfang des Jahres 2015 hingezogen. Die Kosten wurden durch die Versicherung des verursachenden Unternehmens im vollen Umfang übernommen.

Neue Projekte

Infolge der Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2014 hat die Rettungsdienst Kreis Düren, Anstalt des öffentlichen Rechts (RDKD), die GIS mit der Herrichtung der notwendigen provisorischen und neuen Rettungswachen beauftragt. Im Jahr 2014 wurde kurzfristig eine provisorische Rettungswache in Niederzier Huchem-Stammeln eingerichtet.

Darüber hinaus sind für die RDKD folgende Projekte in Vorbereitung:

- Bau einer Rettungswache in Heimbach;
- Bau einer Rettungswache mit Notarztstandort in Nideggen;
- Herrichtung einer provisorischen Rettungswache in Jülich;
- Bau einer Fahrzeughalle in Kreuzau-Stockheim und
- die Erweiterung bzw. ein Anbau an das FTZ in Kreuzau-Stockheim.

Für den Kreis Düren ist die GIS in die Planungen zur Errichtung einer Geschäftsstelle der Kreisverwaltung in Jülich involviert. Dies gilt ebenfalls für eine neue Kindertagesstätte im Jülicher Stadtgebiet.

Am Standort Düren hat sich die GIS einen 20-%igen Anteil am Grundstück des ehemaligen Stadthallengeländes gesichert. So besteht die Möglichkeit, in unmittelbarer Nähe des Kreishauses eine ggf. erforderliche Erweiterung für den Kreis Düren vorzunehmen.

Darüber hinaus soll in 2015 im Rahmen einer Geschäftsbesorgung das Immobilienmanagement für die BTG übernommen. Im Verlauf des Jahres soll auch die Gebäudeunterhaltung der RDKD in die Zuständigkeit der GIS übertragen werden.

Die Abweichungen vom Wirtschaftsplan des Unternehmens resultieren aus Vorgängen, die sich nach Planerstellung im Laufe des Wirtschaftsjahres ergeben haben. In diesem Zusammenhang sind insbesondere zu nennen:

- Das Projekt Kindertagesstätte Langerwehe wurde entgegen der Ursprungsplanung, bei der die GIS lediglich als Projektmanager für die Gemeinde Langerwehe agieren sollte, aus fördertechnischen Gründen doch im eigenen Namen und auf eigene Rechnung der GIS errichtet, um nach Fertigstellung an die Gemeinde im Wege der Vermietung übergeben zu werden. Diese geänderten Voraussetzungen führen dazu, dass die GIS in 2014 kein Projektsteuerungshonorar als Erlös buchen kann; dieses wird als Ertrag für die GIS über die Mietlaufzeit von 30 Jahren ratierlich realisiert.
- Nach Fertigstellung des Kindergartens in Langerwehe entstand ein von einer beteiligten Handwerksfirma verursachter Wasserschaden, der vollumfänglich von der Versi-

cherung übernommen wurde. Als Konsequenz meldete die Gemeinde Langerwehe Mietminderungsansprüche an, für die eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden war und das Ergebnis des Wirtschaftsjahres belastete. Auch diese Mietminderung wurde von der Versicherung des Verursachers übernommen.

- Die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes nahm im letzten Quartal des Wirtschaftsjahres 2014 konkret Gestalt an. Zunächst wurde in Huchem-Stammeln für zunächst drei Jahre eine alte Villa der Firma Schoeller angemietet. Die in die Herrichtung des Objekts getätigten Erhaltungsmaßnahmen, die bei Erstellung der Wirtschaftsplanung noch nicht bekannt waren, belasteten das Ergebnis 2014, werden allerdings über das für drei Jahre bestehende Mietverhältnis an die GIS zurück fließen.

Insgesamt ist der Geschäftsverlauf eher als günstig zu bezeichnen, da das Projekt Kindertagesstätte Langerwehe-Pier unter Einhaltung der Baukosten planmäßig in 2014 fertiggestellt werden konnte.

Lage Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2014 und 2013 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

Ergebnisstruktur	2014		2013		Veränderungen	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
- Umsatzerlöse	576	93,2%	498	85,1%	78	15,7%
- Bestandsveränderung			48	8,2%	-48	-100,0%
- Aktivierte Eigenleistung	42	6,8%	40	6,7%	2	5,0%
Gesamtleistung	618	100,0%	586	100%	32	5,5%
- Sonstige betriebliche Erträge	85	13,7%	438	74,7%	-354	-80,8%
- Materialaufwand	-81	-13,1%	-48	8,2%	-32	66,7%
Rohergebnis	622	100,6%	970	166,5%	-348	-35,9%
- Personalaufwand	-329	-53,2%	-309	-52,6%	-20	6,5%
- Abschreibungen	-91	-14,7%	-395	-67,3%	304	-77,0%
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-248	-40,1%	-208	-35,4%	-40	19,2%
Betriebsergebnis	-46	-7,4%	65	11,2%	-111	-170,8%
- Zinserträge	138	22,3%	193	32,9%	-55	-28,5%
- Zinsaufwand	-204	-33,0%	-201	-34,3%	-3	1,5%
Finanzergebnis	-112	-18,1%	-8	1,3%	-58	725,0%
Steuern	14	2,3%			14	100,0%
Jahresüberschuss	-98	-15,9%	56	9,6%	-154	-275,0%

Die Gesamtleistung der Gesellschaft betrug 619 T€ und entfiel mit 173 T€ auf die Vereinnahmung von Mieten und Nebenkosten aus dem DLZ Nideggen und der JH Nideggen, darüber hinaus mit 315 T€ aus den Geschäftsbesorgungsverträgen.

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge (85 T€), die in Höhe von 48 T€ Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens beinhalten, ergab sich ein Rohergebnis i.H.v. 622 T€ (i.V. 970 T€).

Die Abschreibungen für das Geschäftsjahr wurden für das Dienstleistungszentrum Nideggen sowie zeitanteilig für den Kindergarten in Langerwehe-Pier in Anspruch genommen

Der Personalaufwand berücksichtigt die Gehälter für den Geschäftsführer, eines techn. Mitarbeiters, den Hallenwart sowie die Aushilfen der Arena Kreis Düren.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (248 T€) lagen über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg beruht auf den Kosten aufgrund des Wasserschadens im Kindergarten Langerwehe-Pier, der im Folgejahr von der Versicherung erstattet wurde. Darüber hinaus sind in der Position die geschäftsüblichen Verwaltungs- und Beratungskosten sowie die Nebenkosten für das vermietete Gebäude des DLZ Nideggen enthalten, dessen Gegenposten unter den Erlösen aus Nebenkostenabrechnungen ausgewiesen werden.

Es ergibt sich ein negatives Betriebsergebnis i.H.v. 46 T€ (i.V. 65 T€ positiv im Vorjahr).

Beim Finanzergebnis (minus 112 T€) steht dem Zinsaufwand von 204 T€ der im Wesentlichen auf die Darlehenszinsen für die vier langfristigen Darlehen entfällt, ein Zinsertrag von 138 T€ aus den Zinsen aus den Verträgen der Rettungswache Nörvenich, der Jugendherberge und der Brandsimulationsanlage gegenüber.

Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von minus 112 T€ ergibt sich nach Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag ein Jahresfehlbetrag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 i.H.v. 98.084,78 € (55 T€ im Vorjahr), der gemäß Vorschlag des Geschäftsführers an die Gesellschafterversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Das Jahresergebnis weicht von dem für das Jahr 2014 aufgestellten Wirtschafts- und Finanzplan des Unternehmens aus den unter 2.2. genannten Punkten ab.

Finanzlage

Die liquiden Mittel der Gesellschaft erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 271T€ da die zum Teil vorverauslagten Eigenmittel sowie Mittel für die Zwischenfinanzierung zum Bau des Kindergartens in Langerwehe-Pier durch den Forfaitierungserlös i.H.v. 1.400 T€ aus dem Verkauf der Mietforderung an die Deutsche Genossenschafts- und Hypothekenbank AG (DGHyp) zurück geführt wurden.

Die Einnahmen der Gesellschaft resultieren primär aus den Geschäftsbesorgungsverträgen, da die Pachteinnahmen aus den Projekten lediglich die Zins- und Tilgungsleistungen aus den Kreditverträgen abdecken. Die aus den Geschäftsbesorgungsverträgen resultierenden Einnahmen dienen hauptsächlich der Abdeckung der Personalkosten für das eingesetzte Personal.

Im Übrigen wird bezüglich der Kapitalstruktur, der Eigen- und Fremdkapitalquote sowie zu projektbezogenen Finanzierungen auf den Punkt 2.3.3 Vermögenslage verwiesen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2014 7.934 T€ (VJ 7.037T€). Der Zugang resultiert primär aus der Veränderung aus den bilanziellen Auswirkungen der Bau-maßnahme des Kindergartens in Langerwehe-Pier.

Das Anlagevermögen verminderte sich um planmäßige Abschreibungen (91 T€) und erhöhte sich um die Zugänge (951 T€).

Der Zugang resultiert aus den Auswirkungen aus dem neuen Projekt Kindertages-stätte Langerwehe-Pier mit 951 T€ .

Das Eigenkapital (ohne Berücksichtigung des anteiligen Sonderpostens) der Gesellschaft beträgt 218 T€ (VJ 317 T€) und hat sich somit aufgrund des Jahresfehlbetrages um 98 T€ verringert. Die Rückstellungen betragen 351 T€ (VJ 412 T€).

Das Vermögen der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit 97,5 % (i.V. 95,5 %) fremdfinanziert (einschl. Sonderposten). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Finanzierung des DLZ Nideggen und der Jugendherberge Nideggen durch ein Gesellschafterdarlehen des alleinigen Mutterunternehmens, der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) gestellt wird.

Das langfristig verfügbare Kapital besteht ausschließlich aus fünf langfristigen Dar-lehen. Sie dienen der Finanzierung des Erwerbs sowie des Umbaus der Jugendstilvilla Haus Effels zum Dienstleistungszentrum (DLZ) Nideggen. Des Weiteren wird hiermit die Errichtung der neuen Jugendherberge Nideggen auf einem an das DLZ angrenzenden Grundstück finanziert. Darüber hinaus wurde ein weiteres Darlehen zur Finanzierung der Rettungswache in Nörvenich sowie zum Bau des Feuerwehrgerätehauses in Heimbach und zum Bau der Brandsimulations-anlage in Kreuzau-Stockheim aufgenommen.

Der Sonderposten wurde im Berichtsjahr abschreibungskonform aufgelöst. Unter den Vorräten wird ein zur Veräußerung bestimmtes Grundstück (Karstadt Grund-stück) ausgewiesen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der Gesellschaft besteht u.a. in der Durchführung neuer Projekte. Die diesen zu Grunde liegenden Rentabilitätsberechnungen spiegeln sich in den wesentlichen Steuerungsgrößen Umsatz und Erträge wieder.

Als Steuerungselemente dienen Rentabilitätskennziffern sowie Cashflow-Analysen.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von besonderer Bedeutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt bzw. erreicht werden kann.

Nachtragsbericht

Am 19.03.2015 wurde ein 20-%iger Anteil am Grundstück des ehemaligen Stadthallengeländes erworben. Damit verbunden beginnt die GIS die Planung der zukünftigen Nutzung des Geländes für fehlende Büroraumkapazitäten der Verwaltung am Standort Düren und eventuell die Errichtung eines Seminar- und Konferenzentrums.

Der Stadtrat Jülich stimmte im Mai für den Verkauf des Rathauses an den Kreis Düren oder eine seiner Gesellschaften. Damit wird der Beginn des Projektes für die Einrichtung einer Geschäftsstelle der Kreisverwaltung in Jülich, dessen Planung die GIS voraussichtlich durchführen soll, vorangetrieben.

Die Planung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung für das Immobilienmanagement der BTG ist abgeschlossen, der Vertrag hierzu ist in Vorbereitung und muss durch den Aufsichtsrat beschlossen werden.

Die Forderungen aus den Miet- und Mietkaufverträgen werden planmäßig erfüllt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Für die Geschäftsjahre 2015 ff geht die Wirtschaftsplanung des Unternehmens von einem positiven Ergebnis aus (15 T€), welches insbesondere aus den Projektsteuerungshonoraren für neue Projekte resultiert.

Im laufenden Jahr zeichnen sich im Rahmen der Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen zum Rettungsdienstbedarfsplan und beabsichtigter Projekte im Gebiet der Stadt Jülich (Errichtung einer Geschäftsstelle der Kreisverwaltung sowie einer Kindertagesstätte) neue Projekte ab. (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Ziffer 2.2. und Ziffer 3).

Risikobericht

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Da die Gesellschaft vorwiegend über Kunden aus dem öffentlichen Bereich verfügt, sind Forderungsausfälle nicht zu erwarten. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend mittels Eigenmittel.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird regelmäßig ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt. Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 16.06.2014 der Einrichtung gegenseitiger Kontokorrentkreditlinien zwischen dem Mutterunternehmen Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) und dem Tochterunternehmen GIS zur Optimierung des Finanzmittelbedarfs zu.

Die Gesellschaft ist als Tochterunternehmen der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH in das Controlling- und Überwachungssystem des Mutterunternehmens integriert und entspricht der Größe des Unternehmens.

Die GIS hat sich entsprechend der im Aufsichtsrat am 02.03.2015 dargestellten Grundlagen zu Beginn 2015 am Erwerb des Stadthallengrundstücks mit 20% beteiligt. Im Rahmen dieses Projekts soll die GIS zusätzliche Büroraumkapazitäten für den Kreis Düren sowie ein Seminar- und Konferenzzentrum schaffen.

Chancenbericht

Die besonderen Chancen des Unternehmens liegen in der Nähe zu den Kommunen und kommunalen Gesellschaften, wodurch sich positive Synergieeffekte ergeben. Für den positiven Fortbestand der GIS sind die im Bericht aufgezeigten neuen Aufträge von wesentlicher Bedeutung.

Hinsichtlich der Solvenz der Mieter sind keine Risiken zu erwarten, da als Auftraggeber Kommunen oder kommunale Gesellschaften auftreten. Beim Mieter des Dienstleistungszentrums Nideggen, der DGA, handelt es sich um eine Schwester-gesellschaft.

Aus den Geschäftsbesorgungsverträgen ergeben sich positive Rahmenbedingungen für das Unternehmen, die zu einem gewissen Grad zu einer Stabilisierung auf der Einnahmenseite beitragen.

Die sich Anfang 2015 abzeichnenden neuen Projekte werden die Kapazität der GIS bei einem mittelfristigen Planungszeitraum auslasten und damit zur Zukunftssicherung und Einhaltung der Ergebnisprognose der Gesellschaft entscheidend beitragen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft für Infrastrukturvermögen im Kreis Düren mbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



**Gesellschaft für regionale und
erneuerbare Energie mbH**

GREEN Gesellschaft für regionale
und erneuerbare Energie mbH

Willy-Brandt-Platz 2

52222 Stolberg

Tel.: 02402/101-1500

Fax: 02402/101-52 1500

E-Mail: axel.kahl@ewv.de

Homepage: www.regio-green.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschafterinnen der Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer und Prokuristen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Diese setzt auch deren Zahl, Anstellungsbedingungen und Befugnisse fest und kann im Einzelfall oder generell Befreiungen von § 181 BGB erteilen. Die Anstellungsverträge sind so zu formulieren, dass den Anforderungen des § 108 Abs. 1 Ziff. 9 i.d.F. des Transparenzgesetzes NRW bzw. einer etwaigen Nachfolgeregelung Rechnung getragen wird.

Die Geschäftsführer können mit Zustimmung des Aufsichtsrates Handlungsbevollmächtigte bestellen, abberufen und deren Anstellungsbedingungen festsetzen.

Die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH hat das Recht, einen Geschäftsführer zu benennen. Die Gesellschafter sind verpflichtet, den von der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH benannten Geschäftsführer im Rahmen eines Gesellschafterversammlungsbeschlusses zu bestellen. Das Benennungsrecht der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH umfasst auch das Recht, die Abberufung des so bestellten Geschäftsführers zu verlangen.

Die Gesellschafterversammlung beschließt einen Katalog (Geschäftsordnung für die Geschäftsführung) von Rechtshandlungen und Rechtsgeschäften, für deren Vornahme die Geschäftsführer der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen. Die Gesellschafterversammlung kann stattdessen auch beschließen, dass die Zustimmung ganz oder teilweise durch den Aufsichtsrat oder ein anderes Organ erfolgt. Der Zustimmungskatalog ist jederzeit änderbar.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Gesellschafterversammlung hat die ihr durch Gesetz, diesen Gesellschaftsvertrag oder durch einen ausdrücklichen Gesellschafterbeschluss zugewiesenen Befugnisse. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet einmal jährlich statt. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über:

- a) den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen i. S. d. §§ 291, 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) die Zustimmung zu Maßnahmen der Geschäftsführung wie folgt:
 - aa) den Erwerb, die Gründung und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - bb) die Annahme von durch die Gesellschafter oder Dritte angeordneten Projekten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern, insbesondere zur Planung, Errichtung und/oder zum Betrieb von Anlagen zwecks Energieerzeugung, sofern diese nicht durch den Investitions- und Finanzierungsplan abgedeckt sind oder ein Einzelprojekt ein Investitionsvolumen von Euro 5.000.000 übersteigt,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses,
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer,
- e) die Bestellung und die Abberufung des Mitglieds des Aufsichtsrats, soweit diese nicht gemäß § 12 (1) entsandt werden; § 113 Abs. 1 GO NRW bleibt unberührt,
- f) die Erteilung der Entlastungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats,
- g) die Gewährung einer von der EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH empfohlenen Vergütung und Richtlinien für die Erstattung von Auslagen der Aufsichtsratsmitglieder,
- h) die Zustimmung zu den in § 15 (3) dieses Gesellschaftsvertrages genannten Maßnahmen, solange kein Aufsichtsrat besteht,
- i) die Zustimmung zu den gemäß § 10 dieses Gesellschaftsvertrages als zustimmungsbedürftig bestimmten Maßnahmen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Kahl, Axel	Aachen	
Gesellschafter-		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

versammlung:

Vertreter des Kreises Düren

**Gesellschafter-
versammlung:**

Hürtgen, Dirk

BTG

Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

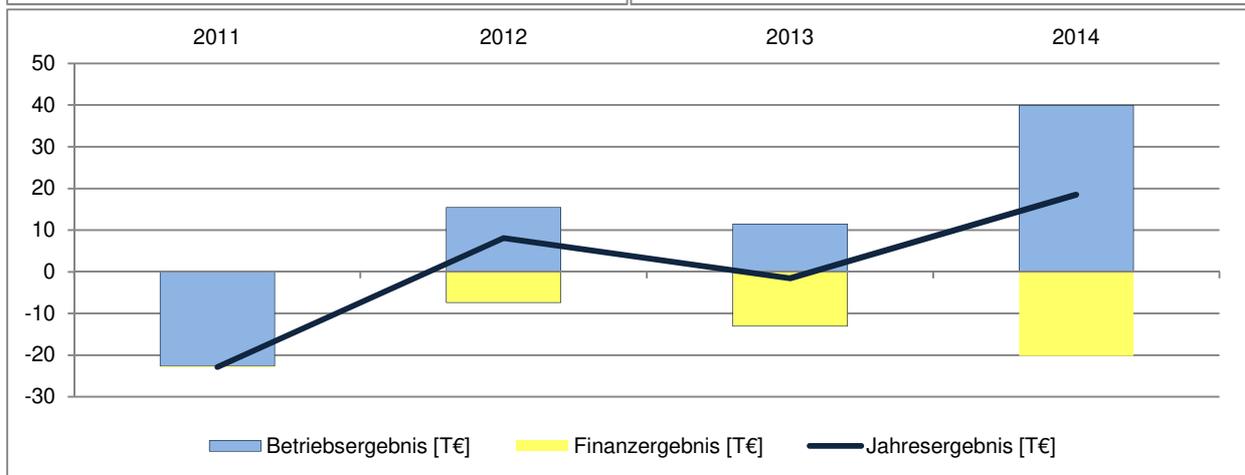
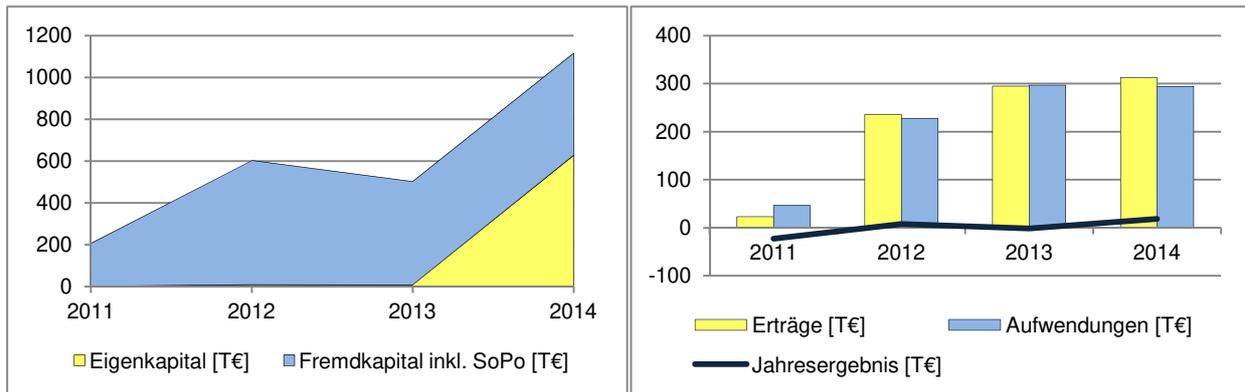
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52222 Stolberg	
gezeichnetes Kapital:	625.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
EWV	244.750,00 €	39,16%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	93.750,00 €	15,00%
Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH	93.750,00 €	15,00%
Rheinland-Westfalen Energiepartner GmbH	62.500,00 €	10,00%
RURENERGIE GmbH	31.250,00 €	5,00%
Stadt Linnich	18.750,00 €	3,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG)	18.750,00 €	3,00%
Gemeinde Roetgen	18.750,00 €	3,00%
SEW Stadtentwicklung Würselen Verw.-GmbH	18.750,00 €	3,00%
Stadt Stolberg	18.750,00 €	3,00%
Gemeinde Titz	750,00 €	0,12%
Gemeinde Langerwehe	750,00 €	0,12%
Gemeinde Selfkant	750,00 €	0,12%
Kreis Heinsberg	750,00 €	0,12%
Gemeinde Aldenhoven	750,00 €	0,12%
Gemeinde Inden	750,00 €	0,12%
Gemeinde Niederzier	750,00 €	0,12%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	501.550,00 €	479.137,00 €	453.694,00 €	-25.443,00 €	-5,31%
II. Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	92.490,79 €	3.385,42 €	1.951,68 €	-1.433,74 €	-42,35%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	8.207,43 €	19.615,97 €	659.969,33 €	640.353,36 €	3264,45%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Summe Aktiva	602.248,22 €	502.138,39 €	1.115.615,01 €	613.476,62 €	122,17%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Zur Durchführung der beschlossenen Kapitaler- höhung geleistete Einla- gen	0,00 €	0,00 €	600.000,00 €	600.000,00 €	
III. Verlustvortrag	22.827,79 €	14.728,55 €	16.295,09 €	1.566,54 €	10,64%
IV. Jahresergebnis	8.099,24 €	-1.566,54 €	18.543,81 €	20.110,35 €	-1283,74%
B. Rückstellungen	6.000,00 €	6.828,00 €	8.528,40 €	1.700,40 €	24,90%
C. Verbindlichkeiten	585.976,77 €	486.605,48 €	479.837,89 €	-6.767,59 €	-1,39%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	602.248,22 €	502.138,39 €	1.115.615,01 €	613.476,62 €	122,17%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	14.516,75 €	63.454,96 €	73.908,74 €	10.453,78 €	16,47%
2. sonstige betriebliche Erträge	220.307,49 €	231.600,09 €	238.585,23 €	6.985,14 €	3,02%
3. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	155.797,87 €	165.577,42 €	166.839,00 €	1.261,58 €	0,76%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	25.606,07 €	26.718,96 €	27.186,24 €	467,28 €	1,75%
4. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	4.215,00 €	25.441,00 €	25.443,00 €	2,00 €	0,01%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	33.729,07 €	65.862,44 €	53.097,24 €	-12.765,20 €	-19,38%
Betriebsergebnis	15.476,23 €	11.455,23 €	39.928,49 €	28.473,26 €	248,56%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	697,74 €	3,49 €	144,09 €	140,60 €	4028,65%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	8.074,73 €	13.048,31 €	20.277,81 €	7.229,50 €	55,41%
Finanzergebnis	-7.376,99 €	-13.044,82 €	-20.133,72 €	-7.088,90 €	54,34%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	8.099,24 €	-1.589,59 €	19.794,77 €	21.384,36 €	-1345,28%
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	-23,05 €	1.250,96 €	1.274,01 €	-5527,16%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	8.099,24 €	-1.566,54 €	18.543,81 €	20.110,35 €	-1283,74%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	2

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH (GREEN) wurde am 18. Juli 2011 in den Räumlichkeiten der Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV), Willy-Brandt-Platz 2 gegründet. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 24. August 2011. Die Unternehmensgründung erfolgte in Form einer Bargründung mit einem Stammkapital in Höhe von 25.000 Euro.

In der ersten ordentlichen Gesellschafterversammlung am 21. November 2011 wurde die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung verabschiedet und der Prüfungsausschuss der Gesellschafterversammlung benannt. Für den operativen Bereich wurde am 15. August 2011 mit der EWV ein Betriebsführungsvertrag abgeschlossen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Förderung, Koordination, Realisierung von Projekten und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unmittelbar und mittelbar für die Gesellschaften der Gesellschaft.

Ziele und Strategien

Die GREEN strebt mit den Gesellschaftern und Fachpartnern EWV und RWE die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums an, in dem die kommunalen und regionalen Interessen, innovative Ideen, interdisziplinäre Kräfte und fachliches Knowhow gebündelt werden. Sie verschafft den Kommunen somit ein Instrument, interessante Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zu identifizieren, diese mit einem Fachpartner zu planen und in ein regionales Energiekonzept strategisch einzubinden und mit regional ansässigen Unternehmen umzusetzen. Unternehmensziel ist das Engagement in den Feldern Biomasse, Wind und Photovoltaik.

Weitere Geschäftsfelder der GREEN könnten aus dem Immobilien- und Grundbesitz der Kommunen und deren Vermarktungspotenzial entstehen. So können Erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung oder zur Stromerzeugung in kommunalen Liegenschaften eingesetzt werden. Dach- und sonstige Flächen der Kommunen kann die Gesellschaft an Investoren vermitteln und damit z. B. das Entstehen von Bürgerkraftwerken unterstützen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach langen Diskussionen und vielen Entwürfen ist zum 01. August 2014 das neue Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) in Kraft getreten. Ziel des neuen EEG ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen und dabei gleichzeitig die Bezahlbarkeit der Energiewende für die Bürger sowie die Wirtschaft sicherzustellen und die Belastungen für das Gesamtsystem zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden einschneidende Veränderungen am bestehenden EEG vorgenommen. Aufgrund des langen Diskussionsprozesses und der unklaren Auswirkungen der Änderungen des EEG entwickelte sich der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Energiebereitstellung in Deutschland im Jahr 2014 verhaltener als in den Vorjahren. Der Hauptgrund hierfür war besonders die Planungsunsicherheit im Bereich Windenergie und Biomasse. Die Direktvermarktung des Stroms bei Neuanlagen wird verpflichtend und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle immer wichtiger.

Geschäftsverlauf

Operative Tätigkeit und Projektentwicklung

Die Projektentwicklung der GREEN wurde im Rahmen der Personalentleihe auf Basis eines Kooperationsvertrags an die EWV ausgelagert. In diesem Zusammenhang wurden die Mitarbeiter der GREEN in Projekte der EWV und deren Tochterunternehmen eingebunden, hier im Wesentlichen in den Bereichen Direktvermarktung, Stromsteuerbefreiung, Mitwirkung an Forschungsvorhaben, Gründung von Genossenschaften, Nahwärmekonzepte und Betreuung von bestehenden PV- Anlagen. Durch die Green akquirierte Großprojekte, z.B. Windprojekte, werden bei entsprechender Eignung durch die EWV schlüsselfertig entwickelt. Die Green erhält in diesem Fall eine Beteiligungs- oder Übernahmeoption nach erfolgter Realisierung. Im Rahmen dieser Kooperation wurden von der EWV im Geschäftsjahr eine Reihe von Projekten im Bereich Wind onshore weiterentwickelt, deren Realisierung aufgrund der mehrjährigen Planungsphasen in den Jahren 2016 oder 2017 vorgesehen und möglich ist. Somit werden auch die Risiken und die Entwicklungskosten der Großprojekte auf EWV übertragen. Kleinere Projekte, z.B. im Bereich PV, können auch weiterhin unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit direkt durch GREEN projektiert werden.

Das Geschäftsjahr 2014 war geprägt von den Unsicherheiten bei der Änderung des EEG. Darüber hinaus hat eine unzureichende Ausstattung mit Kapital eine frühzeitige und damit wirtschaftliche Beteiligung der GREEN am Windpark in Linnich Körrenzig verhindert.

Jahresergebnis

Für das Geschäftsjahr 2014 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 18.543,81 Euro.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Investitionen getätigt.

Finanzierung

Im Geschäftsjahr wurden die im Bestand befindlichen vier PV-Anlagen umfinanziert. Hierbei wurde das bestehende Gesellschafterdarlehen iHv 200.000,00 Euro der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH um 120.000,00 Euro und die bestehenden Kreditlinien um 280.000,00 Euro mittels eines Bankkredits iHv 400.000,00 Euro getilgt. Das Darlehen wurde als Abzahlungsdarlehen abgeschlossen und unterliegt einer monatlichen Tilgung iHv 1.667,00 Euro.

Im Geschäftsjahr wurde das Stammkapital der Gesellschaft von 25.000,00 Euro um 600.000,00 Euro auf 625.000,00 Euro erhöht. Im Geschäftsjahr wurden diese finanziellen Mittel noch keiner Verwendung zugewiesen, sodass der Betrag zum Bilanzstichtag zur Gänze die liquiden Mittel erhöht.

Personalbereich

Die GREEN beschäftigt zwei Projektmanager, die auf Grundlage eines bestehenden Rahmenvertrages zur Arbeitnehmerüberlassung zwischen GREEN und EWV vom 29. August 2011 in vollem Umfang an die EWV verliehen werden.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aktiva						
Anlagevermögen	453.694,00	40,7 %	479.137,00	95,4 %	-25.443,00	-5,3 %
Umlaufvermögen	<u>661.921,01</u>	<u>59,3 %</u>	<u>23.001,39</u>	<u>4,6 %</u>	<u>638.919,62</u>	<u>> 1.000 %</u>
	<u>1.115.615,01</u>	<u>100,0 %</u>	<u>502.138,39</u>	<u>100,0 %</u>	<u>613.476,62</u>	<u>122,2 %</u>
Passiva						
Eigenkapital	627.248,72	56,2 %	8.704,91	1,7 %	618.543,81	> 1.000 %
Rückstellungen	8.528,40	0,8 %	6.828,00	1,4 %	1.700,40	24,9 %
Verbindlichkeiten	<u>479.837,89</u>	<u>43,0 %</u>	<u>486.605,48</u>	<u>96,9 %</u>	<u>-6.767,59</u>	<u>-1,4 %</u>
	<u>1.115.615,01</u>	<u>100,0 %</u>	<u>502.138,39</u>	<u>100,0 %</u>	<u>613.476,62</u>	<u>122,2 %</u>

Die Bilanzsumme von 1.115.615,01 Euro liegt mit 613.476,62 Euro über dem Vorjahresniveau von 502.138,39 Euro.

Der Rückgang des Anlagevermögens wurde durch die planmäßige Abschreibung der PV-Anlagen veranlasst. Die Veränderung im Umlaufvermögen ist im Wesentlichen auf die Kapitalerhöhung von 600.000,00 Euro und deren Anlage als Tagegeld zurückzuführen.

Das Eigenkapital ist durch die Kapitalerhöhung sowie durch das positive Jahresergebnis erhöht worden. Die Verbindlichkeiten sind aufgrund der Tilgung des Darlehens zur Finanzierung der PV Anlagen gesunken.

Es zeigt sich eine Anlagenintensität von 40,7 %.

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts- und Finanzierungstätigkeit:

Angaben in TEuro	2014	2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	59	114
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	-3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	582	-100
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	641	11
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	19	8
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	660	19

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zeigt sich abermals positiv und beträgt 59 TEuro.

Unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung iHv 600.000,00 Euro und des Bestands zu Beginn des Geschäftsjahres beträgt der Finanzmittelfonds demnach zum Bilanzstichtag 660 TEuro.

Das finanzielle Gleichgewicht war durch die vorhandene Liquidität, ein Gesellschafterdarlehen und eine bestehende Kreditlinie des Gesellschafters EWV gewahrt.

Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Umsatzerlöse	73.908,74	23,7 %	63.454,96	21,5 %	10.453,78	16,5 %
Sonstige betriebliche Erträge	<u>238.585,23</u>	<u>76,3 %</u>	<u>231.600,09</u>	<u>78,5 %</u>	<u>6.985,14</u>	<u>3,0 %</u>
Rohergebnis	312.493,97	100,0 %	295.055,05	100,0 %	17.438,92	5,9 %
Personalaufwand	-194.025,24	-62,1 %	-192.296,38	-65,2 %	-1.728,86	0,9 %
Abschreibungen	-25.443,00	-8,1 %	-25.441,00	-8,6 %	-2,00	0,0 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-53.097,24</u>	<u>-17,0 %</u>	<u>-65.862,44</u>	<u>22,3 %</u>	<u>12.765,20</u>	<u>-19,4 %</u>
Betriebsergebnis	39.928,49	12,8 %	11.455,23	3,9 %	28.473,26	> 100 %
Finanzergebnis	-20.133,72	-6,4 %	-13.044,82	-4,4 %	-7.088,90	54,3 %
Steuerergebnis	<u>-1.250,96</u>	<u>-0,4 %</u>	<u>23,05</u>	<u>0,0 %</u>	<u>-1.274,01</u>	<u>>- 100 %</u>
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>18.543,81</u>	<u>5,9 %</u>	<u>-1.566,54</u>	<u>-0,5 %</u>	<u>20.110,35</u>	<u>>- 100 %</u>

Die Photovoltaikanlagen erzielten im Geschäftsjahr Erlöse in Höhe von 73.908,74 Euro (Vorjahr: 63.454,96 Euro). Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 238.585,23 Euro (Vorjahr 231.600,06 Euro) resultieren im Wesentlichen aus der Personalüberlassung in Höhe von 238.584,00 Euro (Vorjahr 231.598,64 Euro) für die beiden Mitarbeiter an die EWV.

Im Aufwand befinden sich der Personalaufwand in Höhe von 194.025,24 Euro (Vorjahr 192.296,38 Euro), Abschreibungen der Photovoltaikanlagen 25.443,00 Euro (Vorjahr 25.441,00 Euro) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 53.097,24 Euro (Vorjahr 65.862,44 Euro).

Im Finanzergebnis zeigen sich die Zinsen für das Gesellschafterdarlehen und für das Darlehen der Kreisparkasse Heinsberg zur Umfinanzierung der PV Anlagen in Höhe von 20.133,72 Euro (Vorjahr 12.994,93 Euro).

Das Geschäftsjahr schließt mit einem positiven Jahresergebnis iHv 18.543,81 Euro ab.

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Aus dem Geschäftszweck, Tätigkeit von Investitionen in Erneuerbare Energien, ergeben sich die Umweltbelange als nicht finanzielle Leistungsindikatoren und hieraus die Minderung der Emissionswerte.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ergebnisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Auf bestehende Risiken wird im Folgenden näher eingegangen.

Betriebsrisiken

Generell schützt die GREEN sich gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung von der EWV abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der GREEN und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme laufend überwacht. Ebenso erfolgt im Rahmen der Betriebsführung durch die EWV eine permanente Liquiditätsüberwachung.

Gesamtrisiko

Insgesamt erfasst das Risikoportfolio fünf Risiken, die durch einen möglichen Ausfall der vorhandenen Photovoltaikanlagen in Linnich bzw. Stolberg entstehen können. Das Schadensausmaß beträgt 57.000,00 Euro. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieser Risiken wird als unwahrscheinlich eingestuft.

Die Haftung der Gesellschafter ist zudem entsprechend der Rechtsform der GmbH begrenzt. Eine vertraglich vereinbarte Nachschusspflicht für die Gesellschafter besteht nicht.

Prognosebericht

Projekte

GREEN hat mehrere Projekte im Bereich Wind akquiriert, die derzeit in unterschiedlichen Projektstadien sind. Nach aktuellem Stand der Planung ist in den Jahren 2015-2017 sowie in den Folgejahren von der Fertigstellungen jeweils eines oder mehrerer Projekte auszugehen.

Hierfür werden seitens der EWV eine Roadmap und ein Strategiepapier bezüglich der zukünftigen Positionierung und der potentiellen Projekte aufgestellt, welche die zukünftige Ausrichtung im Bereich der erneuerbaren Energien beinhalten wird.

Die Projekte werden in der Regel mit Projektpartnern entwickelt, GREEN erhält aufgrund des gewählten Projektmechanismus mit der EWV eine Beteiligungsoption an den fertiggestellten Anlagen. Unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Finanzmitteln, kann GREEN die Beteiligungshöhe und den Beteiligungszeitpunkt selbst bestimmen

Ergebnisentwicklung

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 zeigt wie im Geschäftsjahr 2014 einen positiven Jahresüberschuss auf. Entscheidend für die Zukunft wird sein, welche Projekte und die hiermit verbundenen Ergebnisbeiträge durch die im Geschäftsjahr vollzogene Kapitalerhöhung finanziert und erworben werden können.

Beteiligungen des Unternehmens

Die GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

KHD Träger GmbH

Roonstraße 30
 52351 Düren
 Tel.: 02421/30-0
 Fax: 02421/30-1387
 E-Mail: info@krankenhaus-dueren.de
 Homepage: .-

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

1. Gegenstand des Unternehmens ist Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gem. GmbH sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.
2. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten oder sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder diese gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens**Geschäftsführung:**

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass der oder die Geschäftsführer jeweils aus Personen bestehen, die in der Krankenhaus Düren gem. GmbH angestellt sind. Die Geschäftsführung ist berechtigt, vor Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister, den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft aufzunehmen.

Die Geschäftsführung bedarf für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, der vorhergehenden Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss. Hierzu zählen:

1. die Veräußerung des Unternehmens im Ganzen oder in Teilen, die Errichtung, Veräußerung und Aufgabe von Betrieben oder Betriebsstätten sowie die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
2. der Erwerb anderer Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Belastung, Änderung oder Kündigung von – auch stillen – Beteiligungen einschließlich Geschäftsanteilen der Gesellschaft; die Stimmabgabe in Beteiligungsgesellschaften,
3. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und

- grundstücksgleichen Rechten,
4. Investitionen, soweit die Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelfall Euro 10.000,- überschreiten,
 5. Aufnahme von Bankdarlehen,
 6. Übernahme von Bürgschaften und Rangrücktrittserklärung, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr der Gesellschaft gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,
 7. Gewährung von Darlehen,
 8. Bestellung von Prokuristen, General- oder Handlungsbevollmächtigten für den gesamten Geschäftsbetrieb,
 9. Abschluss, Änderungen oder Beendigungen von Miet-, Pacht- oder Leasing-verträgen, soweit die jährlichen Verpflichtungen mehr als Euro 10.000,- im Einzelfall betragen,
 10. Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Weihnachtsgratifikationen und Urlaubsgelder,
 11. Einleitung von Aktivprozessen; der Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,
 12. Auflösung der Gesellschaft,
 13. Abschluss oder Änderung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG.

Die Geschäftsführung hat jeweils bis zum 30.11. eines jeden Jahres einen Wirtschaftsplan bestehend aus Investitions-, Erfolgs- und Personalplan für das nachfolgende Geschäftsjahr aufzustellen und der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Daneben ist von der Geschäftsführung eine fünfjährige Finanzplanung aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Diese ist von der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Die Krankenhaus Düren gem. GmbH wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat des Kreis Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer des Kreises Düren, sowie den Bürgermeister der Stadt Düren, Stellvertreter ist der Kämmerer der Stadt Düren, vertreten. Diese besitzen nur eine gemeinsames Stimmrecht für den Gesellschaftsanteil der Krankenhaus Düren gem. GmbH. Über den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung entscheiden die Gesellschafter durch Beschluss.

Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Außerhalb von Gesellschafterversammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, auf schriftlichem, fernschriftlichem, telegrafischem oder mündlichem, auch fernmündlichem Weg nur vom Gesellschafter gefasst werden. Über jeden außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefassten Beschluss ist unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen.

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag nicht abweichende Beschlussquoten vorschreiben. Je 1.000 € (in

Worten: Eintausend Euro) eines Geschäftsanteils entspricht einer Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Dr. Blum, Gereon Kreuzau

Gesellschafterversammlung: Die Vertreter des Kreises Düren und der Stadt Düren in der Gesellschafterversammlung der KHD Träger GmbH besitzen nur ein gemeinsames Stimmrecht für den Geschäftsanteil der Krankenhaus Düren gem. GmbH. 1 Stimme je 1000 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Spelthahn, Wolfgang Kreis Düren Landrat

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

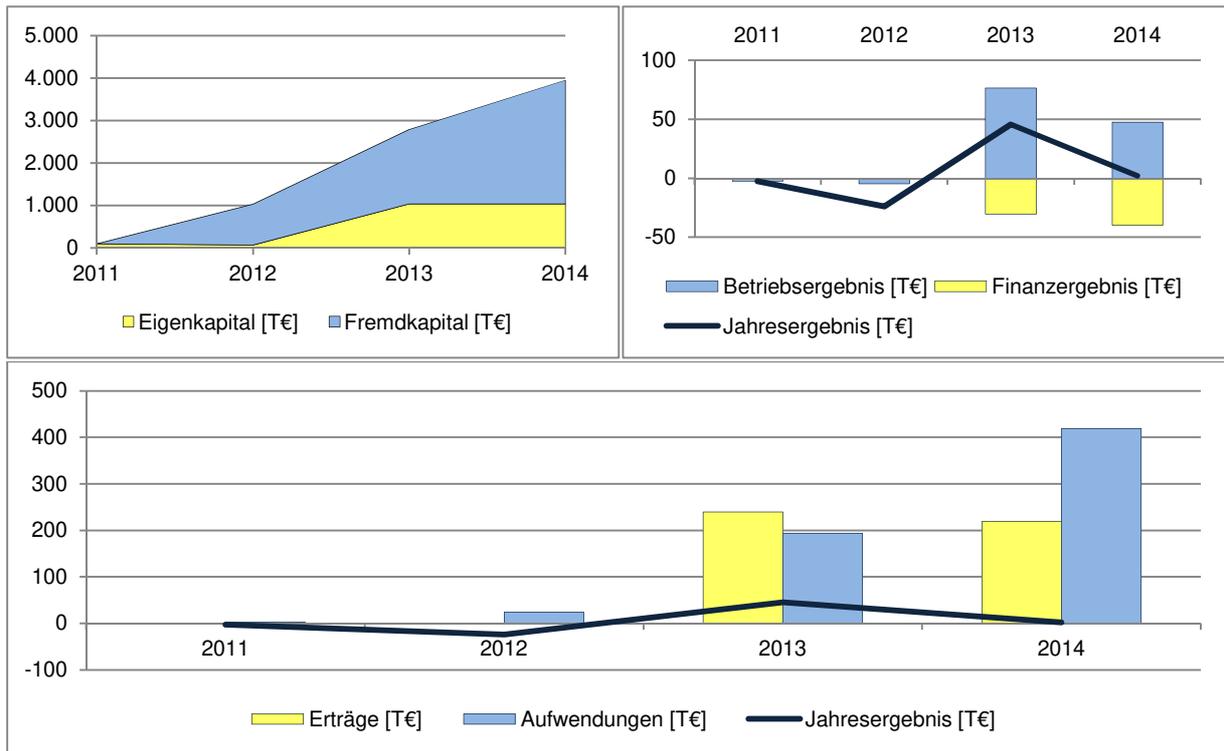
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52351 Düren
gezeichnetes Kapital:	100.000 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Krankenhaus Düren gem. GmbH	100.000,00 €	100%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen					
Grundstücke	421.259,77 €	2.415.721,37 €	3.567.126,42 €	1.151.405,05 €	47,66%
II. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00 €	25.000,00 €	683.900,00 €	658.900,00 €	2635,60%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
Fertige Erzeugnisse und Waren	511.402,23 €	633.441,57 €	0,00 €	-633.441,57 €	-100,00%
II. Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	0,00 €	16.180,32 €	15.085,16 €	-1.095,16 €	-6,77%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	71.770,72 €	13.289,50 €	4.127,33 €	-9.162,17 €	-68,94%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	644,91 €	644,91 €	-
D. Aktive latente Steuern	0,00 €	0,00 €	1.443,98 €	1.443,98 €	-
Summe Aktiva	1.029.432,72 €	3.103.632,76 €	4.272.327,80 €	1.168.695,04 €	37,66%
Passiva					

A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	0,00 €	900.618,22 €	900.618,22 €	0,00 €	0,00%
III. Gewinn-/Verlustvortrag	-2.652,39 €	-26.605,30 €	19.017,14 €	45.622,44 €	-171,48%
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
IV. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-23.952,91 €	45.622,44 €	2.082,69 €	-43.539,75 €	-95,43%
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen	19.276,02 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
2. sonstige Rückstellungen	4.100,00 €	6.200,00 €	8.000,00 €	1.800,00 €	29,03%
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 €	777.256,90 €	1.588.828,12 €	811.571,22 €	104,41%
2. Verbindlichkeiten aus LuL	0,00 €	23.143,10 €	3.368,90 €	-19.774,20 €	-85,44%
3. Verbindlichkeiten gegen verbundenen Unternehmen	888.250,00 €	944.268,84 €	1.250.120,51 €	305.851,67 €	32,39%
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00 €	0,00 €	49,75 €	49,75 €	-
5. sonstige Verbindlichkeiten	44.412,00 €	0,00 €	57.742,83 €	57.742,83 €	-
D. Passive latente Steuern	0,00 €	313.128,56 €	322.499,64 €	9.371,08 €	2,99%
Summe Passiva	1.029.432,72 €	3.103.632,76 €	4.272.327,80 €	1.168.695,04 €	37,66%

Gewinn- u. Verlustrechnung					
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	239.469,62 €	218.770,20 €	-20.699,42 €	-0,09 €
2. Sonstige betriebl. Erlöse	0,00 €	0,00 €	201.879,58 €	201.879,58 €	-
2. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	0,00 €	4.131,00 €	5.508,00 €	1.377,00 €	0,33 €
b) soziale Abgaben u. Auf- wendungen für Alters- vorsorge u. f. Unter- stützung	0,00 €	1.635,59 €	2.019,38 €	383,79 €	0,23 €
3. Abschreibungen auf Sach- anlagen	0,00 €	70.800,73 €	70.953,85 €	153,12 €	0,00 €
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.676,89 €	86.597,74 €	294.714,01 €	208.116,27 €	2,40 €
Betriebsergebnis	-4.676,89 €	76.304,56 €	47.454,54 €	-28.850,02 €	-0,38 €
5. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	30.441,63 €	39.897,59 €	9.455,96 €	0,31 €
Finanzergebnis	0,00 €	-30.441,63 €	-39.897,59 €	-9.455,96 €	0,31 €
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-4.676,89 €	45.862,93 €	7.556,95 €	-38.305,98 €	-0,84 €
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.276,02 €	240,49 €	5.474,26 €	5.233,77 €	21,76 €
5. sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-23.952,91 €	45.622,44 €	2.082,69 €	-43.539,75 €	-0,95 €



	2012	2013	20134
Anzahl der Mitarbeiter	kA	kA	kA

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 14. April 2011 in der Rechtsform der GmbH als 100%ige Tochter der Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH, Düren, gegründet. Die Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HR B 6074 erfolgte am 20. April 2011.

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben für die Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH, Düren, sowie die Gründung und Verwaltung von Service-Gesellschaften und Beteiligungen.

Die Gesellschaft gründete ihrerseits am 27. April 2011 die Krankenhaus Düren Service GmbH, Düren, als 100%ige Tochtergesellschaft, eingetragen im Handelsregister B des Amtsgerichts Düren HRB 6085 am 6. Mai 2011.

Die Gesellschaft hat nach Maßgabe des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages vom 26. August 2013 sowie der Zustimmungsbeschlüsse ihrer Gesellschafterversammlung vom 26. August 2013 und der Gesellschafterversammlung der Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH,

Düren, den Parkraumbewirtschaftungsbetrieb der Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH, Düren, als Gesamtheit im Wege der Umwandlung durch Ausgliederung übernommen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 29. August 2013.

Weiterhin wurde durch Gesellschafterversammlung vom 26. August 2013 zum Zwecke der Durchführung der Ausgliederung die Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft um 10.000,00 EUR sowie durch Sacheinlage eine weitere Erhöhung um 10.000,00 EUR, insgesamt um 20.000,00 EUR auf 120.000,00 EUR und die entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 4 beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 19. September 2013.

Mit Kaufvertrag vom 17. Dezember 2014 erwarb die Gesellschaft ein Grundstück mit aufstehenden Gebäuden zum Kaufpreis in Höhe von 1.146.000,00 EUR von der Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH, Düren.

Weiterhin beteiligte sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr mit einem Anteil von 237.500,00 EUR oder 25 % an der Ärztehaus Düren I Pathologie GmbH & Co. KG, Düren, und einem Anteil von 421.400,00 EUR von 49 % an der Ärztehaus Düren II Tumorzentrum GmbH & Co. KG, Düren.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 218.770,20 EUR (im Vorjahr 239.469,62 EUR) und einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.082,69 EUR (im Vorjahr 45.622,44 EUR). Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus der Parkraumbewirtschaftung.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ein Darlehen in Höhe von 890.000,00 EUR zur Finanzierung eines im Vorjahr erworbenen Grundstücks bei der Sparkasse Düren aufgenommen.

Die Eigenkapitalquote beträgt 24,4% (im Vorjahr 33,5%).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Planmäßig erfolgte die Beteiligung an der Ärztehaus Düren I Pathologie GmbH & Co. KG, Düren, sowie an der Ärztehaus Düren II Tumorzentrum GmbH & Co. KG, Düren. Beide Ärztehäuser können im Zeit- und Kostenrahmen errichtet und zu 100% langfristig vermietet werden. Sukzessive sollen in der Gesellschaft weitere, derzeit in der Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH, Düren, als steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe geführte Teilbetriebe an die Gesellschaft übertragen und von dieser betrieben werden.

Das in der Anlaufphase der Gesellschaft belastete Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss des laufenden Geschäftsjahres. Die Gesellschaft erzielt seit dem letzten Geschäftsjahr durch die planmäßige Übernahme des Parkraumbewirtschaftungsbetriebes eigene operative Umsätze. Für das Jahr 2015 ist die Erweiterung des Parkhauses um einen Personenaufzug sowie die Schaffung zusätzlicher Parkplätze vorgesehen, um das Angebot für die Patienten und Besucher der Krankenhaus Düren gemeinnützige GmbH, Düren, weiter zu verbessern und die Erlöse der Gesellschaft zu steigern.

Die geplante Einrichtung eines Bildungszentrums auf dem im Geschäftsjahr erworbenen Grundstück wird den Standort des Gesundheitsquartiers weiter stärken. Hierfür erforderliche Investitionskosten werden über Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung des Bildungszentrums refinanziert.

Nennenswerte Risiken und Risiken, die möglicherweise den Bestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht bekannt.

Für die beiden folgenden Geschäftsjahre erwartet die Gesellschaft Überschüsse in Höhe von 37 T€ im Jahr 2015 bzw. 65 T€ im Jahr 2016.

Beteiligungen des Unternehmens

Die KHD Träger GmbH ist an der Krankenhaus Düren Service GmbH beteiligt.

REA GmbH & Co.KG WEA1

Wernersstraße 23
 52351 Düren
 Tel.: -
 Fax: -
 E-Mail: -
 Homepage: -

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger, insbesondere der Windkraftanlage WEA 1 Düren.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die persönlich haftende Gesellschafterin ist zur alleinigen Geschäftsführung und Vertretung der Kommanditgesellschaft berechtigt und verpflichtet. Sie handelt durch ihre satzungsgemäß bestellten und im Handelsregister eingetragenen Organe, die sich verpflichten, ihre Aufgaben gegenüber der Kommanditgesellschaft in der gleichen Weise zu erfüllen und deren Interessen wahrzunehmen, wie dies dem Geschäftsführer einer GmbH gegenüber seiner eigenen Gesellschaft und deren Gesellschaftern vorgeschrieben ist.

Der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie ihren Organen wird für alle Handlungen geschäftlicher und gesellschaftsrechtlicher Art mit der Kommanditgesellschaft Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt.

Gesellschafterversammlung: Zur Vornahme von Geschäften und Rechtshandlungen, die über den üblichen Rahmen des Geschäftsbetriebes hinausgehen, ist die Zustimmung der Gesellschafterversammlung erforderlich. Dies gilt insbesondere für die nachstehenden Rechtshandlungen und Rechtsgeschäfte:

- a) Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die sich nicht im Rahmen des Investitionsplanes halten, soweit dadurch das Investitionsvolumen mit Ausnahme der Liquiditätsreserve um insgesamt mehr als 6% überschritten würde oder soweit die Finanzierung dieser Mehraufwendungen nicht gesichert ist.
- b) Die Aufnahme von Darlehen, die im Finanzierungsplan nicht vorgesehen sind und nicht der Finanzierung zustimmungsfreier Mehraufwendungen nach Buchstabe a) dienen, ausgenommen jedoch die Ersetzung nicht gekennzeichneten Kommanditkapitals durch weitere Fremdmittel.
- c) Änderung der Geschäftsrichtung im Rahmen des Gesell-

- schaftszwecks.
- d) Bestellung und Abberufung von Prokuristen, Generalbevollmächtigten.
 - e) Kreditaufnahme, Kreditgewährung, Übernahme von Bürgschaften sowie von Haftungsverhältnissen, die ein Entstehen für Verbindlichkeiten gegenüber Dritten begründen und über die Finanzierung der Windenergieanlage WEA 1 hinausgehen.

Die Gesellschafterversammlung beschließt – außer in den sonst im Gesetz oder in diesem Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen – insbesondere über folgende Angelegenheiten:

- a) Feststellung des Jahresabschlusses,
- b) die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafterin,
- c) Ausschüttung gemäß § 14 Abs. 2,
- d) den Ausschluss eines Gesellschafters gemäß § 18 Abs. 3,
- e) Änderung des Gesellschaftsvertrages,
- f) Auflösung der Gesellschaft,
- g) den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 Aktiengesetz,
- h) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen sowie die Verfügung über derartige Geschäftsanteile,
- i) den jährlich auszustellenden Wirtschaftsplan,
- j) Wahl des Abschlussprüfers.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: REA GmbH Umweltinvest
vertr. durch Hans-Willi Schruff

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1.000 € Kommanditkapital

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafterversammlung: Beyß, Georg RURENERGIE Geschäftsführer
Vosen, Ingo RURENERGIE Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	GmbH & Co. KG	
Sitz:	52351 Düren	
Kommanditkapital:	1.450.000 €	

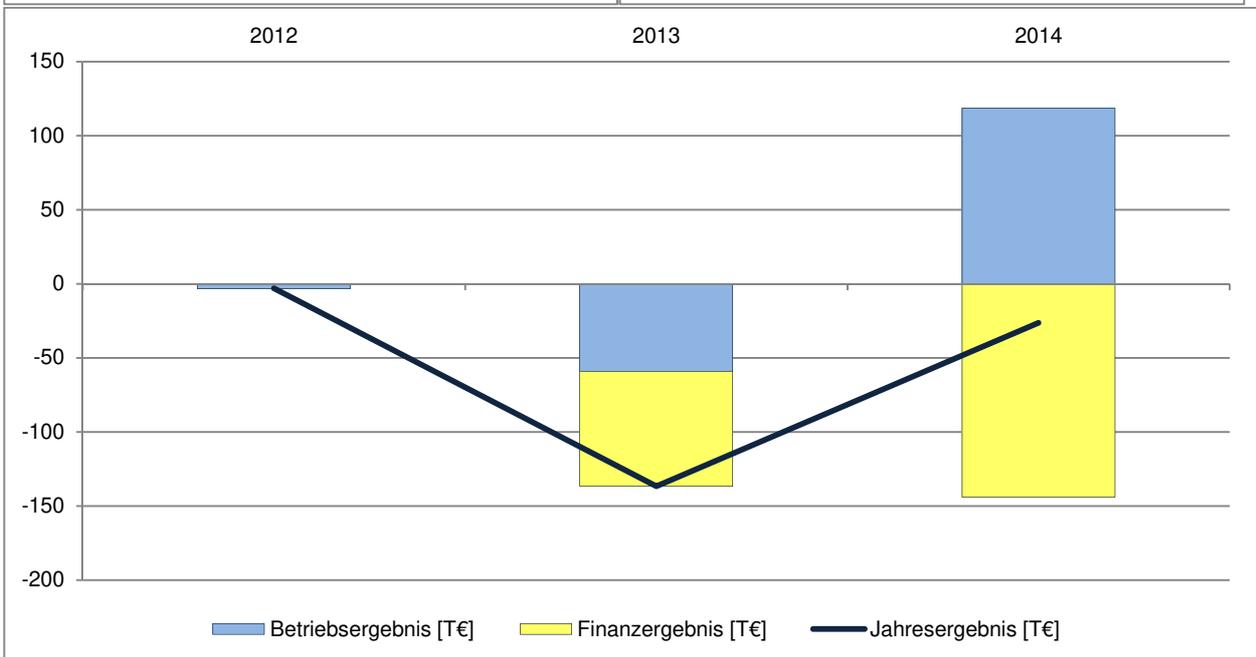
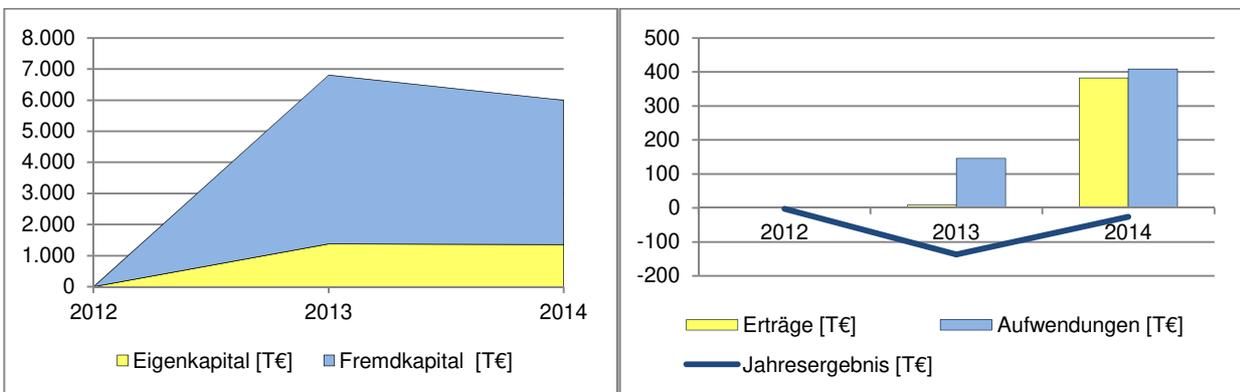
Kommanditisten	direkter Anteil	Anteil in %
----------------	-----------------	-------------

RURENERGIE GmbH	770.000 €	53,1%
Bürgerenergie Düren eG	50.000 €	3,4%
REA GmbH Regenerative Energie Anlagen Management	50.000 €	3,4%
Hans-Willi Schruff	2.000 €	0,001%
weitere Privatpersonen	578.000	40,099%
pers. haftende Komplementärin		
REA GmbH Umweltinvest	0 €	0%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	220.666,00 €	220.666,00 €	
II. Sachanlagen	0,00 €	3.506.774,00 €	5.352.606,00 €	1.845.832,00 €	
III. Finanzanlagen	1.000,00 €	1.000,00 €	31.000,00 €	30.000,00 €	3000,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	142,50 €	352.920,34 €	122.778,39 €	-230.141,95 €	-65,21%
II. Guthaben bei Kreditinstituten	857,26 €	2.732.100,00 €	70.291,36 €	-2.661.808,64 €	-97,43%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	139.284,20 €	131.033,09 €	-8.251,11 €	-5,92%
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil Kommanditisten	1.101,50 €	69.721,23 €	69.757,62 €	36,39 €	0,05%
Summe Aktiva	3.101,26 €	6.801.799,77 €	5.998.132,46 €	-803.667,31 €	-11,82%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Kapitalanteile Kommanditisten	0,00 €	1.379.882,73 €	1.353.536,20 €	-26.346,53 €	-1,91%
B. Rückstellungen	1.808,76 €	9.971,36 €	14.420,15 €	4.448,79 €	44,62%
C. Verbindlichkeiten	1.292,50 €	5.411.945,68 €	4.630.176,11 €	-781.769,57 €	-14,45%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	3.101,26 €	6.801.799,77 €	5.998.132,46 €	-803.667,31 €	-11,82%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	0,00 €	0,00 €	374.505,32 €	374.505,32 €	
2. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	0,00 €	2.226,00 €	154.702,00 €	152.476,00 €	6849,78%
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.360,76 €	56.894,18 €	101.216,97 €	44.322,79 €	77,90%
Betriebsergebnis	-3.360,76 €	-59.120,18 €	118.586,35 €	177.706,53 €	-300,59%
4. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	259,26 €	8.537,31 €	7.999,90 €	-537,41 €	-6,29%
5. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	86.037,71 €	151.952,99 €	65.915,28 €	76,61%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Finanzergebnis	259,26 €	-77.500,40 €	-143.953,09 €	-66.452,69 €	85,74%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	-3.101,50 €	-136.620,58 €	-25.366,74 €	111.253,84 €	-81,43%
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	116,42 €	1.016,18 €	899,76 €	772,86%
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-3.101,50 €	-136.737,00 €	-26.382,92 €	110.354,08 €	-80,71%
7. Belastung auf Kapitalkonten	3.101,50 €	136.737,00 €	26.382,92 €	-110.354,08 €	-80,71%
Bilanzgewinn	0,00 €	0,00 €	0,00 €		



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt des Kreises Düren.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Bericht über den Geschäftsverlauf

Die REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren wurde in 2012 gegründet und ist die Betreibergesellschaft der Windenergieanlage Nr. 1 (nachfolgend Gesellschaft) - eine von den sechs Windenergieanlagen Typs ENERCON E-101 des südlich an der A4 in Düren an der Grenze zur Langerwehe entstehenden Windparks Düren-Echtz -. Die REA GmbH Umweltinvest ist die Bauherrin und zugleich die Komplementärin der drei Windenergieanlagen (nachfolgend REA Gruppe) und hat zusammen mit einem weiteren Windenergieanlagenprojektierer den Windpark Düren-Echtz initiiert. Um die Akzeptanz des Windparks zu steigern wurde das Modell der Bürgerbeteiligung bei allen drei Anlagen der REA Gruppe umgesetzt. Jeder Bürger kann in Form einer Beteiligung an der Bürgerenergie Düren eG an den Windenergieanlagen partizipieren. Die restliche Beteiligung an der Gesellschaft erfolgt in der Form einer Einlage als Kommanditist. Dabei ist die Anzahl der Gesellschafter auf maximal 20 Kommanditisten begrenzt worden.

An der REA GmbH & Co. KG WEA 1 Düren sind neben der vermögenslosen Beteiligung der Komplementärin REA GmbH Umweltinvest ab dem Geschäftsjahr 2013 dreizehn Kommanditisten beteiligt. Das Eigenkapital in Höhe von EUR 1.450.000 wurde in 2013 vollständig eingezahlt. Mit dem Gesellschaftsvertrag vom 09.12.2013 haben die Kommanditisten dem Investitionsplan mit einer Gesamtinvestitionssumme von EUR 5.900.000 zugestimmt.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen in Geschäftsjahr 2014

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung ist in Deutschland im Kalenderjahr 2014 auf den Rekordwert von 25,8% (2013 betrug der Anteil 23,4%) gestiegen. Hiervon verzeichnete der Anteil der Stromerzeugung aus Photovoltaik einen Zuwachs auf 5,8% der Anteil von Wind stieg im Vergleich zum Vorjahr auf 8,6%. Alle Zahlen sind Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) für das Jahr 2014.

Bei der Installation neuer Anlagen dominierte der Bereich onshore Wind. Nach Angaben des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) wurden im Jahr 2014 in Deutschland 1.766 Windenergieanlagen an Land mit einer Erzeugungsleistung von rund 4.750 Megawatt neu installiert. Dies entsprach einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 58,5% (2.998 MW). Die Windenergie an Land ist die treibende Kraft der Energiewende. Mit einem Strommixanteil von über 8 Prozent macht sie schon heute fast die Hälfte des gesamten Erneuerbaren Stroms in Deutschland aus. Sie ist unter den Erneuerbaren Energien die kostengünstigste. Im Jahr 2014 lag die durchschnittliche EEG-Vergütung für Onshore-Windstrom bei unter 9 Cent je Kilowattstunde. Das bedeutet in der Konsequenz: Obwohl die Windenergie an Land fast die Hälfte des in Deutschland produzierten Erneuerbaren Stroms ausmacht, liegt auf der Kostenseite der Anteil der Windenergie an der EEG-Umlage bei unter 20 Prozent.

Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Windenergie sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegt sind. Das EEG gibt die Vergütung für Strom aus Windenergie onshore und offshore vor und legt den Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energien in das Stromnetz fest. Mit dem Inkrafttreten des neuen EEG am 1. August 2014 wurde eine Wende in der Förderung der erneuerbaren

Energien eingeleitet. Die Förderung soll zurückgefahren werden und durch die verpflichtende Direktvermarktung werden die erneuerbaren Energien den größeren Marktrisiken ausgesetzt.

Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

In dem Wirtschaftsjahr 2013 wurde mit dem Bau der Windenergieanlagen begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der WEA 1 Düren erfolgte am 02.05.2014. Die gesamten Investitionskosten für die Windenergieanlage beliefen sich auf EUR 5.611.200, davon entfallen auf:

die Windenergieanlage	EUR 5.207.700,-
die Netzanbindung	EUR 200.000,-
die Infrastruktur	EUR 203.500,-

Zur Finanzierung der Windenergieanlage hat die Gesellschaft ein Darlehen bei der Sparkasse Düren in Höhe von EUR 4.500.000 mit einer Laufzeit von 15 Jahren aufgenommen. Dieses wurde auf ein Festgeldkonto der Gesellschaft in 2013 überwiesen und in 2014 vollständig abgezahlt. Der Miteigentumsanteil von 1/3 der Gesellschaft an dem Mittelspannungsanschluss des Windparks Düren-Echtz der REA-Gruppe ist aufgrund des Tauschvertrages vom 09.08.2013 an die Netzgesellschaft REA GmbH & Co. KG Fonds 4, an der die drei Betreibergesellschaften des Windparks Düren-Echtz zu gleichen Anteilen beteiligt sind, übertragen worden. Im Gegenzug hat die Gesellschaft die Nutzungsrechte an dem Netzanschluss erworben. Ferner hat die Gesellschaft mit dem Vertrag über Repowering-Projekt vom 04.07.2014 mit der REA GmbH Umweltinvest einen Anspruch auf Repowering-Bonus erworben. Hierbei beliefen sich die Investitionskosten auf EUR 30.000. Durch die Weitergabe des Anspruchs auf Repowering-Bonus erhöhte sich die Einspeisevergütung der Gesellschaft von 9,13 Cent pro kWh auf 9,62 Cent pro kWh.

Darstellung der Lage Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Die Umsatzerlöse sind ab der Inbetriebnahme 02.05.2014 entstanden. Die Rahmenbedingungen für die Erlöse ergeben sich aus dem EEG 2012. Für den Zeitraum 02.05.2014 bis 30.06.2014 wurde die erbrachte Leistung mit der EEG-Vergütung in Höhe von EUR 0,0962 pro kWh abgegolten. Durch den Abschluss des Direktvermarktungsvertrages mit RWE ist die Vergütung auf EUR 0,1022 pro kWh angestiegen. Insgesamt hat die Gesellschaft in 2014 3.715.205 kWh an Leistung erbracht und vergütet bekommen.

Die wesentlichen Aufwendungen setzen sich aus den Pacht- und Finanzierungsaufwendungen zusammen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten aus dem Stromabrechnungsvertrag mit der REA GmbH & Co. KG Fonds 4 i.H.v. EUR 10.350,97 (Vorjahr EUR 506,66), aus dem Vertrag über Repowering-Projekt mit der REA GmbH Umweltinvest i. H. v. EUR 8.916,49 (Vorjahr EUR 0,-), Kosten für die Betriebsführung i. H. v. EUR 5.639,42 (Vorjahr EUR 0,-) und Kosten für Ausgleich der Leistungs-drosselungsverluste i. H. v. EUR 10.420,43 (Vorjahr EUR 0,-) enthalten. Durch die Darlehensgewährung der Sparkasse Düren zum 15.07.2014 sind Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 126.000 (Vorjahr EUR 60.047,25) angefallen. Zur Vorfinanzierung der laufenden Aufwendungen wurden kurzfristige Darlehen aufgenommen. Die hieraus entstandenen Zinsaufwendungen betragen EUR 10.759,87 (Vorjahr EUR 21.916,35).

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	01.01.2013 31.12.2013 EUR	01.01.2014 31.12.2014 EUR
UMSATZERLÖSE	0,00	374.505,32

WARENEINGANG	0,00	0,00
ROHERTRAG	0,00	374.505,32
ABSCHREIBUNGEN	-2.226,00	-154.702,00
PACHTEN	-19.671,80	-38.988,34
VERSICHERUNGEN UND BEITRÄGE	-94,21	-1.068,25
SONSTIGE BETRIEBL. AUFWENDUNGEN	-37.128,17	-61.160,38
BETRIEBSERGEBNIS	-59.120,18	118.586,35
ZINSERTRÄGE	8.537,31	7.999,90
ZINSAUFWENDUNGEN	-86.037,71	-151.952,99
FINANZERGEBNIS	-136.620,58	-25.366,74
STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-116,42	-1.016,18
JAHRESERGEBNIS	-136.737,00	-26.382,92

Finanzlage

Das Eigenkapital in Höhe von EUR 1.450.000 wurde in 2013 vollständig eingezahlt. Zur Zwischenfinanzierung der Vorsteuer und der laufenden Aufwendungen der Gesellschaft wurden kurzfristige Darlehen von der REA GmbH Umweltinvest aufgenommen. Diese wurden bis auf das Darlehen in Höhe von EUR 50.000 in 2014 zurückgezahlt.

Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

AKTIVA ZUM	31.12.2013	31.12.2014
	EUR	EUR
BILANZSUMME	6.732.078,54	5.928.374,84
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	0,00	29.000,00
SACHANLAGEN	3.506.774,00	5.544.272,00
FINANZANLAGEN	1.000,00	31.000,00
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	139.284,20	131.033,09
SUMME LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	3.647.058,20	5.735.305,09
FORDERUNGEN	8.315,96	103.571,82
STEUERFORDERUNGEN	344.604,38	19.206,57
ZAHLUNGSMITTEL	2.732.100,00	70.291,36
SUMME KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE	3.085.020,34	193.069,75
PASSIVA ZUM	31.12.2013	31.12.2014
	EUR	EUR
BILANZSUMME	6.732.078,54	5.928.374,84
EIGENKAPITAL	1.310.161,50	1.283.778,58
RÜCKSTELLUNGEN	9.971,36	14.420,15
LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	4.500.000,00	4.500.000,00
KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	911.945,68	130.176,11

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und mögliche Chancen und Risiken des Unternehmens

Durch die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen für den erzeugten Strom und die heutige Technik ergibt sich eine stabile Prognose über die Rentabilität der Anlagen. Äußere Einflüsse lassen sich weitgehend versichern. Für sämtliche Anlagen wird eine Maschinen-, Betriebsunterbrechungs- und Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Des Weiteren garantiert ein Vollwartungssystem laut Enercon-Partner-Konzept Wartungsvertrag vom 18.05.2011 über die geplante Finanzierungslaufzeit von 15 Jahren eine Verfügbarkeit seitens des Herstellers von 97 %. Trotz aller Sorgfalt können folgende Risiken auftreten:

Abweichungen von Prognosen

Die tatsächliche Windstärke kann deutlich hinter den prognostizierten Werten zurückbleiben.

Abweichung der Nutzungsdauer

Die tatsächliche Nutzungsdauer der Anlage bzw. einzelner Komponenten kann geringer sein, als nach den üblichen Annahmen vorhersehbar.

Inflationsrisiko

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert die Höhe der Einspeisevergütung für das Jahr der Inbetriebnahme und die folgenden 20 Betriebsjahre. Eine stark ansteigende Inflation kann zu höheren Aufwendungen und damit im Ergebnis zu einer Verschlechterung des Geschäftsergebnisses führen.

Insolvenzrisiko

Einzelne Vertragspartner können während der Laufzeit aus dem Markt ausscheiden, so dass dadurch höhere Kosten entstehen.

Vertragstreue

Geschlossene Verträge können angefochten werden, so dass gegen die Gesellschaft bis jetzt nicht gekannte Rechtsansprüche geltend gemacht werden könnten.

Chancen

Durch den Stromliefervertrag zur EEG-Direktvermarktung mit RWE Energiedienstleistungen GmbH hat die Gesellschaft die Chancen auf höhere Umsatzerlöse.

Die Rahmenbedingungen für die Erlöse werden sich in 2014 nach dem EEG 2012 ergeben.

Sonstige Angaben

Verwendung von Finanzinstrumenten

Zur Sicherung des Darlehens-Zinssatzes der Sparkasse Düren ab dem 11 bis 15 Jahr der Darlehenslaufzeit hat die Gesellschaft ein Zinsbegrenzungsgeschäft mit der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) abgeschlossen. Damit beträgt der Zinssatz 2,8% über die gesamte Laufzeit des Darlehens.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse mit wesentlicher Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage hat es nach Ende des Berichtszeitraums nicht gegeben.

Beteiligungen des Unternehmens

Die REA GmbH & Co.KG WEA1 ist zu 33,3% an der REA GmbH & Co.KG Fonds 4 beteiligt. Eine weitere Darstellung der Beteiligungen entfällt.


**regio IT gesellschaft für
Informationstechnologie mbh**

 Lombargendstraße 24
 52070 Aachen

Tel.: 0241 / 413 59 - 0

Fax: 0241 / 413 540 - 1698

E-Mail: info@regioit.de

Homepage: www.regioit.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter sowie deren kommunalen Gesellschaften sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat sie mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien und Einzelvertretungsbefugnisse erteilen.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus 15 Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung: Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen der Geschäftsführung bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

- a) Aufnahme neuer sowie Aufgabe vorhandener Geschäftsfelder, Betriebe und Niederlassungen;
- b) Errichtung, Erwerb bzw. Pacht von und Beteiligung an anderen Unternehmen sowie deren Veräußerung;
- c) Erwerb und Veräußerung jeder Art von Anteilsrechten;
- d) Begründung von Anstellungsverhältnissen mit Angehörigen des Geschäftsführers/der Geschäftsführer gemäß § 15 Ab-

gabenordnung (AO).

Die Gesellschafterversammlung beschließt in allen Fragen, für die nach dem Gesellschaftsvertrag nicht die Geschäftsführung oder der Aufsichtsrat zuständig ist. Sie ist insbesondere zuständig für die Beschlussfassung über:

- k) den Abschluss und die Änderung von Beherrschungs- und anderen Unternehmensverträgen nach den §§ 291, 292 AktG;
- l) den umfassenden und teilweisen Erwerb und die umfassende und teilweise Veräußerung von Unternehmen, Unternehmensteilen, Beteiligungen und Anteilsrechten jeder Art;
- m) die Neubegründung, Schließung oder wesentliche Umstrukturierung von Niederlassungen;
- n) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses;
- o) die Entlastung des Aufsichtsrates;
- p) die Änderung des Gesellschaftsvertrages;
- q) die Aufnahme neuer Gesellschafter;
- r) die Verleihung von Einzelvertretungsbefugnissen an einen Geschäftsführer und die Befreiung eines Geschäftsführers von den Beschränkungen des § 181 BGB;
- s) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer;
- t) die Bestellung des Abschlussprüfers;

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Rehfeld, Dieter (Vorsitzender)
Ludwigs, Dieter

Aufsichtsrat:

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (EVA)	6 Sitze
Stadt Aachen	3 Sitze
StädteRegion Aachen	3 Sitze
INFOKOM Gütersloh AöR	3 Sitze

Gesellschafterversammlung: 1 Stimme je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat: Kaptain, Peter (beratendes Mitglied) Kreis Düren Dezernent

Gesellschafterversammlung: Kaptain, Peter Kreis Düren Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

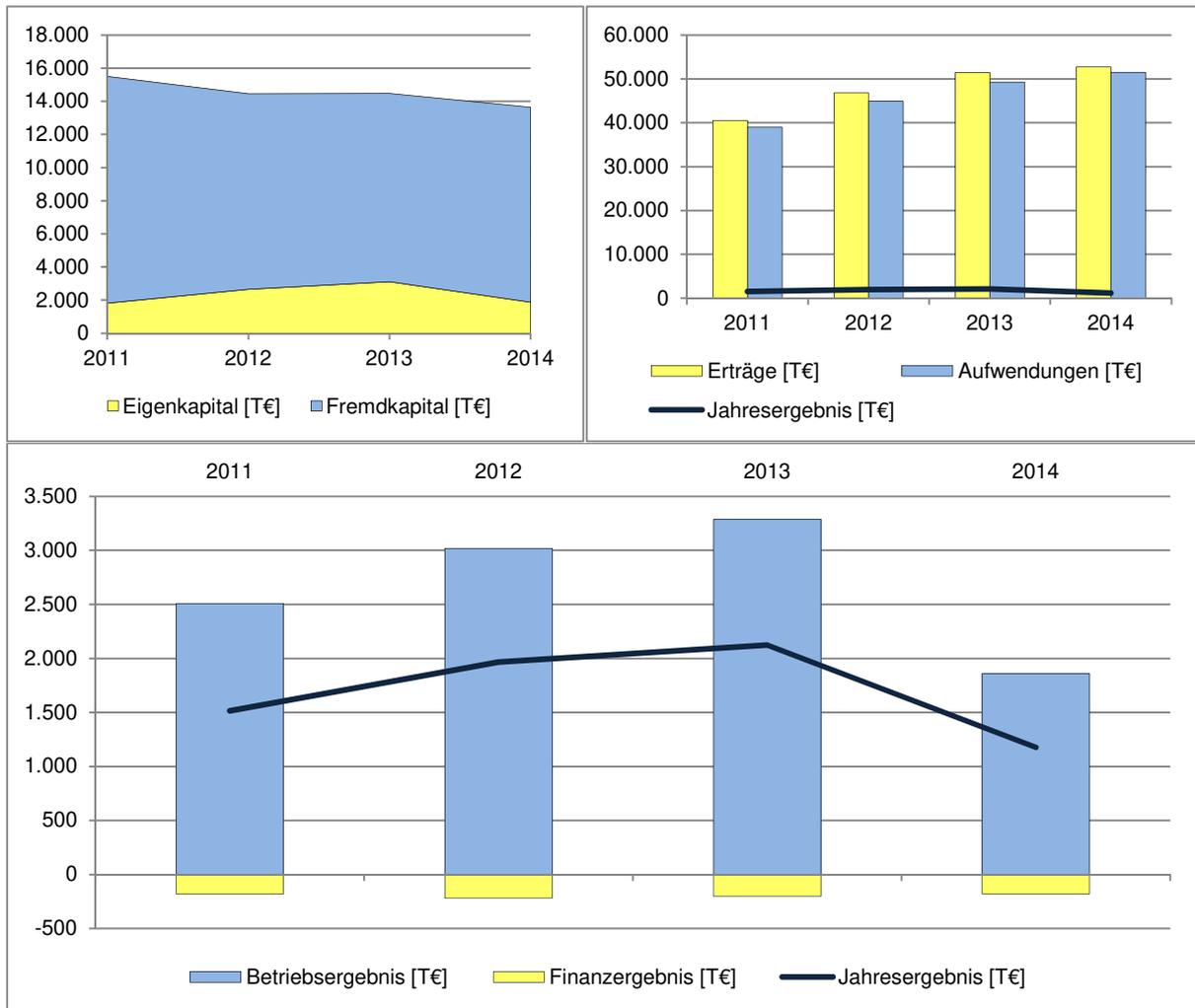
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52070 Aachen	
gezeichnetes Kapital:	307.228,00 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (EVA)	185.178,00 €	60,27%
INFOKOM Gütersloh AöR	46.084,00 €	15,00%
StädteRegion Aachen	39.174,00 €	12,75%
Stadt Aachen	3.000,00 €	0,98%
Stadt Alsdorf	3.072,00 €	1,00%
Stadt Baesweiler	3.072,00 €	1,00%
Stadt Eschweiler	3.072,00 €	1,00%
Stadt Herzogenrath	3.072,00 €	1,00%
Stadt Monschau	3.072,00 €	1,00%
Gemeinde Roetgen	3.072,00 €	1,00%
Gemeinde Simmerath	3.072,00 €	1,00%
Stadt Würselen	3.072,00 €	1,00%
Stadt Düren	3.072,00 €	1,00%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3.072,00 €	1,00%
Deutschsprachige Gesellschaft Belgiens	3.072,00 €	1,00%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.766.034,85 €	5.241.298,27 €	5.127.506,50 €	-113.791,77 €	-2,17%
II. Sachanlagen	5.556.127,21 €	5.314.178,92 €	5.245.326,03 €	-68.852,89 €	-1,30%
III. Finanzanlagen	15.207,02 €	15.207,02 €	15.207,02 €	0,00 €	0,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	3.313.765,94 €	3.024.787,36 €	2.149.591,93 €	-875.195,43 €	-28,93%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.287,99 €	24.128,88 €	20.310,57 €	-3.818,31 €	-15,82%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	797.492,37 €	861.367,41 €	1.539.357,84 €	677.990,43 €	78,71%
Summe Aktiva	14.456.915,38 €	14.480.967,86 €	14.097.299,89 €	-383.667,97 €	-2,65%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	307.228,00 €	307.228,00 €	307.228,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	388.066,00 €	388.066,00 €	388.066,00 €	0,00 €	
III. Gewinnrücklagen	0,00 €	0,00 €	450.000,83 €	450.000,83 €	
III. Gewinnvortrag	0,00 €	300.000,00 €	0,00 €	-300.000,00 €	-100,00%

IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1.965.510,83 €	2.123.411,02 €	1.176.087,82 €	-947.323,20 €	-44,61%
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
B. Rückstellungen	4.607.677,35 €	4.794.363,74 €	4.229.790,76 €	-564.572,98 €	-11,78%
C. Verbindlichkeiten	7.171.273,56 €	6.499.914,82 €	7.534.393,15 €	1.034.478,33 €	15,92%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	17.159,64 €	67.983,45 €	11.733,33 €	-56.250,12 €	-82,74%
Summe Passiva	14.456.915,38 €	14.480.967,03 €	14.097.299,89 €	-383.667,14 €	-2,65%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	46.033.226,06 €	50.366.250,61 €	51.721.374,16 €	1.355.123,55 €	2,69%
2. Erträge aus aktiviten Eigenleistungen	0,00 €	194.817,00 €	232.727,00 €	37.910,00 €	19,46%
3. sonstige betriebliche Erträge	818.398,99 €	841.210,07 €	743.859,37 €	-97.350,70 €	-11,57%
4. Materialaufwand	16.627.553,99 €	18.720.365,49 €	18.928.590,63 €	208.225,14 €	1,11%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	14.552.777,31 €	15.574.061,29 €	17.252.736,80 €	1.678.675,51 €	10,78%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.796.701,12 €	4.023.700,04 €	4.483.354,68 €	459.654,64 €	11,42%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.420.380,24 €	3.539.104,49 €	3.604.862,66 €	65.758,17 €	1,86%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.436.949,06 €	6.259.387,18 €	6.570.464,09 €	311.076,91 €	4,97%
Betriebsergebnis	3.017.263,33 €	3.285.659,19 €	1.857.951,67 €	-1.427.707,52 €	-43,45%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	175,24 €	177,07 €	41,71 €	-135,36 €	-76,44%
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00 €	112,07 €	0,00 €	-112,07 €	-100,00%
10. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	220.050,77 €	201.127,65 €	179.248,53 €	-21.879,12 €	-10,88%
Finanzergebnis	-219.875,53 €	-201.062,65 €	-179.206,82 €	21.855,83 €	-10,87%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	2.797.387,80 €	3.084.596,54 €	1.678.744,85 €	-1.405.851,69 €	-45,58%
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	825.287,03 €	954.708,34 €	492.945,30 €	-461.763,04 €	-48,37%
12. sonstige Steuern	6.589,94 €	6.477,18 €	9.711,73 €	3.234,55 €	49,94%
Jahresüberschuss	1.965.510,83 €	2.123.411,02 €	1.176.087,82 €	-947.323,20 €	-44,61%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	288	302	324

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Kreis Düren hat von der regio iT in 2014 Leistungen in Anspruch genommen, die entsprechend des Produkt- und Leistungskatalogs in Rechnung gestellt wurden.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

**Grundlagen des Unternehmens
Geschäftsmodell**

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Entsorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen in Nordrhein-Westfalen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region

Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

1.2. Gesellschafterstruktur

Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen die Wachstumsstrategie der Gesellschaft. Die regio iT ist offen für neue Gesellschafter, die ihrerseits ihr Geschäft in die regio iT ein-bringen. Sie ist willens, sich auch an Unternehmen, die zum Geschäftsfokus der regio iT passen, zu beteiligen.

Zum 31. Dezember 2014 ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

Gesellschafter	Anteil
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen	60,27 %
INFOKOM Gütersloh AöR – Zweckverband für kommunale Informations- und Kommunikationstechnik	15,00 %
StädteRegion Aachen	12,75 %
Stadt Aachen	0,98 %
Stadt Alsdorf	1,00 %
Stadt Baesweiler	1,00 %
Stadt Eschweiler	1,00 %
Stadt Herzogenrath	1,00 %
Stadt Monschau	1,00 %
Gemeinde Roetgen	1,00 %
Gemeinde Simmerath	1,00 %
Stadt Würselen	1,00 %
Stadt Düren	1,00 %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	1,00 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG)	1,00 %

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel moderater gewachsen (2013 um 0,1 % und 2012 um 0,4 %). Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2014 für die Unternehmen der Informationstechnologie ausgesprochen positiv. Rund drei Viertel der Unternehmen konnten ihren Umsatz steigern, nur jedes achte Unternehmen berichtet von rückläufigen

Umsätzen. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 4,3 % oder um 3,1 Milliarden Euro auf 77,8 Milliarden Euro zulegen.

Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch uneinheitlich. Mit einer Steigerungsrate von 5,6 % auf 19,1 Milliarden Euro konnte das Geschäft mit Software deutlich zulegen. Die regio iT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Die Umsätze in diesem Segment stiegen um 2,7 % auf 36,3 Milliarden Euro. Auch der Markt für IT-Hardware konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich zulegen. Das Marktvolumen stieg um 5,8 % auf 22,4 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2014 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die insgesamt erfreulichen Umsatzzahlen sorgen für weitere Impulse auf dem Arbeitsmarkt. Mit aktuell 953.000 Beschäftigten unter einer Steigerung um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr hat die IT-Branche ihre Position als zweitgrößter industrieller Arbeitgeber hinter dem Maschinenbau gefestigt. Mehr als zwei Drittel der ITK-Unternehmen wollen auch im Jahr 2015 zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Genau hier liegt auch die Herausforderung für die kommenden Jahre. Die Branche benötigt attraktive Rahmenbedingungen am Technologiestandort Deutschland sowie ein leistungsfähiges Bildungswesen, das den Nachwuchs auf Berufswege in der IT vorbereitet. Denn die größte Herausforderung der Branche ist weiterhin der Fachkräftemangel.

Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2014 mit einem Gesamtumsatz von 51,7 Mio. € einen neuen Rekordwert erzielen. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei den Bestandskunden, insbesondere in den Umsatzsegmenten Produkt- und Applikationsbetrieb sowie bei den Dienstleistungen aus Beratungs- und Projektleistungen. Treiber im letztgenannten Umsatzsegment war ein Projekt im Entsorgungsbereich, bei dem eine selbst entwickelte Software auf SAP-Basis ("Waage-Lösung") erfolgreich bei einem neu gewonnenen Kunden vermarktet werden konnte. Im Bereich der Bestandskunden ergaben sich aus der Kommunalwahl Einzelaufträge über Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Abwicklung der Wahlen. Im Bereich des Umsatzsegmentes Produkt- und Applikationsbetrieb konnten bei einem weiteren Bestandskunden die Dienstleistungen ausgeweitet und ein Full-Service-Vertrag abgeschlossen werden. Gegenläufige Effekte für das Unternehmensergebnis ergaben sich jedoch aus der Kostenentwicklung, hier insbesondere den hohen Tarifabschlüssen im Personalbereich und bei den Pensionslasten. Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €) ab. Ausschlaggebend für den Ergebnisrückgang sind vor allem die gestiegenen Personalkosten und Pensionslasten. Die Pensionslasten für zugewiesene Mitarbeiter des Konzerns sowie für die Beamtinnen und Beamte des Zweckverbandes INFOKOM und der Stadt Aachen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung der regio iT Bestandteile der Fremdleistungen bzw. des sonstigen betrieblichen Aufwandes. Diese Kostenentwicklung konnte durch die Steigerung der Umsatzerlöse um 2,6 % (auf 51,7 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr (50,4 Mio. €) nur teilweise kompensiert werden. Nach Steuern resultiert daraus ein Jahresüberschuss von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €). Dennoch konnte für die Gesellschafter der regio iT nach dem Rekordergebnis des Vorjahres auch im Geschäftsjahr 2014 angesichts des aktuellen Zinsniveaus eine angemessene Rendite erwirtschaftet werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 33,8 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 32,7 Mio. €). Das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (33,9 Mio. €) wurde somit geringfügig unterschritten (-0,1 T€).

Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 39,3 Mio. € auf dem geplanten Niveau (39,3 Mio. €).

Überplanmäßig haben sich die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,6 Mio. €) konnten um 1,4 Mio. € übertroffen werden. Die Kommunen haben im Berichtsjahr, oft auch in Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 7, insbesondere in Arbeitsplatzausstattung investiert.

Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung (Dienstleistungsumsätze). Im Berichtsjahr hat sich dieses Umsatzsegment nahezu planmäßig entwickelt. Einem geplanten Umsatz von 4,8 Mio. € (9,8 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 4,9 Mio. € gegenüber (9,4 % der Gesamtumsätze). Insbesondere bei einem neuen Kunden aus der Entsorgungsbranche wurde ein umfangreiches Projekt akquiriert. Dort wird jahresübergreifend an verschiedenen Standorten die von der regio iT selbst entwickelte Software auf SAP-Basis ("Waage-Lösung") eingeführt.

Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr bei 3,2 %. Die positive Umsatzentwicklung konnte die gestiegenen Kosten nur teilweise kompensieren, demzufolge konnte somit der Planwert (5,6 %) nicht erreicht werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit dem Qualitätsmanagementsystem eine optimal aufgestellte, prozessorientierte Organisation bescheinigt wurde.

Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT Service Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT Service Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen.

Die Kunden der regio iT haben als Kommunen und kommunale Unternehmen sehr hohe Anforderung an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten Informationssicherheits-Managementsystems unter Be-

rücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Die regio iT ist seit 2009 umfassend in der IT-Sicherheit zertifiziert.

Alle Zertifizierungen wurden seither mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt. Zuletzt wurden im Geschäftsjahr 2014 alle 3 Normen mit erfolgreichen Audits bestätigt.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor zur Gewinnung neuer Fachkräfte, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel "Beruf und Familie" der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Der Gesellschaft wurde bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Im Geschäftsjahr fand das Audit zur Re-Zertifizierung statt, welches die regio iT erfolgreich absolviert hat. Somit ist die regio iT berechtigt, dieses Siegel für weitere drei Jahre zu führen.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die regio iT die Gesamtumsätze um 1,3 Mio. € oder 2,6 % gegenüber dem Vorjahr von 50,4 Mio. € auf 51,7 Mio. € steigern. Der größte Anteil dieser Umsatzsteigerung ist auf die Umsatzerlöse aus Produkt-/Applikationsbetrieb zurückzuführen, dieses Umsatzsegment konnte um 1,3 Mio. € auf 39,3 Mio. € gesteigert werden. Diese Umsatzerlöse basieren überwiegend auf mehrjährig abgeschlossenen Kundenverträgen und dem Verkauf von Nutzungsrechten an selbsterstellten Softwarelösungen. Die Umsatzzuwächse sind vor allem auf die Ausweitung der Dienstleistungen bei Bestandskunden zurückzuführen, z.B. die Übernahme des IT-Full-Supports bei der StädteRegion. Leicht gesteigert werden konnten auch die Dienstleistungsumsätze aus Beratungs- und Projektleistungen. Dieses Segment konnte um 0,2 Mio. € von 4,7 Mio. € im Vorjahr auf 4,9 Mio. € gesteigert werden. Aufgrund leicht rückläufiger Investitionen der Kunden in die Arbeitsplatzinfrastruktur entwickelten sich die Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft um 0,2 Mio. € auf 4,9 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €) rückläufig.

Nahezu auf Vorjahresniveau entwickelte sich auch das Umsatzsegment Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 2,5 Mio. € und im Geschäftsjahr 2014 bei 2,6 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung der regio iT. Die Umsatzerlöse korrespondieren mit der entsprechenden Aufwandsposition im Materialaufwand.

Aufgrund des großen Erfolges bei der Vermarktung der Wahlsoftware votemanager und der Eigenentwicklung der regio iT auf SAP-Basis ("Waage-Lösung") wurde im Geschäftsjahr 2014 das Portfolio von Software-Eigenentwicklungen weiterentwickelt bzw. ausgebaut. Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 0,2 Mio. € resultieren aus der Weiterentwicklung von Softwarelösungen im Bereich Energie-Monitoring und Entsorgungs-Management im SAP-Umfeld sowie der Wahlsoftware votemanager. Erste Pilotprojekte für den Einsatz bei den Kunden wurden erfolgreich akquiriert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,7 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau (0,8 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT Personalaufwandes innerhalb von F&E-Förderprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2014 engagierte sich die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Elektromobilität sowie Cloud- und Mobile-Computing.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2014 beträgt 18,9 Mio. € (Vorjahr: 18,7 Mio. €). Die Entwicklung des Materialaufwands korrespondiert mit der Entwicklung der Gesamtleistung. In diesen Kennzahlen spiegelt sich die Strategie der regio iT wider, die eigene Wertschöpfung weiter zu steigern.

Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich aufgrund von Tarifsteigerungen und Personalaufbau um 10,7 % auf 21,7 Mio. € (Vorjahr: 19,6 Mio. €). Zum 31. Dezember 2014 waren bei der regio iT 353 (Vorjahr: 334) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 20 Auszubildende (Vorjahr: 20) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 33 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 32) zugewiesen.

Leicht gestiegen sind die Abschreibungen: diese liegen mit 3,6 Mio. € um 0,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,5 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen maßgeblich aufgrund höherer Raumkosten für die Anmietung weiterer Räumlichkeiten von der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) und höherer Pensionslasten für zugewiesene Mitarbeiter des Konzerns um 0,3 Mio. € auf 6,6 Mio. € (Vorjahr: 6,3 Mio. €).

Das Finanzergebnis liegt mit -0,2 Mio. € auf Vorjahresniveau (-0,2 Mio. €).

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Bilanzsumme 14,1 Mio. € (Vorjahr: 14,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen bei 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,8 Mio. €). Durch die geringe Unterschreitung des Vorjahreswertes sank das Anlagevermögen leicht von 10,6 Mio. € auf 10,4 Mio. €. Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen in Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrespondierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/ Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einem hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2014 betrug der Anlagendeckungsgrad (1) 22,4 %, die Eigenkapitalquote 16,5 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 21,5 %). Die Investitionen werden daher mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten in Höhe von 3,6 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 1,6 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €). Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen, einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Verbindlichkeit gegenüber dem Cash-Pooling-Geber von 0,6 Mio. €.

Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2014 kann trotz der rückläufigen Ergebnisentwicklung insgesamt als zufriedenstellend bewertet werden. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreiche Wachstumsstrategie der regio iT. Die Vermögenslage ist nach wie vor geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen (22 %). Der Finanzierungsbedarf ist jedoch über den Cash-

Pooling-Vertrag der E.V.A. ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Nachtragsbericht

Aufgrund des hohen Auftragsbestandes und der positiven Rückmeldungen auf das regio iT-Produktportfolio ist die Fortführung des Wachstumskurses geplant. Unterstützt wird dieser auch durch die Strategie der regio iT, dass Kunden zu Gesellschaftern werden. Der Rat der Kupferstadt Stolberg hat am 09.12.2014 beschlossen, Gesellschafteranteile an der regio iT zu erwerben; mit einer gesellschaftsrechtlichen Umsetzung ist im 1. Halbjahr 2015 zu rechnen. Dadurch partizipieren die Gesellschafter der regio iT auch unmittelbar an einer Ausweitung der Geschäftsbeziehung. So übertrug die StädteRegion Aachen im Geschäftsjahr 2014 einen Großteil der bis dahin dort selbst erbrachten IT-Dienstleistungen an die regio iT. Auch Anfang 2015 werden Teilpakete des Gesamtauftrages in den produktiven Betrieb überführt, wie z.B. ein Mietmodell für IT-Arbeitsplatzausstattung. Auch im Bereich der Eigenentwicklungen steht die regio iT in sehr aussichtsreichen Verhandlungen, mit einem weiteren Entsorgungsunternehmen dort die SAP-Waage-Lösung einzuführen. Erste Workshops wurden bereits durchgeführt. Im Bereich Wahlsoftware ist der regio iT eine Gesellschaft zum Kauf angeboten worden, deren Produktportfolio den votemanager ideal ergänzt, vor allem durch einen deutlichen Zugewinn an bestehenden Kundenverträgen/-kontakten. Eine Unternehmensbewertung und die Erarbeitung eines Business Case haben bestätigt, dass diese Transaktion wirtschaftlich aussichtsreich sein kann. In der Aufsichtsratssitzung am 22. Januar 2015 wurde die Geschäftsführung der regio iT beauftragt, eine Due Diligence in diesem Unternehmen durchzuführen und die notwendigen rechtlichen Fragen eines möglichen Erwerbes zu klären.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT wird weiter wachsen, indem sie ihre Lösungen und Produkte bundesweit anbietet. Fusionen, Kooperationen und Partnerschaften mit anderen Unternehmen unterstützen diese Wachstumsstrategie. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Bei den kommunalen Kunden besteht ein zunehmender Bedarf, die Verwaltungs- und Geschäftsprozesse zu optimieren. Für die Kunden im Bereich der Energieversorgung entwickelt sich die Informationstechnologie durch die Energiewende immer mehr zum Erfolgsfaktor. Die neuen und innovativen Lösungen der regio iT für diese Branche können überregional vermarktet werden. Unter stetig wachsendem Finanzierungs- und Kostendruck gilt es für die Kunden, ihre Prozesse durch verstärkten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie effektiver und effizienter zu gestalten. Für das Jahr 2015 prognostiziert BITKOM für den deutschen Markt der Informationstechnik ein weiteres Wachstum um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die für die regio iT wichtigen Teilmärkte Software und Dienstleistungen wachsen nach der BITKOM-Prognose sogar um 5,5 % bzw. 3,0 %.

Die für die regio iT wichtigen Segmente des ITK-Marktes wachsen somit deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft.

Auch im Geschäftsjahr 2015 werden 3 Zertifizierungen von unabhängigen Auditoren überprüft: Überwachungsaudits müssen für die Normen ISO 9001 sowie 27001 absolviert werden, eine Re-Zertifizierung für die Norm ISO 20000.

Die folgenden finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2015 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €)

	2014 Ist	2015 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %
Gesamtumsatz	51,7	52,7	1,0	1,8%
<i>davon</i>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	39,3	41,6	2,3	6,0%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	4,9	5,1	0,2	4,7%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	5,0	3,9	-1,1	-22,6%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	9,4%	9,7%	-	-
Rohergebnis ¹	33,8	35,2	1,4	4,2%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,7	1,6	-0,1	-4,5%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	3,2%	3,0%	-	-

¹ Rohergebnis=(Umsatz+sonst. Ertr.+Akt.EL/BV) ./ Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2015 plant die regio iT eine Umsatzsteigerung von 1,8 % (1 Mio. €) auf 52,7 Mio. €. Korrespondierend zu der prognostizierten Entwicklung dieser Marktsegmente geht die regio iT davon aus, dass bei den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb eine Steigerung von 2,3 Mio. € auf 41,6 Mio. € erwirtschaftet wird. Maßgeblich für diese Planung sind der weitere Ausbau des Bestandskundengeschäftes sowie die weiterhin erfolgreiche bundesweite Vermarktung von ausgewählten Produkten. Die Umsatzzuwächse basieren teilweise auf bereits im Geschäftsjahr 2014 erteilten Aufträgen, z.B. die Übernahme der bisher dort selbst erbrachten IT-Dienstleistungen der StädteRegion Aachen. Auch bei den Umsatzerlösen aus Beratungs- und Projektleistungen wird eine Steigerung von 4,9 Mio. € auf 5,1 Mio. € erwartet. Diese Annahme entspricht dem Ziel der regio iT, ca. 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Weiterhin wird für den Bereich Eigenentwicklungen (Templates) für das SAP-System erhebliches Potenzial für Projektumsätze gesehen. Erste Workshops mit möglichen Kunden haben zu Beginn des Jahres 2015 stattgefunden.

Auch der Trend der Re-Kommunalisierung im Energiemarkt sowie die Gründung neuer nicht-kommunaler Energie-Vertriebe bietet aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT im Bereich des IT-Betriebes von Anwendungen für Geschäftsprozesse von Energieversorgungsunternehmen Wachstumspotenzial.

Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,9 Mio. € rückläufige Umsätze erwartet. Das Jahr 2014 war mit einem Umsatz von 5,0 Mio. € geprägt von Investitionen der Kunden in Arbeitsplatzausstattung, die mehrjährig genutzt wird. Zudem zeichnet sich der Trend unter den Bestandskunden ab, die regio iT nicht mehr nur als Beschaffungsdienstleister

zu beauftragen, sondern Arbeitsplatzhardware mit weiteren Dienstleistungen über eine Mindestvertragslaufzeit anzumieten. Dies spiegelt sich auch in den Zuwächsen bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb wider.

Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist jedoch die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2015 ein Wachstum von 1,5 %. Risiken ergeben sich aus einer möglichen gegenläufigen Entwicklung, die direkten Einfluss auf die Haushaltssituation der Kunden und auf mögliche Investitionsentscheidungen haben könnte. Dem gegenüber stehen mögliche mittelfristige Rationalisierungseffekte aufgrund der Ausweitung des IT-Einsatzes bei den Kunden.

Aufgrund weiter steigender Personalkosten bzw. der prognostizierten Tarifentwicklung wird für 2015 von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1,6 Mio. € ausgegangen, welches somit nahezu auf dem Niveau des Berichtsjahres (1,7 Mio. €) liegt. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2015 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Mittelfristig wird wieder eine überproportionale Geschäftsentwicklung erwartet, die trotz zunehmender Personalkosten zu wieder steigenden Renditen führt.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken.

Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und auf Grund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001.

Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagementboard) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden.

Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßig Analysen durch, die zusammen mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs-/Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch den weiteren Ausbau des Lizenzmanagements.

Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kunden-Struktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt.

Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Service-Management-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2015 erreicht werden.

Das Risikomanagementsystem der regio iT ist in das Risikomanagement-System der E.V.A. eingebunden.

Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Beteiligungen des Unternehmens

Die regio iT ist u.a. zu 100% an der cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, Monschau beteiligt. Eine weitere Darstellung der Beteiligungen entfällt, da die mittelbare Beteiligung an der regio iT selbst unter 25,1 % liegt. Aus diesem Grund entfällt auch eine Darstellung in der Übersicht über die Beteiligungsstruktur des Kreises Düren.



RURENERGIE
SAUBERE ENERGIE

RURENERGIE GmbH

Bismarckstraße 16
52351 Düren
Tel.: 02421/22-0
Fax: 02421/22-2020
E-Mail: g.beyss@kreis-dueren.de
Ingo.vosen@stadtwerke-dueren.de
Homepage: -

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien, bzw. die Vermarktung der in diesen Anlagen erzeugten Energie, sowie die Erbringung von Versorgungsleistungen in den Bereichen Energie und Wärme und die mit diesen Bereichen unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Gesellschafter vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft entweder durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus 15 Mitgliedern. Geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Landrat des Kreises Düren. Die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH entsendet weitere sieben Mitglieder, die Stadtwerke Düren GmbH vier Mitglieder und die Gesellschafterversammlung der S-Beteiligungsgesellschaft mbH drei Mitglieder in den Aufsichtsrat. Dabei werden die von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH zu entsendenden Mitglieder unmittelbar durch den Kreistag des Kreises Düren benannt. Zusätzlich können diejenigen Fraktionen des Kreistages des Kreises Düren, denen aufgrund des jeweils geltenden mathematischen Verfahrens kein Aufsichtsratssitz zusteht, ein Mitglied mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Auch die Stadtwerke Düren können ein weiteres Mitglied mit beratender Stimme benennen. Die Amtszeit der die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH vertretenden Aufsichtsratsmitglieder und der beratenden Mitglieder aus dem Kreis der übrigen

Fraktionen endet regelmäßig mit der Bestellung von Vertretern nach der Konstituierung eines neuen Kreistages. Dies gilt für die Vertreter der Stadtwerke, soweit sie durch den Rat der Stadt entsandt werden, entsprechend. Im Übrigen entscheidet jeder Gesellschafter über die Amtszeit seiner entsendeten Mitglieder. Die Gesellschaftervertreter nehmen an den Aufsichtsratssitzungen mit beratender Stimme teil.

**Gesellschafter-
versammlung:**

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen der Geschäftsführung bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

- a) Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäftsverkehrs- bzw. des gewöhnlichen Rechtsverkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegten Betrag überschreiten,
- b) die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern sie die in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen für die Geschäftsführung übersteigt,
- c) die Aufnahme von Darlehen und Krediten jeder Art, sofern im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegter Betrag überstiegen wird,
- d) der Abschluss von Miet-, Pacht- und Leasingverträge für eine längere Dauer als 1 Jahr, sofern der jährliche Zins den in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgelegten Betrag übersteigt,

Unbeschadet gesetzlicher Regelungen oder weitergehender Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unterliegen der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung insbesondere:

- a) Die Feststellung des Jahresabschlusses mit Lagebericht, die Verwendung der Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages,
- b) die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates,
- c) der Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgs-, Investitions- sowie dem Stellenplan und dem fünfjährigen, jährlich fortzuschreibenden Finanzplan,
- d) die Berufung, die Anstellung, die Abberufung und die Entlassung der Geschäftsführung sowie die Aufteilung der Zuständigkeiten bei mehreren Geschäftsführern,
- e) die Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschl. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen sowie Gesellschafterdarlehen,
- f) die Erteilung der Zustimmung betreffend die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von Geschäftsanteilen sowie jede andere Belastung eines Geschäftsanteils (vgl. § 13),
- g) die Zustimmung über die Annahme eines neuen Projektes sowie der für die Finanzierung des Projektes erforderlichen Verträge. Bei der Entscheidung über die Annahme des Pro-

jekt es ist zu berücksichtigen, dass das Projekt eine jährliche Projektrendite von mindestens 1 % nach Steuern, nach Kapitalkosten (FK/EK-Verzinsung) und Risikozuschlag für die Projektrisiken aufweist,

- h) die Bildung und Auflösung von Rücklagen,
- i) die Beteiligung an Unternehmen, der Erwerb oder die Veräußerung sowie die An- und Verpachtung von Unternehmen und Beteiligungen,
- j) die Bestellung von Vertretern in Beteiligungsgesellschaften (§ 113 Abs. 2 S. 1 GO NRW bleibt unberührt),
- k) der Abschluss, die Änderungen und die Aufhebung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG,
- l) die Ernennung und die Abberufung von Liquidatoren,
- m) die Auflösung der Gesellschaft
- n) der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Beyß, Georg Vosen, Ingo	Kreis Düren Düren	Kreisdirektor
Aufsichtsrat:	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH (BTG) Stadtwerke Düren mbH (SWD) S-Beteiligungsgesellschaft mbH EWv Energie- und Wasserversorgung GmbH	8 Sitze 4 Sitze 2 Sitze 1 Sitz	
Gesellschafterversammlung:		1 Stimme	je 1 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Breuer, Peter bis 31.08.2014 Krüttgen, Kurt ab 30.09.2014 Dr. Peill, Patricia Kolonko-Hinssen, Eva-Maria Schlächter, Herbert Schmitz, Josef Johann Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender) Timirci, Cem von Laufenberg, Reiner Veithen, Valentin Raimund beratendes Mitglied	Kreis Düren Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordnete Kreistagsabgeordnete Sachkundiger Bürger Kreistagsabgeordneter Landrat Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	BTG	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

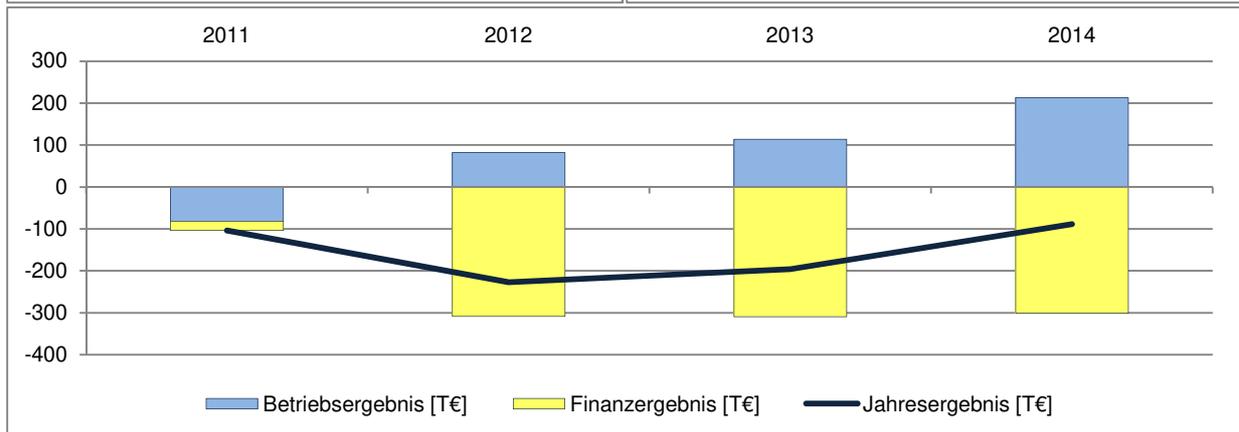
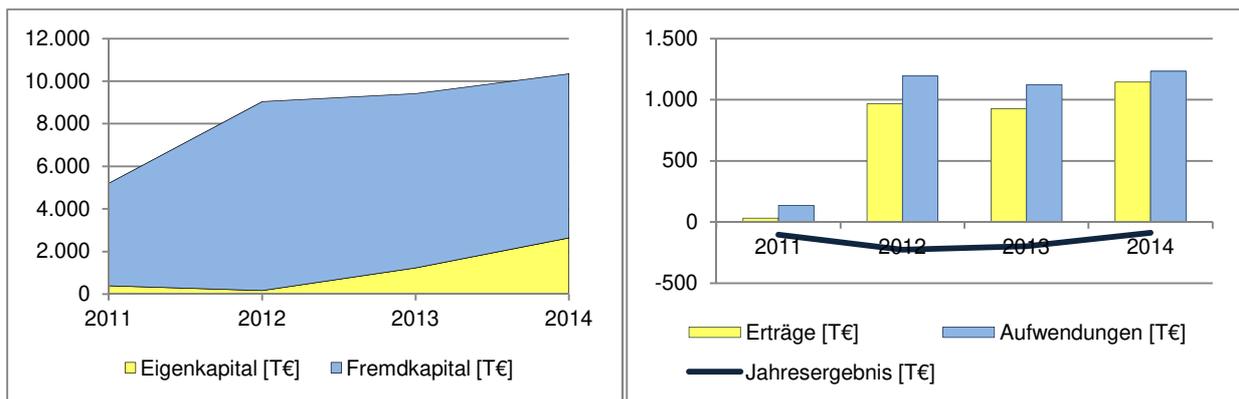
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	500.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	250.500,00 €	50,1%
Stadtwerke Düren GmbH (SWD)	125.500,00 €	25,1%
S-Beteiligungsgesellschaft mbH	99.000,00 €	19,8%
EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH	25.000,00 €	5,0%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	8.467.703,63 €	8.115.130,71 €	9.058.313,71 €	943.183,00 €	11,62%
II. Finanzanlagen	0,00 €	788.521,98 €	819.771,98 €	31.250,00 €	3,96%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	551.954,89 €	110.514,65 €	52.368,48 €	-58.146,17 €	-52,61%
II. Kassenbestand	23.969,50 €	397.878,83 €	406.454,49 €	8.575,66 €	2,16%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	4.285,72 €	7.544,48 €	3.258,76 €	76,04%
Summe Aktiva	9.043.628,02 €	9.416.331,89 €	10.344.453,14 €	928.121,25 €	9,86%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	0,00 €	1.250.000,00 €	2.750.000,00 €	1.500.000,00 €	120,00%
III. Verlustvortrag	-103.857,14 €	-331.129,70 €	-527.163,10 €	-196.033,40 €	59,20%
IV. Jahresergebnis	-227.272,56 €	-196.033,60 €	-88.415,76 €	107.617,84 €	-54,90%
B. Rückstellungen	80.913,21 €	8.538,16 €	8.530,25 €	-7,91 €	-0,09%
C. Verbindlichkeiten	8.793.844,51 €	8.184.956,83 €	7.701.501,75 €	-483.455,08 €	-5,91%
Summe Passiva	9.043.628,02 €	9.416.331,69 €	10.344.453,14 €	928.121,45 €	9,86%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	960.768,41 €	922.894,52 €	1.139.979,91 €	217.085,39 €	23,52%
2. sonstige betriebliche Erträge	4.915,40 €	4.760,53 €	4.172,82 €	-587,71 €	-12,35%
3. Materialaufwand	197.262,58 €	113.723,43 €	157.348,12 €	43.624,69 €	38,36%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	35.424,09 €	72.723,94 €	68.691,99 €	-4.031,95 €	-5,54%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.670,52 €	8.283,87 €	11.061,51 €	2.777,64 €	33,53%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
5. Abschreibungen a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	436.076,75 €	446.254,05 €	540.195,91 €	93.941,86 €	21,05%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	209.341,55 €	172.638,13 €	153.899,54 €	-18.738,59 €	-10,85%
Betriebsergebnis	81.908,32 €	114.031,63 €	212.955,66 €	98.924,03 €	86,75%
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	163,78 €	163,78 €	
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	308.904,84 €	309.664,63 €	301.120,80 €	-8.543,83 €	-2,76%
Finanzergebnis	-308.904,84 €	-309.664,63 €	-300.957,02 €	8.707,61 €	-2,81%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-226.996,52 €	-195.633,00 €	-88.001,36 €	107.631,64 €	-55,02%
9. sonstige Steuern	276,04 €	400,40 €	414,40 €	14,00 €	3,50%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-227.272,56 €	-196.033,40 €	-88.415,76 €	107.617,64 €	-54,90%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Branchenübersicht

Die bis 31. Dezember 2014 in Deutschland insgesamt installierte Photovoltaik (PV) - Leistung beträgt laut Bundesnetzagentur 38.236 MWp.

Laut BDEW beträgt die Stromerzeugung durch Erneuerbaren Energien (EE) im Jahr 2014 ca. 31%. Bezogen auf den Brutto-Stromverbrauch Deutschlands liegt der durch die Photovoltaik geleistete Anteil bei ca. 6,1%.

Im Jahr 2014 sank die neu installierte Kapazität an Photovoltaik-Anlagen (im Folgenden PV-Anlagen) auf ca. 1.900 MWp und unterschreitet den geplanten Ausbau von jährlich 2.400 MWp – 2.600 MWp deutlich. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Zubau in Deutschland bis November 2014 um ca. 43%.

Der Photovoltaik-Preisindex fiel 2014 um weitere 12,7% auf 1.240 €/KWp. Seit Aufzeichnung des Preisindex im Januar 2009 sind die Kosten für eine Schlüsselfertige 100 kWp PV-Anlage von 4.110 €/kWp somit um 69,8% gesunken.

Die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegte Einspeisevergütung für Strom aus PV-Anlagen sinkt schneller als bei jeder anderen regenerativen Stromquelle. Für PV-Anlagen, die im März 2015 in Betrieb gehen, werden je nach Anlagengröße und –bauart mindestens 90% der erzeugten Strommenge zwischen 0,0865 €/kWh – 0,125 €/kWh vergütet. Der Vergütungszeitraum beträgt weiterhin 20 Jahre, zuzüglich das Jahr der Inbetriebnahme.

Für kleine Aufdachanlagen besteht die „Grid Parity“ seit 2012, für industrielle Stromkunden seit 2013. Ein Meilenstein ist seit dem Juli 2013 erreicht. Seitdem erreicht die Vergütung für Strom aus neuen Freiflächenanlagen die Vollkosten für fossil-nuklearen Strom [ISE-Fraunhofer].

Entwicklung der Gesellschaft

Die RURENERGIE GmbH, im Folgenden RURENERGIE, ist in der Energiewirtschaft insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Primäres Ziel ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien und die Erbringung von damit unmittelbar verbundenen Versorgungs- und Dienstleistungen. Die Eigentümer wollen einen spürbaren regionalen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer möglichst umweltschonenden Energieversorgung in der Region Düren leisten.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit Wirkung zum 27.01.2014 ist die Energie- und Wasserversorgung GmbH durch Erwerb von Anteilen der S-Beteiligungsgesellschaft der Sparkasse mbH mit 5% in den Kreis der Gesellschafter eingetreten.

Die Gesellschaftsanteile der Gesellschafter Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH und der Stadtwerke Düren GmbH bleiben unverändert.

Anlagenportfolio

Inzwischen betreibt die **RURENERGIE** neben dem Solarpark Inden noch sieben weitere PV-Anlagen. Die Zweitgrößte ist die PV-Anlage auf den Dächern des Schulzentrums in Kreuzau. Sie verfügt über eine installierte Leistung von 244 kWp und ging wie der Solarpark in Inden im November 2011 an das Netz. Am Standort Mädchengymnasium Jülich betreibt die **RURENERGIE** zwei PV-Anlagen. Die erste, Ende März 2012 in Betrieb genommene PV-Anlage verfügt über eine installierte Leistung von 60 kWp. Die zweite PV-Anlage wurde im Januar 2013 in Betrieb genommen und verfügt über eine installierte Leistung von 65 kWp.

Anfang des Jahres 2014 wurden aus Eigenkapitalmitteln mit dem Ziel der Erhöhung des unbelasteten Anlagevermögens vier PV-Bestandsanlagen gekauft. Bei den Bestandsanlagen handelt es sich um die beiden PV-Anlagen „Schulzentrum Athenée Royal“ mit einer installierten Leistung von 118 kWp und der PV-Anlage „Schulzentrum Vettweiß“ mit einer installierten Leistung von 165 kWp sowie zwei PV-Anlagen „DKB“ auf den Gebäuden der Dürener Kreisbahn mit einer installierten Leistung von Gesamt 87,93 kWp.

Ferner wurde die erste 10 kWp-Contracting Anlage auf dem Kreishaus B in Düren installiert, die durch den Kreis Düren als Eigenstromverbraucher betrieben wird.

Die **RURENERGIE** verfügt Stand Dezember 2014 über ein PV-Anlagenportfolio mit einer installierten Leistung von ca. 4.566 kWp.

Laut Deutscher Wetterdienst lag die durchschnittliche Anzahl an Sonnenstunden in 2014 bei 105%, somit 5% oberhalb des vieljährigen Mittels. Vor allem die erste Hälfte des Jahres lag deutlich oberhalb der prognostizierten Sonnenstunden.

Im Jahr 2014 wurden durch die PV-Anlagen der **RURENERGIE** über 4.836.560 kWh Strom erzeugt und in das Netz eingespeist.

Dies entspricht etwa 116,63% der im Wirtschaftsplan zugrunde gelegten Leistungsprognose.

Die Leistungsprognose für die solar erzeugte Strommenge für das Jahr 2015 beträgt 4,1 Millionen kWh.

Seit Juli 2013 verfügt die **RURENERGIE** über ihr erstes Engagement in der Windenergie. Hierzu wurde eine Kommanditbeteiligung i.H.v. 53,1% an der REA GmbH & Co.KG WEA 1 Düren eingegangen.

Die v.g. Gesellschaft verfügt über eine Enercon E-101 Windkraftanlage mit einer installierten Leistung von 3.000 kW.

Basierend auf den vorliegenden Windgutachten und unter Berücksichtigung technischer Anlagenspezifika wird von einer durchschnittlichen Stromproduktion von 7,4 Millionen kWh p.a. ausgegangen.

Hierdurch entfallen auf die **RURENERGIE** 3,9 Millionen kWh erzeugter Windstrom.

In Summe beträgt die bilanzielle CO₂-neutrale Stromproduktion der **RURENERGIE** dann rd. 8 Millionen kWh p.a..

Die **RURENERGIE** ist somit bereits im dritten Jahr nach ihrer Gründung in der Lage rd. 2.800 Haushalten CO₂-neutralen Strom zur Verfügung zu stellen und sorgt jährlich für eine lokale Vermeidung von ca. 5.600 t CO₂.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der **RURENERGIE** erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich durch die Eigenkapitalaufstockung der Gesellschafter in Höhe v. 1,25 Mio €. In diesem Zusammenhang zeigt sich auf der Aktivseite der Bilanz die Finanzbeteiligung am Windpark Echtz (Beteiligung REA) sowie der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe v. 0,4 Mio €. Der Anteil der Fremdfinanzierung der Anlagen der Gesellschaft sinkt hierdurch auf 91%, was sich in einem stabilen Finanzergebnis widerspiegelt.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis zeigt sich nahezu unverändert und liegt bei 310 T€ (negativ). Dem positiven Effekt aus der Eigenkapitalerhöhung steht erhöhter Zinsaufwand aus der erstmals ganzjährigen Verzinsung der in der Vergangenheit aufgenommenen Darlehen gegenüber.

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -196 T€ (VJ -227 T€). Das Ergebnis zeigt sich infolge geringerer Betriebsführungsentgelte in Verbindung mit verminderten Investitionstätigkeiten der Gesellschaft leicht verbessert.

Chancen und Risiken

Unternehmerisches Handeln wird letztlich durch den ständigen Umgang mit Chancen und Risiken bestimmt. Im Rahmen ihrer primären Tätigkeit auf dem Gebiet der Errichtung und des Betriebs von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien stehen vorrangig die Chancen und Risiken aus den umzusetzenden Projekten im Fokus. Hierbei sind neben den üblichen Risiken beim Bau von Anlagen auch die in den Rentabilitätsberechnungen zugrunde gelegten Annahmen als Chancen- und Risikofaktor zu nennen. Risiken, die die Zielerreichung der Gesellschaft negativ beeinflussen können, sollen mittels eines umfassenden und sorgfältigen Projektmanagements frühzeitig erkannt und mit Hilfe ziel- und zweckgerichteter Maßnahmen gesteuert werden. Die **RURENERGIE** betreibt im Rahmen von Due Diligence Prozessen aktives Risikomanagement unter Zuhilfenahme jeweils geeigneter Fachleute.

Bewertung der allgemeinen Grundstimmung:

Die Gesellschaft sieht auch unter Berücksichtigung des EEG 2014 zukünftig die Möglichkeit des erfolgreichen Geschäftsbetriebes.

Das EEG 2014 sichert weiterhin den Betreibern von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien eine Vergütung für 20 Jahre, plus das Jahr der Inbetriebnahme zu. Ferner lässt es keinen Zweifel am Weiterbestehen des Anlagen-Bestandsschutzes aufkommen. Auch das zeitweise zur Diskussion gestellte Vorrangprinzip für Strom aus erneuerbaren Energien wurde nicht verändert.

Neu ist aber, dass Erzeugungsanlagen an einer Form der Direktvermarktung teilnehmen müssen. Lediglich kleine Anlagen kommen weiterhin in den Genuss einer klassischen Einspeisevergütung. Somit ist der Erhalt der EEG-Vergütung de facto zu einer Ausnahmeregelung im neuen EEG 2014 geworden und wurde durch eine gewollte Direktvermarktung ersetzt.

Um den Investitionsschutz zu gewährleisten, hat der Gesetzgeber für Ereignisse wie beispielsweise die Insolvenz eines Direktvermarkters eine Ersatzzahlung vorgesehen. Diese soll Investoren die notwendige Sicherheit geben.

Risiken:

Photovoltaik - Dachanlagen

Die vorhandenen regulatorischen Maßnahmen führen in der Photovoltaik bereits heute dazu, dass ein wirtschaftlicher Betrieb einer neu erbauten, finanzierten Anlage über die derzeit geltende EEG-Vergütung nicht mehr abzubilden ist.

Diese Situation resultiert aus der fortlaufenden Degression der Einspeisevergütung bei nur leicht sinkenden Systemkosten. Der Photovoltaik-Preisindex ist in dem Zeitraum Januar 2014 – August 2014 -7,75 % gesunken (Quelle: Photovoltaik-Guide, bis 100 kW), die EEG-Vergütung für PV-Anlagen bis 100 kW fiel im gleichen Zeitraum um 4,59%. Auf den ersten Blick wird der Eindruck erzeugt, dass die Skaleneffekte der Marktentwicklung die Degression der Fördersätze überwiegen.

Unter Berücksichtigung des Marktintegrationsmodelles, das mit der Novellierung des EEG 2012 integriert wurde, muss korrekter Weise jedoch ein weiterer Degressionseffekt berücksichtigt werden. Für Neu-Anlagen ab 30 kW installierter Leistung, nach dem EEG 2012, novellierte Fassung, sind nur noch 90% des erzeugten Stromes vergütungsfähig.

Die verbliebenen 10% werden entweder eigenverbraucht oder zum monatlichen Spartenmarktwert vermarktet. Dies führt zu einer weiteren Degression von ca. 7%, insofern der Strom vermarktet und nicht Eigenverbraucht wird.

Photovoltaik - Freiflächenanlagen

Nach dem EEG in der derzeit gültigen Fassung unterliegen PV-Freiflächenanlagen, ab Mitte 2015, der Ausschreibungspflicht. Die Erlössituation ist nach heutigem Stand nicht hinreichend genau zu bewerten. Die Bundesregierung ist per Rechtsverordnung zur Festlegung von Mindest- u. Höchstbeträgen für die finanzielle Förderung ermächtigt. Ferner können per Rechtsverordnung auch von den gültigen Bestimmungen abweichende finanzielle Förderungen für elektrische Arbeit pro Kilowattstunde gezahlt werden. Somit kann sich die Ist-Vergütung für die geplante Freiflächenanlage Konzendorf in 2016 schlechter darstellen als angenommen.

Um der zunehmenden Absenkung der EEG-Einspeisevergütung und den hieraus sinkenden Umsatzerlösen für Neuanlagen entgegen zu wirken, arbeitet die RURENERGIE an alternativen Geschäftsideen für das Geschäftsfeld Photovoltaik, beispielsweise Eigenverbrauchsmodell durch Dritte. Das erste Projekt wurde bereits umgesetzt.

Die neuen PV-Geschäftsmodelle leiden noch unter ungeklärten Rechtsfragen und mangelnder Rechtssicherheit. Die RURENERGIE geht jedoch grundsätzlich davon aus, dass Eigenverbrauchsmodelle oder Direktvermarktung an Stromabnehmer die Zukunftsmodelle für die Photovoltaik darstellen werden.

Windenergie

Das EEG in der gültigen Fassung sieht erstmalig einen atmenden Zubaukorridor für Windkraft vor. An diesen verknüpft sind die Degressionsstufen der Einspeisevergütung. Im Gesetz orientiert man sich hiermit an den Erfahrungen des Regelmechanismus aus der Photovoltaik. Dauerhaft entfällt der Systemdienstleistungs- und Repoweringbonus. Überförderungen sollen hierdurch abgebaut werden.

Finanzinvestitionen in Windkraftanlagen sind ein langfristiges Beteiligungsgeschäft, bei dem in der Anfangsphase aufgrund von abzubauenen Verlustvorträgen, aufzubauenen Reservekonten und zu bedienenden Kapitaldiensten keine wesentlichen Wertbeiträge generiert werden. Nennenswerte Ausschüttungen sind aus den Beteiligungen erst in der späteren Projektlaufzeit zu erwarten.

Die RURENERGIE prüft aktuelle Projekte zur Erzeugung von Energie aus Windkraft besonders kritisch, bei Bedarf auch unter Hinzuziehung von Fachpersonal.

Chancen:

Entgegen anderen Formen der Energiegewinnung, die auf dem Verbrauch von Rohstoffen wie Gas oder Kohle basieren, ist der Betrieb von Windkraft- und Solaranlagen unabhängig vom Beschaffungspreis des Rohstoffs. Schwankungen - insbesondere Anstiege - von Rohstoffpreisen beeinflussen demnach nicht die Wirtschaftlichkeit einer Anlage.

In diesem Sachverhalt sieht die **RURENERGIE** auch zukünftig die anhaltende Stärke und Berechtigung der Erneuerbaren Energien.

Der Zubau Erneuerbarer Energien ist inzwischen nicht mehr ein Thema, das sich auf Deutschland bzw. Zentraleuropa beschränkt. Der einstige Kern-, und Initialmarkt hat sich inzwischen weltweit verteilt. Heutige PV-Großprojekte sind in der Regel im nichteuropäischen Ausland vorzufinden. Die Entwicklung wird gestützt von der Abwanderung der Herstellerindustrie in die Länder der neuen Zielmärkte.

Somit kann auch weiterhin von der Realisierung von Skaleneffekten ausgegangen werden, die zu einer Preisreduktion der Investitionskosten führen.

Für den heimischen Markt erwartet die **RURENERGIE** langfristig ein Potenzial für die Stromverdrängungs- und Direktvermarktungsmodelle und hält diese Modelle für dauerhaft wirtschaftlich und nachhaltig.

Speziell für den Geschäftsbereich Photovoltaik rechnet die **RURENERGIE** langfristig mit grundsätzlich guten Aussichten. Heutige Stromentstehungskosten für Strom aus einer Photovoltaik-Anlage liegen für den Privatkunden und inzwischen teils auch für den Gewerbekundensektor bereits deutlich unterhalb der Strombezugskosten. Somit ist die heutige Motivation zur Inbetriebnahme einer Photovoltaik-Anlage i. d. R. in der Eigenstromproduktion zu finden. Hierdurch ergibt sich die Situation, dass der wirtschaftliche Nutzen einer Photovoltaik-Anlage nicht mehr an die Vergütung des EEG gekoppelt ist. Die Motivationslage verstärkt sich deutlich, wenn Strompreissteigerungen als Projektionsgrundlage für zukünftige Strompreissteigerungen herangezogen werden.

Die Motivation zur Installation einer neuen PV-Anlage wird neben der unmittelbaren Stromverdrängung und Autarkieerhöhung um eine Strompreisglättung über die gesamte Nutzungsperiode der PV-Anlage als weitere Dimension erweitert.

Die niedrigen Zinskonditionen führen heute zu der Situation im Markt, dass potenzielle Kunden Anlagen selber realisieren. Die Abschlusswahrscheinlichkeit für PV-Projekte im Eigenverbrauchsmodell kann dadurch erhöht werden, dass neben der notwendigen Rendite und dem Ausgleich für den Werteverzehr aus dem Anlagenvermögen, möglichst auf die Erwirtschaftung von Zinsen für Kapitaldienste verzichtet werden kann. Dies erschließt nach Ansicht der **RURENERGIE** eine Zielgruppe, die kein Investitionsrisiko tragen möchte und/oder kann, gerne aber vom Eigenstromverbrauch und der damit verbundenen Umlagebefreiung profitieren wollen.

Aufgrund der sich abzeichnenden Entkopplung der Photovoltaik vom EEG geht die **RURENERGIE** für diesen Geschäftsbereich von einem langfristig positiven Szenario aus.

Die Chancen der Windkraft sieht die **RURENERGIE** auch unter den o. g. Risiken langfristig darin begründet, dass sie eine notwendige und tragende Säule der Energiewende ist. Ohne die Windenergie werden die Ziele der Energiewende nicht erreichbar sein. Aber auch für Windenergie können sich langfristig neue Geschäftsmodelle vor allem in der Direktvermarktung in der Nähe von Industriestandorten ergeben.

Grundsätzlich wird die **RURENERGIE** die Rentabilität zu realisierender Projekte als wesentlichen Maßstab heranziehen. Sie wird nur Projekte auf den Weg bringen, die unter Würdigung vorsichtiger Risikobetrachtungen einen angemessenen Gewinn erwirtschaften. Großprojekte der **RURENERGIE** werden zur Risikoabschirmung gegenüber dieser in separaten Projektgesellschaften abgewickelt.

Bevor sich die **RURENERGIE** über das Geschäftsfeld der regenerativen Energieerzeugung hinaus engagiert, wird sie separate Risikobetrachtungen anstellen. Sie wird sich nur in weiteren Energiemarktsegmenten betätigen, wenn hieraus unter vorsichtiger Risikobewertung eine angemessene Rentabilität zu erwarten ist.

Das Unternehmen wurde in der Rechtsform einer GmbH gegründet. Die Haftung der Gesellschafter ist folglich auf die Einlage begrenzt. Eine Nachschusspflicht wurde nicht vereinbart.

Aufgrund der Ergebnisprognose in der Startphase der Gesellschaft wird jedoch davon ausgegangen, dass Nachschüsse der Gesellschafter erforderlich sind.

Beteiligungen des Unternehmens

Die **RURENERGIE** GmbH ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- 1) REA GmbH & Co. KG WEA 1 (s. Seite 395)
- 2) GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie GmbH (s. Seite 377)

Im März 2016 hat sich die **RURENERGIE** GmbH darüber hinaus zu 60% an der Windenergie Körrenzig GmbH beteiligt.


Rurtalbahn GmbH

Kölner Landstraße 271
 52351 Düren
 Tel.: 02421/ 2769-300
 Fax: 02421/ 2769-335
 E-Mail: info@rurtalbahn.de
 Homepage: www.rurtalbahn.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen und Güterbeförderung, sowie die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in der Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen, aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Wenn die Zahl der Gesellschafter auf mehr als zwei steigt, vergrößert sich der Aufsichtsrat um jeweils drei je weiter hinzutretenden Gesellschafter. Der Aufsichtsrat kann beratende Mitglieder hinzuziehen. Die Aufsichtsräte brauchen nicht Gesellschafter zu sein.

Geborenes Mitglied und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Landrat des Kreises Düren kraft Amtes. Zwei der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Dürener Kreisbahn GmbH, die restlichen von den übrigen Gesellschaftern in jeweils gleicher Zahl entsandt. Dabei werden die von der Dürener Kreisbahn GmbH zu entsendenden Mitglieder direkt durch den Kreistag Düren bestimmt und abberufen.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan;
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderungen und Aufhebung von Anstellungs- und sonstigen Verträgen mit ihnen;
3. die Entlassung der Geschäftsführer;

4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung;
5. die jederzeitige Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, Kapitalerhöhungen oder –herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren;
7. die Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen;
8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Beendigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz;
9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen;
10. die Bestimmung der Abschlussprüfer;
11.
 - a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen;
 - b) der Erwerb, die Begründung, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
 - c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen, und
 - d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von andern gleichartigen Rechtsgeschäften, sowie diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen;
12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Geschäftsbetrieb des Unternehmens hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Emunds, Guido Häner, Herbert Nießen, Hans-Peter Nießen, Sebastian Schmitz, Achim	Düren Kreuzau Düren Düren Roetgen	seit September 2013 bis September 2013 seit Oktober 2015 bis September 2015
Aufsichtsrat:	Dürener Kreisbahn GmbH R.A.T.H. GmbH	3 Sitze 3 Sitze	
Gesellschafter- versammlung:		1 Stimme	je 50 € Stammkapital

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Conzen, Helga	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
----------------------	---------------	-------------	----------------------

Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
Titz, Paul-Ulrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Hintzen, Michael beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Schmitz, Georg beratendes Mitglied	Kreis Düren	sachkundiger Bürger
Zorn, Ralf beratendes Mitglied	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafter- versammlung:	Hürtgen, Dirk	BTG Geschäftsführer

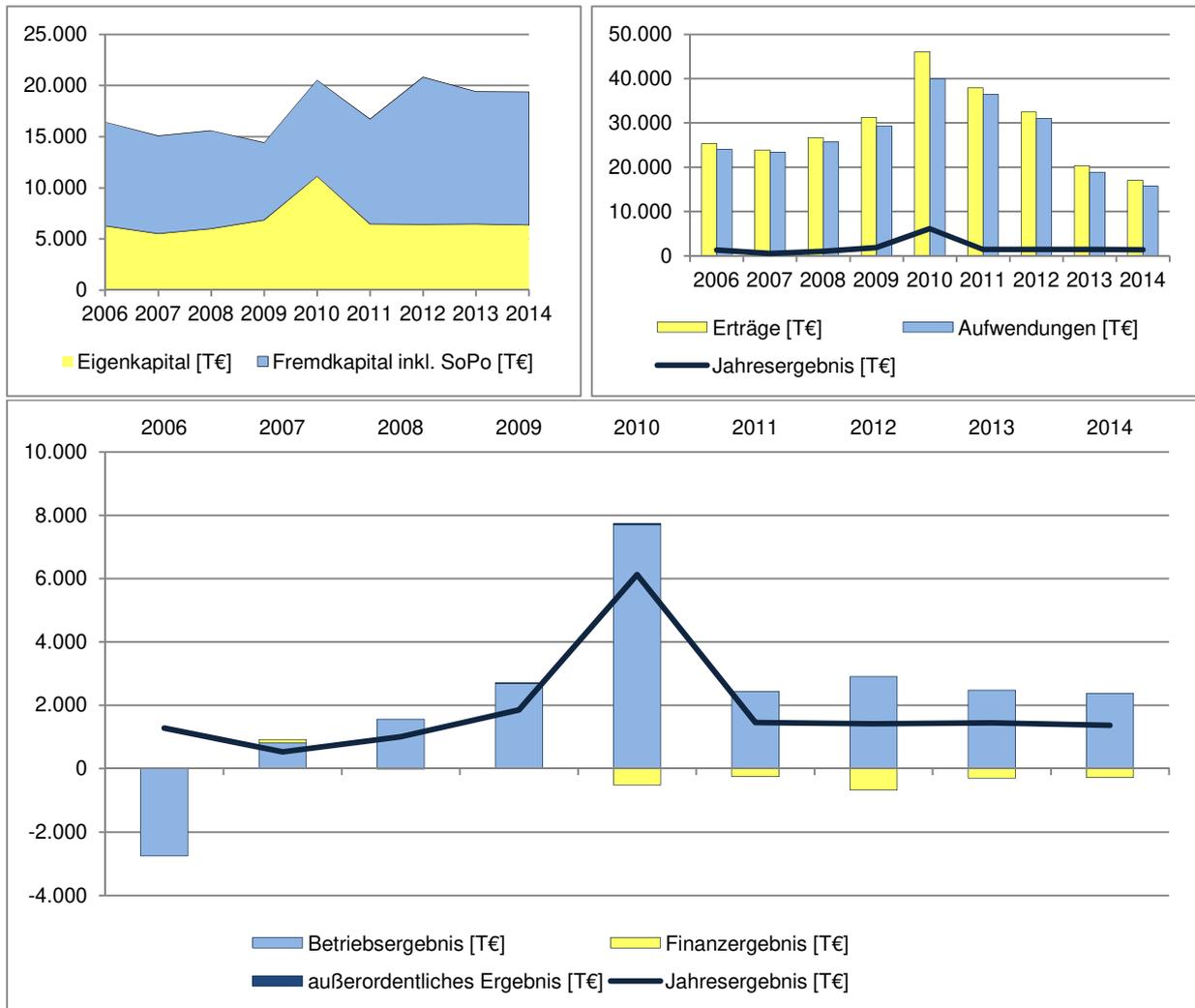
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	1.000.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	251.000,00 €	25,10%
R.A.T.H. GmbH	749.000,00 €	74,90%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6.401,00 €	10.111,00 €	9.217,00 €	-894,00 €	-8,84%
II. Sachanlagen	11.058.576,88 €	10.041.300,88 €	9.113.211,37 €	-928.089,51 €	-9,24%
III. Finanzanlagen	2.004.247,37 €	2.001.184,65 €	3.023.208,08 €	1.022.023,43 €	51,07%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	827.783,06 €	1.114.373,57 €	1.147.253,19 €	32.879,62 €	2,95%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	4.600.558,67 €	3.749.594,91 €	2.788.464,41 €	-961.130,50 €	-25,63%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.313.129,67 €	2.488.746,84 €	3.292.673,41 €	803.926,57 €	32,30%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.217,43 €	5.000,00 €	0,00 €	-5.000,00 €	-100,00%
Summe Aktiva	20.820.914,08 €	19.410.311,85 €	19.374.027,46 €	-36.284,39 €	-0,19%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	3.994.302,20 €	0,00 €	
III. Verlust-/Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
IV. Jahresüberschuss	1.422.603,17 €	1.450.295,00 €	1.368.027,97 €	-82.267,03 €	-5,67%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Rücklagen	1.147.197,26 €	945.851,64 €	757.887,98 €	-187.963,66 €	-19,87%
C. Rückstellungen	2.569.084,79 €	1.856.614,77 €	2.149.166,16 €	292.551,39 €	15,76%
D. Verbindlichkeiten	10.687.726,66 €	10.163.248,24 €	10.104.643,15 €	-58.605,09 €	-0,58%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	20.820.914,08 €	19.410.311,85 €	19.374.027,46 €	-36.284,39 €	-0,19%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	15.316.439,31 €	14.755.155,61 €	13.202.227,76 €	-1.552.927,85 €	-10,52%
2. sonstige betriebliche Erträge	16.778.480,09 €	5.260.021,06 €	3.628.531,43 €	-1.631.489,63 €	-31,02%
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	334.422,05 €	201.345,62 €	187.963,66 €	-13.381,96 €	-6,65%
4. Materialaufwand	6.554.341,82 €	4.919.137,63 €	3.153.292,58 €	-1.765.845,05 €	-35,90%
5. Aufwand für fremdbezogenes Personal	2.364.634,88 €	2.278.021,25 €	2.486.597,26 €	208.576,01 €	9,16%
6. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	1.832.501,23 €	2.020.081,45 €	1.802.487,84 €	-217.593,61 €	-10,77%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	400.336,82 €	417.351,41 €	398.491,75 €	-18.859,66 €	-4,52%
7. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	1.044.903,67 €	1.111.313,22 €	1.118.773,57 €	7.460,35 €	0,67%
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	17.319.224,42 €	6.990.393,19 €	5.687.398,31 €	-1.302.994,88 €	-18,64%
Betriebsergebnis	2.913.398,61 €	2.480.224,14 €	2.371.681,54 €	-108.542,60 €	-4,38%
9. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	16.955,31 €	102.233,42 €	80.538,97 €	-21.694,45 €	-21,22%
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	202.500,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
11. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	490.007,65 €	397.951,02 €	354.338,98 €	-43.612,04 €	-10,96%
Finanzergebnis	-675.552,34 €	-295.717,60 €	-273.800,01 €	21.917,59 €	-7,41%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	2.237.846,27 €	2.184.506,54 €	2.097.881,53 €	-86.625,01 €	-3,97%
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	810.766,95 €	718.353,84 €	724.977,15 €	6.623,31 €	0,92%
17. sonstige Steuern	4.476,15 €	15.857,70 €	4.876,41 €	-10.981,29 €	-69,25%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.422.603,17 €	1.450.295,00 €	1.368.027,97 €	-82.267,03 €	-5,67%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	97	100	99

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es bestehen keine direkte Verbindungen zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen der Gesellschaft

Die Rurtalbahn GmbH ist eine nichtbundeseigene Eisenbahngesellschaft mit Sitz in Düren. Der Name Rurtalbahn wurde zuerst als Marke von der Abteilung Schiene der Dürener Kreisbahn für die auf den von der Deutschen Bahn übernommenen Strecken geführt. Das zum 1. Januar 2003 unter Beteiligung der R.A.T.H. GmbH als eigenständige Gesellschaft ausgegliederte Schienenverkehrsunternehmen erhielt dann den Namen Rurtalbahn GmbH.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Straßen- und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren im Rahmen des öffentlichen Verkehrs sowie die Durchführung von Infrastruktur- und Werkstattleistungen.

Der Hauptgeschäftszweig betrifft die Personenbeförderung, deren Grundlage der Zuwendungsvertrag über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) inklusive Service- und Sicherheitsleistungen auf der SPNV-Linie RB 21 auf den Kursbuchstrecken 483 (Düren - Linnich) und 484 (Düren - Heimbach) des Aufgabenträgers Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) ist.

Als Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) und Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) betreibt die Gesellschaft 102 km Streckennetz.

Diese Kilometer verteilen sich im Wesentlichen auf die Strecken Düren - Heimbach (30 km), Düren - Linnich (26 km), Düren - Zülpich (19 km) und Heinsberg - Lindern (12 km). Bei diesen Strecken handelt es sich um Mischstrecken, auf welchen Personen- sowie Güterverkehr durchgeführt wird.

Insgesamt liegen 28 Bahnhöfe und Haltepunkte für den Personenverkehr an den Strecken Heimbach - Düren - Linnich sowie weitere 7 Bahnhöfe und Haltepunkte an der Strecke Heinsberg - Lindern.

Aufbauend auf den umfassenden Erfahrungen im Bereich der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, der bedarfsgerechten Unterhaltung und des Betriebs von Nebenbahnen bietet die Rurtalbahn als Komplettdienstleister wirtschaftliche Lösungen für das gesamte Eisenbahnwesen mit dem Schwerpunkt „Regionalbahnen“ an.

Dabei werden die im Unternehmen Rurtalbahn GmbH vorhandenen Kernkompetenzen im bedarfsgerechten Gleisbau (Unterhaltung und Neubau), der Planung von Bahnübergängen, der Projektsteuerung und der Baurechtsverfahren in der Abteilung Planung gebündelt und im Bedarfsfall durch externe Fachplaner ergänzt.

Weiterhin unterhält die Gesellschaft eine eigene Werkstatt, die als kombinierte Bus-/Schienenfahrzeugwerkstatt darauf spezialisiert ist, Nutzfahrzeuge für den öffentlichen Personenverkehr und Güterverkehr, für den schienengebundenen Personenverkehr sowie Lokomotiven jeder Klasse und Güterwagen instand zu setzen. Der Werkstatt angegliedert sind eine Wasch- und eine Tankanlage.

Dem seit der Ausgliederung der Rurtalbahn GmbH aus der damaligen Dürener Kreisbahn GmbH stetig wachsenden Güterverkehrsanteil wurde im Geschäftsjahr 2010 durch die Gründung der Rurtalbahn Cargo GmbH Rechnung getragen. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbstständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahn GmbH.

Die Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr werden vom Standort Düren aus im gesamten Kreis Düren erbracht.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Grundlage der Schätzung ist die Mittelfristprognose Winter 2014/15, die im Rahmen der gleitenden Mittelfristprognose für den Güter- und Personenverkehr von der Arbeitsgemeinschaft Intraplan Consult/Ralf Ratzenberger im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur erstellt wurde. Sie erstreckt sich auf die Jahre von 2015 bis 2018 und gibt auch einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung in 2015. Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, eine der zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung insbesondere des Güter-, aber auch des Personenverkehrs, bilden der Jahreswirtschaftsbericht der

Bundesregierung und die darauf aufbauende mittelfristige Projektion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom Januar 2015 die Grundlage.

Die branchenspezifische Entwicklung stellte sich weiterhin positiv dar. So konnte im Eisenbahnverkehr im Jahr 2014 der Nahverkehr (SPNV) ein Plus verbuchen. Aufkommen und Leistung stiegen um 2,1 % bzw. 1,4 %. Gedämpft wurde der Anstieg vor allem von den Arbeitsniederlegungen sowie dem erheblichen Rückgang der Kraftstoffpreise, der eine Verlagerung von der Schiene zum Pkw-Individualverkehr und dessen Wachstum in 2014 bewirkte.

Angeregt wurde der Nahverkehr von der zunehmenden Zahl der Erwerbstätigen (0,9 %). Die Zahl der Auszubildenden nahm ab (- 0,4 %), der Anstieg der überdurchschnittlich mobilen Studenten

fiel wegen des Wegfalls der Sonderfaktoren der Vorjahre (doppelte Abiturjahrgänge und Aussetzung der Wehrpflicht) etwas schwächer als im Vorjahr aus (3,1 %). Dies tangiert nicht nur den Ausbildungsverkehr im eigentlichen Sinne, sondern auch die anderen Fahrten der Auszubildenden, die sie mit Ihren Zeitfahrausweisen zurücklegen (Freizeitverkehr etc.).

Im Fernverkehr ist die Nachfrage gesunken (Aufkommen - 1,5 %; Leistung - 1,9 %). Eine maßgebliche Ursache waren auch hier die Streiks und Arbeitsniederlegungen. Die dadurch entstandenen Einbußen waren noch weit stärker, als es allein in der Angebotseinschränkung, d. h. den Zugausfällen, rechnerisch zum Ausdruck kommt. Während der Streiktage selbst, als rund die Hälfte des Angebots aufrechterhalten werden konnte, waren die Züge nicht überdurchschnittlich, sondern weit unterdurchschnittlich ausgelastet, weil sich die Fahrgäste frühzeitig um Alternativen bemüht hatten. Dieses Phänomen war auch noch vor und nach den Streiktagen zu beobachten. Zum anderen ist es zu erheblichen Verlusten an den Fernbus gekommen. Im gesamten Eisenbahnverkehr entstand somit ein Plus in Höhe von 1,9 % (Aufkommen), während die Leistung nahezu stagnierte.

Im Jahr 2015 sind für die demographischen und gesamtwirtschaftlichen Leitdaten des Nahverkehrs etwas schwächere Impulse zu erwarten als im Vorjahr.

Von Seiten des Produktionsanstiegs wäre ein ähnlich starker Anstieg der Erwerbstätigenzahl wie in 2014 abschätzbar. Jedoch wirkt die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, insbesondere im Bereich der Minijobs, dämpfend; es wird eine Zunahme um 0,4 % oder 170.000 Personen erwartet. Die Zahl aller Auszubildenden wird mit 0,7 % stärker sinken als im Vorjahr.

Das Ausbleiben weiterer Streiks in 2015 unterstellt, werden aus den letztjährigen Arbeitsniederlegungen spürbare Basiseffekte eintreten. Auch ein Teil der im Vorjahr witterungsbedingt verlagerten Pkw-Fahrten sollte wieder auf die Schiene rückverlagert werden. Dem entgegen steht der erhebliche Rückgang der Kraftstoffpreise, die hier aber geringere Effekte haben als auf den ÖSPNV.

Saldiert wird die Nachfrage im Nahverkehr im Jahr 2015 um rund 2 % (jeweils bei Aufkommen und Leistung) zunehmen.

Im Fernverkehr sollte zunächst die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ihre Wirkung entfalten. Zudem ist davon auszugehen, dass es zu spürbaren Basiseffekten aufgrund der Streiks des Vorjahres kommt. Dem stehen jedoch nochmalige Verluste an den Fernbus entgegen, die allerdings geringer ausfallen werden. Für das Jahr 2015 wird ein Plus von rund 1,5 % prognostiziert. Für den gesamten Eisenbahnverkehr errechnet sich daraus ein Plus in Höhe von 1,9 % (Aufkommen) bzw. 1,7 % (Leistung).

In den Jahren 2016-2018 sind die demographischen und gesamtwirtschaftlichen Einflüsse nochmals etwas ungünstiger. Daneben profitiert der Nahverkehr aber von der Inbetriebnahme des Flughafens in Berlin, der im Gegensatz zu Tegel an das Berliner S-Bahn-System angeschlossen ist. Deshalb wächst der Nahverkehr um knapp 2 % p. a. Der Fernverkehr erhält zusätzliche Impulse von der Neu-/Ausbaustrecke zwischen Halle und Leipzig und nimmt um 2,4 % bzw. 2,7 % p. a. zu. Für den gesamten Eisenbahnverkehr errechnet sich daraus ein Anstieg um 1,7 % bzw. 2,2 % p. a.

Einen spürbaren Einfluss auf die Verkehrsentwicklung übt der Rohölpreis aus, der sich zwischen der Jahrtausendwende und dem Jahr 2011 mehr als verfünffacht hat. Danach ist er bei längerfristiger Betrachtung bis zur Jahresmitte 2014 annähernd konstant auf dem Niveau von rund 110 USD/Barrel (Bent) geblieben. Anschließend kam es bis zum Jahresende zu einem drastischen Einbruch um rund 50 %. Im Jahresdurchschnitt schlug sich das nur begrenzt nieder, sodass der in US-Dollar fakturierte Weltmarktpreis um lediglich 9 % auf 99 USD sank. Der jahresdurchschnittliche Wechselkurs des Euro blieb trotz der spürbaren Abwertung im zweiten Halbjahr aufgrund der vorangegangenen Aufwertung konstant bei 1,33 USD. Somit ging der deutsche Einfuhrpreis für Rohöl wie der Weltmarktpreis um 9 % zurück.

Für das Jahr 2015 wird in der Mehrheit der Konjunkturprognosen, gestützt auf die Entwicklung an den Warenterminbörsen, angenommen, dass der Rohölpreis gegenüber dem im Januar erreichten Tiefpunkt von unter 50 USD zumindest nicht weiter sinken wird. Vielmehr wird ein Wiederanstieg der Roh-ölpreise in einem Korridor von 70 bis gut 80 USD erwartet.

Ferner wird angenommen, dass der Mineralölsteuersatz im Prognosezeitraum nicht erhöht wird. Insbesondere in mittelfristiger Sicht ist diese Erwartung angesichts des Finanzbedarfs für die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur nicht ohne Risiken. Die gegenwärtig geplante Pkw-Maut kann frühestens im Jahr 2016 eingeführt werden. Auswirkungen auf das Verkehrsverhalten bewegen sich unterhalb der Messbarkeitsgrenze.

Wie im Vorjahr werden auch weiterhin durch die Aufgabenträger vermehrt Verkehrsleistungen in wettbewerblichen Verfahren vergeben. Steigerungen im Bereich der Fahrgastzahlen können zum Ausgleich der Kostensteigerung, insbesondere im Energiesektor, durch den Aufgabenträger (Bruttovertrag) oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen (Nettovertrag) genutzt werden.

Die derzeitige Festlegung auf eine (nominale) Dynamisierungsrate der Regionalisierungsmittel (1,5 % p. a.) setzt bereits eine Produktivitätssteigerung voraus, die reale Steigerungen der Personal- und Energiekosten auffangen soll. Es wird davon ausgegangen, dass der SPNV auch weiterhin politisch unterstützt wird, so dass eine Konkurrenzfähigkeit zum Pkw-Verkehr gegeben ist.

Geschäftsverlauf

Schienenpersonennahverkehr

Alle in den Jahren 2011 und 2012 angeschafften Triebfahrzeuge des Typs Regio Shuttle RS1 waren in 2014, gemäß vertraglicher Verpflichtung gegenüber dem NVR (Nahverkehr Rheinland), auf dem Süd-ast der Strecke in Betrieb.

Diese Dieseltriebfahrzeuge wurden im Rahmen eines Mietkaufvertrages von der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH erworben. Parallel hierzu erfolgte die entsprechende Ausbildung aller Triebfahrzeugführer auf dieser neuen Baureihe des Fahrzeugtyps.

In den Bereichen SPNV, Werkstatt, Infrastruktur und ECM (Entity in Charge of Maintenance) wurde das elektronische Übergabebuch eingeführt und weiterentwickelt, das ganzheitlich im Unternehmen Prozesse mit Hilfe einer eigens entwickelten Software und dem Einsatz moderner Hardwarelösungen vereinfacht.

Die Verkehrsleistungen auf der eigenen Infrastruktur der Rurtalbahn GmbH im Rahmen des Schienenpersonennahverkehrs betragen rund 887.000 Jahreszugkilometer.

Die Verkehrsleistung auf der Strecke Mönchengladbach-Dalheim im Auftrag der DB Regio NRW wurde auch in 2014 erbracht. Diese Leistung wird in 2015 fortgesetzt. Im Gegenzug hierzu erbrachte die DB Regio NRW durchgehende Zugverbindungen von Heerlen nach Heimbach.

Verstärkt wurden auch in 2014 Sonderverkehre auf der Bördebahn (Düren - Zülpich) in Zusammenarbeit mit der IG Bördebahn e. V. auf dem Bubenheimer Spielplatz angeboten. Der erfolgreiche Wochenendverkehr zur Landesgartenschau nach Zülpich soll im Zuge einer stufenweisen Reaktivierung der Bördebahn fortgesetzt werden.

Zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Marke Rurtalbahn und einer damit einhergehenden positiven Identifikation mit dem Unternehmen wurden auch in 2014 diverse Marketingmaßnahmen durchgeführt.

Schienen Güterverkehr

Durch die Gründung der Rurtalbahn Cargo GmbH wurde dem stetig wachsenden Güterverkehrsanteil Rechnung getragen. Die Gesellschaft übernimmt im Rahmen von Dienst- und Kooperationsverträgen die selbstständige Durchführung der ehemaligen Güterverkehrssparte der Rurtalbahn GmbH.

Eisenbahninfrastruktur und Infrastruktur Planung

Im Rahmen von Funktionsverbesserungen wurde auf der Strecke zwischen Düren und Jülich der Bahnschwellenwechsel durchgeführt. Des Weiteren wurde die technische Sicherung und die Straßenführung bei den Bahnübergängen Üdingen I und Üdingen II erneuert.

Betriebswerkstatt

Infolge der Ausweitung der nationalen und internationalen Güterverkehrsleistungen sowie der an den eigenen Lokomotiven, Güterwagen und Triebfahrzeugen durchzuführenden Untersuchungen wurden die Kapazitäten im Bereich Schienenwerkstatt merklich durch den eigenen Fuhrpark in Anspruch genommen. So wurde die V 1 Verlängerung der eigenen FC-Wagen in 2014 weitestgehend abgeschlossen.

Im Laufe des Berichtsjahres hat die Geschäftsführung eine Revision des Betriebswerkstattbereichs vorgenommen und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung im Personal- und Tätigkeitsbereich ergriffen.

Schulungen der Werkstattmitarbeiter wurden in regelmäßigen Abständen durchgeführt, um so den ständig wachsenden Anforderungen an die Technik und deren Instandhaltung gewachsen zu sein.

Durch optimal ausgestattete Werkstattwagen sind die Mitarbeiter auch in der Lage, am Einsatzort der Fahrzeuge Instandsetzungen vor Ort durchführen zu können.

Aufgrund von Auflagen in den EU-Richtlinien ist ein Instandhaltungsmanagementsystem (ECM) einzuführen und umzusetzen. Dieses wurde im Bereich Schiene implementiert, eine Instandhaltungsbescheinigung wurde bis Mitte 2019 verlängert.

Verwaltung

Im kaufmännischen Bereich erfolgt die Abwicklung auf Basis von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin R.A.T.H. GmbH. Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterliegen einer permanenten Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen.

Geschäftsführung und Bereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Abgleiche auf Basis des Business-plans. Die Ertragsdaten werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich analysiert. Des Weiteren werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

Die Aufgabenschwerpunkte im Geschäftsjahr lagen in der Einführung eines Datenmanagementsystems sowie in der technischen Umsetzung des SEPA-Verfahrens.

Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

Ergebnis in TEUR	2014	2013	Veränderung
Umsatzerlöse	13.202	14.755	-1.553
Erträge aus der Auflösung des SoPo	188	201	-13
Sonstige betriebliche Erträge	3.629	5.260	-1.631
Materialaufwand	-3.153	-4.919	1.766
Personalaufwand	-4.688	-4.716	28
Abschreibungen	-1.119	-1.111	-8
Sonstige betriebl. Aufwendungen	-5.687	-6.990	1.303
Zinsergebnis	-274	-296	22
Steuern	-730	-734	4
Jahresergebnis	1.368	1.450	-82

Die Ertragslage ist maßgeblich vom Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs geprägt. Der überwiegende Teil des Umsatzes im Bereich Schienenpersonennahverkehr wurde durch Barverkäufe von Fahrscheinen sowie Geschäften mit kommunalen Unternehmen bzw. Zuschüssen der öffentlichen Hand erzielt. Daher ist ein Ausfallrisiko in diesem Segment begrenzt.

Das Rohergebnis (Ergebnis aus Umsatzerlösen zzgl. sonstigen betrieblichen Erträgen inkl. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens abzüglich Materialaufwand und Aufwand für fremdbezogenes Personal) belief sich im Geschäftsjahr auf TEUR 11.379 (i. V. TEUR 13.019). Der Rückgang um TEUR 1.641 resultiert im Wesentlichen aus rückläufigen Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen (in Summe - TEUR 3.198), denen ein rückläufiger Material-

aufwand (- TEUR 1.766) und ein gestiegener Aufwand für fremdbezogenes Personal (+ TEUR 209) gegenübersteht. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus Einmaleffekten im Vorjahr.

Die Zuschüsse aus den Transfermitteln gemäß ÖPNV-NRW stellen für die Rurtalbahn GmbH eine wesentliche Einnahmequelle dar. Durch diese wird das zunächst negative operative Ergebnis in einen Jahresüberschuss überführt.

Eine Änderung in den Transfermitteln würde entsprechende Auswirkungen haben oder müsste mit einer entsprechend geringeren Verkehrsleistung einhergehen. Die drohenden Einschnitte bei den Transfermitteln haben sich bisher nicht eingestellt.

Das Bundeskabinett hat in 2014 beschlossen, die Regionalisierungsmittel auch in 2015 mit einer Dynamisierungsrate von 1,5 % fortzuschreiben. Dagegen soll die noch ausstehende Revisi- on der Regionalisierungsmittel erst für den Zeitraum ab 2016 erfolgen.

Die Transfermittel dienen als Ausgleich der Betriebskosten, die infolge der Verkehrsleistung und der notwendigen Trassenentgelte auf der Rurtalbahn entstehen.

Die Verkehrsleistung basiert derzeit auf einem Zuwendungsbescheid des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland von Dezember 2010. Die Laufzeit beträgt 15 Jahre. Die Trassenentgelte stehen der Rurtalbahn GmbH aufgrund des Eingangs erwähnten Infrastrukturpachtvertrages langfristig zu.

Auf der Aufwandsseite stellen die bezogenen Leistungen, aufgrund langfristiger Verträge, von der Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren die maßgeblichen Positionen dar, welche sich in der Summe auf TEUR 3.382 belaufen. In dieser Höhe sind die Aufwendungen auch für die Folgejahre zu kalkulieren.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 5.687 (i. V. TEUR 6.990) reduzierten sich um TEUR 1.303. Der Rückgang ist insbesondere in den Bereichen Weiterbelastungen (- TEUR 2.127), Versicherungen und Unfallkosten (- TEUR 256), Marketing (- TEUR 75) sowie bei den periodenfremden Aufwendungen (-TEUR 132) zu verzeichnen, während die Raumkosten (+ TEUR 295), die Reparaturen und Instandhaltungskosten (+ TEUR 785) sowie die Forderungsverluste (+ TEUR 145) in 2014 angestiegen sind.

Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich leicht steigend entwickeln. Die Entwicklung der Energiekosten ist insbesondere im Bereich der Dieselkraftstoffe stark von der welt-weiten Nachfrage abhängig. Preissteigerungen am Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Im Personalaufwand in Höhe von insgesamt TEUR 4.688 (i. V. TEUR 4.716) hat sich eine tariflich vereinbarte Gehaltserhöhung von 2 % ausgewirkt. Die Tarifverhandlungen zwischen Rurtalbahn GmbH und EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft) wurden 2013 abgeschlossen. Es wurden Lohnerhöhungen bis zu 2,2 % pro Jahr als Inflationsausgleich sowie leistungsorientierte Zulagen vereinbart. Der Entgelttarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2016. In Summe sank der Gesamtpersonalaufwand um TEUR 28, der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Mitarbeiterwechsel leitender Angestellter von der Rurtalbahn GmbH zur R.A.T.H. GmbH.

Die positive Entwicklung im Zinsergebnis im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von TEUR 22 basiert auf mehreren, gegenläufigen Effekten. Zum einen reduzierten sich in 2014 die Zinsauf-

wendungen um TEUR 44 von TEUR 398 (2013) auf TEUR 354 (2014). Zugleich sanken aber die Zinserträge aus den Ausleihungen an Gesellschafter, die seit 2013 im Finanzergebnis ausgewiesen werden, um TEUR 22.

Finanzlage

	2014 TEUR	2013 TEUR
Jahresüberschuss	1.368	1.450
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.119	1.111
+/- Zunahme/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	25	18
+/- Zunahme/Abnahme Sonderposten mit Rücklagenanteil	-188	-201
+/- Zunahme/Abnahme der mittel- und kurzfristigen Rückstellungen	267	-730
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1	0
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	933	570
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	<u>-58</u>	<u>-524</u>
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	<u>3.467</u>	<u>1.694</u>
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	15	0
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-202	-91
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4	-7
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	260
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	<u>-1.022</u>	<u>-257</u>
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-1.213</u>	<u>-95</u>
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	<u>-1.450</u>	<u>-1.423</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-1.450</u>	<u>-1.423</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	804	176

+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>2.489</u>	<u>2.313</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>3.293</u>	<u>2.489</u>

Liquide Mittel werden mit TEUR 3.293 (i. V. TEUR 2.489) ausgewiesen. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 804. Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2014 ein positiver operativer Cashflow in Höhe von TEUR 3.467. Dieser zeigt eine hohe Innenfinanzierungskraft und Stabilität der Gesellschaft.

Aufgrund des bestehenden Zuwendungsvertrags über das Erbringen von Eisenbahnverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr auf der SPNV-Linie RB 21 auf den Kursbuchstrecken 483 (Düren - Linnich) und 484 (Düren - Heimbach) des Aufgabenträgers Zweckverband Nahverkehr Rheinland erhält die Rurtalbahn GmbH festgelegte Vergütungen des Auftraggebers, die einer im Bundesregionalisierungsgesetz festgeschriebenen jährlichen Dynamisierung in Höhe von 1,5 % zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leistet der Auftraggeber gegenüber der Rurtalbahn GmbH monatliche Zuwendungen auf den Gesamtanspruch. Diese Zuwendungen werden dem ZV NVR durch das Land NRW nach den einschlägigen Rechtsvorschriften, derzeit gem. § 11 ÖPNVG NRW, zur Verfügung gestellt.

Die Höhe der Zuwendungen bestimmt sich nach den vertraglich vereinbarten SPNV-Leistungen im Gebiet des ZV NVR im Umfang von rund 869 TZugkm/Normjahr. Die endgültige Abrechnung des bestellten Betriebsprogramms erfolgt spätestens zum 31. März des jeweiligen Folgejahres auf der Grundlage eines Normjahres. Diese eigenen flüssigen Mittel stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die Rurtalbahn GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, auftretende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Rurtalbahn GmbH schließt zum 31. Dezember 2014 mit TEUR 19.374 (i. V. TEUR 19.410). Dies bedeutet eine Vermögensabnahme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 36.

Das Anlagevermögen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 12.146 (i. V. TEUR 12.053). Der Anstieg in Höhe von TEUR 93 wird bestimmt durch die planmäßigen Abschreibungen im Sachanlagevermögen sowie den erhöhten Finanzmittelbedarf der BTG mbH.

Die Anlagendeckung (Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich 65 % des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Bestand des Sachanlagevermögens inkl. der immateriellen Vermögensgegenstände) beträgt zum 31. Dezember 2014 rd. 75 %. Dies weist auf eine hohe finanzielle Stabilität hin.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und die Sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 2.788 (i. V. TEUR 3.750).

Die Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 362 resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung der Forderungen gegen die Dürener Kreisbahn GmbH. Die Leistungen wurden regelmäßig abgerechnet und beglichen.

Der Bestand der Sonstigen Vermögensgegenstände verringerte sich um TEUR 718 auf TEUR 1.296 (i. V. TEUR 2.014). Im Rahmen der sonstigen Vermögensgegenstände ist die Forderung der Gesellschaft aus einem Zuschuss seitens der EU-Kommission in Höhe von TEUR 422, welcher der Rurtalbahn GmbH für den Einbau von ETCS-Sicherheitssystemen gewährt wurde, beglichen worden. Des Weiteren werden die Forderungen gegen das Finanzamt (aus Umsatzsteuer) seit diesem Jahr aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft mit der R.A.T.H. Holding GmbH & Co. KG seit dem 1. Januar 2014 unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen.

Als größter Posten ist unter den Sonstigen Vermögensgegenständen die Ausgleichsforderung gemäß § 16 AEG zu nennen (TEUR 749).

Auf der Passivseite stellen die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 8.898 (i. V. TEUR 8.393) die höchste Bilanzposition dar. Diese beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin BTG in Höhe von TEUR 7.177 aus Darlehensgewährung gemäß Mietkaufvertrag zur Finanzierung der RS 1 Fahrzeuge.

Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus einer erhaltenen Vorauszahlung für den Verkauf von drei Triebwagen in Höhe von TEUR 1.378. Gegenläufig ist der Effekt aus den in 2014 geleisteten Tilgungszahlungen bzgl. der Darlehensgewährung an die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH. Von diesen Darlehensverbindlichkeiten haben TEUR 4.281 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Das Eigenkapital beläuft sich auf TEUR 6.362 (i. V. TEUR 6.445), dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 32,8 % (i. V. 32,8 %).

Nachtragsbericht

Es sind keine besonderen Vorgänge nach Ende des Geschäftsjahres eingetreten.

Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft weiterhin eine positive Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis.

Durch eine Neuausrichtung und größere Diversifikation der Unternehmung an andere Kooperationspartner bzw. Kunden in nahezu allen Unternehmensbereichen soll die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Rurtalbahn GmbH weiter gestärkt werden.

Die neuen Möglichkeiten sollen in den nächsten Jahren verstärkt ausgenutzt und ausgebaut werden, indem die Gesellschaft offensiver auf dem Verkehrsmarkt agiert. Hierzu verfügt sie über ein junges, flexibles, innovatives und hochqualifiziertes Team, welches aktiv die Rurtalbahn GmbH im Jahre 2014 gestaltet hat und sie auch zukünftig gestalten wird.

Aufgrund der guten Ausgangssituation sowie der strategischen Ausrichtung rechnet die Rurtalbahn GmbH, trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation, für das Geschäftsjahr 2015 mit einem leicht steigenden Umsatz und einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR 1,9 Mio.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis zzgl. Steuern vom Einkommen und Ertrag zur Gesamtleistung inkl. Zuschüssen) beträgt rd. 16 %. Dies bedeutet einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr und dem prognostizierten Wert. Für das Jahr 2015 wird eine Umsatzrendite in Höhe von rd. 13 % erwartet.

Wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre sind nicht ersichtlich.

Chancen- und Risikobericht

Die Rurtalbahn GmbH hat sich aufgrund der Neuordnung eine gute Ausgangsbasis für die zukünftigen Wettbewerbsverschärfungen und Wettbewerbschancen geschaffen.

Dabei stellen die Zuschüsse aus den Transfermitteln gemäß ÖPNV-NRW für die Rurtalbahn GmbH eine wesentliche Einnahmequelle dar. Durch diese wird das zunächst negative operative Ergebnis in einen Jahresüberschuss überführt.

Eine Änderung in den Transfermitteln würde entsprechende Auswirkungen haben oder müsste mit einer entsprechend geringeren Verkehrsleistung einhergehen.

Die drohenden Einschnitte bei den Transfermitteln haben sich nicht eingestellt, für 2015 ist auch eine Dynamisierung der Transfermittel in Höhe von 1,5 % vom Bundeskabinett beschlossen worden.

In 2014 konnten sich Bund und Länder aber nicht über eine finale Anschlussregelung bei den Regionalisierungsmitteln einigen. Trotz zweier unabhängiger Gutachten, die beide eine deutliche Anhebung der Mittel vorschlugen, hat die Bundesregierung in 2014 lediglich den finanziellen Status Quo um ein Jahr fortgeschrieben. So bekommen die Länder aktuell rund 7,4 Milliarden Euro aus den Regionalisierungsmitteln, hauptsächlich zur Finanzierung des Nahverkehrs auf der Schiene, aber auch für Investitionen in den allgemeinen ÖPNV. Nötig wären allerdings, unter anderem wegen stark gestiegener Trassen- und Stationspreise, laut der vorliegenden Gutachten bis zu 8,5 Milliarden Euro pro Jahr und eine deutlich höhere Dynamisierung als bisher. Das Interesse der Länder besteht auch in einer jährlichen Anhebung der Bundesmittel um zwei Prozent, um notwendige Planungssicherheit zu erreichen sowie die steigenden Energie- und Betriebskosten auffangen zu können.

Der Bundesrat hat daher in 2014 den Vermittlungsausschuss angerufen, der aufgrund der vorliegenden Gutachten zu einer sachlichen Bewertung kommen muss.

Inwieweit die Bund-Länder-Kommission den gutachterlichen Empfehlungen zur Bemessung und Verteilung der Regionalisierungsmittel folgt, bleibt abzuwarten.

Die Verkehrsleistung basiert derzeit auf einem Zuwendungsbescheid des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland von Dezember 2010. Die Vertragslaufzeit für die Strecke Düren-Heimbach (Südast) beträgt 15 Jahre.

Für den Nordast (Düren-Jülich-Linnich) endet der Zuwendungsbescheid in 12/2016. Der Zweckverband Nahverkehr Rheinland GmbH (ZV NVR) wird in 2015 die Verkehrsleistung neu ausschreiben. Es handelt sich um 430.000 Zugkm/a für den Zeitraum vom 11. Dezember 2016 bis 13. Dezember 2020. Der Aufgabenträger kann die Vertragsdauer um ein Jahr verkürzen oder verlängern.

Aufgrund der Zugänge der fünf RS 1 Fahrzeuge in den Jahren 2011 und 2012 hat die Rurtalbahn GmbH Reservefahrzeuge der Regiosprinter verstärkt in 2014 vermietet; dies soll auch in 2015 praktiziert werden. Weiterhin wurden drei Regiosprinter im Jahr 2014 veräußert. Der entsprechende Zahlungseingang erfolgte in 2014, die Lieferung jedoch erst im Januar 2015.

Mit der Fertigstellung, Abnahme und Inbetriebnahme der Eisenbahnüberführung BAB 4 sowie der Reaktivierung der Strecke „Lindern - Heinsberg“ hat die Abteilung Infrastruktur und Planung entsprechende Kenntnisse und Know-how im Eisenbahninfrastrukturbereich bewiesen. Aufbauend auf diesen umfassenden Erfahrungen im Bereich der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, der bedarfsgerechten Unterhaltung und des Betriebs von Nebenbahnen wird die Rurtalbahn als Komplettdienstleister wirtschaftliche Lösungen für das gesamte Eisenbahnwesen mit dem Schwerpunkt „Regionalbahnen“ verstärkt am Markt anbieten.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die Rurtalbahn GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen. Im Neukundenbereich sind vor der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen entsprechende Bonitätsauskünfte einzuholen.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft, Investitionen werden aus Eigenmitteln dargestellt. Eine Aufnahme von Fremdverbindlichkeiten ist aus Sicht der Geschäftsführung nicht notwendig.

Preissteigerungen am Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbahn GmbH ist an der VIAS GmbH beteiligt (vgl. Seite 477).

**Rurtalbus GmbH**

Kölner Landstr. 271
 52351 Düren
 Telefon: 02421/3901-30
 Telefax: 02421/3901-29
 E-Mail: info@rurtalbus.de
 Homepage: -

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens, sowie Gelegenheitsverkehr im Rahmen des öffentlichen Verkehrs.

Der Betrieb des Verkehrsunternehmens gliedert sich in den Betrieb:

- auf der Straße
- auf der Schiene.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Juli 2013 hat die Gesellschaft ihr operatives Geschäft mit dem 31. Juli 2013 eingestellt. Im Zuge dessen hat sich der Aufsichtsrat aufgelöst. Mit Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 12.05.2014 wurde der Aufsichtsrat als Organ gestrichen. Die Gesellschafter haben am 30. März 2015 die Liquidation der Gesellschaft zum 30. Juni 2015 beschlossen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit den Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung übt die ihr durch Gesetz oder den Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben aus. Sie überwacht die Tätigkeit des Geschäftsführers. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen

1. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses und der Wirtschaftsplan,
2. die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Anstellungs- und sonstiger Verträge mit ihnen,
3. die Entlastung der Geschäftsführer,
4. die Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen die Mitglieder der Geschäftsführung,
5. die Erhebung von Nachschüssen zum Stammkapital, sowie die Erhöhung des Stammkapitals, sofern nicht allen Gesellschaftern

- tern im Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile ein Bezugsrecht eingeräumt wird,
6. die Änderung des Gesellschaftervertrages, Aufnahme neuer Gesellschafter, die Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen, die Auflösung der Gesellschaft sowie die Ernennung und Abberufung von Liquidatoren,
 7. die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen,
 8. der Erwerb und Verkauf und/oder die Verfügung über Beteiligungen jeder Art an anderen Gesellschaften einschließlich ihrer Beendigung und Kündigung sowie die Zustimmung zum Abschluss oder zur Kündigung von Unternehmensverträgen i.S.d. §§ 291 ff. Aktiengesetz,
 9. die Bestellung und Abberufung von Prokuristen,
 10. die Bestimmung der Abschlussprüfer,
 11. a) Rechtsgeschäfte, die Verpflichtungen für die Gesellschaft begründen,
 b) der Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 c) die Aufnahme und die Gewährung von Darlehen und
 d) die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Gewährleistungsverträgen sowie von anderen gleichartigen Rechtsgeschäften,
 soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000,00 € außerhalb des Wirtschaftsplanes übersteigen,
 12. sonstige Rechtsgeschäfte, die über den normalen Betrieb des Unternehmers hinausgehen.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Lau, Christian Schmitz, Thomas	Mönchen- gladbach Stolberg	1 Stimme	je 50 € Stammkapital
Gesellschafter- versammlung:				

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafter- versammlung:	Emunds, Guido	BTG	Geschäftsführer
---	---------------	-----	-----------------

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

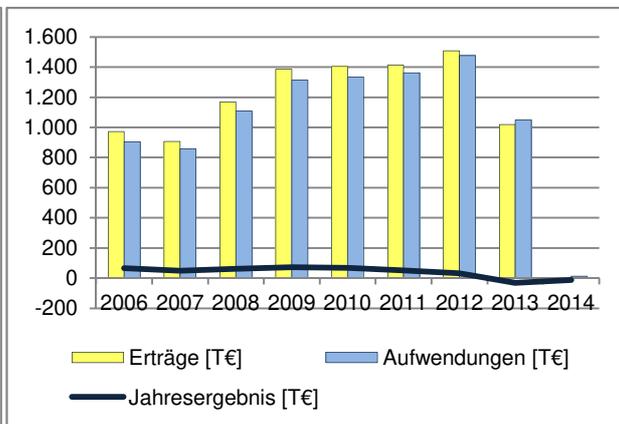
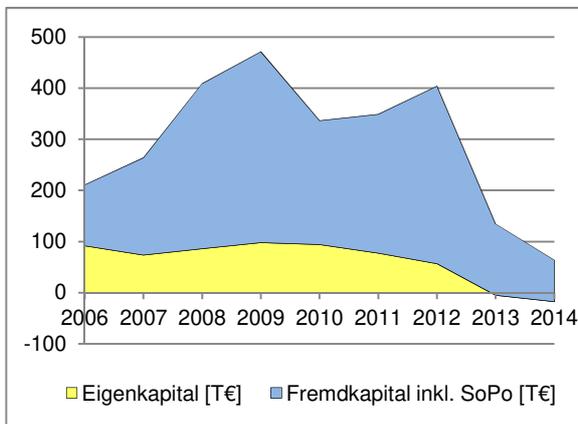
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52351 Düren	
gezeichnetes Kapital:	25.000,00 €	

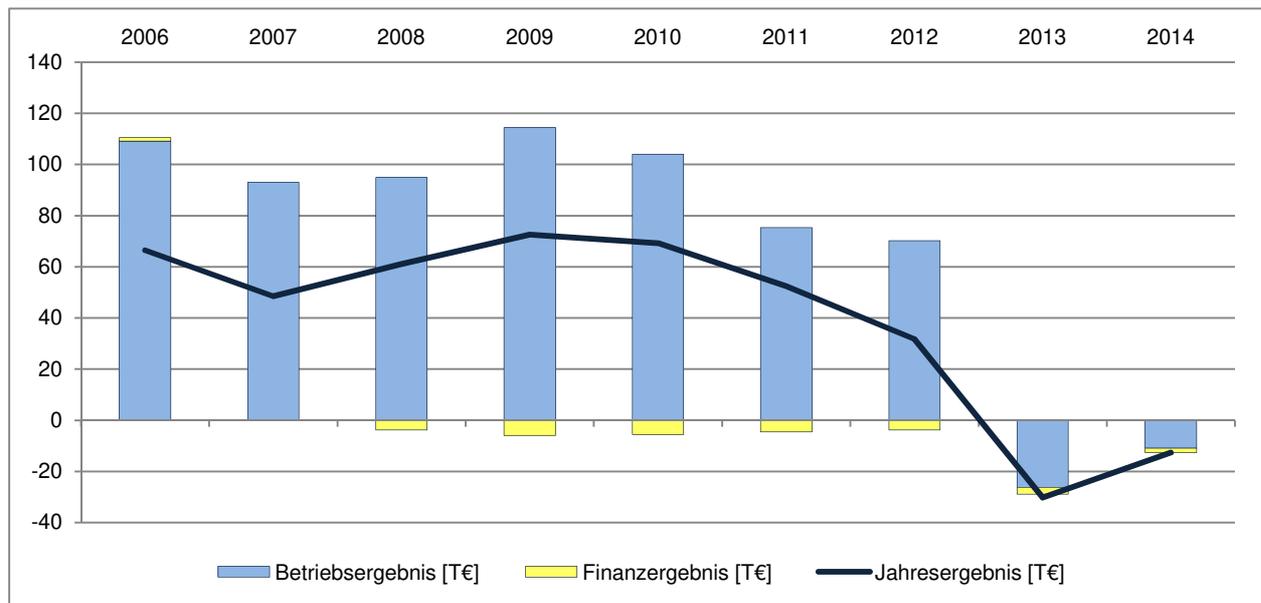
Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	5.950,00 €	23,80%
Veolia Verkehr Rheinland GmbH	6.300,00 €	25,20%
R.A.T.H. GmbH	12.750,00 €	51,00%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	152.479,00 €	48,00 €	0,00 €	-48,00 €	-100,00%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermö- gensgegenstände	212.598,01 €	83.939,16 €	63.793,55 €	-20.145,61 €	-24,00%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kre- ditinstituten	38.805,56 €	50.308,50 €	0,00 €	-50.308,50 €	-100,00%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
D. nicht durch Eigen- kapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	5.287,06 €	17.930,45 €	12.643,39 €	239,14%
Summe Aktiva	403.882,57 €	139.582,72 €	81.724,00 €	-57.858,72 €	-41,45%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	
II. Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	-30.287,06 €	-30.287,06 €	
III. Jahresüberschuss	31.773,62 €	-30.287,06 €	-12.643,39 €	17.643,67 €	-58,25%
IV. nicht gedeckter Fehl- betrag	0,00 €	5.287,06 €	17.930,45 €	12.643,39 €	239,14%
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	36.421,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
C. Rückstellungen	88.135,88 €	25.267,22 €	14.922,97 €	-10.344,25 €	-40,94%
D. Verbindlichkeiten	222.552,07 €	114.315,50 €	66.801,03 €	-47.514,47 €	-41,56%
Summe Passiva	403.882,57 €	139.582,72 €	81.724,00 €	-57.858,72 €	-41,45%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.503.362,84 €	995.881,10 €	0,00 €	-995.881,10 €	-100,00%
2. sonstige betriebliche Erträge	5.832,30 €	23.101,81 €	856,96 €	-22.244,85 €	-96,29%
3. Materialaufwand	624.526,99 €	416.407,37 €	0,00 €	-416.407,37 €	-100,00%
4. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	547.575,67 €	363.636,62 €	0,00 €	-363.636,62 €	-100,00%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	112.534,87 €	71.529,01 €	62,00 €	-71.467,01 €	-99,91%

für Altersversorgung und für Unterstützung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
5. Abschreibungen a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	23.118,82 €	19.238,00 €	48,00 €	-19.190,00 €	-99,75%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	131.254,23 €	174.391,77 €	11.661,41 €	-162.730,36 €	-93,31%
Betriebsergebnis	70.184,56 €	-26.219,86 €	-10.914,45 €	15.305,41 €	-58,37%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0,00 €	18,29 €	0,00 €	-18,29 €	-100,00%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.774,68 €	2.605,03 €	1.728,94 €	-876,09 €	-33,63%
Finanzergebnis	-3.774,68 €	-2.586,74 €	-1.728,94 €	857,80 €	-33,16%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	66.409,88 €	-28.806,60 €	-12.643,39 €	16.163,21 €	-56,11%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.166,26 €	807,46 €	0,00 €	-807,46 €	-100,00%
11 sonstige Steuern	1.470,00 €	673,00 €	0,00 €	-673,00 €	-100,00%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	31.773,62 €	-30.287,06 €	-12.643,39 €	17.643,67 €	-58,25%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	31	17	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Konzerns

Die Rurtalbus GmbH (RTBus oder Gesellschaft) mit Sitz in Düren ist ein Personenbeförderungsunternehmen. Die Busse der RTBus fahren im Raum Düren und befördern Fahrgäste im Linien- und freigestellten Schülerverkehr.

Neben der Erbringung von Verkehrsleistungen hat die RTBus eigene Kraftomnibusse vermietet. Die RTBus ist eine Tochter der Gesellschaften R.A.T.H GmbH, Düren (51%), Veolia Verkehr Rheinland GmbH, Aachen (25,2%) und Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH, Düren (23,8%).

Die Gesellschaft unterliegt den Regelungen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld als stabil erwiesen und bleibt auf Wachstumskurs, wenn auch nur leicht. Der deutsche Arbeitsmarkt stellt sich nach wie vor positiv dar. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2014 um 0,1 % höher als im zweiten Quartal und höher als im Vorjahr (+1,2 %). Im zweiten Quartal 2014 war das BIP geringfügig zurückgegangen (- 0,1 %), nachdem die deutsche Wirtschaft mit viel Schwung ins Jahr gestartet war (erstes Quartal 2014: + 0,8 %).

Im Jahr 2015 dürfte sich die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen und der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bei 1,0 % liegen. Bei einer erwarteten Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % und einer Inflationsrate von 0,7 % (bedingt durch den Ölpreiserückgang) ist ein Abgleiten in die Deflation nicht wahrscheinlich.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im ersten Halbjahr 2014 waren in Deutschland fast 5,6 Milliarden Passagiere im Linienverkehr mit Bussen und Bahnen zu verzeichnen. Dies sind somit 0,5 % mehr als im ersten Halbjahr 2013.

Im Nahverkehr stieg das Fahrgastaufkommen laut Statistischem Bundesamt im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 um 0,5%. Im Fernverkehr war ein Rückgang um 0,3 % zu verbuchen. Im Schnitt wurden fast 31 Millionen Fahrten am Tag zurückgelegt. Eisenbahnen und S-Bahnen beförderten 1,2 Milliarden Passagiere (+ 2,1 %), mit Straßen-, Stadt- und U-Bahnen fuhren 1,9 Milliarden Fahrgäste (+ 1,8 %), dagegen wurden im Busverkehr weniger Fahrgäste registriert (- 1,2 %, auf 2,7 Milliarden Passagiere).

Im Fernverkehr (ausgenommen Fernbus) wurden 62 Millionen Personen befördert und damit 0,5 % weniger als im ersten Halbjahr 2013. Aufgrund der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes und der Öffnung des Marktes für Fernbusse ab Januar 2013 stieg die Zahl der Passagiere in diesem Sektor stark um 8,1 % auf fast 1,4 Millionen an. Zahlreiche Unternehmen wie MeinFernbus oder FlixBus sowie der Postbus stiegen in den Markt ein und betreiben derzeit eine Vielzahl von Fernbus-Strecken, deren Rentabilität sich erst zeigen muss. Ein großes Problem sind dabei auch die kaum oder nicht vorhandenen Zentralen Omnibusbahnhöfe (ZOBs) und deren Finanzierung.

Im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) herrschte auch im Jahr 2014 weiterhin enormer Wettbewerbsdruck um Ausschreibungen von Neu- oder Bestandsverkehren. Zu den größten Wettbewerbern der Veolia Verkehr GmbH gehören weiterhin die Deutsche Bahn AG, Tochtergesellschaften ausländischer Staatsbahnen wie Netinera (italienische Staatsbahn FS) und Abellio (niederländische Staatsbahn NS) sowie große Landesbahnen (wie die Hessische Landesbahn). Der Eintritt weiterer Wettbewerber in den Markt hat sich auch in 2014 fortgesetzt, neben National Express nunmehr auch Go Ahead als zweitem großen britischen in Deutschland präsenten Verkehrskonzern.

Im SPNV-Markt steigern die Wettbewerber der DB AG weiterhin ihre Marktanteile. Im Jahr 2014 lag die Anzahl der Vergabeverfahren höher als in den Vorjahren. Dieser Trend wird sich in den folgenden 2-3 Jahren fortsetzen, insbesondere wegen des Auslaufens großer Verkehrsverträge der DB in Baden-Württemberg und bei verschiedenen S-Bahn- und Expressnetzen in Ballungsräumen. Darüber hinaus werden derzeit viele frühe wettbewerbliche Verkehrsverträge zum zweiten Mal ausgeschrieben, nachdem ihre oft rund zehnjährige Vertragslaufzeit ausläuft. Bis 2016 sollen insgesamt mindestens weitere 150 Millionen Zugkilometer (Zkm) ausgeschrieben werden.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat zu Beginn des dritten Quartals 2013 die Aufgaben der Geschäftsfelder beschlossen und im Geschäftsjahr weder diese noch andere Tätigkeiten wieder aufgenommen.

Vielmehr haben die Gesellschafter die mit Gesellschafterbeschluss vom 30. März 2015 die Liquidation der Gesellschaft zum 30. Juni 2015 beschlossen und die noch vorhandenen Vermögensgegenstände einzeln zu veräußern. Stille Reserven sind nach Auffassung der Geschäftsführung nicht vorhanden.

Aufgrund der Aufgabe der Geschäftsfelder sind weder gefahrene Kilometer geleistet worden, noch Mitarbeiter in der Gesellschaft enthalten.

Lage**Vermögenslage**

Bezüglich der Vermögenslage ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild. In Abweichung zur Bilanz sind in der Darstellung Zuschüsse zum Anlagevermögen nicht als Sonderposten passiviert, sondern mit dem Anlagevermögen saldiert.

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	0	0%	0	0%	0	0%
Kurzfristige Forderungen	64	77%	84	60%	-20	-14%
Flüssige Mittel	0	0%	50	36%	-50	-100%
Übrige Aktiva	18	23%	5	4%	13	239%
	82	100%	140	100%	-58	-41%
Kapital						
Eigenkapital	0	0%	0	0%	0	0%
Kurzfristige Verbindlichkeiten	82	100%	140	100%	-58	-41%
Langfristige Verbindlichkeiten	0	0%	0	0%	0	0%
	82	100%	140	100%	-58	-41%

Das geringe Anlagevermögen der Gesellschaft ist darauf zurückzuführen, dass die im Anlagevermögen gehaltenen Busse im Geschäftsjahr 2013 aufgrund der Aufgabe aller Geschäftsfelder veräußert wurden.

Die Veränderung des Eigenkapitals beruht aus dem Jahresfehlbetrag 2014 in Höhe von TEUR 13. Der Vorjahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 30 wurde auf neue Rechnung vorgetragen bzw. wurde seitens der Gesellschafter Ende Januar 2015 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage vorgenommen.

Die Abnahme der kurzfristigen Verbindlichkeit ist stichtagsbezogen und ergibt sich aus dem geänderten Zahlungsverhalten zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr bzw. der Aufgabe der Geschäftsfelder und Beendigung der Lieferantenbeziehungen im Vorjahr.

Finanzlage

Die Veränderung der Finanzmittel zum Bilanzstichtag stellt sich wie folgt dar:

	2014 TEUR
Jahresüberschuss	-13
Abnahme der Rückstellungen	-10
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	47
Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	-28
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-1
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-14
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-28
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-2

Laufende Geschäftstätigkeit	<u><u>-48</u></u>
Investitionstätigkeit	<u><u>0</u></u>
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-2
Finanzierungstätigkeit	<u><u>-2</u></u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	50
Zahlungswirksame Veränderungen	-50
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u><u>0</u></u>
<i>nachrichtlich: Forderungen Cashpool-Konto Veolia-Konzern</i>	<u>-59</u>

Es traten während des laufenden Geschäftsjahres keine Liquiditätsengpässe auf. Durch die Cashpoolvereinbarung mit der Veolia Verkehr GmbH, Berlin verfügt die Gesellschaft über einen stabilen und langfristigen finanziellen Rahmen für das operative Geschäft.

Ertragslage

Gemäß der Gewinn- und Verlustrechnung der beiden letzten Geschäftsjahre ergeben sich nachfolgende Hinweise:

	2014		2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	0	0	996	100	-996	-100
Gesamtleistung	0	0	996	100	-996	-100
Materialaufwand	0	0	416	42	-416	-100
Personalaufwand	0	0	435	44	-435	-100
Abschreibung	0	0	19	2	-19	-100
Sonstiger Betriebsaufwand						
./. Übrige betriebliche Erträge	11	0	151	15	-140	-93
Betrieblicher Aufwand	11	0	1.022	103	-1.011	-99
Betriebsergebnis	-11		-26	-3	15	-58
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-2		-3		1	
Ergebnis vor Ertragsteuern	-13		-29		16	
Ertragsteuern	0		1		-1	
sonstige Steuern	0		1		-1	
Jahresergebnis	-13		-30		18	

Bedingt durch die Aufgabe der Geschäftsfelder am Anfang des letzten Quartals 2013 bzw. der Nichtaufnahme der Tätigkeiten in 2014 sind keine Umsatzerlöse angefallen.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr mit TEUR 0 (VJ TEUR 416) um TEUR 416 gesunken. Dies resultiert ebenfalls aus der Einstellung der operativen Geschäftsfelder am Anfang des letzten Quartals 2013.

Ebenfalls ist der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um 100% gesunken, was einem absoluten Wert von TEUR 435 entsprach und ist im Wesentlichen durch die im Umsatz genannten Gründe geprägt.

Im Finanzergebnis in Höhe von TEUR -2 sind Zinsaufwendungen aus der Cash-Poolvereinbarung im Veolia Verkehr GmbH, Berlin enthalten

Mitarbeiter

Die Mitarbeiteranzahl entwickelte sich wie folgt:

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 0 Mitarbeiter (Vj 17), davon 0 als Fahrer (Vj 10) und 0 als Aushilfen (Vj. 7).

Nachtragsbericht

Folgende wesentlichen Ereignisse sind nach dem Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten, über die zu berichten wären:

- Die Gesellschafter haben am 30. März 2015 die Liquidation der Gesellschaft zum 30. Juni 2015 beschlossen.
- Ende Januar 2015 erfolgte die Einlage der Gesellschafter in die Kapitalrücklage.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Die Gesellschaft hat zu Beginn des dritten Quartals 2013 die Aufgabe der bisherigen Geschäftsfelder beschlossen und diese im Geschäftsjahr nicht wieder aufgenommen.

Aufgrund dessen rechnet die Gesellschaft in den folgenden Geschäftsjahren nicht mit positiven Jahresergebnissen.

Die Geschäftsführung geht nach den Planansätzen für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 von Jahresfehlbeträgen in Höhe von 10 T€ aus.

Aufgrund der zum 31. Dezember 2014 bestehenden bilanziellen Überschuldung i.H.v. 17.930,45 € und der für die Jahre 2015 und 2016 zu erwartenden Jahresfehlbeträge von insgesamt TEUR 10 haben die Gesellschafter Ende Januar 2015 eine Einzahlung in Höhe von TEUR 30 in die Kapitalrücklage der Gesellschaft vorgenommen. Ein entsprechender Beschluss wurde am 16. Januar 2015 gefasst.

Darüber hinaus beabsichtigen die Gesellschafter nicht, die aufgegebenen Geschäftsfelder oder andere Tätigkeiten aufzunehmen. Die Gesellschafter haben vielmehr am 30. März 2015 die Liquidation der Gesellschaft zum 30. Juni 2015 beschlossen und die noch vorhandenen Vermögensgegenstände einzeln zu veräußern. Stille Reserven sind nach der Auffassung der Geschäftsführung nicht vorhanden.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Rurtalbus GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH

Auf der Komm 12
52457 Aldenhoven
Telefon: 02402/101-0
Telefax: 02402/101-1015
E-Mail: info@verbandswasserwerk-aldenhoven.de
Homepage: www.verbandswasserwerk-aldenhoven.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasser- und Wärmeversorgung einschließlich Nah- und Fernwärmeversorgung sowie der Einsatz von modernen Energieerzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke (BHKW), die Einrichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, der Ein- und Verkauf von Wasser und Energie sowie energienaher Dienstleistungen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten die Gesellschaft zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer und ein Prokurist.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus dreizehn Mitglieder, und zwar

1. aus den Bürgermeister der Gemeinden, die an der Gesellschaft beteiligt sind, sofern deren Geschäftsanteile mehr als 10% des Stammkapitals ausmachen. Ihre Mitgliedschaft gilt für die Dauer der Amtszeit (Wahlzeit) und erlischt mit der Bestellung des Nachfolgers;
2. aus den von der Gesellschafterversammlung auf Vorschlag der Gesellschafter auf die Dauer einer Wahlperiode für kommunale Parlamente in Nordrhein-Westfalen gem. § 13 GV Ziffer 3-6 zur

angegebenen Höchstzahl gewählten Mitgliedern.

Soweit der Kreis Düren unmittelbar oder mittelbar Gesellschafter der Gesellschaft ist, nimmt der jeweilige Landrat des Kreises Düren oder der Geschäftsführer der Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht an den Aufsichtsratssitzungen teil.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät die Geschäftsführung und vertritt die Gesellschaft gegenüber den Geschäftsführern gerichtlich und außergerichtlich. Der Aufsichtsrat berät die Vorlagen für die Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen und gibt in folgenden Angelegenheiten Beschlussempfehlungen für die Gesellschafterversammlung ab.

1. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,
2. Aufnahme neuer und Aufgabe vorhandener Geschäftsfelder,
3. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung,
4. Wahl des Abschlussprüfers.

Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften und Maßnahmen gehören insbesondere:

1. Vornahme von Rechtsgeschäften mit Gesellschaftern, die im Einzelfall den Betrag von 20.000 € übersteigen oder ein Dauer-schuldverhältnis begründen,
2. Aufnahme oder Gewährung von Darlehen, deren Betrag im Einzelfall 20.000 € überschreitet, sofern diesen nicht bereits im Rahmen des jährlichen Finanzplans zugestimmt wurde,
3. Erwerb, dingliche Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern hierbei ein Wert von 20.000 € überschritten wird,
4. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, soweit der Streitwert im Einzelfall mehr als 20.000 € beträgt,
5. Abschluss, Abänderung und Aufhebung von wichtigen Lieferungs-, Pacht-, Demarkations-, Betriebsführungs-, Bezugs- und Konzessionsverträgen und Verträgen, durch die die Gesellschaft länger als 1 Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs.
6. Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern,
7. Erteilung und Widerruf von Prokuren,
8. Empfehlungen zu Wasserpreisanpassungen und Tarifänderungen.

Gesellschafter- versammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, soweit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden. Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über folgende Angelegenheiten

1. Änderung des Gesellschaftervertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,
2. Umwandlung, Verschmelzung und Auflösung der Gesellschaft,

3. Gründung, Erwerb und Veräußerung von Unternehmen, Teilen von Unternehmen und Beteiligungen,
4. die Teilung von Geschäftsanteilen,
5. die Veräußerung von Geschäftsanteilen,
6. die Aufnahme neuer Gesellschafter,
7. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen einzustellen oder als Gewinn vorzutragen,
8. die Bestellung des Abschlussprüfers,
9. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
10. die Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und Versorgungsverdingungen, sowie diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
13. Festsetzung der Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates,
14. Wasserpreisanpassungen und Tarifänderung.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dr.-Ing. Herzog, Christoph Schneider, Jürgen	seit 01.01.2016 bis 31.12.2015
Aufsichtsrat:	Gemeinde Aldenhoven Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH Städtisches Wasserwerk E- schweiler GmbH Gemeinde Inden Gemeinde Niederzier	4 Sitze 1 Sitz 3 Sitze 3 Sitze 3 Sitze 30,77 % beratendes Mitglied 23,08 % 23,08 % 23,08 %
Gesellschafter- versammlung:	Jeder Gesellschafter entsendet drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht eines jeden Gesellschafters kann nur einheitlich ausgeübt werden.	1 Stimme je 50 € eine Geschäftsanteils

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang beratendes Mitglied	Kreis Düren	Landrat
Gesellschafter- versammlung:	Fiedler, Franz-Josef Hürtgen, Dirk Königstein, Hans Josef <small>seit 24.06.2015</small>	Kreis Düren BTG Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter Geschäftsführer Kreistagsabgeordneter

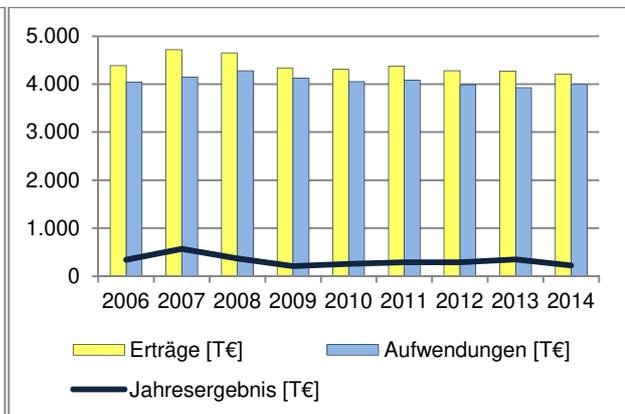
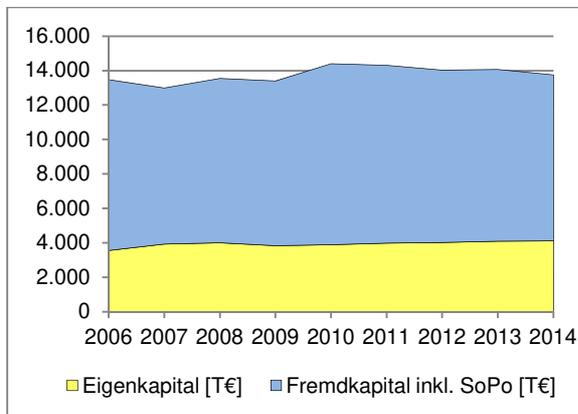
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

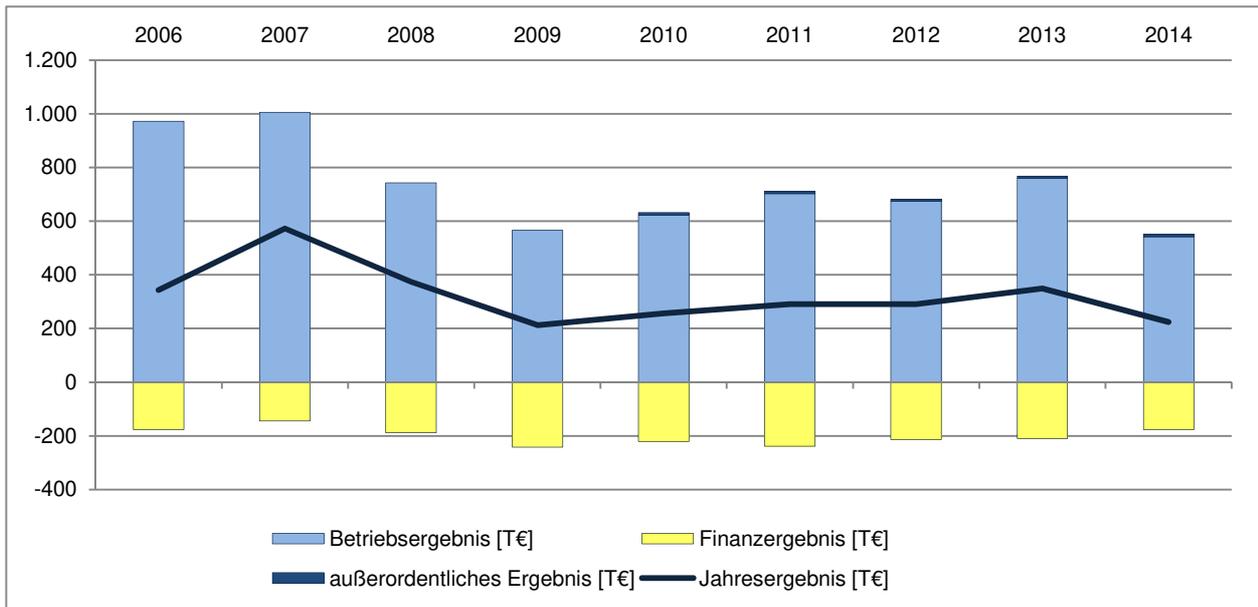
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	52457 Aldenhoven	
gezeichnetes Kapital:	2.047.300 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Aldenhoven	621.700,00 €	30,37%
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren GmbH	24.800,00 €	1,21%
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	494.200,00 €	24,14%
Gemeinde Inden	392.050,00 €	19,15%
Gemeinde Niederzier	514.550,00 €	25,13%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	77.913,00 €	73.445,00 €	78.354,00 €	4.909,00 €	6,68%
II. Sachanlagen	13.071.510,26 €	12.773.733,06 €	12.907.264,27 €	133.531,21 €	1,05%
III. Finanzanlagen	942,00 €	942,00 €	93.942,00 €	93.000,00 €	9872,61%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	10.176,51 €	10.866,35 €	14.655,78 €	3.789,43 €	34,87%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	864.348,22 €	1.200.849,34 €	643.098,42 €	-557.750,92 €	-46,45%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.429,77 €	8.675,64 €	8.604,61 €	-71,03 €	-0,82%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	14.033.319,76 €	14.068.511,39 €	13.745.919,08 €	-322.592,31 €	-2,29%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	2.047.300,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	538.139,53 €	538.139,53 €	538.139,53 €	0,00 €	
III. Gewinnrücklagen	1.033.795,46 €	1.158.795,46 €	1.298.795,46 €	140.000,00 €	12,08%
IV. Gewinnvortrag	108.384,23 €	4.810,32 €	9.453,55 €	4.643,23 €	96,53%
V. Jahresüberschuss	291.426,09 €	349.373,23 €	224.165,93 €	-125.207,30 €	-35,84%
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.028.841,00 €	2.938.325,38 €	2.891.949,00 €	-46.376,38 €	-1,58%
C. Rückstellungen	1.002.018,06 €	1.049.974,56 €	1.096.275,55 €	46.300,99 €	4,41%
D. Verbindlichkeiten	5.967.915,39 €	5.981.398,11 €	5.639.445,26 €	-341.952,85 €	-5,72%
E. Rechnungsabgrenzungsposten	15.500,00 €	394,80 €	394,80 €	0,00 €	
Summe Passiva	14.033.319,76 €	14.068.511,39 €	13.745.919,08 €	-322.592,31 €	-2,29%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	4.006.951,58 €	3.980.159,08 €	3.778.281,46 €	-201.877,62 €	-5,07%
2. sonstige betriebliche Erträge	271.787,83 €	293.506,42 €	438.182,23 €	144.675,81 €	49,29%
3. Materialaufwand	1.227.201,82 €	1.171.775,54 €	1.220.104,90 €	48.329,36 €	4,12%
3. Personalaufwand	50.164,67 €	22.110,14 €	29.035,46 €	6.925,32 €	31,32%
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	875.907,00 €	831.705,00 €	846.135,00 €	14.430,00 €	1,73%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.451.383,66 €	1.488.489,69 €	1.579.677,58 €	91.187,89 €	6,13%
Betriebsergebnis	674.082,26 €	759.585,13 €	541.510,75 €	-218.074,38 €	-28,71%
6. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	11,17 €	34,19 €	0,00 €	-34,19 €	-100,00%
7. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	213.145,25 €	210.200,88 €	176.430,78 €	-33.770,10 €	-16,07%
Finanzergebnis	-213.134,08 €	-210.166,69 €	-176.430,78 €	33.735,91 €	-16,05%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	460.948,18 €	549.418,44 €	365.079,97 €	-184.338,47 €	-33,55%
8. außerordentliche Aufwendungen	8.654,00 €	8.654,00 €	8.654,00 €	0,00 €	
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	151.148,12 €	180.713,25 €	121.480,00 €	-59.233,25 €	-32,78%
10. sonstige Steuern	9.719,97 €	10.677,96 €	10.780,04 €	102,08 €	0,96%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	291.426,09 €	349.373,23 €	224.165,93 €	-125.207,30 €	-35,84%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0
Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.
 Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften der Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH insgesamt 181,94 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2014 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (nachfolgend VWA) versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und öffentlichen Einrichtungen in der Städte-Region Aachen sowie dem Kreis Düren mit Trinkwasser. Zum Versorgungsgebiet gehören Teile der Städte Aisdorf und Eschweiler, die Gemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier sowie Teile der Stadt Jülich.

Seit August 2005 versorgt das Verbandswasserwerk Aldenhoven das Schulzentrum Schwanenstraße in Aldenhoven mit Wärme. Die Wärmeserviceverträge für die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und Kath. Grundschule Aldenhoven) wurden über 10 Jahre abgeschlossen.

Mit den Gesellschaftergemeinden Aldenhoven, Inden und Niederzier wurden am 1. Juli 2005 rückwirkend zum 1. Januar 2005 Konzessionsverträge über eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Der Konzessionsvertrag mit der Stadt Eschweiler trat am 3. Mai 1999 in Kraft und

endet nach 30 Jahren am 3. Mai 2029. Mit der Stadt Alsdorf wurde am 1. Juli 2002 ein Konzessionsvertrag über 25 Jahre abgeschlossen. Durch die langfristige Ausrichtung der Verträge ist die Versorgungstätigkeit gesichert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bundesweit ist sowohl im Kundenbereich Haushalte und Kleingewerbe als auch bei den Industriegesamtkunden eine historische niedrigere Abgabeentwicklung zu verzeichnen. So lag z.B. der Haushaltswasserverbrauch pro Kopf in Deutschland 2012 bei 127 Liter so niedrig wie noch nie (Quelle: BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.)). Der durchschnittliche Trinkwasserverbrauch für jeden Einwohner am Tag im Einzugsgebiet des Verbandswasserwerk Aldenhoven beträgt 123 Liter. Von steigenden Wasserverbräuchen in der Zukunft ist nicht auszugehen.

Geschäftsverlauf

Umsatz und Absatz

Insgesamt betragen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2014 TEuro 3.778 (Vorjahr: TEuro 3.980) und lagen um TEuro 202 unter den Vorjahreserlösen. Dieser Rückgang der Umsatzerlöse ist unter anderem auf die gesunkene Abgabe im Kerngeschäftsfeld Trinkwasserversorgung und auf den milden Winter im Geschäftsfeld Wärme zurückzuführen.

Im Tarifkundenvertragsbereich Wasser zeigen sich die Umsatzerlöse nahezu unverändert; diese nahmen um TEuro 18 auf TEuro 3.106 zu. Im Sondervertragskundenbereich Wasser nahmen die Umsatzerlöse um 104 TEuro ab.

Der für die Haushalte maßgebliche Arbeitspreis betrug im Geschäftsjahr unverändert brutto Euro 1,50.

Die Wärmesparte konnte im Berichtsjahr Umsatzerlöse von TEuro 86 verbuchen; demnach hatten wir in der Wärmesparte bedingt durch den milden Winter 2014 eine Abnahme der Umsatzerlöse in Höhe von TEuro 35.

Die restlichen Umsatzerlöse resultierten aus den aufgelösten Ertragszuschüssen von 191 TEuro (Vorjahr TEuro 221) und aus dem Installationsgeschäft von 46 TEuro (Vorjahr TEuro 95).

Die Wasserabgabe betrug im Geschäftsjahr 2014 1.906 Mio. cbm insgesamt und lag damit 0,089 Mio. cbm bzw. um 4,5 % deutlich unter dem Vorjahresniveau von 1.995 Mio. cbm. Die Wassermengenabnahmen resultieren im Wesentlichen aus den Gebieten Inden und den Verkäufen an die Stadtwerke Jülich.

Im Jahr 2009 wurden Maßnahmen festgelegt, die ein kontinuierliches Monitoring und monatliches Controlling der Wasserabnahmen im Versorgungsgebiet ermöglichen. Eine Arbeitsgruppe aus der Abteilung Wassergewinnung, Zählerwesen sowie Netzbetrieb führt Stichproben zu Wasserbilanzierungen durch, um frühzeitig Abweichungen zu identifizieren.

Für die Ermittlung der Trinkwasserverluste haben wir im Geschäftsjahr 2014 wie im Jahr 2013 eine kaufmännische Betrachtungsweise herangezogen. Hiermit weisen wir die tatsächlichen Trinkwasserverluste rechnerisch ermittelt aus. Wir haben in die Berechnung der Trinkwasserverluste periodenfremde Aspekte einfließen lassen und können somit besser und genauer feststellen, wie sich die Trinkwasserverluste zusammensetzen. Durch die Rückrechnung der periodenfremden Aspekte erhalten wir im Folgejahr eine neue, genauere Betrachtungsweise der Vorjahrzahlen.

Im Geschäftsjahr 2014 belaufen sich die Trinkwasserverluste mit Einrechnung der periodenfremden Aspekte auf 8,8 % (Vorjahr: 8,7 %).

Im Berichtsjahr wurden 596 MWh (Vorjahr: 928 MWh) Wärme an die beiden Abnahmestellen (Gemeinschaftsgrundschule Aldenhoven und katholische Grundschule Aldenhoven) abgegeben. Die Absatzmenge sank demnach um 332 MWh gegenüber dem Vorjahr.

Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 224 (Vorjahr: TEuro 349) erwirtschaftet. Dieser entspricht einer Verzinsung des gezeichneten Kapitals in Höhe von 10,9 % (Vorjahr: 17,1 %).

Investitionen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von TEuro 981 für das Geschäftsjahr 2014 betrafen unter anderem die Rohrnetzerneuerungen in Aldenhoven, Jülicher Straße und in Niederzier Huchem-Stammeln, Mittelstraße/Buchenweg sowie neue Pumpen mit Frequenzumrichter in der Trinkwasseraufbereitungsanlage Niederzier und Hausanschlüsse im Versorgungsgebiet.

Durch die Erhöhung des Stammkapitals bei der GREEN Gesellschaft für regenerative und erneuerbare Energien mbH erwarb das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH 15 % Anteile an der Gesellschaft in Höhe von 93 TEuro.

Finanzierung

Die oben genannten Investitionen wurden durch Abschreibungen und durch eine Kreditlinie und deren teilweise Inanspruchnahme finanziert.

Personalbereich

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

Das Personal ist mit Wirkung vom 1. Juni 1996 und 1. April 1998 auf die EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, übergegangen.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderungen	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Aktiva						
Anlagevermögen	13.079	95,15%	12.848	91,32%	231	1,80%
Umlaufvermögen	667	4,85%	1.221	8,68%	-554	-45,37%
	13.746	100,00%	14.069	100,00%	-323	-2,30%
Passiva						
Eigenkapital	4.117	29,95%	4.098	29,13%	19	0,46%
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.892	21,04%	2.938	20,88%	-46	-1,57%
Rückstellungen	1.097	7,98%	1.051	7,47%	46	4,38%
Verbindlichkeiten	5.640	41,03%	5.982	42,52%	-342	-5,72%
	13.746	100,00%	14.069	100,00%	-323	-2,30%

Die Bilanzsumme von TEuro 13.746 nahm im Wesentlichen bedingt durch die Reduzierung des Umlaufvermögens und der Verbindlichkeiten (sog. Working Capital) um TEuro 323 ab.

Die Bilanz zeigt die für Versorgungsunternehmen typische, vergleichsweise hohe Anlagenintensität von 95,2 % (Vorjahr 91,3 %). Zugänge in Höhe von TEuro 1.085 stehen Abschreibungen in Höhe von TEuro 846 gegenüber.

Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch Eigenkapital -unter Einbeziehung weiterer Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter- beträgt rd. 47 % und liegt somit auf dem Vorjahresniveau von 48 %.

Das Umlaufvermögen zeigt sich um TEuro 554 niedriger als im Vorjahr. Ausschließlicher Grund hierfür sind die gesunkenen Forderungen aus LuL in Höhe von TEuro 554. Im Rahmen eines Working Capital Projekts wurde festgelegt, dass die Dezemberabschlüsse wieder zum Monatsende eingezogen werden. Diese Änderung führt zu einer Reduzierung des Umlagevermögens wieder auf das Niveau der Jahre 2012 und 2011.

Das Eigenkapital zeigt sich unter Berücksichtigung des erwirtschafteten Jahresüberschusses in Höhe von TEuro 224 auf Vorjahresniveau.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 70 % ergibt sich zum Bilanzstichtag eine angemessene Eigenkapitalquote - bezogen auf das Gesamtkapital - in Höhe von 44,7 % (Vorjahr 43,7 %).

Die Fremdkapitalquote zeigt sich nahezu unverändert bei 55,3 % (Vorjahr: 56,3 %). Im Geschäftsjahr wurden die langfristigen Darlehen planmäßig in Höhe von TEuro 309 getilgt. Die Verbindlichkeiten aus LuL nahmen aufgrund eines vorgezogenen finanziellen Ausgleichs in Höhe von TEuro 220 ab.

Finanzlage

Die nachstehende, verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit:

	2014 TEuro	2013 TEuro
Cashflow aus laufener Geschäftstätigkeit	1.159	702
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.085	-531
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-291	1.147
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-217	1.318
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-1.608	-2.926
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-1.825	-1.608

Der Finanzmittelfonds beinhaltet neben den jederzeit fälligen Bankeinlagen in Höhe von TEuro 9 (Vorjahr: TEuro 9) auch Tagesgeldaufnahmen in Höhe von TEuro 1.834 (Vorjahr: TEuro 1.617).

Demnach führen insbesondere die getätigten Investitionen in Höhe von TEuro 1.085, die Gewinnausschüttungen in Höhe von TEuro 205 sowie die Auszahlungen für Darlehenstilgungen TEuro 310 zu einer Veränderung des Finanzmittelfonds in Höhe von TEuro -217.

Ertragslage

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2014		2013		Veränderungen	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	3.778	89,6%	3.980	93,1%	-202	-5,1%
Sonstige betriebliche Erträge	438	10,4%	294	6,9%	144	49,0%
Gesamtleistung	4.216	100,0%	4.274	100,0%	-58	-1,4%
Materialaufwand	-1.220	-28,9%	-1.172	-27,4%	-48	4,1%
Rohergebnis	2.996	71,1%	3.102	72,6%	-106	-3,4%
Andere betriebliche Aufwendungen	-2.466	-58,5%	-2.353	-55,1%	-113	4,8%
Betriebsergebnis	530	12,6%	749	17,5%	-219	-29,2%
Außerordentlicher Aufwand	-9	-0,2%	-9	-0,2%	0	0,0%
Finanzergebnis	-176	-4,2%	-210	-4,9%	34	-16,2%
Steueraufwand	-121	-2,9%	-181	-4,2%	60	-33,1%
Jahresüberschuss	224	5,3%	349	8,2%	-125,0	-35,8%

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEuro 3.778 setzen sich aus dem Wasserbereich in Höhe von TEuro 3.456 und aus dem Wärmebereich in Höhe von TEuro 86 sowie aus sonstigen Erlösen (Installationsumsatz und Auflösung von Ertragszuschüssen) in Höhe von TEuro 236 zusammen.

Die Wärmeerlöse, welche aus Contractingverträgen resultieren, sanken um TEuro 35 bedingt durch den milden Winter auf TEuro 86.

Der Materialaufwand beinhaltet im Wesentlichen die Kosten für die Wassergewinnung sowie den Strom- und Gasbezug. Die Rohmarge verringerte sich um 3,4 % auf TEuro 2.996.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 4,8% auf TEuro 2.466; absolut betrachtet nahmen diese um TEuro 113 zu. Die wesentlichsten Aufwandspositionen sind zum einen das Betriebsführungsentgelt (TEuro 941) für die EWV als kaufmännischer Betriebsführer und zum anderen die Konzessionsabgabe (TEuro 312) sowie die Abschreibungen (TEuro 846).

Das Finanzergebnis zeigt sich positiv verändert; dieses nahm aufgrund einer günstigeren Zinsentwicklung um TEuro 34 auf TEuro 176 ab.

Unter Abzug der Ertragssteuern in Höhe von TEuro 121 zeigt sich im Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss in Höhe von TEuro 224 (Vorjahr: TEuro 349).

Die wirtschaftliche Geschäftslage hat sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Wesentlichen nicht verändert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzieller Leistungsindikator steht die Kundenzufriedenheit bezüglich der Qualität des zu liefernden Trinkwassers und der hiermit verbundenen Umweltbelange an oberster Stelle. Daneben ist dem Absatzverlust aufgrund der tagebaubedingten Verlagerung des Wohnsitzes einer großen Anzahl Privatkunden der Ortschaft Inden-Pier in Kommunen außerhalb unseres Versorgungsgebietes bspw. durch Kooperationen mit benachbarten Wasserversorgern zu begegnen.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Prognose, Chancen- und Risikobericht

Chancen und Risiken

Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagement ihrer Betriebsführerin, der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, eingebunden. Ziel dieses Systems ist es, durch geeignete Regelungen betriebliche Risiken möglichst rasch identifizieren, bewerten, überwachen und bewältigen zu können. Risiken, die einer kontinuierlichen Geschäftsentwicklung entgegenstehen, sind nicht erkennbar.

Beschaffungsmarktrisiken

Durch die Bezirksregierung Köln wurde am 08.02.2006 das Recht, Grundwasser in einer Menge von bis zu insgesamt 2,3 Mio. cbm pro Jahr zur Verwendung als Trink- und Brauchwasser in der Trinkwasseraufbereitungsanlage Aldenhoven zu Tage zu fördern, bewilligt. Die Bewilligung der Bezirksregierung läuft über 20 Jahre und mindert das Beschaffungsrisiko der Gesellschaft.

Der Wasserrechtsantrag Niederzier wurde ebenfalls von der Bezirksregierung Köln genehmigt. VWA hat das Recht, bis zum 31. Dezember 2031 0,9 Mio. m³ Wasser pro Jahr zu fördern.

Die VWA bezieht am Standort Aldenhoven aufgrund der Sulfatbelastung des Tagebaus Inden Ersatzwasser von der RWE Power. Die RWE Power forderte im Geschäftsjahr eine Anpassung der ersparten Selbstkosten für die ihrerseits erbrachten Ersatzlieferungen. Die Forderung bezieht sich auf die Kosten, die aufgrund der Wassergewinnung und –aufbereitung mittels einer Filterhalle entstehen. RWE Power trägt pauschal vor, dass sie die Grundannahmen des Vertrages „Bereitstellung von Wasser als Ersatzwasser“ überprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Berechnung der Höhe der von VWA ersparten Selbstkosten nicht mehr den aktuellen wasserwirtschaftlichen, rechtlichen und wettbewerblichen Rahmenbedingungen entspreche. Die Ersatzleistungen der RWE Power stellen nicht den vertraglich geschuldeten Ausgleich der für VWA entstandenen Nachteile dar.

Die Geschäftsführung befindet sich in Gesprächen mit der RWE Power über geäußerte Ansprüche; wobei die RWE die Beweis- und Darlegungslast innehat.

In kommenden Geschäftsjahren könnte aus diesem Sachverhalt eine jährliche Belastung des Jahresergebnisses der VWA resultieren.

Betriebsrisiken

Generell schützt sich das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit des VWA und Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und deren interne Sicherungssysteme laufend überwacht.

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 erwarten wir bedingt durch die zum 01.01.2015 durchgeführte Wasserpreiserhöhung im Arbeitspreis von 1,40 Euro auf 1,70 Euro (netto) wieder ansteigende Ergebnisse.

Investitionen

Der Bauplan für das Geschäftsjahr 2015 ist mit einer Investitionssumme in Höhe von TEuro 1.076 vorgesehen. Dabei entfallen ca. TEuro 363 auf das Leitungsnetz und die Transportleitungen, TEuro 150 auf die Gewinnung und Aufbereitung und TEuro 387 auf Hausanschlüsse.

Preispolitik

Die in der Wasserwirtschaft allgemeine Preispolitik der prozentualen Aufteilung zwischen Grund- und Arbeitspreis spiegelt aufgrund des sinkenden Wasserverkaufs bzw. -verbrauchs die Kostenstruktur des Wasserwerks nur ungenügend wider. Es wird für die kommenden Geschäftsjahren angestrebt die hohen Fixkosten angemessen im Grundpreis bzw. in der Relation von Grund- und Arbeitspreis einzupreisen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH ist mit 15% an der GREEN Gesellschaft für regionale und regenerative Energie GmbH (siehe Seite 377) beteiligt.



Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Urbanusstraße 1
52372 Kreuzau
Telefon: 02422/ 507 450
Telefax: 02422/ 507 134
E-Mail: p.dreyling@kreuzau.de
Homepage: www.wasserwerk-concordia.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Aufgaben des Unternehmens sind die Wasserversorgung der Einwohner des Versorgungsgebietes sowie der Betrieb aller dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Auch wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind, kann einem die Befugnis zur Alleinvertretung übertragen werden

Aufsichtsrat: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Der Bürgermeister der Gemeinde Kreuzau ist Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates. Der Gesellschafter "Gemeinde Kreuzau" benennt daneben weitere drei Aufsichtsratsmitglieder. Soweit eine weitere Gebietskörperschaft bzw. Beteiligungsgesellschaft einer solchen Mitgesellschafter ist, ist deren oberstes Vertretungsorgan Mitglied des Aufsichtsrates; daneben benennt dieser weitere Gesellschafter durch sein Beschlussorgan seine weiteren Aufsichtsratsmitglieder.

Der Aufsichtsrat ist zuständig für:

1. die Vorbereitung der Gesellschafterversammlung,
2. die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Erarbeitung von Vorschlägen über die Verwendung des Reingewinns, des Vortrages und der Verlustabdeckung,
3. die Zustimmung zur Hingabe und Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten, den Erwerb, die Belastung oder Veräußerung von Grundstücken und dinglichen Rechten,
4. die Zustimmung zum Investitions- und Finanzierungsplan,
5. die Zustimmung zum Abschluss aller Verträge einschließlich Stundung und Erlass von Forderungen, welche die Gesellschaft zur einer wiederkehrenden Ausgaben von mehr als 7.700 € jährlich oder zu einer einmaligen Ausgabe von mehr als 15.400 €

- verpflichten oder berechtigen, sowie Führung von Rechtsstreitigkeiten mit solchen Streitwerten. Arbeitsverträge mit Angestellten und Arbeitern fallen nicht unter diese Regelung,
6. die Zustimmung zum Abschluss, zur Abänderung und Aufhebung von Lieferungs-, Miet-, Pacht-, Demarkations-, Bezugs- und Konzessionsverträgen, durch die die Gesellschaft länger als ein Jahr gebunden werden soll, mit Ausnahme von Verträgen des laufenden Geschäftsverkehrs. Wasserlieferungsverträge außerhalb des Tarifs fallen nicht unter dieser Ausnahme,
 7. die Zustimmung zur Vornahme von Rechtsgeschäften mit einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer sowie die Einleitung von Rechtsgeschäften gegenüber einem Gesellschafter oder dem Geschäftsführer und die Vertretung der Gesellschaft in derartigen Rechtsstreiten,
 8. die Zustimmung zur Errichtung und Aufhebung von Zweigniederlassungen sowie die Beteiligung an anderen Unternehmen,
 9. die Zustimmung zur Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten an BAT Vb aufwärts.

Gesellschafterversammlung:

Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung; der Vertreter wird von dem Beschlussorgan der Gebietskörperschaft bestellt; so z.B. vom Gemeinderat gem. § 113 Abs. 2 GO bzw. vom Kreistag gem. § 26 Abs. 4, § 53 KrO NRW bzw. § 113 Abs. 2 GO NRW. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrechte. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere:

1. die Zustimmung zum jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan,
2. der Beschluss über die fünfjährigen Finanzplanung, die den Gesellschafter zur Kenntnis zu bringen ist,
3. die Zustimmung über den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Verwendung und/oder Verteilung des Jahresabschlusses zzgl. eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages. Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, Beträge in Gewinnrücklagen oder als Gewinn vorzutragen.
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates,
7. die Zustimmung zur Teilung von Geschäftsanteilen,
8. die Zustimmung zur Veräußerung von Geschäftsanteilen,
9. die Zustimmung zur Feststellung und Änderung der allgemeinen Wassergeldtarife und allgemeiner Versorgungsbedingungen, soweit diese nicht gesetzlich festgelegt sind,
10. die Aufnahme neuer Gesellschafter,
11. die Wahl und Abwahl der Aufsichtsratsmitglieder und deren Vertreter,
12. die Richtlinien zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
13. die Änderung des Gesellschaftsvertrages,

14. die Zustimmung zum Erwerb und zur Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen. Hierbei sind die Bestimmungen des § 108 Abs. 5 GO NRW zu beachten.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung:	Dreyling, Peter	Kreuzau	
Aufsichtsrat:	Gemeinde Kreuzau	4 Sitze	57,14 %
	Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3 Sitze	42,86 %
Gesellschafterversammlung:	Soweit eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts Gesellschafter ist, entsendet diese einen Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Jeder Vertreter hat entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters Stimmrecht.	1 Stimme	entsprechend der Anteile des entsendenden Gesellschafters

Vertreter des Kreises Düren

Aufsichtsrat:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Dr. Nolten, Ralf	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Halver, Richard	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
Gesellschafterversammlung:	Hürtgen, Dirk	BTG	Geschäftsführer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

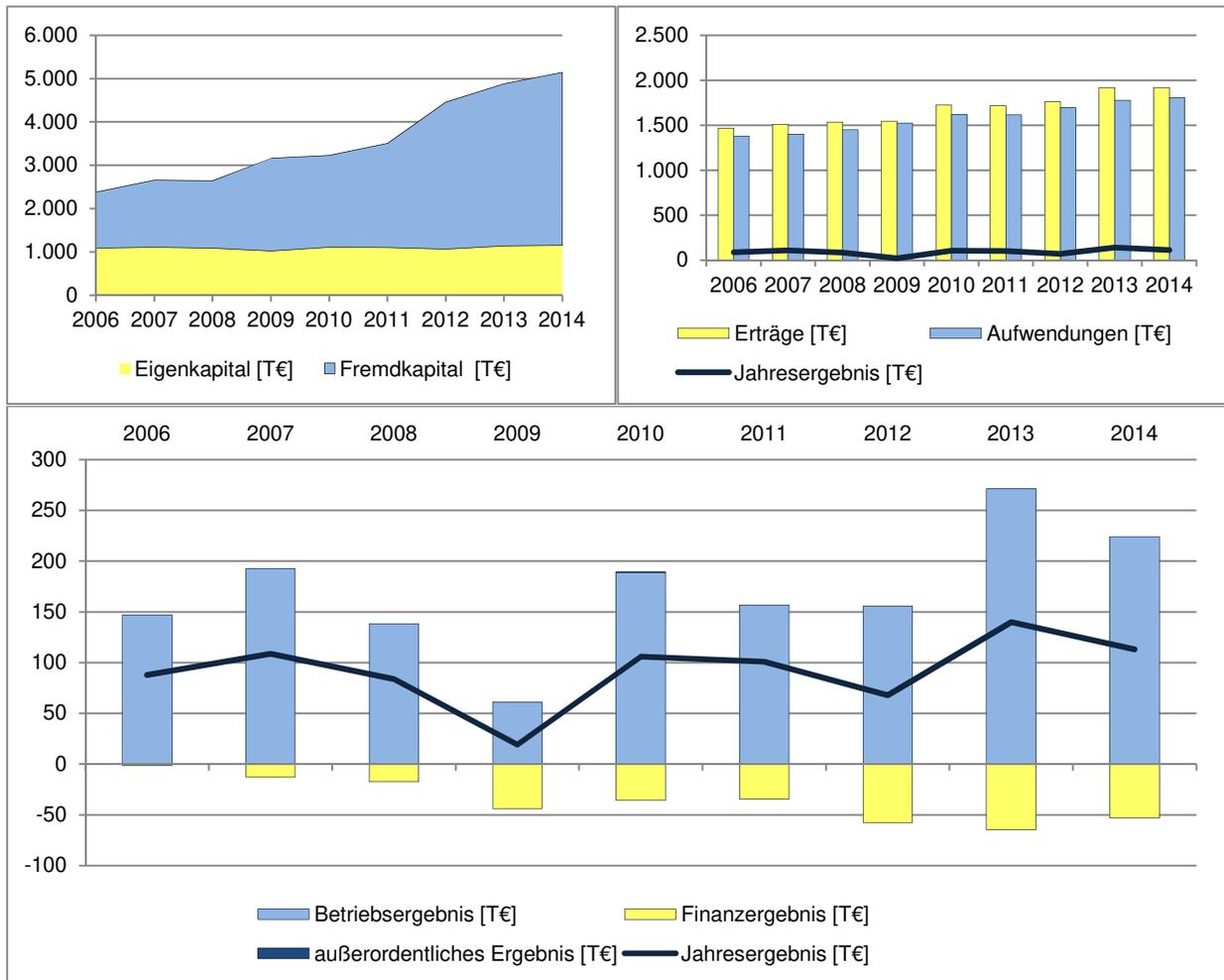
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	52372 Kreuzau
gezeichnetes Kapital:	1.000.000,00 €

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
Gemeinde Kreuzau	510.000,00 €	51,0
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	490.000,00 €	49,0

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	58.215,50 €	57.197,50 €	57.399,50 €	202,00 €	0,35%
II. Sachanlagen	4.109.552,07 €	4.578.184,59 €	4.904.946,81 €	326.762,22 €	7,14%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	84.420,59 €	68.508,56 €	72.773,87 €	4.265,31 €	6,23%

II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	202.430,56 €	171.367,65 €	105.812,73 €	-65.554,92 €	-38,25%
III. Guthaben bei Kreditinstituten	847,88 €	3.982,86 €	910,30 €	-3.072,56 €	-77,14%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	184,98 €	184,98 €	175,19 €	-9,79 €	-5,29%
Summe Aktiva	4.455.651,58 €	4.879.426,14 €	5.142.018,40 €	262.592,26 €	5,38%
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	1.000.000,00 €	0,00 €	
II. Kapitalrücklage	1.238,53 €	1.238,53 €	1.238,53 €	0,00 €	
III. Gewinnvortrag	0,00 €	0,00 €	39.889,21 €		
IV. Jahresüberschuss	67.862,79 €	139.889,21 €	112.913,30 €	-26.975,91 €	-19,28%
B. Empfangene Ertragszuschüsse	642.434,63 €	733.022,71 €	715.982,35 €	-17.040,36 €	-2,32%
C. Rückstellungen	61.848,02 €	60.842,29 €	159.952,08 €	99.109,79 €	162,90%
D. Verbindlichkeiten	2.682.267,61 €	2.944.433,40 €	3.112.042,93 €	167.609,53 €	5,69%
Summe Passiva	4.455.651,58 €	4.879.426,14 €	5.142.018,40 €	262.592,26 €	5,38%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	1.655.568,87 €	1.788.435,32 €	1.769.833,18 €	-18.602,14 €	-1,04%
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	72.122,50 €	55.118,92 €	77.483,12 €	22.364,20 €	40,57%
3. sonstige betriebliche Erträge	36.319,44 €	73.727,92 €	70.443,12 €	-3.284,80 €	-4,46%
4. Materialaufwand	392.945,42 €	398.318,09 €	358.433,89 €	-39.884,20 €	-10,01%
5. Personalaufwand					
a) Löhne u. Gehälter	454.041,97 €	468.536,98 €	492.025,88 €	23.488,90 €	5,01%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	129.739,28 €	134.026,05 €	137.698,05 €	3.672,00 €	2,74%
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	248.404,60 €	276.933,57 €	304.063,98 €	27.130,41 €	9,80%
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	382.941,55 €	368.073,40 €	401.346,83 €	33.273,43 €	9,04%
Betriebsergebnis	155.937,99 €	271.394,07 €	224.190,79 €	-47.203,28 €	-17,39%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	70,52 €	131,05 €	287,07 €	156,02 €	119,05%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	57.531,55 €	65.033,22 €	53.648,95 €	-11.384,27 €	-17,51%
Finanzergebnis	-57.461,03 €	-64.902,17 €	-53.361,88 €	11.540,29 €	-17,78%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	98.476,96 €	206.491,90 €	170.828,91 €	-35.662,99 €	-17,27%
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29.876,03 €	62.266,54 €	53.294,55 €	-8.971,99 €	-14,41%
11. sonstige Steuern	738,14 €	4.336,15 €	4.621,06 €	284,91 €	6,57%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	67.862,79	139.889,21	112.913,30	-26.975,91 €	-19,28%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	11	11	12

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt. Der Kreis Düren hat für die Gewährung von Ausfallbürgschaften zugunsten der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH insgesamt 3.624,89 € als Bürgschaftsprovision für das Kalenderjahr 2014 erhalten.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Allgemeines zum Geschäftsverlauf

Gegenüber dem Jahr 2013 sind keine wesentlichen Veränderungen im Hinblick auf den Geschäftsverlauf entstanden. Die Gesamtwasserabgabe an Endverbraucher hat sich leicht verringert (- 0,73 %).

Die Anzahl der versorgten Einwohner stieg von 16.839 im Jahr 2013 (Stichtag 30.11.) auf 16.962 (Stichtag 31.12.). Außer den neuen Baugebieten in Drove und Stockheim werden zurzeit keine weiteren Baugebiete im Versorgungsgebiet erschlossen. Da die Erschließung der neuen Baugebiete in Drove und Stockheim sind noch nicht abgeschlossen ist, ist davon auszugehen, dass sich die Einwohnerzahlen kurz- bis mittelfristig weiter leicht erhöhen.

Laut Wirtschaftsplan 2014 wurden für das Wirtschaftsjahr 2014 Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe an Endverbraucher mit 1.610T€ geplant. Inklusiv der Erlöse aus der Wasserabgabe an die SWD verringerten sich diese Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr (1.686T€) um rd. 18T€ (= 1.668T€). Der Personalaufwand für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde angesetzt mit rd. 604T€, tatsächlich betrug der Personalaufwand im Jahr 2014 rd. 629T€. Auch im Jahr 2014 wurden wieder wesentliche Überstunden insbesondere im Außendienst geleistet. Diese wurden überwiegend ausgezahlt und nicht in Freizeitausgleich abgegolten.

Vermögenslage und Kapitalstruktur

Auch im Jahr 2014 wurden Investitionen in Rohrnetzerneuerungen im Umfang von rd. 273T€ durchgeführt. Hierunter fallen insbesondere die Rohrnetzerneuerungen in Obermaubach, Rinnebachstraße und Traubenweg, in Üdingen-Winden, „An der Rurbrücke“, in Drove, Kreuzfeldchen und in Winden, Blumenweg. Weiterhin wurden Hausanschlüsse erneuert, bei denen eine Reparatur aufgrund des Alters nicht mehr möglich war. Der Umfang dieser Arbeiten betrug rd. 128T€.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Der Anteil des Sachanlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt rd. 95 % bzw. 4.904 T€ (VJ.: rd. 94 % bzw. 4.578 T€). Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere den Investitionen in die Verteilungsanlagen geschuldet. Die Eigenkapitalquote lag bei rd. 22 % (Vorjahr rd. 23 %).

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Darlehensaufnahme bei der Sparkasse Düren.

Änderung im Bestand, der Leistungsfähigkeit und dem Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Für die Gewinnungsanlage Lohberg besteht für die Zeit vom 01.10.2006 bis 30.09.2026 ein Wasserförderrecht für jährlich 1.100.000 m³ Grundwasser aus den vorhandenen Tiefbrunnen.

Im Berichtsjahr wurden vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 zur Weiterleitung an Endverbraucher als auch zur Lieferung an die Stadtwerke Düren rd. 1.099.000 m³ Wasser gefördert.

Das bestehende Wasserrecht mit einer Fördermenge von 1.100.000 m³ wurde somit um 1.000 m³ unterschritten.

Ertragslage

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse aus der Wasserabgabe stellen sich wie folgt dar:

	2015 (lt. Wirtschaftsplan)	2014	2013	2012
Wassergeld aus der Wasserabgabe an Endverbraucher + SWD	1.769.734,20 €	1.668.624,52 €	1.686.814,57 €	1.655.568,87 €

Der Arbeitspreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 1,20 €/m³. Der Grundpreis blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 9,30 €/Monat.

Zum 01.01.2015 wurde eine Arbeitspreiserhöhung auf 1,32 €/m² vorgenommen.

Wasserbezugspreise

Die Wasserbezugspreise für die Wasserlieferung durch die Stadtwerke Düren zur Versorgung des Ortsteils Obermaubach betragen im Wirtschaftsjahr 2014 durchschnittlich 0,69 €/m³ (Vorjahr: 0,69 €/m³) und des Wohnplatzes Welk durchschnittlich 0,57 €/m³ (Vorjahr: 0,69 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserleitungszweckverbandes Gödersheim zur Versorgung des Ortsteils Leversbach betrug im Wirtschaftsjahr 2014 durchschnittlich 0,85 €/m³ (Vorjahr: 0,92 €/m³).

Der Wasserbezugspreis für die Wasserlieferung des Wasserversorgungszweckverbandes Perlenbach zur Versorgung der Ortsteile Bogheim, Bergheim und Schlagstein betragen im Wirtschaftsjahr 2014 durchschnittlich 0,72 €/m³ (Vorjahr: 0,76 €/m³).

Personalaufwand

	2015 (lt. Wirtschaftsplan)	2014	2013	2012
Gesamt	611.156,80 €	629.723,93 €	602.563,03 €	583.781,25 €
a) Löhne und Gehälter	477.464,00 €	492.025,88 €	468.536,98 €	454.041,97 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	133.692,80 €	137.698,05 €	134.026,05 €	129.739,28 €

Der Personalbestand betrug im Wirtschaftsjahr 2014 im Innendienst drei Ganztagskräfte und eine Halbtagskraft. Im Außendienst wurden im Geschäftsjahr 2014 sechs Vollzeitmitarbeiter sowie ein Azubi (Anlagenmechaniker Rohrsystem-technik) beschäftigt. Es wird auf die Erläuterungen unter A) 1. Absatz 3 verwiesen.

Der Anstieg der Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den Tarifierhöhungen sowie geleisteten Überstunden.

sonstige betriebliche Aufwendungen (sbA)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Jahr 2014 rd. 401 T€ (VJ 368 T€). Hierin enthalten sind unter anderem die sonstigen Abgaben (hier: Konzessionsabgabe) mit rd. 168 T€ und der Verwaltungskostenbeitrag mit 20,6 T€.

Abschreibungen

Die Abschreibungen betragen im Wirtschaftsjahr 2014 rd. 304 T€ (Vj. 277 T€) und beinhalten erstmals ein volles Abschreibungsjahr bezogen auf das in 2013 fertiggestellte Verwaltungs- und Lagergebäude.

Zinsaufwendungen (Fremdkapital)

Die Zinsaufwendungen betragen im Wirtschaftsjahr rd. 53,6 T€ (Vj. 65,0 T€). In den Zinsaufwendungen enthalten sind Aufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten (Inanspruchnahme von Kassenkrediten), für langfristige Verbindlichkeiten (Zinsaufwand für Darlehen) und zinsähnliche Aufwendungen (Bürgschaftsprovisionen).

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung verlief gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich konstant. Investitionen wurden verstärkt in Erneuerungen des Rohrnetzes und von Hausanschlussleitungen getätigt.

Insgesamt kann der Geschäftsverlauf im Jahre 2014 als zufriedenstellend beurteilt werden.

2015 werden die Rohrnetzerneuerungen im Ortsteil Obermaubach fortgesetzt. Mit Abschluss dieser Maßnahmen kann davon ausgegangen werden, dass für Obermaubach bis auf kleinere Teilbereiche die bekannten Schwachstellen im Versorgungsnetz beseitigt sind.

Seit Oktober 2012 erfolgt die Wasserlieferung an die Stadtwerke Düren mit rd. 300Tm³ jährlich, was zu einer Steigerung der Umsatzerlöse insbesondere seit dem Wirtschaftsjahr 2013 führt.

Finanzlage

Zum Ende des Geschäftsjahres 2014 bestanden Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Kontokorrentkredite gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2.807.622,02 €. Hierin enthalten sind die Verbindlichkeiten aus langfristigen Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Kassenkrediten. Der Kreditrahmen zur Inanspruchnahme von Kassenkrediten beträgt weiterhin 250T€. Darüber hinaus besteht eine Universalkreditlinie in Höhe von 500T€.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2014 jederzeit sichergestellt. Liquiditätsengpässe sind nicht zu erwarten.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Ergebnisdarstellung

Die Geschäftsentwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH hinsichtlich Wasserentnahme, -verteilung und -bezug hat sich nicht wesentlich geändert. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 beträgt 112.913,30 € und liegt damit um 26.975,91 € unter dem Ergebnis vom Vorjahr. Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 170.828,91 € und damit über dem

Planansatz laut Wirtschaftsplan 2014 in Höhe von rd. 121T€. Die Grund- und Verbrauchspreise blieben unverändert.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der zukünftigen Entwicklung Vorgänge von besonderer Bedeutung

Im Wirtschaftsjahr 2014 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Prognose der Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

2014 war die Wasserabgabe an Endverbraucher wieder leicht rückläufig. Es ist zu erhoffen, dass sich der allgemeine Trend der rückläufigen Wasserabgabe abmildert.

Die Investitionen sind insbesondere wieder in die Netzerneuerungen zu tätigen. Für das Wirtschaftsjahr 2015 sind Investitionen im Umfang von rd. 700 T€ geplant, die voraussichtlich vollumfänglich durchgeführt werden.

Die in den kommenden Jahren durchzuführenden Investitionsmaßnahmen sind überwiegend mit Fremdmitteln zu finanzieren. Um einer Absenkung der Eigenkapitalquote entgegenzuwirken, ist es erforderlich, die jährliche Ausschüttung von Jahresgewinnen zu fixieren. Der einbehaltene Jahresgewinn sollte daher einer Investitionsrücklage zugeführt werden.

Es besteht ein langfristiger Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Kreuzau. Der Konzessionsvertrag hat zunächst eine Laufzeit von 20 Jahren und läuft bis zum 30.06.2022. Durch die Vertragslaufzeit ist die Gesellschaft einerseits mit entsprechenden Aufwendungen für Konzessionsabgaben gebunden, was andererseits aber die Planungssicherheit erhöht. Es ist davon auszugehen, dass zwischen Gemeinde Kreuzau und Wasserwerk Concordia vor Ablauf dieses Konzessionsvertrages ein neuer Konzessionsvertrag mit entsprechenden Laufzeiten abgeschlossen wird.

Die Geschäftsführung geht nach dem aktuellen Wirtschaftsplan davon aus, dass das Geschäftsjahr 2015 bei einem weiterhin planmäßigen Verlauf mit einem Ergebnis vor Steuern von rd. 130T€ abschließen wird. Für das Geschäftsjahr 2016 plant die Geschäftsführung mit einem Ergebnis vor Steuern von rd. 75T€.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH

Das europäische Parlament hat im Frühjahr 2013 darüber beraten, den Vorschlag der Kommission zur Vergabe von Konzessionsrichtlinien anzuwenden. Dies hätte zu einer Öffnung des Wassermarktes und zu einer Ausschreibungspflicht von Konzessionsverträgen geführt. Nach heftigem Protest der Fachverbände BDEW, VKU, des Städte- und Gemeindebundes wurde insbesondere die Bundesregierung davon überzeugt, auf eine Herausnahme des Wassermarktes der Konzessionsvergaberichtlinie zu drängen. Aufgrund dieser Proteste ist es gelungen, eine überarbeitete Fassung der Dienstleitungskonzessionsrichtlinie zu erwirken. Teil dieser Einigung ist die Herausnahme des Wassers aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie. Somit ist eine „Privatisierung“ des Wassermarktes nicht mehr zu befürchten.

Eine Beibehaltung der Wasserversorgung durch die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist aufgrund der Zwecksetzung gemäß § 7 Abs. 1 b des Gesellschaftsvertrages gegeben.

Gemäß § 8 Abs. 2 a des Gesellschaftervertrages der Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH obliegt dem Wasserwerk Concordia die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser im Gemeindegebiet Kreuzau, mit Ausnahme des Ortsteils Untermaubach sowie der Wohnplätze Bistein und Langenbroich. Von daher ist eine Abwanderung des Kundenstamms auszuschließen.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen Brunnenregenerierungs- bzw. -sanierungsmaßnahmen und der laufenden Rohrnetz- und Anlagenunterhaltung sind versorgungstechnische langfristige Störungen nicht zu erwarten.

Die Wasserverluste im Wirtschaftsjahr 2014 lagen bei ca. 14 % und somit um 2 % unter dem Vorjahresniveau. Es ist zu erwarten, dass sich die Verlustrate aufgrund der jährlichen Rohrnetzenerneuerungen weiter senken wird.

Seit dem 01.01.2010 hat die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH als Dienstleistung für die Gemeinde Kreuzau die Sachbearbeitung zur Berechnung der Kanalbenutzungsgebühren übernommen, da die Errechnung der Kanalbenutzungsgebühren abhängig vom Wasserverbrauch ist und die Übertragung der Daten über das gleiche Berechnungssystem der „DATEV-Software“ erfolgt.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten, sowie Guthaben und Kredite bei Kreditinstituten. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegenüber finanziellen Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken jedoch erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Beteiligungen des Unternehmens

Die Wasserwerk Concordia Kreuzau GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

**VIAS GmbH**

Kurt – Schumacher - Str. 10
 60311 Frankfurt am Main
 Telefonnummer: 069/ 213 – 22 314
 Telefax: 069/ 213 – 25 233
 E-Mail: kundenservice@vias-online.de
 Homepage: www.vias-online.de

Gegenstand des Unternehmens / Ziele der Beteiligung

Unternehmensgegenstand der VIAS GmbH ist der Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs im Teilnetz Odenwaldbahn auf Grundlage der Ausschreibungsunterlagen zur Vergabebekanntmachung vom 14.07.2004 in EU-ABI. 2004/S 135-115718. Die Verkehrsleistungen werden auf den Linien RE 64 (Frankfurt Hbf – Hanau – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RE 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach), SE 65 (Frankfurt Hbf – Darmstadt Nord - Wiebelsbach-Heubach – Erbach), RB 64 (Hanau – Babenhausen – Wiebelsbach-Heubach) und RB 65 (Darmstadt Hbf – Wiebelsbach-Heubach – Erbach – Eberbach) erbracht.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter benennt einen Geschäftsführer. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer, Aufhebung und Kündigung ihrer Anstellungsverträge sowie die sonstige Vertretung der Gesellschaft gegenüber der Geschäftsführung obliegt der Gesellschafterversammlung.

Gesellschafterversammlung: Der Beschlussfassung der Gesellschafter unterliegen alle Angelegenheiten, die nicht durch zwingende Vorschriften des Gesetzes oder durch den Gesellschaftsvertrag der Geschäftsführung anvertraut sind. Die Gesellschafterversammlung beschließt außer in den im Gesetz und im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Fällen über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung,
2. die Entlastung der Geschäftsführung,
3. den Abschluss und die Änderung von Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträgen und sonstigen Unternehmensverträgen,
4. die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, in der, unbeschadet von Regelungen des Gesellschaftsvertrages, auch die Geschäfte festgelegt sind, die der Zustimmung der Gesellschafter bedürfen,
5. die Wahl des Abschlussprüfers,

6. die Bestellung und die Abberufung von Prokuristen und
7. die Einrichtung oder der Erwerb eines anderen Unternehmens, die Beteiligung an anderen Unternehmen sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen daran nebst der Errichtung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen und der Veräußerung des Geschäftsbetriebes im Ganzen oder in einzelnen Geschäftszweigen.

Die Geschäftsführung bedürfen, unbeschadet weiterer Festlegungen in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Zustimmung der Gesellschafterversammlung:

1. die Verabschiedung und Änderung des Wirtschaftsplanes und der Bilanzplanung einschl. Mittelfristplanung sowie die Feststellung etwaiger Jahresinvestitionsprogramme,
2. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie den Abschluss von darauf gerichteten Verpflichtungsgeschäften seitens der Gesellschaft,
3. die Wahrnehmung von Rechten als Organträger oder als herrschendes Unternehmen bei Entscheidungen, die wesentlich auf die Gesellschaft oder ein von der Gesellschaft beherrschendes Unternehmen auswirken,
4. den Abschluss einer wesentlichen Änderung oder die Beendigung von Kooperationsverträgen sowie von Verträgen mit anderen Verkehrsunternehmen über die Einbringung von Betriebsleistungen im wesentlichen Umfang,
5. den Abschluss, einen Änderung oder die Beendigung von Verträgen mit Gesellschaftern und mit verbundenen Unternehmen i.S.d. §§ 15 ff AktG bzw. deren Gesellschaftern,
6. die Verpflichtung der Gesellschaft in Bürgschaftsverträgen außerhalb des Wirtschaftsplanes, sofern die Verpflichtung im Einzelfall einen Betrag von 60.000,00 € übersteigt,
7. Schenkungen, einen Verzicht auf Ansprüche und einen Stundung von Forderungen soweit im Einzelfall einen Wertgrenze von 60.000,00 € überschritten wird und
8. Vertragsabschlüsse der Gesellschaft mit Dritten, soweit das insgesamt in dem jeweiligen vertrag anfallende Entgelt (netto ohne gesetzliche Umsatzsteuer) im Einzelfall oder im Geschäftsjahr einen Betrag von 500.000,00 € überschreitet.

Besetzung der Organe

Allgemein

Geschäftsführung: Auler, Jochen Frankfurt am Main

Gesellschafterversammlung: Beschlüsse der Gesellschaft werden in der Gesellschafterversammlung gefasst.

Vertreter des Kreises Düren

Gesellschafter- versammlung:	Emunds, Guido	Rurtalbahn	Geschäftsführer
	Nießen, Sebastian	Rurtalbahn	Geschäftsführer

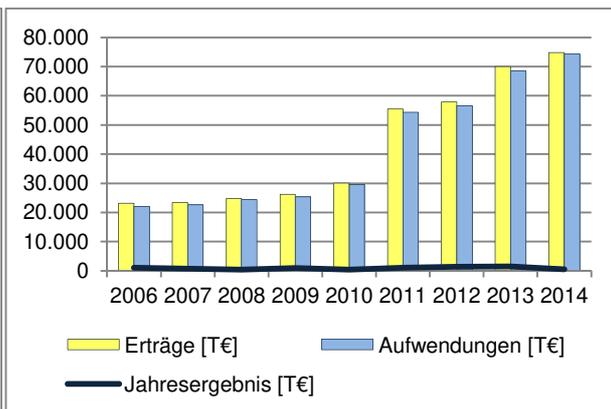
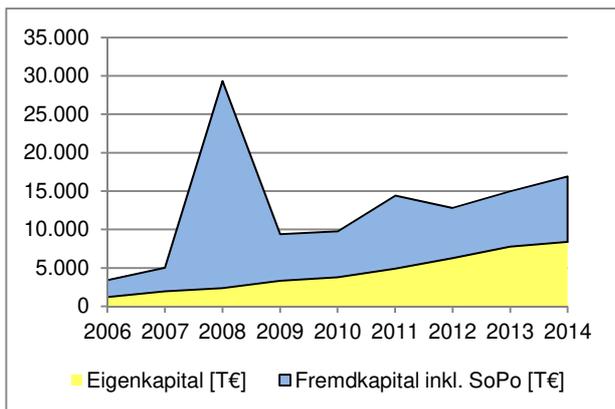
Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

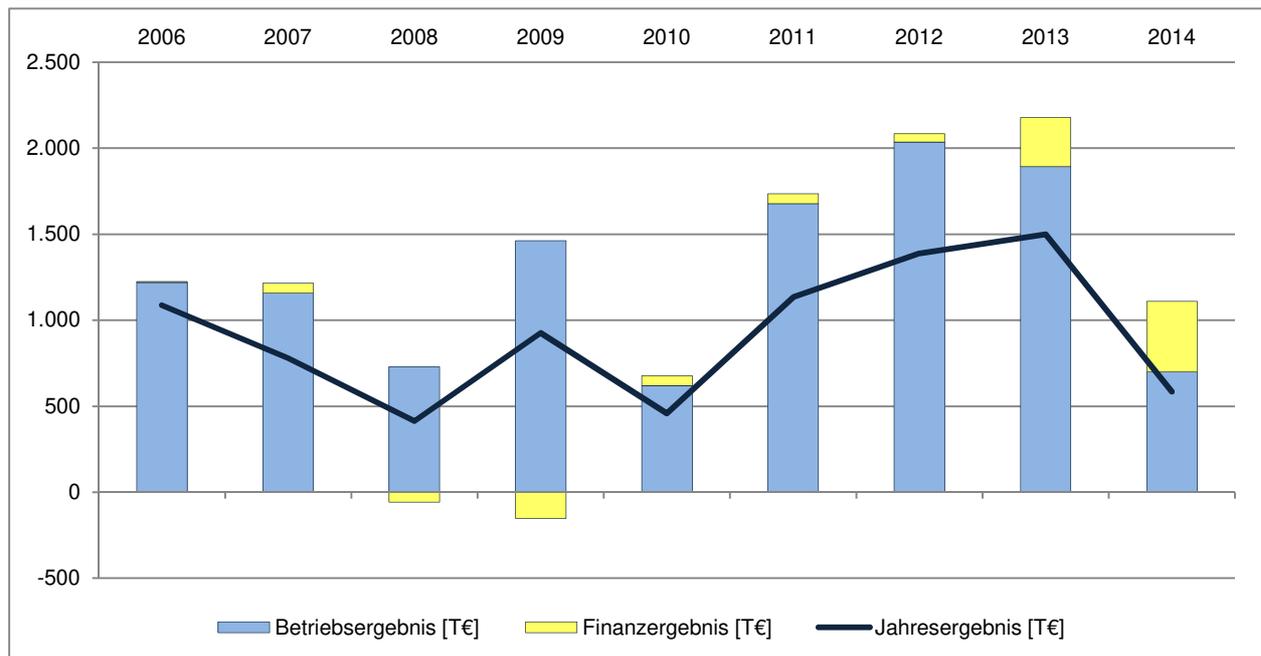
Rechtsform:	Gesellschaft mit Geschränkter Haftung (GmbH)	
Sitz:	Frankfurt am Main	
gezeichnetes Kapital:	25.000 €	

Gesellschafter:	direkter Anteil	Anteil in %
DSB Deutschland GmbH	12.500,00 €	50%
Rurtalbahn GmbH	12.500,00 €	50%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	100.613,00 €	98.340,00 €	90.494,00 €	-7.846,00 €	-7,98%
II. Sachanlagen	656.932,00 €	502.040,00 €	400.202,00 €	-101.838,00 €	-20,28%
III. Finanzanlagen	2.065.810,44 €	2.136.667,74 €	2.209.955,44 €	73.287,70 €	3,43%
C. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	2.449.858,65 €	2.489.366,89 €	2.726.822,51 €	237.455,62 €	9,54%
II. Forderungen u. sonstige Vermögens- gegenstände	4.311.012,80 €	6.996.719,83 €	7.203.805,98 €	207.086,15 €	2,96%
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kredit- instituten	777.634,57 €	507.731,85 €	2.303.183,29 €	1.795.451,44 €	353,62%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	2.456.299,25 €	2.246.117,68 €	1.979.327,39 €	-266.790,29 €	-11,88%
Summe Aktiva	12.818.160,71 €	14.976.983,99 €	16.913.790,61 €	1.936.806,62 €	12,93%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	0,00 €	0,00%
II. Kapitalrücklage	975.000,00 €	975.000,00 €	975.000,00 €	0,00 €	0,00%
III. Verlust-/ Gewinnvortrag	3.905.460,60 €	5.294.143,08 €	6.793.478,78 €	1.499.335,70 €	28,32%
IV. Jahresüberschuss	1.388.682,48 €	1.499.335,70 €	584.160,00 €	-915.175,70 €	-61,04%
B. Rückstellungen	5.577.370,32 €	3.491.985,41 €	4.339.914,41 €	847.929,00 €	24,28%
C. Verbindlichkeiten	946.647,31 €	3.691.519,80 €	4.196.237,42 €	504.717,62 €	13,67%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	12.818.160,71 €	14.976.983,99 €	16.913.790,61 €	1.936.806,62 €	12,93%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	56.572.391,92 €	56.686.178,82 €	57.001.385,20 €	315.206,38 €	0,56%
2. sonstige betriebliche Erträge	1.254.004,30 €	12.991.463,28 €	17.404.987,80 €	4.413.524,52 €	33,97%
3. Materialaufwand	47.547.743,78 €	47.971.062,91 €	48.686.437,87 €	715.374,96 €	1,49%
4. Personalaufwand	4.273.287,46 €	4.206.183,63 €	4.397.592,62 €	191.408,99 €	4,55%
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	255.998,69 €	246.819,24 €	182.526,80 €	-64.292,44 €	-26,05%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.713.665,94 €	15.359.792,81 €	20.440.452,91 €	5.080.660,10 €	33,08%
Betriebsergebnis	2.035.700,35 €	1.893.783,51 €	699.362,80 €	-1.194.420,71 €	-63,07%
7. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	89.708,72 €	305.268,49 €	427.691,42 €	122.422,93 €	40,10%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	40.696,02 €	20.132,36 €	16.592,21 €	-3.540,15 €	-17,58%
Finanzergebnis	49.012,70 €	285.136,13 €	411.099,21 €	125.963,08 €	44,18%
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	2.084.713,05 €	2.178.919,64 €	1.110.462,01 €	-1.068.457,63 €	-49,04%
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	692.491,57 €	673.847,56 €	521.941,01 €	-151.906,55 €	-22,54%
10. sonstige Steuern	3.539,00 €	5.736,38 €	4.361,00 €	-1.375,38 €	-23,98%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.388.682,48 €	1.499.335,70 €	584.160,00 €	-915.175,70 €	-61,04%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	124	119	127

Verbindungen zum Kreishaushalt

Es besteht keine direkte Verbindung zum Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlage der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines öffentlichen Eisenbahnverkehrsunternehmens nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG), das bedeutet die Planung, Organisation und Durchführung von Verkehren, die mit schienengebundenen Verkehrsmitteln nach Fahrplan erbracht werden.

Grundlage der Gesellschaft sind die Verkehrsverträge über die Erbringung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr auf dem Teilnetz Odenwaldbahn des Aufgabenträgers Rhein-Main-Verkehrsverbund und des Teilnetzes Rheingau-Linie des Aufgabenträgers Rhein-Main-Verkehrsverbund- und Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord. Die Gesellschaft unterhält Werkstätten und Lagerhallen für die Erbringung der Dienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr an den Standorten Michelstadt (Odenwaldbahn) und Frankfurt am Main (Rheingau-Linie).

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Aus Sicht der Geschäftsführung stellt sich die branchenspezifische Entwicklung weiterhin positiv dar, es werden durch die Aufgabenträger weiterhin Verkehrsleistungen ausgeschrieben. Zusätzliche Erträge aus der Steigerung von Fahrgastzahlen können zum Ausgleich der Kostensteigerung, insbesondere im Energiesektor, durch den Aufgabenträger (Bruttovertrag) oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen (Nettovertrag) genutzt werden. Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene hat sich laut Auffassung der Geschäftsleitung jedoch nicht wesentlich verbessert. Wir gehen davon aus, dass die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte zukünftig zu erheblichen Sparzwängen führen wird.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 war insbesondere durch den Betrieb der Rheingau-Linie und der Odenwaldbahn geprägt. Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht eingeleitet.

Die Prognosen des Lageberichtes der Vorperiode haben sich insbesondere zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2014 bestätigt. Wir verweisen auf die entsprechenden Ausführungen im Prognosebericht. Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt zufriedenstellend verlaufen.

Die kaufmännische Betreuung der Gesellschaft erfolgt auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit der Gesellschafterin Rurtalbahn GmbH. Das Buchhaltungssystem mit integrierter Kostenrechnung ist an die unternehmensspezifischen Rahmenbedingungen der VIAS GmbH angepasst.

Das Kostenrechnungssystem und die kaufmännische Unternehmensorganisation unterstehen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Geschäftsführung und Geschäftsbereichsleiter erhalten monatliche Soll-/Ist-Vergleiche auf Basis des Businessplans. Die Ertragsdaten für die VIAS GmbH werden monatlich, die Liquiditätsvorschau wöchentlich analysiert. Des Weiteren werden monatlich Kennzahlen zur Steuerung der unternehmerischen und betrieblichen Belange ermittelt und der Geschäftsführung und den Leitern der Geschäftsbereiche zur Verfügung gestellt.

Darstellung der Lage

a) Ertragslage

Einen Überblick über die Entwicklung der Ertragslage gibt der nachfolgende Jahresvergleich:

Ergebnis in TEUR	2014	2013
<i>Gesamtleistung</i>	57.001	56.686
<i>Materialaufwand</i>	-48.686	-47.971
<i>Personalaufwand</i>	-4.398	-4.206
<i>Sonstige Betriebsaufwendungen und Abschreibungen</i>	-2.713	-2.982
<i>Zinsergebnis</i>	411	285
<i>Neutrales Ergebnis</i>	-509	361
<i>Steuern</i>	-522	-674
Jahresergebnis	584	1.499

Die Ertragslage ist maßgeblich von dem Betrieb der Odenwaldbahn und der Rheingau-Linie ge-

prägt. Der überwiegende Teil der Gesamtleistung wurde durch die Einnahmen aus dem Verkehrs-Service-Vertrag mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH und dem Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV Nord) erzielt. Daher ist das Ausfallrisiko von Forderungen begrenzt. Im Geschäftsjahr erfolgte zudem eine Anpassung der Einnahmen auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten.

Im Materialaufwand mit TEUR 48.686 (i. Vj. TEUR 47.971) stellen die Aufwendungen aufgrund der Verträge mit Bombardier Transportation GmbH, DB Netz AG, DB Station & Service AG sowie der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH die maßgeblichen Aufwendungen dar. Die Preise und Konditionen auf den Beschaffungsmärkten werden sich voraussichtlich leicht steigend entwickeln. Jedoch sind die Preise für Trassen- und Stationsnutzung sowie der Materialbeschaffung vertraglich für das Geschäftsjahr fixiert. Die Entwicklung der Energiekosten ist insbesondere im Bereich des Dieselkraftstoffs stark von der weltweiten Nachfrage abhängig. Hier ist, wie in den Vorjahren, mit Steigerungen zu rechnen. Preissteigerungen im Markt werden durch eine permanente Anpassung der vertraglich vereinbarten Leistungsentgelte kompensiert.

In dem Posten Personalaufwand in Höhe von TEUR 4.398 (i. Vj. TEUR 4.206) hat sich neben der gestiegenen Anzahl der Mitarbeiter die weitere Angleichung des Haustarifvertrages der VIAS GmbH (Mantel- und Entgelttarifvertrages) an den Branchentarifvertrag insbesondere durch den Wechsel von Mitarbeitern in höhere Entgeltstufen und die Erhöhung und Erweiterung von Zulagen ausgewirkt. In 2014 haben sich die Tarifkommissionen auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt, der eine Laufzeit bis zum 31.12.2015 aufweist und sich am aktuellen Niveau des Branchentarifvertrages Schienenpersonennahverkehr orientiert.

b) Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt die folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

		2014	2013
		TEUR	TEUR
	Periodenergebnis	584	1.499
+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	183	247
+/-	Zunahme/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	770	454
+/-	Zunahme/Abnahme der mittel- und kurzfristigen Rückstellungen	78	-2.539
-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-178	-2.570
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	504	2.800
	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.941	-109
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagever-		

	mögen	-45	-60
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-28	-30
-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-73	-71
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		-146	-161
-	Auszahlungen für die Tilgung von (Finanz-)Krediten	0	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		0	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds		1.795	-270
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	508	778
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		2.303	508

Liquide Mittel werden zum 31. Dezember 2014 mit TEUR 2.303 (i. Vj. TEUR 508) ausgewiesen. Aufgrund der bestehenden Verkehrs-Service-Verträge für die Teilnetze Odenwaldbahn und Rheingau-Linie erhält die VIAS GmbH festgelegte Vergütungen der Auftraggeber, die einer jährlichen Fortschreibung auf Basis vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln zur Abdeckung der marktbedingten Preissteigerungsraten durch den Auftraggeber unterliegen.

Zur maßgeblichen Liquiditätssicherung leisten die Auftraggeber gegenüber der VIAS GmbH monats- und quartalsweise Abschlagszahlungen auf den Grundanspruch. Die Höhe der Abschlagszahlungen bemisst sich nach dem fortgeschriebenen Grundanspruch unter Anrechnung der auf Basis des Vorjahres ermittelten durchschnittlichen, kassentechnischen Einnahmen des Eisenbahnverkehrsunternehmens sowie unter Beachtung seiner pauschalen Zuwendungen nach § 145 SGB IX und erfolgt rechnerisch auf Basis der Preissteigerung gemäß den zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember vorliegenden relevanten Indizes des Vorjahres.

Die endgültige Abrechnung des vertraglich vereinbarten Betriebsprogramms erfolgt zum 31.05. des nachfolgenden Kalenderjahres durch den Auftraggeber. Zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt eine vorläufige Abgrenzung.

Diese eigenen flüssigen Mittel, zusammen mit der Kreditlinie der Hypovereinsbank, stellen eine ausreichende Liquiditätsreserve dar, die die VIAS GmbH in die Lage versetzt, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen.

Wöchentliche Liquiditätsübersichten an die Geschäftsführung runden die Liquiditätsplanung ab; die Geschäftsführung ist somit in der Lage, sich anbahnende Engpässe frühzeitig zu erkennen und entsprechende Steuerungsmaßnahmen einzuleiten.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der VIAS GmbH beträgt zum 31. Dezember 2014 TEUR 16.914 (i. Vj. TEUR 14.977).

Das Anlagevermögen beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 2.701 (i. Vj. TEUR 2.737). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist auf die planmäßige Abschreibung zurückzuführen, der durch die Zugänge des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 146 nicht kompensiert werden konnte.

Weitere wesentliche Posten der Aktivseite sind die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 7.204 (i. Vj. TEUR 6.997) sowie die Vorräte in Höhe von TEUR 2.727 (i. Vj. TEUR 2.489). Die wesentlichen Posten bei den Vorräten resultieren aus dem Kauf

eines Ersatzteilkpaketes von der Firma Stadler für die Flirt-Fahrzeugflotte sowie dem Erwerb eines Satzes Drehgestelle und Motoren inkl. Getriebe für die ITINO Fahrzeugflotte.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 1.979 (i. Vj. TEUR 2.246) enthält im Wesentlichen eine Leasingondervorauszahlung, die über die Vertragslaufzeit aufgelöst wird.

Zum 31. Dezember 2014 stellen auf der Passivseite die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 4.124 (i. Vj. TEUR 3.630) sowie die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 4.340 (i. Vj. TEUR 3.492) die wesentlichen Posten dar.

Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2014 TEUR 8.378 (i. Vj. TEUR 7.793); dies entspricht einer Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 49,5 % (i. Vj. 52,0 %).

Nachtragsbericht

Es sind keine besonderen Vorgänge nach dem Ende des Geschäftsjahres eingetreten.

Prognosebericht

Wir erwarten für die Gesellschaft eine positive Entwicklung im Hinblick auf das Jahresergebnis. Die Leistungen für das Teilnetz Odenwaldbahn werden ab Dezember 2015 nicht mehr von der VIAS GmbH erbracht, sondern von der VIAS Odenwaldbahn GmbH. Die vorhandenen Mitarbeiter und Vermögensgegenstände der VIAS GmbH zur Erbringung der Verkehrsleistung werden an den neuen Betreiber übergehen. Die vertraglichen Rahmenbedingungen hierzu werden im Laufe des Geschäftsjahres 2015 vorbereitet und durchgeführt. Durch die Umstrukturierung werden die Aufwendungen angemessen auf die beiden Unternehmen aufgeteilt. Eine weitere Teilnahme an Ausschreibungsverfahren ist derzeit nicht vorgesehen.

Der Haustarifvertrag der VIAS GmbH wurde im Entgeltbereich seitens des Tarifpartners Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fristgerecht im Jahr 2013 gekündigt. Aufgrund der Einigung der Tarifkommissionen in 2014 ist eine Kostensteigerung im Entgeltbereich auf aktuellem Branchenniveau vereinbart worden.

Mit Ablauf der Gewährleistung im Jahre 2013 für die Fahrzeuge des Typs FLIRT der Firma Stadler sowie mit zunehmendem Alter der Fahrzeuge ist mit steigendem Aufwand in der Instandhaltung der Fahrzeuge zu rechnen, der sich negativ auf die Entwicklung der Ertragslage auswirken wird.

Aufgrund der Ausgangssituation im Rahmen des Betriebs der Odenwaldbahn und der Rheingau-Linie sowie der strategischen Ausrichtung rechnet die VIAS GmbH für das Geschäftsjahr 2014 mit einem leicht sinkenden Umsatz und einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von rund 1,5 Mio. EUR.

Die Umsatzrentabilität vor Steuern (Verhältnis vom Jahresergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zur Gesamtleistung inkl. Zuschüssen) beträgt rund 1,9 % (i. Vj. 3,8 %). Für das Jahr 2015 wird eine Umsatzrendite in Höhe von rund 2,6 % erwartet.

Die Materialaufwandsquote (Materialaufwand zu Gesamtleistung) beträgt rund 85,4 % (i. Vj. 84,6 %). Für das Jahr 2015 wird eine Materialaufwandsquote in Höhe von rund 82,2 % erwartet.

Darüber hinaus gehende wesentliche Änderungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Folgejahre bis einschließlich 2016 sind nicht ersichtlich.

Chancen- und Risikobericht

Ungeachtet der Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln im Jahr 2010 im Schienenpersonennahverkehr ist bislang noch keine Stilllegung von Linien zu beobachten.

Gleichwohl besteht das Risiko, aber auch die Chance, dass aufgrund veränderter Rahmenbedingungen die Aufgabenträger Rhein-Main-Verkehrsverbund und Zweckverband SPNV Nord Leistungsänderungen, wie z. B. Änderungen der Betriebs- und Taktzeiten oder Änderungen im Fahrplanangebot verlangen, die zu einer Änderung des Grundanspruchs führen.

In 2014 wurden aber weder Taktfrequenzen noch Kapazitäten durch die Aufgabenträger wesentlich verändert. Auch für 2015 erwartet die Geschäftsleitung keine wesentlichen Leistungsänderungen im Rahmen der bestehenden Verkehrsserviceverträge, da aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Entwicklung im Verkehrsgebiet weiterhin wachsende Fahrgastzahlen zu beobachten sind.

Ein weiteres Risiko besteht bei nicht planbaren Betriebsstörungen, wie beispielsweise bei Fahrzeugausfällen, Unfällen oder durch die zuständigen Behörden oder Eisenbahninfrastrukturunternehmen kurzfristig bekannt gemachten Einschränkungen des Schienenverkehrs, die auch zu einer Kürzung des Grundanspruchs führen können.

Diesem Wagnis beugt die VIAS GmbH durch das Vorhalten einer adäquaten Betriebsleitstelle sowie eines Notfall- und Störungsmanagements vor, dass im Bedarfsfall ein kurzfristiges Handeln ermöglicht.

Für beide Verkehrsserviceverträge wurde ein Anreizsystem zur Bewertung und Gewichtung von Leistungs- und Qualitätskriterien inkl. eines Bonus/Malus Systems vereinbart, das als Bestandteil des Verkehrs-Service-Vertrags zur grundsätzlichen Anhebung der Qualität der Leistungserstellung in Richtung einer noch stärkeren Ausrichtung auf kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen und damit der Zuverlässigkeit des Gesamtsystems SPNV beitragen soll.

Das Bonus/Malus System basiert auf definierten Qualitätsstandards (Akzeptanzwerten) zu angegebenen objektiven und subjektiven Qualitätskriterien. Während für die objektiv messbaren Qualitätskriterien über regelmäßige Erfassung und Auswertung von Daten die Zielerreichungsgrade ermittelt werden, werden für die subjektiven Kriterien über regelmäßige Kundenbefragungen und deren Auswertung die Bewertungsziffern ermittelt.

Die ermittelten Zielerreichungsgrade (objektive Qualitätskriterien) bzw. Bewertungsziffern werden jährlich mit den vorgegebenen Akzeptanzwerten verglichen.

Hier hat sich in 2014 im Teilnetz Rheingau eine Verschlechterung der subjektiven Bewertung von Pünktlichkeit und Information im Störfall ergeben, die zu einer Maluszahlung in erheblichem Umfang geführt hat. Durch Verbesserung der Zielerreichungsgrade dieser objektiven und subjektiven Qualitätskriterien im Hinblick auf Ankunftspünktlichkeit und Information soll hier in 2015 gegengesteuert werden.

Trotz Ende des Verkehrsvertrages für die Odenwaldbahn am 11. Dezember 2015 besteht für die VIAS GmbH durch Kooperation und Nutzung von Synergien mit dem neuen Betreiber der Odenwaldbahn, der VIAS Odenwaldbahn GmbH, eine gute Ausgangslage für eine weiterhin positive Unternehmensentwicklung.

Zur Absicherung gegenüber möglichen Risiken des Unternehmensfortbestandes bedient sich die VIAS GmbH eines umfassenden Früherkennungssystems durch die Implementierung von Daten der Finanzbuchhaltung und des Controllings in ein monatliches Reporting-System. Die so generierten Abweichungsberichte werden in Abstimmung mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Geschäftsbereichsleitern zeitnah analysiert. Wöchentliche Liquiditätsübersichten werden der Geschäftsführung vorgelegt.

Zur Vermeidung von Zahlungsausfällen wird ein adäquates Forderungsmanagement eingesetzt, das durch eine permanente und zeitnahe Überwachung der Zahlungseingänge Forderungsausfälle nahezu ausschließt. Bei ausbleibendem Forderungsausgleich werden entsprechende Maßnahmen bis hin zum Mahnbescheid erlassen.

Die Gesellschaft besitzt infolge einer guten Eigenkapitalbasis eine solide Innenfinanzierungskraft. Investitionen werden weitgehend aus Eigenmitteln finanziert. Eine Aufnahme kurzfristiger Finanzierungsmittel ist aus Sicht der Geschäftsführung nur temporär notwendig.

Aufgrund der durchgeführten Analysen bestehen aus Sicht der Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

Durch die für das Jahr 2015 vorgesehene Neuordnung der Regionalisierungsmittel und der damit ggf. verbundenen Reduzierung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel ist mit einer Verringerung der Verkehrsleistungen im SPNV zu rechnen. Inwieweit dies Auswirkungen auf die VIAS GmbH haben wird, ist derzeit nicht absehbar.

Beteiligungen des Unternehmens

Die VIAS GmbH ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR (CVUA)

Blücherplatz 43
52068 Aachen
Telefon 0241-5102120
Telefax 0241-505296
E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Homepage: www.cvua-rheinland.de

Gegenstand Anstalt öffentlichen Rechts / Ziele der Beteiligung

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied. Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wird zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen wird zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Das Recht des Verwaltungsrates nach § 8 Absatz 3 Nummer 3 IUAG NRW, die in Satz 2 geregelte Besetzung des Vorstandes zu ändern, bleibt unberührt.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat wird aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes hat insgesamt fünf Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes.

des sowie die Durchführung seiner Beschlüsse.

Der Verwaltungsrat kann sich vom Vorstand jederzeit über alle Angelegenheiten der Untersuchungsanstalt unterrichten lassen. Er kann vom Vorstand verlangen, dass ihm oder den von ihm bestimmten Mitgliedern des Verwaltungsrates Akteneinsicht gewährt wird.

Der Verwaltungsrat beschließt über

- 1.den Erlass von Satzungen und Geschäftsordnungen im Rahmen des nach diesem Gesetz zugewiesenen Aufgabenbereichs,
- 2.die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans einschließlich Stellenplan und Stellenübersicht,
- 3.die Bestellung, Ernennung und Entlassung der Vorstandsmitglieder,
- 4.Grundsätze des Personalwesens und der Personalentwicklung,
- 5.die Festsetzung allgemein geltender Gebührentarife und Entgelte für die Leistungsnehmer, soweit sich diese nicht aus gesetzlichen Regelungen ergeben,
- 6.die Bestellung des Abschlussprüfers auf Vorschlag des Vorstandes,
- 7.die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses,
- 8.die Ergebnisverwendung,
- 9.die Entlastung des Vorstandes,
- 10.die Übertragung weiterer Untersuchungsaufgaben aus dem Bereich der bisher von den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben, soweit dies rechtlich zulässig ist,
- 11.wesentliche Änderungen des Betriebsumfanges im nichtamtlichen Aufgabenbereich sowie
- 12.weitere Angelegenheiten, die ihm durch Satzung zugewiesen werden.

Besetzung der Organe

Allgemein

Vorstand: Löhr, Dr. Gerhard (Vorsitzender)
Pauly-Mundegar, Dagmar

Verwaltungsrat:	Land NRW	2 Sitze	14,32%
	Stadt Aachen	1 Sitz	7,14%
	Stadt Bonn	1 Sitz	7,14%
	Stadt Köln	1 Sitz	7,14%
	Stadt Leverkusen	1 Sitz	7,14%
	Städteregion Aachen	1 Sitz	7,14%
	Kreis Düren	1 Sitz	7,14%
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	7,14%
	Kreis Euskirchen	1 Sitz	7,14%

Oberbergischer Kreis	1 Sitz	7,14%
Rheinisch-Bergischer Kreis	1 Sitz	7,14%
Rhein-Erft-Kreis	1 Sitz	7,14%
Rhein-Sieg-Kreis	1 Sitz	7,14%

Vertretung des Kreises Düren

Verwaltungsrat: Hürtgen, Dirk Kreis Düren Kreiskämmerer

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

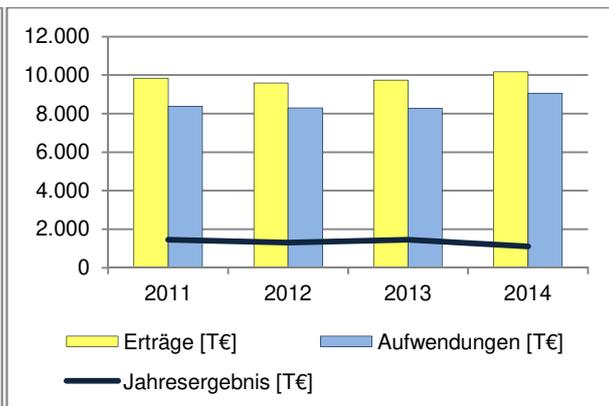
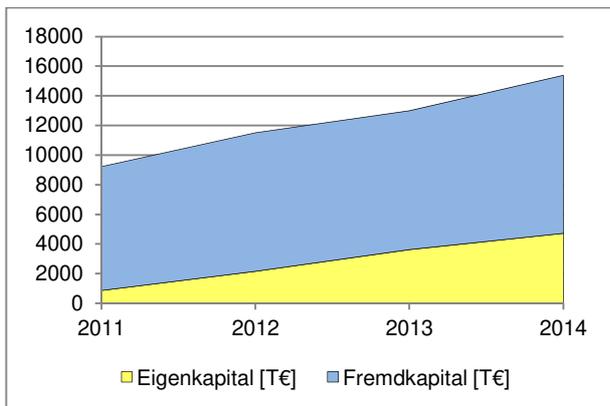
Rechtsform:	Anstalt öffentlichen Rechts
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	300.000 €

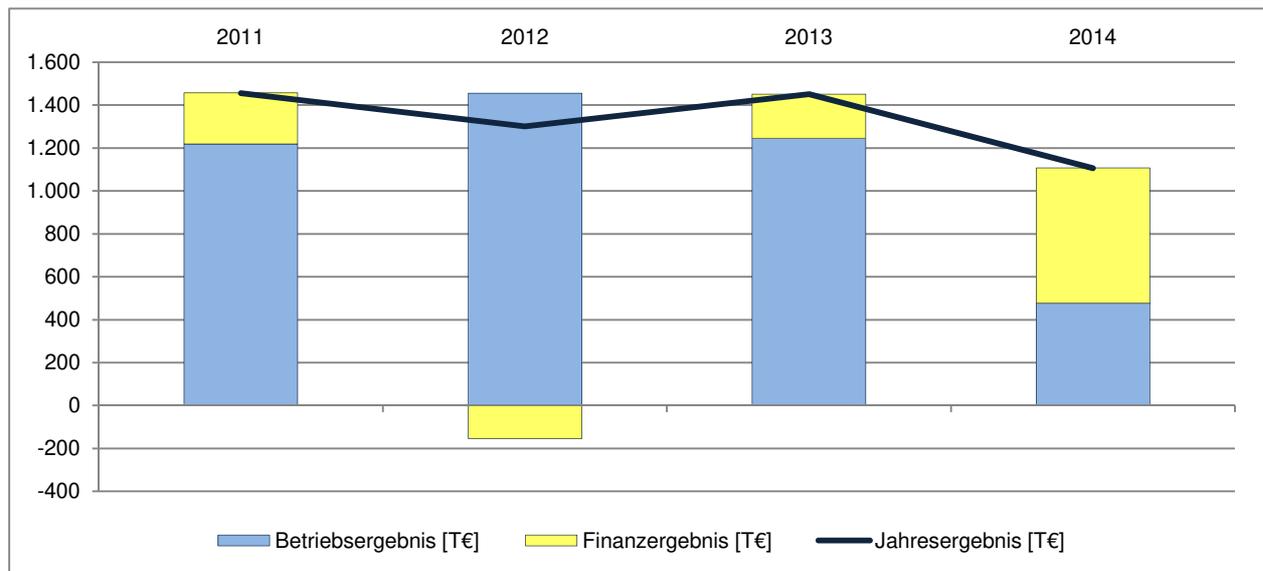
Anstaltsträger	direkter Anteil
Land NRW	30,00 %
Stadt Aachen	5,83 %
Stadt Bonn	5,83 %
Stadt Köln	5,83 %
Stadt Leverkusen	5,83 %
Städteregion Aachen	5,83 %
Kreis Düren	5,83 %
Kreis Heinsberg	5,83 %
Kreis Euskirchen	5,83 %
Oberbergischer Kreis	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	5,83 %

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23.116,94 €	15.370,63 €	10.169,33 €	-5.201,30 €	-33,84%
II. Sachanlagen	1.002.939,12 €	2.061.072,56 €	3.692.207,82 €	1.631.135,26 €	79,14%
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte	47.354,57 €	53.276,83 €	42.445,49 €	-10.831,34 €	-20,33%
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	5.662.175,19 €	5.731.631,33 €	6.355.739,91 €	624.108,58 €	10,89%
III. Wertpapiere	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €	-300.000,00 €	-100,00%
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	4.355.925,82 €	4.788.044,45 €	5.212.409,33 €	424.364,88 €	8,86%
C. Rechnungsabgrenzungsposten	119.595,14 €	52.009,85 €	63.859,30 €	11.849,45 €	22,78%
Summe Aktiva	11.511.106,78 €	13.001.405,65 €	15.376.831,18 €	2.375.425,53 €	18,27%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €	
II. Gewinnrücklagen	606.613,79 €	1.864.385,74 €	3.315.064,15 €	1.450.678,41 €	77,81%
	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
III. Bilanzgewinn	1.257.771,95 €	1.450.678,41 €	1.106.024,76 €	-344.653,65 €	-23,76%
B. Rückstellungen	8.504.582,65 €	8.980.621,41 €	10.180.750,01 €	1.200.128,60 €	13,36%
C. Verbindlichkeiten	627.335,46 €	291.727,38 €	351.086,46 €	59.359,08 €	20,35%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	214.802,93 €	113.992,71 €	123.905,80 €	9.913,09 €	8,70%
Summe Passiva	11.511.106,78 €	13.001.405,65 €	15.376.831,18 €	2.375.425,53 €	18,27%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	9.427.581,33 €	9.441.909,98 €	9.476.769,76 €	34.859,78 €	0,37%
2. sonstige betriebliche Erträge	142.969,60 €	90.167,45 €	63.442,62 €	-26.724,83 €	-29,64%
3. Materialaufwand	1.431.224,72 €	1.459.477,74 €	1.462.962,31 €	3.484,57 €	0,24%
4. Personalaufwand	5.020.059,88 €	5.167.738,03 €	5.937.200,04 €	769.462,01 €	14,89%
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	262.937,59 €	232.078,50 €	355.262,51 €	123.184,01 €	53,08%
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.401.102,25 €	1.426.518,66 €	1.307.787,32 €	-118.731,34 €	-8,32%
Betriebsergebnis	1.455.226,49 €	1.246.264,50 €	477.000,20 €	-769.264,30 €	-61,73%
7. sonstige Zinsen und u. ähnliche Erträge	20.595,15 €	204.650,91 €	630.196,52 €	425.545,61 €	207,94%
8. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	175.187,96 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	-154.592,81 €	204.650,91 €	630.196,52 €	425.545,61 €	207,94%
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	1.300.633,68 €	1.450.915,41 €	1.107.196,72 €	-343.718,69 €	-23,69%
sonstige Steuern	348,00 €	237,00 €	1.171,96 €	934,96 €	394,50%
Jahresüberschuss	1.300.285,68 €	1.450.678,41 €	1.106.024,76 €	-344.653,65 €	-23,76%





	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	92	94	95

Verbindungen zum Kreishaushalt

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR erhebt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten von dem Land NRW und den kommunalen Trägern Entgelte, soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind. Im Haushaltsjahr 2014 belief sich das vom Kreis Düren aufzubringende Entgelt auf 461.636,66 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen.

Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlichrechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln. Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt. Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Wirtschaftsbericht

Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

Geschäftsverlauf

Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV). Im Berichtsjahr schieden vier Sachverständige aus, zwei wurden wegen Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt, eine Sachverständige hat sich beruflich anderweitig orientiert. Ein Kollege ist plötzlich und unerwartet verstorben. Alle Stellen wurden mit zeitlich befristeten Verträgen wieder besetzt. Zwei technische Mitarbeiterinnen sind ebenfalls ausgeschieden. Freiwerdende Stellen bzw. Stellenanteile durch Elternzeit oder Arbeitszeitverkürzungen wurden mit entsprechenden Zeitverträgen wieder besetzt. Ein Auszubildender schloss mit Erfolg seine Ausbildung zum Chemie-Laboranten ab.

Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2014 wurden insgesamt 17.474 amtliche Proben untersucht.

Neubau des gemeinsamen Standorts in Hürth

Das Jahr 2014 war geprägt von der weiteren Planung und dem Baubeginn des Neubaus am gemeinsamen Standort in Hürth. Ende April wurde der Bauantrag bei der Stadt Hürth eingereicht, am 18. Juni lag bereits die Baugenehmigung vor.

Der Rohbau wurde als erstes Gewerk am 4. Juli europaweit ausgeschrieben, gefolgt von den Gewerken Fassade und Förderanlagen. Baubeginn war der 30. September, der erste Spatenstich erfolgte am 1. Oktober im Rahmen einer Sitzung des Verwaltungsrates. Bis Ende des Jahres wurden drei weitere Gewerke aus den Bereichen Strom, Heizung, Kälte und Lüftung ausgeschrieben.

Hier eine Beschreibung des Gebäudes aus der Sicht der Architekten:

Bei dem Tragwerk des Gebäudes handelt es sich um einen klassischen Stahlbetonskelettbau mit Flachdecken. Das Gebäude besteht aus EG, 1. OG und 2. OG in Massivbauweise. Das 3. OG für die Haustechnik ist als Staffelgeschoss in leichter Stahlbauweise geplant. Das Gebäude

ist nicht unterkellert und hat zwei massive Aussteifungskerne. Besonderheit sind die auskragenden Sachverständigenbüros mit einer Kraglänge von 3,85 m. Dazu werden in den auskragenden Achsen im Abstand von 14,4 m massive Wandschotten angeordnet, die über die Decken zentriert werden.

Der Haupteingang des Gebäudes befindet sich weithin sichtbar an der Nord- Ostseite des Neubaus an der Winterstrasse. Die Zufahrt zu den Parkplätzen erfolgt im Norden des Grundstückes ebenfalls über die Winterstrasse. Die Anlieferung und der Zugang für Mitarbeiter liegen an der südwestlichen Ecke des neuen Gebäudes. Das Gebäude besitzt zwei Erschließungskerne mit je einer Aufzugsanlage und einer Fluchttreppe. Während neben den Büros für die Verwaltung sämtliche Sonderfunktionen wie Versorgungsräume, Konferenz- und Besprechungsräume sowie die Bibliothek im Erdgeschoß liegen, sind die Labore und deren Auswerteplätze im ersten und zweiten Obergeschoß verteilt. Im Dachgeschoss befindet sich die Gebäudetechnik.

Die Labore befinden sich in einem kompakten Körper (harter Kern), der im Süden und Norden an die Fluchttreppen und Nasszellen grenzt. Außen, um den Laborkern herum, werden die Auswerteplätze ohne trennende Wände, sämtliche Besprechungszonen und Gutachterbüros gelegt, sodass sich die außen umlaufende Erschließungs- und Gang- Zone (weiche Schale) in eine offene Kommunikationslandschaft mit Blick in die Umgebung verwandelt. Über die auf kurzem Wege erreichbaren Treppenkerne ist auch der unmittelbare „vertikale Austausch“ in das Erdgeschoß gesichert.

Die Idee eines lebendigen Laborgebäudes soll auch nach außen sichtbar gemacht werden. So sind die innere Funktion und die Anordnung der „Kommunikationszone“ (weiche Hülle) um den Laborkern auch als solche ablesbar. Die Auswerteplätze, Sachverständigenräume und Kommunikationsbereiche werden in den ersten beiden Obergeschossen- einem „Mantel“ gleich- in Form von flexiblen Etagenbändern, die geschossweise unterschiedlich vor- und rückspringen, vorgelagert. Dadurch entsteht ein dynamisches, horizontal gegliedertes Fassadenbild. Auch im Erdgeschoss werden die Sonderfunktionen nach „außen“ gedrückt, um die Orientierung zu verbessern und Funktionen wie Haupteingang und Konferenzzone sichtbar zu machen.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2014, der vom Verwaltungsrat am 19.12.2013 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 13.168 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 3.915 T€, wobei 415 T€ für allgemeine Investitionen und 3.500 T€ für die Baukosten, einschließlich der Nebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Gewinn von 465 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 1.106 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß per Umlaufbeschluss vom 19.12.2013 festgesetzter Entgeltordnung 9.465 T€ (Vj.: 9.432 T€). Daneben wurden Gebühren für Lebensmitteluntersuchungen und sonstige Untersuchungen in Höhe von 11 T€ (Vj.: 10 T€) erhoben.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.937 T€ (Vj.: 5.168 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 65 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.150 T€ berücksichtigt.

Große Aufwandsposten bleiben die Mieten mit 505 T€ (Vj.: 505 T€) und die Betriebskosten mit 330 T€ (Vj.: 313 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 150 T€ (Vj.: 172 T€),

der Personalverwaltung in Höhe von 36 T€ (Vj.: 36 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 92 T€ (Vj.: 129 T€), für Versicherungen in Höhe von 16 T€ (Vj.: 18 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto und Bürobedarf in Höhe von 17 T€ (Vj.: 17 T€). Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 355 T€ (Vj.: 232 T€).

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2013	31.12.2014
Bilanzsumme	13.001.405,65 €	15.376.831,18 €
Anlagevermögen	2.076.443,19 €	3.702.377,15 €
Vorratsvermögen	53.276,83 €	42.445,49 €
Stammkapital	3000.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	3.615.064,15 €	4.721.088,91 €
Eigenkapitalquote	27,80 %	30,70 %
Rückstellungen	8.980.621,41 €	10.180.750,01 €
Verbindlichkeiten	291.727,38 €	351.086,46 €
Davon mittel- bis langfristige Bankschulden	0,00 €	0,00 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	2,73	3,72

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 5.512 T€.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 13.001 T€ auf 15.377 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus den Baukosten und Anlagen im Bau. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme des Eigenkapitals und der Rückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 416 T€ in neue Laborgeräte und 1.474 T€ in den Neubau an Baukosten, einschl. Nebenkosten investiert.

Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind rund 91 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 562 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 10.180.750,01 € (Vj.: 8.981 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 9.828 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherren der Beamten betragen 6.348 T€.

Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.106.024,76 € erwirtschaftet. Es wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2014 eingetreten sind, liegen nicht vor.

Prognosebericht

Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

Schwerpunktbildung NRW

Die Vorstände der fünf Untersuchungsanstalten des Landes NRW haben sich auch im Jahr 2014 weiter intensiv mit der Frage der Bildung von Schwerpunkten zwischen den Anstalten auseinandergesetzt. In der Zusammenarbeit mit den integrierten Untersuchungsanstalten in NRW liegen deutliche synergetische Entwicklungsmöglichkeiten. Verbesserung der Leistungen im gesundheitlichen Verbraucherschutz, Optimierung der Aufgabenerfüllung und Kosteneinsparungen können realisiert werden, wenn ganze Aufgabenblöcke zusammengefasst werden und die dadurch freigesetzten Ressourcen fachlich oder wirtschaftlich genutzt werden. Dies kann allerdings nur auf der Basis von Solidarität und Verlässlichkeit geschehen, da mit der Schwerpunktbildung der Verlust der Unabhängigkeit einhergeht. Einmal übernommene Schwerpunkte müssen langfristig ausgelastet bzw. verlässlich betrieben werden, abgegebene Aufgaben sind nur mit sehr hohem Aufwand wieder zu integrieren. Das Land NRW hatte Ende 2013 eine AG „Schwerpunktbildung“ unter Federführung des MKULNV eingerichtet. Bei den weiteren Beratungen der Vorstände mussten somit auch die Forderungen/Wünsche des Landes berücksichtigt werden. Die Umsetzung der Schwerpunktbildung soll danach in einem Schritt erfolgen und nicht wie von der Vorständekonferenz in mehreren Schritten. Weiterhin hat das Land die Probenplanung an sich gezogen und dem LANUV übertragen. Ohne ein entsprechendes Probenplan-Modul ist eine Umsetzung der Schwerpunktbildung nicht möglich. Als möglichen Start für die Schwerpunktbildung hatte das Land den 1. Januar 2017 ins Auge gefasst. Anfang 2015 hat die VK der AG ein abgestimmtes Konzept von Kompetenzzentren und Schwerpunktlaboren vorgelegt. Zur Probenplanung liegen zum jetzigen Zeitpunkt nur erste Überlegungen vor. Ob die vom Land NRW beschlossene Einführung von Gebühren, sowohl für die amtlichen Lebensmittelkontrollen, als auch die amtlichen Untersuchungen, zur weiteren Verzögerung der Schwerpunktbildung führen, ist im Augenblick nicht abschätzbar.

Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Vom 18. – 22. Februar 2013 hat die DAkkS mit einem Team von fünf Personen die Erst-Akkreditierung des CVUA Rheinland an allen drei Standorten durchgeführt. Die Akkreditierungsurkunde gilt ab dem 9. August 2013 für 5 Jahre. Regelmäßig finden bis zur Re-Akkreditierung im Jahr 2018 drei Überwachungsbegutachtungen statt. Im September/Oktober 2014 fand das 1. Zwischenaudit durch die DAkkS statt. Nach dem Einzug in das neue Laborgebäude ist rechtzeitig mit der DAkkS das weitere Vorgehen bei den Audits abzustimmen.

Neubau

Es besteht hier ein Risiko, dass die Arbeiten sich verzögern und der Termin des Einzugs nicht erreicht werden kann, was eine Erhöhung der Kosten zur Folge hätte.

Zur Risikominimierung wurde deshalb u.a. ein externer Projektsteuerer beauftragt.

In den ersten beiden Sitzungen des Verwaltungsrates in 2014 wurde beschlossen, einzelne Gewerke europaweit auszuschreiben, unter Anwendung der sog. 80-20-Regelung gemäß § 3 Abs. 7 Satz 5 VgV, d.h. diese Regelung lässt z.B. die nationale Vergabe bei der Beschaffung der Laboreinrichtung zu.

Weiterhin wurde der nachfolgende Beschluss gefasst:

Der Verwaltungsrat erhält vom Vorstand neben dem regelmäßigen Projektbericht eine Kostenfortschreibung. Sollten sich während der Bauphase Nachträge ergeben, die, bezogen auf das jeweilige Vergabepaket, erkennbar zur Überschreitung des Budgets, entweder um mehr als 10 % oder um mehr als 50.000 € führen, so ist ein Beschluss des Verwaltungsrates entweder per Umlaufverfahren oder in Form einer kurzfristigen Sitzung unter Verzicht auf die Ladefristen herbeizuführen. Ebenso ist bei erkennbaren Terminverzögerungen zu verfahren.

Nur bei der Vergabe des Gewerks 09 „Lüftungsanlagen, Gebäudeautomation, Mess- Steuer- und Regeltechnik“ musste wegen Überschreitung des Budgets um rd. 58 T€ ein Beschluss des Verwaltungsrats herbeigeführt werden. Gegen diese Vergabe wurde außerdem von einem Bieter Einspruch bei der Vergabekammer der Bezirksregierung Köln eingelegt. Der Einspruch wurde mit Datum vom 9. April 2015 zurückgewiesen. Die Verzögerung hat bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu einer Verzögerung der Bautätigkeit geführt.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2014, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 3. Dezember 2014 verabschiedet wurde, weist ein Gesamtergebnis von rd. 307 T€ Gewinn aus. Daneben wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 20.084 T€ im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 11.375 T€ bestimmt.

Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Beteiligungen Anstalt öffentlichen Rechts

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Rettungsdienst Kreis Düren AÖR (RDKD)

Marienstraße 29
 52372 Kreuzau-Stockheim
 Telefon 02421-559-0
 Telefax 0241-559-206
 E-Mail: rdkd-info@kreis-dueren.de
 Homepage: -

Gegenstand Anstalt öffentlichen Rechts / Ziele der Beteiligung

Die Rettungsdienst Kreis Düren AÖR (RDKD) wurde zum 09. Oktober 2014 gegründet.

Aus den dem Kreis Düren nach § 6 Rettungsgesetz NRW (RettG) obliegende Verpflichtungen wurden folgende Aufgaben einschließlich ihrer Trägerschaft an das Unternehmen übertragen:

- die rettungsdienstliche Versorgung der Bevölkerung auf anerkannt hohem Niveau nach den Vorgaben des Rettungsgesetzes NRW sowie den hierzu durch Ministerien, Aufsichtsbehörden und Fachgremien formulierten Vorgaben und Normen;
- die Aufstellung und die Fortschreibung eines Rettungsdienstbedarfsplanes sowie die Einbindung aller beteiligten Organisationen (§ 12 RettG);
- den Erlass einer Gebührensatzung und die entsprechende Beteiligung der Krankenkassen nach § 14 RettG;
- die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung nach § 2 RettG einschließlich der notärztlichen Versorgung nach § 3 RettG im Rettungsdienst und im Krankentransport (§ 6 Abs. 1 RettG);
- die Trägerschaft der Rettungswachen, die nicht in der Trägerschaft von mittleren oder großen kreisangehörigen Städten liegen (§ 6 Abs. 2 RettG), und den Betrieb dieser Rettungswachen sowie das Hinwirken, bei baulichen Maßnahmen von Krankenhäusern die Belange des Rettungsdienstes zu berücksichtigen (§ 9 RettG);
- die Vorhaltung der im Rettungsdienstbedarfsplan festgelegten Anzahl an Rettungswachen und Notarztstandorten (§ 7 RettG);
- die Beachtung der Vorgaben zur Besetzung der Krankenkraftwagen mit geeignetem Personal (§ 4 RettG);
- die Beschaffung, Vorhaltung und Instandhaltung der im Rettungsdienstbedarfsplan definierten Rettungsdienstfahrzeuge (RTW, KTW, NEF, sonstige Fahrzeuge) und medizinisch-technischen Geräte;
- die Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern nach § 11 RettG;
- die Einbindung freiwilliger Hilfsorganisationen nach § 13 RettG;
- die Erteilung von Genehmigungen nach §§ 18 ff RettG.

Darüber hat der Kreis Düren der Anstalt die Rechte und Pflichten aus den nachfolgend genannten öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Wahrnehmung übertragen:

- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Trägergemeinschaft des Intensiv-Transporthubschraubers "Christoph Rheinland" mit der Stadt Köln als Kernt Träger sowie den beteiligten Kreisen und Städten in der jeweils gültigen Fassung,

- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers "Christoph Europa 1" mit der Städteregion Aachen als Kernt Träger sowie den benachbarten Kreisen in der jeweils gültigen Fassung,

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus zwei Personen. Sämtliche Vorstandsmitglieder sind gemeinschaftlich zur Vertretung der Anstalt befugt. Der Verwaltungsrat kann einem oder mehreren Vorstandsmitgliedern Einzelvertretungsbefugnis erteilen.

Der Verwaltungsrat kann ein Mitglied zum Sprecher des Vorstandes bestellen. Der Verwaltungsrat legt auch die Geschäftsbereiche der einzelnen Mitglieder fest und gibt dem Vorstand eine Geschäftsordnung.

Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat auf die Dauer von fünf Jahren bestellt; eine erneute Bestellung ist zulässig.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Landrat des Kreises Düren als Vorsitzenden und 6 weiteren Mitgliedern. Für die weiteren Mitglieder werden Vertreter bestellt; der Landrat des Kreises Düren wird durch den allgemeinen Vertreter im Amt vertreten. Darüber hinaus haben Fraktionen des Kreistages, die auf Grund der Mehrheitsverhältnisse keinen Vertreter in den Verwaltungsrat entsenden können, das Recht, ein beratendes Mitglied zu entsenden.

Vorsitzender des Verwaltungsrats ist der Landrat der Kreisverwaltung Düren. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Stellvertreter.

Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter werden vom Kreistag aus den Kreistagsmitgliedern und sachkundigen Bürgern gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes.

Der Verwaltungsrat kann jederzeit vom Vorstand über alle Angelegenheiten des Unternehmens Berichterstattung verlangen.

Folgende Rechtsgeschäfte und Handlungen des Vorstandes bedürfen der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrates:

- a. Verfügungen und Verpflichtungen, die über den Rahmen des laufenden Geschäftsverkehrs bzw. des gewöhnlichen Rechts-

- verkehrs hinausgehen und deren Gegenstand im Einzelfall den in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Betrag überschreiten,
- b. die Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, sofern sie die in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen für den Vorstand übersteigen,
 - c. die Aufnahme von Darlehen und Krediten jeder Art, sofern im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegter Betrag überstiegen wird,
 - d. der Abschluss von Miet-, Pacht- oder Leasingverträgen für eine längere Dauer als ein Jahr, sofern der jährliche Zins den in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Betrag übersteigt,
 - e. die Führung eines Rechtsstreits, soweit der Streitwert die in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegte Wertgrenze übersteigt,
 - f. der Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Der Verwaltungsrat entscheidet über:

- g. Erlass von Satzungen im Rahmen des durch diese Unternehmenssatzung übertragenen Aufgabenbereichs (§ 2 Abs. 3)
- h. Beteiligung des Unternehmens an anderen Unternehmen und die Veränderung der Beteiligung
- i. Bestellungen und Abberufungen des Vorstands sowie Regelungen des Dienstverhältnisses des Vorstandes
- j. Geschäftsordnung für den Vorstand
- k. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans
- l. Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer des Unternehmens
- m. Bestellung des Abschlussprüfers
- n. Feststellung des Jahresabschlusses
- o. die Ergebnisverwendung
- p. die Entlastung des Vorstandes
- q. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111 GO

Im Fall des Buchstaben a unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Kreistages und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Buchstaben b und k bedarf es der vorherigen Entscheidung des Kreistages.

Dem Vorstand gegenüber vertritt der Vorsitzende des Verwaltungsrates das Unternehmen gerichtlich und außergerichtlich.

Besetzung der Organe

Allgemein

Vorstand:	Kaptain, Peter (Vorsitzender)	Kreis Düren	Dezernent
	Butz, Ralf	Kreis Düren	Amtsleiter
Verwaltungsrat:	Kreis Düren	7 Sitze	100%

Vertretung des Kreises Düren

Verwaltungsrat:	Dr. Jorde, Frank	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Korn, Axel	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Pörtner, Lothar	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Rolfink, Katharina	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Schmitz, Josef-Johann	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Spelthahn, Wolfgang (Vorsitzender)	Kreis Düren	Landrat
	Timirci, Cem	Kreis Düren	Kreistagsmitglied
	Veithen, Valentin Raimund	Kreis Düren	Kreistagsmitglied

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Anstalt öffentlichen Rechts
Sitz:	52372 Kreuzau-Stockheim
gezeichnetes Kapital:	326.850,58 €

Anstaltsträger	direkter Anteil
Kreis Düren	100 %

Bilanz	2014 (Rumpfgeschäftsjahr)
Aktiva	
A. Anlagevermögen	
I. Sachanlagen	1.615.814,66 €
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	58.000,00 €
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.158.812,74 €
Summe Aktiva	4.832.627,40 €
Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	326.850,58 €
II. Jahresergebnis	0,00 €
B. Sonderposten für Gebührenaussgleich	742.091,32 €
C. Rückstellungen	19.772,80 €
D. Verbindlichkeiten	3.743.912,70 €
Summe Passiva	4.832.627,40 €

Gewinn- u. Verlustrechnung	2014 (Rumpfgeschäftsjahr)
1. Umsatzerlöse	2.452.504,20 €
2. sonstige betriebliche Erträge	571.493,58 €
3. Materialaufwand	26.237,91 €
4. Abschreibungen	
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	91.905,59 €
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.149.037,91 €
Betriebsergebnis	756.816,37 €
6. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	14.725,05 €
Finanzergebnis	-14.725,05 €
7. Aufwendungen aus der Einstellung in den Sonderposten für den Gebührenaussgleich	742.091,32 €
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	0,00 €
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00 €

Auf die graphische Auswertung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wird hier verzichtet, da auf Grund der Gründung in 2014 keine Vorjahreszahlen vorhanden sind.

	2014
Anzahl der Mitarbeiter	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Die Kosten für Fehleinsätze werden aktuell nicht vollständig durch die Kostenträger erstattet. Das sich daraus ergebende Gebührendefizit wird durch den Kreis Düren ausgeglichen. Für das Rumpfsjahr 2014 betrug dieser Ausgleich 87.249,56 €.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen der AöR

Geschäftsmodell der AöR

Der Kreistag des Kreises Düren hat in seiner Sitzung am 30.09.2014 die Errichtung der Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) als Anstalt des öffentlichen Rechts auf den Tag nach der Bekanntmachung der Anstaltssatzung beschlossen.

Mit Schreiben vom 01.10.2014 teilte die Bezirksregierung Köln dem Kreis Düren mit, dass sie gegen die geplante Gründung der Rettungsdienst Kreis Düren AöR keine kommunalrechtlichen Bedenken erhebt.

Die öffentliche Bekanntmachung der Anstaltssatzung erfolgte am 08.10.2014; der RDKD ist somit mit Datum vom 09.10.2014 offiziell gegründet.

Der Kreis Düren hat der RDKD die Aufgaben des bodengebundenen Rettungsdienstes („Rettungsdienst“ und „Notarzt“) übertragen. Zudem ist das Recht der Gebührenerhebung auf die AöR übertragen worden.

Sitz der AöR ist Marienstraße 29 in 52372 Kreuzau-Stockheim.

Zu Vorständen sind Herr Peter Kaptain, Kreuzau, und Herr Ralf Butz, Hürtgenwald, bestellt.

Ziele und Strategien

Ziel der RDKD ist es, für alle Bürgerinnen und Bürger einen kreisweit qualitativ gleichwertigen Rettungsdienst anzubieten, der jederzeit in der Lage ist, sich auf die verschiedensten Schadenslagen einzustellen und rechtzeitig vor Ort kompetente Hilfe anbieten kann.

Die Fahrzeuge im Rettungsdienst werden einheitlich ausgestattet, so dass ein flexibler Einsatz der Einsatzkräfte ohne evtl. Umgewöhnung möglich ist. Auch die Fort- und Ausbildungen des Personals wird, soweit dies möglich ist, auf die Bedürfnisse der RDKD zugeschnitten und zentral in Stockheim umgesetzt.

Die zeitliche Umsetzung der Ziele ist im jeweilig gültigen Rettungsdienstbedarfsplan definiert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Jahr 2014 stellt für die RDKD ein Rumpfgeschäftsjahr dar. Während bis zur Gründung im Oktober die Aufgaben direkt durch den Kreis Düren wahrgenommen wurden, erfolgte danach die Umsetzung durch die RDKD. Bis zum 01.04.2014 waren die Rettungswachen in Jülich und Linnich in der Trägerschaft der Stadt Jülich. Diese hat die Trägerschaft von Rettungswachen an den Kreis Düren abgegeben. Die vormals in Jülich geltenden Gebührensätze wurden durch die beim Kreis Düren und seit der Gründung der RDKD durch die Gebührensätze der RDKD abgelöst.

Der Kreis Düren hat die hoheitlichen Aufgaben des Rettungsdienstes auf die RDKD übertragen. Damit steht die RDKD nicht im Wettbewerb zu anderen Marktteilnehmern und ist aufgrund der Gebührenfinanzierung auch nicht unmittelbar von gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland abhängig.

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf für das Berichtsjahr war durch folgende Tätigkeitsschwerpunkte geprägt: Im Zuge der Gründung der RDKD hat der Kreis Düren im Rahmen einer Sacheinlage die Rettungswache Nörvenich, Fahrzeuge sowie technische Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung eingebracht.

Ab dem 09.10.2014 hat die RDKD den laufenden Geschäftsbetrieb des Rettungsdienstes übernommen.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2014 bestand der Tätigkeitsschwerpunkt in der Vorbereitung zur Aufnahme des operativen Geschäftes in eigenen Rettungswachen mit eigenem Personal ab dem 01.04.2015. Im Dezember 2014 wurden hierzu Personalauswahlgespräche geführt.

Am 01.11.2014 ist die Rettungswache in Niederzier in Betrieb gegangen. Hierzu wurde das Personal zunächst von den Hilfsorganisationen gestellt, bis dass das eigene Personal am 01.04.2015 zur Verfügung stand.

Zudem wurde am 01.12.2014 der Notarzt-Standort in Nideggen in Betrieb genommen. Auch hier haben die Hilfsorganisationen zunächst das Personal gestellt. Mit eigenem Personal ist dieser Standort seit dem 01.04.2015 besetzt.

Im Dezember 2014 wurde für die Rettungswache in Langerwehe ein Rettungswagen in Dienst gestellt.

Aus der Abrechnung des Kreises Düren für den Bereich Rettungswesen bis zum 08.10.2014 hat sich eine Überdeckung in Höhe von 571 T€ ergeben. Dieser Betrag wurde in 2015 vom Kreis Düren an die RDKD gezahlt und ist im Jahresabschluss zum 31.12.2014 als Forderung aktiviert.

Lage

Ertragslage

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellten Werte lassen aufgrund des fehlenden Vorjahres keinen Vorjahresvergleich zu.

Die Umsatzerlöse (Gesamtleistung) der Körperschaft betragen 2.453 T€. Dies entspricht in etwa dem Ansatz im Wirtschaftsplan.

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge (571 T€) und des Materialaufwandes (26 T€) ergibt sich ein Rohergebnis von 2.998 T€.

Der Posten Materialaufwand enthält Verbrauchsmaterial, das auf den Fahrzeugen mitgeführt wird.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich um die Überdeckung, die sich aus der Abrechnung des Kreises Düren für den Bereich Rettungswesen zum 08.10.2014 ergeben hat (571 T€). Dieser Betrag steht gem. § 2 der "Vereinbarung zwischen dem Kreis Düren und der Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) vom 30.10.2014" der RDKD zu.

Bei den Abschreibungen des Berichtsjahres handelt es sich um planmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (92 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2.149 T€) werden vorwiegend durch die Personalkostenerstattungen an den beteiligten Hilfsorganisationen (1.910 T€) bestimmt. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnte der Ansatz aus dem Wirtschaftsplan leicht unterschritten werden. Unter anderem sind die Fahrzeugkosten unter dem Ansatz geblieben. Die vorgesehenen Reparaturen konnten teilweise bis ins Jahr 2015 verschoben werden, was in 2014 zu geringeren Aufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan führte.

Außerdem konnten bei den Kostenerstattungen an die Krankenhäuser für Notärzte Einsparungen erzielt werden, da die vorsichtigen Planansätze zu hoch gewählt waren.

Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 15 T€) ergibt sich eine Überdeckung in Höhe von 742 T€. Die Überdeckung ist im Rahmen der künftigen Gebührenkalkulation auszugleichen und wurde daher in den Sonderposten für den Gebührenaussgleich eingestellt.

Ursächlich für die gegenüber der Annahme im Wirtschaftsplan (113 T€) höhere Überdeckung ist insbesondere die Überdeckung in Höhe von 571 T€, die sich aus der Abrechnung des Kreises Düren zum 08.10.2014 ergeben hat.

Finanzlage

Die RDKD ist gebührenfinanziert. Ziel hierbei ist es die Gebührenbescheide spätestens sechs Wochen nach dem Einsatz zu versenden. Durch eine Umstellung des Abrechnungssystems hat sich in 2014 diese Zeitspanne jedoch vergrößert. Unter Berücksichtigung des Zahlungsverhaltens der Schuldner, insbesondere der Krankenkassen, flossen der RDKD die liquiden Mittel erst mit einer Verzögerung von mehreren Monaten zu. Dies entsprach zum größten Teil den Erwartungen, so dass bereits bei Gründung der RDKD ein Kontokorrentkredit in Höhe von 2.000 T€ durch die Sparkasse Düren eingeräumt wurde. Dieser wurde zum 31.12.2014 in Höhe von 1.751 T€ in Anspruch genommen.

In 2015 erfolgte eine Erhöhung des Kontokorrentkredites auf 5.000 T€. Wesentliche Investitionen wurden in 2014 nicht getätigt.

Das Eigenkapital beläuft sich auf 327 T€. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 7%. In Bezug auf die Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

Kapitalflussrechnung:

Jahresüberschuss	0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	92
Zunahme der Rückstellungen	20
Zunahme Sonderposten	742
Zunahme der Vorräte	-58
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-2.379
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/ Latente Steuern	-780
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	724
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	107
Laufende Geschäftstätigkeit	-1.532
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-219
Investitionstätigkeit	-219
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	1.751
Finanzierungstätigkeit	1.751
Liquide Mittel am Anfang der Periode	0
Zahlungswirksame Veränderungen	0
Liquide Mittel am Ende der Periode	0

Vermögenslage

Zum 31.12.2014 beträgt die Bilanzsumme 4.833 T€.

Die Aktivseite ist geprägt durch das Anlagevermögen (1.616 T€) sowie die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (2.379 T€). Die Anlagenintensität (Anlagevermögen / Bilanzsumme) beträgt 33%.

Das Anlagevermögen zum 31.12.2014 setzt sich im Wesentlichen aus den im Rahmen der Sacheinlage durch den Kreis Düren eingebrachten Vermögensgegenständen (Grundstück und Gebäude Rettungswache Nörvenich, Fahrzeuge sowie medizinische Geräte und Betriebs- und Geschäftsausstattung) zusammen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen eine Forderung gegen den Kreis Düren aus der Überdeckung, die sich aus der Abrechnung des Kreises Düren für den Bereich Rettungswesen zum 08.10.2014 ergeben hat (571 T€) und gem. § 2 der "Vereinbarung zwischen dem Kreis Düren und der Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) vom 30.10.2014" der RDKD zusteht.

Das Eigenkapital des RDKD beträgt 327 T€.

Die Rückstellungen betragen 20 T€, die Fremdkapitalquote (Fremdkapital / Bilanzsumme) beträgt 93%.

Aus der Inanspruchnahme eines Kontokorrentkredites bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.751 T€.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das operative Geschäft der RDKD besteht in der Durchführung des Rettungsdienstes laut Rettungsdienstbedarfsplan 2014. Die RDKD ist gebührenfinanziert; die Höhe der Erlöse hängt von der Anzahl der Einsätze ab und ist durch die RDKD nicht beeinflussbar. Daher erfolgt keine Betrachtung von Rentabilitätskennzahlen.

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ist die Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex (Beteiligungsrichtlinie) für Beteiligungen des Kreises Düren von besonderer Be-

deutung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt bzw. erreicht werden kann.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres vorhanden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Für das Jahr 2015 ff. ist die weitere Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes 2014 vorgesehen. Eine partielle Fortschreibung des Bedarfsplanes wird in 2015 für das neue Berufsbild des Notfallsanitäters erfolgen, um die Kosten dieser dreijährigen Berufsausbildung über die Gebühren abrechnen zu können. Bis zum 01.11.2015 müssen die Standorte in Heimbach und Jülich grundsätzlich realisiert werden. Hierzu werden vorerst provisorische Lösungen über zeitlich begrenzte Anmietungen ausgeführt. Der Mietaufwand wird sich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen widerspiegeln.

In Heimbach wird der Bau einer neuen Rettungswache im August 2015 beginnen. Das entsprechende Grundstück wurde in 2015 erworben. Mit Abschluss der Bauarbeiten ist zu Beginn des Jahres 2016 zu rechnen. Seit dem 01.05.2015 wird der Dienst in Heimbach in der provisorischen Wache im Gebäude der freiwilligen Feuerwehr Heimbach 12-Stunden durchgeführt. Ab dem 01.10.2015 wird dieser Dienst auf 24 Stunden ausgeweitet.

In Jülich sind die Verhandlungen für den Standort einer provisorischen Wache derzeit in Arbeit, die mindestens bis 2017 genutzt wird. Erst danach ist ein Neubau realisierbar.

Außerdem ist beabsichtigt, im Jahr 2015 diverse Fahrzeuge zur Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes zu erwerben, die den Fahrzeugbestand der RDKD erheblich verändern werden.

Der Bau der neuen Rettungswachen sowie die Anschaffung neuer Fahrzeuge werden zu einem Anstieg des Anlagevermögens und analog dazu zu einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten führen. Insgesamt werden die Bilanzsumme sowie die Anlagenintensität erheblich steigen. Durch die geplante Aufnahme von Darlehen wird mit einem Anstieg der Fremdkapitalquote gerechnet.

Da 2014 für die Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) ein Rumpfgeschäftsjahr war, werden sich die Umsatzerlöse, der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen voraussichtlich erhöhen.

Die Einstellung eigenen Personals wird sich im GuV-Posten Personalaufwand niederschlagen.

Risikobericht

Die wahrzunehmenden Aufgaben der RDKD ergeben sich aus dem Bedarfsplan für den Rettungsdienst. Dieser Bedarfsplan ist mit den Verbänden der Krankenkassen abgestimmt. Die Krankenkassen haben die Pflicht zur Refinanzierung der Kosten zur Ausführung des Bedarfsplanes über die Gebühren.

Das einzige Risiko in der Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Rettungsdienstes ist die Initiierung von Gerätschaften oder Maßnahmen, die über das im Bedarfsplan festgelegte Maß hinausgehen. Sollte der Vorstand Maßnahmen ergreifen, die vom Bedarfsplan nicht abgedeckt sind (beispielsweise die Beschaffung zusätzlicher Rettungswagen), können die Krankenkassen die Refinanzierung dieser Kosten ablehnen.

Fehleinsätze sind die einzigen "Produkte" der RDKD, die grundsätzlich nur eine 50%ige Refinanzierung über die Krankenkassen erfahren. Mit dem Kreis Düren wurde hier jedoch eine Vereinbarung getroffen, dass die Kosten der Fehleinsätze, welche nicht über die Krankenkassen refinanziert werden, vom Kreis Düren abgedeckt werden. Somit besteht faktisch nach Einschätzung des Vorstandes hierdurch kein finanzielles Risiko.

Zwischenzeitliche Unterdeckungen durch die zeitliche Verzögerung zwischen Gebühreneingang und Ausgaben werden durch Kontokorrentkredite überbrückt.

Chancenbericht

Die demographische Entwicklung lässt die Bevölkerung immer weiter altern. Statistiken der Einsatzzahlen zeigen, dass mit steigendem Alter die Einsatzhäufigkeit progressiv zunimmt. Somit ist in der Zukunft mit einer höheren Anzahl an Einsätzen zu rechnen.

Chancen in Bezug auf die Steigerung des Jahresergebnisses sind aufgrund des gebührenfinanzierten Geschäftsmodells nicht zu berücksichtigen. Die RDKD strebt eine dem Geschäftszweck angemessene Kostenoptimierung an.

Beteiligungen Anstalt öffentlichen Rechts

Die Rettungsdienst Kreis Düren AöR (RDKD) ist zum 31.12.2014 an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

In 2016 hat sie sich mit einem Anteil von 49% an der Notfallbildungszentrum Eifel-Rur gGmbH (NOBIZ) beteiligt.



Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Kaiserstr. 50
52134 Herzogenrath-Kohlscheid
Telefon: 0241 / 519 822 17
E-Mail: hans-dieter.huellenkremer@studien-
institut-aachen.de
Homepage: www.studieninstitut-aachen.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist als kommunaler Zweckverband in den Aufgabengebieten Personalauslese, Ausbildung und Prüfung sowie Fortbildung für die Verbandmitglieder tätig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2014 noch nicht vorlag.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach Gesetz und der Satzung des Zweckverbandes obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere:

1. Erlass und Änderung der Satzung des Zweckverbandes, der Institutsordnung und anderer nach Satzungsrecht zu erlassenen Bestimmungen,
2. Erlass und Änderung der Prüfungsordnungen, soweit hierfür anderweitige Zuständigkeiten nicht begründet sind,

3. Wahl der nach der Institutsordnung besonders zu berufenen Mitglieder des Institutsbeirats,
4. Einstellung, Anstellung, Beförderung und Entlassung der hauptamtlichen Dienstkräfte des Zweckverbandes mit Ausnahme von Aushilfskräften auf Zeit, deren Einstellung und Entlassung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel dem Verbandsvorsteher überlassen sind,
5. Festsetzungen der Vergütungen für Lehr- und Prüfungstätigkeit,
6. Festsetzung der Entgelte für Ausbildungslehrgänge (Lehrgangsgeld).

Der Verbandsvorsteher und der Studienleiter des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen oder ihre Vertreter nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Institutsbeirat: Zur Mitwirkung bei der Verwaltung des Studieninstituts kann ein Institutsbeirat gebildet werden. Zusammensetzung und Aufgaben des Institutsbeirates werden durch die Institutsordnung geregelt.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Dr. Barth, Lothar	Stadt Aachen	Beigeordneter
Verbandsversammlung:	Stadt Aachen	1 Sitz	25 %
	Städteregion Aachen	1 Sitz	25 %
	Kreis Düren	1 Sitz	25 %
	Kreis Heinsberg	1 Sitz	25 %

Institutsbeirat: wurde nicht gebildet.

Vertretung des Kreises Düren

Vorsitzender der Verbandsversammlung	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent
Verbandsversammlung:	Kaptain, Peter	Kreis Düren	Dezernent

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband <small>nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)</small>
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet.

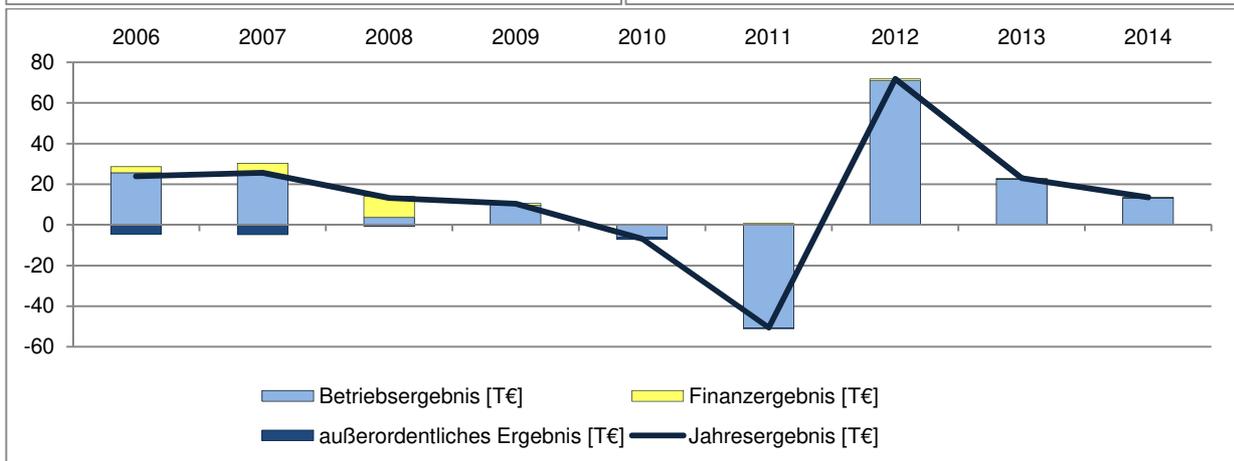
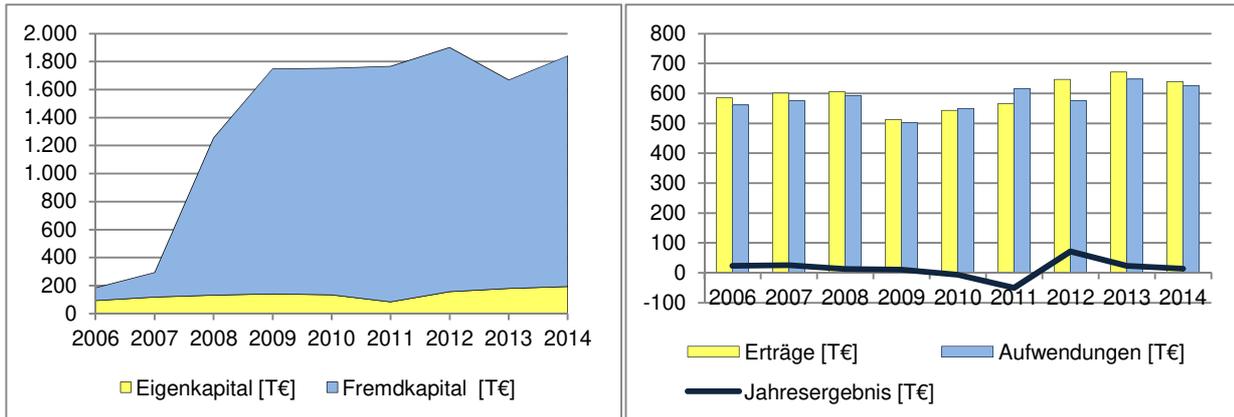
Verbandsmitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Stadt Aachen	25%

StädteRegion Aachen	25%
Kreis Düren	25%
Kreis Heinsberg	25%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00 €	2,00 €	2,00 €	0,00 €	0,00%
II. Sachanlagen	6.434,05 €	4.548,36 €	3.967,98 €	-580,38 €	-12,76%
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	1.725.363,77 €	1.476.177,70 €	1.610.953,04 €	134.775,34 €	9,13%
II. Liquide Mittel	164.909,43 €	184.076,79 €	221.639,08 €	37.562,29 €	20,41%
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.857,89 €	3.873,13 €	4.285,96 €	412,83 €	10,66%
Summe Aktiva	1.900.567,14 €	1.668.677,98 €	1.840.848,06 €	172.170,08 €	10,32%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	84.218,70 €	145.123,86 €	145.123,86 €	0,00 €	0,00%
II. Ausgleichsrücklage	0,00 €	10.853,43 €	33.864,00 €	23.010,57 €	212,01%
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	71.758,59 €	23.047,47 €	13.490,37 €	-9.557,10 €	-41,47%
B. Rückstellungen	1.674.935,04 €	1.437.366,03 €	1.579.384,02 €	142.017,99 €	9,88%
C. Verbindlichkeiten	64.509,61 €	49.476,59 €	68.985,81 €	19.509,22 €	39,43%
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.145,20 €	2.810,60 €	0,00 €	-2.810,60 €	-100,00%
Summe Passiva	1.900.567,14 €	1.668.677,98 €	1.840.848,06 €	172.170,08 €	10,32%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	43.534,48 €	0,00 €	32.698,86 €	32.698,86 €	-
Privatrechtliche Leistungsentgelte	601.610,02 €	670.781,77 €	605.458,26 €	-65.323,51 €	-9,74%
Sonstige ordentliche Erträge	1.055,00 €	0,00 €	1.018,98 €	1.018,98 €	-
Ordentliche Erträge	646.199,50 €	670.781,77 €	639.176,10 €	-31.605,67 €	-4,71%
Personalaufwendungen	417.595,13 €	493.343,83 €	485.021,06 €	-8.322,77 €	-1,69%
Versorgungsaufwendungen	16.453,66 €	17.996,31 €	1.329,85 €	-16.666,46 €	-92,61%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.856,35 €	23.551,48 €	33.038,35 €	9.486,87 €	40,28%
Bilanzielle Abschreibung	3.671,89 €	13.209,36 €	580,38 €	-12.628,98 €	-95,61%
Transferaufwendungen	34.400,00 €	20.000,00 €	17.000,00 €	-3.000,00 €	-15,00%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.242,19 €	80.111,25 €	88.939,94 €	8.828,69 €	11,02%
Ordentliche Aufwendungen	575.219,22 €	648.212,23 €	625.909,58 €	-22.302,65 €	-3,44%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	70.980,28 €	22.569,54 €	13.266,52 €	-9.303,02 €	-41,22%
Finanzerträge	778,31 €	477,93 €	223,85 €	-254,08 €	-53,16%
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Finanzergebnis	778,31 €	477,93 €	223,85 €	-254,08 €	-53,16%

	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Ordentliches Jahresergebnis	71.758,59 €	23.047,47 €	13.490,37 €	-9.557,10 €	-41,47%
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	-
Jahresergebnis	71.758,59 €	23.047,47 €	13.490,37 €	-9.557,10 €	-41,47%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	kA.	kA	kA0

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (insbesondere Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstandenen Aufwendungen nicht decken. Hierbei bemisst sich die Umlage nach der letzten amtlich festgelegten fortgeschrittenen Bevölkerungszahl. Die Umlage ist im Voraus vierteljährlich zu zahlen. Hierzu ergänzend stellen die Verbandsmitglieder dem Zweckverband unentgeltlich die erforderlichen Räume sowie Einrichtungsgegenstände zur Verfügung (§ 10 der Satzung des Zweckverbandes). Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2014 eine Verbandssum-

lage i.H.v. 8.016,53 € entrichtet. Darüber hinaus, weist der Kreis Düren in der Bilanz zum 31.12.2014 eine Verbindlichkeit für Pension und Beihilfen i.H.v. 286.575,56 € gegenüber dem Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen aus. Außerdem hat der Kreis Düren im Rahmen der Leistungsanspruchnahme Lehrgangsgelder und Entgelte gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Allgemeines

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig.

Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, die Landesverfassung und die Gemeindeordnung alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Job-Center, Kita-Bereich). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers.

Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen der Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte.

Der Bereich der letztgenannten freiwilligen Ausgaben fällt zum Nachteil der Mitarbeiter, letztlich aber auch der Kommunalbehörden (Wissensmanagement) oftmals einem „imaginären Rotstift“ zum Opfer. So musste u.a. die Stadt Aachen aufgrund wegbrechender Gewerbesteuererinnahmen am 25.08.2014 eine Haushaltssperre verhängen. Dies führte dazu, dass bereits gebuchte Veranstaltungen oder Teilnehmeranmeldungen für den Herbst/Winter storniert werden mussten. Bereits im Laufe des Jahres war hierzu schon eine deutliche Zurückhaltung zu erkennen. Dies führt zu fatalen Auswirkungen für das Studieninstitut, die ihre Fortbildungsangebote aufgrund der sparsamen Haushaltsführung der Behörden nicht wie gewohnt vermarkten konnte.

Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten - unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage - zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Lehrgangsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen.

Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die Stadt Aachen hat jedoch reagiert und nach Vorgabe des Studienleiters eine Ausschreibung von nebenamtlichen Dozentenstellen durchgeführt. Die StädteRegion Aachen ist dem Beispiel im Frühjahr 2015 gefolgt.

Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund.

Das Institut steht für Nutzerfreundlichkeit und Kundenorientierung. Seit dem I. Quartal 2014 wurde das Anmeldeverfahren modernisiert, so dass Seminar auch „online“ gebucht werden können.

Der Seminarkalender ist dynamisch, d.h. er unterliegt einer ständigen Entwicklung und Fortschreibung. Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kundengerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben, so ggf. auch als Inhouse-Veranstaltungen. Dies erfolgt in der Regel unmittelbar bei den „Kunden“ über Mail-Anfragen.

Wie oben bereits beschrieben unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Gefahr, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu greifen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeiter zu gestalten.

Sofern sie hiervon Gebrauch machen, werden die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer bei positiver Erfahrung hierüber berichten und die Veranstaltungen des Studieninstitutes hinsichtlich der Fortbildung anderen Kolleginnen und Kollegen empfehlen.

Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung zunehmend auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt.

Personalsituation

Die Personalsituation ist inzwischen absolut stabil. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle leben einen guten Teamspirit. Dies lässt sich am guten Geschäftsergebnis ablesen.

Mit Blick über den Berichtszeitraum hinaus wird festgestellt, dass sich die im Rahmen einer personalwirtschaftlichen Maßnahme abgeordnete Beamtin des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes nach Ablauf ihrer dreijährigen Probezeit zum 30.06.2015 neu orientiert hat und sich

erfolgreich auf eine Stelle bei der StädteRegion Aachen beworben hat. Zum selben Zeitpunkt konnte jedoch eine Auszubildende der Stadt Aachen zur Verwaltungsfachangestellten in ihrem letzten Ausbildungsabschnitt erfolgreich im Wege der Abordnung zum Studieninstitut geworben werden. Damit ist weiterhin nach der parallel verlaufenden Einarbeitungsphase eine Kontinuität bei der Aufgabenerfüllung gewährleistet.

Zur Verbuchung der Kosten für die Abordnung wurde bereits im Jahr 2012 eine Position (Sachkonto 545201 – „Erstattung Personalkosten an die Stadt Aachen“) gebildet. Im Jahr 2014 wurden unter dem Sachkonto die geforderten Beträge einschließlich gezahlter Beihilfe in Höhe von insgesamt 32.669,08 € an die Stadt Aachen erstattet.

Haushaltssicherungskonzept; Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband zum Haushaltsjahr 2014 konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 06.12.2013 beschlossen werden. Nach der ausgearbeiteten Verwaltungsvorlage erfolgte der Beschluss einstimmig. Der Beschluss beinhaltete die Senkung der Umlage für die Verbandsmitglieder um 0,01 € auf 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied. Die Bevölkerung für das Gebiet des Zweckverbandes wurde zum Stichtag 31.12.2012 auf 1.089.062 Einwohner festgestellt. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2014 mit 32.698,86 € ermittelt und beschlossen.

Die Genehmigung der Umlage erfolgte durch Verfügung der Bezirksregierung, Az. 31.1.1.6.2-StudAC vom 06.05.2014. Diese wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung unter Nr. 20/2014 vom 19.05.2014 veröffentlicht.

Parallel war der Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen nach Feststellung des bedeutenden Jahresfehlbetrages im Wirtschaftsjahr 2011 in Höhe von 50.521,55€ gem. § 76 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW gehalten, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Hierzu mussten erhebliche Anstrengungen vorgenommen werden, um die Aufsichtsbehörde zu überzeugen, dass es sich dabei lediglich um eine kurzfristige Schwäche und nicht um ein dauerhaft zu erwartendes strukturelles Defizit gehandelt hat. Im Einzelnen wurde in der Vorlage für die Mitglieder der Verbandsversammlung ausgeführt:

Sach- und Rechtslage

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes hat in ihrer Sitzung am 06.12.2013 die Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2014 beschlossen. Die Satzung wurde der Bezirksregierung gem. § 80 Abs. 5 GO NRW als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 09.12.2013 angezeigt und zur Genehmigung der Verbandsumlage vorgelegt.

In derselben Sitzung der Verbandsversammlung wurden auch die Entwürfe der Jahresrechnungen für die Wirtschaftsjahre 2010 und 2011 beschlossen. Zudem wurde beschlossen, die vorgenannten Jahresabschlüsse dem Amt 14 der StädteRegion Aachen zur örtlichen Rechnungsprüfung zu übergeben. Die Prüfung der Jahresabschlüsse ist zwischenzeitlich vollzogen. Die Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse vom 18.02.2014 liegen vor und wurden der Bezirksregierung pflichtgemäß vorab zugeleitet.

Bekanntlich schloss insbesondere das Wirtschaftsjahr 2011 mit einem Jahresfehlbetrag von 50.521,55 € ab. Gemäß § 76 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn ... Nr. 1. durch Veränderungen des Haushalts in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der Allge-

meinen Rücklage um mehr als Viertel verringert wird oder Nr. 2. in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der Allgemeinen Rücklage um mehr als ein zwanzigstel zu verringern.

Gem. § 76 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW ist damit der Tatbestand für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erfüllt, das durch die Verbandsversammlung zu beschließen ist. Die Angelegenheit wurde am 11.04.2014 in einem Gespräch mit Vertretern der Bezirksregierung Köln eingehend erörtert. Aufgrund der Eilbedürftigkeit wurde dem Vorschlag der Vertreter des Studieninstitutes zugestimmt, den erforderlichen Beschluss im Wege eines Umlaufbeschlusses herbeizuführen.

In Anlage 1 zur Vorlage wurde das nachfolgende Haushaltssicherungskonzept zur Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2014 dargestellt.

Begründung:

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes hat in ihrer Sitzung am 06.12.2013 die Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2014 beschlossen. Die Satzung wurde der Bezirksregierung gem. § 80 Abs. 5 GO NRW als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 09.12.2013 angezeigt und zur Genehmigung der Verbandsumlage vorgelegt.

In derselben Sitzung der Verbandsversammlung wurden auch die Entwürfe der Jahresrechnungen für die Wirtschaftsjahre 2010 und 2011 beschlossen. Die Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse vom 18.02.2014 liegen vor und wurden der Bezirksregierung pflichtgemäß vorab zugeleitet.

Das Wirtschaftsjahr 2011 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 50.521,55 € ab.

Gemäß § 76 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn

- Nr. 1. durch Veränderungen des Haushalts in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der Allgemeinen Rücklage um mehr als Viertel verringert wird oder - Nr. 2. in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der Allgemeinen Rücklage um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern.

Bei dem vorliegenden erheblichen Fehlbetrag in Höhe von 50.521,55 € handelt es sich um ein außergewöhnliches einmaliges Ereignis. Bedingt durch die schwere Erkrankung einer Mitarbeiterin, die mit den Aufgaben für die Geschäftsführung betraut war, wurden wichtige haushaltswirtschaftliche Geschäftsvorfälle erst nach Kenntnis der Sachlage spät im Jahr eingeleitet, z.B. die Erhebung von Lehrgangsgeld. Zudem musste eine erhebliche Zahl von geplanten Seminaren abgesagt werden. Die Ausfälle führten zu ungedeckten Aufwendungen.

Der Zweckverband des Studieninstitutes unterliegt gem. § 8 GkG NRW den Vorschriften der GO NRW hinsichtlich der Haushaltswirtschaft.

Gem. § 76 Abs. Abs. 1 Nr. 1 GO NRW ist damit der Tatbestand für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erfüllt.

Maßnahmen der Haushaltssicherung:

1. Die negative Veränderung des Eigenkapitals in der Schlussbilanz betraf die Jahresrechnung 2011.

2. Das Amt für Prüfung und Beratung der StädteRegion Aachen hat in seinem Prüfbericht vom 18.02.2014 dargelegt, dass der Bestand an liquiden Mitteln im Jahr 2011 zwar erheblich zurückgegangen sei. „Allerdings stellt dies nur eine kurzfristige Schwäche dar, da die kurzfristigen Forderungen, die die offenen Zahlungen aus der verspäteten Abrechnung dokumentieren, im Vergleich zu den Vorjahren sehr hoch sind, ... „s. S. 15 des Berichtes.
3. Aufgrund des inzwischen vorläufigen Zahlenwerkes ist in den Folgejahren 2012 und 2013 bereits absehbar mit einem erheblichen Überschuss in der Jahresrechnung zu rechnen, der den Zweckverband in die Lage versetzt, die Allgemeine Rücklage bereits innerhalb eines Jahres wieder zuzuführen.
4. Im Wirtschaftsjahr 2013 konnte zudem aufgrund des voraussichtlich ausgezeichneten Ergebnisses und des zum Jahresende hohen Kassenbestandes die bereits erhobene Verbandsumlage in Höhe von 43.548,24 € an die Verbandsmitglieder erstattet werden.
5. Darüber hinaus wurde auch der Haushalt 2014 nach den Grundsätzen der gemeindlichen Haushaltswirtschaft geplant, ausgeglichen gestaltet und wird voraussichtlich ebenso abgeschlossen werden.
6. Aufgrund der guten Ertragslage war es bei der Planung des Haushalts 2014 möglich, die Umlage gegenüber den Vorjahren von 0,04 €/Ewo um 0,01 €/Ewo auf 0,03 €/Ewo zu senken. Ebenso war es bedingt durch den hohen Auslastungsgrad im Lehrgangsbereich das Lehrgangsgeld von 5,10 €/U-Std. auf 4,50 €/U-Std. zu senken.

Die Verbandsversammlung hat im Wege des Umlaufbeschlusses den nachfolgenden Beschlusssentwurf zum HSK 2014 einstimmig beschlossen:

„Die Verbandversammlung nimmt den Bericht zur Sach- und Rechtslage zur Kenntnis und beschließt das Haushaltssicherungskonzept zur Haushalts-satzung 2014 in der als Anlage 1 vorgelegten Form“.

Die Bezirksregierung hat mit Verfügung Az. 31.1-1.6- vom 30.04.2014 das mit Anzeige vom 24.04.2014 vorgelegte Haushaltssicherungskonzept gem. § 76 Abs. 2 S. 2 GO NRW i.V.m. § 18 Abs. 1 GkG NRW genehmigt.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes für das Wirtschaftsjahr 2014 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgebend. Die Kosten des Lehrgangsbetriebes einschließlich der Prüfungskosten wurden für das Wirtschaftsjahr 2014 mit 308.165,00 € ermittelt. Auf der Grundlage der Kalkulation wurden 81.537 Teilnehmerstunden erfasst.

Dies bedeutet gegenüber dem vorangehenden Wirtschaftsjahr eine deutliche Steigerung gegenüber der Vorjahreskalkulation um 4.613 Teilnehmerstunden bzw. rd. 6 %. Mit einem Ansatz von 4,50 €/Std./Teiln. konnte das Lehrgangsgeld gegenüber dem Vorjahresansatz sogar um 0,60€ zur Erreichung eines Kostendeckungsgrades gesenkt werden (2011: 4,90 €; 2012,2013:5,10 €/Std.)

Für die Ermittlung des Lehrgangsgeldes wurden zunächst die voraussichtlichen Kosten des Lehrgangsbetriebes herangezogen, die sich zum großen Teil aus den Aufwendungen aus dem Sachkonto 501900 herleiten lassen. Hierin sind u.a. 3.660 erteilte Unterrichtsstunden erfasst; darüber hinaus fließen die Kosten für die im Jahr 2014 voraussichtlich geplanten 9 Zwischen- und Abschlussprüfungen incl. der Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung der Mitglieder der

berufenen Prüfungsausschüsse ein. Basis für die Kalkulation ist eine tabellarische Aufstellung der Lehrgänge mit den planmäßig zu erteilenden Unterrichtseinheiten, den voraussichtlich anfallenden Teilnehmerstunden und den angesetzten Prüfungen. Hieraus leitet sich die Ermittlung der Prüfungskosten ab, in der alle Parameter (Teilnehmer an der Prüfung, Aufwendungen für die Erarbeitung und Bewertung von Klausuren, Entschädigung für Erst- und Zweitkorrektoren sowie Prüfungsausschüsse) erfasst sind.

Der Wert der Teilnehmerstunden stellt jedoch keine kontinuierliche Größe dar. Die Anzahl ist von einer sich jährlich verändernden Entsendung von Lehrgangsteilnehmern durch die Behörden abhängig. Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr ist beachtlich. Sie beträgt + 4.613 Stunden. Die erneute Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist bedingt durch die Hinzunahme von weiteren Lehrgängen zur beruflichen Weiterbildung. Insgesamt werden im Jahr 2014 in den 4 Schulabteilungen insgesamt 4 Angestelltenlehrgänge I sowie 7 Angestelltenlehrgänge II parallel durchgeführt. Darüber hinaus hat sich aufgrund der erheblichen Nachfrage eine Kontinuität bei den Ausbilderlehrgängen ergeben, so dass im lfd. und in den Folgejahren durchweg 2 Ausbilderlehrgänge abgehalten werden.

Die Deckung der Lehrgangskosten wäre mit einem Wert von 3,78 €/Std. erreicht. Unter Berücksichtigung dieser Daten hat die Zweckverbands-versammlung aus Gründen der Kontinuität und Haushaltssicherheit beschlossen, das Lehrgangsgeld mit einem Betrag von 4,50 €/Std. unverändert festzusetzen.

Im Lehrgangsgeld enthalten sind auch Beträge für die Entschädigung der Leistungen des hauptamtlich beschäftigten sowie der nebenamtlich tätigen Dozenten im Rahmen des Unterrichts für die Umschulungslehrgänge für das Berufsförderungswerk (BFW) Düren. Die technische Durchführung und Rechnungslegung für die Vergütung der nebenamtlichen Dozenten wird durch die Abteilung Düren im Zusammenwirken mit dem Ausbildungsleiter des BFW, Herrn Siebert, bewirkt. Die Belege der Abrechnung dienen der Geschäftsstelle für die Rechnungsstellung für das BFW.

Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises zumeist gering bemessen (6 bis 8 Personen). So sind auch die Erträge für jeweils drei parallel laufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten relativ konstant.

Erstmalig erfolgte im Berichtszeitraum als Projekt ein Inklusionslehrgang in der Form eines AL I, der sowohl von Sehbehinderten als auch Nicht-Beeinträchtigten mit 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurde.

Fortbildung

Nach dem Rekordjahr 2013 waren große Hoffnungen in das laufende Geschäftsjahr 2014 gesetzt, die seinerzeitigen Ergebnisse noch zu übertreffen. Die Erwartungen wurden jedoch jäh enttäuscht. Insgesamt wurden 147 Veranstaltungen (2013: 140) in den Seminarkalender aufgenommen. Allerdings konnten davon lediglich 40 Fortbildungen (2013: 70!) durchgeführt werden. Insgesamt 107 Veranstaltungen (= 73%) mussten vorwiegend aufgrund geringer Teilnehmerzahlen abgesagt werden. Selbst Themen mit Referenten, die in Vorjahren die Hörsäle gefüllt haben, konnten nicht platziert werden. Die Zurückhaltung lässt sich nur mit reduzierten Budgets der Gebietskörperschaften im Bereich Fortbildung erklären. Eine im Herbst dieses Jahres durch die Stadt Aachen ausgesprochene Haushaltssperre verschärfte die Situation noch. Bereits gebuchte Plätze oder auch vollständige Veranstaltungen (Inhouse) wurden storniert.

Mit der Anzahl der Seminare sind zwangsläufig die Teilnehmerzahlen gesunken. Lediglich 610 Teilnehmer waren bei Seminaren des Institutes zu Gast (2013: 1.134 // 2012: 727 // 2011: 711). Damit fällt der Zuspruch unter den Wert von 2011.

Nach einer Analyse gibt dies auch Anlass, für den Seminarkalender 2015 auch noch einmal über die Angebote und Themen nachzudenken. Neue Referenten und eine Streuung der Themen sollen hier Abhilfe schaffen.

Die Reduzierung der Veranstaltungszahlen führt jedoch nicht zwangsläufig zu einem geringeren Organisationsaufwand. Die Führung des „Seminarkalenders“, der Kontakt mit Referent/innen und Teilnehmer/innen wird nicht geringer. Zudem wurde durch verstärkte Werbemaßnahmen zur Vermeidung von Stornierung Personal gebunden.

Im Frühjahr wurde ein neues Seminarverwaltungsprogramm auf einer Access-Datenbank mit Internetschnittstelle eingerichtet. Dies sollte den Teilnehmern eine leichte Form der Online-Anmeldung ermöglichen. Nach Anlaufschwierigkeiten läuft das neue Programm recht gut.

Als Faktor einer Gewöhnung wird die automatische Pflicht der Vorgesetzten bzw. Budgetverantwortlichen betrachtet, die eine Freigabe der Anmeldungen testieren müssen. Hier wurden zwischenzeitlich technische Verbesserungen vorgenommen, so dass die Akzeptanz deutlich erhöht ist.

Personalauslese

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet die Ausleseverfahren für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Ausleseverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle über einen Zeitraum von etwa 10 Wochen im Spätsommer/Herbst jedes Jahres.

Nach ihrer „Feuerprobe“ im Jahr 2012 hat Frau Friederichs diese wichtige Aufgabe übernommen und das gesamte Verfahren selbständig organisiert und abrechnungstechnisch abgewickelt. Aufgrund der intensiven Vorbereitungen im Frühjahr/Sommer 2014 konnte das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2015 äußerst zügig und optimal durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Anfang Oktober, vor den Herbstferien, an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten.

Insgesamt wurden 986 (2012: 1008, 2013: 1.210, 2014: 1.194) Bewerber/innen getestet; 2.346 (2012: 2141, 2013: 2.307, 2014: 2.584) Auskünfte wurden erteilt. Die Testfälle blieben in diesem Jahr hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Bei den Testauskünften ergibt sich gegenüber dem Trend der Vorjahre eine Reduzierung von rd. 9 %.

Insgesamt 21 von 38 Verbandskommunen haben im Jahr 2014 insgesamt **2.712** Bewerber/innen gemeldet, davon für ausgeschriebene Stellen des g.D.: 1.355; wie vor für den Bereich m.D./VFAng.: 1.328; dto. Kaufmann,-frau für Büromanagement: 13, dto. für Fachinformatiker: 16, somit insgesamt 2.712 Personen. Aufgrund der Doppelbewerbungen müssen die eingereichten Bewerberlisten zunächst selektiert werden. Danach erfolgt die Zuordnung zu den Gruppen (g.D, m.D./VFAng; KfmBüMan, FachInf. u.a.m.). Insgesamt wurden in der Zeit vom 25.08. bis zum 26.09.2014 23 Testtermine an 16 Tagen mit 1.092 Testpersonen innerhalb des Verbandsgebietes wahrgenommen.

Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das IfP Köln wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben.

Nach Ermittlung der Aufwendungen im Oktober 2014 für das Personalauslese-verfahren ergaben sich zu deckende Kosten von 38.493,17 €.

In den Kosten sind die Leistungen des Instituts für Personalauslese und Eignungsprüfung, IfP Köln, die Erstattung für Erarbeitung und Begutachtung von Testaufgaben sowie Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle für die Durchführung enthalten. Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2015 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 19,25 €/je ‚Testauskunft‘ ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt.

Nach dem Rechnungsergebnis beim Sachkonto 441901 zum Kostenträger „Personalauslese“ in 2014 Erträge von 48.834,00 €. Hierin sind noch weitere Testverfahren z.B. für Brandmeisteranwärter etc. enthalten.

Entwicklung der Ziele und Kennzahlen gem. § 12 GemHVO in 2014

Aus-/Weiterbildung		
	Soll	Ist
Teilnehmer/innen an Aus- und Weiterbildungslehrgängen ¹⁾	158	186
Laufbahnlehrgang I	17	17
Angestelltenlehrgang I	15	24
Angestelltenlehrgang II	35	36
Sonderlehrgang DBU VFang StR Aachen	25	17
Sonderlehrgang DBU VFang Düren	15	16
Sonderlehrgang DBU VFang Heinsberg (neu!)	0	20
Ausbilderlehrgänge AdA	28	34
Umschulungslehrgänge BFW Düren	12	12
Zulassungsverfahren AL I	0	0
Zulassungsverfahren AL II	11	10
Auswahlverfahren Aufstieg m.D./g.D.	0	0

Prüfungen	166	164
Zwischenprüfung VFang StR	27	27
Zwischenprüfung VFang DN	15	14
Abschlussprüfung Umschulung BFW	10	10
Zwischenprüfung Umschulung BFW	6	6
Abschlussprüfung VFang StR Aachen	30	28
Abschlussprüfung VFang Düren	15	14
Abschlussprüfung Laufbahnlehrgang I	17	16
Abschlussprüfung AL I	10	24
Abschlussprüfung AL II	23	23
Abschlussprüfung AdA	28	34

¹⁾ in 2014 begonnen

Fortbildung		
	Soll	Ist
Anzahl der Seminare	60	40
Seminartage	105	86
Teilnehmerzahl	1.000	610

Personalauslese		
	Soll	Ist
Zahl der gemeldeten Bewerber	2.000	2.712
Testfälle	1.000	986
Anzahl der Testauskünfte	2.000	2.346

Aufgliederung und Erläuterung einzelner Posten der Ergebnisrechnung

Im Folgenden soll zu einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, insbesondere bei Planabweichungen Stellung bezogen werden.

Ordentliche Erträge 2014:

Sachkonto 441901 – Entgelte für Lehrgänge, Personalauslese, Abschlussprüfungen. etc.

Haushaltsansatz GEP	502.000,00 €
Ergebnisrechnung	458.878,26 €
Mindererträge:	43.121,74 €

Die Buchungen der Erträge für das o.a. Sachkonto gliedern sich auf 3 Kostenträger (Produkte) auf; und zwar

429501 – Lehrgänge – HH-Soll:	366.900,00 €	Ergebnis:	351.216,00 €
429502 – BFW Düren – HH-Soll:	71.700,00 €	Ergebnis:	58.828,26 €
429504 – Personalauslese HH-Soll:	63.400,00 €	Ergebnis:	48.834,00 €

Die Erhebung des Lehrgangsgeldes wurde im Berichtszeitraum dezidiert erfasst und vollzogen. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Haushaltsansatz um 50.000,00 € nach unten korrigiert. Die Unterrichtsstunden sowie die Lehrgangsteilnehmer wurden über die Schulabteilungen ermittelt und mit den vorliegenden Stundenplänen abgeglichen. Eine Rechnungsstellung erfolgte über „Ist-Zahlen“. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Reduzierung von 26.189,71 €. Der kalkulierte Haushaltsansatz wurde mit 8,59 % nur knapp verfehlt. Es wird jedoch deutlich, dass sich das Ist-Ergebnis immer näher auf die Planzahlen zu entwickelt.

Dies zeigt sich beim Haushaltsansatz für den Kostenträger 429502 – BFW Düren. Der Ansatz wurde zwar gegenüber den Vorjahren erneut zu optimistisch kalkuliert. Das Rechnungsergebnis liegt mit einem Betrag von nur 12.871,74 € unter dem Ansatz. Damit wurde – bezogen auf den Kostenträger eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis – auch absolut - von rd. 50 % erzielt. schritten. Abgerechnet wurden trennscharf die Umschulungslehrgänge VW 25 (2012-2014 mit Prüfung), der lfd. VW 26 (2013-2015) sowie der im Herbst begonnene VW 27 (2014-2016).

Nach Abschluss der Testreihen für Bewerber/innen für den g.D. und den m.D./VFAng/g.D. etc. ergaben sich Kosten für das Ausleseverfahren von 38.493,17 €. Bedingt durch zusätzlich

durchgeführte Tests und anhand der Buchungen wurden insgesamt Erträge in Höhe von 48.834,00 €. erzielt.

Ordentliche Erträge:**Sachkonto 441902 – Entgelte für Fortbildungsveranstaltungen**

Haushaltsansatz GEP	202.253,00 €
Ergebnisrechnung	146.580,00 €
Mindererträge:	55.673,00 €

Die Buchungen der Erträge für das o.a. Sachkonto gliedern sich ausschließlich auf den Kostenträger (Produkt) „Seminare“ auf. Wie bereits auf Seite 6 des Berichts ausgeführt, muss der Produktbereich „Fortbildung“ nach dem „Rekordjahr“ 2013 als „Minusrekord“ eingestuft werden. Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich nach der aktuellen Ergebnisrechnung eine deutliche Verminderung des Ertrages von 39.133,80 €. Gründe für den deutlichen Einbruch zu nennen ist schwierig. Die generelle Zurückhaltung der Kommunen bei der Entsendung von Mitarbeiter/innen zu Fortbildung liegt im allgemeinen Trend. Hinzu kommen sich zusätzliche Aufgaben und Ausgaben im sozialen Bereich sowie die Durchführung der Wahlen in 2014.

Kalkuliert wurde für den Kostendeckungsgrad mit einer Kennzahl von 60 Seminaren. Dieser Ansatz wurde mit durchgeführten 40 Veranstaltungen an ca. 86 Seminartagen mit 33 % deutlich unterschritten. Ebenso wurde die Kennzahl von 1.000 Teilnehmern mit 614 nicht erfüllt. Das Rechnungsergebnis wird Anlass sein, die Kalkulationsgrundlagen mit Blick auf das Verhalten der Gebietskörperschaften nochmals zu überdenken.

Ordentliche Aufwendungen:**Sachkonto 501200 – Vergütung tariflich Beschäftigte**

Haushaltsansatz GEP	108.400,00 €
Ergebnisrechnung	90.309,57 €
Minderaufwendungen	18.090,43 €

Das Rechnungsergebnis bleibt erneut hinter dem Ansatz zurück und trägt auch von der Höhe her zum deutlich positiven Jahresüberschuss bei. Aufgrund der neuen Struktur der beschäftigten Mitarbeiter ergibt sich derzeit eine für den Zweckverband günstige Kostenstruktur und damit auch eine entsprechende Kostenkonstellation.

Ordentliche Aufwendungen:**Sachkonto 514100 – Beihilfen für Versorgungsempfänger etc.**

Haushaltsansatz GEP	10.000,00 €
Ergebnisrechnung	1.329,85 €
Minderaufwendungen	8.670,15 €

Der Ansatz war in den Vorjahren aufgrund des bekannten Krankheitsbildes der ehemaligen Studienleiter und deren Angehörigen für das Haushaltsjahr auf 60.000,00 € aufgestockt worden. Als zum Jahresende 2011 die Ehefrau des letzten Studienleiters und zudem auch dessen Vorgänger im Jahr 2013 verstarb, konnte der Haushaltsansatz auf 10.000,00 € reduziert werden.

Die Buchung der Aufwendungen für o.a. Sachkonto wird im lfd. Jahr auf den Kostenträger Verwaltung 429500 gebucht und zum Jahresende auf der Basis der Kalkulation auf die „handelnden“ Produkte aufgeteilt und umbucht. Aufgrund nur sehr geringer Beihilfeansprüche ergaben sich deutliche Minderaufwendungen von rd. 85 %.

Ordentliche Aufwendungen:**Sachkonto 537001 – Umlage an das Institut für Personalauslese**

Haushaltsansatz GEP	20.000,00 €
Ergebnisrechnung	17.000,00 €
Minderaufwendungen	3.000,00 €

Die Abrechnung der Kosten für die Durchführung der Personalausleseverfahren richtet sich nach der Anzahl des Tests und der Menge der Bewerberinnen und Bewerber.

Durch eine günstigere Kalkulation beim IfP Köln wurden deren Ansätze neu bewertet. Hieraus ergab sich eine wesentlich günstigere Abschlagszahlung von lediglich 17.000,00 €. Bereits im letzten Jahresbericht wurde darauf hingewiesen, dass sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem IfP Köln dauerhaft auf diesem Niveau einpendeln werden. Dennoch liegt in dieser Position mit dem Blick in die Zukunft eine Unsicherheit. Das IfP unterliegt nach Ausscheiden des größten Auftraggebers einer völligen Umstrukturierung. Es sind zudem Bestrebungen im Gange, das Bewerber-Auswahlverfahren auf eine internet-basierte Form umzustellen. Dies kann sich auf Zukunft betrachtet als günstiger erweisen. Ob die Form der „Online-Testverfahren“ aber auch rechtssicher ist, muss noch geprüft werden. Zumindest laufen Untersuchungen und Maßnahmen, die im Ergebnis Ende 2015 / Anfang 2016 zu einem Vergabeverfahren führen können.

Ordentliche Aufwendungen:**Sachkonto 543200 – Druck- und Vervielfältigungen**

Haushaltsansatz GEP	13.000,00 €
Ergebnisrechnung	18.495,05 €
Mehraufwendungen	5.495,05 €

sowie

Sachkonto 543900 –sonstige Geschäftsaufwendungen

Haushaltsansatz GEP	10.500,00 €
Ergebnisrechnung	11.413,09 €
Mehraufwendungen	913,09 €

sowie

Sachkonto 526900 –sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Haushaltsansatz GEP	12.500,00 €
Ergebnisrechnung	27.578,35 €
Mehraufwendungen	15.278,35 €

Die vorgenannten Sachkonten werden gemeinsam beleuchtet.

Im letzten Berichtsjahr wurde der Ansatz zu Sachkonto 543200 aufgrund der gestiegenen Aktivitäten im Bereich Fortbildung begründet mit 2.539,44 € überschritten. Beauftragt wird regelmäßig die Hausdruckerei der StädteRegion. Die Leistungen werden von dort in Rechnung gestellt. In diesem Jahr ist die Überschreitung noch deutlicher. Dies resultiert u.a. aus Aufwendungen für die Veröffentlichung von Prüfungsordnungen in Höhe von 2.845,64 €, die das Amtsblatt in Rechnung gestellt hatte. Des Weiteren wurde im Zuge der Berichterstellung festgestellt, dass eine Rechnung der Druckerei der StädteRegion in Höhe von 4.343,80 € für die Druckkosten (Kopien etc.) des Multifunktionsgerätes Bizhub C35 mit Datum vom 07.03.2014 nicht wie angegeben auf 2013 sondern auf das Haushaltsjahr 2014 gebucht worden ist. Damit wurde, unter Entlastung des Haushaltsjahres 2013, der Ansatz in 2014 erheblich belastet und damit auch deutlich überschritten.

Der Ansatz zu Sachkonto 543900 unterliegt vergleichbaren Anforderungen. Die Überschreitung resultiert aus den gestiegenen Aktivitäten im Bereich Fortbildung (Catering für Seminare u.a.m.). Die Aufwendungen liegen jedoch im Rahmen.

Da jedoch die Entgelte für die Seminare im Wege einer Vollkostendeckung kalkuliert werden, sind die entstandenen Aufwendungen durch die Seminarentgelte gedeckt.

Erheblich aus dem Rahmen fallen die ‚sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen‘, die insbesondere für den Kostenträger Verwaltung 429500 verbucht werden müssen. Der Ansatz wurde seinerzeit für Leistungen der Kämmerei, der Kasse und sonstige Aufwendungen für Geschäftsbetrieb genutzt. Seit 2014 ist das Studieninstitut Kunde der regio it GmbH Aachen. Dies war notwendig geworden, da die StädteRegion selbst ihre IT-Leistungen auf die regio iT umgestellt hatte und zwangsläufig alle „Unternutzer“ outsourcen musste. Hieraus ergab sich nach längeren Verhandlungen ein Katalog von Leistungen, die vom Studieninstitut angefordert und genutzt werden und folglich von der regio it geleistet müssen. Hierzu gehören die Lieferung von 4 Rechnern und ein entsprechender Support zzgl. Ein Laptop für Herrn Jerusalem als Home-Arbeitsplatz sowie ein Multifunktionsdrucker. In 2015 wurde den Schulabteilungen auch noch je ein Laptop für die Gestaltung des Unterrichts zur Verfügung gestellt.

Die Kosten wurden kalkuliert und mit der StädteRegion abgestimmt. Sie übersteigen jedoch im Laufe des Betriebes die ursprünglichen Werte deutlich.

Sehr beachtlich sind in diesem Zusammenhang auch die gebuchten Beträge für die Inanspruchnahme der Kämmerei aus 2014 in Höhe von 8.332,93 €, die Erstattung von Personalkosten für die Berechnung von Beihilfen etc. im lfd. Jahr mit 1.162,12 €, die Inanspruchnahme der StädteRegionskasse für das Jahr 2014 von Höhe von 4.300,00 €

Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes 4 Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429500 Verwaltung,
- 429501 und 439502 Lehrgangsbetrieb incl. BFW Düren,
- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren.

Die dem Kostenträger Verwaltung zugeordneten Aufwendungen werden durch eine von den Verbandsmitgliedern aufzubringende Umlage – berechnet nach der Einwohnerzahl an dem jeweils in der Haushaltssatzung festgelegten Stichtag – mitfinanziert.

Die Kostenträger Lehrgangsbetrieb, Fortbildung und Personalauslese-verfahren finanzieren sich durch entsprechende Entgelte.

Es wird angestrebt, jeden Kostenträger (Teilergebnisplan) für sich kostendeckend abzuwickeln. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeitanteil des Einsatzes auf die Kostenträger Lehrgänge, Fortbildung und Personalausleseverfahren verteilt werden. Im Bereich „Verwaltung“, der durch die Umlage zu finanzieren ist, werden von daher keine Personalaufwendungen berechnet, respektive die im Laufe des Jahres dort gebuchte Personalkosten unter zu Hilfenahme eines entsprechenden Schlüssels auf die „End-Kostenträger“ umgebucht.

Das Wirtschaftsjahr **2014 hat** insgesamt mit einem **Jahresüberschuss von 13.490,37 €** abgeschlossen. Wie bereits im Anhang zur Jahresrechnung dargestellt, wurde mit diesem Überschuss erneut ein gutes Rechnungsergebnis erzielt. Dieser gute Abschluss resultiert jedoch auch auf der durchgeführten Umlageerhebung für die Zweckverbandsmitglieder.

Trotz guter Kassenlage zum Ende des Rechnungsjahres wurde die bereits geleistete Umlage in Höhe von 32.698,86 € nicht wie im Vorjahr an die Zweckverbandsmitglieder erstattet. Eine Erstattung hätte im Gesamtergebnis zu einem Fehlbetrag geführt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Da der Lagebericht zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2014 relativ zeitnah erstellt worden ist, fällt der Blick auf Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht weit voraus. Die Geschäftsstelle ist im Plan und lieferte mit dem Rechnungsergebnis mehr als eine „schwarze Null“.

Die Beamtin m.D., die zwischenzeitlich für die 3 Jahre ihrer gesetzlichen Probezeit von der Stadt Aachen bis zum 30.06.2015 abgeordnet worden war, hat sich erfolgreich auf eine Stelle bei der StädteRegion Aachen beworben. Die Versetzung ist zum 01.07.2015 erfolgt. Zum selben Zeitpunkt ist eine neue Verwaltungskraft zum Institut gestoßen. Der Übergang konnte jedoch im Vorfeld gut abgefedert werden.

Die Verwaltungsfachangestellte war bereits im Zuge ihrer Ausbildung für ca. 9 Monate beim Studieninstitut, kannte die Abläufe und war seinerzeit schon an einer späteren Tätigkeit im Hause interessiert. Da die Stadt Aachen als abordnende Behörde dem Wunsch der Mitarbeiterin und dem des Studieninstitutes gefolgt ist, wurde einvernehmlich der letzte Ausbildungsabschnitt vom April bis Juni 2015 hier abgewickelt. So konnten ein fließender Übergang und eine ordnungsgemäße Übergabe des Sachgebietes zwischen den Kollegen erfolgen.

Seit 2012 werden von der Stadt Aachen und ab dem Jahr 2015 von der StädteRegion Auszubildende und Anwärter/innen dem Studieninstitut zur Ausbildung überlassen. Die Nachwuchskräfte erhalten einen umfangreichen Einblick in die Arbeit eines kommunalen „Unternehmens“ in der Rechtsform eines Zweckverbandes mit seinen Facetten im Bereich und des Personalverwaltungs- und Finanzwesens sowie der Verwaltungsorganisation

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Bereich Ausbildung, berufliche Weiterbildung

Das Studieninstitut ist gut aufgestellt und geht trotz gestiegener Anforderungen insbesondere im Bereich der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung unverändert optimistisch in die Zukunft.

Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Qualifizierungslehrgängen (AL I und AL II) wird sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen Aufgabenzuwachs im Bereich der Jobcenter und der Grundsicherung und nicht zuletzt als notwendige Reaktion auf den Demographieeffekt zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen.

Bereits im Jahr 2014 war eine deutliche Erhöhung der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Dies bedingt die zusätzliche Einrichtung eines „Sonderlehrganges – dienstbegleitende Unterweisung“ bei der Abteilung Heinsberg. Zu Beginn 2015 sind nach aktuellem Stand in den Abteilungen StädteRegion (17) Heinsberg (20) und Düren (16 – Start Blockunterricht Herbst 2014) drei Unterstufen mit insgesamt 53 Auszubildenden an den Start gegangen.

Der Trend setzt sich auch für den neuen Einstellungsjahrgang 2015 fort. Die vorliegenden Anmeldungen geben folgende Werte wieder: Abt. StädteRegion: 15 Azubi, Abt. Heinsberg: 18; Abt. Düren: 17; insgesamt 50. Beachtlich sind auch die Anmeldungen im Bereich der Anwärter für den mittleren Dienst: 22 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang I bei Abteilung Aachen-Stadt. Der laufende Lehrgang ist mit 17 Anwärtern bestückt.

Bis zum Ende des Berichtsjahres bewegten sich die Teilnehmerzahlen der Lehrgänge mit einer gewissen Bandbreite auf einem gleich bleibend hohen Niveau. Die Anmeldezahlen erfordern die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Aktuell stehen für beiden Lehrgangstypen (AL I und AL II) jeweils rund 60 Personen auf der Warteliste. Aufgrund der bestehenden Kapazitätsgrenzen bei den Schulabteilungen im personellen Bereich und beim Raumangebot kann dem hohen Bedarf kurzfristig nicht Rechnung getragen werden. Diese Situation wird sich durch den Start mehrerer Lehrgänge im Laufe des Jahres 2016 etwas entspannen. Gleichwohl ist ein gleichbleibend hoher Bedarf erkennbar.

Die im Bericht des Vorjahres angedeutete Verlagerung der Zuständigkeit für Ausbildung und Prüfung der Auszubildenden im Berufsbild ‚Kaufleute für Büromanagement‘ im öffentlichen Dienst von den Industrie- und Handelskammern auf die Studieninstitute hat sich durch die gesetzliche Regelung verfestigt. Durch die neue Büromanagementkaufleuteausbildungsverordnung vom 11.12.2013 wurden diese angesprochenen Veränderungen gesetzlich vollzogen. Das Land NRW hat in Anlehnung an die Prüfungsordnung für die Verwaltungsfachangestellten mit Datum vom 10.07.2014 eine Verordnung zur Durchführung der Abschlussprüfung erlassen. Die Zuordnung der Auszubildenden im Bereich der Kommunalbetriebe sorgt im Bereich der Berufsschulen immer noch für Unsicherheiten. Das Ministerium hat hierzu entsprechende Hinweise gegeben.

Im Zusammenwirken der Studieninstitute unter Federführung der Leitstelle NRW wurde zwischenzeitlich ein Lehrplan für die Durchführung der ‚dienstbegleitenden Unterweisung‘ von 560 Unterrichtsstunden erarbeitet. Eine Umsetzung ist derzeit auch unter dem Blickwinkel der Prüfung mit den festzulegenden Wahlqualifikationen und von der Zahl der Auszubildenden (2014: 6, 2015: 7) schwer zu realisieren.

Die verstärkte Nachwuchsgewinnung wird auch in den Anfragen für Ausbilderlehrgänge nach der Ausbildereignungsverordnung deutlich. Hierauf wird mit einem erhöhten Angebot reagiert. So haben neben dem normalen Programm bereits Ende 2013 und Anfang 2014 bei der Städte-Region Aachen und beim Kreis Düren zusätzlich angesetzte Inhouse-Lehrgänge stattgefunden. Beim Studieninstitut sind zum Jahr 2019 fortlaufend 2 Ausbilderlehrgänge geplant.

Bereich Fortbildung, Seminare

Unabhängig vom Einbruch im Segment Fortbildung soll auch der Seminarkalender in den kommenden Jahren quantitativ und qualitativ weiter aufgewertet werden. Im Zusammenwirken mit der Stadt Aachen hat der Abteilungsvorsteher einen Arbeitskreis mit Mitarbeitern der Personalentwicklung und den Vertretern der großen Bildungsträger VHS und Studieninstitut gebildet. Ziel ist die Verlagerung der Organisation und Durchführung auf die Bildungsträger. Bei der Stadt verbleibt die Ermittlung von Bedarfsanalysen und Beauftragung. Erste Maßnahmen haben im Jahr 2015 gegriffen. Es bleibt aus der Sicht der Haushaltsentwicklung abzuwarten, ob der Trend anhält.

Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang, die seit dem Jahr 2011

sehr gefragt gewesen sind, ist rückläufig. Der Studienleiter und der hauptamtliche Dozent haben diese Veranstaltung mit großem Erfolg für das Studieninstitut durchgeführt. Die Resonanz war ausgezeichnet. Da bereits etliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Behörden geschult worden sind, wird die Veranstaltung derzeit nur noch auf Anfrage von Kommunen fortgeführt; zur Zeit einmal jährlich. Hierfür werden ab 2014 auch externe Fachcoaches eingebunden. Bis zum Zeitpunkt dieses Jahresberichtes wurden bisher bereits knapp 500 Ausbilderinnen und Ausbilder für die Abnahme der Aktenarbeiten in den Praxismodulen geschult.

Modulare Qualifizierung

Als besondere Herausforderung wird die Durchführung der Seminarreihen zur ‚modularen Qualifizierung für den Aufstieg in die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes‘ aufgrund der Änderung der Laufbahnverordnung NRW betrachtet. Im Zusammenwirken eines Arbeitskreises der Studienleiter, der Vertreter des Städtetages, des Städte- und Gemeindebundes wurden Kriterien und Lehrpläne dieser modularen Qualifikation erarbeitet, die den Kommunalbehörden über die Studieninstitute angeboten werden, an denen die Kandidat/innen zum Aufstieg teilnehmen können. Das Land NRW hat zwischenzeitlich eine „Qualifizierungsverordnung“ erlassen, in der die Details der Maßnahmen beschrieben werden. Der Arbeitskreis ist jedoch weiter engagiert und hat weitere Empfehlungen für die Durchführung der Module herausgegeben. Die Vorgabe eines Erfolgsnachweises ist elementar und wird von seitens des Innenministeriums streng betrachtet. Unabhängig von der Teilnahme an den Modulen ist für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Qualifizierungsrunde ein Erfolgsnachweis zu erbringen. Es gibt bereits Vorgaben für die Durchführung, allerdings fehlen noch erste Erfahrungen bei der Umsetzung.

Erfreulich festzustellen in diesem Zusammenhang ist die Kooperation mit dem Studieninstitut Niederrhein, Krefeld, SINN. An beiden Standorten werden Veranstaltungen jeweils besetzt mit Partnern oder eigenen nebenamtlichen Kräften. Ausschreibungen zu einzelnen Elementen liegen bereits vor. Die Internetseite wurde hierauf präpariert.

Bereich Personalauslese

Der Bereich Personalauslese steht nach Jahren einer guten kontinuierlichen Arbeit wohlmöglich bald vor grundlegenden Herausforderungen. Die Mitglieder des nicht-rechtsfähigen Vereins als Träger des Instituts für Personalentwicklung und Eignungsprüfung wurden mit dem Ausstieg des führenden Mitglieds und Trägers des IfP Köln, der Stadt Köln, konfrontiert.

Die Stadt Köln wird zukünftig ihre Bewerberinnen und Bewerber beim Rheinischen Studieninstitut mit Hilfe eines Online-Bewerber-Auswahlverfahrens testen lassen. Damit ist das IfP Köln in der bisherigen Form nicht mehr tragfähig. Die übrigen Mitglieder haben im Rahmen der letzten Mitgliederversammlung erreicht, dass die Durchführung der Testverfahren zwar mit fremder Unterstützung bei der Auswertung, jedoch weiter für dieses Jahr beim IfP Köln gewährleistet bleibt. Danach ist die Entscheidung offen. Parallel haben Vertreter der Personalämter auf Initiative des Studienleiters an zwei Workshops in Hagen und Aachen teilgenommen, um selbst Erfahrungen mit dem Online-Bewerber-Auswahlverfahren zu sammeln.

Es bleiben jedoch Fragen der Rechtssicherheit, Chancengleichheit weiter offen und müssen mit Blick auf die erwartete Änderung der DIN 33430 kritisch hinterfragt werden.

Unabhängig davon hat die Vertreterin des IfP Köln bei einem Gespräch im Juli 2015 angedeutet, zukünftig selbst online-Tests anzubieten. Das Know-How liegt vor. Problem sei jedoch die Durchführung, da der Online-Test in entsprechend ausgestatteten Testräumen durchgeführt werden muss, um auch die Personen-identität zu gewährleisten. Bei einem kürzlich durchge-

fürten Kostenvergleich schneidet nach erster Euphorie der Online-Test des privaten Anbieters wesentlich teurer ab.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Bewerberzahlen. 21 Kommunen haben bis zum Stichtag 2015 bereits 3.480 Bewerber/innen gemeldet (2014: 2712!) Dies bedeutet eine Steigerung um 768 Personen = rd. 28 %.

Auswirkungen der Neufassung des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW)

Das Land NRW hat das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG NRW) zum 03.02.2015 neu gefasst. Dies hat auch Auswirkungen auf die Arbeit der Zweckverbände. Aktuell wurden die Zweckverbände mit gesonderter Verfügung der Bezirksregierung (Fax mit Eingangsbestätigung!) vom 21.07.2015 auf die Einhaltung der Jahresfrist für die vorgesehene Änderung der Satzung hingewiesen. Wenn in vielen Bereichen das GkG lediglich überwiegend sprachlich und inhaltlich angepasst worden ist, steckt in der Einführung des § 15a – Bildung der Verbandsversammlung in besonderen Fällen – durchaus Brisanz. Besteht nämlich ein Zweckverband ausschließlich aus Gemeinden, die nicht zugleich einem Mitgliedskreis angehören, und Kreisen (Mitgliedskörperschaften), kann in der Verbandssatzung bestimmt werden, die Verteilung der Sitze in der Verbandsversammlung an den von den Parteien und Wählergruppen bei den letzten allgemeinen Wahlen zu den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften erzielten gültigen Stimmen auszurichten.

Dies ist beim Zweckverband für das Studieninstitut der Fall. Neben der kreisfreien Stadt Aachen sind Träger des Instituts die Verbandskörperschaften StädteRegion Aachen und die beiden Kreise Düren und Heinsberg. Die Aufnahme oder Aufhebung einer solchen Regelung in der Verbandssatzung ist gem. § 15a Abs. 1 S. 2 GkG nur mit Zustimmung aller Mitgliedskörperschaften und nur für den Beginn einer neuen Wahlperiode für deren gesamte Dauer zulässig.

Für einen solchen Zweckverband gelten abweichend von § 15 GkG die gesonderten Vorschriften des § 15a, Absätze 2 bis 14. Es wird zu prüfen sein, ob von einer derartigen Regelung Abstand genommen werden kann oder ob diese Entscheidung der politischen Bewertung der Mitgliedskörperschaften unterliegt.

Die Einführung würde das wesentliche Organ des Zweckverbandes, die Verbandsversammlung, nicht nur erheblich vergrößern, die Abhängigkeit von der politischen Organe der Mitgliedskörperschaften würde allein dadurch Bedeutung gewinnen, dass die Verbandssatzung aufgrund dieser Regelung im GkG NRW eine Zustimmung der dortigen Gremien erforderlich macht. Damit wird die Verbandsversammlung politisiert.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.



Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 / 968 970
Telefax: 0241 / 968 97 20
Email: zweckverband@avv.de
Homepage: www.avv.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband hat im Verbundraum unter Beachtung der sich aus dem Vertrag über die Grundlagen des Aachener Verkehrsverbundes mit den Land NRW (Grundvertrag) ergebenden Rechte und Pflichten

- allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr zu beschließen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
- darauf hinzuwirken, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und technischen Standards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der AVV GmbH in ihren Planungen beachten.

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die von den Verbandsmitgliedern getragenen kommunalen Verkehrsunternehmen (Verbundverkehrsunternehmen), unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Dem ZV obliegen unter Beachtung der sich aus dem Regionalisierungsgesetz NW ergebenden Rechte und Pflichten folgende Aufgaben:

- Den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Aufgabenträger und als zuständige Behörde i.S.d. § 3 Abs.2 Regionalisierungsgesetz NW zu planen, zu organisieren und auszugestalten. Das fahrplan- und kapazitätsmäßige SPNV-Angebot zur Bedienung der Allgemeinheit und dessen Mitfinanzierung durch den ZV ist jährlich im Rahmen des Verbundetats festzulegen.
- Der ZV wirkt gem. § 5 Abs. 3 S. 2 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung eines Gemeinschaftstarifs und einheitlicher Beförderungsbedingungen auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im ÖPNV und gem. § 6 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW auf die Bildung von Übergangstarifen hin.
- Der ZV erstellt gem. § 8 Regionalisierungsgesetz NW den Nahverkehrsplan für den SPNV insbesondere unter Berücksichtigung von § 5 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW.

Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Zur Durchführung der Aufgaben gründet der ZV eine Gesellschaft unter der Firma „Aachener Verkehrsverbund GmbH“ (AVV GmbH). Diese Gesellschaft nimmt im Verbundraum Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

- Verbandsvorsteher:** Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf sechs Jahre und seine Stellvertreter, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes. Der Verbandsvorsteher und seiner Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören, sind jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.
- Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach den Maßgaben der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.
- Die Position des Zweckverbandsvorstehers und seiner Stellvertreter wird aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten, oder eines von ihm benannten Stellvertreters wahrgenommen. Nach der o.g. Rotationsvereinbarung steht dem Oberbürgermeister der Stadt Aachen für den Zeitraum Ende 2009 bis Mitte 2012 die Position des 1. stellvertretenden Zweckverbandsvorsteher zu. Den Verbandsvorsteher für diesen Zeitraum stellt der Kreis Heinsberg.
- Verbandsversammlung:** Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertreterkörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkraften des Verbandsmitgliedes gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.
- Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung; darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von ihm benannten Vertreter.
- Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund der Satzung des Zweckverbandes die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung kann die Entscheidungen über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:
1. Die Wahl des Verbandsvorstehers und seiner Vertreter,
 2. die Wahl der in den Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft zu entsendenden Vertreter des Zweckverbandes,
 3. Weisungen zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft,

4. die Änderung der Zweckverbandssatzung,
5. den Erlass der Haushaltssatzung und Feststellung des Haushaltsplanes,
6. die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Verbandsvorstehers,
7. die haushalts- und vermögensrechtlichen Entscheidungen von erheblicher Bedeutung,
8. die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern
9. die Auflösung des Zweckverbandes
10. die Aufstellung des Nahverkehrsplanes SPNV,
11. die Übertragung von Angelegenheiten auf benachbarte Zweckverbände gemäß § 6 Abs. 2 Regionalisierungsgesetz.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Philipp, Marcel	Stadt Aachen	Oberbürgermeister
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	5 Sitze	25 %
	StädteRegion Aachen	5 Sitze	25 %
	Stadt Aachen	5 Sitze	25 %
	Kreis Heinsberg	5 Sitze	25 %

Vertretung des Kreises Düren

1. stv. Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	Cremer, Erich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Hamel, Jörg (Vorsitzender)	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Steins, Hans Martin	Kreis Düren	Dezernent
	Titz, Ulrich	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Voß, Bruno	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

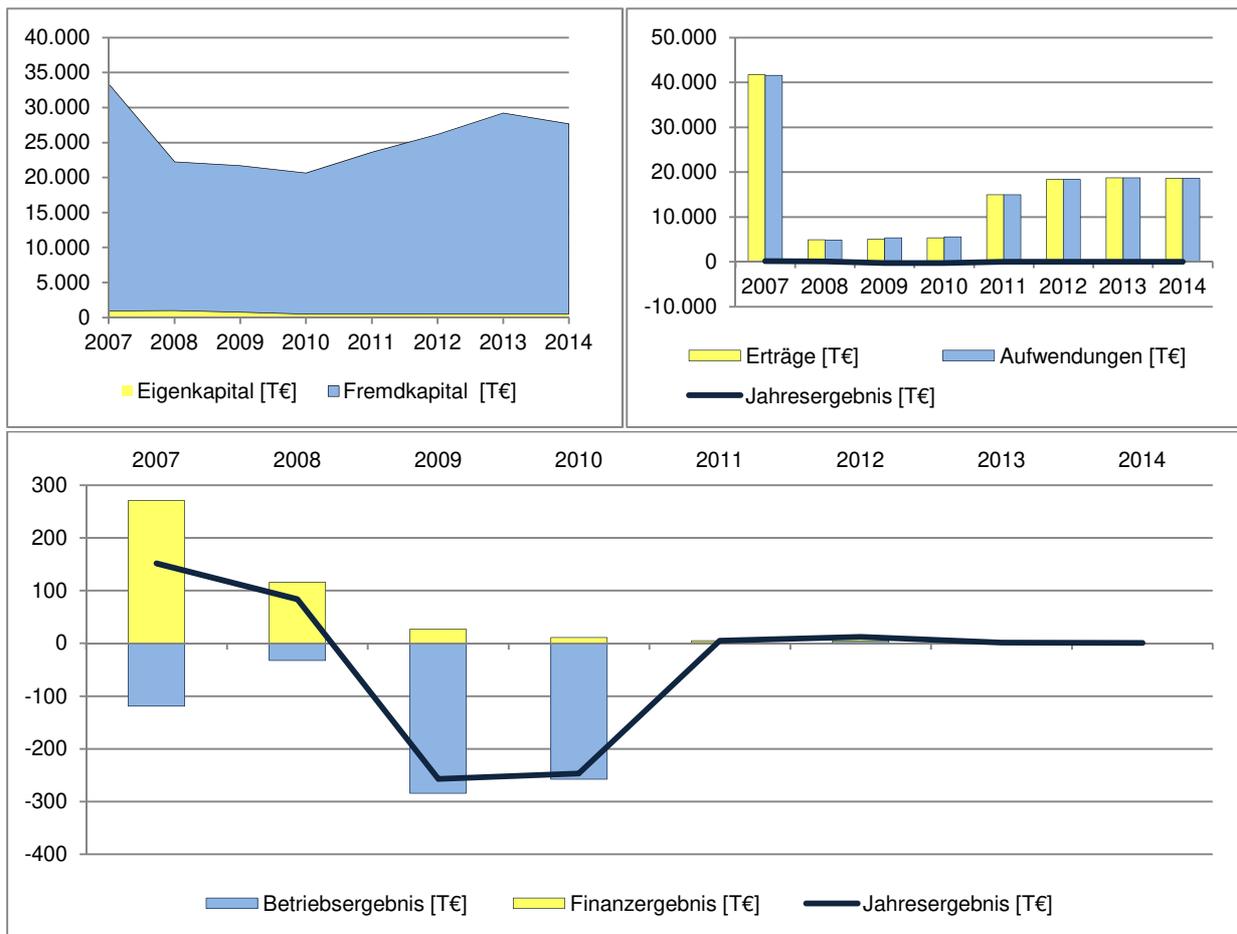
Rechtsform:	Zweckverband <small>nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)</small>
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet

Mitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
Stadt Aachen	25%
StädteRegion Aachen	25%
Kreis Düren	25%

Kreis Heinsberg	25%
-----------------	-----

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Sachanlagen	1,00 €	1,00 €	1,00 €	0,00 €	
II. Finanzanlagen	153.001,00 €	153.001,00 €	153.001,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen	4,52 €	29.914,49 €	1,30 €	-29.913,19 €	-100,00%
II. sonstige Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €		0,00 €	
III. Liquide Mittel	6.801.797,74 €	9.440.595,86 €	7.814.746,97 €	-1.625.848,89 €	-17,22%
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	19.218.322,77 €	19.597.916,78 €	19.684.624,68 €	86.707,90 €	0,44%
Summe Aktiva	26.173.127,03 €	29.221.429,13 €	27.652.374,95 €	-1.569.054,18 €	-5,37%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Allgemeine Rücklage	505.159,50 €	517.279,93 €	517.279,93 €	0,00 €	
II. Ausgleichsrücklage	0,00 €	0,00 €	1.155,66 €	1.155,66 €	
II. Jahresüberschuss	12.120,43 €	1.155,66 €	988,97 €	-166,69 €	-14,42%
B. Rückstellungen	6.545,00 €	13.145,00 €	6.545,00 €	-6.600,00 €	-50,21%
C. Verbindlichkeiten	6.385.408,18 €	9.091.919,88 €	7.441.780,72 €	-1.650.139,16 €	-18,15%
D. Passive Rechnungsabgrenzung	19.263.893,92 €	19.597.928,66 €	19.684.624,68 €	86.696,02 €	0,44%
Summe Passiva	26.173.127,03 €	29.221.429,13 €	27.652.374,96 €	-1.569.054,17 €	-5,37%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.389.405,11 €	18.709.752,19 €	18.619.677,15 €	-90.075,04 €	-0,48%
2. sonstige ordentliche Erträge	3.692,92 €	0,00 €	110,00 €	110,00 €	
3. Personalaufwendungen	112.347,33 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4. Bilanzielle Abschreibungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
5. Transferaufwendungen	18.208.537,16 €	18.678.551,47 €	18.587.359,53 €	-91.191,94 €	-0,49%
5. sonstige ordentliche Aufwendungen	68.522,31 €	31.199,03 €	32.317,62 €	1.118,59 €	3,59%
Betriebsergebnis	3.691,23 €	1,69 €	110,00 €	108,31 €	6408,88%
6. Finanzerträge	8.429,20 €	1.153,97 €	878,97 €	-275,00 €	-23,83%
7. Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Finanzergebnis	8.429,20 €	1.153,97 €	878,97 €	-275,00 €	-23,83%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit	12.120,43 €	1.155,66 €	988,97 €	-166,69 €	-14,42%
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	12.120,43 €	1.155,66 €	988,97 €	-166,69 €	-14,42%



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	1,5	0	0

Verbindungen zum Kreishaushalt

In der Sitzung am 19.03.2014 hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes AVV die Haushaltssatzung des Zweckverbandes AVV für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen. Die Haushaltssatzung 2014 enthält unter anderem die allgemeine Verbandsumlage 2014 basierend auf den Daten des Verbundetats 2013. Nach Verrechnung einzelner Umlagebeiträge hat der Kreis Düren 2014 einen Umlagebetrag i.H.v. 139.000,00 € getätigt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2014.

Im Haushaltsjahr 2014 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 4.564.061,98 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 2.014,87 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschale, die im Kalenderjahr 2014 und 2013 erwirtschaftet wurden. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 4.566.076,85 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 666.099,72 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2014 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2014 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 3.899.977,13 € im ersten Halbjahr des Jahres 2015 zweckentsprechend verwendet worden.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 9.548.318,88 € ist im Jahr 2014 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2012 wurden darüber hinaus 1.267.920,12 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Die restlichen Mittel in Höhe von 56.882,34 € sowie die im Kalenderjahr 2014 aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale entstandenen Zinserträge in Höhe von 2.270,30 € sind im ersten Halbjahr 2015 zweckentsprechend verwendet worden.

Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 1.790.402,34 € erhalten, welche im Rahmen einer Nachzahlung auf insgesamt 2.797.701,32 € aufgestockt wurde. Darüber hinaus standen aus dem Jahr 2013 Restmittel in Höhe von 263.143,80 € zur Verwendung im Berichtsjahr zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 1.978.966,12 € ist den Verkehrsunternehmen im Jahr 2014 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Weitere Mittel in Höhe von 810.105,15 € wurden im Rahmen einer Nachzahlung an die Verkehrsunternehmen im ersten Halbjahr 2015 zweckentsprechend ausgezahlt. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2012 hat der ZV AVV darüber hinaus 8.423,22 € seitens der Verkehrsunternehmen zurück erhalten, was zu einer entsprechenden Erhöhung bei den Verbindlichkeiten aus Transfermitteln führte. Die restlichen Mittel in Höhe von 280.197,07 € wurden im Jahr 2015 zweckentsprechend verwendet.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der Zweckverband AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 988,97 €.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandmitgliedern durchgeführt. Der Mit-

telfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Seit dem 01.01.2013 wird die Funktion der Geschäftsstelle des ZV AVV in vollem Umfang durch die Aachener Verkehrsverbund GmbH (AVV GmbH) wahrgenommen. Durch den hiermit verbundenen Übergang der Mitarbeiter der Geschäftsstelle des ZV AVV an die AVV GmbH entfällt der beim ZV AVV bis zum 31.12.2012 angefallene Personalaufwand seit dem Geschäftsjahr 2013.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann.

Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist.

Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Wirtschaftsplans für das Haushaltsjahr 2016.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband AVV ist direkt zu 100% an der AVV GmbH beteiligt (Anteile an verbundenen Unternehmen). Zum 01.01.2008 gründete der Zweckverband AVV gemeinsam mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg den Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR), auf den die SPNV - Aufgabenträgerschaft im Rahmen der Novellierung des ÖPNVG NRW zu 01.01.2008 übergegangen ist. Diese Beteiligungen werden im Beteiligungsbericht nicht näher dargestellt.



Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

Zum Hagelkreuz 24
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 8766 530
Telefax: 02403 / 8766 535
E-Mail: info@zew-entsorgung.de
Homepage: www.zew-entsorgung.de

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gem. §§ 15 I 1, 13 I 1 KrW-/AbfG, § 5 LAbfG wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsvorsteher: Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er muss Hauptverwaltungsbeamter eines Zweckverbandsmitglieds sein und wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab.

Verbandsversammlung: Die Verbandsversammlung besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. Die Verbandsversammlung bestimmt insbesondere u.a. über

1. die Satzungen des Verbandes sowie deren Änderung und Aufhebung,
2. Wahl und Abberufung des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters,
3. die Aufnahme einer Betätigung entsprechend dem 11. Teil der Gemeindeordnung NRW (wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt,
4. den Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen, den Abschluss von Pacht-, Leasing- und Mietverträgen sofern ihre Laufzeit 5 Jahre übersteigt,

5. die Aufnahme von Krediten über € 250.000 sowie die Bestellung von Sicherheiten,
6. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährsverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie den Abschluss von Rechtsgeschäften, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 100.000 übersteigt,
7. die Vornahme von notariell beurkundungsbedürftigen Grundstücksgeschäften soweit der Wert des Rechtsgeschäfts € 250.000 übersteigt,
8. die Einleitung und Beendigung von Rechtstreitigkeiten, sofern der Gegenstandswert € 50.000 übersteigt,
9. den Abschluss von Vergleichen und den Erlass von Forderungen, sofern der auf diese Weise gewährte Nachlass den Betrag von € 5.000 übersteigt,
10. die Auftragsvergabe bei Bau- und Lieferaufträgen mit einem Auftragsvolumen von über € 50.000 sowie Dienstleistungsverträge mit einem Jahresvolumen über € 50.000,
11. der Abschluss von Dienst- bzw. Arbeitsverträgen i.H.v. mehr als € 50.000/Jahr,
12. die Wirtschaftsführung in Form eines Finanz- und Wirtschaftsplans,
13. die Benennung des Abschlussprüfers,
14. die Feststellung des Jahresabschlusses,
15. die Auflösung des Zweckverbandes.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandsvorsteher:	Etschenberg, Helmut	StädteRegion Aachen	StRR	seit 01.01.2016
	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat	bis 31.12.2015
Verbandsversammlung:	Kreis Düren	7 Sitze		33,33%
	Städtereion Aachen	7 Sitze		33,33%
	Stadt Aachen	7 Sitze		33,33%

Vertretung des Kreises Düren

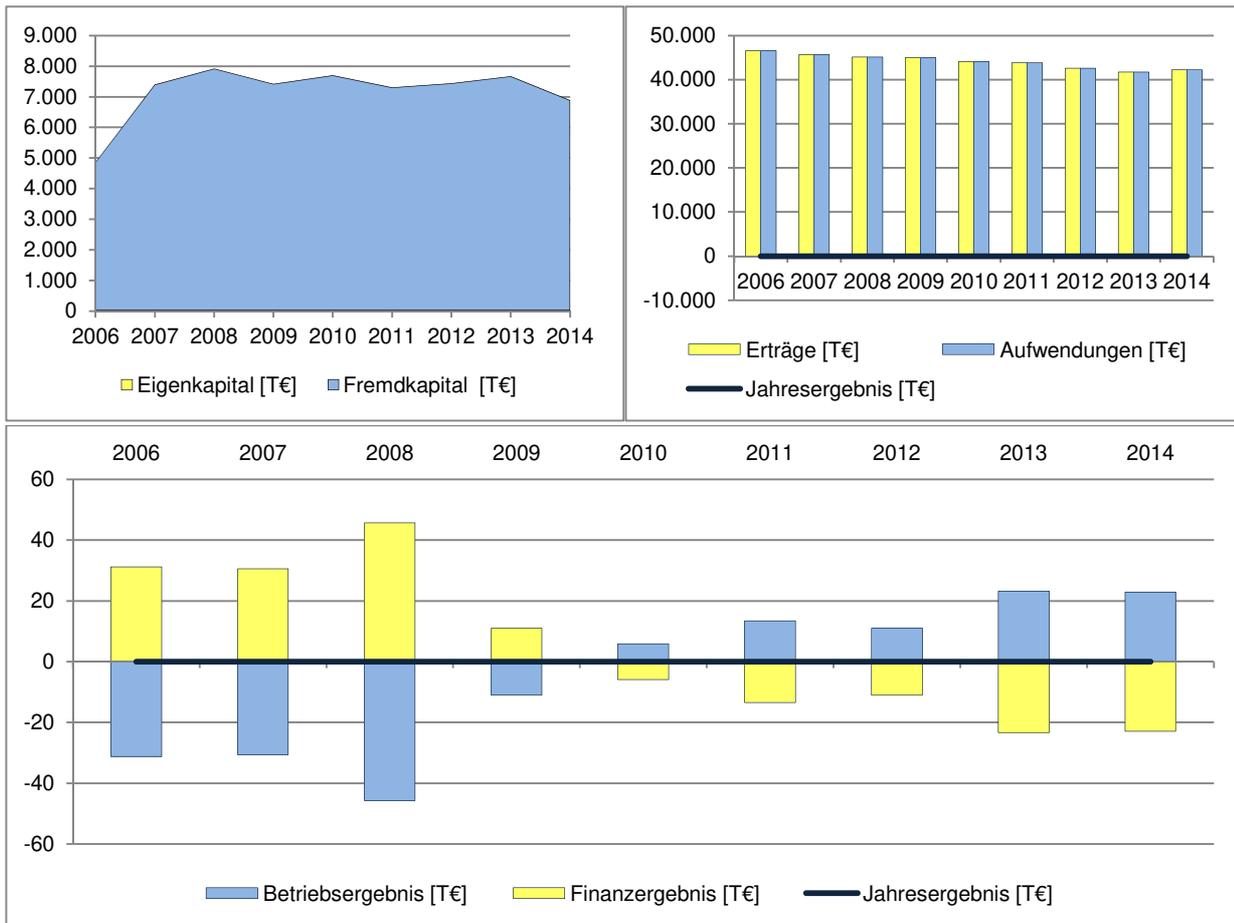
Verbandsversammlung:	Dohmen, Hans Wilhelm	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Natus-Can, Astrid	Kreis Düren	Kreistagsabgeordnete
	Schavier, Karl	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Hans Peter	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Voß, Bruno	Kreis Düren	Kreistagsabgeordneter
	Steins, Hans-Martin	Kreis Düren	Dezernent
	beratendes Mitglied		

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband	
Sitz:	Eschweiler	
gezeichnetes Kapital:	25.500 €	
Verbandsmitglieder:	direkter Anteil	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00 €	33%
Stadt Aachen	8.500,00 €	33%
Kreis Düren	8.500,00 €	33%

Bilanz	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	24.000,00 €	24.000,00 €	24.000,00 €	0,00 €	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	3.499.792,08 €	4.256.326,41 €	3.782.643,34 €	-473.683,07 €	-11,13%
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstitute	3.907.877,78 €	3.378.568,01 €	3.072.553,56 €	-306.014,45 €	-9,06%
C. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Aktiva	7.431.669,86 €	7.658.894,42 €	6.879.196,90 €	-779.697,52 €	-10,18%
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	25.500,00 €	25.500,00 €	25.500,00 €	0,00 €	
II. Gewinn-/Verlustvortrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
III. Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
B. Rückstellungen	723.553,25 €	776.799,47 €	801.438,42 €	24.638,95 €	3,17%
C. Verbindlichkeiten	6.682.616,61 €	6.856.594,95 €	6.052.258,48 €	-804.336,47 €	-11,73%
D. Rechnungs- abgrenzungsposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
Summe Passiva	7.431.669,86 €	7.658.894,42 €	6.879.196,90 €	-779.697,52 €	-10,18%

Gewinn- u. Verlustrechnung	2012	2013	2014	Veränderung in €	Veränderung in %
1. Umsatzerlöse	42.557.847,35 €	41.695.925,40 €	42.197.207,10 €	501.281,70 €	1,20%
2. sonstige betriebliche Erträge	712,83 €	6.762,87 €	16.282,86 €	9.519,99 €	140,77%
3. Materialaufwand	42.217.239,59 €	41.382.188,38 €	41.867.083,78 €	484.895,40 €	1,17%
4. Personalaufwand	185.229,82 €	173.473,95 €	196.217,70 €	22.743,75 €	13,11%
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	145.077,08 €	123.753,56 €	127.285,73 €	3.532,17 €	2,85%
Betriebsergebnis	11.013,69 €	23.272,38 €	22.902,75 €	-369,63 €	-1,59%
8. sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	27.576,29 €	12.884,30 €	16.799,08 €	3.914,78 €	30,38%
9. Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	38.589,98 €	36.156,68 €	39.701,83 €	3.545,15 €	9,80%
Finanzergebnis	-11.013,69 €	-23.272,38 €	-22.902,75 €	369,63 €	-1,59%
Ergebnis d. gewönl. Geschäftstätigkeit Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	



	2012	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	3
Darüber hinaus ist die AWA Entsorgung GmbH mit der Geschäftsbesorgung im kaufmännischen und technischen Bereich sowie mit der Unterstützung der Verwaltungsstelle des ZEW beauftragt.			

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der ZEW erhebt von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere Gebühren und Beiträge, zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für die Berechnung der Umlage wird die Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitglieds zur Zahl der Gesamteinwohner im Verbandsgebiet ins Verhältnis gesetzt. Soweit die Notwendigkeit einer Umlage aus einer Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes resultiert, die dieser lediglich für einzelne Verbandsmitglieder erfüllt, können nur diese hierfür zu einer Umlage herangezogen werden.

Nach den Bestimmungen der Gebührensatzung erhebt der ZEW für die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen Benutzungsgebühren. Zur Zahlung der Gebühren sind die überlassungspflichtigen Abfallerzeuger aus dem Verbandsgebiet, die die vom ZV zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen benutzen, verpflichtet. Gebührenmaßstab ist das Gewicht der angelieferten Abfälle.

Für das Geschäftsjahr 2014 hat der Kreis Düren keine Umlage an den ZEW gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Grundlagen des Zweckverbandes

Der ZEW nimmt als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger abfallwirtschaftliche und -rechtliche Aufgaben wahr, die ihm ganz oder teilweise im Rahmen seiner Pflichten und Rechte durch seine Verbandsmitglieder StädteRegion Aachen, Kreis Düren und Stadt Aachen übertragen wurden. Der Umfang der übertragenen Aufgaben ergibt sich aus den Anlagen 1 bis 3 der Verbandssatzung des ZEW. Der ZEW nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Seine abfallwirtschaftlichen Aufgaben bestimmen sich ferner nach seiner Abfallsatzung. Der Verband kann sich zur Durchführung von Aufgaben ganz oder teilweise Dritter bedienen. Mit der operativen Aufgabenerledigung, wie dem Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen und Umladestationen, hat er die AWA Entsorgung GmbH beauftragt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Sinne der Regelungen des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und den Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie ist der ZEW bestrebt die 5-stufige Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen, wie z.B. Elektrokleingeräten, Altkleidern und Bioabfällen auf Grundlage einer strikten getrennten Abfallerfassung umzusetzen.

Die erfolgreiche Planung eines weiteren ELC, dem ELC Rurbenden in Niederzier, Kreis Düren, stellt nur eine von vielen Maßnahmen zur Realisierung des zuvor ausgeführten dar. Das ELC Monschau findet großen Zuspruch in der Bevölkerung.

Ferner wurde das Abfallwirtschaftskonzept des ZEW für den Teilbereich Altkleider fortgeschrieben.

Die Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW wurde mit einer gemeinsamen Stellungnahme des ZEW und der AWA Entsorgung GmbH zum Entwurf des AWP NRW, Teilplan Siedlungsabfälle im Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen vorangetrieben.

Der Marktpreis für gewerbliche Abfälle befindet sich deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Ferner steht das Ergebnis der Verhandlungen zwischen MVA und RWE sowie AWA Entsorgung GmbH und EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler noch nicht fest.

Solche wie die zuvor genannten Aspekte haben Auswirkungen auf die Mengenentwicklung und Auslastung der MVA sowie die Erlöse für verwertbare Abfälle mit den entsprechenden Folgen für die Abfallgebühren.

2. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation.

Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Im Laufe des Jahres zeichnete sich ab, dass sich die durchschnittlichen Verbrennungskosten auf ein Kostenniveau vergleichbar mit 2013 zubewegen. Der Marktpreis für Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen befindet sich stetig auf niedrigem Niveau.

Der Erwerb des Grundstücks zum Bau eines weiteren ELC im nördlichen Kreis Düren an einem sehr guten Standort im Gewerbegebiet Rurbenden / Niederzier verlief erfolgreich.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Geschäftsjahr vor Buchung der Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen einen handelsrechtlichen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 34 aufweist. Damit liegt das Geschäftsjahr 2014 insgesamt im Rahmen der kalkulierten Ansätze und hat einen planmäßigen Verlauf genommen.

Personalentwicklung:

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2014 insgesamt 2,65 Arbeitnehmer / innen beschäftigt.

Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages.

Lage

Ertragslage:

Die Umsatzerlöse im Jahr 2014 lagen mit insgesamt T€ 42.197 um 1,2 % über dem Vorjahresniveau (T€ 41.696). Umsatzzuwächsen aus den Herkunftsbereichen Kreis Düren (T€ 13.202; Vj. T€ 12.785) und StädteRegion Aachen (T€ 14.953; Vj. T€ 14.923) standen Umsatzrückgänge aus der Stadt Aachen (T€ 13.236; Vj. T€ 13.415) gegenüber.

Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Ein Umsatzrückgang lässt dabei nicht zwangsläufig auf eine rückläufige Geschäftsentwicklung schließen, sondern hierin schlagen sich prinzipiell auch Erfolge kostengünstigen Wirtschaftens nieder. Umgekehrt führen gestiegene Entsorgungskosten über entsprechend angepasste Gebühren grundsätzlich zu höheren Umsatzerlösen.

Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis (T€ 346; Vj. T€ 320) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Das Geschäftsjahr schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab.

Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, sind die Gewinnmöglichkeiten strukturell sehr begrenzt. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Vor Zuführung zur Rückstellung für Rückerstattungsverpflichtungen an die Bürger wies der ZEW ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 34 aus.

Finanzlage:

Die Finanzlage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) ist weiterhin geordnet.

Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Investitionen getätigt.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt (T€ - 311; Vj. T€ - 548). Insgesamt ergibt sich eine Abnahme des Finanzmittelfonds um T€ 306 (Vj. T€ 529) auf nunmehr T€ 3.073 (Vj. T€ 3.379). Die Verminderung des Finanzmittelbestandes im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der entsprechenden Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Vermögenslage:

Die Aktivitäten des Geschäftsjahres 2014 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres ausreichend gesichert.

Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühren einzubeziehen.

Das Anlagevermögen ist von stark untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben.

Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.598; Vj. T€ 1.758), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW weit überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegen Verbandsmitglieder (T€ 1.445; Vj. T€ 1.551). Der Rückgang der liquiden Mittel (T€ 3.073; Vj. T€ 3.379) ist vorwiegend durch die Abnahme von Verbindlichkeiten begründet.

Im Umlaufvermögen ist unter den Sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 732 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des ZEW verbunden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten rätierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 4.312; Vj. T€ 5.149) beinhalten einen Betrag von T€ 732 aus dem Vorgang bezüglich der MOENA-Mietnebenkosten.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.707; Vj. T€ 1.703) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, der aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und seinen Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Der Anlagendeckungsgrad I (Eigenkapital / Anlagevermögen) weist einen Wert von 106 % aus, dagegen ist die Liquidität I. Grades (liquide Mittel / kurzfristiges Fremdkapital) mit 54 % schwach, wird aber dadurch relativiert, dass der weit überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten gegenüber der AWA Entsorgung GmbH besteht. Zudem weist die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen / kurzfristiges Fremdkapital) mit 109 % einen deutlich besseren Wert auf.

Auch die Eigenkapitalquote (0,37 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der besonderen Bedingungen aber nicht bedrohlich und kann somit akzeptiert werden.

Umweltschutz:

Der ZEW gewährleistet eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung. Im Sinne der Ziele der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist der ZEW hierbei bestrebt die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen umzusetzen. Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies konsequent und zuverlässig.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler nach wie vor zuverlässig weit unter den festgesetzten Größenordnungen liegen.

ZEW und AWA Entsorgung GmbH nehmen daher auch in 2014 eine Vorbildfunktion für den Umweltschutz wahr.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Prognosebericht

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, die kommunalen Spitzenverbände und alle sonstigen involvierten Akteure haben kooperativ im Hinblick auf die Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW zusammengewirkt. ZEW und AWA Entsorgung GmbH haben zum Entwurf des AWP NRW eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber der Landesregierung abgegeben. Es bleiben jedoch die endgültige Neufassung des AWP NRW und die damit verbundenen Folgen für den ZEW abzuwarten.

Die Erfassung von Wertstoffen ist mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24.02.2012 in der derzeit geltenden Fassung auf Basis der Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie noch intensiver in den Fokus getreten. Der ZEW nimmt sich dieser Thematik weiterhin intensiv an. Im Jahr 2014 beispielsweise mit der Planung eines weiteren neuen ELC im Kreisgebiet Düren, welches sicherlich, wie das erfolgreich durch die Bürger/-innen angenommene ELC Süd in der Städte-Region Aachen, eine weitere zielführende Maßnahme zur Erfassung und Wiederverwendung /-verwertung von Wertstoffen darstellen wird. Mit der Teilfortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts für den Bereich Altkleider sowie der intensiveren Erfassung von Elektrokleingeräten wird gleichfalls zukünftig ein Beitrag zur Wiederverwendung geleistet.

Abzuwarten bleiben die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen MVA und RWE sowie AWA Entsorgung und EGN zum Weiterbetrieb der MVA über den 30.11.2017 hinaus.

Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2014 betragen T€ 42.197 (Vj. T€ 41.696). Der Wirtschaftsplan 2015 geht von Umsatzerlösen in Höhe von T€ 40.381 aus. Durch die allgemeinen Rahmenbedingungen sowie die Kalkulationsgrundlagen besteht eine starke Korrelation zu den Entsorgungskosten, die damit eine korrespondierende Entwicklung zeigen (T€ 41.686; Vj. T€ 41.207). Der Wirtschaftsplan 2015 weist Entsorgungskosten von T€ 39.800 aus.

Bei weitgehend gleichbleibenden Gebührensätzen unterstellt der Wirtschaftsplan 2015 geringere Entsorgungsmengen gegenüber dem Geschäftsjahr 2014. Hieraus resultieren niedrigere Planumsätze.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht:

Die von der Landesregierung NRW beabsichtigte Neufassung des Abfallwirtschaftsplanes befindet sich in der Beratung und in Detailabstimmungen nachdem alle zu beteiligenden öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und kommunalen Spitzenverbände eine Stellungnahme zum Entwurf des AWP NRW, Teilplan Siedlungsabfälle, abgegeben haben. So hat auch der ZEW gemeinsam mit der AWA Entsorgung GmbH im Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen eine Stellungnahme mit einem Katalog von 20 Forderungen erstellt.

Das Land NRW soll in Entsorgungsregionen eingeteilt werden, denen die überlassungspflichtigen Abfälle zugeordnet werden. Hier wird das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen durch den ZEW aufgefordert, bei der Aufteilung des Landes NRW das 4-Regionen-Modell vorzuschlagen, da das bisher angedachte 3-Regionen-Modell zu ungerechten Lösungen führt.

Weitere Forderungen wurden hinsichtlich der sog. gewerblichen Abfälle formuliert. Zum einen sollen alle gewerblichen Abfälle zur Verwertung umfassend statistisch erfasst und in der Landesplanung berücksichtigt werden. Zum anderen wird die Landesregierung aufgefordert, die

Verpflichtung von Gewerbebetrieben zur ausreichenden Bereitstellung von Behältervolumen für Abfälle zur Beseitigung im AWP und im Landesabfallgesetz zu berücksichtigen.

Insgesamt ist der Marktpreis für gewerbliche Abfälle deutschlandweit nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

ZEW und AWA fordern ferner in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des AWP NRW dazu auf, dass wieder mit dem Instrument der Zuweisung gearbeitet wird.

In diesem Kontext „Mengenplanung / -auslastung“ wird auch das Ergebnis der Verhandlungen zwischen AWA Entsorgung GmbH und EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler kritisch abzuwarten bleiben. Ähnliches gilt für die Verhandlungsgespräche zwischen der MVA und RWE.

Chancenbericht:

Da sich der ZEW aufgrund seines strukturellen Umfelds nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation befindet und nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann, können Chancen im inhaltlichen Sinne der handelsrechtlichen Vorschriften nur bedingt beschrieben werden.

Positive Entwicklungen können sich aus den Sachverhalten, die unter dem Risikobericht beschrieben sind, ergeben. Folgende positive Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2014 eingeleitet worden, aber noch nicht abgeschlossen:

Das am 01.06.2012 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz bedingte einige Neuerungen, denen sich der ZEW seit diesem Zeitpunkt noch intensiver gewidmet hat. Im Sinne der entsprechenden Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie ist hier insbesondere die 5-stufige Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen, wie z.B. von Bioabfällen auf Grundlage einer strikten und vom ZEW geforderten getrennten Abfallerfassung, hervorzuheben.

Weitere Maßnahmen zwecks Wiederverwendung von Abfällen sind u.a. durch eine Teilfortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts für den Bereich Altkleider realisiert sowie durch eine intensivere Erfassung von Elektrokleingeräten geplant.

Im Ergebnis müssen Altkleider ab dem 01.07.2014 getrennt vom Restabfall durch die Städte und Gemeinden oder im Rahmen gemeinnütziger oder gewerblicher Sammlungen erfasst werden. Entsprechende Sammelsysteme im Hol- und / oder Bringsystem müssen in ausreichendem Umfang dem Bürger zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der zuvor erwähnten Elektrokleinteilerfassung beabsichtigt der ZEW im Rahmen einer vergaberechtskonformen gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung durch Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die Aufgabe der Sammlung von Elektrokleinteilen bis 50cm Kantenlänge mittels Depotcontainer in manchen Stadt-/Gemeindegebieten zu übernehmen, um den deutlich steigenden Zielmengen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gerecht zu werden. Derzeit stehen ca. 22 kg/E Elektro- und Elektronikgeräte, die in Verkehr gebracht wurden nur einer erfassten Menge von 4 kg/E Altgeräten entgegen.

Die Verbesserung der Wertstoffeffassung durch Errichtung weiterer Entsorgungs- und Logistik-Centren wurde in 2014 erfolgreich fortgesetzt. Mit der konkreten Planung eines weiteren ELC Rurbenden in Niederzier, Kreis Düren, soll eine gesteigerte Erfassung von wiederverwend- und verwertbaren Abfällen -wie bereits erfolgreich mit der Errichtung des neuen ELC Süd in Monschau-Imgenbroich geschehen- erreicht werden.

Bei der Wiederverwendung von Wertstoffen ist auch die Zusammenarbeit des ZEW mit Sozialkaufhäusern zu erwähnen.

Gesamtaussage:

Durch das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW können bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist.

Es ist jedoch sehr wohl Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben. Der ZEW achtet

im Sinne des Gebührenzahlers auf Kostenbewusstsein und trägt durch entsprechende Maßnahmen zur Wirtschaftlichkeit und Gebührenstabilität bei.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) ist an der AWA Entsorgung GmbH beteiligt. Eine weitere Darstellung entfällt.

Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25-27
 52068 Aachen
 Telefon: 0241 / 963 1940
 Fax: 0241 / 963 1948

Gegenstand des Zweckverbandes / Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband Region Aachen mit Sitz in Aachen verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts ‚Steuerbegünstigte Zwecke‘ der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die nachfolgend aufgeführten Aufgaben:

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Der Zweckverband ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Zweckverbands dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Grad der öffentlichen Zweckerfüllung ist dem Lagebericht 2014 zu entnehmen.

Organe des Zweckverbandes

- Verbandspräsident:** Der Regierungspräsident in Köln ist Präsident des Zweckverbandes. Der Zweckverbandspräsident hat die besondere Aufgabe, die Region Aachen als höchster Repräsentant in den Gremien der Euregio Maas-Rhein zu vertreten und umgekehrt in die Region Aachen hinein Angelegenheiten der Euregio Maas-Rhein zu transportieren. Der Zweckverbandspräsident nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verbandes teil.
- Verbandsvorsteher:** Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters.
- Verbandsversammlung:** Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder.
Je 12 Vertreter werden durch die in §1 (1) genannten Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.
Der Landschaftsverband Rheinland entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung.
Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der kommunalen Vertreter einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Die Wahl erfolgt in der ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und danach jeweils am Anfang und zur Mitte der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften.
Die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Verbandsgebiet nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.
Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch gesetzliche Bestimmungen oder durch diese Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.
Die Verbandsversammlung kann u. a. die Entscheidungen über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:
1. die Änderung der Verbandssatzung,
 2. den Erlass der Haushaltssatzung und die Feststellung des Haushaltsplanes,
 3. die Wahl des Rechnungsprüfers, die Feststellung des Jah-

4. resabschlusses und die Entlastung des Vorstandsvorstehers, die haushalts- und vermögensrechtlichen Entscheidungen sowie Personalangelegenheiten, die nach Maßgabe der Geschäftsordnung von erheblicher Bedeutung sind,
5. die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
6. die Auflösung des Zweckverbandes.

Besetzung der Organe

Allgemein

Verbandspräsidentin:	Walsken, Gisela	Köln	Regierungspräsidentin
Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	Städteregion Aachen		12 Sitze 20 %
	Stadt Aachen		12 Sitze 20 %
	Kreis Düren		12 Sitze 20 %
	Kreis Euskirchen		12 Sitze 20 %
	Kreis Heinsberg		12 Sitze 20 %
	Landschaftsverband Rheinland		1 Sitz (beratend)
	Europaabgeordneter Verbandsgebiet		1 Sitz (beratend)
	Bundestagsabgeordneter Verbandsgebiet		1 Sitz (beratend)
	Landtagsabgeordneter Verbandsgebiet		1 Sitz (beratend)

Vertretung des Kreises Düren

Verbandsvorsteher:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
Verbandsversammlung:	Spelthahn, Wolfgang	Kreis Düren	Landrat
	Neulen, Leo		Kreistagsabgeordneter bis 04/2015
	Dohmen, Hans-Wilhelm		Kreistagsabgeordneter ab 06/2015
	Dr. Nolten, Ralf		Kreistagsabgeordneter
	Rolfink, Katharina		Kreistagsabgeordnete
	Schavier, Karl		Kreistagsabgeordneter
	Dr. Schoeller, Maria		Kreistagsabgeordnete
	Bozkir, Sandra		Kreistagsabgeordnete
	Endrigkeit, Uwe		Kreistagsabgeordneter
	Pöhler, Raoul		Kreistagsabgeordneter
	Schmitz, Josef Johann		Kreistagsabgeordneter
	Voß, Bruno		Kreistagsabgeordneter
	Hintzen, Michael		Kreistagsabgeordneter

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtsform:	Zweckverband nach dem Gesetz über Kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG)
Sitz:	Aachen
gezeichnetes Kapital:	Der Zweckverband selbst ist nicht mit Stammkapital ausgestattet

Mitglieder:	direkter Anteil am Zweckverband
StädteRegion Aachen	20%
Stadt Aachen	20%
Kreis Düren	20%
Kreis Euskirchen	20%
Kreis Heinsberg	20%
Landschaftsverband Rheinland	beratendes Mitglied

Bilanz	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
<u>Aktiva</u>			
1. Anlagevermögen			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	1.104,12 €		
1.2 Sachanlagen			
1.2.7 Betriebs- u. Geschäftsausstattung	2.385,18 €		
2. Umlaufvermögen			
2.2 Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände			
2.2.1 Öff.rechtl. Forderungen und Forderungen aus Transfer			
2.2. Forderungen aus Transferleistungen	307.713,86 €		
2.4 Liquide Mittel	559.821,68 €		
Summe Aktiva	871.024,84 €		
<u>Passiva</u>			
1. Eigenkapital			
1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-50.958,93 €		
4. Verbindlichkeiten			
4.3 Verbindl. a. Krediten zur Liquiditätssicherung	-600.000,00 €		
4.5 Verbindl. aus Lieferung und Leistungen	-220.065,91 €		
5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €		
Summe Passiva	-871.024,84 €		

Gewinn- u. Verlustrechnung	2013	Veränderung in €	Veränderung in %
02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.014.886,00 €		
11 Personalaufwendungen	1.354.234,00 €		
14 Bilanzielle Abschreibungen	204,00 €		
15 Transferaufwendungen	30.000,00 €		
16 sonstige ordentliche Aufwendungen	577.343,00 €		
Betriebsergebnis	53.105,00 €		
19 Finanzerträge	0,00 €		
20 Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	2.146,00 €		
Finanzergebnis	-2.146,00 €		
Ergebnis d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	50.959,00 €		
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	50.959,00 €		

	2013	2014
Anzahl der Mitarbeiter	4	

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 lag bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2014 noch nicht vor.

Verbindungen zum Kreishaushalt

Der Zweckverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage. Der Kreis Düren hat für das Geschäftsjahr 2014 eine Verbandsumlage – auf Grundlage der Einwohnerzahl – i.H.v.165.264,58 € entrichtet. Darüber hinaus hat der Kreis Düren 13.098,20 € aus der Überleitung des Gesellschafterzuschusses AGIT an den Zweckverband Region Aachen gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht 2014

Der Lagebericht 2014 lag bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2014 noch nicht vor.

Beteiligungen des Zweckverbandes

Der Zweckverband ist Region Aachen ist an keiner weiteren Gesellschaft beteiligt.

Konzernübersicht Kreis Düren

Stand: 31.12.2014

Kreis Düren

